Schleswig-Holstein
Ministerium für Inneres,
Kommunales,
Wohnen und Sport

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt	Votum
Institution: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) Ref. RS 9 ID: M1128	In den Festlegungskarten der Regionalplanentwürfe wird in der Legende auf eine Kennzeichnung der Planelemente als Ziel und Grundsatz der Raumordnung verzichtet. § 7 Abs. 1 und § 13 Abs. 4 ROG schreiben eine Kennzeichnung von Grundsätzen und Zielen der Raumordnung allerdings verbindlich vor. Diese Vorschriften gelten nicht nur für den Text des Regionalplans, sondern auch für die Festlegungskarte. Eine Kennzeichnungs-pflicht besteht, damit Leserinnen und Leser von Raumordnungsplänen einfach und übersichtlich die rechtliche Qualität von zeichnerischen und textlichen Festlegungen in Raumordnungsdokumenten entnehmen können. Während der Regionalplantext des Regionalplanentwurfs die Plansätze als Ziele oder Grundsätze der Raumordnung kennzeichnet, unterbleibt dies für die verbindlichen Planelemente in der Karte. Eine ergänzende Kenn-zeichnung als Ziel oder Grundsatz in der Legende der Festlegungskarte wird im Rahmen der Erarbeitung der 2. Entwürfe empfohlen.	In der Legende der Hauptkarte wird auf das jeweilige Kapitel verwiesen. Ziele sind nach § 7 Absatz 1 ROG zwar als solche zu bezeichnen. Das gilt aber nur dann, wenn es sich bei der Darstellung in der Karte um ein Ziel handelt, das dort zeichnerisch festgelegt wird. Wenn sich die Zielfestlegung aber aus dem Plantext und nicht aus der Karte ergibt, dann muss es in der Karte nicht als Ziel bezeichnet sein. Die Zuordnung zu Zielen oder Grundsätzen der Raumordnung ergibt sich aus dem jeweiligen Kapitel. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Industrie und Handelskammer zu Flensburg, Standortpolitik /Beitragsabteilung / Finanzbuchhaltung ID: 1067	**Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt** Auf den Seiten 11 f. ist die Formulierung zu schärfen, damit deutlich wird, dass die Orientierungsrahmen keine Rechtsverbindlichkeit mit sich bringen.	Dem gesamten Kapitel 5 wird der Zusatz „Grundsatz der Raumordnung“ vorangestellt. Dadurch wird deutlich, dass die Inhalte des Orientierungsrahmens im Rahmen der Abwägung für kommunale Planungen berücksichtigt werden müssen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: Ausgangslage und Entwicklungstendenzen

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu Ausgangslage und Entwicklungstendenzen	Votum
Institution: Kreisverwaltung Nordfriesland, Kreisverwaltung Nordfriesland ID: 1099	HGS Planung: Auf Seite 19 des Plantextes wird beschrieben, dass der Planungsraum den größten Beitrag zur Energiewende im Land leistet. Im Gegensatz zu den vorherigen Kapiteln wie Bevölkerungsentwicklung, Wohnungsbauentwicklung und Wirtschaft wird auf eine Unterteilung auf die Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie die Stadt Flensburg bei der Anzahl der Windkraftanlagen, bei der Leistung aus den betriebenen Windkraftanlagen, beim Anteil und bei der Fläche der Solar-Freiflächenanlagen sowie bei der Anzahl der Biogasanlagen verzichtet. Aus Sicht des Kreises Nordfriesland sollten diese Zahlen ergänzt werden.	Im Kapitel „Ausgangslage und Entwicklungstendenzen“ werden Besonderheiten des Planungsraumes hervorgehoben, wie die Nutzung großer Flächen für Erneuerbare Energien, durch die der Planungsraum einen maßgeblichen Beitrag zur Energiewende in Schleswig-Holstein leistet. Es wird kein Erfordernis gesehen, im Text diese Leistung für die beiden Kreise gesondert auszuweisen, zumal die Zahlen angesichts der dynamischen Entwicklung schnell nicht mehr aktuell sein werden. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Industrie und Handelskammer zu Flensburg, Standortpolitik /Beitragsabteilung / Finanzbuchhaltung ID: 1067	**Teil A; Ausgangslage und Entwicklungstendenzen; Wirtschaft** In diesem Abschnitt sollte explizit das Thema der notwendigen Industriegebiete aufgenommen werden. Die direkte Nutzbarmachung der regenerativen Energien im Sinne einer längeren Wertschöpfungskette in Schleswig-Holstein erfordert, dass im Land zunehmend wieder mehr GI-Gebiete vorhanden sind. Ohne Gebiete mit entsprechenden planerischen Festsetzungen können keine Unternehmens-Ansiedlungen aus dem industriellen Bereich stattfinden. **Teil A; Ausgangslage und Entwicklungstendenzen; Flächenverbrauch** Angesichts des notwendigen weiteren Ausbaues der Erneuerbaren Energien, aber auch für die Schaffung von weiterem Wohnraum und Flächen für Gewerbe und Industrie ist eine Neujustierung der Berechnungsgrundlage zum 1,3 ha-Ziels zwingend erforderlich. Hier sollte es eine Ausnahme bezüglich der Anrechnung von Flächen für die Erzeugung regenerativer Energie geben.	**Zu Wirtschaft:** Es handelt sich um ein Thema von landesweiter Bedeutung, das im Rahmen einer geplanten Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans zum Thema Gewerbe und Energie aufgegriffen wird. Die Ausweisung von Flächen für Gewerbe und Industrie erfolgt im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung. Die regional- und landesplanerischen Regelungen unterscheiden nicht zwischen Gewerbe- und Industriestandorten. Allerdings sollen insbesondere die überregionalen Standorte an den Landesentwicklungsachsen auch für Industrieansiedlungen vorgehalten werden. Der Ausbau regenerativer Energie ist ein landesweites Entwicklungsziel, welches im Rahmen des Landesentwicklungsplanes adressiert wird (Kapitel 3.7 LEP 2021). Der Regionalplan konkretisiert die landesweiten Festlegungen des Landesentwicklungsplans und greift regionale Gegebenheiten auf. **Zu Flächenverbrauch:**

Einreichendendaten	Datensatz zu Ausgangslage und Entwicklungstendenzen	Votum
		Bezüglich eines flächensparenden Umgangs wird auf die geltenden Aussagen des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2021 in den Kapiteln 3.9 (Städtebauliche Entwicklung) und 6.1 (Klimaschutz und Klimaanpassung) hingewiesen. Die Bundesregierung hat sich im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zum Ziel gesetzt, die Flächenneuinanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen auf 30 Hektar minus x pro Tag bis 2030 zu senken. Heruntergebrochen auf Schleswig-Holstein liegt der Wert der Zielsetzung bei unter 1,3 Hektar pro Tag. Nach dem Landesentwicklungsplan ist der Grundsatz einer auf unter 1,3 Hektar pro Tag reduzierten Flächenneuinanspruchnahme bis 2030 zu berücksichtigen. Der Regionalplan-Entwurf verweist insofern auf den geltenden Landesentwicklungsplan. Die Ermittlung der Siedlungs- und Verkehrsfläche erfolgt bundesweit einheitlich. Änderungen bei der Berechnungsgrundlage sind nicht Gegenstand der Regionalplanung. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Kreises Schleswig-Flensburg, Fachdienst Umwelt ID: M1123	Im Unterpunkt Tourismus des Wirtschaftskapitels wird von Seebädern gesprochen. Diese Begrifflichkeit ist irreführend und sollte geändert werden. Seebäder sind im Regelfall ausgewiesene Kurorte mit Seebrücken, die in dieser Form im Kreis nur in der Stadt Glücksburg vorkommen.	Der Stellungnahme wird gefolgt und die textliche Fassung entsprechend inhaltlich überarbeitet.
Institution: Amt Oeversee, Gemeinden Oeversee, Sieverstedt und Tarp ID: M1120	Bevölkerungsentwicklung S. 17 erster Absatz Die pauschale Aussage, dass die Einwohner im Kreis Schleswig-Flensburg „nur“ bis 2025 wachsen, im Gegensatz zur Stadt Flensburg greift zu kurz. Das direkte Umland der Stadt Flensburg profitiert von den Entwicklungstendenzen des Oberzentrums. Siehe hierzu auch S. 116 zu 5.1 Nahbereich Flensburg eigene Aussage im Regionalplan Wohnbauentwicklung S. 17 letzter Absatz	Teil A enthält Aussagen zu Entwicklungstendenzen auf Kreisebene. Eine kleinräumige Betrachtung erfolgt im Kapitel 5 „Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden“. Diese Systematik wird auch weiterhin beibehalten. Dementsprechend erfolgt keine Änderung. Bezüglich eines flächensparenden Umgangs wird auf die geltenden Aussagen des Landesentwicklungsplans

Einreichendendaten	Datensatz zu Ausgangslage und Entwicklungstendenzen	Votum
	Auch beim Wohnungsneubedarf greift die Bemerkung wie bei der Einwohnerentwicklung Flächenverbrauch S. 20 Die Flächeninanspruchnahme und die Zielausweisung von 1,3 ha wird immer mit Wohnungsbauentwicklung und Verkehr in Verbindung gebracht. Hauptversiegelungstatbestände - gerade in den kommenden Jahren - sind gewollte infrastrukturelle Entwicklung (Freiflächensolar, Umspannwerke, …). Hier sollte eine genauere Unterscheidung vorgenommen werden, an dem sich die Kommunen orientieren. Regionale Kooperationen S. 21 Das Modellprojekt LaSiVerMob ist vereinzelt eine Grundlage. Eine kommunalrechtliche Verankerung hat es nie gegeben.	Schleswig-Holstein 2021 in den Kapiteln 3.9 (Städtebauliche Entwicklung) und 6.1 (Klimaschutz und Klimaanpassung) hingewiesen. Die Bundesregierung hat sich im Rahmen der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie zum Ziel gesetzt, die Flächenneuinanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen auf 30 Hektar minus x pro Tag bis 2030 zu senken. Heruntergebrochen auf Schleswig-Holstein liegt der Wert der Zielsetzung bei unter 1,3 Hektar pro Tag. Nach dem Landesentwicklungsplan ist der Grundsatz einer auf unter 1,3 Hektar pro Tag reduzierten Flächenneuinanspruchnahme bis 2030 zu berücksichtigen. Der Regionalplan-Entwurf verweist insofern auf den geltenden Landesentwicklungsplan. Die Ermittlung der Siedlungs- und Verkehrsfläche erfolgt bundesweit einheitlich. Änderungen bei der Berechnungsgrundlage sind nicht Gegenstand der Regionalplanung. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Die Anmerkungen hinsichtlich des Modellprojektes LaSiVerMob werden zur Kenntnis genommen.
Institution: Bundesagentur für Arbeit, Regionaldirektion Nord **ID: M1083**	Neben Wohnangeboten in ausreichender Menge und auch leistbarem Wohnraum sind für wohnortnahes Leben und Arbeiten zweifellos auch die „Angebote“ des täglichen Lebens bereitzustellen. Ein attraktives Wohnumfeld bedarf einer vollumfänglichen Infrastruktur. Stichworte sind hier beispielsweise gute medizinische Versorgung, Kindertagesstätten, Freizeit-, Vereins- und Sportangebote, Grünflächen und Erholungsbereiche, funktionierende digitale Infrastruktur für alle Bürger*innen, lokaler Handel, Gastronomie, Verwaltungseinheiten und letztlich auch Standorte der Bundesagentur für Arbeit in Form von Agenturen für Arbeit und Jobcentern. Immer noch übernehmen überwiegend Frauen die unbezahlte Sorgearbeit. Um eine wirklich partnerschaftliche Teilung von Erwerbs- und Sorgearbeit zu ermöglichen, bedarf es einer verlässlichen und bedarfsgerechten Betreuungsstruktur, familienfreundlicherer Arbeitszeitmodelle und partnerschaftlich ausgestalteter Lohnersatzleistungen (Elterngeld, bezahlte Pflegezeit). Bedarfsgerechte Betreuungsstruktur meint tatsächliche vorhandene Angebote der Kinderbetreuung in	Die Ausführungen zur Daseinsvorsorge und insbesondere zu Betreuungsangeboten werden zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass der LEP 2021 ein umfangreiches Kapitel zur Entwicklung der Daseinsvorsorge enthält. Die darin formulierten Grundsätze und Ziele gelten landesweit. Auf Wiederholungen in den Regionalplan-Entwürfen wurde verzichtet. Darüber hinaus ist die Gestaltung des konkreten Angebotes Gegenstand der kommunalen Planung. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu Ausgangslage und Entwicklungstendenzen	Votum
	ausreichender Zahl und einem realistischen Betreuungsumfang, der es den Erziehungsberechtigten ermöglicht, am Berufsleben auch tatsächlich teilnehmen zu können. Auch ist Unterstützung durch ausreichende Angebote an Tages- und Verhinderungspflege notwendig, um insbesondere den Frauen eine Erwerbstätigkeit zu ermöglichen, die sie ausüben wollen oder auch ausüben müssen.	
ID: M1083	- Die Verflechtung der beiden Kreise Nordfriesland und Dithmarschen im Bereich Hotel/ Gaststätten wird durch die Einteilung in den beschriebenen bezirklichen Grenzen nicht berücksichtigt. - Die regionale Wirtschaftsstruktur Unterelbe/ Westküste umfasst die Kreise Pinneberg, Steinburg, Dithmarschen und Nordfriesland, was sich auch in der Organisationsstruktur z. B. des Unternehmensverbandes widerspiegelt; die beschriebenen bezirklichen Grenzen (hier zwischen Dithmarschen und Nordfriesland) werden diesem Umstand nicht gerecht. - Durch die Ansiedlung von [redacted] im Heider Umland sind weiter verstärkte Pendelbewegungen zwischen Dithmarschen und Nordfriesland absehbar; bei einem Geltungsraum des Regionalplanes von 15 Jahren werden hier Strukturen eingezogen, die absehbar nicht hilfreich sind.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die Abgrenzung der Planungsräume der Regionalpläne erfolgte auf der Grundlage einer Gesamtbetrachtung der Raumbelange und ist im Landesplanungsgesetz vorgegeben. Planungsraumübergreifende Belange werden bei der parallel durchgeführten Aufstellung der Regionalpläne I und III berücksichtigt. Der Hinweis zur regionalen Wirtschaftsstruktur wird zur Kenntnis genommen. Diesbezüglich wird auf die Regionale Kooperation Westküste verwiesen, die bereits im Absatz „Regionale Kooperationen“ genannt wird. Zudem wird auf die laufenden Abstimmungen in der Kooperation verwiesen. Die Stellungnahme wird durch Ergänzung der Ausführungen zu Pendlerverflechtungen gefolgt.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1056	**Stellungnahme zum Regionalplan 1** **Teil A, Bevölkerungsentwicklung und Wohnungsbauentwicklung:** Die Bevölkerungsentwicklung als Basis für den Wohnbedarf wird nicht nur vom demografischen Wandel bestimmt. Insbesondere die Kriterien Lebensqualität und bezahlbarer Wohnraum wird die Entwicklung für einzelne Regionen stark beeinflussen. So ist gerade im ländlichen Bereich ein Zuwachs an Wohnbedarf für Erst-und Zweitwohnungen in den letzten zwei Jahren entstanden. Diese Entwicklung wird sich in den	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu Ausgangslage und Entwicklungstendenzen	Votum
	nächsten Jahren verstärken, sodass neuer Wohnraum im ländlichen Raum angeboten werden muss.	
Institution: Verkehrsclub Deutschland (VCD) Landesverband Nord e.V., eingetragener Verein **ID: 1055**	Teil A Ausgangslage und Entwicklungstendenzen Klimawandel, S.23 Zitat: „Im Vordergrund steht dabei der Ausbau der Erneuerbaren Energien und des dafür notwendigen Leitungsnetzes, der Aufbau einer klimaneutralen Wärmeversorgung sowie der Umstieg auf eine klima- und umweltfreundliche Mobilität." Kommentar VCD Nord: Wir begrüßen, das im Vordergrund die genannten Maßnahmen stehen. Insbesondere für eine klima - und umweltfreundliche Mobilität bedarf es eines vorrangigen Ausbaus des Angebots für den Umweltverbund. Diesen Vorrang können wir in den genannten Maßnahmen allerdings nicht erkennen. Alleine schon die Aufführung der Kapitel, wo der klima- und umweltschädliche Straßenverkehr als erstes genannt wird zeigt dies. Die Maßnahmen zur Förderung des Schienen-, Personennah-, Rad- und Fußverkehrs müssen hier vorrangig benannt werden.	Die Reihenfolge der Kapitel entspricht dem aktuellen Modal Split in Deutschland. Eine inhaltliche Gewichtung ist damit nicht verbunden. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Öffentlichkeit: Privatperson **ID: 1053**	**[Stadt Kappeln, Bauverwaltung Kappeln]** Das im Regionalplan erklärte Ziel hinsichtlich steigendem Bedarf an kleinen Miet- und Geschosswohnungen erweckt den Eindruck, dass junge Familien keine Einfamilienhäuser brauchen, sondern in bezahlbaren Wohnungen untergebracht werden sollen. Hier sollte darauf hingewiesen werden, dass die durch den demografischen Wandel zukünftig freigezogenen Bestands-Einfamilienhäuser für eben diese jungen Familien zur Verfügung stehen werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Stadt Flensburg **ID: M1039**	Wohnungsbauentwicklung (S. 17/18) Der Wohnungsneubaubedarf beträgt gemäß der Vorausberechnung des Landes von 2022: 2022-2026: 2.350 (= 5 Jahre => 470 WE/Jahr) 2027-2031: 2.240 (= 5 Jahre => 448 WE/Jahr) 2032-2035: 1.770 (= 4 Jahre => 443 WE/Jahr)	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der Stellungnahme wird durch eine entsprechende Textergänzung gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Ausgangslage und Entwicklungstendenzen	Votum
	Es kann daher auch nach 2030 von einer gleichbleibend hohen Dynamik gesprochen werden. Textvorschlag S. 18 oben: ~~, während in Flensburg erst nach 2030 weniger neue Wohnungen gebaut werden müssen.~~ ..., während in Flensburg bis 2035 weiterhin in erheblichem Umfang neue Wohnungen gebaut werden müssen.	
Institution: **Gemeinde Handewitt** **ID: M1036**	Teil A und Teil B - Ausgangslage und Entwicklungstendenzen sowie Ziele und Grundsätze Der REP nennt vage große Herausforderungen in zentralen Themen unseres Jahrzehntes von der Dekarbonisierung über die Energiewende bis zur Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem Wohnraum. Leider setzt der REP hier keine Leitbilder oder bietet den Kommunen einen unterstützenden Handlungsrahmen oder Lösungsansätze an. Die Gemeinde Handewitt verfügt mit großen Freiflächenpotentialen, zwei großen Umspannwerken im Ortsteil Haurup-Hüllerup und Ortsteil Weding, einer Gasverdichterstation der Gasunie und der Schleswig-Holsteinischen Mittelachse der 380-Kv-Leitung vom dänischen Kassoe bis zum niedersächsischen Dollem über alle Standortfaktoren für einen bevorzugten Ausbau der Erneuerbaren Energien. Um die Energiegewinnung aus solarer Strahlungsenergie bedeutend zu erhöhen, hat die Gemeinde in Abstimmung mit der Landesplanung ein Standortkonzept mit potentiellen Freiflächen für Solarparks erstellt. In einem ersten Schritt sichert die Gemeinde die Realisierung von mehreren Solarparks in einem Umfang von insgesamt 350 ha. Die ersten drei Bauleitplanverfahren sind dazu bereits angelaufen. Weiter beteiligt sich die Gemeinde aktiv an der Ausweisung von Windenergie- eignungsgebieten. Rund um die Energieerzeugungsanlagen und Umspannwerke sind Elektrolyseure zur Erzeugung von Grünem Wasserstoff in industriellem Maßstab für Verkehr insbesondere Logistik, Wärmeversorgung und Wirtschaft und Großbatteriespeicher grundsätzlich projektierbar. Auch die Ansiedlung von energieintensiven Industrie- und Wirtschaftsunternehmen erscheint möglich und sinnvoll. So können abweichend von heutigen Gewerbeflächen komponentenreiche Energielandschaften entstehen, die bedeutende Beiträge zur Energiewende liefern. Denn obwohl Netzbetreiber heute viele Optionen des Netzausbaus und der -optimierung nutzen, ist absehbar, dass erhebliche regenerativ erzeugte Energiemengen nicht eingespeist werden können und wegen der begrenzten Aufnahmefähigkeit der Stromnetze Erzeugungsanlagen abgeregelt werden müssen. Leider liefert der Entwurf des Regionalentwicklungsplans hierzu keinerlei innovative	Der Ausbau regenerativer Energie ist ein landesweites Entwicklungsziel, welches somit im Rahmen des Landesentwicklungsplanes adressiert wird. Der Regionalplan konkretisiert die landesweiten Festlegungen des Landesentwicklungsplans lediglich und greift regionale Gegebenheiten auf. Dem Hinweis zur Aufnahme eines eigenen Kapitels wird nicht gefolgt. Zum Thema Gewerbe und Energie ist außerdem eine Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans geplant, die dieses Thema aufgreifen wird. Der wohnbauliche Entwicklungsrahmen gemäß des Landesentwicklungsplanes (LEP 2021) ist der aktuelle Handlungsrahmen für die Gemeinden und wird unter Berücksichtigung einer vorrangigen Entwicklung in den Siedlungsschwerpunkten aus dem aktuell absehbaren Wohnungsneubaubedarf abgeleitet. Anhand aktueller Datengrundlagen wird dieser im Rahmen einer Teilfortschreibung überarbeitet. Eine inhaltliche Ergänzung im Grundsatz Kapitel 2.6 Rohstoffsicherung Absatz 3 (G) Regionalplanentwurf 2023 wird nicht vorgenommen. Diesbezüglich werden bereits hinreichende Angaben im Kapitel 5 (Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden) gemacht. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu Ausgangslage und Entwicklungstendenzen	Votum
	Ansätze; im Gegenteil es wären aufwändige Zielabweichungsverfahren zur Begründung der Abweichung von den Grundsätzen der Regionalplanung erforderlich. Wegen der überragenden Bedeutung dieses Themas schlagen wir die Aufnahme eines eigenen Kapitels ähnlich der Rohstoffsicherung vor, dass in Zusammenarbeit mit Netzbetreibern, Energieerzeugern, Wirtschaftsförderungsgesellschaften und Kommunen interdisziplinär erarbeitet wird. Nicht erst durch die steigende Zuwanderung von Flüchtlingen besteht auch in den ländlichen Räumen eine hohe Nachfrage besonders nach bezahlbarem Wohnraum. Mit den Förderprogrammen der Investitionsbank Schleswig-Holstein hat das Land neue Impulse zur Schaffung von sozialgefördertem Mietwohnungsbau geschaffen. Die Bundesregierung versucht der sinkenden Anzahl von Wohnungsbauprojekten mit einem Maßnahmenpaket, dass von verbesserten Förderungen bis zu verschlankten Bauordnungen der Länder und kürzeren Verfahren reicht, zu begegnen. Leider benennt der Entwurf des Regionalplans das Problem zwar, findet aber keine flankierenden Lösungen für die Kommunen auf der Raumordnungsebene. Auch wenn der wohnbauliche Entwicklungsrahmen der Kommunen kein Thema dieses Verfahrens ist, hat das Land es versäumt, hier motivierende und beschleunigende Instrumente einzuführen. Denkbar wären die Nichtanrechnung oder reduzierte Anrechnung von Wohneinheiten im bezahlbaren Mietwohnungsbau auf den Entwicklungsrahmen oder die Realisierung solcher Vorhaben ohne Abstimmungserfordernis mit den Nachbarkommunen des Stadt-Umlandbereichs. Im Grundsatz 3 soll im Bereich der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in den Gemeinden Handewitt und Wanderup auf der Grundlage des Kiesnachnutzungskonzeptes der Gemeinden nach erfolgtem Abbau Erholungsinfrastruktur entwickelt werden. Tatsächlich sind beide Kommunen bestrebt im entstehenden „Seenland" naturschutzfachlich verträgliche touristische Nachnutzungen zu entwickeln. Wir bitten um Aufnahme dieser Entwicklungsabsichten.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1011	Im Regionalplan sollte ein **Dichtekonzepte** integriert werden, wie beispielsweise in Stuttgart (Ziel 2.4.0.8) oder der Region Südhessen (Ziel Z3. 4.1-9). Diese sollten so ausgelegt sein, dass eine **wohnbauliche Entwicklung in ländlichen Gemeinden effizient(er)** gestaltet sind und einen zusätzlichen Rahmen zum Wohnbaulichen Entwicklungsrahmen bieten. Wir stehen vor dem Dilemma des Wohnungsdrucks und des Flächensparens. Regionale Dichtekonzepte auf Ebene des Regionalplan geben eine **Verbindlichkeit** um ein	Die Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplans in den dortigen Kapiteln 3.6 und 3.9 zur wohnbaulichen und städtebaulichen Entwicklung werden als ausreichend für eine Steuerung seitens der Landes- und Regionalplanung erachtet. Entscheidend für eine flächensparende Wohnungsbauentwicklung sind die Festlegungen der Kommunen im Rahmen ihrer Bauleitplanung.

Einreichendendaten	Datensatz zu Ausgangslage und Entwicklungstendenzen	Votum
	Paradigmenwechsel anstoßen - weg vom frei stehenden Einfamilienhaus / oder Instandsetzung des Bestands! Wichtig ist die Betrachtung und der gleichzeitige Ausbau des Umweltverbundes. Das Dichtekonzepte könnte auch hier im Bereich alternativer Mobilität für Restriktionen bzw. Anreize sorgen. Auch Ausnahmen des Dichtekonzeptes sollten **NICHT** (auch nicht ausnahmsweise) zugelassen werden.	Der Stellungnahme wird daher nicht gefolgt.
Institution: Landesnatur-schutzverband Schleswig-Holstein e.V. LNV **ID: M1143**	Um der ungebremsten Inanspruchnahme von Natur- und Freiflächen sowie Landwirtschaftsflächen Einhalt zu gebieten, soll im Land die tägliche Inanspruchnahme neuer Siedlungs- und Verkehrsflächen bis 2030 auf unter 1,3 Hektar pro Tag abgesenkt werden (S. 27 f.) „Die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme auf unter 1,3 Hektar pro Tag in Schleswig-Holstein bis 2030 setzt das flächenpolitische Ziel der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2016, in der die Reduzierung der Flächeninanspruchnahme durch neue Siedlungs- und Verkehrsflächen bundesweit auf unter 30 Hektar pro Tag bis 2030 festgelegt wurde, für Schleswig-Holstein um. Die tägliche Flächeninanspruchnahme von Siedlungs- und Verkehrsflächen in Schleswig-Holstein betrug 2019 rund 1,8 Hektar pro Tag; der Vierjahresdurchschnitt 2016 – 2019 beträgt 2,3 Hektar pro Tag“. Die Behandlung dieses Themas findet sich u. E nicht in den Entwürfen der Regionalpläne wieder. Dies wird kritisiert.	Das Thema Flächensparen und das damit zusammenhängende Ziel der Senkung der Flächenneuinanspruchnahme auf 1,3 Hektar pro Tag ist in den Kapiteln Ausgangslage und Entwicklungstendenzen (Teil A) sowie 1. Raumstruktur aufgegriffen (Teil B). Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Anwendung der Ziele und Grundsätze darauf zu achten ist, dass der Regionalplan immer in Verbindung mit dem Landesentwicklungsplan 2021 gilt. Der LEP 2021 benennt in Kapitel 3.9 (städtebauliche Entwicklung) umfangreiche Maßnahmen, die zur Verringerung der Neuinanspruchnahme von Grund und Boden beitragen sollen. Diese sind bei der kommunalen Bauleitplanung zu berücksichtigen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND Landesverband Schleswig-Holstein e. V. **ID: 1072**	**2.2 Teile A und B** Grundlegende Aussagen wurden bereits unter I. getroffen. **Insbesondere werden der gewählte Maßstab, das Alter der Daten und die Verhinderung der Übernahme aktueller Erkenntnisse den fachlichen Anforderungen an eine Raumordnung nicht mehr gerecht. Dies zeigt sich besonders in der Bearbeitung der Freiraumstruktur.** Es fehlen entscheidende Vorgaben in der Planung (u.a. klaren Vorgaben zum Flächenverbrauch u.a.) und selbst wichtigste Aspekte der Raumordnung werden auf deren unterste Stufe - der Bauleitplanung - verschoben, die bezüglich der Aspekte von	Zur Rahmensetzung der Regionalplanung: Der Planungsmaßstab der Regionalplanung von 1 zu 100.000 hat sich aus landesplanerischer Sicht bewährt. Der Regionalplanung liegen verschiedene Fachplanungen und -konzepte zugrunde (unter anderem die Landschaftsrahmenpläne 2020). Aktuellere fachliche Erkenntnisse sollten grundsätzlich zunächst in die Fachplanung Eingang und Bewertung finden.

Einreichendendaten	Datensatz zu Ausgangslage und Entwicklungstendenzen	Votum
	Landschaftsplanung und Natur- und biologischem Klimaschutz defizitär und von erheblichen Vollzugsdefiziten belastet sind. Die höchst allgemeinen und unkonkreten Aussagen auf S.23 zu Flächenverbrauch und Klimaschutz machen dieses Defizit dramatisch deutlich. **Dies ist keine konkrete Planung mit Ordnungsrahmen und Vorgaben, mit der Gemeinden und Nutzungsinteressierte eine klare ordnende Richtschnur erhalten, sondern ein Freibrief für die Fehlnutzung unserer natürlichen Lebensgrundlagen mit der Option von schädlichen Bevorratungsansinnen.** <u>Zielabweichung</u> Sehr kritisch ist die Verwendung der Möglichkeit der **Zielabweichung** von der Planung zu sehen. Diese Zielabweichung wird häufig genutzt und hebelt im lokalen Einzelfall die Gesamtheit der immerhin sehr unkonkreten Vorgaben der Planung aus. Derzeit kann nach ROG eine Zielabweichung sogar aus **privatwirtschaftlichen Einzelinteressen heraus angestoßen werden**, was letztlich eine **neue Gefahr für das Allgemeinwohl vorzeichnet.** Die Vorgaben und Grundsätze für ein Zielabweichungsverfahren sind unbedingt konkret und präzise zu fassen und streng an den Schutzfunktionen im Freiraum zu orientieren. **Maßnahmen sind einer eindeutigen Umweltprüfung mit Monitoring zu unterziehen.** Fragwürdig bleibt die Anwendung der Raumordnungsplanung auch dort, wo mangels klarer Vorgaben **auf Raumordnungsverfahren und Zielabweichungsverfahren aus unbekanntem Grund gänzlich verzichtet wird.** Als aktuelles Beispiel mag die Errichtung einer großen Batteriefabrik in Dithmarschen dienen sowie verschiedene Abbau- und Bauschuttdeponievorhaben im Lande. <u>Fortschreibung und Monitoring</u> Die Regionalplanung geht derzeit von einer Gültigkeit von 15 Jahren aus. Berücksichtigt man einen Planungsvorlauf von 2,5 Jahren und eine Abstimmungszeit von 2,5 Jahren, so können die umweltfachlichen Datengrundlagen des Planes ein Alter von 20 Jahren bis zur nächsten Fortschreibung erreicht haben. **Eine solche Planung erscheint angesichts der heutigen Veränderungen aus der Zeit gefallen.**	Bezüglich einer flächensparenden Raumplanung wird auf die geltenden Aussagen des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2021 in den Kapiteln 3.9 (Städtebauliche Entwicklung) und 6.1 (Klimaschutz und Klimaanpassung) hingewiesen. Hinsichtlich der Steuerung von Siedlungsentwicklung in Schleswig-Holstein hat sich zudem der wohnbauliche Entwicklungsrahmen als maßvolles Steuerungsinstrument bewährt. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf die Funktion der Raumordnung als einerseits Rahmengebung bei andererseits der notwendigen planerischen Zurückhaltung, um die kommunale Planungshoheit entsprechend zu gewährleisten. Die Zielsetzung zur Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme wird in der Regionalplanung nicht auf die jeweilige Gemeinde heruntergebrochen. Es ist Aufgabe der Kommunen, im Rahmen der Bauleitplanung die Grundsätze zur Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme zu berücksichtigen. Weitere Einschränkungen durch die Regionalplanung sind nicht Gegenstand dieses Kapitels. Zu Zielabweichungsverfahren: Zielabweichungsverfahren sind in § 13 Absatz 1 Landesplanungsgesetz in Verbindung mit § 6 Absatz 2 Raumordnungsgesetz geregelt. Sie sind nicht Gegenstand der Regionalplan-Entwürfe. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Zu Fortschreibung und Monitoring: Die angeregten Überprüfungen der Regionalpläne sind gesetzlich geregelt: Nach § 7 Absatz 8

Einreichendendaten	Datensatz zu Ausgangslage und Entwicklungstendenzen	Votum
	Es ist zumindest ein **regelmäßiges Monitoring der Teilpläne** vorzusehen, welches im Abstand von 3-5 Jahren neue Bewertungen und ggf. Festlegungen für Anpassungen trifft (siehe dazu auch Scoping-Stellungnahme S.3, Ziff. 5). Zumindest die Fortschreibung jener Teile, die den schnellen und stetigen Veränderungen unterliegen, ist maximal auf 5-8 Jahre zu begrenzen.	Raumordnungsgesetz sind Raumordnungspläne mindestens alle 10 Jahre zu überprüfen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 1. Raumstruktur

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 1. Raumstruktur	Votum
Institution: Amt Oeversee, Gemeinden Oeversee, Sieverstedt und Tarp ID: M1120	Im Zusammenhang mit der Raumstruktur und den tlw. aus dem Landesentwicklungsplan ausgewiesenen bzw. zugewiesenen Gemeinden der Stadt-Umland-Bereiche - in diesem Fall zum Oberzentrum Flensburg - konnte nach der Neustrukturierung und Zugehörigkeit von Gemeinden zum sog. ersten Siedlungsring durch den Regionalplanentwurf in den Gemeinden Sieverstedt und Tarp nicht nachvollzogen werden, warum eine Zugehörigkeit aus planerischer Sicht beibehalten wurde. Die historische Einbeziehung von Gemeinden aus Ämtern und Entstehung der Stadt-Umland-Bereiche ist mit der Neuordnung verworfen worden. Aus diesem Grund ist ein abschließender Diskussionsprozess der beiden genannten Gemeinden zur Zugehörigkeit zum ersten Siedlungsbereich zu Flensburg nicht abschließend diskutiert worden können. Beide Gemeinden werden dies noch intensiv diskutieren und behalten sich vor, bei einer weiteren Ausschreibung explizit hierzu Stellung zu beziehen.	Die Festlegung der Stadt- und Umlandbereiche (SUB) mit den dazugehörenden Gemeinden erfolgt im Landesentwicklungsplan. In den Regionalplänen ist im Wesentlichen nur eine räumliche Konkretisierung der Abgrenzung aufgrund des anderen Maßstabs der Karte möglich (siehe Kapitel 2.4 Absatz 1 LEP 2021). Für den Regionalplan I sind die Verflechtungen in der Region erneut überprüft worden; eine Zuordnung der Gemeinden Sieverstedt und Tarp zum SUB Flensburg ist aus Sicht der Landesplanung auch im Hinblick auf die Entwicklung des Regionalplans aus dem LEP vertretbar. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
ID: M1120	B zu 1 S. 25 Das Wort perspektivisch sollte hervorgehoben werden. Bei der Innenentwicklung ist neben der Verdichtung auch darauf zu achten, dass die hohe Versiegelung in Innenbereichen nicht zu neuen Problemen führt (Stichwort: Klimaanpassung aber auch Erhalt der Ortskerne). In den kommunalen Abwägungen ist dies zu berücksichtigen. B zu 3 S. 26 Bei Betrachtung der tatsächlich direkt abhängigen Verflechtungen von Umlandgemeinden ist fraglich, ob die Gemeinde Sieverstedt wie auch das Unterzentrum Tarp eine Zugehörigkeit zum sog. ersten Siedlung aufweisen muss. Die Neusortierung ist durch das Land ohne abschließende Abstimmung in der Region vorgenommen worden.	Eine Hervorhebung des Wortes „perspektivisch“ erfolgt nicht. Es wird auf die geltenden Aussagen des LEP 2021 in den Kapiteln 3.8 (Städtebauliche Entwicklung) und 6.1 (Klimaschutz und Klimaanpassung) hingewiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Festlegung der Stadt- und Umlandbereiche (SUB) mit den dazugehörenden Gemeinden erfolgt im Landesentwicklungsplan. In den Regionalplänen ist im Wesentlichen nur eine räumliche Konkretisierung der Abgrenzung aufgrund des anderen Maßstabs der Karte möglich (siehe Kapitel 2.4 Absatz 1 LEP 2021). Für den Regionalplan I sind die Verflechtungen in der Region erneut überprüft worden; eine Zuordnung der Gemeinden Sieverstedt und Tarp zum SUB Flensburg ist aus Sicht der Landesplanung auch im Hinblick auf die Entwicklung des Regionalplans aus dem LEP vertretbar. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 1. Raumstruktur	Votum
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1052	zu Stadt-Umland-Bereich Flensburg: Es widerspricht der Raumordnungssystematik, dass ein zentraler Ort einem Bereich eines anderen zentralen Ortes zugeordnet ist. Tarp ist Unterzentrum und dem wird ein Nahbereich zugewiesen. Flensburg ist Oberzentrum und dem wird ein Stadt-Umland-Bereich zugewiesen. Ein Unterzentrum im Stadt-Umland-Bereich eines Oberzentrums ist widersprüchlich. Jedes Zentrum hat seinen zugeordneten Bereich (Ober- und Mittelzentren haben Stadt-Umland-Bereiche; Unterzentren und ländliche Zentralorte haben Nahbereiche). Überschneidungen der jeweiligen Bereiche gilt es zu vermeiden. Z.B. wäre ansonsten in Planungsverfahren von Sieverstedt sowohl Flensburg als auch Tarp zu beteiligen, deren Beteiligungsinteressen ggf. unterschiedlich ausfallen können und raumplanerische Abwägungsentscheidungen hemmen können. Wanderup sollte auch vor dem Hintergrund nicht dem Stadt-Umland-Bereich von Flensburg zugeordnet werden, sondern wie bisher alleine dem Nahbereich von Tarp zugeordnet bleiben. Gleiches gilt für den ländlichen Zentralort Hohenlockstedt und den Stadt-Umland-Bereich von Itzehoe im Planungsraum III.	Jedem Zentralen Ort wird raumstrukturell ein Nahbereich zugeordnet, zeitgleich liegt jede Gemeinde auch nur in einem Nahbereich. Die Festlegung der Stadt- und Umlandbereiche (SUB) mit den dazugehörenden Gemeinden erfolgt bereits im Landesentwicklungsplan und unabhängig von der Zuordnung zu den Nahbereichen. In den Regionalplänen ist im Wesentlichen eine räumliche und inhaltliche Konkretisierung der Abgrenzung aufgrund des größeren Maßstabs der Karte möglich (siehe Kapitel 2.4 Absatz 1 LEP 2021). Der Zuordnung eines Unterzentrums zu einem SUB steht keine raumordnungsrechtliche Vorgabe entgegen. Dies gilt gleichermaßen für den ländlichen Zentralort Hohenlockstedt und den Stadt-Umland-Bereich von Itzehoe im Planungsraum III. Im vorliegenden Fall bestand im Zuge der damaligen Kooperation im SUB Flensburg Konsens zwischen den Kooperationspartnern, dass der SUB auf das Amt Oeversee auszuweiten sei, da diesbezügliche Verflechtungen angenommen wurden. Dem ist der LEP 2010 kartographisch gefolgt. Für den Regionalplan I sind die Verflechtungen in der Region erneut überprüft worden; eine Zuordnung zum SUB Flensburg ist aus Sicht der Landesplanung auch im Hinblick auf die Entwicklung des Regionalplans aus dem LEP vertretbar. Aufgrund der Verflechtungen des Raumes ist eine Zuordnung der Gemeinde Wanderup zum SUB Flensburg angezeigt. Sie gehört dennoch dem Nahbereich des Unterzentrums Tarp an. Der Stellungnahme wird daher nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 1. Raumstruktur	Votum
ID: 1052	Siedlungsachsen: Das raumordnerischen Instrument der Siedlungsachsen zur Steuerung der Siedlungsentwicklung soll im Stadt- und Umlandbereich Flensburg zur Anwendung kommen. Die Bedingungsvorgaben des LEP sollen ggf. angepasst werden. Die Siedlungsachsen sollen entsprechend der Präsentation vom 23.10.2019 der Landesplanung in Tarp (Workshop zur frühzeitigen Beteiligung der Kommunen im Rahmen im Rahmen der Neuaufstellung der Regionalpläne) entlang der L17 (-> Pattburg), der B199 (-> Schafflund), der B200 (-> Wanderup), der L317 (-> Tarp), der L21 (-> Husby), der B199 (-> Langballig) und der L249 (-> Glücksburg) ausgewiesen werden. Das Amt Langballig hat die präsentierten Siedlungsachsen in seine Amtsentwicklungsplanung aufgenommen. Entlang der Bahnstrecken von Flensburg Richtung Hamburg und Richtung Kiel befinden sich präsentierte Siedlungsachsen, an denen sich Gemeinden mit herausragender Siedlungsentwicklung (z.B. Tarp, Husby) befinden.	Die Grundlage für die Ausweisung von Siedlungsachsen ergibt sich aus Kapitel 3.3 Absatz 1 LEP 2021. Hierzu gehört im Wesentlichen die Siedlungsstruktur (größere baulich zusammenhängende Siedlungsgebiete inklusive weiterer Flächenpotenziale), Verkehrsinfrastrukturen (Haltepunkte/Bahnhöfe, überörtliches Straßennetz/Autobahnanschlüsse), ökologische/landschaftliche Verträglichkeit und Ergebnisse abgestimmter Stadt-Umland-Planungen (vergleiche Kapitel 3.3 Absatz 3 LEP 2021). Die räumliche Analyse der oben genannten Aspekte sowie insbesondere die Auswertung zu siedlungsstruktureller Verflechtungen im Planungsraum I konnte die Festlegung von Siedlungsachsen im Sinne des LEP nicht rechtfertigen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Stadt Flensburg **ID: M1039**	B zu 3 (S. 26) Schreibfehler: S. 26 3. Absatz, Satz 2: … interkommunale**r** Zusammenarbeit… Stellungnahme S. 26 Die Stadt Flensburg steht einer erneuten Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit im Stadt-Umland-Bereich auf Basis der noch geltenden Grundsatzvereinbarungen positiv gegenüber und begrüßt auch das Ansinnen einer abgestimmten Wohnbauentwicklung in der Region. Die Stadt möchte die Kooperationsbemühungen vor allem auf Vorhaben im Sinne ihrer politisch beschlossenen "Leitlinien für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung in Flensburg" (RV-1/2022) lenken, die flächensparendes und nachhaltiges Bauen sowie kurze Wege zur Nahversorgung und eine gute Anbindung an das Oberzentrum durch die Mobilitätsarten des Umweltverbundes zum Ziel haben. Hinweis S. 26: Die Wohnbauentwicklung in Flensburg hat sich in den vergangenen Jahren eher in einem Prozess zunehmend von der Inanspruchnahme neuer Wohnbauflächen wegentwickelt.	Hinsichtlich des Hinweises zur grammatikalisch korrekten Schreibweise wird der Text in Kapitel 1 Raumstruktur, Absatz 3, Satz 2 entsprechend angepasst. Die Ausführungen zur beabsichtigten Steuerung der zukünftigen Siedlungsentwicklung der Stadt Flensburg im Sinne einer nachhaltigen Flächenentwicklung gemäß LEP 2021 (Kapiteln 3.8 Städtebauliche Entwicklung und 6.1 Klimaschutz und Klimaanpassung) werden begrüßt und zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der Ausführungen zur abnehmenden Neuinanspruchnahme von Wohnbauflächen in der Stadt Flensburg wird der Text entsprechend geändert. Der Stellungnahme wird gefolgt

Einreichendendaten	Datensatz zu 1. Raumstruktur	Votum
	Textvorschlag Formulierung S. 26, 3. Abs., Satz 5 u 6: „In der Stadt Flensburg war in den vergangenen Jahren ein verstärkter Wohnungsneubau zu verzeichnen, der sich zunehmend im Bestand vollzogen hat. Aufgrund der Herausforderungen der Innenentwicklung ist nicht ausgeschlossen, dass weiterhin Wohnungsbedarfe ergänzend in den Umlandgemeinden zu decken sein werden.“	
Institution: **Gemeinde Handewitt** **ID: M1036**	Zu Ziffer 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung Nach dem Ziel 1 der Raumordnung ist für den Ortsteil Handewitt der Gemeinde Handewitt Im Stadt- und Umlandbereich von Flensburg eine besondere Wohnfunktion festgelegt. Im Ortsteil Handewitt ist damit eine Überschreitung des wohnbaulichen Entwicklungsrahmens nach Kapitel 3.6.1 Absatz 3 LEP 2021 zulässig, wenn die Entwicklung nicht zu Lasten des Oberzentrums Flensburg und des Stadtrandkerns Harrislee geht. Planungen zur wohnbau-lichen Entwicklung im Ortsteil Handewitt sind deshalb mit Flensburg und Harrislee abzu-stimmen und möglichst durch eine interkommunale Vereinbarung zu sichern. Als Grundsatz formuliert der LEP 2021 die Stärkung der ländlichen Räume als „eigenstän-dige, gleichwertige und zukunftsfähige Lebensräume". (Siehe hierzu Kap. 3.2 Ziff. 2). Die Gemeinde Handewitt sieht diese grundlegende Zielsetzung der Stärkung ländlicher Räume und der Unterstützung eigenständiger Entwicklungsansätze als wichtiges Bekennt-nis der Landesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume auch abseits des Metropolraums Hamburg an. Die Gemeinde Handewitt erwartet daher von der Landesregierung entsprechend die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche, wohnbauliche und soziale Entwicklung dieser Räume zu verbessern und geeignete Initiativen zu unterstützen. Die Gemeinde Handewitt bekennt sich seit Jahren zur interkommunalen Kooperation im Stadt-Umlandbereich Flensburg und ist seit Jahrzehnten sehr erfolgreich mit der Stadt Flensburg im kommunalen Zweckverband Wirtschaftsentwicklungsgemeinschaft Flens-burg-Handewitt zur Entwicklung von Gewerbe- und erstmalig in 2022 auch von Wohnflä-chen - verbunden. Im Verfahren einer Abstimmung zur wohnbaulichen Entwicklung in Handewitt mit dem Oberzentrum Flensburg und dem Stadtrandkern Harrislee muss die Landesplanung ein Verfahren entwickeln, dass auch eine eindeutige Konfliktlösungsstrate-gie enthält. Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre haben gezeigt, dass nicht selten Sied-lungsentwicklungsprojekte von Nachbarkommunen lediglich politisch und nicht raumstrate-gisch beurteilt werden und eine objektiv sinnvolle Entwicklung nicht oder verspätet zu-stande kommt. Voraussetzung ist darüber hinaus, dass die planerische Wohnfunktion, die ganz eindeutig in Art und Umfang über den	Die Zentralen Orte und Stadtrandkerne werden nicht im Regionalplan festgelegt, sondern gemäß § 24 Absatz 3 Landesplanungsgesetz in einer Landesverordnung. Die Festlegungen der Landesverordnung werden in den Regionalplan übernommen. Nach der geltenden Verordnung zum Zentralörtlichen System, zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.07.2024, ist die Gemeinde Handewitt nicht als Zentraler Ort oder Stadtrandkern festgelegt. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 1. Raumstruktur	Votum
	Grundrahmen der wohnbaulichen Entwicklung hinausgehen muss, ebenso nachvollziehbar in Menge und Qualität bestimmt werden muss wie die Mitortfunktion. Vom Niveau her sollten diese erweiterten Entwicklungsfunktionen mindestens den Optionen gleichen, die einem Stadtrandkern 1. oder II. Ordnung zugestan-den werden. In den vergangenen Raumordnungsberichten, zuletzt in 2019, die sich ausführlich mit dem Zentrale-Orte-System des Landes auseinandersetzen, sah die Landesregierung kein Er-fordernis, weitere Gemeinden - auch nicht die Gemeinde Handewitt - in das zentralörtliche System aufzunehmen. Diese Ausgangslage hat sich aus Sicht der Gemeinde Handewitt inzwischen deutlich ver-ändert. Dazu beigetragen haben nicht nur die dynamische Entwicklung der Einwohnerzah-len und die überdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung. Durch die im Jahr 2008 erfolgte Gemeindefusion der ehemals selbständigen Gemeinden Jarplund-Weding und Handewitt und die anschließende Bevölkerungsentwicklung hat die Gemeinde Handewitt inzwischen eine Einwohnerzahl erreicht, die an die Einwohnerzahlen der als Stadtrandkern II. Ord-nung eingestuften Gemeinde Harrislee heranreicht und über die Einwohnerzahl der eben- falls als Stadtrandkern II. Ordnung eingestuften Gemeinde Glücksburg deutlich hinaus- geht. Eine gleichrangige Behandlung ist aber nicht nur aufgrund der erreichten Einwohner- zahl, sondern besonders auch wegen der zunehmenden funktionalen Bedeutung im Raum zu fordern. Im Übrigen ist Handewitt neben der Hamburger Stadtrandgemeinde Rellingen die einzige Gemeinde in Schleswig-Holstein mit einer Einwohnerzahl über 10.000 Einwoh-nern, welche vom Land nicht als Zentraler Ort eingestuft ist. Die zunehmende funktionale Bedeutung im Raum ergibt sich für die Gemeinde Handewitt durch ihre überdurchschnittliche Infrastrukturausstattung, eine gute Verkehrsanbindung an das Oberzentrum Flensburg, ihre Lage unmittelbar an der Landesentwicklungsachse der A 7und die Verfügbarkeit geeigneter Flächenpotenziale. Mit 5.900 sozialversicherungspflich-tig Beschäftigten am Arbeitsort ist Handewitt zusammen mit Schleswig, Kappeln und Har-rislee bedeutendes Arbeitsplatz- und Einpendlerzentrum im Planungsraum. Auch durch die Weiterentwicklung der Versorgungsangebote im Bereich des Einzelhandels und der Gesundheitsdienstleistungen hat Handewitt sein Einzugsbereich weit über die Gemeinde-grenzen vergrößern können. Unabhängig von diesen Nahversorgungsfunktionen leistet Handewitt durch die Ansiedlung des [redacted] und des Versorgungszentrums [redacted] schon jetzt überörtliche Versorgungsfunktionen sowohl für den grenz-überschreitenden Verkehr als auch für den touristischen Verkehr zu den nordfriesischen Inseln. Auch wenn dies nicht unmittelbar Regelungsinhalt des	

Einreichendendaten	Datensatz zu 1. Raumstruktur	Votum
	Regionalentwicklungsplanes ist, sehen wir Voraussetzungen für die Ausweisung als Stadtrandkern II. Ordnung als erfüllt an.	
Institution: NABU Schleswig-Holstein, Bereich Verbandsbeteiligung ID: M1142	Einer der vorrangig angeführten "Grundsätze der Raumordnung" besagt, dass die "Siedlungsentwicklung flächensparend und nachhaltig erfolgen (soll)" und "am perspektivischen Ziel einer Flächenkreislaufwirtschaft ausgerichtet sein (soll)" (1 G, S. 24o.). Dabei wird auf die Zielsetzung verwiesen, den Flächenverbrauch für die Siedlungsentwicklung in Schleswig-Holstein bis 2030 auf max. 1,3 ha pro Tag zu beschränken (S.25).Diese durchaus richtige Zielsetzung ist alles andere als neu. Allerdings sieht die raumplanerische Realität gegenteilig aus: Der Flächenverbrauch für v.a. Wohnsiedlungen, aber auch. Gewerbe gerade im ländlichen und kleinstädtischen Raum sowie im Hamburger Umland geht fast unvermindert weiter, angeheizt durch den Willen der meisten Kommunen, sich zu erweitern. Lediglich die zurzeit hohen Baukosten bremsen den Flächenverbrauch, ein Flächenrecycling findet dagegen kaum statt. Dieser negativen Entwicklung leisten die Ziele des LEP v.a. zur wirtschaftlichen Entwicklung sowie zum Ausbau des Straßennetzes (die gemäß der Raumplanungshierarchie auch von den Regionalplänen zu verfolgen sind) Vorschub, konterkarieren also das Ziel einer deutlichen Flächenverbrauchsreduzierung geradezu.	Es wird auf die geltenden Aussagen des LEP 2021 in den Kapiteln 3.9 (Städtebauliche Entwicklung) und 6.1 (Klimaschutz und Klimaanpassung) hingewiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 2.1 Natur und Landschaft

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
Institution: Gemeinde Hörnum, über Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt ID: M1137	**Zu 2.1 Natur und Landschaft – 1 Z:** Die Gemeinde Hörnum lehnt eine Darstellung der bebauten Ortslage als Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete ab. Auch wenn sich im Ort Heide- und Dünenflächen und damit gesetzlich geschützte Biotope befinden sollten diese differenziert betrachtet werden. Schon im Landschaftsrahmenplan sind die zentralen Siedlungsgebiete von der Darstellung gesetzlich geschützter Biotope über 20 ha freigehalten. Dies sollte in der Darstellung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete im Regionalplan berücksichtigt werden. Im bestehenden Regionalplan liegen die zusammenhängenden bebauten Bereiche Hörnums innerhalb der Baugebietsgrenzen und die Darstellung von Vor- rang- und Vorbehaltsgebieten überschneidet sich nicht damit. An dieser Darstellung soll festgehalten werden.	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitels 6.2.1 sowie Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Auf Ebene der Regionalplanung sollen innerhalb der Baugebietsgrenzen auf den nordfriesischen Inseln keine Vorranggebiete für den Naturschutz sowie keine Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft ausgewiesen werden, um die Funktion der Siedlungsbereiche innerhalb der Baugebietsgrenzen zu verdeutlichen. Die entsprechenden Fachbelange, zum Beispiel Natur- und Biotopschutz bleiben davon jedoch unberührt und sind auf den nachfolgenden Planungsebenen zu berücksichtigen. Der Stellungnahme wird gefolgt.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1119	Die [redacted] wird durch eine Vielzahl von Festsetzungen im Entwurf des Regionalplan für den Planungsraum I betroffen: - Grundsätzlich ist festzustellen, dass Vorranggebiete für den Naturschutz – scheinbar undifferenziert - weit über die Grenzen tatsächlich existierender Naturschutzgebiete definiert werden. Die Darstellung in der Karte wird der eigenen, in der Begründung dargelegten Differenzierung nicht gerecht. Die Grenzen des Naturschutzgebietes Geltinger Birk etwa sind durch Landesverordnung klar festgelegt, ebenso sind die FFH Gebiete klar ausgewiesen. Dennoch erstreckt sich die Darstellung des Vorranggebietes in dem Gebiet des Geltinger Noores etwa, in Richtung Osten und Westen über das Naturschutzgebiet / FFH Gebiet hinaus – weitere festgelegte Differenzierungskriterien kommen hier ebenfalls nicht zum Zuge. Ebenso sind sämtliche sich auf der Geltinger Birk befindliche Gebäude bspw. in der FFH-Kulisse korrekterweise ausgespart. Im Regionalentwicklungsplanentwurf hingegen werden die entsprechenden Flächen tlw. direkt und flächendeckend von den grünen, das Vorranggebiet	Der Landesentwicklungsplan 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz sowie Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitel 6.2.1 LEP 2021 und Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Die in der Stellungnahme angesprochenen Vorranggebiete für den Naturschutz und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft erfüllen

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	kennzeichnende Steifen, überzogen. Hier ist eine Anpassung zwingend erforderlich. Die genannten Gebäude werden mehrheitlich als Ferienhäuser betrieben – wiederum eine zentrale Einkunftsquelle [redacted] – die in erstaunlicher Symbiose mit dem Naturschutz harmonieren. Diese Symbiose wird durch den Regionalentwicklungsplanentwurf nicht nur in Frage gestellt, sondern erzwingt hier womöglich einen Konflikt. Eine Einteilung dieser Flächen als Vorranggebiete für den Naturschutz würde sämtliche Entwicklungspotenziale in diesem ebenfalls als Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung gekennzeichneten Raum unterdrücken. - Der Wald „Nordschau“ (bei Grahlenstein) ist als Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft ausgewiesen. Dies ist nicht nachvollziehbar. Aufgrund der Nähe zum bestehenden Naturschutzgebiet bzw. des schon bestehenden Schutzstatus unter Natura 2000/FFH genießen diese Flächen schon jetzt einen hohen Schutzstatus. Der Wald wird forstwirtschaftlich genutzt und stellt eine Einkunftsquelle [redacted] dar. Wie eine forstwirtschaftlich Nutzung ohne „*Maßnahmen und Planungen“ die Naturhaushalt und Landschaftsbild nicht erheblich beeinträchtigen und zu keiner negativen, dauerhaften Veränderung der Landschaft führen*“ möglich sein soll, erschließt sich nicht. Insofern sind weitere Einschränkungen der ordnungsgemäßen Waldwirtschaft, sowie eine weitere Unterhöhlung des Eigentumsrechtes durch zusätzliche Unterschutzstellung zu befürchten. - Im Norden des Waldes „Nordschau“ ist dieser Teil sogar als Vorranggebiet für den Naturschutz markiert. Unter derselben Argumentation wie obenstehend ist dem entschieden entgegenzutreten. - Weiterhin ist südwestlich des Geltinger Noores Richtung Gammellück eine Kennzeichnung als Vorbehaltsgebiete Natur und Landschaft, sowie als Regionaler Grünzug erfolgt. Dies scheint weder mit der dort betriebenen intensiven Landwirtschaft, noch mit den Belangen des Küstenschutzes vereinbar. Die von Flut besonders betroffenen Gebiete müssen von Festlegungen dieser Art freigehalten werden. - Südlich des Geltinger Noores bis nach Gelting hinein kennzeichnet der eingezeichnete Bereich „Vorranggebiet für Küstenschutz“ die sogenannte „Bromoy“, welche entlang der Geltinger Au /“Suez“ verläuft. Die Kennzeichnung als Vorbehaltsgebiete Natur und Landschaft läuft fehl, es handelt sich weder um ein bereits geschütztes Gebiet, noch um ein Biotop. Jene Au entwässert bei Niedrigwasser frei in das Noor. Bei Hochwasser ist die Entwässerung jedoch nur über ein Pumpwerk möglich. Es handelt sich um eine massive bauliche Anlage mit Betonwänden. Eine freie Bewegungsmöglichkeit der Tiere bzw. insbesondere von Fischen ist nicht möglich,	die Kriterien des LEP 2021. Eine Einschränkung der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft ist mit der Darstellung als Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft nicht verbunden. Die Ausweisung von Vorranggebieten für den Naturschutz bedeutet zudem in der Regel nicht den Ausschluss jeglicher anderer Nutzungsansprüche (im Sinne eines generellen Nutzungsverbotes), sondern lediglich derjenigen, die mit den Schutz- beziehungsweise den Erhaltungszielen nicht vereinbar sind. Bei den durch Verordnung bereits festgelegten Gebieten gelten die Bestimmungen der entsprechenden Rechtsvorschriften. Es wird auf die Ausführungen im Landesentwicklungsplan 2021 (Begründung zu Kapitel 6.2.1 und 6.2.2) verwiesen. Hinsichtlich der Überschneidungen von Vorranggebieten für den Naturschutz mit Vorranggebieten für den Küstenschutz und die Klimafolgenanpassung im Küstenbereich (Kapitel 6.6.1) wird insbesondere auf die Begründung B zu 1-2 des LEP 2021 verwiesen. Bezüglich der nicht vorgenommenen Aussparungen einzelner Bebauung innerhalb der Vorbehalts- und Vorranggebiete wird auf den Maßstab 1 zu 100.000 der Darstellung verwiesen, die eine detailliertere Darstellung nicht ermöglicht. Zur Klarstellung wird im Kapitel Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt ein Satz zum Abschnitt Rechtswirkung eingefügt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	weswegen nicht nachvollziehbar ist, dass es sich in diesem Bereich um ein zusammenhängendes Biotop o.ä. handeln soll. Die Bedeutung für den Hochwasserschutz ist hingegen groß, zukünftig werden hier Maßnahmen umgesetzt werden müssen. Flächen, die für den Hochwasserschutz elementar sind, müssen von einer Kennzeichnung als Vorbehaltsgebiete Natur und Landschaft freibleiben. Ein Zielkonflikt sollte von Vorneherein ausgeschlossen werden. - Weiterhin fällt auf, dass das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft im Bereich der Ortschaft Gelting teilweise sich auch auf die Bebauung erstreckt. Dies ist nicht ansatzweise nachvollziehbar. Soweit dies auf die unter der Straße erfolgte Verrohrung der Entwässerung abzielt, verweisen wir auf obenstehendes und stellen in Frage inwieweit eine für Lebewesen undurchlässige Verrohrung der Unterschutzstellung bedarf. Hier von einem Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft zu sprechen, scheint geradezu absurd. Eine Behinderung kommunaler Aufhaben, sowie der Aufgaben der Wasser- und Bodenwirtschaft, scheint vorprogrammiert. - Ebenfalls als Schutzgebietssystem eingezeichnet ist eine dicke grün gestrichelte Linie über die Stenderuper Au. Auch dies ist nicht nachvollziehbar. Die Stenderuper Au ist in weiten Teilen für Fische und Amphibien nicht durchgängig. Zudem zieht sich der nur sehr grob eingezeichnete grün straffierte Korridor auch über die halbe [redacted] sowie großzügig über Wirtschaftswege, Ackerflächen und Grünland. Sogar vorhandene (denkmalgeschützte !) Bebauung ist umfasst. Die Kartierung ist insofern ungenau und trifft teils nicht einmal direkt das Gewässer. Ebenfalls in der Sackgasse „am Schlossgraben“ ist die vorhandene Bebauung betroffen. Eine Behinderung der Entwicklungsmöglichkeiten, insbesondere in Hinblick auf baurechtlich mögliche landwirtschaftliche Privilegierung, kann auf der [redacted] eines [redacted] (landwirtschaftlichen) [redacted] darf nicht stattfinden. Der Einteilung dieser Gewässerkörper (Stenderuper Au / Schlossgraben) als Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft stehen weiterhin eingetragene Staurechte entgegen. - In Wackerballig überzieht sowohl die Schraffierung der Vorbehaltsgebiete Natur und Landschaft, wie auch der regionalen Grünzüge undifferenziert einen bestehenden Campingplatz, Ferienhausgebiete, Siedlungen, Acker- und Grünlandflächen ohne erkenntliche Grundlage. Eine exakte Zuordnung ist aufgrund der nicht ausreichenden Auflösung der Karte jedoch nicht möglich. - Zwischen Gelting Mole, Lehbeckwiese und Wackerballig überzieht sowohl die Schraffierung der Vorbehaltsgebiete Natur und Landschaft, wie auch der regionalen	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Grünzüge ohne erkenntliche Grundlage Acker- und Grünlandflächen. Im nördlichen Bereich sind sogar fälschlicherweise Vorranggebiete für den Naturschutz eingezeichnet. - Der Wald Holmkjer ist als Vorbehaltsgebiete Natur und Landschaft ohne erkennbare Grundlage gekennzeichnet. Der Wald befindet sich in der normalen forstwirtschaftlichen Bewirtschaftung. Nachteilige Auswirkungen auf die Bewirtschaftung können nicht hingenommen werden. - In Toestorf ist ein Waldstück ebenfalls als Bestandteil des Vorbehaltsgebiete Natur und Landschaft ausgewiesen. Dabei wurde jedoch nicht beachtet, dass sich innerhalb des Waldes eine intensiv bewirtschaftet Grünlandfläche befindet. Ein suggerierter Zusammenhang zu weiteren Flächen östlich hiervon ist tatsächlich nicht gegeben. Angrenzend wurden zudem auch Ackerflächen mit straffiert. Es gelten insoweit die bereits vorstehend gemachten Ausführungen bzgl. Waldflächen. Betroffen ist der Wald „Tempelholz“. - Südlich, südwestlich und nordöstlich von Scheggerottstamm ist eine Au mit der Schraffierung von Vorbehaltsgebiete Natur und Landschaft versehen. Von der Markierung sind jedoch großzügig Ackerflächen umfasst. - Grundsätzlich verfestigt sich weiterhin der Eindruck, dass insbesondere durch die Festsetzung und Erweiterung von Vorranggebieten, Vorbehaltsgebieten und regionalen Grünzügen die Land- und Forstwirtschaft, wie auch der Tourismus zurückgedrängt werden soll. Das [redacted], die auch eine kulturlandschaftstiftende Wirkung entfalten und in einer strukturschwachen Region beheimatet sind, hiervon massiv betroffen sind und in Verbindung mit ohnehin herausfordernden politischen Rahmenbedingungen in letzter Instanz zunehmend in Ihrer Existenz bedroht werden, scheint übersehen, zumindest jedoch in Kauf genommen zu werden. Landwirtschaftliche Betriebe sind auf Ihre Flächen angewiesen. Sie stellen die Existenzgrundlage für Höfe, für Familien, für Menschen dar. Eine in immer höherem Tempo voranschreitende Unterhöhlung der Eigentumsrechte und der Entfaltungsmöglichkeiten – auf verschiedensten politischen Ebenen – treiben landwirtschaftliche Betriebe an ihre Belastungsgrenzen. Eine Flut undurchschaubarer Regulierung lähmt ländliche Gebiete zunehmend. Wir bitten dieses bei der weiteren Planung zu berücksichtigen.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
Institution: Gemeinde Sylt , Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt Ortsentwicklung ID: M1130	**Zu 2.1 Natur und Landschaft - 1 Z:** Nicht zuletzt aufgrund der gesetzlich vorgegebenen kommunalen Wärmeplanung wird der Flächenbedarf für die Errichtung von Anlagen für die klimaneutrale Wärmeversorgung in den Gemeinden ansteigen. Vor dem Hintergrund ist eine Abwägung über die Nutzungskonkurrenzen auf übergeordneter Planungsebene angezeigt. Die zeigt sich zum Beispiel an der Fläche Flughafen Sylt, die bei den engen Entwicklungsmöglichkeiten insularer Flächen als vorbelastete Fläche an Infrastrukturen für die Errichtung von Freiflächen-Solaranlagen vorrangig geeignet scheint. Die wird jedoch durch die Darstellung als Vorranggebiet deutlich eingeschränkt und setzt ein Zielabweichungsverfahren voraus. Eine entsprechende Abwägung schon auf übergeordneter Planungsebene könnte Hürden für den Ausbau der kommunalen Wärmeversorgung abbauen und gleichzeitig dem Steuerungsbedürfnis im Hinblick auf die angestrebte Reduzierung der Flächeninanspruchnahme und dem Schutz von Freiräumen und Natur und Landschaft Rechnung tragen.	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz sowie Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitel 6.2.1 beziehungsweise Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Der Regionalplan-Entwurf enthält keine Regelungen zu Solar-Freiflächenanlagen. Diese sind Gegenstand des LEP 2021. Es soll daran festgehalten werden, dass die Thematik im landesweiten Raumordnungsplan geregelt wird. Nach Kapitel 4.5.2 Absatz 3 LEP 2021 gehören Vorranggebiete für den Naturschutz zu den Gebieten, in denen keine raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen errichtet werden dürfen. Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Amt Südtondern, Amt Südtondern ID: 1108	**Stellungnahme der Gemeinden Leck, Klixbüll und Tinningstedt:** In Absatz 1 heißt es (Z) „*Vorranggebiete sind in der Karte dargestellt. In den Vorranggebieten für den Naturschutz hat der Schutz der Natur in ihrer Gesamtheit oder in*	**Gemeinden Leck, Klixbüll und Tinningstedt:** Bei den in der Stellungnahme genannten Flächen innerhalb der Konversionsfläche Flugplatz Leck südlich der Landebahn/Teststrecke beziehungsweise südlich des Naturschutzgebietes Leckfeld handelt es

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	einzelnen Teilen Vorrang vor allen anderen Nutzungen, soweit die fachgesetzlichen Vorschriften keine Ausnahmen gestatten.“ Die in der Karte C dargestellten Vorranggebiete innerhalb der Konversionsfläche Flugplatz Leck südlich der Landebahn/Teststrecke bzw. südlich des Naturschutzgebietes Leckfeld (rot markiert) sind bereits seit der Entlassung aus der einstweiligen Sicherstellung für das geplante NSG Leckfeld überplant und widersprechen damit der Konversionsplanung. Mit dem Masterplan Konversion liegt seitdem ein mit der Landesplanungsbehörde verbindlich abgestimmtes Gesamtkonzept zur zivilen Nachnutzung vor, das die Grundlage für die Bauleitpläne bildet, die sämtliche Flächen innerhalb des ehemaligen NATO-Flugplatzes überplanen. Im Rahmen der Verfahren zu den folgenden Planungen der gemeindeübergreifenden Bauleitplanung KBA-Teststrecke Südtondern (Leck: 27. Änd. FNP, B-Plan 49/ Klixbüll: 14. Änd. FNP, B-Plan 12/ Tinningstedt: B-Plan 4), dem Wohngebiet Mühlenberg II (19. Änd. FNP, B-Plan 47 Leck), dem Businesspark Südtondern (23. Änd. FNP, B-Plan 46 Leck), dem [redacted] (29. Änd. FNP, B-Plan 52 Leck), der gemeindeübergreifenden Bauleitplanung Gewerbe am Airpark (Leck: 32. Änd. FNP, B-Plan 56/ Klixbüll: 16. Änd. FNP, B-Plan 15/ Tinningstedt: B-Plan 5) sowie der in Aussicht gestellten Luftfahrtrechtlichen Genehmigung für den Sonderlandeplatz EDXK wurden und werden die festgestellten gesetzlich geschützten Biotope angemessen ausgeglichen. Diese Flächen sind deshalb aus der Karte zu entfernen. **<u>Gemeinden Ladelund, Westre:</u>** In Absatz 2 heißt es: (G) „*In diesen Gebieten sollen Maßnahmen und Planungen nur durchgeführt werden, wenn sie Naturhaushalt und Landschaftsbild nicht erheblich beeinträchtigen und zu keiner negativen, dauerhaften Veränderung der Landschaft führen. Erhebliche Eingriffe sind nur dann hinnehmbar, wenn sie im überwiegenden öffentlichen Interesse erforderlich sind und angemessen ausgeglichen werden.*“ In o.g. Gemeinden wurden Bauleitplanverfahren zur Errichtung von großflächigen Freiflächenphotovoltaikanlagen in o.g. Gebieten eingeleitet. Es handelt sich in Ladelund um die Aufstellung der 21. Änderung Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan Nr.19 und in Westre um die Aufstellung der 11. Änderung Flächennutzungsplan und den Bebauungsplan Nr. 9.	sich um Flächen eines Biotopverbundkomplexes. Wenn im Rahmen von Bauleitplanungen die genannten Fachbelange überwunden werden konnten, kann eine Rücknahme der Vorranggebiete Naturschutz erfolgen. Dies ist jedoch erst möglich, wenn die Bauleitplanungen abgeschlossen worden sind und rechtskräftig beziehungsweise wirksam sind. Dies trifft nach hiesiger Aktenlage auf die Bebauungspläne Nummer 52, Nummer 46 und Nummer 47, 1. Änderung und die entsprechenden Änderungen des Flächennutzungsplans zu. Die Karte wird entsprechend angepasst. Der Stellungnahme wird somit teilweise gefolgt. **Gemeinden Ladelund, Westre:** Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die Ausführungen beziehen sich auf die konkreten Bauleitplanungen. Die genannten Aspekte sind auf dieser Ebene zu klären. Der Regionalplan-Entwurf enthält darüber hinaus keine Regelungen zu Solar-Freiflächenanlagen. Diese sind Gegenstand des LEP 2021. Es soll daran festgehalten werden, dass die Thematik im landesweiten Raumordnungsplan geregelt wird. Nach Kapitel 4.5.2 Absatz 3 LEP 2021 gehören Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft zu den Gebieten, in denen keine raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen errichtet werden dürfen. Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Gerade in Bezug auf den § 2 EEG und das darin festgelegte überragende öffentlichen Interesse sowie die Tatsache, dass die erneuerbaren Energien als vorrangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden sollen, wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass die Gebietsdarstellungen als Vorbehaltsflächen für Natur und Landschaft den Bauleitplanungen zu Photovoltaikfreiflächenanlagen nicht entgehen stehen werden.	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted], Keine Abteilung **ID: 1107**	**1) Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft** Kapitel 2.1 Absatz 2 sieht als Grundsatz der Raumordnung Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft vor. Wir betonen, dass es sich um ein Vorbehaltsgebiet und damit Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist (§ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG). Insofern wird die Formulierung im Grundsatz Kapitel 2.1 Absatz 2 begrüßt, wonach im überwiegenden öffentlichen Interesse erforderliche und angemessen auszugleichende erhebliche Eingriff hinzunehmen sind. Wir bitten jedoch darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Wir betonen, dass die Windenergienutzung im überragenden öffentlichen Interesse liegt (§ 2 EEG 2023) und die Ausgleichbarkeit nach § 15 BNatSchG allgemein anerkannt ist, sodass die im Grundsatz angelegten Ausnahmevoraussetzungen immer vorliegen, weshalb das dann auch in der Begründung so deutlich gemacht werden sollte. Anderenfalls droht eine falsche Einzelfallabwägung. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Seite 3 von 6 Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. Dies sollte erst recht für die Abwägung zugängliche Vorbehaltsgebiete gelten. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung des Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die in Anlage 1 vorgelegte Fläche durch Festlegung eines Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft sind als Grundsatz der Raumordnung zu berücksichtigen und somit der Abwägung zugänglich.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. [Teilflächen der Gemeinde Südermarsch]	Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.1 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted], Keine Abteilung **ID: 1104**	**1) Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft** Kapitel 2.1 Absatz 2 sieht als Grundsatz der Raumordnung Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um ein Vorbehaltsgebiet und damit Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist (§ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG). Insofern wird die Formulierung im Grundsatz Kapitel 2.1 Absatz 2 begrüßt, wonach im überwiegenden öffentlichen Interesse erforderliche und angemessen auszugleichende erhebliche Eingriff hinzunehmen sind. Wir bitten jedoch darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Wir betonen, dass die Windenergienutzung im überragenden öffentlichen Interesse liegt (§ 2 EEG 2023) und die Ausgleichbarkeit nach § 15 BNatSchG allgemein anerkannt ist, sodass die im Grundsatz angelegten Ausnahmevoraussetzungen immer vorliegen, weshalb das dann auch in der Begründung so deutlich gemacht werden sollte. Anderenfalls droht eine falsche Einzelfallabwägung. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. Dies sollte erst recht für die Abwägung zugängliche Vorbehaltsgebiete gelten.	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft sind als Grundsatz der Raumordnung zu berücksichtigen und somit der Abwägung zugänglich. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.1 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Schließlich ist die Klarstellung und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum I auffallend viele solche Vorbehaltsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche PR1_SLF_090 durch Festlegung eines Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. [Teilflächen der Gemeinde Bollingstedt]	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted] **Keine Abteilung** **ID: 1091**	**Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft** Kapitel 2.1 Absatz 2 sieht als Grundsatz der Raumordnung Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um ein Vorbehaltsgebiet und damit Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist (§ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG). Insofern wird die Formulierung im Grundsatz Kapitel 2.1 Absatz 2 begrüßt, wonach im überwiegenden öffentlichen Interesse erforderliche und angemessen auszugleichende erhebliche Eingriff hinzunehmen sind. Wir bitten jedoch darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Wir betonen, dass die Windenergienutzung im überragenden öffentlichen Interesse liegt (§ 2 EEG 2023) und die	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Ausgleichbarkeit nach § 15 BNatSchG allgemein anerkannt ist, sodass die im Grundsatz angelegten Ausnahmevoraussetzungen immer vorliegen, weshalb das dann auch in der Begründung so deutlich gemacht werden sollte. Anderenfalls droht eine falsche Einzelfallabwägung. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. Dies sollte erst recht für die Abwägung zugängliche Vorbehaltsgebiete gelten. Schließlich ist die Klarstellung und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum I auffallend viele solche Vorbehaltsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche PR1_SLF_065 durch Festlegung eines Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_SLF_065 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren. [Teilflächen der Gemeinde Wanderup]	Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft sind als Grundsatz der Raumordnung zu berücksichtigen und somit der Abwägung zugänglich. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.1 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted] **Keine Abteilung** **ID: 1090**	**Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft** Kapitel 2.1 Absatz 2 sieht als Grundsatz der Raumordnung Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	(Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um ein Vorbehaltsgebiet und damit Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist (§ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG). Insofern wird die Formulierung im Grundsatz Kapitel 2.1 Absatz 2 begrüßt, wonach im überwiegenden öffentlichen Interesse erforderliche und angemessen auszugleichende erhebliche Eingriff hinzunehmen sind. Wir bitten jedoch darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Wir betonen, dass die Windenergienutzung im überragenden öffentlichen Interesse liegt (§ 2 EEG 2023) und die Ausgleichbarkeit nach § 15 BNatSchG allgemein anerkannt ist, sodass die im Grundsatz angelegten Ausnahmevoraussetzungen immer vorliegen, weshalb das dann auch in der Begründung so deutlich gemacht werden sollte. Anderenfalls droht eine falsche Einzelfallabwägung. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. Dies sollte erst recht für die Abwägung zugängliche Vorbehaltsgebiete gelten. Schließlich ist die Klarstellung und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum I auffallend viele solche Vorbehaltsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche PR1_SLF_083 durch Festlegung eines Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um	Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft sind als Grundsatz der Raumordnung zu berücksichtigen und somit der Abwägung zugänglich. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.1 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_SLF_083 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren. [Teilflächen der Gemeinde Süderhackstedt]	
Institution: [redacted], Keine Abteilung **ID: 1089**	**Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft** Kapitel 2.1 Absatz 2 sieht als Grundsatz der Raumordnung Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um ein Vorbehaltsgebiet und damit Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist (§ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG). Insofern wird die Formulierung im Grundsatz Kapitel 2.1 Absatz 2 begrüßt, wonach im überwiegenden öffentlichen Interesse erforderliche und angemessen auszugleichende erhebliche Eingriff hinzunehmen sind. Wir bitten jedoch darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Wir betonen, dass die Windenergienutzung im überragenden öffentlichen Interesse liegt (§ 2 EEG 2023) und die Ausgleichbarkeit nach § 15 BNatSchG allgemein anerkannt ist, sodass die im Grundsatz angelegten Ausnahmevoraussetzungen immer vorliegen, weshalb das dann auch in der Begründung so deutlich gemacht werden sollte. Anderenfalls droht eine falsche Einzelfallabwägung. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft sind als Grundsatz der Raumordnung zu berücksichtigen und somit der Abwägung zugänglich.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	§ 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. Dies sollte erst recht für die Abwägung zugängliche Vorbehaltsgebiete gelten. Schließlich ist die Klarstellung und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum I auffallend viele solche Vorbehaltsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche PR1_NFL_120 durch Festlegung eines Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_NFL_120 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren. [Teilflächen der Gemeinde Wittbek]	Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.1 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted] Keine Abteilung **ID: 1088**	**Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft** Kapitel 2.1 Absatz 2 sieht als Grundsatz der Raumordnung Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um ein Vorbehaltsgebiet und damit Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist (§ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG). Insofern wird die Formulierung im Grundsatz Kapitel 2.1 Absatz 2 begrüßt, wonach im überwiegenden	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	öffentlichen Interesse erforderliche und angemessen auszugleichende erhebliche Eingriff hinzunehmen sind. Wir bitten jedoch darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Wir betonen, dass die Windenergienutzung im überragenden öffentlichen Interesse liegt (§ 2 EEG 2023) und die Ausgleichbarkeit nach § 15 BNatSchG allgemein anerkannt ist, sodass die im Grundsatz angelegten Ausnahmevoraussetzungen immer vorliegen, weshalb das dann auch in der Begründung so deutlich gemacht werden sollte. Anderenfalls droht eine falsche Einzelfallabwägung. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. Dies sollte erst recht für die Abwägung zugängliche Vorbehaltsgebiete gelten. Schließlich ist die Klarstellung und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum I auffallend viele solche Vorbehaltsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche PR1_SLF_102 durch Festlegung eines Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_SLF_102 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren.	Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft sind als Grundsatz der Raumordnung zu berücksichtigen und somit der Abwägung zugänglich. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.1 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	[Teilflächen der Gemeinde Silberstedt]	
Institution: [redacted], Keine Abteilung **ID: 1082**	**1) Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft** Kapitel 2.1 Absatz 2 sieht als Grundsatz der Raumordnung Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um ein Vorbehaltsgebiet und damit Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist (§ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG). Insofern wird die Formulierung im Grundsatz Kapitel 2.1 Absatz 2 begrüßt, wonach im überwiegenden öffentlichen Interesse erforderliche und angemessen auszugleichende erhebliche Eingriff hinzunehmen sind. Wir bitten jedoch darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Wir betonen, dass die Windenergienutzung im überragenden öffentlichen Interesse liegt (§ 2 EEG 2023) und die Ausgleichbarkeit nach § 15 BNatSchG allgemein anerkannt ist, sodass die im Grundsatz angelegten Ausnahmevoraussetzungen immer vorliegen, weshalb das dann auch in der Begründung so deutlich gemacht werden sollte. Anderenfalls droht eine falsche Einzelfallabwägung. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. Dies sollte erst recht für die Abwägung zugängliche Vorbehaltsgebiete gelten. Schließlich ist die Klarstellung und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum I auffallend viele solche Vorbehaltsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft sind als Grundsatz der Raumordnung zu berücksichtigen und somit der Abwägung zugänglich. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.1 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche in der Gemeinde Ramstedt durch Festlegung eines Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. [Teilflächen der Gemeinde Ramstedt]	
Institution: [redacted] Keine Abteilung **ID: 1080**	**1) Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft** Kapitel 2.1 Absatz 2 sieht als Grundsatz der Raumordnung Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um ein Vorbehaltsgebiet und damit Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist (§ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG). Insofern wird die Formulierung im Grundsatz Kapitel 2.1 Absatz 2 begrüßt, wonach im überwiegenden öffentlichen Interesse erforderliche und angemessen auszugleichende erhebliche Eingriff hinzunehmen sind. Wir bitten jedoch darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Wir betonen, dass die Windenergienutzung im überragenden öffentlichen Interesse liegt (§ 2 EEG 2023) und die Ausgleichbarkeit nach § 15 BNatSchG allgemein anerkannt ist, sodass die im Grundsatz angelegten Ausnahmevoraussetzungen immer vorliegen, weshalb das dann auch in der	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Begründung so deutlich gemacht werden sollte. Anderenfalls droht eine falsche Einzelfallabwägung. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. Dies sollte erst recht für die Abwägung zugängliche Vorbehaltsgebiete gelten. Schließlich ist die Klarstellung und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum I auffallend viele solche Vorbehaltsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche PR1_NFL_305 durch Festlegung eines Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. [Teilflächen der Gemeinde Koldenbüttel]	Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft sind als Grundsatz der Raumordnung zu berücksichtigen und somit der Abwägung zugänglich. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.1 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted] **Keine Abteilung** **ID: 1079**	**1) Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft** Kapitel 2.1 Absatz 2 sieht als Grundsatz der Raumordnung Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um ein Vorbehaltsgebiet und damit Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist (§ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG). Insofern wird die Formulierung im Grundsatz Kapitel 2.1 Absatz 2 begrüßt, wonach im überwiegenden öffentlichen Interesse erforderliche und angemessen auszugleichende erhebliche Eingriff hinzunehmen sind. Wir bitten jedoch darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Wir betonen, dass die Windenergienutzung im überragenden öffentlichen Interesse liegt (§ 2 EEG 2023) und die Ausgleichbarkeit nach § 15 BNatSchG allgemein anerkannt ist, sodass die im Grundsatz angelegten Ausnahmevoraussetzungen immer vorliegen, weshalb das dann auch in der Begründung so deutlich gemacht werden sollte. Anderenfalls droht eine falsche Einzelfallabwägung. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. Dies sollte erst recht für die Abwägung zugängliche Vorbehaltsgebiete gelten. Schließlich ist die Klarstellung und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum I auffallend viele solche Vorbehaltsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche PR1_SLF_102 durch Festlegung eines Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an.	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft sind als Grundsatz der Raumordnung zu berücksichtigen und somit der Abwägung zugänglich. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.1 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_SLF_102 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren. [Teilflächen der Gemeinde Jübek]	
Institution: [redacted] Keine Abteilung **ID: 1077**	**Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft** Kapitel 2.1 Absatz 2 sieht als Grundsatz der Raumordnung Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um ein Vorbehaltsgebiet und damit Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist (§ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG). Insofern wird die Formulierung im Grundsatz Kapitel 2.1 Absatz 2 begrüßt, wonach im überwiegenden öffentlichen Interesse erforderliche und angemessen auszugleichende erhebliche Eingriff hinzunehmen sind. Wir bitten jedoch darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Wir betonen, dass die Windenergienutzung im überragenden öffentlichen Interesse liegt (§ 2 EEG 2023) und die Ausgleichbarkeit nach § 15 BNatSchG allgemein anerkannt ist, sodass die im Grundsatz angelegten Ausnahmevoraussetzungen immer vorliegen, weshalb das dann auch in der Begründung so deutlich gemacht werden sollte. Anderenfalls droht eine falsche Einzelfallabwägung. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. Dies sollte erst recht für die Abwägung zugängliche Vorbehaltsgebiete gelten.	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft sind als Grundsatz der Raumordnung zu berücksichtigen und somit der Abwägung zugänglich. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.1 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Schließlich ist die Klarstellung und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum I auffallend viele solche Vorbehaltsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche PR1_NFL_085 durch Festlegung eines Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_NFL_085 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren. [Teilflächen der Gemeinden Jörl und Janneby]	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted], Keine Abteilung **ID: 1076**	Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft Kapitel 2.1 Absatz 2 sieht als Grundsatz der Raumordnung Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um ein Vorbehaltsgebiet und damit Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist (§ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG). Insofern wird die Formulierung im Grundsatz Kapitel 2.1 Absatz 2 begrüßt, wonach im überwiegenden öffentlichen Interesse erforderliche und angemessen auszugleichende erhebliche Eingriff hinzunehmen sind. Wir bitten jedoch darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Wir betonen, dass die Windenergienutzung im überragenden öffentlichen Interesse liegt (§ 2 EEG 2023) und die Ausgleichbarkeit nach § 15 BNatSchG allgemein anerkannt ist, sodass die im Grundsatz angelegten Ausnahmevoraussetzungen immer vorliegen, weshalb das dann auch in der Begründung so deutlich gemacht werden sollte. Anderenfalls droht eine falsche Einzelfallabwägung. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. Dies sollte erst recht für die Abwägung zugängliche Vorbehaltsgebiete gelten. Schließlich ist die Klarstellung und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum I auffallend viele solche Vorbehaltsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche PR1_SLF_064 durch Festlegung eines Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_SLF_064 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren. [Teilflächen der Gemeinde Janneby und Wanderup]	Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft sind als Grundsatz der Raumordnung zu berücksichtigen und somit der Abwägung zugänglich. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.1 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
Institution: [redacted], Keine Abteilung **ID: 1063**	**Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft** Kapitel 2.1 Absatz 2 sieht als Grundsatz der Raumordnung Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um ein Vorbehaltsgebiet und damit Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist (§ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG). Insofern wird die Formulierung im Grundsatz Kapitel 2.1 Absatz 2 begrüßt, wonach im überwiegenden öffentlichen Interesse erforderliche und angemessen auszugleichende erhebliche Eingriff hinzunehmen sind. Wir bitten jedoch darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Wir betonen, dass die Windenergienutzung im überragenden öffentlichen Interesse liegt (§ 2 EEG 2023) und die Ausgleichbarkeit nach § 15 BNatSchG allgemein anerkannt ist, sodass die im Grundsatz angelegten Ausnahmevoraussetzungen immer vorliegen, weshalb das dann auch in der Begründung so deutlich gemacht werden sollte. Anderenfalls droht eine falsche Einzelfallabwägung. Hierbei kann auch auf andere Bundesländer verwiesen werden, die selbst beim Vorliegen von Zielen der Raumordnung (Regionale Grünzüge) sogar gesetzlich verankert (§ 11 Abs. 3 Satz 2 Nr. 7 Satz 2 LplG B-W) stets die Nutzung erneuerbarer Energien mit Verweis auf § 2 EEG 2023 als zulässig ansehen. Dies sollte erst recht für die Abwägung zugängliche Vorbehaltsgebiete gelten. Schließlich ist die Klarstellung und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum I auffallend viele solche Vorbehaltsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde.	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft sind als Grundsatz der Raumordnung zu berücksichtigen und somit der Abwägung zugänglich. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.1 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche PR1_NFL_112 durch Festlegung eines Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. [Teilflächen der Gemeinde Ahrenviöl]	
Institution: [redacted] **ID: M1121**	Zu Pkt. 2.1: Die Trinkwasserversorger betreiben in den Vorranggebieten (Brunnenfassungen), im Vorbehaltsgebiet Westerland Bahnweg und Nordwäldchen (Nähe [redacted] Westerland) Brunnenanlagen und Leitungsnetze aller Art für die öffentliche Trinkwasserversorgung. Die Belange der öffentlichen Trinkwasserversorgung sind als privilegierte Belange vorrangig vor den Belangen des Naturschutzes festzulegen. Es muss u. a. sichergestellt sein, dass Brunnenneubauten, Leitungsbauten, Wartungen und Reparaturen sowie Kontrollen und Probenahmen an den Anlagen für die Trinkwasserversorger ohne jegliche Einschränkungen vorgenommen werden können. Mögliche Auflagen sind mit den Trinkwasserversorgern einvernehmlich zu klären, um Einschränkungen für die öffentliche Trinkwasserversorgung sicher zu vermeiden.	Die gemäß LEP 2021 festgelegten Vorranggebiete für den Naturschutz sowie Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (siehe Absatz 1 des Kapitel 6.2.1 beziehungsweise Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs) stellen Bereiche für eine überwiegend naturnahe Entwicklung dar. Die Ausweisung von Vorranggebieten bedeutet in der Regel nicht den Ausschluss jeglicher anderer Ansprüche im Sinne eines generellen Nutzungsverbotes, sondern lediglich derjenigen, die mit den Schutz- beziehungsweise den Erhaltungszielen nicht vereinbar sind. Bei den durch Verordnung bereits festgelegten Gebieten gelten die Bestimmungen der entsprechenden Rechtsvorschriften. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: **Familienbetriebe land und Forst Schleswig-Holstein e.V.** **ID: M1125**	<u>1. Naturschutz</u> In den veröffentlichten Karten fällt auf, dass die entworfenen Festlegungen der Vorranggebiete für den Naturschutz sowie der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft in ihrer räumlichen Erstreckung erheblich ausgeweitet worden sind. Entsprechende Vorbehalts- und Vorranggebiete sollen festgelegt werden, wo dies nach den Vorläuferplanungen noch nicht der Fall war und da, wo die Vorläuferplanungen entsprechende Festlegungen enthielten, sind diese vergrößert worden.	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz sowie Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitel 6.2.1 LEP 2021 und Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Schon das vor etwa 30 Jahren fachlich konzipierte Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem verfolgte einen (über-) ambitionierten Ansatz. Seine Umsetzung in der Landesplanung in den vergangenen 30 Jahren hat zu jener, die Prinzipien der Nachhaltigkeit beeinträchtigenden, Lähmung in den Planungs- und Genehmigungsverfahren geführt, die zu Recht von weiten Teilen der Wirtschaft und der Bevölkerung immer wieder beklagt wird. In aller Regel ist zu beobachten, dass mit der planungsmäßigen Bürokratisierung der Zulassungsverfahren kein Gewinn für den Naturschutz in der Fläche einhergeht. Größere Projekte von erheblicher wirtschaftlicher Bedeutung können am Ende immer irgendwie „durchgedrückt" werden - es dauert nur alles sehr viel länger und es werden unendlich viele Chancen der Optimierung der Belange von Natur und Landschaft und der Belange der Wirtschaft vergeben, die bei schlankeren Zulassungsverfahren genutzt werden könnten. Es sollte ein gemeinsames Anliegen „des Naturschutzes" und „der Wirtschaft" sein, diese Lähmungen abzuschütteln und zu schnelleren Entscheidungsprozessen zu gelangen. Das wird nur gelingen, wenn die immer dichteren planungsrechtlichen Vorgaben entschlackt werden. Die Festlegungen der Planung sollten nicht mit Bezug auf allgemeine politische Überlegungen verwendet werden, sondern sparsam nur dort eingesetzt werden, wo konkrete Erfordernisse bestehen. Mit anderen Worten: Vorbehalts- und Vorranggebiete sollten nicht eingesetzt werden, um Landwirtschaft, Tourismus, Campingwirtschaft oder Küstenschutz zurückzudrängen, sondern konkretisierte und realistische Belange des Naturschutzes daneben zur Umsetzung zu bringen. Das bedeutet: Die Regionalplanung sollte weder das Schutzgebiets- und Biotopverbundsystem, noch Darstellungen der Landschaftsrahmenplanung übernehmen. Vielmehr ist ein eigener Ansatz kritischer Abwägung dieser fachlichen Inputs aus dem Bereich des Naturschutzes mit dem Input aus anderen Bereichen erforderlich.	Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Der Regionalplan konkretisiert dabei die landesweiten Festlegungen des Landesentwicklungsplans und greift regionale Gegebenheiten auf. Dabei sind Belange der kommunalen Ebene, der verschiedenen Fachplanungen und die Vorgaben des Landesentwicklungsplans aufeinander abzustimmen. Dieses Vorgehen ist gemäß §13 ROG gesetzlich vorgeschrieben. Die Ausweisung von Vorranggebieten für den Naturschutz bedeutet in der Regel nicht den Ausschluss jeglicher anderer Ansprüche (im Sinne eines generellen Nutzungsverbotes), sondern lediglich derjenigen, die mit den Schutz- beziehungsweise den Erhaltungszielen nicht vereinbar sind. Bei den durch Verordnung bereits festgelegten Gebieten gelten die Bestimmungen der entsprechenden Rechtsvorschriften. Die in der Stellungnahme angesprochenen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft erfüllen die Kriterien des LEP 2021. Eine Einschränkung der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft ist mit der Darstellung als Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft nicht verbunden. Zur Klarstellung, dass eine Behinderung von Land- und Forstwirtschaft im Rahmen der Festlegungen der Regionalplans nicht stattfindet, wird im Kapitel Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt ein Satz zum Abschnitt Rechtswirkung eingefügt.
ID: M1125	3. Historische Kulturlandschaften	Im oberen Antwortteil wurden bereits die Kriterien zur Ausweisung von Vorranggebieten für den Naturschutz

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Die Landschaftsrahmenplanung verfolgte vor einiger Zeit den leider fallengelassenen Ansatz, Gutslandschaften im Bereich des Östlichen Hügellandes als historische Kulturlandschaften mit eigentümlicher Struktur und landeskultureller Prägung darzustellen. Dieser Ansatz ist bedauerlicherweise fallengelassen worden. Er hätte einen planungsrechtlichen Ansatz geboten, zu entfalten, was die Güterlandschaft auszeichnet: Eine gewisse Großzügigkeit der Landschaftselemente, vielfältige Nutzungen, die im Einklang mit der Erhaltung der kulturellen und wirtschaftlichen Werte der Güter stehen. Wir fordern nicht, historische Kulturlandschaften in der Regionalplanung festzulegen. Aber wir bitten, Festlegungen zu unterlassen, die die verantwortliche Entfaltung der Gutsbetriebe in ihrer Vielfalt beschränken. Gerade gegenüber Trassen mit Zerschneidungswirkung könnte als planerisches Gegengewicht ein entsprechender Grundsatz der Raumordnung textlich formuliert werden.	sowie für Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft dargelegt. Historische Kulturlandschaften gehören nicht zu den Kriterien des LEP 2021 beziehungsweise der oben genannten Fachplanung. Eine weitere Berücksichtigung erscheint aufgrund dessen, dass eine Behinderung von Land- und Forstwirtschaft im Rahmen der Festlegungen des Regionalplans nicht stattfindet, nicht erforderlich. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Wenningstedt-Braderup , über Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt ID: M1132	**Zu 2.1 Natur und Landschaft – 1 Z:** Auf der Fläche nördlich der Braderuper Straße zwischen L 24 und dem Quartier Westerheide befindet sich eine Heidefläche, die unter die gesetzlich geschützten Biotope fällt. Die Fläche war im Regionalplan bisher als Vorranggebiet für den Naturschutz dargestellt. Auch wenn die Fläche nicht im Zusammenhang mit weiteren Heideflächen steht, sollte sie aus Sicht der Gemeinde als Vorranggebiet beibehalten oder als Vorbehaltsgebiet eingeordnet werden. Die Erhaltung dieses prägenden Biotops und des Siedlungscharakters im Übergang vom Ortsteil Wenningstedt in den Ortsteil Braderup ist von Bedeutung für die Gemeinde. Die Eignung der Fläche als Bestandteil des Biotopverbundes sollte geprüft und in dem Zuge die Darstellung als Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft beurteilt werden.	Der Landesentwicklungsplan 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitel 6.2.1 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Die Biotopqualität der in der Stellungnahme genannten Fläche nördlich der Braderuper Straße zwischen Landesstraße 24 und dem Quartier Westerheide besteht unabhängig der Regionalplanausweisung. Für eine Flächenausweisung als Vorbehalts- oder Vorranggebiet erfüllt die Fläche nicht die Kriterien des LEP, kann jedoch im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung und Landschaftsplanung gesichert werden. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
Institution: Kreisverwaltung Nordfriesland, Kreisverwaltung Nordfriesland ID: 1099	Untere Naturschutzbehörde: Den Kulissenbeschreibungen kann gefolgt werden, so dass es hierzu keine Anmerkungen gibt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1094	Zu 2.1 Natur und Landschaft – 1 Z: Wir bitten darum, die seit 1919 am heutigen Ort bestehende Einrichtung [redacted] weiterhin von der Darstellung als Vorranggebiet für den Naturschutz auszunehmen. Auf dem ca. 7,5 ha großen Gelände befinden sich unsere [redacted], in denen die Beherbergung der Teilnehmenden im [redacted] sowie der [redacted] stattfinden. In der [redacted] finden jährlich hunderte anerkannte [redacted] statt. Mehr als 5000 Teilnehmende aus der Region und aus ganz Deutschland suchen [redacted] jährlich auf. Das Spektrum der Veranstaltungen umfasst Kultur, Kreativität, Gesundheit und weitere Bildungsangebote. Die historisch gewachsene besondere Lage [redacted] bringt Bildung, Naturerleben und Erholung auf einzigartige Weise miteinander in Einklang. Unser Gelände ist bis jetzt aus dem Naturschutzgebiet ausgenommen, es ist außerdem im bisherigen Regionalplan von dem Vorranggebiet für den Naturschutz ausgenommen. Im aktuellen Flächennutzungsplan ist die Liegenschaft mit dem Planzeichen "kulturellen Zwecken dienende Gebäude und Einrichtungen" versehen. Im Rahmen der Ertüchtigung in Richtung Klimaneutralität bedarf die gesamte Anlage einer umfassenden baulichen Sanierung, für die zurzeit ein Konzept entwickelt wird. Um einen nachhaltigen und verantwortungsvollen wirtschaftlichen Betrieb der Institution erhalten zu können, bitten wir, die Nutzung des Areals nicht mit etwaigen zusätzliche Auflagen zu belegen. Vor diesem konkreten Hintergrund bitten wir um eine Beibehaltung der bisherigen Darstellung, so wie dies im noch gültigen Regionalplan V gegeben ist.	Nach Kapitel 6.2.1 Absatz 1 sind die im LEP 2021 festgelegten Vorranggebiete für den Naturschutz in den Regionalplänen weiter differenziert als Vorranggebiete für den Naturschutz darzustellen. Welche Gebiete konkret in den Regionalplänen als Vorranggebiete für den Naturschutz festzulegen sind, ist im Kapitel 6.2.1 Absatz 1 des LEP 2021 sowie im Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs geregelt. Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Da es sich bei den genannten Flächen bereits um planungsrechtlich gesicherte Nutzungen handelt, welche sich außerhalb von Naturschutzgebieten sowie FFH- und SPA (Europäische Vogelschutzgebiets)-Flächen befinden (Ausweisung erfolgte aufgrund von bestehenden Biotopkomplexen), werden diese von der Ausweisung als Vorranggebiete für den Naturschutz im Bereich der Flächennutzungsplandarstellung (als Flächen für kulturellen Zwecken sowie für die Kinderbetreuung dienende Gebäude und Einrichtungen) ausgenommen. Die Karte wird entsprechend angepasst, der Stellungnahme wird gefolgt.
Institution: Bund für Umwelt und	**2.2.1 Vorranggebiete für Naturschutz**	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz sowie

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
Naturschutz Deutschland, BUND Landesverband Schleswig-Holstein e. V. **ID: 1072**	Die bestehende Festlegung wird den aktuellen Schutzbedürfnissen und der Gefährdungslage nicht gerecht. In dieser Gebietskategorie fehlen: • alle Flächen, die als würdig für einen Schutzstatus erkannt, in denen aber der gesetzliche Schutzstatus noch nicht umgesetzt ist. • alle FFH-Gebiete. • Wildnisgebiete, soweit nicht bereits über den gesetzlichen Schutzstatus enthalten. • Wanderkorridore mit einem fachlich geeigneten Umring. • der Biotopverbund mit seinen Haupt- und Nebenachsen mit einem fachlich geeigneten (ca. 100-300m) Umring. • alle gesetzlich geschützten Biotope mit einem fachlich geeigneten Umring. • alle renaturierbaren Moorflächen mit einem fachlich geeigneten Umring. • Ausgleichsflächen und Ökokonten aus der naturschutzrechtlichen sowie der baurechtlichen Ausgleichsregelung. • naturschutzfachlich schutzbedürftige Kern- und Entwicklungszonen von Naturparks und Biosphärenreservaten. • alle Waldflächen mit ökologischer Bedeutung und Funktionspotenzial für den biologischen Klimaschutz mit einem fachlich geeigneten Umring. **2.2.3 Vorbehaltsgebiete für Naturschutz** In dieser Gebietskategorie fehlen: • Naturparke und Biosphärenreservate soweit nicht unter 2.2.1. fallend. • Die Kernbereiche der unzerschnittenen Räume soweit nicht unter 2.2.1 fallend. • Grundsätzlich sind die Bereiche der Niederungsstrategie, soweit sie nicht Vorranggebiete sein müssen, als Vorbehaltsgebiete darzustellen und grundsätzlich von Bebauungen (außer reinen Unterhaltungsanwendungen für ein nachhaltiges Wasserregime) frei zu halten. **3. Ausgewählte Einzelaspekte zu den Festlegungen in den Kreisen und kreisfreien Städten im Planungsraum I**	Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitel 6.2.1 LEP 2021, Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 als auch Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Insofern sind die Kriterien für die Festlegung als Vorrang- beziehungsweise Vorbehaltsgebiete durch den LEP 2021 vorgegeben. Die aufgeführten Gebietskategorien entsprechen nicht beziehungsweise nur teilweise den Vorgaben des LEP 2021. So werden zum Beispiel Natura-2000-Gebiete differenziert entweder als Vorranggebiete für den Naturschutz oder als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festgelegt. Die Flächen des Schutzgebietes- und Biotopverbundsystem gehören zwar zu den Kriterien des LEP 2021 für die Festlegung von Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft, ein Umring ist hierbei jedoch nicht vorgesehen. Aus Sicht der Landesplanung werden mit den im LEP 2021 gewählten Kriterien naturnahe und naturbetonte Bereiche ausreichend regionalplanerisch gesichert. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Nach Kapitel 6.2.1 Absatz 1 sind die im LEP 2021 festgelegten Vorranggebiete für den Naturschutz in den Regionalplänen weiter differenziert als Vorranggebiete für den Naturschutz darzustellen. Gleiches gilt für die Vorbehaltsgebiete: Nach Kapitel 6.2.2 Absatz 2 sind die im LEP 2021 festgelegten Vorbehaltsräume für Natur und Landschaft in den

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	In diesem Teil der Stellungnahme weist der BUND Landesverband Schleswig-Holstein beispielhaft auf Einzelaspekte der Planung in den Planungsräumen hin, die speziell die Interessen in den Kreisen und kreisfreien Städten berühren. Dabei weisen wir darauf hin, dass der BUND Schleswig-Holstein ein Mitgliederverband ist, der in der Hauptsache ehrenamtlich arbeitet und so nicht die Mittel hat, die umfangreichen Planentwürfe umfassend und detailliert in aller Tiefe fachlich zu bearbeiten. Insoweit werden **besonders im folgenden Kapitel** dem Planungsträger hier u.a. Anmerkungen und Hinweise auch allgemein und nicht wissenschaftlich ausgearbeitet übergeben. Auch werden ggfs. Aspekte einzelner Fachplanungen und des LEP besprochen. Der BUND Schleswig-Holstein erwartet, dass sämtliche dieser Hinweise und Anmerkungen im Rahmen der Erörterung der Stellungnahmen konkret bearbeitet werden und dass nötigenfalls Nachfragen gestellt werden, wenn dies zum besseren Verständnis seitens der Planungsträger nötig ist. **Teil B** **2. Regionale Freiraumstruktur** **2.1 Natur und Landschaft** Die großflächigen **Vorbehaltsräume für Natur und Landschaft** aus dem Landesentwicklungsplan 2021 sind komplett entfallen. Im Regional-Plan aufgeführt sind lediglich nur noch kleinräumige **Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft**. Ganz entfallen sind z.B. die für den Wiesenvogelschutz wichtigen Niederungsgebiete nördlicher Gotteskoog, Niederung Soholmer Au, Hattstedter Marsch, Südermarsch und nördliches Eiderstedt. Hierbei handelt es sich, z.B. im Kreis Nordfriesland um die letzten größeren von Windkraftanlagen freigehaltenen Flächen. Aktuell attestiert das Umweltministerium Schleswig-Holstein in der Broschüre „Die Inventur der Natur“ (LfU, Dez. 2022) einen Verlust von rund 50% der Biotope. Maßnahmen, um dem entgegenzuwirken finden sich im Regional-Plan nicht. Nicht einmal die in der Biodiversitäts-Strategie aufgeführten Kernaktionsräume sind übernommen worden. Außerdem sind keine potentiellen Flächen für die Umsetzung der **nationalen Artenhilfsprogramme** dargestellt.	Regionalplänen weiter differenziert als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen. Aufgrund der differenzierten Darstellung in den Regionalplänen können die Vorbehaltsgebiete ausdrücklich auch Flächen umfassen, die im LEP 2021 nicht als Vorbehaltsräume dargestellt sind (siehe Begründung zum LEP-Kapitel). Welche Gebiete konkret in den Regionalplänen als Vorranggebiete für den Naturschutz beziehungsweise als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind, ist im Kapitel 6.2.1 Absatz 1 und Kapitel 6.2.2 Absatz 2 des LEP 2021 sowie im Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs geregelt. Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Die Kernaktionsräume, Biosphärenreservate sowie Bereiche der Niederungsstrategie und Naturparke gehören nicht zu den Kriterien des LEP 2021, zumal letztere viel zu großflächig wären. Die im Rahmen der Stellungnahme aufgezählten Flächen (Niederungsgebiete nördlicher Gotteskoog, Niederung Soholmer Au, Hattstedter Marsch, Südermarsch und nördliches Eiderstedt) sind auf Grundlage der beschriebenen Methodik teilweise als Vorranggebiete für den Naturschutz beziehungsweise als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft ausgewiesen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Der BUND fordert die Übernahme der **Vorbehaltsräume für Natur und Landschaft** aus dem LEP 2021 und die Aufnahme der Kernaktionsräume aus der Biodiversitätsstrategie und die Ausweisung von Potentialflächen für die Umsetzung der nationalen Artenhilfsprogramme in den Regionalplan.	
Institution: Amt Langballig, Keine Abteilung **ID: 1064**	- Streichung der Darstellung des Gebietes für Natur und Landschaft im Ortskern die Gemeinde Dollerup spricht sich im Bereich der Ortsteile Streichmühle und Dollerup gegen das in Form von grünen Linien dargestellte Vorranggebiet Natur und Landschaft aus (siehe anliegende Planzeichnung). Diese Darstellung war im bisherigen Regionalplan für den gültigen Planungsraum V nicht enthalten. Es wird davon ausgegangen, dass die Vorranggebiete grundsätzlich von einer Bebauung freizuhalten sind. Die Gemeinde verfügt über ein aktives Vereinsleben und ist bestrebt dieses mit einer Beteiligung an dem Neubau einer Sporthalle zu unterstützen. Die Gemeinde Dollerup hat sich daher auf Amtsebene für den entsprechenden Neubau an diesem Standort eingesetzt. Mit dem B-Plan Nr. 10 „Sportplatz“ wurden im nördlichen Bereich der bestehenden Sportanlage die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für diesen Neubau geschaffen. Es wird davon ausgegangen, dass dieser Bereich nach den Entwurfsunterlagen zum Regionalplan nicht betroffen ist. Die Flächen im südlichen Bereich der Sportanlage, zwischen Sportplatzgelände und den Klärteichen, könnten zukünftig jedoch einer potentiellen Erweiterung der Sportanlage dienen und sollten somit von dem Vorranggebiet ausgenommen werden. Im Zusammenhang mit diesen Flächen weise ich zusätzlich darauf hin, dass die Klärteiche zukünftig durch den Bau einer technischen Kläranlage ersetzt oder ergänzt werden könnten. Es wird seitens der Gemeinde Dollerup davon ausgegangen, dass eine mögliche Ertüchtigung der Klärteiche als privilegiertes Vorhaben beurteilt wird. Die Vorranggebiete wären trotzdem bei einer Planung zu berücksichtigen und erschweren somit eine zukunftsfähige Entwicklungsmöglichkeit der Gemeinde im Bereich der Abwasserentsorgung. Darüber hinaus zerschneidet das Vorranggebiet Natur und Landschaft nach den vorliegenden Planentwürfen im Hinblick auf eine weitere wohnbauliche Entwicklung die Ortsteile Dollerup und Streichmühle. Insbesondere wird eine konzentrierte wohnbauliche	Der Landesentwicklungsplan 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Bei der angesprochenen Festlegung handelt es sich um ein Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft und nicht um ein Vorranggebiet für den Naturschutz. Auf die entsprechenden Rechtswirkungen gemäß LEP und Regionalplan wird hingewiesen. Generell können raumordnerische Regelungen zu Einschränkungen der kommunalen Planungshoheit führen. In diesen Gebieten sollen Maßnahmen und Planungen nur durchgeführt werden, wenn sie Naturhaushalt und Landschaftsbild nicht erheblich beeinträchtigen und zu keiner negativen, dauerhaften Veränderung der Landschaft führen. Erhebliche Eingriffe sind nur dann hinnehmbar, wenn sie im überwiegenden öffentlichen Interesse erforderlich sind und angemessen ausgeglichen werden (vergleiche Kapitel 6.2.2 Absatz 4 LEP 2021). In diesem Kontext wäre die technische Erneuerung der Klärteiche für die Gemeinde zu beurteilen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Entwicklung zwischen den beiden Ortsteilen damit erschwert und die Planungshoheit der Gemeinde entsprechend eingeschränkt. Obgleich die Darstellung der Vorranggebiete nicht parzellenscharf erfolgt und die Vorranggebiete einer Abwägung zugänglich sind, befürchtet die Gemeinde durch die in den Entwurfsunterlagen verzeichneten Vorranggebiete für Natur und Landschaft eine Einschränkung der städtebaulichen Entwicklungsmöglichkeiten. Ich bekräftige daher den Wunsch der Gemeinde, die Vorranggebiete für Natur und Landschaft in dem vorgenannten Bereich Streichmühle / Dollerup zu entfernen.	Der Stellungnahme wird daher nicht gefolgt.
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Kreisgruppe Nordfriesland **ID: M1096**	Teil B, 2.1 Natur und Landschaft Die großflächigen Vorbehaltsräume für Natur und Landschaft aus dem LEP 2021 sind komplett entfallen. Im Regionalplan aufgeführt sind lediglich nur noch kleinräumige Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft. Ganz entfallen sind z.B. die für den Wiesenvogelschutz wichtigen Niederungsgebiete nördlicher Gotteskoog, Niederung Soholmer Au, Hattstedter Marsch, Südermarsch und nördliches Eiderstedt. Hierbei handelt es sich um die letzten größeren von Windkraftanlagen freigehaltenen Flächen. Aktuell attestiert das Umweltministerium Schleswig-Holstein in der Broschüre „Die Inventur der Natur“, LfU, Dez. 2022 einen Verlust von rund 50% der Biotope. Maßnahmen um dem entgegen zu wirken finden sich im Regionalplan nicht. Nicht einmal die in der Biodiversitäts-Strategie aufgeführten Kernaktionsräume sind übernommen worden. Außerdem sind keine potentiellen Flächen für die Umsetzung der nationalen Artenhilfsprogramme dargestellt. Der BUND Nordfriesland fordert die Übernahme der Vorbehaltsräume für Natur und Landschaft aus dem LEP 2021 und die Aufnahme der Kernaktionsräume aus der Biodivisitätsstrategie und die Ausweisung von Potentialflächen für die Umsetzung der nationalen Artenhilfsprogramme im Regionalplan.	Nach Kapitel 6.2.2 Absatz 2 sind die im LEP 2021 festgelegten Vorbehaltsräume für Natur und Landschaft in den Regionalplänen weiter differenziert als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen. Aufgrund der differenzierten Darstellung in den Regionalplänen können die Vorbehaltsgebiete ausdrücklich auch Flächen umfassen, die im LEP 2021 nicht als Vorbehaltsräume dargestellt sind (siehe Begründung zum LEP-Kapitel). Welche Gebiete konkret in den Regionalplänen als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind, ist in Absatz 1 des Kapitel 6.2.1 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs geregelt. Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Die Kernaktionsräume gehören nicht zu den Kriterien des LEP 2021.
Institution: Gemeinde List auf Sylt **ID: M1059**	Zu 2.1 Natur und Landschaft - 1 Z: Die Gemeinde List lehnt eine Darstellung der bebauten Ortslage als Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete ab. Auch wenn sich im Ort teilweise Heide- und Dünenflächen und damit gesetzlich geschützte Biotope befinden, sollten diese differenziert betrachtet werden. Auf eine Überschneidung mit den Baugebietsgrenzen sollte in der Darstellung der	Nach Kapitel 6.2.1 Absatz 1 sind die im LEP 2021 festgelegten Vorranggebiete für den Naturschutz in den Regionalplänen weiter differenziert als Vorranggebiete für den Naturschutz darzustellen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Vorrang- und Vorbehaltsgebiete in der Hauptortslage verzichtet werden. Darüber hinaus wird hinsichtlich der Anlage [redacted] darum gebeten, die Fläche wie im bisherigen Regionalplan von der Darstellung als Vorranggebiet für den Naturschutz auszunehmen. Auf dem Gelände von rund 2,6 ha besteht eine Vielzahl baulicher Anlagen, das Gelände ist aus dem Naturschutzgebiet ausgenommen. Die gesamte Anlage bedarf der umfassenden Sanierung, für das ein Konzept ausgearbeitet und abgestimmt wird. Auch vor diesem konkreten Hintergrund erscheint eine Beibehaltung der bisherigen Darstellung des Regionalplanes angezeigt. Der Handlungsspielraum ist aufgrund der Lage im Außenbereich und umringt von Schutzgebieten und gesetzliche geschützten Biotope ohnehin eingeschränkt. Auf dem Gebiet der Gemeinde List auf Sylt bestehen weitere Flächen im Außenbereich, die aus dem umliegenden Naturschutzgebiet herausgenommen wurden. Das betrifft unter anderem Flächen für die Strandversorgung, die Anlage [redacted] sowie das [redacted] auf dem Ellenbogen. Solche Flächen sollten entsprechend nicht als Vorranggebiet dargestellt werden.	Welche Gebiete konkret in den Regionalplänen als Vorranggebiete für den Naturschutz festzulegen sind, ist im Kapitel 6.2.1 Absatz 1 des LEP 2021 sowie im Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs geregelt. Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Der Stellungnahme wird im Grundsatz gefolgt. Innerhalb der Baugebietsgrenzen soll keine flächige Überlagerung mit Vorranggebieten und Vorbehaltsgebieten erfolgen, um die Funktion der Siedlungsbereiche zu verdeutlichen. Da es sich bei den genannten Flächen bereits um planungsrechtlich gesicherte Nutzungen und bebaute Flächen handelt, welche sich außerhalb von Naturschutzgebieten sowie FFH- und SPA (Europäische Vogelschutzgebiets-)-Flächen befinden (Ausweisung erfolgte aufgrund von bestehenden Biotopkomplexen), werden diese von der Ausweisung als Vorranggebiete für den Naturschutz im Bereich der Flächennutzungsplandarstellung (als Flächen für kulturellen Zwecken sowie für die Kinderbetreuung dienende Gebäude und Einrichtungen beziehungsweise Wohnbauflächen) ausgenommen. Die Karte wird entsprechend angepasst, der Stellungnahme wird gefolgt. Gleiches gilt für die Flächen der Jugendherberge (Bebauungsplan Nummer 21). Die weiteren Bauflächen sind für die Maßstabsebene des Regionalplans zu kleinteilig. Die Karte wird entsprechend angepasst, der Stellungnahme wird somit überwiegend gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
Öffentlichkeit: **Privatperson** **ID: 1048**	**Stellungnahme:** Es ist wichtig, das Gebiet Gotteskoogsee, Ruttebueller See, Huelltofttief, Aventofter See und Kahlebueller See mit den umliegenden Feuchtwiesen, der Schmale und der Brueckengrabenniederung mit Natura 2000 und FFH Gebieten im gesamten Bereich als Biotopverbund, wichtig fuer Biodiversitaet, Arten- insebesondere Vogelschutz zu sichern und vor gegenlaeufiger Nurzung zu bewahren. Im Sommer 2023 haben wir mehrmals Kraniche in den Feuchtwiesen der Schmale beobachtet. Der unzerschnittene, verkehrsarme Raum bietet zahlreichen Vogelarten Nahrung im beschriebenen Biotopverbund mit den genannten Wasserlaeufen. Zusaetzlich von Bedeutung ist hier die Sicherung und Entwicklung wertvoller Landschaftsbereiche als Gebiet mit besonderer Erholungseignung auch durch das [redacted] bei Seebüll als eine der bedeutendsten kulturellen Einrichtungen in SH. Der Wiedingharder Gotteskoog in den Bereichen des Biotopverbundes des Gotteskoogsees, Ruttebueller Sees, Huelttofttief und Schmale, Aventofter See, Brueckengrabenniederung und Kahlebueller See mit seinen Feuchtwiesen und unzerschnittenen verkehrsarmen Raeumen sollte in seiner Schutzwuerdigkeit erkannt und als Naturschutzgebiet erklaert warden, um einer Zerstoerung entgegenzuwirken. Die Randgebiete, in denen bereits Windenergienutzung stattfindet, wuerden ausgenommen, aber das noch unzerschnittene restliche Gebiet sollte unter staerkeren Schutz gerstellt werden, um seine Zerstoerung zu verhindern, und seiner Bedeutung fuer Biodiversitaet, Artenschutz, Urspruenglichkeit der Landschaft und Erholung und Toursimus Rechnung zu zollen. **Textstellen/Seiten, auf die sich meine Stellungnahme bezieht:** <u>Regionalplan fuer den Planungsraum 1, Teil A</u> Absatz 7, 8 S. 178, Fortsetg. S. 179, Absatz 2: Der landschaftlich wertvolle Nahbereich liegt im Landschaftsraum Nordfriesische Marsch zwischen dem Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer im Westen und dem Schleswig-Holsteinischen Geestrücken im Osten. Der Rickelsbüller Koog und der Gotteskoogsee sind Vorranggebiete für den Naturschutz. Wegen der Einzigartigkeit und der herausragenden Qualität der Landschaft im Nahbereich soll der großräumigen Freiraumsicherung weiterhin besondere Bedeutung zukommen. Der Nahbereich befindet sich in einem Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung, in unmittelbarer Nähe zum Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer. Die	Die Gebiete Gotteskoogsee, Ruttebueller See, Huelltofttief, Aventofter See und Kahlebueller See mit den umliegenden Feuchtwiesen sowie die Brueckengrabenniederung sind im Regionalplanentwurf als Vorranggebiete für den Naturschutz ausgewiesen. Die Gebiete der Schmale und des Ostlochsees sind als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft ausgewiesen. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	landschaftlichen Voraussetzungen für natur- und landschaftsbezogene Erholung und Tourismus sollen erhalten und weiter herausgestellt werden. Über geeignete Wegestrukturen sollte insbesondere der Bereich des Gotteskooges aufgewertet werden. Das Nolde-Museum bei Seebüll als eine der bedeutendsten kulturellen Einrichtungen im Lande soll in seiner Funktion gesichert und weiterentwickelt werden. Auf eine infrastrukturelle Einbindung in attraktive Rund(rad)wege sollte geachtet werden. Teil B Anlage 2: Übersichtstabellen Natur und Landschaft Kapitel 2.1 Tabelle 2: Natura 2000-Gebiete über 20 Hektar im Planungsraum I (Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein, 2019, eigene Bearbeitung), Seite 227 Ruttebüller See, EU Code 1118-301, Aventoft Gotteskoog-Gebiet, EU Code 1119-401 Aventoft, Emmelsbüll-Horsbüll, Holm, Humptrup, Neukirchen, Niebüll, Süderlügum, Uphusum Tabelle 3: Seite 239: Geplante Naturschutzgebiete über 20 Hektar im Planungsraum I (Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein, 2022, Gotteskoogsee Emmelsbüll-Horsbüll, Holm, Neukirchen, Niebüll, Uphusum, VRG 466 UMWELTBERICHT Textstellen/ Seiten, auf die sich meine Stellungnahme bezieht: Abbildung 2-2: Gebiete mit besonderer Erholungseignung und Naturpark M03, Seite 20 2.3 Tiere, Pflanzen und die Biologische Vielfalt 2.3.1 Europäische Schutzgebiete (FF02 und FF03), Seite 21 Hervorzuheben sind ferner Bereiche mit Röhrichten (FF12), Weidengebüschen und anderen feuchten Biotoptypen in der Nordfriesischen Marsch. Hierzu gehören beispielsweise der Beltringharder Koog, das **Gotteskoogseegebiet** und der Schwabstedter Westerkoog, Seite 32	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Gebiet mit besonderer Erholungseignung, Abb. 2.2, Seite 20 Tabelle 2-3: Liste der Vogelschutzgebiete, Seite 22: 2: 1119-401 **Gotteskoog-Gebiet** Tabelle 2-4: Liste der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, 7 1118-301 **Ruttebüller See**, Seite 23 Abbildung 2-5: Biosphärenreservat und Biotopschutz – gesetzlich geschützte Biotope, S.33 In den Gebieten mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems ist bei der Abwägung mit anderen Nutzungsansprüchen dem Naturschutz ein besonderes Gewicht beizumessen. S. 40 Für die Biotoperhaltung sind demnach folgende Gebiete und Lebensräume von besonderer Bedeutung: küstentypische Lebensräume der Nordfriesischen Inseln und Festlandküste, die Naturschutzköge der Nordfriesischen Festlandküste (unter anderem **Gotteskoog**, Bredstedter Koog und Rickelsbüller Koog), S. 41 Abbildung 2-8: Wichtige Verbundachsen und Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems, S. 43 Feuchtgebietsraeume Abbildung 2-9: Länderübergreifende Achsen des Biotopverbunds, S. 44 Abbildung 2-10: Bedeutsame Lebensraumstrukturen für Vogelarten, S. 46 Bedeutsame Nahrungs- und Rastgebiete (FF17) - für Gänse und Schwäne (FF15 und FF16) außerhalb der EGV Der Küstenstreifen entlang der Westküste sowie der Bereich der Nordfriesischen Inseln, der Bereich **Gotteskoog** sowie am Bottschlotter See und Eiderstedt beziehungsweise entlang der Untereider sind weitere bedeutende Nahrungs- und Rastgebiet., S. 47 Tabelle 2-16: Unzerschnittene, verkehrsarme Räume, Gebietsnummer 1, Name des Gebietes **Wiedingharde**, S. 90	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
Institution: **Gemeinde Kampen** **ID: M1040**	Zu 2.1 Natur und Landschaft - 1 Z: Die Gemeinde Kampen begrüßt grundsätzlich den Schutz des Landschaftsraumes und von Schutzflächen und in dem Zuge die Darstellung entsprechender Flächen im Regionalplan, auch wenn die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde, u.a. auch zur Bereitstellung erforderlicher Infrastrukturanlagen und der Schaffung von Dauerwohnraum dadurch deutlich eingeschränkt sind. Außerdem bestehen schon Anlagen, die seinerzeit außerhalb der Siedlungslage errichtet worden sind. In der bisherigen Darstellung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete im Regionalplan war die bestehende Anlage des [redacted] aus der Darstellung ausgenommen. Um den Bestand, dessen Möglichkeiten durch die bestehenden Schutzflächen schon deutlich eingeschränkt sind, nicht zusätzlich einzuschränken, sollte die bisherige Darstellung des Vorranggebietes beibehalten werden. Der Landschafts- und Flächenschutz ist durch die gesetzlichen Regelungen schon wesentlich, ein ggf. zusätzlich zu überwindendes Ziel der Raumordnung stellt eine zu weitgehende Einschränkung dar. In dem Zuge wird auch auf das weiter südlich bestehende [redacted] hingewiesen, das ebenfalls aus der Darstellung als Vorranggebiet ausgenommen werden sollte. Weiterhin besteht am südwestlichen Ortsrand Kampen der örtliche [redacted] für dessen planungsrechtliche Sicherung derzeit der Bebauungsplan aufgestellt wird. Es sollte sichergestellt sein, dass der Bereich sich nicht innerhalb der daran angrenzenden Vorranggebiete für den Naturschutz befindet.	Nach Kapitel 6.2.1 Absatz 1 sind die im LEP 2021 festgelegten Vorranggebiete für den Naturschutz in den Regionalplänen weiter differenziert als Vorranggebiete für den Naturschutz darzustellen. Welche Gebiete konkret in den Regionalplänen als Vorranggebiete für den Naturschutz festzulegen sind, ist im Kapitel 6.2.1 Absatz 1 des LEP 2021 sowie im Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs geregelt. Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Da es sich bei den genannten Flächen bereits um planungsrechtlich gesicherte Nutzungen und bebaute Flächen des Jugendseeheimes Kassel sowie des Hamburger Schulladheimes handelt, welche sich außerhalb von Naturschutzgebieten sowie FFH- und SPA (Europäische Vogelschutzgebiets-)-Flächen befinden (Ausweisung erfolgte aufgrund von bestehenden Biotopkomplexen), werden diese von der Ausweisung als Vorranggebiete für den Naturschutz im Bereich der Flächennutzungsplandarstellung als Sonderbaubauflächen ausgenommen. Gleiches gilt für den bestehenden Campingplatz am südwestlichen Ortsrand der Gemeinde Kampen, welcher sich bereits außerhalb eines Vorranggebietes für den Naturschutz befindet. Die Karte wird entsprechend angepasst, der Stellungnahme wird somit gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
Institution: Bauernverband Schleswig-Holstein e.V., Keine Abteilung **ID: 1031**	**2. Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Natur und Landschaft** Die weitgehende Festschreibung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Naturschutz wird kritisch gesehen. Für einen Teil der genannten Gebiete bedarf es einer planerischen Vorrangstellung nicht, da diese bereits ausreichend durch die naturschutzrechtlichen Vorschriften geschützt sind und dieser Schutz im Rahmen von anderweitigen Planungen und Maßnahmen zu berücksichtigen ist. Zum anderen werden die Vorranggebiete übermäßig ausgedehnt, indem bereits solche Flächen darunterfallen sollen, die die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Naturschutzgebiet erfüllen oder bei denen ein weitestgehender Anteil an gesetzlich geschützten Biotopen vorhanden ist. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich aus den Voraussetzungen für die Unterschutzstellung nach § 13 Landesnaturschutzgesetz i.V.m. § 23 Bundesnaturschutzgesetz keine eindeutige und flächenscharfe Abgrenzung ableiten lässt. Vielmehr ist der Naturschutzverwaltung nach der Rechtsprechung bei der Unterschutzstellung und Abgrenzung von Naturschutzgebieten ein sehr weitgehender Beurteilungsspielraum eingeräumt. Die Vorbehaltsräume umfassen in viel zu großem Umfang ganze Landstriche und insgesamt einen erheblichen Anteil des Landes. Diese Darstellung ist damit viel zu pauschal, um eine differenzierte Abwägung auf den weiteren Planungsebenen zu ermöglichen. Den differenzierten Planungsentscheidungen vor Ort, die die Ziele des Naturschutzes berücksichtigen, ist der Vorzug zu geben. Auf die Festschreibung der Vorbehaltsräume ist deshalb zu verzichten.	**Zu den Vorbehaltsräumen für Natur und Landschaft:** Die Regionalpläne weisen keine Vorbehaltsräume für Natur und Landschaft aus. Diese sind landesweit und im Maßstab 1 zu 300.000 im LEP 2021 festgelegt. Nach Kapitel 6.2.2 Absatz 2 sind die im LEP 2021 festgelegten Vorbehaltsräume für Natur und Landschaft in den Regionalplänen weiter differenziert als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft darzustellen. Aufgrund der differenzierten Darstellung in den Regionalplänen können die Vorbehaltsgebiete ausdrücklich auch Flächen umfassen, die im LEP 2021 nicht als Vorbehaltsräume dargestellt sind (siehe Begründung zum LEP-Kapitel). Welche Gebiete konkret in den Regionalplänen als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind, ist in Absatz 1 des Kapitel 6.2.1 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs geregelt. Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. **Zu den Kriterien der Vorranggebiet für den Naturschutz:** Entsprechend des LEP 2021 werden Gebiete, die die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als NSG erfüllen, dann als Vorranggebiete für den Naturschutz in den Regionalplänen festgelegt, wenn sie einstweilig sichergestellt sind oder wenn ein weitest gehender Anteil an gesetzlich geschützten Biotopen vorhanden ist. Durch diese Regelung ist aus Sicht der Landesplanung ein ausreichender Konkretisierungsstand vorhanden, der die Festlegung als Vorranggebiet rechtfertigt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
		Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Landesentwicklungsplan 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz sowie Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitel 6.2.1 und Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Die Ausweisung von Vorranggebieten für den Naturschutz bedeutet in der Regel nicht den Ausschluss jeglicher anderer Ansprüche (im Sinne eines generellen Nutzungsverbotes), sondern lediglich derjenigen, die mit den Schutz- beziehungsweise den Erhaltungszielen nicht vereinbar sind. Bei den durch Verordnung bereits festgelegten Gebieten gelten die Bestimmungen der entsprechenden Rechtsvorschriften. Eine Einschränkung der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft ist mit der Darstellung als Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft zudem nicht verbunden. Es wird auf die Ausführungen im Landesentwicklungsplan 2021 (Begründung zu Kapitel 6.2.1 und 6.2.2) verwiesen. Zur Klarstellung wird im Kapitel Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt ein Satz zum Abschnitt Rechtswirkung eingefügt.
ID: 1031	**2. Kreise – Stellungnahmen der Kreisbauernverbände**	Die Ausweisung von Naturschutz- sowie Landschaftsschutzgebieten oder sonstiger Flächen unterschiedlicher Schutzkategorien des

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	a) Nordfriesland Grundsätzlich ist für den Kreis Nordfriesland festzustellen, dass dieser bereits jetzt überproportional von Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten betroffen ist. Der Kreis Nordfriesland hat derzeit, ohne Berücksichtigung der Schutzgebiete im Wattenmeer, 32 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von 11.718 ha und 22 Landschaftsschutzgebiete mit einer Fläche von insgesamt 45.574 ha. Dies entspricht zusammen einer Fläche von 57.292 ha. Bei einer Gesamtfläche des Kreises Nordfriesland von 208.356 ha entsprechen die derzeitigen Naturschutz- und Landschaftsschutzgebiete einem Flächenanteil von 27,5 % der Kreisfläche. Erst im Jahr 2018 sind im Kreis Nordfriesland vier Landschaftsschutzgebiete mit einer Fläche von insgesamt 38.872 ha ausgewiesen worden. Zukünftig sollen noch einmal 46 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von 8110 ha erweitert werden und weitere 14 neue Landschaftsschutzgebiete mit einer Fläche von 59.750 ha entstehen. Mit den bisherigen Landschaftsschutz- und Naturschutzgebieten kämen wir dann auf eine Gesamtfläche von 125.152 ha, was dann 60% der Kreisfläche entsprechen würde. Der Kreis Nordfriesland hat gemäß den Angaben des Landesamtes für Umwelt aktuell die höchste Dichte an Wertflächen (Biotope und Lebensraumtypen). Dieses entspricht etwa einer dreifachen Größenordnung anderer Kreise. Insofern hat der Kreis Nordfriesland seine Ziele hinsichtlich des Naturschutzes und der Landschaftspflege schon mehr als erfüllt. Würden nun die geplanten Erweiterungen verwirklicht werden, würde somit für deutlich mehr als die Hälfte der Kreisfläche (ca. 60 %) Vorgaben für notwendige planerische und behördliche Abwägungen gemacht, die eindeutig und ausschließlich zugunsten allein des Naturschutzes und vielfach zu Lasten der Landwirtschaft gehen. Folgende Anmerkung zu den geplanten Neuausweisungen: aa) Landschaftsschutzgebiete Hinsichtlich der geplanten Neuausweisung von Landschaftsschutzgebieten fällt insbesondere auf, dass ganz Eiderstedt und die Inseln Pellworm und Föhr die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als Landschaftsschutzgebiet erfüllen. Insbesondere Eiderstedt ist bereits durch ein EU-Vogelschutzgebiet in Größe von ca. 7.000 ha sowie drei Landschaftsschutzgebiete, die im EU-Vogelschutzgebiet liegen, geschützt. Ebenso sind auf dem Festland großflächige Landschaftsschutzgebiete im	Naturschutzrechtes ist nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Bereich der Bordelum-Lütjenholmer Geest und der Ostenau-Kollunder Moorniederung geplant. In allen vorgenannten Gebieten wird Landwirtschaft betrieben, oftmals mit dem Schwerpunkt Milchviehhaltung, aber auch Ackerbau. Vor dem Hintergrund des geplanten EU-Pflanzenschutzgesetzes, Stichwort „Sensitive Areas“, wozu bisher auch Landschaftsschutzgebiete zählen, wird somit massiv in die Wirtschaftsweise landwirtschaftlicher Betriebe eingegriffen werden. bb) Naturschutzgebiete • Nordstrandischmoor, Hooge, Gröde, Oland und Langeneß Die beabsichtigte Neuausweisung als Naturschutzgebiete ist im Hinblick auf das bestehende Halligprogramm mit seiner extensiven Bewirtschaftung als überzogen anzusehen. Negative Konsequenzen bezüglich anstehender Warftverstärkungen und zukünftiger geplanter Bauvorhaben können nicht hingenommen werden. Im Übrigen sind die vorgenannten Gebiete bereits durch Vogelschutz- und FFH-Gebiete geschützt. • Hauke-Haien-Koog Dem Hauke-Haien-Koog kommt bezüglich seiner Entwässerungsfunktion eine große Bedeutung zu. Das Einzugsgebiet ragt bis in den Kreis Schleswig-Flensburg und hat eine Größe von ca. 70.000 ha. Bei einer Ausweisung als Naturschutzgebiet wird befürchtet, dass Entwässerungsfunktionen künftig erschwert und somit gravierende Konsequenzen für die Landwirtschaft nach sich ziehen wird. cc) Neuausweisung bzw. Erweiterung bestehender kleinerer Naturschutzgebiete Darüber hinaus ist auch eine Neuausweisung bzw. eine Erweiterung von kleineren Naturschutzgebieten für die Landwirtschaft problematisch und deshalb abzulehnen. In der Regel sind viele kleine Naturschutzgebiete auch als FFH-Gebiete zusätzlich geschützt. Landwirtschaftliche Betriebe sind dann von der „Critical-Loads“-Problematik bzw. den Stickstoffemissionen, die auf das Gebiet einwirken, betroffen. So ergeben sich erhebliche Probleme bei zukünftigen Stall- und Güllebehälterbauten, bis hin zur Nichtgenehmigung, was einer endgültigen Verhinderung der betrieblichen Entwicklung gleichkommt.	
Öffentlichkeit: Privatperson	Im Namen der Naturschutzgemeinschaft Sylt e.V. folgende Anmerkungen zum Regionalplanentwurf für den Raum Sylt	Der Regionalplan-Entwurf enthält keine Regelungen zu Solar-Freiflächenanlagen. Diese sind Gegenstand des LEP 2021. Es soll daran festgehalten werden,

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
ID: 1033 (Frühere ID: 1131 aus Regionalplan für den Planungsraum III in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023)	Archivböden.: In der Kampener Nordwestheide gibt es Celtic fields, ein sind unter entsprechender Suchfunktion Celtic fields einzusehen. Photovoltaik: Eine klare Festlegung über die Zulässigkeit zu Freiflächenanlagen in Vorranggebieten für Naturschutzgebiete wäre wünschenswert, aktuell gibt es Vorplanungen zur Errichtung über mehr als 10 Hektar auf dem Flughafengelände Westerland auf Magerrasenflächen	dass die Thematik im landesweiten Raumordnungsplan geregelt wird. Nach Kapitel 4.5.2 Absatz 3 LEP 2021 gehören Vorranggebiete für den Naturschutz zu den Gebieten, in denen keine raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen errichtet werden dürfen. Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen beziehungsweise nicht gefolgt.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1023	**Nr. 2.1-2.2 Natur- und Landschaftsschutz/ Umweltbericht Nr. 2.3/2.4/2.7** Gebiete bekannt machen, Wege jedoch weitgehend schließen. Umgebungsschutz sichern, Pufferzonen einrichten. Ostsee-Nationalpark realisieren. Vogelschutzgebiete auf Eiderstedt ausweiten und Sicherungsmaßnahmen durchführen. Keine weitere Sandentnahme im Bereich der Nehrung Haferacker bei Tating. Sicherung der Tränkekuhlen. Angaben zur Waldbildung, Moorrenaturierung, Dünen- und Heiderenaturierung sowie Ergänzung des Knicknetzes hinzufügen, ggf. Querverweis. Die Ergebnisse der Biotopkartierungen sollten berücksichtigt werden. Nähere Angaben zur Zeitplanung der Ausweisung von Naturschutzgebieten fehlen.	Bezüglich der Ausführungen ist zunächst darauf hinzuweisen, dass der Regionalplan im Maßstab von 1 zu 100.000 eine Flächendarstellung vornimmt, die eine detailliertere Darstellung nicht ermöglicht. In die vorgenommene Ausweisung von Vorranggebieten für den Naturschutz sowie Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft gemäß Kapitel 6.2.1 Absatz 1 sowie Kapitel 6.2.2 Absatz 2 LEP 2021 sind die Ergebnisse der aktuellen Biotopkartierung eingeflossen. Einzelmaßnahmen wie Wegeführungen, Einrichtung von Pufferzonen, Dünen- und Heiderenaturierung sowie die Sicherung von Tränkekuhlen et cetera sind nicht Gegenstand der Regionalplanung. Diesbezüglich wird auf die jeweilige Fachplanung sowie die Zuständigkeit der jeweiligen Fachbehörden verwiesen. Darüber hinaus wird auf die

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Auflistung der Pflege- und Entwicklungspläne mit zeitplanung hinzufügen, ggf. Querverweis. Nähere Angaben zu den Auswirkungen der Landbewirtschaftung auf den Naturhaushalt fehlen ebenso.	Fachaussagen des Landschaftsrahmenplans 2020 für den Planungsraum verwiesen. Der Regionalplan-Entwurf legt keinen Nationalpark Ostsee fest. Die Festlegung der Vorranggebiete für den Naturschutz basiert auf den Regelungen des Landesentwicklungsplans sowie der naturschutzfachlichen Grundlagen und erfolgt unabhängig von Überlegungen für einen Nationalpark Ostsee. Die Entscheidung über ein mögliches Nationalparkgesetz obliegt dem Schleswig-Holsteinischen Landtag. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1019	Zu dem Regionalplan für den Planungsraum I nimmt die Gemeinde Drage wie folgt Stellung: Der Planungsraum I leistet durch seinen industriellen Schwerpunkt unter anderem bezüglich erneuerbare Energien den größten Beitrag zur Energiewende im Land. Die Gemeinde Drage möchte ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten und die zentralen Herausforderungen für eine zukünftige und nachhaltige Entwicklung des Planungsraumes I bezüglich Flächenverbrauch, Klimawandel und regionale Kooperationen annehmen. Wir haben daher gegenüber den ausgewiesenen Vorranggebieten für die Natur-, Landschafts- und Erholungsräume, sowie der Flächen für den Binnenhochwasserschutz in unserem Gemeindegebiet Vorbehalte. Wir sehen Eingriffe in den Natur-und Landschaftsraum grundsätzlich gegenüber dem öffentlichen Interesse hinnehmbar, um eine Flächennutzung für erneuerbare Energien in Form von bevorzugt Windkraft, PV und / oder Geothermie zu gewährleisten. Auch wenn das Thema erneuerbare Energien nicht direkt im Regionalplan zum Planungsraum I behandelt wird, so werden doch u.a. Vorranggebiete für den	**Zu Vorbehaltsgebiete für Binnenhochwasserschutz:** Gemäß Landesentwicklungsplan 2021 können in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für den Binnenhochwasserschutz in potenziell überflutungsgefährdeten Bereichen außerhalb von Überschwemmungsgebieten ausgewiesen werden (vergleiche 6.5 Absatz 3 LEP 2021). Die Flächenausweisung erfolgt, um die Hochwasserrisikovorsorge zu verbessern, eine an Hochwasserrisiken angepasste Siedlungsentwicklung zu fördern, Retentionsflächen zu sichern und zurückzugewinnen sowie den Wasserrückhalt in der Fläche zu steigern. **Zu Vorranggebiete für Binnenhochwasserschutz:** Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die Vorranggebiete für den Binnenhochwasserschutz sind in der Regionalplankarte erkennbar und betreffen nur einen Teil des Gemeindegebietes. Grundlage für

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Hochwasserschutz ausgewiesen, die in Konkurrenz zur „energetischen“ Flächennutzung und wirtschaftlichen Entwicklung stehen könnten. Die Gemeinde Drage ist im Anhang 2 der Übersichtstabelle Natur und Landschaft als VRG sowohl als RAMSAR-Gebiet S.-H. (Seite 235) als auch in der Bezeichnung Untereider (Seite 236) aufgeführt. In der Karte RAMSAR-Gebiet „Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und angrenzende Gebiete“ liegt das Gemeindegebiet Drage jedoch ausserhalb dieses Schutzraumes. Wir bitten daher um Erklärung, warum die Gemeinde Drage hier aufgeführt wird. (https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/S/schutzgebiete/Downloads/Abbildung_Ramsargebiet_pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=1) Weitere wichtige Schutzgebiete (Unterleider, FFH-Gebiete) umfassen lediglich den Grenzbereich des Drager Gemeindegebietes (https://umweltportal.schleswig-holstein.de/kartendienste?lang=de&topic=thnaturschutz&bgLayer=sgx_geodatenzentrum_de_de_basemapde_web_raster_grau_DE_EPSG_25832_ADV&layers_opacity=7f47cedc84de086de353fcf94e811987&E=510245.75&N=6022926.26&zoom=8&layers_visibility=69f36695462b025c596d6814616e7f96&catalogNodes=38&layers=62fa410ae7af955a8df6bc7eddb11f65). Wir regen daher an, die Flächennutzung der Gemeinde Drage nicht in Gänze als Vorranggebiete für Hochwasserschutzflächen / Vernässungsflächen zu bewerten, um weiter unseren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung (Windkraft, PV, Geothermie, sowie Tourismus/Erholung) leisten zu können.	die Ausweisung der Vorranggebiete sind die Vorgaben des LEP, die einheitlich in den Regionalplänen zur Anwendung kommen. Es erfolgt daher keine Änderung der Vorranggebiete für den Binnenhochwasserschutz. **Zu den Übersichtstabellen:** Bezüglich der Ausführungen zu den Übersichtstabellen Natur und Landschaft wird darauf hingewiesen, dass diese lediglich zur Übersichtsdarstellung im Planwerk dient und dabei bereits kleinste Flächenanteile von Gemeinden berücksichtigt. Maßgeblich für die Flächennutzungen ist die Karte (Teil C) des Regionalplans. Diese weist gemäß LEP 2021 (vergleiche Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs) ein Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft innerhalb der Gemeinde Drage aus. Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1018	[Gemeindevertretung Selk] in Zusammenhang mit der Neuaufstellung des Regionalplans möchte die Gemeindevertretung Selk ihre Stellungnahme zur geplanten Ausweisung des auf der Karte blau markierten Gebietes (nördlich Jageler Weg) als Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft im Süden (südlich Jageler Weg) sowie zu der Einstufung des nördlichen, gelb markierten Gebietes als Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe	Auf den von der Gemeinde genannten Flächen ist südlich ein Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft sowie nördlich ein Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen, Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	abgeben. Insbesondere soll auf den Planungsprozess für die mögliche Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage (FFPVA) in diesem Gebiet hingewiesen werden. Abbildung 1: Darstellung Gemeindegebiet Selk westlich der A7 - nördlich/südlich Jageler Weg (Abbildung konnte leider nicht hochgeladen werden, da die Stellungnahme nur Text zuläßt) Die Gemeindevertretung ist für die Flächen in einem Abstimmungsprozess und wird voraussichtlich im Laufe dieses Jahres eine Entscheidung zu der Bauleitplanung zur Errichtung eines Solarparks treffen. Erneuerbare Energien besitzen eine überragende Bedeutung für die Herstellung der nationalen Energieunabhängigkeit sowie für den Klimaschutz und so würden wir mit der Unterstützung der Planung unseren Beitrag für eine nachhaltige Zukunft leisten. Die Flächeneigentümerinnen und -eigentümer haben sich uns gegenüber klar für eine Solarparkplanung positioniert und mitgeteilt, dass bereits ein Pachtvertrag mit dem Projektentwickler [redacted] für die solare Nutzung geschlossen worden ist. Die Gemeindevertretung begrüßt ausdrücklich die geplante Einstufung der Nordfläche als Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe. Diese Entscheidung eröffnet einen erweiterten Gestaltungsspielraum, um die zukünftige Nutzung dieser Fläche sorgfältig zu planen und zu gestalten. Wir als Gemeindevertretung möchten sorgfältig abwägen, welche Nutzung hier den Interessen der Gemeinde Selk am ehesten entspricht. Die Eigentümer der Fläche, deren Vorstellungen insbesondere berücksichtigt werden müssen und sollen, sprechen sich, wie bereits dargelegt, für eine PV-Planung aus. Durch die Einstufung als Vorbehaltsgebiet wird eine solche Planung durch den Gemeinderat ermöglicht. Angesichts der Unterstützung der PV-Planung durch die Landeigentümer und der Tatsache, dass PV-Planungen entlang der Autobahn im Landesentwicklungsplan vorrangig realisiert werden sollen, wäre eine Wiedereinstufung der Fläche als Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe aus unserer Sicht nicht nachzuvollziehen. Da die nördliche Fläche aus unserer Sicht korrekterweise zum Vorbehaltsgebiet herabgestuft wurde, wird die weitere Stellungnahme sich auf die südliche Teilfläche konzentrieren. Laut Regionalplanentwurf ist vorgesehen, das Gebiet als Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft auszuweisen. Dort „sollen Maßnahmen und Planungen nur durchgeführt werden, wenn sie Naturhaushalt und Landschaftsbild nicht erheblich beeinträchtigen und	darzustellen sind (siehe Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Der LEP 2021 legt ebenfalls fest, dass in den Regionalplänen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe festzulegen sind und wie die Ausweisung grundsätzlich erfolgen soll. Wesentliche fachliche Grundlage ist der Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes. In beiden Fällen handelt es sich um Grundsätze der Raumordnung, die der Abwägung zugänglich sind. Der Regionalplan-Entwurf enthält keine Regelungen zu Solar-Freiflächenanlagen. Diese sind Gegenstand des LEP 2021. Es soll daran festgehalten werden, dass die Thematik im landesweiten Raumordnungsplan geregelt wird. Nach Kapitel 4.5.2 Absatz 3 LEP 2021 gehören Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft zu den Gebieten, in denen keine raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen errichtet werden dürfen. Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	zu keiner negativen, dauerhaften Veränderung der Landschaft führen“. Gemäß Bestimmungen des Landesentwicklungsplanes ist es sogar ausdrücklich nicht erlaubt, FFPVA in solchen Gebieten zu errichten. Mit der Einstufung des Gebietes als Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft sind wir nicht einverstanden, da diese eine PV-Planung in einem Gebiet verhindert, das landschaftlich stark vorbelastet ist und aus naturschutzfachlicher Sicht stark von der Errichtung eines Solarparks profitieren würde. **Vorbelastung des Gebiets** Die Vorbelastung des Gebiets ist unübersehbar, da es unmittelbar neben der stark befahrenen Autobahn A7 liegt. Die visuelle und akustische Belastung durch den Autobahnverkehr sowie die damit verbundenen Emissionen haben eine deutliche Beeinträchtigung der natürlichen Umgebung zur Folge. Weiterhin befindet sich westlich der Fläche ein Asphaltwerk. Nördlich der Fläche verläuft mit dem Jageler Weg eine Straße. Hinzu kommt die Nähe zu einem Kiesabbaugebiet nördlich des betroffenen Gebiets, was eine weitere Form der Vorbelastung darstellt und daher in die Betrachtung einbezogen werden muss. Der Flughafenbetrieb in Jagel in weniger als 2 km Entfernung sowie die zweispurige Bahntrasse ca. 500 m westlich der Fläche tragen ebenfalls zu einer ungünstigen Landschaftsgüte bei und müssen in der Abwägung Berücksichtigung finden. Landschaftlich und ökologisch hochwertig sind hingegen die Flächen um das Selker Noor, die unserer Auffassung nach zurecht als Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft eingestuft werden. Es ist wichtig festzuhalten, dass in dem Gebiet nördlich und südlich des Jageler Weges kein hochwertiges Landschaftsbild existiert, das bewahrt werden müsste. Vielmehr liegt der Fokus auf der Umsetzung von naturschutzfachlich sinnvollen Maßnahmen um die Funktion des Biotopverbundsystems (Randgebiet) zu unterstützen. Der Projektierer hat bereits ein Ökokonzept erstellt, welches in enger Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde weiterentwickelt werden soll. Dieses Konzept berücksichtigt die Belange des Biotopverbundsystems im Randbereich und strebt aus naturschutzfachlicher Perspektive eine nachhaltige Aufwertung der Flächen an. **Energie- und klimapolitische Ziele der Bundes- und Landesregierung** Die Errichtung von FFPVA an Standorten mit einem vorbelasteten Landschaftsbild entspricht den Zielen der Bundesregierung. Aus diesem Grund sind FFPVA auf einer Fläche längs von Autobahnen seit Januar 2023 auch gemäß § 35 Abs. 1 BauGB Nr. 8 lit.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	b) privilegiert. Darüber hinaus werden solche Flächen 500m beiderseits von Autobahnen über das EEG gefördert. Auch in den Grundsätzen zur Planung von großflächigen FFPVA im Außenbereich (Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, beschlossen am 01.09.2021) wurde die besondere Bedeutung der Nutzung vorbelasteter Flächen für Solaranlagen hervorgehoben und Flächen entlang von Bundesautobahnen als geeigneter Suchraum für solche definiert. Dafür wird aus dem Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 zitiert: *„Die Entwicklung von raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen (Photovoltaik- und Solarthermie)* *soll möglichst freiraumschonend sowie raum- und landschaftsverträglich erfolgen. Um eine Zersiedelung der Landschaft zu vermeiden, sollen derartige raumbedeutsame Anlagen vorrangig ausgerichtet werden auf:* *- bereits versiegelte Flächen,* *- Konversionsflächen aus gewerblich-industrieller, verkehrlicher, wohnungsbaulicher* *oder militärischer Nutzung und Deponien,* *- Flächen entlang von Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen mit* *überregionaler Bedeutung oder* *- vorbelastete Flächen oder Gebiete, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen ein* *eingeschränktes Freiraumpotenzial aufweisen.“* Sowohl für die Nord- als auch für die Südfläche ist insbesondere durch die Autobahn, aber auch durch das Asphaltwerk und die Kiesabbaugebiete eine mehrfache Vorbelastung und eingeschränktes Freiraumpotential gegeben. Somit wären diese Flächen nach Beratungserlass und Landesentwicklungsplan als eine vorrangige Kulisse für FFPVA anzusehen. Die niedrige Fruchtbarkeit des sandigen Bodens spricht weiterhin für eine solare anstatt einer landwirtschaftlichen Nutzung.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Sicherstellung naturschutzfachlicher Belange Im Folgenden soll dargelegt werden, wie ökologische Belange sichergestellt werden können, auch wenn das betreffende Gebiet nicht als "Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft" ausgewiesen wird. Im Vergleich zu der konventionellen Landwirtschaft, die auch innerhalb des Vorbehaltsgebietes für Natur und Landschaft weiter betrieben würde, bedeutet eine FFPVA eine klare Aufwertung aus naturschutzfachlicher Sicht, wie zahlreiche Studien belegen. Durch die Errichtung einer FFPVA wird Bodenruhe gewährleistet, da auf Pflügen verzichtet wird. Dies ermöglicht die Erhaltung des Bodenlebens und trägt zur Bodengesundheit bei. Auch mehrjährige Bodenbewohner können sich ansiedeln und ein Lebensraum für Hummeln, Wildbienen und andere Insekten wird geschaffen. Das Vorhandensein von dauerhaftem Bewuchs durch extensives blütenreiches Grünland anstelle von zeitweiliger Ackerbrache fördert die Stabilität des Bodens, verhindert Erosion und trägt zur Bildung eines gesunden Ökosystems bei. Ein weiterer ökologischer Nutzen liegt darin, dass bei der Bewirtschaftung der Flächen für die Photovoltaikanlage kein Einsatz von Pestiziden, Herbiziden oder Düngemitteln erforderlich ist. Dies hat positive Auswirkungen auf den Wasserhaushalt und die Biodiversität, da die Verschmutzung von Boden und Wasser vermieden wird und Lebensräume für verschiedene Pflanzen- und Tierarten geschaffen werden. Aus naturschutzfachlicher Sicht stellt die Errichtung einer FFPVA im Vergleich zum konventionellen Ackerbau eine klare Verbesserung dar, da eine Extensivierung der Flächen erreicht und eine ökologische Aufwertung dieser bewirkt wird. In Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde möchte die Gemeindevertretung hier eine Planung unterstützen, die sowohl für die Natur als auch für das Klima eine Win-Win-Situation darstellt. In ihrem Positionspapier „Solarparks naturverträglich ausbauen“ von 2022 beschreibt der NABU, dass „die Integration eines Solarparks in einen Biotopverbund sogar zum Erhalt regionaler Populationen und überregionaler Ausbreitungskorridore beitragen kann.“ Dies sollte der Anspruch einer PV-Planung innerhalb dieser Fläche sein, auf der momentan konventionelle Landwirtschaft entlang einer Autobahn betrieben wird. **Unterstützung des Projekts** Es ist wichtig zu betonen, dass sowohl die Eigentümer als auch wir als Gemeindevertretung das Projekt ausdrücklich unterstützen. Die FFPVA würde nicht nur	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	zur nachhaltigen, dezentralen Energiegewinnung beitragen, sondern auch wirtschaftliche und infrastrukturelle Vorteile für die Region bringen. **Zusammenfassend wird sich dafür ausgesprochen, die geplante FFPVA im Sinne der nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes zu unterstützen und dahingehend von einer Ausweisung des Gebietes als Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft abzusehen. Die Vorbelastung des Gebiets durch die Nähe der Autobahn, des Kiesabbaugebiets, des Asphaltwerks und des nahegelegenen Flughafens, die Privilegierung und Förderung von Solaranlagen an solchen Standorten, die geplante Extensivierung mit dem verbundenen ökologischen Nutzen der Fläche und das klare Bekenntnis von Eigentümer und uns als Gemeindevertretung für das Projekt sprechen stark für die Eignung der Fläche als Standort für die Errichtung einer FFPVA.** **Wir sind überzeugt, mit unserem Projekt ökologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen in Einklang bringen zu können und danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.**	
Institution: **Gemeinde Selk** **ID: M1013**	in Zusammenhang mit der Neuaufstellung des Regionalplans möchte die Gemeindevertretung Selk ihre Stellungnahme zur geplanten Ausweisung des auf der Karte blau markierten Gebietes als Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft im Süden sowie zu der Einstufung des nördlichen, gelb markierten Gebietes als Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe abgeben. Insbesondere soll auf den Planungsprozess für die mögliche Errichtung einer Freiflächenphotovoltaikanlage (FFPVA) in diesem Gebiet hingewiesen werden. Die Gemeindevertretung ist für die Flächen in einem Abstimmungsprozess und wird voraussichtlich im Laufe dieses Jahres eine Entscheidung zu der Bauleitplanung zur Errichtung eines Solarparks treffen. Erneuerbare Energien besitzen eine überragende Bedeutung für die Herstellung der nationalen Energieunabhängigkeit sowie für den Klimaschutz und so würden wir mit der Unterstützung der Planung unseren Beitrag für eine nachhaltige Zukunft leisten. Die Flächeneigentümerinnen und -eigentümer haben sich uns gegenüber klar für eine Solarparkplanung positioniert und mitgeteilt, dass bereits ein Pachtvertrag mit dem [redacted] für die solare Nutzung geschlossen worden ist.	Auf den von der Gemeinde genannten Flächen ist südlich ein Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft sowie nördlich ein Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen, Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Der LEP 2021 legt ebenfalls fest, dass in den Regionalplänen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe festzulegen sind und wie die Ausweisung grundsätzlich erfolgen

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Die Gemeindevertretung begrüßt ausdrücklich die geplante Einstufung der Nordfläche als Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe. Diese Entscheidung eröffnet einen erweiterten Gestaltungsspielraum, um die zukünftige Nutzung dieser Fläche sorgfältig zu planen und zu gestalten. Wir als Gemeindevertretung möchten sorgfältig abwägen, welche Nutzung hier den Interessen der Gemeinde Selk am ehesten entspricht. Die Eigentümer der Fläche, deren Vorstellungen insbesondere berücksichtigt werden müssen und sollen, sprechen sich, wie bereits dargelegt, für eine PV-Planung aus. Durch die Einstufung als Vorbehaltsgebiet wird eine solche Planung durch den Gemeinderat ermöglicht. Angesichts der Unterstützung der PV-Planung durch die Landeigentümer und der Tatsache, dass PV-Planungen entlang der Autobahn im Landesentwicklungsplan vorrangig realisiert werden sollen, wäre eine Wiedereinstufung der Fläche als Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe aus unserer Sicht nicht nachzuvollziehen. Da die nördliche Fläche aus unserer Sicht korrekterweise zum Vorbehaltsgebiet herabgestuft wurde, wird die weitere Stellungnahme sich auf die südliche Teilfläche konzentrieren. Laut Regionalplanentwurf ist vorgesehen, das Gebiet als Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft auszuweisen. Dort „sollen Maßnahmen und Planungen nur durchgeführt werden, wenn sie Naturhaushalt und Landschaftsbild nicht erheblich beeinträchtigen und zu keiner negativen, dauerhaften Veränderung der Landschaft führen“. Gemäß Bestimmungen des Landesentwicklungsplanes ist es sogar ausdrücklich nicht erlaubt, FFPVA in solchen Gebieten zu errichten. Mit der Einstufung des Gebietes als Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft sind wir nicht einverstanden, da diese eine PV-Planung in einem Gebiet verhindert, das landschaftlich stark vorbelastet ist und aus naturschutzfachlicher Sicht stark von der Errichtung eines Solarparks profitieren würde. Vorbelastung des Gebiets Die Vorbelastung des Gebiets ist unübersehbar, da es unmittelbar neben der stark befahrenen Autobahn A7 liegt. Die visuelle und akustische Belastung durch den Autobahnverkehr sowie die damit verbundenen Emissionen haben eine deutliche Beeinträchtigung der natürlichen Umgebung zur Folge. Weiterhin befindet sich westlich der Fläche ein Asphaltwerk. Nördlich der Fläche verläuft mit dem Jageier Weg eine Straße. Hinzu kommt die Nähe zu einem Kiesabbaugebiet nördlich des betroffenen Gebiets, was eine weitere Form der Vorbelastung darstellt und daher in die Betrachtung einbezogen werden muss. Der Flughafenbetrieb in Jagel in weniger als 2 km Entfernung	soll. Wesentliche fachliche Grundlage ist der Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes. In beiden Fällen handelt es sich um Grundsätze der Raumordnung, die der Abwägung zugänglich sind. Der Regionalplan-Entwurf enthält keine Regelungen zu Solar-Freiflächenanlagen. Diese sind Gegenstand des LEP 2021. Es soll daran festgehalten werden, dass die Thematik im landesweiten Raumordnungsplan geregelt wird. Nach Kapitel 4.5.2 Absatz 3 LEP 2021 gehören Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft zu den Gebieten, in denen keine raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen errichtet werden dürfen. Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	sowie die zweispurige Bahntrasse ca. 500 m westlich der Fläche tragen ebenfalls zu einer ungünstigen Landschaftsgüte bei und müssen in der Abwägung Berücksichtigung finden. Landschaftlich und ökologisch hochwertig sind hingegen die Flächen um das Selker Noor, die unserer Auffassung nach zurecht als Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft eingestuft werden. Es ist wichtig festzuhalten, dass in dem Gebiet nördlich und südlich des Jageier Weges kein hochwertiges Landschaftsbild existiert, das bewahrt werden müsste. Vielmehr liegt der Fokus auf der Umsetzung von naturschutzfachlich sinnvollen Maßnahmen um die Funktion des Biotopverbundsystems (Randgebiet) zu unterstützen. Der Projektierer hat bereits ein Ökokonzept erstellt, welches in enger Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde weiterentwickelt werden soll. Dieses Konzept berücksichtigt die Belange des Biotopverbundsystems im Randbereich und strebt aus naturschutzfachlicher Perspektive eine nachhaltige Aufwertung der Flächen an. Energie- und klimapolitische Ziele der Bundes- und Landesregierung Die Errichtung von FFPVA an Standorten mit einem vorbelasteten Landschaftsbild entspricht den Zielen der Bundesregierung. Aus diesem Grund sind FFPVA auf einer Fläche längs von Autobahnen seit Januar 2023 auch gemäß § 35 Abs. 1 BauGB Nr. 8 lit. b) privilegiert. Darüber hinaus werden solche Flächen 500m beiderseits von Autobahnen über das EEG gefördert. Auch in den Grundsätzen zur Planung von großflächigen FFPVA im Außenbereich (Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung, beschlossen am 01.09.2021) wurde die besondere Bedeutung der Nutzung vorbelasteter Flächen für Solaranlagen hervorgehoben und Flächen entlang von Bundesautobahnen als geeigneter Suchraum für solche definiert. Dafür wird aus dem Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein - Fortschreibung 2021 zitiert: „Die Entwicklung von raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen (Photovoltaik- und Solarthermie) soll möglichst freiraumschonend sowie raum- und landschaftsverträglich erfolgen. Um eine Zersiedelung der Landschaft zu vermeiden, sollen derartige raumbedeutsame Anlagen vorrangig ausgerichtet werden auf:	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	- bereits versiegelte Flächen, - Konversionsflächen aus gewerblich-industrieller, verkehrlicher, wohnungsbaulicher oder militärischer Nutzung und Deponien, - Flächen entlang von Bundesautobahnen, Bundesstraßen und Schienenwegen mit überregionaler Bedeutung oder - vorbelastete Flächen oder Gebiete, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen ein eingeschränktes Freiraumpotenzial aufweisen. “ Sowohl für die Nord- als auch für die Südfläche ist insbesondere durch die Autobahn, aber auch durch das Asphaltwerk und die Kiesabbaugebiete eine mehrfache Vorbelastung und eingeschränktes Freiraumpotential gegeben. Somit wären diese Flächen nach Beratungserlass und Landesentwicklungsplan als eine vorrangige Kulisse für FFPVA anzusehen. Die niedrige Fruchtbarkeit des sandigen Bodens spricht weiterhin für eine solare anstatt einer landwirtschaftlichen Nutzung. Sicherstellung naturschutzfachlicher Belange Im Folgenden soll dargelegt werden, wie ökologische Belange sichergestellt werden können, auch wenn das betreffende Gebiet nicht als "Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft" ausgewiesen wird. Im Vergleich zu der konventionellen Landwirtschaft, die auch innerhalb des Vorbehaltsgebietes für Natur und Landschaft weiter betrieben würde, bedeutet eine FFPVA eine klare Aufwertung aus naturschutzfachlicher Sicht, wie zahlreiche Studien belegen. Durch die Errichtung einer FFPVA wird Bodenruhe gewährleistet, da auf Pflügen verzichtet wird. Dies ermöglicht die Erhaltung des Bodenlebens und trägt zur Bodengesundheit bei. Auch mehrjährige Bodenbewohner können sich ansiedeln und ein Lebensraum für Hummeln, Wildbienen und andere Insekten wird geschaffen. Das Vorhandensein von dauerhaftem Bewuchs durch extensives blütenreiches Grünland anstelle von zeitweiliger Ackerbrache fördert die Stabilität des Bodens, verhindert Erosion und trägt zur Bildung eines gesunden Ökosystems bei. Ein weiterer ökologischer Nutzen liegt darin, dass bei der Bewirtschaftung der Flächen für die Photovoltaikanlage kein Einsatz von Pestiziden, Herbiziden oder Düngemitteln erforderlich ist. Dies hat positive Auswirkungen auf den Wasserhaushalt und die	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Biodiversität, da die Verschmutzung von Boden und Wasser vermieden wird und Lebensräume für verschiedene Pflanzen- und Tierarten geschaffen werden. Aus naturschutzfachlicher Sicht stellt die Errichtung einer FFPVA im Vergleich zum konventionellen Ackerbau eine klare Verbesserung dar, da eine Extensivierung der Flächen erreicht und eine ökologische Aufwertung dieser bewirkt wird. In Abstimmung mit der Unteren Naturschutzbehörde möchte die Gemeindevertretung hier eine Planung unterstützen, die sowohl für die Natur als auch für das Klima eine Win-Win-Situation darstellt. In ihrem Positionspapier „Solarparks naturverträglich ausbauen“ von 2022 beschreibt der NABU, dass „die Integration eines Solarparks in einen Biotopverbund sogar zum Erhalt regionaler Populationen und überregionaler Ausbreitungskorridore beitragen kann.“ Dies sollte der Anspruch einer PV-Planung innerhalb dieser Fläche sein, auf der momentan konventionelle Landwirtschaft entlang einer Autobahn betrieben wird. Unterstützung des Projekts Es ist wichtig zu betonen, dass sowohl die Eigentümer als auch wir als Gemeindevertretung das Projekt ausdrücklich unterstützen. Die FFPVA würde nicht nur zur nachhaltigen, dezentralen Energiegewinnung beitragen, sondern auch wirtschaftliche und infrastrukturelle Vorteile für die Region bringen. Zusammenfassend wird sich dafür ausgesprochen, die geplante FFPVA im Sinne der nachhaltigen Entwicklung und des Klimaschutzes zu unterstützen und dahingehend von einer Ausweisung des Gebietes als Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft abzusehen. Die Vorbelastung des Gebiets durch die Nähe der Autobahn, des Kiesabbaugebiets, des Asphaltwerks und des nahegelegenen Flughafens, die Privilegierung und Förderung von Solaranlagen an solchen Standorten, die geplante Extensivierung mit dem verbundenen ökologischen Nutzen der Fläche und das klare Bekenntnis von Eigentümer und uns als Gemeindevertretung für das Projekt sprechen stark für die Eignung der Fläche als Standort für die Errichtung einer FFPVA. Wir sind überzeugt, mit unserem Projekt ökologische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen in Einklang bringen zu können und danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
Institution: NABU Schleswig-Holstein, Bereich Verbandsbeteiligung **ID: M1142**	Gesetzlich geschützte Biotope (Kap. 2.1 Natur und Landschaft, Begründung 4- B zu 1-2) Die gesetzlich geschützten Biotope werden in den Karten als Vorranggebiete für den Naturschutz festgelegt, dem Kap. B zu 1-2 (S. 28) zufolge nach dem Stand der Biotopkartierung von 2021. Dieses ist zwar die aktuelle Biotopkartierung, sie sollte aber nicht als alleiniger Maßstab für das Vorhandensein gesetzlich geschützter Biotope genommen werden, sondern durch in der vorherigen Kartierung festgestellte Biotopflächen ergänzt werden. Begründung: Im Vergleich zur in den 1980er Jahren erfolgten Biotopkartierung, deren Flächen sich im Landschaftsrahmenplan (LRP) wiederfinden, hat die aktuelle Version erhebliche Flächenverluste an Biotopen ergeben (so u.a. beim Feuchtgrünland, z.B. Sumpfdotterblumenwiesen). Es ist also davon auszugehen, dass in den RP-Entwürfen insgesamt weniger Flächen als gesetzlich geschützten Biotopen i.S.v. Vorrangflächen eingetragen worden sind. Auf den ersten Blick mag es nachvollziehbar sein, dass in den RP immer der aktuelle Stand wiedergegeben werden soll. Im Hinblick auf den Stellenwert des Naturschutzes bedeutet es jedoch auch, dass man sich auf der Ebene der Raumplanung mit den für die meisten Biotope zu verzeichnenden erheblichen Verlusten abgefunden hat und dabei für die verlorenen Flächen eine naturschutzfremde Nutzung nicht ausschließt, anstatt sie weiterhin als Vorrangflächen für den Naturschutz zu führen und so die planerische Absicht für ihre Regenerierung mitzuteilen. Der NABU fordert, als Grundlage für die Darstellung der Vorranggebiete die erste Biotopkartierung mit Stand der 1980er Jahre der damals gesetzlich geschützten Biotopen mit aufzunehmen und dies durch die Flächen an inzwischen durch Änderungen des Bundes- wie auch des Landesnaturschutzgesetzes hinzugekommenen Biotoptypen zu ergänzen.	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz sowie Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (Kapitel 6.2.1 Absatz 1 sowie Kapitel 6.2.2 Absatz 2 des LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Grundlage für die Ausweisung sind unter anderem gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in Verbindung mit § 21 Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) über 20 Hektar. Die Biotopkartierung der 1980er Jahre gehört folglich nicht zu den Kriterien des LEP 2021. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
ID: M1142	2.1 Ergänzungen Der NABU schlägt vor, bei allen drei RP die Eintragungen auf der Karte durch folgende drei Kategorien zu erganzen: 2.1.1 Kernaktionsräume Die in der Biodiversitätsstrategie des Landes Schleswig-Holstein skizzierten Kernaktionsräume sollten auf der Karte eingetragen werden, da sie quasi als Vorbehaltsgebiete für Maßnahmen des Naturschutzes vorgesehen sind. Weil die Biodiversitätsstrategie ein offizielles Programm des Landes ist, sind ihre wesentlichen	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitels 6.2.1 LEP 2021 sowie Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Inhalte gleichberechtigt mit anderen Landesprogrammen (z.B. Küstenschutz) in die Raumplanung mit aufzunehmen. 2.1.2 Historische Kulturlandschaften Hierzu gibt es zwar im Umweltbericht kleine Themenkarten, die jedoch nur zur Erläuterung des dortigen Textes dienen. Insbesondere Knicklandschaften, die sowohl für die Biodiversität als auch für die kulturhistorische Identität Schleswig-Holsteins außerordentlich wichtig sind, sollten auch auf der Karte C wegen ihres 'offizielleren' Status eingetragen werden (Übernahme aus der Themenkarte). Möglicherweise fallen sie bereits unter die "Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaff', was aber nicht deutlich wird. 2.1.3 Naturwälder Nicht ersichtlich ist zudem, ob die größeren Naturwaldflächen (> 20 ha) auf der Karte eingetragen worden sind oder ob ihre Flächen von einer Kennzeichnung als "Vorranggebiete für den Naturschutz" überlagert worden sind. Außerdem weist der NABU in diesem Zusammenhang daraufhin, dass die Kennzeichnung mit grünen und blauen Schraffuren und Umrisslinien sehr unübersichtlich geraten ist, besonders wenn sich dabei verschiedene Kategorien überlagern.	Die Biodiversitätsstrategie mit ihren Kernaktionsräumen gehört nicht zu den Kriterien des LEP 2021 beziehungsweise der oben genannten Fachplanung. Auch die Historischen Kulturlandschaften gehören nicht zu den Kriterien des LEP 2021. Beide Kategorien werden daher bei der Festlegung der Vorranggebiete für den Naturschutz beziehungsweise der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft nicht berücksichtigt. Die Naturwälder über 20 Hektar fließen ein in die Kulisse der Vorranggebiete für den Naturschutz, sie werden nicht separat in der Karte dargestellt. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
ID: M1142	2.2.4 Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft (PR III) Folgende Gebiete sind in der Karte Teil C, PR III, als Vorbehaltsgebiete eingetragen, die aus naturschutzfachlicher Sicht jedoch als Vorranggebiete eingestuft werden sollten: • Travetal Niederung zwischen Wolkenwehe/Nütschau und Schlamersdorf/Sühlen • Thorritzener Quelllandschaft • Todendorfer Moor • Bachschlucht Poggensee • Fischbeker Mühlengrund • Barnitztal	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitel 6.2.1 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Als Vorranggebiete für den Naturschutz werden nach dem LEP 2021 Gebiete, die die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung als NSG erfüllen, dann festgelegt, wenn sie einstweilig sichergestellt sind oder wenn ein weitest gehendender Anteil an gesetzlich geschützten Biotopen vorhanden ist. Diese

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Begründung: Die aufgelisteten Gebiete nehmen für den Natur- und Artenschutz in Schleswig-Holstein eine überragende Funktion ein. Für sie liegen bereits Vorschläge zur Ausweisung als Naturschutzgebiete vor.	Voraussetzungen sind bei den aufgeführten Gebieten entsprechend der Daten der Fachbehörde nicht erfüllt. Der Stellungnahme wird daher nicht gefolgt.
ID: M1142	2.3 Anmerkungen zum Biotopverbund (PR III) Die bestehende Biotopverbundachse zwischen Stellmoorer Tunneltal und der Gemeinde Ammersbek, die im LEP dargestellt wurde, ist nicht in den LRP übernommen worden, folglich .auch nicht nachrichtlich in den Regionalplan. Dieses ist aus Sicht des NABU nachzuholen.	Das Votum kann der Synopse für den Planungsraum III entnommen werden (ID: M1578).
Institution: Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V. LNV **ID: M1143**	Der Boden soll in seinen natürlichen und klimaschützenden Funktionen, seiner Funktion als Archiv der Natur- und Kulturgeschichte sowie in seinen Nutzungsfunktionen – insbesondere Moorböden mit ihrer Kohlendioxid- und Wasserspeicherfunktion – nachhaltig gesichert, in seiner Entwicklung gefördert und erforderlichenfalls wiederhergestellt werden (S. 374). Auch hier kommt es zur „Überlagerung“ von weiteren Nutzungen. Hierzu fehlen die planerischen Darstellungen der entsprechenden Gebiete, in denen diese Bodentypen vorkommen (Abb. s. u.: Bereich Meggerkoog). Weitere Beiträge der Raumordnung zum Klimaschutz sind die konsequente planerische Unterstützung einer dem Leitbild der dezentralen Konzentration entsprechenden energiesparenden und verkehrsvermeidenden Siedlungsstruktur und – entwicklung (S. 369 ff.) Dies umfasst u. a.: • die Ausweitung der Waldflächen (Kapitel 4.8), • den Schutz der Moorböden (Kapitel 6.2), • anderer CO 2 -Senken (Kapitel 6.3) sowie • den Schutz und die Entwicklung der natürlichen Ressourcen sowie den Natur-, Landschafts-, Boden- und Gewässerschutz (inklusive Auen) (Kapitel 6). Bei der Annahme, dass die Planung in 2025 gültig ist und 15 Jahre Bestand hat (Jahr 2040: dann sollen die Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um mindestens 88% gesenkt worden sein, aus: Energiewende- und Klimaschutzgesetz 2021), ist die Planung viel zu statisch. Das Land will dann nahezu klimaneutral sein, die Planung leistet hierzu keinen wesentlichen Beitrag, weil die Inhalte in großen Teilen die massiven	**Zu Bodenfunktionen:** Der LEP 2021 legt zur Erhaltung der Funktionsfähigkeit des Naturhaushalts sowie, wo erforderlich, zur Wiederherstellung dessen fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz sowie Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Kapitel 6.2.1 Absatz 1 und Kapitel 6.2.2 Absatz 2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Einzelne Bodentypen sind nicht Teil der Kriterien gemäß LEP 2021. **Zu Konflikten zwischen Naturschutz und Tourismus und Erholung:** Es wird darauf hingewiesen, dass in den Regionalplänen die Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung durch regionale Grünzüge gegliedert werden. Dadurch sollen die Freiräume geschützt werden. Darüber hinaus enthalten die Regionalpläne

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	negativen Veränderungen in der Umwelt nicht thematisieren und entsprechende umweltfreundliche / nachhaltige Entwicklungen nicht dargestellt bzw. initiiert werden. „In den Vorranggebieten für den Naturschutz hat der Schutz der Natur in ihrer Gesamtheit oder in einzelnen Teilen Vorrang vor allen anderen Nutzungen, soweit die oben genannten Vorschriften keine Ausnahmen gestatten“ (S. 384). Es folgen im Weiteren Aussagen zu Überlagerungen von Vorranggebieten Naturschutz mit dem Küstenschutz. Es gibt jedoch keinerlei Aussagen zu Überlagerungen und möglichem Konfliktpotenzial mit Tourismuszielen. Hier muss auf Ebene der Regionalplanung eine deutliche Entzerrung erfolgen und die bestehenden Überlagerungen sind zu entfernen. Die Festsetzungen in den Regionalplänen können auch Flächen umfassen, die im Landesentwicklungsplan nicht als Vorbehaltsräume nach Absatz 1 dargestellt sind oder derzeit unter einer Sondernutzung stehen. Sie sollen räumlich so angeordnet werden, dass ein räumlicher Verbund oder eine funktionale Vernetzung verschiedener Biotoptypen hergestellt wird. Dabei sollen eine Erweiterung der Biotope um Entwicklungs- beziehungsweise Pufferzonen sowie die Entwicklung von naturraumtypischen Biotopkomplexen angestrebt werden“. Dies ist entsprechend darzustellen. Die Daten aus dem bundesweiten Biotopverbund wurden nur teilweise berücksichtigt (s. Beispiel Kreis Herzogtum Lauenburg). Dies wird kritisiert und ist entsprechend zu ergänzen. Das Biotopverbundsystem auf Landesebene umfasst Räume und Gebiete von überregionaler Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz. Die landesweite Ebene steht jedoch in keinem unmittelbaren Zusammenhang mit dem gesetzlich geregelten Biotopverbundsystem auf regionaler Ebene. Es werden damit lediglich die Räume des Landes gekennzeichnet, in denen die Elemente des Biotopverbundes eine überregionale Bedeutung aufweisen (Themenkarte 23). Erst das Biotopverbundsystem auf regionaler Ebene steht mit den gesetzlichen Vorgaben zum Biotopverbund im Zusammenhang“. Hier sind u. E. konkrete Aussagen notwendig. Der Landesjagdverband Schleswig-Holstein hat in seiner Stellungnahme die Bedeutung des Rotwildwegeplan (RWP) hervorgehoben. Ziel des Rotwildwegeplanes ist es, die wenigen noch gangbaren Wanderkorridore des Rotwildes zu schützen, die es derzeit noch in Schleswig-Holstein gibt, und Optionen aufzuzeigen, wo bereits verschlossene Korridore wieder geöffnet werden können. Diese Ausführungen werden inhaltlich unterstützt und mitgetragen. Die Festsetzungen in den Regionalplänen können aufgrund der differenzierteren Darstellung auch Flächen umfassen, die im Landesentwicklungsplan nicht dargestellt sind oder die unter einer (militärischen) Sondernutzung (zum Beispiel Standortübungsplätze) stehen, sofern hier hinreichende ökologische Flächenpotenziale bestehen. Damit soll eine raumordnerische	Aussagen zur Entflechtung von Konfliktlagen in den Kernbereichen für Tourismus und/oder Erholung. Die Berücksichtigung der ökologischen Tragfähigkeit und der Naturraumqualitäten werden dabei unter anderem festgelegt. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. **Erweiterung der Biotope und Biotopkomplexe:** Der in der Stellungnahme angesprochene Absatz des LEP 2021 richtet sich an die Träger von konkreten Maßnahmen der Biotopentwicklung (zum Beispiel Kommunen). Im Regionalplan selbst werden die Kriterien des LEP 2021 bei der Festlegung der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft umgesetzt. Die Aussagen zum Verhältnis von landesweitem und regionalem Biotopverbund im LEP 2021 werden als ausreichend erachtet. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. **Zum bundesweiten Biotopverbund:** Es wird davon ausgegangen, dass sich die Forderung auf das „Bundeskonzept Grüne Infrastruktur“ bezieht. Die Kulisse des länderübergreifenden Biotopverbundes befindet sich in der Überarbeitung und soll anschließend bei der Fortschreibung des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems in Schleswig-Holstein herangezogen werden. Eine Übernahme der bundesweiten Biotopkulisse in die Regionalpläne ist daher nicht sinnvoll. Der Anregung wird deshalb nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Sicherung dieser Flächen für Natur und Landschaft für den Fall einer Aufgabe dieser (militärischen) Liegenschaften bewirkt werden. Dies wird begrüßt.	**Zum Rotwildwegeplan:** Die Inhalte des Rotwildwegeplans gehören nicht zu den Kriterien des LEP 2021 beziehungsweise der oben genannten Fachplanung (Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum). Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Änderungsbedarfe ergeben sich daraus nicht.
ID: M1143	Gemäß den internationalen Vereinbarungen sollen 30% der Land- und Seeflächen geschützt werden, hiervon 10% mit einem strengen Schutzstatus. Zum Thema Biotopverbund wird im Umweltbericht zu Regionalplan I u. a. Folgendes ausgeführt (S. 11, Tab. 1-3): Erhalt und Entwicklung der räumlichen Voraussetzungen für funktionsfähige Artengemeinschaften durch Flächenschutz und Biotopverbund. Schaffung eines Biotopverbundes auf mindestens zehn Prozent der Landesfläche unter Integration der Natura 2000-Gebiete. Weiter heißt es (S. 41): In den Gebieten mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems ist bei der Abwägung mit anderen Nutzungsansprüchen dem Naturschutz ein besonderes Gewicht beizumessen. Im Planungsraum I sind etwa 15 Prozent des Raumes als Schwerpunktbereiche und acht Prozent als Verbundachsen dargestellt. Das sind in der Summe jedoch nur 23%. Um die europäischen Vorgaben zu erfüllen, sind daher weitere Ausweisungen von entsprechenden Flächen notwendig. Es fehlen Aussagen zur Umsetzung der Ziele des „Nature Restoration Law“, ein Gesetzesvorhaben der Europäischen Kommission. Diese Verordnung zur Wiederherstellung der Natur ist ein zentraler Baustein des europäischen Green Deals.	Die Regionalpläne legen keine Flächen für den Biotopverbund fest. Vielmehr gehen die in den Landschaftsrahmenplänen ausgewiesenen Flächen zum Aufbau eines Biotopverbundsystems ein in die Kulisse der Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft. Die Forderungen der Stellungnahme adressieren damit die Fachplanung und werden seitens der Landesplanung zur Kenntnis genommen. Die Umsetzung der EU-Verordnung über die Wiederherstellung der Natur liegt ebenfalls im Zuständigkeitsbereich der Fachplanungen.
ID: M1143	Die Aussagen im LEP zur Freihaltung von Vorranggebieten für den Naturschutz und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft sowie von regionalen Grünzügen und Grünzäsuren von raumbedeutsamen Freiflächenphotovoltaikanlagen (S. 244) werden begrüßt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
ID: M1143	Die Landschaftsrahmenpläne (LRP) enthalten die überörtlichen (regionalen) Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes. Sie bestehen aus Text und Karten. Landschaftsrahmenpläne haben keine unmittelbare verbindliche Rechtswirkung gegenüber Privatpersonen. Sie sind jedoch bei Planungen seitens der Behörden und	**Zu klimasensitiven Böden:** Die Regionalpläne übernehmen nicht sämtliche Inhalte der Landschaftsrahmenpläne. Die Kriterien für die

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Stellen, deren Planungen und Entscheidungen sich auf Natur und Landschaft auswirken können, zu berücksichtigen. Durch die Übernahme der Belange des Naturschutzes in die Regionalplanung, bspw. durch die Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten sowie durch die Formulierungen von Zielen und Grundsätzen erlangen sie eine auf der Ebene der Raumordnung angesiedelte Verbindlichkeit. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, warum relevante Belange des Naturschutzes aus der Landschaftsrahmenplanung nicht in die Regionalpläne übernommen wurden, z. B. die klimasensitiven Böden. Auch bei der Berücksichtigung aktueller Daten bleiben die Regionalpläne hinter den Erwartungen zurück. In den LRP wird ausgeführt (S.18): Da der Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein 2010 noch nicht die Inhalte des Bundesverkehrswegeplans (BVWP) 2030 aufweist, wird auf diesen gesondert Bezug genommen und dessen Maßnahmen im Landschaftsrahmenplan berücksichtigt. Wenn die Landschaftsrahmenplanung in der Lage ist, zusätzlich zu den Aussagen des Landesentwicklungsplanes neuere Planungen, wie z. B. den nachträglich beschlossenen Bundesverkehrswegeplan zu berücksichtigen, gibt es keinen Grund, warum die Regionalplanung nicht in der Lage ist, aktuelle Daten bzw. naturschutzfachliche Vorhaben wie z. B. die vom Landtag beschlossene Biodiversitätsstrategie mit ihren Maßnahmen zu berücksichtigen, auch wenn diese erst nach Verabschiedung des LEP beschlossen wurden. So sind zumindest die 49 Kernaktionsräume in die Planung aufzunehmen	Festlegung der Vorranggebiete für den Naturschutz und die Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft regelt der LEP 2021. Die klimasensitiven Böden gehören nicht zu diesen Kriterien. **Zur Biodiversitätsstrategie:** Wesentliche naturschutzfachliche Grundlage für die Festlegungen der Regionalplanung sind die Landschaftsrahmenpläne. Diese stellen die überörtlichen Erfordernisse und Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege für Teile des Landes dar. Die Biodiversitätsstrategie und die Kernaktionsräume sind dort bislang nicht eingeflossen. Die Fachplanung sollte zunächst im Hinblick dieser Strategien aktualisiert werden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Stadt Flensburg **ID: M1039**	Es wird um Anpassung der Karte gemäß folgenden Anmerkungen gebeten: Nördlich B199: Stiftungsland Schäferhaus Nord Vorranggebiet Naturschutz wird begrüßt, östlich davon Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft steht im Widerspruch für kommunale Gewerbeprüffläche im LP/FNP Entwurf. Das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft sollte hier nicht dargestellt werden. Südlich der 199: Die Flächen des Flugplatzes sind als Vorranggebiet für Naturschutz dargestellt. Hier besteht ein Widerspruch zur Flugplatznutzung, daher sollte keine Darstellung als Vorranggebiet erfolgen. Das FFH-Gebiet Stiftungsland Süd ist dargestellt als Vorranggebiet Naturschutz, die Grenze FFH-Gebiet kann hier zugrunde gelegt werden.	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz sowie Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Kapitel 6.2.1 Absatz 1 und Kapitel 6.2.2 Absatz 2 des LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Der Stellungnahme wird daher nicht gefolgt. Eine Auseinandersetzung mit den genannten Darstellungen ist auf Ebene der Bauleitplanung erforderlich.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1098	bezüglich der aktuellen Regionalplanungen in Schleswig-Holstein möchten wir hiermit dringend auf die Berücksichtigung der Bedürfnisse wandernder Wildtierarten wie Rothirsch, Wildkatze oder Wolf hinweisen. Die Zerschneidung der Landschaft durch Verkehr, Siedlungen, Zäune etc. erschwert den Genfluss dieser Arten enorm. Besonders fatal ist die Landschaftszerschneidung jedoch für den Rothirsch, da er anders als Wildkatze oder Wolf Unterquerungen bzw. Durchlässe meidet. Findet kein Austausch zwischen den Populationen statt, wird der Genpool immer kleiner und eine erhöhte Inzuchtrate ist die Folge. Aktuelle Studien der Universitäten in Göttingen und Gießen belegen eine fortschreitende genetische Verarmung der Populationen, die langfristig sogar das Aussterben der Art bedeuten könnten. Bereits in der Roten Liste für Schleswig-Holstein aus dem Jahr 2001 ist daher festgehalten, dass „Eine weitere Verinselung [der Rotwildvorkommen in SH] durch Wildschutzzäune und neue Verkehrsprojekte unbedingt verhindert werden [muss].“ Seitdem hat sich die Situation kontinuierlich verschlechtert. Als Planungsgrundlage für die Regionalplanungen in Schleswig-Holstein empfehlen wir den Rotwildwegeplan, den der Landesjagdverband Schleswig-Holstein 2022 mit Expertinnen und Experten erarbeitet hat. Ziel des Rotwildwegeplanes ist es, die wenigen noch vorhandenen durchlässigen Wanderkorridore des Rotwilds zu schützen und Optionen aufzuzeigen, wo bereits verschlossene Korridore wieder geöffnet werden können.	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitels 6.2.1 LEP 2021 sowie Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Die Inhalte des Rotwildwegeplans gehören nicht zu den Kriterien des LEP 2021 beziehungsweise der oben genannten Fachplanung. Es wird aber darauf hingewiesen, dass in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung regionale Grünzüge sowie Grünzäsuren ausgewiesen sind, um Freiraumverbindungen zu gewährleisten. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) , Abteilung Wasserstraßen Dezernat Wasserstraßenüberwachung ID: M1144	II. Planungsraumübergreifende Hinweise Im aktuellen LEP wurde die zentrale Bedeutung der Schifffahrt als umweltfreundlicher, energiesparender und unverzichtbarer internationaler Verkehrsträger anhand zahlreicher Grundsätze und Ziele zum Ausdruck gebracht. Unter Anderem wurden eine Steigerung der Leistungsfähigkeit des Nord-Ostsee-Kanals, die Möglichkeit der Verlagerung von Güterverkehren auf die Wasserstraßen und der Fahrrinnenausbau der Außen- und Unterelbe an die veränderten Anforderungen der Containerschifffahrt als Ziele bzw. Grundsätze des Landes Schleswig-Holstein hervorgehoben und infolgedessen soll die Schifffahrt auf den Bundeswasserstraßen möglichst störungsfrei und effizient verlaufen. Diesen begrüßenswerten Leitgedanken sollten die 3 Regionalpläne konsequenterweise ebenfalls entsprechen. Die v.g. rechtlichen Hinweise gelten grundsätzlich für alle Bestimmungen (Zielsetzungen, Grundsätze, Gebietsfestlegungen) in den Planungsräumen I, II und III, die die dortigen Bundeswasserstraßen betreffen. Letztendlich dürfen weder der Widmungszweck und bestimmungsgemäße Nutzung der	Nach den Festlegungen des LEP 2021 sind in den Regionalplänen unter anderem gesetzlich geschützte Biotope über 20 Hektar als Vorranggebiete für Naturschutz darzustellen (Kapitel 6.2.1 Absatz 1 LEP 2021). Die dargestellte Fläche zeigt gesetzlich geschützte Biotope ab einem Komplex von größer als 20 Hektar Fläche. Bei den betreffenden Biotoptypen handelt es sich um gesetzlich geschützte Biotope gemäß Bundes-Naturschutzgesetz. Dieser Schutzstatus des BNatSchG gilt unabhängig von der Ausweisung als

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	Bundeswasserstraßen noch Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs eingeschränkt werden. Der v.g. fachgesetzliche Anspruch besteht auch in Bezug auf 1Z und 2G im Kapitel 2.1 (Natur und Landschaft). Aus Sicht der WSV sind die BWaStr in den Vorranggebieten für „Naturschutz“ aufgrund der gesetzlichen Vorschriften grundsätzlich entsprechend der Zielformulierung ausgenommen und daher nicht als Vorranggebiet „Naturschutz“ auszuweisen. Die Ausweisung von Vorranggebieten „Naturschutz“ auf Bundeswasserstraßen läuft teilweise den übrigen Entwicklungszielen, insbesondere der Hafenentwicklung und der Schifffahrt zuwider. Betroffen ist beispielsweise die gesamte Travemündung, wie derzeit im Regionalplan dargestellt. Eine erneute Fachprüfung wäre daher wünschenswert, auch, weil aus hiesiger Einschätzung nicht unbedingt ein Widerspruch zwischen schifffahrtlicher Nutzung und Biotopentwicklung gegeben ist und die Begründung, die Nutzung allein aufgrund besonders geschützter Biotope oder FFH-LRT auszuschließen, nicht nachvollzogen wird. Wie bereits eingangs ausgeführt, ist die WSV seit dem 09.06.2021 hoheitlich für den wasserwirtschaftlichen Ausbau von Bundeswasserstraßen nach § 12 WaStrG zuständig, soweit dieser erforderlich ist, um die Bewirtschaftungsziele der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) nach Maßgabe der §§ 27- 31 WHG zu erreichen. Die erforderlichen Maßnahmen sind in den Bewirtschaftungsplänen (BWP) und Maßnahmenprogrammen (MNP) der Länder und Flussgebietsgemeinschaften (FGGen) festgelegt. Auf Grundlage der BWP und MNP des 3. Bewirtschaftungszyklus (2021-2027) erstellt die WSV Potenzialanalysen und Maßnahmenpakete für die ökologische Entwicklung der Bundeswasserstraßen im Sinne der WRRL. Über die Potenzialanalysen und Maßnahmenpakete werden die WRRL-Vorgaben der MNP weiter konkretisiert und damit Art, Lage und Umfang der wasserwirtschaftlichen Maßnahmen festgelegt. Aussagen zu konkreten Planungen der WSV im Zusammenhang mit dem wasserwirtschaftlichen Ausbau der BWaStr zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nach WRRL in Schleswig-Holstein (Eider, Elbe, Elbe-Lübeck-Kanal, Krückau, Nord-Ostsee-Kanal, Pinnau, Stör, Trave) sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließend möglich. Generell darf durch die Neuaufstellung der Regionalpläne des Landes Schleswig-Holstein der Handlungsspielraum der WSV zur Erfüllung ihrer hoheitlichen Aufgaben an den BWaStr nicht beschnitten werden. Dies betrifft auch die Zielerreichung der WRRL durch wasserwirtschaftliche Ausbaumaßnahmen, Maßnahmen zur Wiederherstellung der ökologischen Durchgängigkeit der WSV sowie Maßnahmen zur Umsetzung des Bundesprogramms Blaues Band Deutschland (BBD). Im Rahmen des BBD wird den BWaStr als Biotopverbundelement eine hohe Bedeutung beigemessen. Das Ziel des BBD ist es bis zum Jahr 2050 die Bundeswasserstraßen zum leistungsfähigen Bestandteil des länderübergreifenden Biotopverbundes zu entwickeln. Vorsorglich sei darauf hingewiesen,	Vorranggebiet für den Naturschutz im Regionalplan-Entwurf. Darüber hinaus sind auch die Regelungen des LEP 2021, die das Küstenmeer betreffen, zu beachten. Der LEP 2021 legt in der Karte Vorranggebiete für die Schifffahrt fest. Diese liegen unter anderem innerhalb der Kieler Innenförde und der Travemündung. Der in der Stellungnahme angesprochene Bereich ist Teil der Vorranggebiete für die Schifffahrt. In ihnen hat gemäß Kapitel 4.3.3 Absatz 3 LEP 2021 die Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs Vorrang vor anderen raumbedeutsamen Nutzungsansprüchen. In der Begründung zu Kapitel 6.2.1 Absatz 2 LEP 2021 wird daher darauf hingewiesen, dass im Falle von Überschneidungen von Vorranggebieten für den Naturschutz mit Vorranggebieten für die Schifffahrt die bestehenden Regelungen der jeweiligen Rechtsvorschriften weiterhin gelten. Zu diesen Rechtsvorschriften gehört, dass das Befahren der Bundeswasserstraßen gemäß § 5 Bundeswasserstraßengesetz grundsätzlich jedem erlaubt ist. Darüber hinaus sind nach § 4 Bundesnaturschutzgesetz bei Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auf Flächen, die der See- oder Binnenschifffahrt dienen, die bestimmungsgemäßen Nutzungen zu gewährleisten. Mit der Festlegung der angesprochenen Vorranggebiete für den Naturschutz sind daher keine Auswirkungen auf die Belange der Bundeswasserstraßen sowie der Häfen verbunden. Zur Klarstellung wird die Begründung zu Kapitel 2.1 entsprechend ergänzt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.1 Natur und Landschaft	Votum
	dass in Bezug auf die Umsetzung des BBD durch die Neuaufstellung der Regionalpläne sich keine Einschränkungen ergeben sollten, dies gilt auch für die Einbeziehung und Festlegung von Gebieten für den Biotopverbund (Verbundachsen). Zu beachten ist, dass von BWaStr, wie beispielsweise dem Nord- Ostsee-Kanal und dem Elbe-Lübeck-Kanal, durch Betrieb und Schifffahrt erhebliche Emissionen, wie Lärm, Erschütterungen und Geruchsbelästigungen ausgehen können. Dies ist insbesondere bei der Ausweisung und verstärkte Nutzung von Flächen für Wohnen, Tourismus und Erholung zu berücksichtigen.	Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1119	- In Wackerballig überzieht sowohl die Schraffierung der Vorbehaltsgebiete Natur und Landschaft, wie auch der regionalen Grünzüge undifferenziert einen bestehenden Campingplatz, Ferienhausgebiete, Siedlungen, Acker- und Grünlandflächen ohne erkenntliche Grundlage. Eine exakte Zuordnung ist aufgrund der nicht ausreichenden Auflösung der Karte jedoch nicht möglich. - Zwischen Gelting Mole, Lehbeckwiese und Wackerballig überzieht sowohl die Schraffierung der Vorbehaltsgebiete Natur und Landschaft, wie auch der regionalen Grünzüge ohne erkenntliche Grundlage Acker- und Grünlandflächen. Im nördlichen Bereich sind sogar fälschlicherweise Vorranggebiete für den Naturschutz eingezeichnet. - Die außerordentlich großzügig und scheinbar undifferenziert eingezeichneten Flächen der regionalen Grünzüge rund um und in Gelting umfassen ganze Dörfer, ganze landwirtschaftliche Betriebe samt Ihrer bewirtschafteten Flächen und unzählige Siedlungen. Es erscheint zumindest unklar, wenn nicht unmöglich, wie diese Kategorisierung bspw. mit landwirtschaftlicher (oder sonstiger) Privilegierung von Bauvorhaben im Außenbereich harmonisieren soll. Auch die in weiten Flächen parallele Festsetzung als Schwerpunktraum für Tourismus scheint diesem konträr gegenüberzustehen und schwer zu miteinander zu vereinbaren. Eine hierin bedingte Konfliktschaffung scheint unausweichlich. Dass es, die tatsächlichen lokalen Begebenheiten berücksichtigend, durchaus sinnvoll sein kann Baulücken auch in den nun als regionalen Grünzüge gekennzeichneten Flächen zu schließen, scheint unbeachtet geblieben zu sein. Ebenso, dass touristische Vorhaben insbesondere den Bezug und die Nähe zum Meer, wie auch die Nähe zur Natur, benötigen um die notwendige Attraktivität für eine erfolgreiche touristische Entwicklung der Region zu erzielen, scheint nicht ausreichend Beachtung geschenkt worden zu sein.	Das Instrument der regionalen Grünzüge dient der Sicherung großräumig zusammenhängender Freiräume in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung. Sie werden im Maßstab 1 zu 100.000 festgelegt und sind nicht flächenscharf. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass einzelne Gebäude oder Splittersiedlungen innerhalb der regionalen Grünzüge liegen. Der bauliche Bestand ist von dieser Festlegung nicht betroffen. Entsprechend wurde die Begründung des Plantextes ergänzt. Im Falle einer Bauleitplanung wird im Einzelfall geprüft, ob das Vorhaben mit den Funktionen des Regionalen Grünzuges vereinbar ist. Darüber hinaus sind die Grundsätze des Baugesetzbuches für eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu berücksichtigen. Aufgrund des höheren Ordnungs- und Sicherungsbedarfs in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung kommt der Freiraumsicherung durch regionale Grünzüge eine besondere Bedeutung zu. Die konkrete Entflechtung von Nutzungskonflikten erfolgt auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung. Innerhalb der regionalen Grünzüge soll keine weitere planmäßige Besiedelung stattfinden. Privilegierte Vorhaben im Außenbereich gemäß § 35 Absatz 1 BauGB bleiben hiervon unberührt. Eine Einschränkung der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft ist daher mit der Festlegung in den Regionalplänen nicht verbunden. Mit der Festlegung sind daher auch keine Vorgaben für die Art der privilegierten Landwirtschaft verbunden. Es wird auf die Ausführungen im Landesentwicklungsplan 2021 (Begründung zu Kapitel 6.3.1) verwiesen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
		Zur Klarstellung wird im Kapitel Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt ein Satz zum Abschnitt Rechtswirkung eingefügt. Die Kriterien zur Ausweisung des regionalen Grünzuges sind auf den genannten Flächen im Raum Gelting erfüllt. Dennoch wird der Stellungnahme durch Rücknahme von Grünzügen in den küstenabgewandten Bereichen teilweise gefolgt, um die Ausweisung an die besonders kleinteilige Tourismusstruktur vor Ort anzupassen. In Bereichen, die naturschutzfachlich und landschaftlich weniger hochwertig sind, wird eine Rücknahme der regionalen Grünzüge geprüft. Im unmittelbaren Küstenbereich bleibt der Grünzug erhalten, da hier mit einem vermehrten Entwicklungsdruck zu rechnen ist.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1116	ich begrüße sehr, dass im aktuellen Entwurf des Regionalplans für den Planungsraum I die auch schon im vorangegangenen Regionalplan festgesetzte Grünzäsur im Bereich Kauslund-Himmershoi nicht nur weiterhin beibehalten, sondern überdies hinaus auch noch in nördliche Richtung erweitert werden soll. Zwar wäre aufgrund des unmittelbar angrenzenden Naturschutz- und FFH-Gebiets „Twedter Feld“, eine bauliche Entwicklung nördlich der B199 in jedem Falle nicht ohne Weiteres möglich, zeigt aber den Stellenwert der Grünzäsur und deren Funktion bei den planenden Behörden. Im Norden der Grünzäsur befindet sich wie erwähnt das Naturschutzgebiet „Twedter Feld“, das gleichzeitig auch ein Teil des FFH-Gebiets „Küstenbereiche Flensburger Förde von Flensburg bis Geltinger Birk“ ist, im Süden grenzen das Landschaftsschutzgebiet „Landschaftsteil Vogelsang-Trögelsby“ sowie das „Weesrieser Gehölz“, in dem auch das FFH-Gebiet „Blixmoor“ liegt, an. Die Aufgabe der Grünzäsur liegt hauptsächlich darin, den Bereich von weiterer Bebauung frei zu halten und so ein Zusammenwachsen der Siedlungskörper zu verhindern. Dadurch wird gewährleistet, dass die Funktion des Biotopverbundsystems in diesem Bereich auch zukünftig erhalten bleibt und nicht durch weitere bauliche Entwicklungen beeinträchtigt wird. Der gesamte Bereich zwischen dem „Weesrieser Gehölz“ und dem „Twedter Feld“ mit seinen Waldflächen, Biotopen, Ausgleichsflächen aber auch ackerbaulich genutzten Feldern, dient nicht nur dem Erhalt einer wichtigen Biotopverbundachse, in der Flora und Fauna einen Rückzugsraum finden und in der sich ihnen die Möglichkeit bietet, innerhalb des Biotopverbundsystems wandern	Die regional bedeutsame Grünzäsur auf der Gemeindegrenze zwischen der Stadt Flensburg und der Gemeinde Wees nördlich und südlich der Bundesstraße 199 wurde festgelegt, um das ungegliederte Zusammenwachsen der Gemeinde Wees mit der Stadt Flensburg zu vermeiden. Entsprechend Kapitel 6.3.2 Absatz 1 Landesentwicklungsplan 2021 dient die Grünzäsur der ortsnahen Erholung sowie der Klimaverbesserung und übernimmt darüber hinaus auch eine besondere Funktion innerhalb des Biotopverbundsystems. Die Grünzäsur ist dabei nicht flächenscharf zu sehen, sie ist schematisch dargestellt und bedarf einer Konkretisierung im Rahmen der Landschafts- und Bauleitplanung. Hinsichtlich der gewerblichen Entwicklung für ein interkommunales Gewerbegebiet der Gemeinde Wees nördlich der Bundesstraße 199, westlich der Glücksburger Chaussee und östlich der Straße Geschlossenheck und damit westlich des

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	zu können, was wiederum den Erhalt der Biodiversität fördert, sondern er dient auch der Naherholung, wirkt sich positiv auf die Lufthygiene und das Stadtklima aus und zudem können hier bei Starkregenereignissen große Wassermengen aufgenommen werden und bei Hitzeperioden kann auf den offenen Flächen Kaltluft entstehen. Es ist also nicht nur aus naturschutzfachlicher Sicht unabdingbar, diesen sensiblen Bereich zu schützen, sondern auch aus städtebaulicher Sicht. Somit kann die Regionalplanung durch die Festlegung der Grünzäsur im besagten Bereich jeglichen (städte-) baulichen Bestrebungen seitens der Stadt Flensburg oder der Gemeinde Wees Einhalt gebieten und so die Sicherung übergeordneter Ziele gewährleisten. Insbesondere die Gemeinde Wees strebt eine wohnbauliche Entwicklung südlich der Straße Himmershoi an. Bisher hat die im aktuellen Regionalplan festgesetzte Grünzäsur jedwede Umsetzung von baulichen Vorhaben verhindert. Wie in allen Umlandgemeinden der Stadt Flensburg ist auch die Nachfrage nach Baugrundstücken in der Gemeinde Wees hoch, bei weitestgehend ausgeschöpften Kontingenten für die Ausweisung neuer Bauflächen. Dieser hohen Nachfrage kann aus meiner Sicht nicht mit dem Versuch der Ausweisung immer neuer Bauflächen begegnet werden. Das Gebiet südlich der Straße Himmershoi befindet sich im Wassereinzugsgebiet des FFH-Gebiets „Blixmoor“, welches nur einige hundert Meter in südöstlicher Richtung entfernt ist. Das erste gesetzlich geschützte Biotop liegt nur etwa 100 m südlich des Gebiets. Eine fast durchgängige Baumreihe aus zum Teil großen Bäumen wie Eichen, Eschen, Erlen und Buchen säumen die Straße Himmershoi auf südlicher Seite, ein gesetzlich geschützter Knick verläuft fast mittig von Nord nach Süd. Die Grünlandflächen werden extensiv bewirtschaftet und weisen teils eine hohe Artenvielfalt auf. In den regenreichen Monaten sind die Flächen überwiegend nass und es bilden sich in den Senken kleine Gewässer. Meiner Meinung nach sollte dieser Bereich auch in Zukunft von sämtlicher Bebauung freigehalten werden, um das Orts- und Landschaftsbild nicht negativ zu beeinflussen. Durch eine Bebauung würde die Grünzäsur in jedem Fall in ihrer Funktion beeinträchtigt, auch wenn die Gemeinde der Auffassung ist, dass diese durch Ausgleichsmaßnahmen und eine geringe Bebauungstiefe ausgehend von der Straße Himmershoi erhalten werden kann. Dabei stellt sich mir die Frage, wie ein Ausgleich für versiegelte Flächen (Bauflächen, Einfahrten, Terrassen etc.) in diesem Bereich umsetzbar wären? Die Auswirkungen einer Versiegelung in diesem Bereich würden den Wasserhaushalt im Boden und auf den umliegenden Wiesen ebenfalls negativ beeinflussen sowie auch das Wassereinzugsgebiet des oben erwähnten FFH-Gebiets „Blixmoor“ beeinträchtigen. Auch das Mikroklima des Areals würde beeinflusst werden und die meist biodiversitätsfremde Gartengestaltung und -bewirtschaftung wären kein Gewinn für die Natur und hätten auch weit über die geplante Bebauungstiefe hinaus negative Einflüsse auf die unmittelbare Umgebung. Die Gemeinde	bestehenden Gewerbegebietes, wird auf die besondere Gewerbefunktion der Gemeinde verwiesen. Somit ist für die Gemeinde eine stärkere gewerbliche Entwicklung möglich. Für die oben genannte Fläche stehen zunächst keine erkennbaren naturschutzfachlichen Belange entgegen. Die weiteren Aspekte wären im Rahmen der erforderlichen Bauleitplanung zu klären. Die fachgesetzliche Einstufung von Flächen nach Naturschutzrecht ist nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	versucht die bauliche Entwicklung südlich der Straße Himmershoi auch damit zu begründen, dass es zwischen der Bebauung im Norden und den Flächen im Süden der Straße keine eindeutig definierte Siedlungskante gibt, da es Begehrlichkeiten der Grundstückseigentümer geben würde, die südlichen Grundstücke zu bebauen. Nach dieser Logik gäbe es vermutlich nirgendwo eine klare Siedlungskante, solange ein Flächeneigentümer seine Grundstücke bebauen möchte, die jenseits einer solchen Siedlungskante liegen, daraus eine Notwendigkeit einer neuen klar definierten Siedlungskante herzuleiten ist meiner Meinung nach äußerst fraglich. Aus meiner Sicht ist eine klare Siedlungskante dort bereits dadurch für jeden ersichtlich definiert, dass die Wohnbebauung nördlich und die Grünlandflächen südlich der Straße Himmershoi durch diese selbst und der Baumreihe entlang dieser klar voneinander getrennt sind, sie trennt also den Innenbereich (nördlich) vom Außenbereich (südlich), der übrigens ebenso, unabhängig vom Vorhanden sein einer Grünzäsur, möglichst von einer Bebauung freigehalten werden soll, ab, eine Verschiebung der Siedlungskante hier würde genau das Gegenteil bewirken und eine nicht klar definierte Siedlungskante entstehen lassen. Ein Ausnahmetatbestand zur Besiedlung von Grünzäsuren sollte hier ausgeschlossen werden, um die Funktion der Grünzäsur und des Biotopverbundsystems vollumfänglich zu erhalten. Etwas weiter entfernt nördlich der B199 , westlich der Glückburger Chaussee und östlich der Straße Geschlossenheck, möchte die Stadt Flensburg ein interkommunales Gewerbegebiet verwirklichen, was ebenfalls im Entwurf des neuen Regionalplans für den Planungsraum I seitens der planenden Behörden begrüßt wird. Dazu möchte ich gern Folgendes anmerken: Dieses Gebiet liegt unmittelbar im Landschaftsschutzgebiet „Bauernwald“ angrenzend zu der wichtigen Biotopverbundachse zwischen dem FFH-Gebiet „Küstenbereiche Flensburger Förde von Flensburg bis Geltinger Birk“, dem darin liegendem Naturschutzgebiet „Twedter Feld“, dem Landschaftsschutzgebiet „Landschhaftsteil Vogelsang-Trögelsby“, dem „Weesrieser Gehölz“ und dem FFH-Gebiet „Blixmoor“. Die Umsetzung eines Gewerbegebietes in diesem Bereich ist meiner Meinung nach aus naturschutzfachlicher sowie städtebaulicher Sicht äußerst fragwürdig und die daraus resultierenden Umweltauswirkungen wären enorm für das direkt angrenzende Naturschutzgebiet „Twedter Feld“. Die Versiegelung einer derart großen Fläche würde durch das dann fehlende Kaltluftentstehungsgebiet, das Klima des Naturschutzgebietes aber auch der Stadt Flensburg sowie der Gemeinde Wees erheblich beeinträchtigen, vor allem vor dem Hintergrund sich häufender Extremwetterereignisse wie etwa extremer Hitze oder Starkregen. Gleichzeitig sind auch Auswirkungen auf den Wasserhaushalt der in der Nähe vorzufindenden FFH-Gebiete und Biotope nicht auszuschließen, wenn Niederschlag nicht mehr im Boden versickern kann, sondern großflächig abgeleitet wird	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	und der Grundwasserspiegel in dieser Region negativ beeinflusst wird. Außerdem würden neben der erheblichen Beeinträchtigung des Landschaftsbildes und die Entwertung der Naherholungsfunktion für die Bürger*innen auch die in einem Gewerbegebiet entstehenden Lärmemissionen und Lichtverschmutzungen ebenfalls negative Effekte auf die Flora und Fauna in dieser Biotopverbundachse hervorrufen. Ein ganz anderer negative Aspekt wäre das erhöhte Verkehrsaufkommen auf der B199 zwischen Flensburg und dem geplanten Gewerbegebiet sowie von dort in Richtung Umland. Schon jetzt gibt es in diesem Streckenabschnitt zu bestimmten Zeiten teils erhebliche Stauungen des Verkehrs. Aus meiner Sicht sollte die beschriebene Biotopverbundachse in ihrer Funktion nicht durch weitere Bebauung beeinträchtigt werden, vielmehr sollte sich darum bemüht werden, die Größe und Funktionen der Landschaftsschutzgebiete komplett zu erhalten und die darin landwirtschaftlich genutzten Flächen sogar durch entsprechende Maßnahmen wie etwa die Förderung des ökologischen Landbaus, die Entrohrung und Renaturierung von Gewässern, die Etablierung extensiver Landwirtschaft, das Anlegen von Knicks und Biotopen oder die Schaffung einer Amphibienquerung unter der B199, aufzuwerten und somit die Funktion des Biotopverbundsystems zu stärken. Eine nachhaltige Regionalplanung sowie sie im vorherigen Fall mit der Beibehaltung der Grünzäsur im Bereich Kauslund-Himmershoi von den Planungsbehörden angestrebt wird, sollte auch in diesem Gebiet mithilfe der Raumordnungspläne, die den gemeindlichen Planungs- und Entwicklungswünschen von Städten und Gemeinden übergeordnet sind, etabliert werden.	
Institution: Stadt Husum, Bauamt– Bauaufsicht und Planung **ID: M1140**	Seitens der Fraktionen besteht zu einigen Punkten noch Abstimmungs- bzw. Diskussionsbedarf, diese hier einmal vorweg kursiv.: *Der Umgang mit der Grünzäsur zwischen den Ortsteilen Rödemis und Dreimühlen; befürchtet wird, dass bestehende wesentliche Infrastruktureinrichtungen u.U. nur noch aufwändig weiterentwickelt werden können.*	Die regional bedeutsame Grünzäsur in der Stadt Husum zwischen dem Geestrand und den Mausebergen beziehungsweise den Ortsteilen Rödemis und Dreimühlen wurde festgelegt, um das ungegliederte Zusammenwachsen der Siedlungskörper zu vermeiden. Die Grünzäsur verbindet damit den Freiraum der Marsch, der hier ins Stadtgebiet greift und trennt die Ortslage Mildstedt vom Siedlungsgefüge der Stadt Husum. Damit soll aus überörtlicher Sicht eine klare Siedlungskante zum Übergang in die Südermarsch erhalten bleiben. Entsprechend Kapitel 6.3.2 Absatz 1 Landesentwicklungsplan 2021 dient die Grünzäsur

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
		folglich der ortsnahen Erholung sowie der Klimaverbesserung und kann darüber hinaus auch besondere Funktion innerhalb des Biotopverbundsystems übernehmen. Die Grünzäsuren sind generell von einer Bebauung freizuhalten. Die Grundsätze und Ziele für regionale Grünzüge gemäß Kapitel 6.3.1 Absatz 4 bis 6 Landesentwicklungsplan 2021 gelten hier entsprechend. Es sind nur Vorhaben zuzulassen, die mit den Funktionen dieser Gebiete entsprechend Absatz 1 vereinbar sind oder die im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen (vergleiche Kapitel 6.3.1 Absatz 4 (Z) LEP 2021). Die Grünzäsur ist dabei nicht flächenscharf zu sehen, sie ist schematisch dargestellt und bedarf einer Konkretisierung im Rahmen der Landschafts- und Bauleitplanung. Die Signatur der Grünzäsur ist somit symbolhaft und vor Ort kann von der Zäsur abgewichen werden. Zudem können Bestandsgebäude innerhalb der Grünzäsur liegen, deren Sicherung und Erweiterung unbenommen möglich ist, solange der Freiraum als Zäsur erhalten bleibt. Im Ergebnis bleibt die Grünzäsur erhalten; Entwicklungsmöglichkeiten der benannten Anlagen der Stadt Husum bestehen dennoch. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Amt Südtondern, Amt Südtondern **ID: 1108**	**<u>Gemeinde Dagebüll:</u>** In Absatz 1 heißt es: (Z) „*In den regionalen Grünzügen darf planmäßig nicht gesiedelt werden*.“ Auch wenn die Darstellung im Regionalplan dem Wortlaut nach nicht als flächenscharf zu verstehen ist, so gilt dennoch ein faktischer Bauausschluss. Bei Betrachtung der ländlichen Gemeinde Dagebüll, hier: Dagebüll-Hafen, ist festzustellen,	Das Instrument der regionalen Grünzüge dient der Sicherung großräumig zusammenhängender Freiräume. Sie werden im Maßstab 1 zu 100.000 festgelegt und sind nicht flächenscharf. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass einzelne Gebäude oder

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	dass eine weitere Siedlungsentwicklung über das reine Bestandsgefüge hinaus durch die regionalplanerische Ausweisung faktisch nicht mehr möglich ist. Im Hinblick auf eine fachlich begründete und gerechte Abwägung sollte dargestellt werden, welche Überlegungen zu diesem Schritt geführt haben und welche alternativen Entwicklungsmöglichkeiten aus raumordnerischer Sicht für den Ort, der die Wahrnehmung der touristischen Funktion im Rahmen des ebenfalls parallel ausgewiesenen Schwerpunktraumes für Touristik und Erholung (Kapitel 2.7) aus auch weiterhin sicherstellen möchte, zukünftig bestehen. Ebenso wird darauf hingewiesen, dass die Warften „*Nommenswarft, Peterswarft, Söschenswarft, Tyenswarft und Mühlenwarft sowie Dagebüll-Kirche*“ von dem regionalen Grünzug betroffen sind. Da die planungsrechtlich relevante Kulisse ausschließlich der Außenbereich ist, können Umnutzungen über den Bestandschutz hinaus nur mittels einer Bauleitplanung ermöglicht werden. Der großzügig dargestellte regionale Grünzug mit einhergehendem allgemeinen Planungsverbot scheint hierzu im Widerspruch zu stehen, zumindest ist nicht erkennbar, wie der erzeugte Konflikt bewältigt werden kann. Das raumordnerische Ziel der Erhaltung des typisch ländlichen Landschaftsbildes ist nachvollziehbar, es muss aber gewährleistet sein, dass eine städtebaulich sinnvolle Nach- und Umnutzung der typischen, erhaltenswerten Warften und seinen Bebauungen auch zukünftig, und auch über eine Bauleitplanung möglich ist. In keinem Fall dürfen oben genannte Gebiets-/Raumfestsetzungen im Widerspruch zu den Ortskernentwicklungskonzepten der jeweiligen Gemeinden stehen – dies ist aber hier der Fall. In Bezug auf Dagebüll-Hafen ist hier auf die Maßnahme C2 – Reha-Klinik und Ortsentwicklung zu verweisen. Die Maßnahme ist ab Seite 75 des Ortskernentwicklungskonzeptes ausführlich beschrieben, zudem ist bereits eine Mikro- und Makro- Standortanalyse erfolgt und wird in Kürze der Landesplanungsbehörde vorgestellt. Die Darstellung als regionaler Grünzug behindern und vereiteln ggf. die bereits laufenden Planungen mit all seinen Vorteilen. Anliegend wird das Ortskernentwicklungskonzept inkl. Anlagen übermittelt.	Splittersiedlungen innerhalb der regionalen Grünzüge liegen. Der bauliche Bestand ist von dieser Festlegung nicht betroffen. Entsprechend wurde der Begründungstext angepasst. Im Falle einer Bauleitplanung wird im Einzelfall geprüft, ob das Vorhaben mit den Funktionen des Regionalen Grünzuges vereinbar ist. Darüber hinaus sind die Grundsätze des Baugesetzbuches für eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu berücksichtigen. Bezüglich der Gemeinde Dagebüll (Ortsteil Dagebüll-Hafen) sollen durch die Ausweisung von regionalen Grünzügen noch vorhandene wertvolle Freiräume erhalten werden. Dies deckt sich ebenfalls mit dem Ergebnis des Ortsentwicklungskonzepts für die Gemeinde Dagebüll, welches vorsieht, dass der Bereich südlich der Bahnlinie von Bebauung freigehalten werden soll. Hierfür sprechen landschaftliche und naturschutzrechtliche Aspekte. Die klassifizierten Straßen bilden die Grenzen für die bauliche Entwicklung im Osten. Hier schließt sich ein Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft an. Durch die vorhandenen Flächen an der Ortslage sind noch ausreichend Entwicklungsmöglichkeiten für die Gemeinde gegeben. Zum maßgeblichen Entscheidungszeitpunkt für den zweiten Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplans I war noch keine abschließende Beurteilung zur geplanten Reha-Klinik möglich. Daher erfolgt keine Berücksichtigung im Regionalplan. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Bundesverband WindEnergie e.V.,	**Regionale Grünzüge, Landschaftsschutzgebiete und Naturparke** Im Textteil zu den Planungsräumen wird als Ziel der Raumordnung festgelegt, dass in den Regionalen Grünzügen planmäßig nicht gesiedelt werden darf. Zulässig sind nur	**Zum Thema Solarenergie:** Der Regionalplan-Entwurf enthält keine Regelungen zu Solar-Freiflächenanlagen. Diese sind Gegenstand

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
Landesverband S. - H. **ID: 1103**	Vorhaben, die mit den Funktionen entsprechend Kapitel 6.3.1 Absatz **1** Landesentwicklungsplan 2021 vereinbar sind oder im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen. Für raum bedeutsame Solar-Freiflächenanlagen ist jedoch im Landesentwicklungsplan (LEP) als Ziel der Raumordnung festgelegt, dass diese Projekte nicht in regionalen Grünzügen und Grünzäsuren gebaut werden dürfen. In der Praxis ergeben sich daraus Probleme, die den weiteren Ausbau verzögern. Denn einerseits schließt der LEP Freiflächen-PV in Grünzügen aus, aufgrund von § 2 EEG sind die Erneuerbaren aber als vorrangiger Belang in die Schutzgüterabwägung einzubringen. In Abwägungsentscheidungen sollte nach § 2 EEG regelmäßig zugunsten der Erneuerbaren entschieden werden. Ähnliches gilt für Landschaftsschutzgebiete und Naturparke. Aufgrund der energiepolitischen Ziele und des zu erreichenden Flächenziels sind Landschaftsschutzgebiete und Naturparke für die Erneuerbaren zu öffnen. So sieht es auch der Bundesgesetzgeber bei Landschaftsschutzgebieten vor, weshalb diese gemäß § 26 Abs. 3 Bundesnaturschutzgesetz bis zum Erreichen der Flächenbeitragswerte für die Windenergie zu öffnen sind. Daher sollte bereits im Textteil klargestellt werden, dass die Landesregierung den Ausbau der Erneuerbaren ausdrücklich unterstützt und Grünzüge sowie Landschaftsschutzgebiete nicht per se ErneuerbareEnergien-Projekte ausschließen. Diese raumplanerischen Vorgaben dürfen diesen Projekten aufgrund deren überragenden öffentlichen Interesses nicht entgegenstehen. Andernfalls kann die Ausweisung von Grünzügen und Landschaftsschutzgebieten schlimmstenfalls dazu genutzt werden, EEProjekte zu verhindern und dadurch die Erreichung der gesetzten Ziele zu gefährden.	des LEP 2021. Es soll daran festgehalten werden, dass die Thematik im landesweiten Raumordnungsplan geregelt wird. Nach Kapitel 4.5.2 Absatz 3 LEP 2021 gehören regionale Grünzüge zu den Gebieten, in denen keine raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen errichtet werden dürfen. Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. **Zum Thema Windenergie:** Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Vor diesem Hintergrund erfolgen in den Regionalplänen keine gesonderten Festlegungen zum Ausbau der erneuerbaren Energien. Der Anregung wird nicht gefolgt.
Institution: Wenningstedt-Braderup , über	**Zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren – 2 Z:**	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und eine Anpassung der Kulisse für Grünzäsuren wurde erneut geprüft. Der Stellungnahme wird jedoch

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt ID: M1132	Um das weitere Zusammenwachsen der Orte Kampen und Wenningstedt zu vermeiden, sollte die Darstellung einer Grünzäsur ab nördlich der Bebauung am Norderweg (Norddörfer Schule) bis zu den dargestellten Baugebietsgrenzen Kampens geprüft werden.	nicht gefolgt, da eine Begrenzung der Siedlungsentwicklung bereits durch die Baugebietsgrenzen erfolgt. Zudem ist der Bereich aus Sicht der Landesplanung zu groß, als das ein Zusammenwachsen der Ortslagen mittelfristig zu befürchten wäre.
Institution: Kreisverwaltung Nordfriesland, Kreisverwaltung Nordfriesland ID: 1099	HSG Planung: In Absatz 1 heißt es: (Z) „In den regionalen Grünzügen darf planmäßig nicht gesiedelt werden.“ Auch wenn die Darstellung im Regionalplan dem Wortlaut nach nicht als flächenscharf zu verstehen ist, so gilt dennoch ein faktischer Bauausschluss. Bei Betrachtung des ländlichen Zentralorts St. Peter-Ording ist festzustellen, dass eine weitere Siedlungsentwicklung über das reine Bestandsgefüge hinaus durch die regionalplanerische Ausweisung faktisch nicht mehr möglich ist. Im Hinblick auf eine fachlich begründete und gerechte Abwägung sollte dargestellt werden, welche Überlegungen zu diesem Schritt geführt haben und welche alternativen Entwicklungsmöglichkeiten aus raumordnerischer Sicht für den Ort, der die Wahrnehmung der zentralörtlichen Funktion auch weiterhin sicherstellen muss, zukünftig bestehen. Auch bei Betrachtung der ländlichen Gemeinde DAGEBÜLL, hier: Dagebüll-Hafen, ist festzustellen, dass eine weitere Siedlungsentwicklung über das reine Bestandsgefüge hinaus durch die regionalplanerische Ausweisung faktisch nicht mehr möglich ist. Im Hinblick auf eine fachlich begründete und gerechte Abwägung sollte dargestellt werden, welche Überlegungen zu diesem Schritt geführt haben und welche alternativen Entwicklungsmöglichkeiten aus raumordnerischer Sicht für den Ort, der die Wahrnehmung der touristischen Funktion im Rahmen des ebenfalls parallel ausgewiesenen Schwerpunktraumes für Touristik und Erholung (Kapitel 2.7) aus auch weiterhin sicherstellen möchte, zukünftig bestehen. Ebenso wird darauf hingewiesen, dass die Warften „Nommanswarft, Peterswarft, Söschenwarft, Tyenswarft und Mühlenwarft sowie Dagebüll-Kirche“ von dem regionalen Grünzug betroffen sind. Da die planungsrechtlich relevante Kulisse ausschließlich der Außenbereich ist, können Umnutzungen über den Bestandschutz hinaus nur mittels einer Bauleitplanung ermöglicht werden. Der großzügig dargestellte regionale Grünzug mit einhergehendem allgemeinen Planungsverbot scheint hierzu im Widerspruch zu stehen, zumindest ist nicht erkennbar, wie der erzeugte Konflikt bewältigt werden kann. Das raumordnerische Ziel der Erhaltung des typisch ländlichen Landschaftsbildes ist	**Gemeinde Sankt Peter-Ording:** Die regionalen Grünzüge dienen als großräumig zusammenhängende Freiflächen verschiedenen Funktionen. Entsprechend der Begründung zu Kapitel 6.3.1 LEP 2021 können in das Freiraumsystem insbesondere Flächen einbezogen werden, die aufgrund ihrer besonderen ökologischen, klimaschützenden und naherholungsbezogenen Funktionen sowie aus raumstruktureller Sicht als besonders wertvoll einzustufen sind. Zur Klarstellung werden in der Begründung zu Kapitel 2.2 Absatz 1 des Regionalplan-Entwurfs die konkreten Kriterien für die Festlegung der regionalen Grünzüge ergänzt. Die genannten Flächen beziehungsweise Bereiche erfüllen zunächst aufgrund sich überlagernder Kriterien die Voraussetzungen für die Ausweisung von regionalen Grünzüge. Der Stellungnahme wird dennoch teilweise gefolgt. Da kein Konzept zur Siedlungsentwicklung der Gemeinde vorliegt und auch keine konkreten Entwicklungsabsichten benannt werden, wird der Bereich um die Hauptortslagen des ländlichen Zentralorts hinsichtlich der Ausweisung der regionalen Grünzüge angepasst, um so Entwicklungsmöglichkeiten für die Gemeinde zu schaffen. Dies erfolgt insbesondere in Bereichen, in denen keine mehrfache Überlagerung von

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	nachvollziehbar, es muss aber gewährleistet sein, dass eine städtebaulich sinnvolle Nach- und Umnutzung der typischen, erhaltenswerten Warften und seinen Bebauungen auch zukünftig, und auch über eine Bauleitplanung möglich ist. In keinem Fall dürfen oben genannte Gebiets-/Raumfestsetzungen im Widerspruch zu den Ortskernentwicklungskonzepten der jeweiligen Gemeinden stehen - dies ist aber hier der Fall. In Bezug auf Dagebüll-Hafen ist hier auf die Maßnahme C2 - Reha-Klinik und Ortsentwicklung zu verweisen. Die Maßnahme ist ab Seite 75 des Ortsentwicklungskonzeptes ausführlich beschrieben, zudem ist bereits eine Mikro- und Makro-Standortanalyse erfolgt und wird in Kürze der Landesplanungsbehörde vorgestellt. Die Darstellung als regionaler Grünzug behindern und vereiteln ggf. die bereits laufenden Planungen mit all seinen Vorteilen. Die Gemeinde Pellworm hat in den letzten Jahren einen Rahmenplan *Außenbereich Pellworm* als fachliche Grundlage erarbeitet, durch den Nutzungsperspektiven für landschaftsprägende Siedlungsstandorte im Außenbereich dargelegt werden. Der Rahmenplan ist inhaltlich weitestgehend abgeschlossen und wurde in Zusammenarbeit mit dem Kreis und dem Innenministerium erarbeitet. In der Endausfertigung stellt er ein fachliches Grundgerüst dar, aufgrund dessen insbesondere landschaftsprägende Warften umgenutzt und für die Zukunft ertüchtigt werden können. Da die planungsrechtlich relevante Kulisse ausschließlich der Außenbereich ist, können Umnutzungen über den Bestandschutz hinaus nur mittels einer *Bauleitplanung* ermöglicht werden. Der großzügig dargestellte regionale Grünzug mit einhergehendem allgemeinen *Planungsverbot* scheint hierzu im Widerspruch zu stehen, zumindest ist nicht erkennbar, wie der erzeugte Konflikt bewältigt werden kann. Das raumordnerische Ziel der Erhaltung des typischen pellwormer Landschaftsbildes ist nachvollziehbar und wird vom Kreis grundsätzlich begrüßt, es muss aber gewährleistet sein, dass eine städtebaulich sinnvolle Nach- und Umnutzung der typischen, erhaltenswerten Warftengehöfte auch zukünftig, und auch über eine Bauleitplanung möglich ist, denn auch diese sind Teil des o.g. typischen pellwormer Landschaftsbildes. <u>Untere Naturschutzbehörde:</u> Im Vergleich zum früheren Regionalplan scheint die Grünzäsur zwischen Bredstedt und Ost-Bordelum (Gemeinde Bordelum) visuell nicht mehr dargestellt zu sein. An ihr sollte zur Freihaltung von Bebauung festgehalten werden. Auf Seite 165 heißt es in diesem Sinne: „Dabei ist ein Zusammenwachsen zwischen dem Stadtgebiet von Bredstedt und dem Ortsteil Ost-Bordelum der Gemeinde Bordelum im Hinblick auf den schützenswerten Umgebungsbereich des Stollbergs auszuschließen.“ Eine Visualisierung entspräche somit der textlichen Aussagen. Die entfallenen Grünzäsur (grüne Streifen) wurde in der Karte	naturschutzfachlichen und landschaftlichen Kriterien vorliegt. **Gemeinde Dagebüll:** Bezüglich der Gemeinde Dagebüll (Ortsteil Dagebüll-Hafen) sollen durch die Ausweisung von regionalen Grünzügen noch vorhandene wertvolle erhalten werden. Dies deckt sich ebenfalls mit dem Ergebnis des Ortsentwicklungskonzepts für die Gemeinde Dagebüll, welches vorsieht, dass der Bereich südlich der Bahnlinie von Bebauung freigehalten werden soll. Hierfür sprechen landschaftliche und naturschutzrechtliche Aspekte. Die klassifizierten Straßen bilden die Grenzen für die bauliche Entwicklung im Osten. Hier schließt sich ein Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft an. Durch die vorhandenen Flächen an der Ortslage sind noch ausreichend Entwicklungsmöglichkeiten für die Gemeinde gegeben. Zum maßgeblichen Entscheidungszeitpunkt für den zweiten Entwurf der Neuaufstellung des Regionalplans I war noch keine abschließende Beurteilung zur geplanten Reha-Klinik möglich. Daher erfolgt keine Berücksichtigung im Regionalplan. Der Stellungnahme wird diesbezüglich nicht gefolgt. **Gemeinde Pellworm:** Bezüglich des Rahmenplans für die Gemeinde Pellworm wird darauf hingewiesen, dass sich dieser im Wesentlichen auf eine kleinteilige und bestandsorientierte Entwicklung auf den Warften bezieht. Die Landesplanung geht davon aus, dass diese prinzipiell angesichts des groben Maßstabs mit den regionalen Grünzügen vereinbar sein wird. Eine raumverträgliche Weiterentwicklung von

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	des alten Regionalplanes rot markiert:	Bestandsbebauung ist damit aus Sicht der Landesplanung in der Gemeinde weiterhin möglich. **Gemeinden Bredstedt und Bordelum:** Die Voraussetzung für die Ausweisung einer Grünzäsur ist nicht gegeben, da der genannte Bereich das Ende des Siedlungskörpers bildet. Insgesamt ist aus Sicht der Landesplanung kein Zusammenwachsen von Ortschaften angesichts der großen Distanz zu befürchten.
Institution: Industrie und Handelskammer zu Flensburg, Standortpolitik /Beitragsabteilung / Finanzbuchhaltung ID: 1067	**Teil B; Regionale Freiraumstrukturen; 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren** Beim Ziel 1 sollte anstelle „planmäßig nicht gesiedelt werden“ „sollte nicht“ geschrieben werden, alternativ könnte auch aus dem Ziel ein Grundsatz gemacht werden. Ansonsten sehen wir erhebliche Beschränkungen in den Entwicklungsmöglichkeiten unserer Mitgliedsunternehmen, die in diesen Arealen ihren Betriebssitz haben.	Die Sicherung des Freiraums in den dicht besiedelten Ordnungsräumen und den unter hohem Nutzungsdruck stehenden Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung ist ein wichtiges landesplanerisches Ziel. Die Festlegung der regionalen Grünzüge als Ziele der Raumordnung ist im LEP daher sowohl durch die textliche Formulierung als auch durch den Auftrag an die Regionalplanung vorgegeben. An der Formulierung in Kapitel 2.2 Absatz 1 Regionalplan-Entwurf als Ziel der Raumordnung und die entsprechende Kennzeichnung wird daher festgehalten. Der Anregung wird nicht gefolgt.
Institution: Kreises Schleswig-Flensburg, Fachdienst Umwelt ID: M1123	Ziffer 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren Die Regionalen Grünzüge sind ein restriktives flächenhaftes Instrument zur Sicherung von Freiraumstrukturen. Grundsätzlich sind die Städte, Gemeinden und lokalen Tourismusakteure in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung bestrebt, den Tourismus eigenständig zu steuern und entsprechende nachhaltige Entwicklungsimpulse zu setzen. Der Masterplan Geltinger Bucht sowie „Grenzen des Wachstums“ der [redacted] und die Bestrebungen der Stadt Glücksburg und Kappeln bezüglich des Ausschlusses von Ferienwohnungen über die Bauleitplanung sollte der Landesplanung bekannt sein. Die Teilregion Angeln ist hierbei historisch gewachsen durch eine kleinteilige Siedlungsstruktur mit vielen Einzelhoflagen geprägt. Hieraus	Das Instrument der regionalen Grünzüge dient der Sicherung großräumig zusammenhängender Freiräume in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung. Sie werden im Maßstab 1 zu 100.000 festgelegt und sind nicht flächenscharf. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass einzelne Gebäude oder Splittersiedlungen innerhalb der regionalen Grünzüge liegen. Der bauliche Bestand ist von dieser Festlegung nicht betroffen. Entsprechend wurde die Begründung des Plantextes ergänzt. Im Falle einer Bauleitplanung

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	resultiert auch eine kleinteilige Tourismusstruktur, die es aus Sicht des Kreises als regional gewachsenes Struktur- und Alleinstellungsmerkmal in Schleswig-Holstein zu erhalten gilt. Der Kreis sieht hierbei auch die Gefahr, dass durch eine Überkonzentration ein gegenteiliger Effekt eintreten könnte und die Überbelastung in Teilbereichen der kleinteiligen Struktur zu befürchten wäre. Das Entwicklungsziel einer zusammenhängenden Freiraumstruktur im Sinne des B zu 1 Seite 32 ist in dieser Lage vorhanden und wird vor Ort auch als ein wichtiger Bestandteil der touristischen Entwicklung betrachtet. Das flächenhafte Instrument steht der historisch gewachsenen Struktur entgegen und sollte auf die regionalen Bedingungen angepasst und nach Teilbereichen differenziert werden. Wenn dies durch die Vorgaben des Landesentwicklungsplans als nicht machbar gesehen wird, dann ist hier bereits auf der übergeordneten Ebene das falsche raumplanerische Instrument für die Region angewandt worden.	wird im Einzelfall geprüft, ob das Vorhaben mit den Funktionen des Regionalen Grünzuges vereinbar ist. Darüber hinaus sind die Grundsätze des Baugesetzbuches für eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu berücksichtigen. Aufgrund des höheren Ordnungs- und Sicherungsbedarfs in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung kommt der Freiraumsicherung durch regionale Grünzüge eine besondere Bedeutung zu. Die konkrete Entflechtung von Nutzungskonflikten erfolgt auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung. Die Kriterien zur Ausweisung des regionalen Grünzuges sind auf den genannten Flächen zwischen Habernis/Steinberg bis Kappeln erfüllt. Dennoch wird der Stellungnahme durch Rücknahme von Grünzügen in den küstenabgewandten Bereichen teilweise gefolgt, um die Ausweisung an die besonders kleinteilige Tourismusstruktur vor Ort anzupassen. In Bereichen, die naturschutzfachlich und landschaftlich weniger hochwertig sind, wird eine Rücknahme der regionalen Grünzüge geprüft. Im unmittelbaren Küstenbereich bleibt der Grünzug erhalten, da hier mit einem vermehrten Entwicklungsdruck zu rechnen ist.
Institution: Amt Langballig, Keine Abteilung **ID: 1065**	Im Rahmen der Gemeindevertretung am 12. Oktober 2023 hat die Gemeindevertretung sich weiterhin zum Inhalt der Stellungnahme / Machbarkeitsstudie der [redacted] zur Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes 2010 und zur Neuaufstellung des Regionalplanes aus dem Jahr 2016 bekannt. Die Gemeindevertretung bestätigt die Absicht einer wohnbaulichen Entwicklung im Bereich Himmershoi.	Die regional bedeutsame Grünzäsur auf der Gemeindegrenze zwischen der Stadt Flensburg und der Gemeinde Wees nördlich und südlich der Bundesstraße 199 wurde festgelegt, um das ungegliederte Zusammenwachsen der Gemeinde Wees mit der Stadt Flensburg zu vermeiden. Entsprechend Kapitel 6.3.2 Absatz 1 Landesentwicklungsplan 2021 dient die Grünzäsur der ortsnahen Erholung sowie der Klimaverbesserung und übernimmt darüber hinaus auch eine besondere Funktion innerhalb des Biotopverbundsystems. Die

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
		Grünzäsur ist dabei nicht flächenscharf zu sehen, sie ist schematisch dargestellt und bedarf einer Konkretisierung im Rahmen der Landschafts- und Bauleitplanung. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Kreisgruppe Nordfriesland **ID: M1096**	Teil B, 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren Der BUND Nordfriesland begrüßt die Ausweisung des Grünzuges östlich um Dagebüll-Hafen. Der Ortsteil Dagebüll-Hafen ist in den letzten Jahren sehr stark gewachsen. Durch die Fährhafenstraße und die L191 besteht eine optische Grenze, über die hinaus eine weitere Ausdehnung der Bebauung in den Außenbereich nicht erfolgen sollte. Bei den Flächen östlich der Linie Fährstraße – L 191 handelt es sich um wichtige Rast-und Nahrungsflächen für Gänse und Watvögel, die unbedingt von Bebauung frei zuhalten sind.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson **ID: 1053**	**[Stadt Kappeln, Bauverwaltung Kappeln]** Die Neuaufstellung des Regionalplans wird durch die Stadt Kappeln zur Kenntnis genommen. Die Stadt Kappeln weist darauf hin, dass im Umfeld des Weidefelder Strand-Gebäudes ein DLRG Gebäude errichtet werden muss. Das dafür notwendige Bauleitplanverfahren wird in Kürze beginnen. Da die Fläche im Bereich des zukünftigen regionalen Grünzugs liegt, ist hierfür entweder eine Ausnahme in Aussicht zu stellen oder eine entsprechende Anpassung im Regionalplan erforderlich.	Das Instrument der regionalen Grünzüge dient der Sicherung großräumig zusammenhängender Freiräume. Sie werden im Maßstab 1 zu 100.000 festgelegt und sind nicht flächenscharf. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass einzelne Gebäude oder Splittersiedlungen innerhalb der regionalen Grünzüge liegen. Der bauliche Bestand ist von dieser Festlegung nicht betroffen. Entsprechend wurde der Begründungstext angepasst. Im Falle einer Bauleitplanung wird im Einzelfall geprüft, ob das Vorhaben mit den Funktionen des Regionalen Grünzuges vereinbar ist. Darüber hinaus sind die Grundsätze des Baugesetzbuches für eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu berücksichtigen. Bei der geplanten kleinteiligen Entwicklung ist kein Konflikt mit den Zielen des regionalen Grünzugs zu befürchten. Die Inhalte der Planung wurden bereits im Rahmen einer Kreisbereisung vorbesprochen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1052	regionale Grünzüge / Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung: Regionale Grünzüge sollen in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung nicht flächendeckend ausgewiesen werden, sondern ggf. nur örtlich punktuell, um einzelne Flächen von einer Bebauung freizuhalten (z.B. bandartige Bebauung entlang der Küste) und um somit die Tourismus- und Erholungsfunktion zu sichern. In den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung soll dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beigemessen werden. Gerade in diesen Schwerpunkträumen muss für Tourismus und Erholung planmäßig gesiedelt werden können. Tourismusansiedlung und Erweiterung bestehender Betriebe darf nicht durch Freiraumsicherung verhindert werden. Auch in den Gemeinden in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung soll planmäßige Siedlung auch zu Dauerwohnzwecken möglich sein (zur allgemeinen wohnwirtschaftlichen Versorgung sowie zur gezielten wohnwirtschaftlichen Versorgung für die Tourismusbranche). regionale Grünzüge in Ordnungsräumen: Die enorme zusätzliche Ausweisung von regionalen Grünzügen in den Ordnungsräumen (insbesondere Planungsraum III) soll möglichst auf die bisherige Ausweisung der bestehenden Regionalpläne zurückgenommen werden, um planmäßige Siedlung nicht zunehmend weiter grundsätzlich auszuschließen.	Das Instrument der regionalen Grünzüge dient der Sicherung großräumig zusammenhängender Freiräume. Entsprechend der Begründung zu Kapitel 6.3.1 LEP 2021 können in das Freiraumsystem insbesondere Flächen einbezogen werden, die aufgrund ihrer besonderen ökologischen, klimaschützenden und naherholungsbezogenen Funktionen sowie aus raumstruktureller Sicht als besonders wertvoll einzustufen sind. Somit dienen die Regionalen Grünzüge insbesondere der Erhaltung der Erholungsfunktion in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung, eine weitere Zersiedlung soll daher nicht erfolgen. Zudem werden die regionalen Grünzüge im Maßstab 1 zu 100.000 festgelegt und sind nicht flächenscharf. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass einzelne Gebäude oder Splittersiedlungen innerhalb der regionalen Grünzüge liegen. Der bauliche Bestand ist von dieser Festlegung nicht betroffen. Entsprechend wurde der Begründungstext angepasst. Im Falle einer Bauleitplanung wird im Einzelfall geprüft, ob das (touristische) Vorhaben mit den Funktionen des Regionalen Grünzuges vereinbar ist. Darüber hinaus sind die Grundsätze des Baugesetzbuches für eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu berücksichtigen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1049	Ich möchte gerne darauf hinweisen, dass der Grünzug in diesem Bereich um die beiden Flächen Wälschen und Achtern Diek erweitert oder zur Grünzäsur hinzugefügt werden sollte, da eine Überflutung aufgrund des Klimawandels absehbar ist. Außerdem zählt dieser Bereich zum Fledermausrevier und eine Vernichtung würde damit direkt zum Artensterben beitragen. Es handelt sich um eine ökologisch wertvolle Fläche da sie weder	Die regionalen Grünzüge dienen als großräumig zusammenhängende Freiflächen verschiedenen Funktionen. Entsprechend der Begründung zu Kapitel 6.3.1 LEP 2021 können in das Freiraumsystem insbesondere Flächen einbezogen werden, die aufgrund ihrer besonderen ökologischen,

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	gedüngt noch intensiv genutzt wird. Dadurch bietet sie einen wichtigen Schutzraum für Pflanzen und Tiere.	klimaschützenden und naherholungsbezogenen Funktionen sowie aus raumstruktureller Sicht als besonders wertvoll einzustufen sind. Zur Klarstellung werden in der Begründung zu Kapitel 2.2 Absatz 1 des Regionalplan-Entwurfs die konkreten Kriterien für die Festlegung der regionalen Grünzüge ergänzt. Die genannten Flächen beziehungsweise Bereiche konnten nicht zugeordnet werden, daher kann die Stellungnahme nicht weiter berücksichtigt werden.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1042	Das Kapitel 2.2 „Regionale Grünzüge und Grünzäsuren“ weist Flächen und Gebiete aus, auf denen planmäßig nicht gesiedelt werden darf und die von einer Bebauung grundsätzlich freizuhalten sind. Dazu gehören im Planungsraum u.a. Grünzüge und Grünzäsuren auf der Gemeindegrenze zwischen der Stadt Flensburg und der Gemeinde Wees nördlich und südlich der Bundesstraße 199. Aus der Gesamtheit dieser Flächen sind im Planungsentwurf die vor mir markierten Teilflächen ausgenommen, obwohl sie ökologisch funktional als Grünzugsflächen bzw. Grünzäsuren zu bewerten sind. Diese als „Geschlossenheck“ benannten Flächen waren bisher, als Teile des Landschaftsschutzgebietes „Bauernwald - Blocksberg“, im Verzeichnis der Naturvorranggebiete der Stadt Flensburg (https://www.flensburg.de/media/custom/2306_2559_1.PDF?1465828377) als schutzbedürftige Naturvorrangflächen der höchsten Kategorie bewertet und ausgewiesen. Sie stellen Kaltluftentstehungszonen für das Stadtklima und Teile des Naherholungsgebietes „Natur erleben“ der Stadt Flensburg dar. Sie enthalten mehrere Kleinbiotope (u.a. durch das Bundes- und Landesnaturschutzgesetz geschützte Knicks) und wirken funktional als Pufferzonen für das direkt an sie angrenzende „NATURA 2000“ FFH-Naturschutzgebiet „Twedter Feld“. Auf diesen Flächen wurden verschiedene auf der „Roten Liste“ stehende Tier- und Pflanzenarten nachgewiesen. Trotz des nachgewiesenen Schutzbedürfnisses als Pufferzonen für das NSG-LSG hat die Stadt Flensburg im Zuge der Neuaufstellung des stadtischen Landschaftsplanes (https://www.flensburg.de/PDF/Landschaftsplan_2023_Textteil.PDF?ObjSvrID=2306&ObjID=14955&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1676632707) einen Teil der Flächen aus dem Landschaftsschutz entwidmet und in Gewerbeentwicklungsflächen umgewidmet. Auf diese Flächen soll nun, im Zuge der Umwandlung des Wirtschaftshafen Ost in ein Wohn-	Die regional bedeutsame Grünzäsur auf der Gemeindegrenze zwischen der Stadt Flensburg und der Gemeinde Wees nördlich und südlich der Bundesstraße 199 wurde festgelegt, um das ungegliederte Zusammenwachsen der Gemeinde Wees mit der Stadt Flensburg zu vermeiden. Entsprechend Kapitel 6.3.2 Absatz 1 Landesentwicklungsplan 2021 dient die Grünzäsur der ortsnahen Erholung sowie der Klimaverbesserung und übernimmt darüber hinaus auch eine besondere Funktion innerhalb des Biotopverbundsystems. Die Grünzäsur ist dabei nicht flächenscharf zu sehen, sie ist schematisch dargestellt und bedarf einer Konkretisierung im Rahmen der Landschafts- und Bauleitplanung. Hinsichtlich der gewerblichen Entwicklung für ein interkommunales Gewerbegebiet der Gemeinde Wees nördlich der Bundesstraße 199, westlich der Glückburger Chaussee und östlich der Straße Geschlossenheck und damit westlich des bestehenden Gewerbegebietes, wird auf die besondere Gewerbefunktion der Gemeinde verwiesen. Somit ist für die Gemeinde eine stärkere gewerbliche Entwicklung möglich. Für die oben genannte Fläche stehen zunächst keine erkennbaren naturschutzfachlichen Belange entgegen. Die weiteren

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	und Gewerbegebiet, unter der Vorhabenbezeichnung „Baustoffhandel Nordstraße“ ein bisher im Wirtschaftshafen Ost verortetes Baustofflager umgesiedelt werden. Die Entwidmung von schutzbedürftigen, bisher unter Landschaftsschutz stehenden Naturvorrangflächen widerspricht sowohl den städtischen Konzepten zum Natur-, Umwelt und Klimaschutz der Stadt Flensburg, als auch den Zielen des Landes Schleswig-Holstein und des Bundes. Auch werden hier die Konzepte zu Flächenverbrauch, Flächenrecycling und Neuversiegelung von Flächen „ad absurdum“ geführt. Sie steht, des Weiteren, im Widerspruch zu entsprechenden Klimaanpassungskonzepten. Die Entwidmung der Naturflächen im Zuge einer Neuansiedlung von Gewerbeinfrastruktur ist, im Kontext mit den Ausführungen zum einschränkenden Schutzbedürfnis für „Regionale Grünzüge und Grünzäsuren“, aus meiner Sicht nicht schlüssig. Vor dem Hintergrund einer gewerbegebietlichen Kooperation der Stadt Flensburg mit der Gemeinde Wees und der Stadt Glücksburg (Kapitel 5. „Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden“, Grundsätze der Raumordnung, Absatz 5.1 Nahbereich Flensburg) sind diese ökologisch wertvollen Flächen auch auf Grund der geringen Größe und des aus der direkten Angrenzung an das NSG resultierenden, beschränkten Weiterentwicklunspotentials als ökonomischer Faktor eher zu vernachlässigen. Hier sehe ich als zeitgemäße und zielführende alternative Option, die Renaturierung dieser Flächen im Rahmen der Landesprojekte zur „Renaturierung von Natur- und Moorflächen“ und empfehle daher die nachstehend angeführte Vorgehensweise: 1. Die Aktivitäten, Planungen und Maßnahmen zur Realisierung des Vorhabens „Baustoffhandel Nordstraße“ werden nicht weiterverfolgt. 2. Es wird kein Baurecht erteilt. 3. Die betroffenen Flächen werden künftig dauerhaft unter Landschaftsschutz gestellt. 4. Die Flächen werden mittelfristig, unter Anwendung des Naturvorkaufsrechts durch das Land Schleswig-Holstein, erworben und der Stiftung Naturschutz zum Zwecke der Renaturierung überlassen. 5. Das NATURA 2000 / FFH-Naturschutzgebiet „Twedter Feld“ wird, unter Einbeziehung dieser Flächen, östlich bis an die Kreisstraße 92 „Glücksburger Chaussee“ und südlich bis an die Bundesstraße 199 „Nordstraße“ erweitert.	Aspekte wären im Rahmen der erforderlichen Bauleitplanung zu klären. Die fachgesetzliche Einstufung von Flächen nach Naturschutzrecht ist nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	6. Vorstehende Ausführungen (Ziff. 1. bis 5.) werden in die Raumordnung und die zugehörigen Folgedokumente, sowie in künftige Planungs- und Genehmigungsverfahren aufgenommen und festgeschrieben.	
Institution: Amt Geltinger Bucht, Bauamt **ID: 1037**	Mit der Neuaufstellung des Regionalplanes wird erstmals der Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung „Küstenraum Steinbergkirche (Habernis/Steinberg) bis Kappeln“ auf Ebene der Regionalplanung dargestellt. „*In Schwerpunkträumen soll dem Tourismus und der Erholung besonderes Gewicht beigemessen werden*.“ (Entwurf Regpl I 2.7 1 G) Mit der Ausweisung der Schwerpunkträume sollen die vorhandenen Einrichtungen und Angebote gesichert sowie die weitere touristische Entwicklung in diesen Räumen gezielt befördert und unterstützt werden. Dabei soll es in erster Linie um eine Struktur- und Qualitätsverbesserung vor Kapazitätserweiterung gehen. Unter 2.7_6 G heißt es zudem: „*Bei der weiteren Entwicklung im Schwerpunktraum um Gelting und Kappeln soll dem Freiraumschutz Rechnung getragen werden. Dementsprechend soll sich die Weiterentwicklung auf bereits vorhandene touristische Ansätze konzentrieren*.“ Die Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sind durch eine hohe Nutzungsintensität und erheblichen Siedlungsdruck gekennzeichnet. Bereits auf Ebene der Landesplanung wurde auf das Erfordernis von ordnende Maßnahmen für die Siedlungstätigkeit zur Sicherung der Freiräume hingewiesen. Daher werden nun erstmals im Entwurf des Regionalplans in dem Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung „Habernis/Steinberg bis Kappeln“ regionale Grünzüge ausgewiesen. In den regionalen Grünzügen darf planmäßig nicht gesiedelt werden. Es sind nur Vorhaben zuzulassen, die mit den Funktionen entsprechend Kap. 6.3.1 Abs. 1 LEP 2021 vereinbar sind oder im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen. ------- Ein nicht unerheblicher Teil des Schwerpunktraumes an der Ostseeküste liegt im Amt Geltinger Bucht (ca. 4.000 ha). Betroffen sind die Gemeinden Steinberg, Niesgrau, Gelting, Nieby, Pommerby, Kronsgaard, Hasselberg und Maasholm.	Das Instrument der regionalen Grünzüge dient der Sicherung großräumig zusammenhängender Freiräume in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung. Sie werden im Maßstab 1 zu 100.000 festgelegt und sind nicht flächenscharf. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass einzelne Gebäude oder Splittersiedlungen innerhalb der regionalen Grünzüge liegen. Der bauliche Bestand ist von dieser Festlegung nicht betroffen. Entsprechend wurde die Begründung des Plantextes ergänzt. Im Falle einer Bauleitplanung wird im Einzelfall geprüft, ob das Vorhaben mit den Funktionen des Regionalen Grünzuges vereinbar ist. Darüber hinaus sind die Grundsätze des Baugesetzbuches für eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu berücksichtigen. Aufgrund des höheren Ordnungs- und Sicherungsbedarfs in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung kommt der Freiraumsicherung durch regionale Grünzüge eine besondere Bedeutung zu. Die konkrete Entflechtung von Nutzungskonflikten erfolgt auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung. Die Kriterien zur Ausweisung des regionalen Grünzuges sind auf den genannten Flächen zwischen Habernis/Steinberg bis Kappeln erfüllt. Dennoch wird der Stellungnahme durch Rücknahme von Grünzügen in den küstenabgewandten Bereichen teilweise gefolgt, um die Ausweisung an die besonders kleinteilige Tourismusstruktur vor Ort anzupassen. In Bereichen, die naturschutzfachlich und landschaftlich

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	Die enorme Bedeutung von Tourismus und Naherholung hat in den letzten Jahren weiter zugenommen. Gut 4.000 Betten sind in den Küstengemeinden bei der Amtsverwaltung gemeldet. Nur ca. 60 % der Bettenzahlen werden durch die amtliche Statistik (Betriebe mit 10 und mehr Betten) erfasst. Das Angebot wird somit nach wie vor in erheblichem Maße durch Kleinstanbieter geprägt. Die Besonderheit stellt somit ein vielfältiges Angebot individueller Prägung dar. Hinzukommt die kleinteilige Siedlungsstruktur in der Region, die aufgrund der vielen Streu- und Einzellagen viele Beherbergungsstandorte im Außenbereich aufweist. Bei Generationenwechsel in den Betrieben sowie durch Diversifizierungsmaßnahmen landwirtschaftlicher Betriebe wird auch weiterhin an etlichen Standorten mit einer Weiterentwicklung der Betriebe zu rechnen sein, die flächenausgreifend sind. Dies wird nur durch die planmäßige Schaffung von Baurecht erfolgen können. Dadurch betroffen sind Beherbergungsangebote wie Hotels, Ferienwohnungen, Campingplätze, aber auch gastronomische Angebote in Strandnähe oder Nähe der Naturschutzgebiete mit vielen Tagesgästen. Insbesondere die Sicherung und Entwicklung von Beherbergungsangeboten der Hotellerie sowie gastronomischer Angebote in unmittelbarer Nähe der stark frequentierten Ausflugsziele ist für die Angebotsstruktur der Region von enormer Bedeutung. Die Entwicklung dieser Betriebe wird in den Grünzügen regelmäßig nur durch die Aufstellung von Bauleitplänen möglich sein. Mit dem Hotspot der Ausflugsziele „Geltinger Birk“ (ca. 150.000 Besucher/Jahr) und den kreisweit bedeutsamen Stränden der Ostseeküste (besonders Kronsgaard und Hasselberg) ist eine erhebliche Zahl an Tagesgästen in der Region zu verzeichnen. Im Rahmen des gemeindeübergreifenden Ortskernentwicklungskonzeptes Hasselberg, Kronsgaard, Nieby, Pommerby und des Ortskernentwicklungskonzeptes Gelting wurden vielfältige Handlungsbedarfe hinsichtlich der touristischen Infrastruktur herausgearbeitet. Dazu gehören die mangelhafte Verkehrsanbindung der Ausflugsziele, fehlende Parkplätze, eine unzureichende Besucherlenkung sowie fehlende Toilettenanlagen. Auch diese bedarfsgerechte Weiterentwicklung der Infrastruktur erfordert zumeist die Schaffung von Baurecht durch Bauleitplanverfahren und damit die planmäßige Siedlung im Grünzug. Die Anpassung der touristischen Infrastrukturen ist erforderlich, um den zeitgemäßen Anforderungen einer Region für Tourismus und Erholung zu entsprechen. Aufgrund der kleinteiligen Siedlungsstruktur und des langgezogenen Küstenstreifens ist die Verteilung der Infrastrukturen im Raum und damit in Außenbereichslagen zwangsweise gegeben. Mit der großflächigen Ausweisung des regionalen Grünzuges wird eine zeitgemäße und auf den örtlichen Gegebenheiten basierende Entwicklung der touristischen Infrastrukturen	weniger hochwertig sind, wird eine Rücknahme der regionalen Grünzüge geprüft. Im unmittelbaren Küstenbereich bleibt der Grünzug erhalten, da hier mit einem vermehrten Entwicklungsdruck zu rechnen ist.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	unmöglich. Die Besonderheiten der Region finden keine Berücksichtigung. Auch in Zukunft muss eine einzelfallbezogene Betrachtung von Vorhaben im Grünzug erfolgen, die die besondere Struktur der Region berücksichtigt. ------ In den regionalen Grünzügen darf planmäßig nicht gesiedelt werden. Das regionalplanerische Instrument der regionalen Grünzüge dient dem Freiraumschutz: *dem Erhalt und der Entwicklung zusammenhängender Freiräume* (Regpl S. 32, B zu 1). In der Begründung des Regionalplans B zu1 heißt es zudem: „*Die Abgrenzung der regionalen Grünzüge erfolgt unter Berücksichtigung örtlicher Entwicklungsmöglichkeiten. Die kartographische Darstellung ist dabei nicht flächenscharf zu sehen. Die genauere Abgrenzung ist vielmehr im Rahmen der gemeindlichen Planung unter besonderer Berücksichtigung landschaftspflegerischer und ortsplanerischer Gesichtspunkte und in der Regel auf der Grundlage der Landschaftsplanung zu prüfen.*“ ----- Dies bedeutet, dass in den regionalen Grünzügen eine Besiedlung in Form von Bauleitplanung und von raumbedeutsamen Einzelvorhaben nicht stattfinden darf. Daraus folgt, dass die Ausweisung von Wohnbauflächen, gewerblichen Bauflächen oder Sondergebieten touristischer Prägung nicht möglich ist. Bei Betrachtung des Grünzugs in der Planzeichnung ist bei etlichen Ortslagen erkennbar, dass diese entsprechend dem baulichen Bestand bzw. entsprechend der Flächenausweisung in Bauleitplänen von der Schraffur „Regionaler Grünzug“ ausgespart sind. In dem Zusammenhang stellt sich die Frage, ob damit nur Vorhaben der Innenentwicklung (Nachverdichtung, Nachnutzung) zulässig sein werden oder ob auch ortsangemessene Abrundungen und damit ein Ausgreifen über die bisherigen Ortsgrenzen hinaus in den Außenbereich planmäßig möglich sein werden? Auffällig ist, dass Siedlungslagen wie Sibbeskjaer oder Teile von Pommerby mit Standort Feuerwehrgerätehaus vollumfänglich im regionalen Grünzug liegen. Gemessen an der Siedlungsstruktur der Gemeinde handelt es sich dabei um Siedlungsteile von einigem Gewicht.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	Die Gemeinden Nieby, Pommerby, Kronsgaard und Maasholm liegen nahezu vollständig innerhalb des Grünzugs und werden damit über die bereits bestehenden Rahmenbedingungen aus Naturschutz, Hochwasserschutz weiter in ihrer Entwicklungsfähigkeit beschränkt. Im Sinne der Planungshoheit muss den Gemeinden auch in Zukunft ein Entscheidungsspielraum verbleiben. Wie wird die Entwicklung von bestehenden Gewerbestandorten im regionalen Grünzug beurteilt, für die z.B. im Rahmen eines Generationenwechsels planmäßige bauliche Entwicklungen vorgesehen werden sollen? Auch Beherbergungsangebote an der Küste wie die [redacted] (in Kronsgaard mit B-Plan) oder der genehmigten Campingplätze in Hasselberg sowie touristisch bedeutsame Einrichtungen wie [redacted] (Hasselberg), [redacted] Gastronomie) oder [redacted] (Veranstaltungen) sind nicht von der Darstellung des regionalen Grünzugs ausgenommen. Für das Vorhalten einer bedarfsgerechten touristischen Infrastruktur und die wirtschaftliche Entwicklung der Gemeinden ist es von grundlegender Bedeutung, dass auch an touristisch bedeutsamen Standorten im Außenbereich zukünftig eine planmäßige Entwicklung von Vorhaben möglich ist. Alle Gemeinden im Amtsbereich haben sich in den letzten Jahren intensiv mit den Belangen der touristischen Entwicklung auseinandergesetzt. Dass die gemeindeübergreifende Zusammenarbeit und Abstimmung auf Amtsebene eine große Rolle spielt, wurde bereits im Rahmen der Aufstellung des Masterplan Tourismus (2015) sowie dessen Anwendung gezeigt. Auch bei der Aufstellung der Ortskernentwicklungskonzepte wurde über Gemeindegrenzen hinweg gearbeitet: z. B. OEK Hasselberg, Kronsgaard, Nieby, Pommerby oder OEK Esgrus, Niesgrau, Stangheck sowie Zukunftskonzept für den Nahbereich Steinbergkirche. Insbesondere durch die Corona-Pandemie als Verstärker von Entwicklungen wurde deutlich, welche Herausforderungen mit steigenden Zahlen an Übernachtungsgästen und Naherholungssuchenden verbunden sind. Daher sind die Gemeinden des Amtes bestrebt auf eine Tourismusentwicklung hinzuwirken, die langfristig eine tragfähige Balance zwischen den Anforderungen der Gäste, der Einheimischen und des Natur- und Freiraumschutzes bietet. Der Schutz des Freiraumes ist somit eine wichtige Grundlage für eine attraktive Region.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	Bei den Regionalen Grünzügen handelt es sich um ein regionalplanerisches Instrument des Freiraumschutzes, das ursprünglich zur Gliederung von Ordnungsräumen, Agglomerationsräumen entwickelt wurde. Die großflächige Anwendung dieses Instruments mit über 4.000 ha (in den Gemeinden des Amtes Geltinger Bucht) für nahezu den gesamten Schwerpunktraum Tourismus und Erholung verkennt, dass es sich hier um eine sehr kleinteilige Siedlungsstruktur mit vielen Außenbereichslagen handelt. Nur wenn auch in Zukunft innerhalb der Regionalen Grünzüge im Rahmen der Einzelfallprüfung über die planmäßige Entwicklung entschieden wird, wird den Entwicklungsoptionen dieser Region entsprochen. Ein pauschaler Ausschluss jeglicher Planung und damit Weiterentwicklung der vorhandenen Strukturen wird dem Raum nicht gerecht und schränkt die Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde unzumutbar ein.	
Institution: Bauernverband Schleswig-Holstein e.V., Keine Abteilung **ID: 1031**	**b) Flensburg** Im Rahmen der neu aufgestellten Regionalpläne wird deutlich, dass sich zukünftig für landwirtschaftliche Betriebe im Kreisgebiet Flensburg Einschränkungen ergeben werden. Dazu führen erstmalig ausgewiesene regionale Grünzüge entlang der Ostseeküste des Kreises, sowie Vorbehaltsgebiete für den Grundwasserschutz und Schwerpunktzonen für Tourismus und Erholung. aa) Zu 2.2. Regionale Grünzüge Die Ausweisung regionaler Grünzüge an der Flensburger Förde, der Geltinger Bucht sowie entlang der Ostseeküste zwischen Gelting und Kappeln umfasst große Teile landwirtschaftlicher Nutzfläche. Besonders betroffen sind die Gemeinden Nieby, Pommerby, Hasselberg, Kronsgaard und Rabel. In diesen Gemeinden werden durch einen besonders breiten Streifen entlang der Ostseeküste große Teile intensiv genutzter landwirtschaftlicher Nutzfläche von den Grünzügen erfasst. Wenn hier überhaupt Grünzüge ausgewiesen werden sollen, dann u.E. nur in einem schmalen Streifen entlang der Küste. In den Gemeinden Nieby und Pommerby entsteht zudem der Eindruck, dass hiermit schon eine Vorratsplanung im Hinblick auf eine Erweiterung des nördlich gelegenen Naturschutzgebietes Geltinger Birk erfolgt. Regionale Grünzüge sollen dem Erhalt und der Entwicklung zusammenhängender Freiräume dienen und den Außenbereich schonen. Dabei stehen auch der Biotop-, Geotop-, Grund- und Gewässerschutz im Vordergrund. Resultierend daraus ergibt sich in diesen Gebieten ein generelles Freihaltegebot. Nach Einrichtung der regionalen Grünzüge	Innerhalb der regionalen Grünzüge soll keine weitere planmäßige Besiedelung stattfinden. Privilegierte Vorhaben im Außenbereich gemäß § 35 Absatz 1 BauGB bleiben hiervon unberührt. Eine Einschränkung der ordnungsgemäßen Land- und Forstwirtschaft ist daher mit der Festlegung in den Regionalplänen nicht verbunden. Mit der Festlegung sind daher auch keine Vorgaben für die Art der privilegierten Landwirtschaft verbunden. Es wird auf die Ausführungen im Landesentwicklungsplan 2021 (Begründung zu Kapitel 6.3.1) verwiesen. Zur Klarstellung wird im Kapitel Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt ein Satz zum Abschnitt Rechtswirkung eingefügt. Das Instrument der regionalen Grünzüge dient der Sicherung großräumig zusammenhängender Freiräume in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung. Sie werden im Maßstab 1 zu 100.000 festgelegt und sind nicht flächenscharf. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass einzelne Gebäude oder Splittersiedlungen innerhalb der regionalen Grünzüge liegen. Der bauliche Bestand ist von dieser Festlegung

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	darf planmäßig nicht gesiedelt werden. Hierbei erfolgt die Abgrenzung der Grünzüge zu einzelnen Ortsrandlagen zwar nicht flächenscharf, um Spielraum für Entwicklungsmöglichkeiten einzuräumen, jedoch werden für landwirtschaftliche Betriebe im Außenbereich Ausnahmen schwierig zu erwirken sein (Quelle: Regionalplan Planungsraum I – Neuaufstellung, Entwurf 2023, S. 30 ff). Generell sollen laut Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein zwar privilegierte Vorhaben im Außenbereich gemäß § 35 Absatz 1 BauGB durch Grünzüge unberührt bleiben, jedoch zeichnet sich beispielsweise für Vorhaben wie dem Bau von großen Tierhaltungsanlagen nach BImSchG die Problematik ab, dass diese nicht mehr im oben genannten Absatz geregelt sind. Zudem sollen in Grünzügen keine neuen Ausweisungen oder Erweiterungen von Wochenend- und Ferienhausgebieten, Campingplätzen, großen baulichen Freizeiteinrichtungen und sonstigen landschaftsfremden baulichen Einzelanlagen sowie großflächigen Infrastruktureinrichtungen genehmigt werden. Gerade in den betroffenen Bereichen stellt der Tourismus für landwirtschaftliche Betriebe eine wichtige Einnahmequelle dar. Die Ausweisung der Grünzüge würde die Entwicklung dieses Betriebszweiges unserer Betriebe erheblich beschränken.	nicht betroffen. Entsprechend wurde die Begründung des Plantextes ergänzt. Im Falle einer Bauleitplanung wird im Einzelfall geprüft, ob das Vorhaben mit den Funktionen des Regionalen Grünzuges vereinbar ist. Darüber hinaus sind die Grundsätze des Baugesetzbuches für eine geordnete städtebauliche Entwicklung zu berücksichtigen. Aufgrund des höheren Ordnungs- und Sicherungsbedarfs in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung kommt der Freiraumsicherung durch regionale Grünzüge eine besondere Bedeutung zu. Die konkrete Entflechtung von Nutzungskonflikten erfolgt auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung. Die Kriterien zur Ausweisung des regionalen Grünzuges sind auf den genannten Flächen entlang der Flensburger Förde, der Geltinger Bucht sowie entlang der Ostseeküste zwischen Gelting und Kappeln erfüllt. Dennoch wird der Stellungnahme durch Rücknahme von Grünzügen in den küstenabgewandten Bereichen teilweise gefolgt, um die Ausweisung an die besonders kleinteilige Tourismusstruktur vor Ort anzupassen. In Bereichen, die naturschutzfachlich und landschaftlich weniger hochwertig sind, wird eine Rücknahme der regionalen Grünzüge geprüft. Im unmittelbaren Küstenbereich bleibt der Grünzug erhalten, da hier mit einem vermehrten Entwicklungsdruck zu rechnen ist.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1022	Im Rahmen der anstehenden Neuaufstellung des Regionalplans für den **Planungsraum I** möchten wir unsere Bedenken bzgl. der von der Gemeindevertretung intendierten Ausweisung des südlich der Straße Himmershoi bzw. westlich der Straße Grönholm gelegenen Landes als Bauland vorbringen und bitten darum, als Anwohner in der Angelegenheit berücksichtigt und beteiligt zu werden.	Die regional bedeutsame Grünzäsur auf der Gemeindegrenze zwischen der Stadt Flensburg und der Gemeinde Wees nördlich und südlich der Bundesstraße 199 wurde festgelegt, um das ungegliederte Zusammenwachsen der Gemeinde Wees mit der Stadt Flensburg zu vermeiden. Entsprechend Kapitel 6.3.2 Absatz 1

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	Wir gestatten uns zu dem Bereich südlich Himmershoi/westl. Grönholm folgende Hinweise, die unseres Erachtens einer Ausweisung als Bauland entgegenstehen: 1. Der Bereich wird nach wie vor aus den bereits seit Jahren bestehenden Bedenken (Widerspruch, Landschaftsplan) als ungeeignet für die bauliche Entwicklung angesehen. 2. Es würde ein bestehender natürlicher Ortsrand übersprungen, der bestehende Knickschutz entlang der Straße wäre somit unrealistisch. 3. Es würde in die regionalplanerische Grünzäsur/Freifläche eingegriffen, die zwischen Wees und der Stadt Flensburg liegt. Grünzäsuren sollen das Zusammenwachsen von Siedlungskörpern verhindern und wichtige städtische Freiräume sichern. 4. Es würde in die Grünzäsur/Freifläche – in Teilen mit Trockenrasen! - eingegriffen, die als Puffer zu den angrenzenden Moor- und Ausgleichsflächen sowie dem Landschaftsschutzgebiet auf Flensburger Gebiet dient. 5. Das Gebiet südlich des Himmershoi ist im Regionalplan als Fläche mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft sowie als Grünzäsur ausgewiesen. Grünzäsuren dienen der ortsnahen Erholung sowie der Klimaverbesserung und haben - wie hier zutreffend – eine besondere Funktion innerhalb des Biotopverbundsystems. Grünzäsuren als regionale Grünzüge dienen u.a. dem Schutz der Landschaft vor Zersiedelung, Sicherung und Entwicklung wertvoller Landschaftsbereiche sowie dem Biotopschutz und dem Gewässerschutz. 6. Das Gebiet ist ausgewiesen als Bestandteil des Biotopverbundsystems. Feuchtgebiete müssen immer im Rahmen des naturrechtlichen Gesamtschutzes betrachtet werden: eine Abtrennung von Land und Umnutzung als Bauland bedeutet Verlust an Naturraum. 7. In Einzugsgebiet von Wees Süd liegen das sog. Schweinemoor sowie das geschützte Blixmoor (EU-Code 1123-392). 8. Im Schweinemoor sowie im Blixmoor finden sich Kamm-Molche, Moorfrösche, Fledermäuse, Libellenpopulationen, Kreuzotter, Ringelnatter, Kiebitze, Fasane, Rehe und Damwild.	Landesentwicklungsplan 2021 dient die Grünzäsur der ortsnahen Erholung sowie der Klimaverbesserung und übernimmt darüber hinaus auch eine besondere Funktion innerhalb des Biotopverbundsystems. Die Grünzäsur ist dabei nicht flächenscharf zu sehen, sie ist schematisch dargestellt und bedarf einer Konkretisierung im Rahmen der Landschafts- und Bauleitplanung. Hinsichtlich der gewerblichen Entwicklung für ein interkommunales Gewerbegebiet der Gemeinde Wees nördlich der Bundesstraße 199, westlich der Glückburger Chaussee und östlich der Straße Geschlossenheck und damit westlich des bestehenden Gewerbegebietes, wird auf die besondere Gewerbefunktion der Gemeinde verwiesen. Somit ist für die Gemeinde eine stärkere gewerbliche Entwicklung möglich. Für die oben genannte Fläche stehen zunächst keine erkennbaren naturschutzfachlichen Belange entgegen. Die weiteren Aspekte wären im Rahmen der erforderlichen Bauleitplanung zu klären. Die fachgesetzliche Einstufung von Flächen nach Naturschutzrecht ist nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	9. Die an das Blixmoor und Weesrieser Gehölz angrenzenden, umliegenden Flächen dienen als sog. Trittsteine der geschützten Biotope. 10. Südwestlich des Himmershoi schließt das Landschaftsschutzgebiet Landschaftsteil Vogelsang, Trögelsby an. 11. Insbesondere Himmershoi ist geprägt durch einen alten, hohen Baumbestand (Durchmesser 60 cm und mehr) sowie in der dörflichen Struktur mit 2 alten Bauernhöfen. Der südliche Knick am Himmershoi ist ein durchgewachsener Knick mit großen Bäumen, der die südlich gelegenen Biotope schützt. Im Rahmen der von der Gemeindevertretung intendierten Bebauung müsste dieser Knick gefällt werden. 12. Der [redacted] am Himmershoi ist seit [redacted] als Erzeuger und Hersteller ausgewiesenes [redacted], mit der [redacted]. Für [redacted] gelten spezielle Richtlinien für die verschiedenen Produktgruppen, hier Fleisch und Fleischerzeugnisse. Vom [redacted] werden die in Frage kommenden Flächen mit Weidewirtschaft (Schafe, Highlander, Hühner) und Gemüseanbau bewirtschaftet. 13. Im Juni 2016 ist Schleswig-Holstein der niedersächsischen Weidelandcharta beigetreten. Schleswig-Holstein unterstützt damit landwirtschaftliche Familienbetriebe, die das Tierwohl fördern und Grünland erhalten. 14. Die Senke südlich des Himmershoi sowie auch des Grönholm ist immer wieder geprägt durch erhebliche Stau-Nässe bei Regenfällen; die liegende Felddrainage entwässert nicht ausreichend, so dass es regelmäßig zu Überflutungen von Grundstücken und auch Kellerbereichen kommt. 15. Eine weitere Bebauung würde zu einer weiteren Versiegelung von Oberflächen führen und damit erneut Sickerflächen entziehen. 16. Die Starkregenereignisse nehmen nachgewiesener Maßen zu; die vorliegenden Analysen belegen einen langfristigen Anstieg der Regenmengen insgesamt in den 13 Dekaden seit Beginn der Wetteraufzeichnungen. Auch die Anzahl der Tage mit mindestens 10 mm Niederschlag steigt deutlich, s.a. Klimareport SH des LLUR, 2017.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	17. Im Regionalplan SH Umweltbericht 2023 ist das hiesige Gebiet ausgewiesen mit einer hohen Gefährdung durch Wassererosion. 18. Der Landschaftsplan von Wees hat geeignetere und eingriffsärmere Standorte dargestellt. 19. Der städtebauliche Schwerpunkt der Gemeinde Wees liegt weiterhin nördlich der B 199. 20. Zurzeit ist ausreichend Bauland ausgewiesen. Wir bitten darum, im Rahmen der **Neuaufstellung des Regionalplans Planungsraum I** von der Ausweisung des Himmershoi als Bauland unter Berücksichtigung der o.g. Begründungen und Hinweise Abstand zu nehmen und uns als Anwohner zu beteiligen.	
Institution: Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag **ID: M1021**	Aus allen Geltungsbereichen der Regionalplan-Entwürfe haben uns Hinweise von Gemeinden erreicht, dass insbesondere die Ausweitung von regionalen Grünzügen zu einer erheblichen Einschränkung von Entwicklungsmöglichkeiten für Siedlungs- und Gewerbeflächen führt. Auskömmliche Entwicklungspotentiale in den Gemeinden sind jedoch unverzichtbare Voraussetzungen für die Schaffung dringend benötigten Wohnraums im ganzen Land und zur Weiterentwicklung Schleswig-Holsteins zu einem starken Wirtschaftsstandort. Wir fordern die Landesplanung daher auf, entsprechende Festsetzungen kritisch auf ihre lokalen Auswirkungen zu prüfen und Stellungnahmen der Gemeinden sowie Hinweise auf entsprechende erhebliche Beschränkungen zu berücksichtigen.	In der Stellungnahme wird auf die Hinweise der Gemeinden zu den regionalen Grünzügen verwiesen. Die Landesplanung setzt sich mit den Stellungnahmen der Gemeinden auseinander und prüft deren konkrete Hinweise zu den regionalen Grünzügen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: NABU Schleswig-Holstein, Bereich Verbandsbeteiligung **ID: M1142**	2.2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren Der NABU begrüßt grundsätzlich die Eintragung regionaler Grünzüge und Grünzäsuren, verbunden mit dem Ziel, diese von weiterer Siedlungsausdehnung freizuhalten. Diese Grünzüge müssen dauerhaft erhalten bleiben, um ihren Zweck u.a. als Erholungsgebiete und / oder Biotopverbundachsen beizubehalten. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass im Bereich östlich Schmalfeld/ Kreis Segeberg (RP III) ein solcher Grünzug im Vergleich zur bisherigen Regionalplanung (RP Schleswig-Holstein Süd, 1998) deutlich verkleinert werden soll. Große Flächen östlich von Schmalfeld und nördlich von Struvenhütten sowie nördlich der Schmalfelder Au bis zur geplanten A 20-Trasse sind herausgenommen worden, obgleich hier eine Achse des Biotopverbundsystems verläuft. - Die Änderung sollte zurückgenommen werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der inhaltlichen Votierung wird auf die Synopse für den Planungsraum III verwiesen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND Landesverband Schleswig-Holstein e. V. **ID: 1072**	**2.2.4 Regionale Grünzüge** Soweit die regionalen Grünzüge im Entwurf an Fläche zugenommen haben, ist dies grundsätzlich sehr zu begrüßen. Allerdings sind in den regionalen Grünzügen Flächen enthalten, die in höchstem Maße schutzwürdig sind und die den Vorranggebieten Naturschutz zuzuordnen sind. **Eine Erweiterung der Grünzüge bietet diesen schutzbedürftigen Flächen also keinen ausreichenden Schutz**.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Innerhalb der regionalen Grünzüge soll gemäß Kapitel 2.2 Absatz 1 (Z) keine weitere planmäßige Besiedelung stattfinden. Es sind nur Vorhaben zuzulassen, die mit den Funktionen entsprechend Kapitel 6.3.1 Absatz 1 Landesentwicklungsplan 2021 vereinbar sind oder im überwiegenden öffentlichen Interesse stehen. Somit besteht aus Sicht der Landesplanung ein umfangreicher Schutz dieser Flächen. Darüber hinaus legt der Landesentwicklungsplan 2021 fest, welche Gebiete als Vorranggebiete für den Naturschutz darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitel 6.2.1 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Daran sind somit die Ausweisungen der Regionalpläne gebunden.
Institution: Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Keine Abteilung **ID: 1100**	Zunächst möchten wir betonen, dass unsere Anmerkungen deckungsgleich für alle drei Pläne eingereicht werden. Wir bitten um Verständnis, dass uns eine kleinteiligere Bearbeitung für die einzelnen Planungsräume und Regionen nicht möglich ist. Die Land- und Forstwirtschaft ist in Schleswig-Holstein nach wie vor ein bedeutender Wirtschaftszweig. Die Landwirtschaft hat über die Jahrhunderte die Kulturlandschaft geprägt, die Versorgung mit Nahrung und Rohstoffen sichergestellt und im ländlichen Raum für stabile soziale Strukturen und vor- und nachgelagerte Arbeitsplätze gesorgt. In kürzerer Vergangenheit kommt ihr erheblicher Beitrag zur erforderlichen Energiewende durch Windkraft-, Biogas- und Photovoltaik-Anlagen noch hinzu. Die gesellschaftlichen Anforderungen, z. B. in Bezug auf die Biodiversitäts- und Klimakrise oder auch die zukünftige Nutzung der moorigen Standorte, werden die Landwirtschaft zu weiteren Anpassungsprozessen veranlassen, die aber immer an den Standort im ländlichen Raum gebunden sind.	Der LEP 2021 hat im Kapitel 4.8 Festlegungen zur Landwirtschaft getroffen. Er enthält an dieser Stelle keinen Auftrag an die Regionalplanung zur Konkretisierung der dort enthaltenen landesweit geltenden Regelungen. Darüber hinaus verzichten die Regionalpläne weitgehend auf Wiederholungen von Zielen und Grundsätzen des LEP 2021 (siehe dazu auch das Kapitel Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt der Regionalplan-Entwürfe). Vielmehr ergeben sich die raumordnerischen Rahmenbedingungen aus LEP 2021 und Regionalplänen gemeinsam. Insofern werden die landesweiten Festlegungen zur Landwirtschaft im Kapitel 4.8 des LEP 2021 als ausreichend angesehen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.2 Regionale Grünzüge und Grünzäsuren	Votum
	Die erhebliche Bedeutung der Landwirtschaft zeigt sich auch darin, dass in allen Planungsräumen der Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche über 65 % liegt und im eher ländlich geprägten nördlichen Planungsraum I sogar knapp 75 % erreicht. Diese Kulturlandschaft ist auch Grundlage für den Tourismus, der nicht nur an den Küsten, sondern auch im ländlich geprägten Binnenland einen starken Wirtschaftsfaktor darstellt. Die Flächenwirkung der Landwirtschaft ist also von großer Bedeutung. Insofern ist es unverständlich, warum der Landwirtschaft/Agrarwirtschaft in den Planentwürfen kein eigenes Kapitel gewidmet wird, in dem die Bedeutung der Landwirtschaft für den ländlichen Raum, wie oben dargelegt, anerkannt und analog zu den anderen Themenschwerpunkten im Kapitel 2 „Regionale Freiraumstruktur“ mit eigenen Zielen und Grundsätzen als strukturell bedeutsam gewürdigt wird. Wir bitten darum, dass dieses nachgeholt wird. Die Landwirtschaft ist naturgemäß immer auch Flächenbereitsteller für Siedlung, Infrastrukturprojekte und weiteres gewesen. Da diese Funktion aber nur einmal möglich und damit irreversibel ist und zudem sowohl Bundes- als auch Landesregierung die Verringerung der Flächeninanspruchnahme zum politischen Ziel erklärt haben, sollte die Landwirtschaft nicht allein auf die Funktion der Flächenbereitstellung reduziert werden. Den Aussagen, den Flächenverbrauch weiter zu reduzieren und z. B. Innenentwicklung vor Außenentwicklung mit Flächeninanspruchnahme anzustreben, können wir daher zustimmen. Die Forstabteilung der Landwirtschaftskammer verweist auf das Thema „Rotwildwegeplan“. Die wenigen noch gangbaren Wanderkorridore für das Rotwild im Land sollten bei der Planung weiterer Infrastruktur- und Siedlungsachsen Beachtung finden und durchgängig bleiben. Der Landesjagdverband hat dazu ausführlich Stellung genommen.	Es wird ergänzend darauf hingewiesen, dass verschiedene Regelungsinhalte der Regionalplan-Entwürfe auch der Sicherung landwirtschaftlich genutzter Flächen dienen (zum Beispiel regionale Grünzüge). Der Stellungnahme wird daher nicht gefolgt. **Zum Rotwildwegeplan:** Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitels 6.2.1 LEP 2021 sowie Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Die Inhalte des Rotwildwegeplans gehören nicht zu den Kriterien des LEP 2021 beziehungsweise der oben genannten Fachplanung (Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum). Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 2.3 Grundwasserschutz

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.3 Grundwasserschutz	Votum
Institution: [redacted] **ID: M1121**	Zu Kap. 2.3: Der Wegfall des Absatzes zum Schutz des Grundwassers und der Unterstützung der Grundwasserneubildung ist zu revidieren und der Inhalt wieder aufzunehmen. Aufzunehmen sind hier auch als Schutz des Grundwassers das ausdrückliche Verbot von Bohrungen aller Art in den Vorranggebieten und Vorbehaltsgebieten, Ausnahmen sind Bohrungen, die von den öffentlichen Trinkwasserversorgern zum Zwecke der öffentlichen Trinkwasserversorgung vorgenommen werden. Die derzeit festgelegten Grenzen des Wasserschutzgebietes (Vorranggebiet für den Grundwasserschutz) sind für einen umfassenden Grundwasserschutz nicht ausreichend und müssen gemäß Grundwassermodell „Inselkern Sylt" erweitert werden.	Entsprechend des LEP 2021 sind in den Regionalplänen bereits festgesetzte Trinkwasserschutzgebiete als Vorranggebiete für den Grundwasserschutz sowie geplante Trinkwasserschutzgebiete und die Einzugsgebiete der Grundwassererfassungen größerer öffentlicher Wasserversorgungsunternehmen (Trinkwassergewinnungsgebiete) als Vorbehaltsgebiete für den Grundwasserschutz festzulegen. Der Schutz des Grundwassers ist Gegenstand von Kapitel 6.2 Absatz 4 des LEP 2021. Eine Wiederholung der Grundsätze in den Regionalplan-Entwürfen ist nicht erforderlich. Die Festsetzung von Trinkwasserschutzgebieten ist nicht Gegenstand der Regionalplanung, diese obliegt der Fachbehörde. Es wird darauf hingewiesen, dass die erforderlichen Regelungen zum Schutz des zur Trinkwasserversorgung entnommenen Grundwassers Gegenstand der lokalen Schutzgebietsverordnung ist. Zum derzeitigen Zeitpunkt hat das Wasserschutzgebiet Bestand. Eine Überarbeitung ist vorgesehen, wird jedoch noch mehrere Jahre in Anspruch nehmen. Maßnahmen mit Gefährdungspotenzialen werden unabhängig von den Festlegungen in Regionalplänen von den zuständigen Wasserbehörden betrachtet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: **Gemeinde Kampen** **ID: M1040**	**Zu 2.3 Grundwasserschutz- 1 Z:** Hinsichtlich des Grundwasserschutzes und entsprechender Vorranggebiete wird auf die gemeinsame Stellungnahme der [redacted] und der [redacted] verwiesen.	Es wird auf das Votum zur Stellungnahme M1121 verwiesen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.3 Grundwasserschutz	Votum
Institution: Bauernverband Schleswig-Holstein e.V., Keine Abteilung ID: 1031	**b) Flensburg** Im Rahmen der neu aufgestellten Regionalpläne wird deutlich, dass sich zukünftig für landwirtschaftliche Betriebe im Kreisgebiet Flensburg Einschränkungen ergeben werden. Dazu führen erstmalig ausgewiesene regionale Grünzüge entlang der Ostseeküste des Kreises, sowie Vorbehaltsgebiete für den Grundwasserschutz und Schwerpunktzonen für Tourismus und Erholung. bb) Zu 2.3. Vorbehaltsgebiete für den Grundwasserschutz Die Landschaft Angeln zeichnet sich durch undurchlässige Deckschichten aus der Eiszeit aus, die eine Gefährdung des Grundwassers durch Eintrag von Nährstoffen und anderen Stoffen verhindern. Dies ist im Rahmen der Diskussion um den Grundwasserschutz, auch im Rahmen der Novellierung der Düngeverordnung, immer wieder bestätigt worden. Trotzdem werden großflächig Vorbehaltsgebiete für den Grundwasserschutz ausgewiesen, so z.B. südlich von Grundhof und südlich von Sörup. Ziel soll u.a. der Vorrang des vorsorgenden Grundwasserschutzes bei der Abwägung mit anderen Nutzungsansprüchen sein. Unklar bleibt dabei, wie dieser Vorrang sichergestellt werden soll, u.a. wären Einschränkungen bei der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen oder auch bei der Flächenbewirtschaftung denkbar. Gemäß Kapitel 6.4.2 Absatz 1 Landesentwicklungsplan 2021 werden in den Regionalplänen die geplanten Trinkwasserschutzgebiete und die Einzugsgebiete der Grundwassererfassung größerer öffentlicher Wasserversorgungsunternehmen (Trinkwassergewinnungsgebiete) als Vorbehaltsgebiete für den Grundwasserschutz festgelegt. Allerdings sind keine neuen Trinkwasserschutzgebiete im gesamten Planungsraum geplant. Gegenüber der früheren Regionalplanung wurden die Gebiete in der Lage verändert. Dies ist nachvollziehbar, wenn es neue Erkenntnisse zur Strömungsrichtungen im Grundwasser gibt. Südlich von Sörup und südlich von Grundhof wurden die Gebiete jedoch erheblich erweitert, was im Hinblick auf den vorsorgende Grundwasserschutz zu großflächigen Einschränkungen der Landwirtschaft führen könnte, wenn dieser vorsorgende Grundwasserschutz - wie auch immer - umgesetzt werden sollte. Auffällig ist das Vorbehaltsgebiet bei der Steinbergkirche, das sich in der früheren Planung vom Ortskern nach Nordosten erstreckte, nun aber nach Südwesten. Die Planung der Vorbehaltsgebiete für den Grundwasserschutz sollte grundsätzlich hinsichtlich Lage und Größe überprüft und auf das Notwendigste reduziert werden.	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für den Grundwasserschutz festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Kapitel 6.4.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.3 des Regionalplan-Entwurfs). Es handelt sich um geplante Trinkwasserschutzgebiete und Trinkwassergewinnungsgebiete. Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Die Vorbehaltsgebiete für den Grundwasserschutz sind nach dem jeweiligen hydrogeologischen Kenntnisstand abgegrenzt. Diese Abgrenzung ist Gegenstand der Fachplanung. Die Festlegung von Vorbehaltsgebieten für den Grundwasserschutz im Regionalplan-Entwurf hat keine Auswirkungen auf die ordnungsgemäße Land- und Forstwirtschaft. Der Anregung, das Vorbehaltsgebiet bei Steinbergkirche zu reduzieren, wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.3 Grundwasserschutz	Votum
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1023	**N. 2.3 Grundwasserschutz/Umweltbericht Nr. 2.5** Es sind Maßnahmen zur Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs einzuleiten. Angaben zur Durchführung der Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten hinzufügen.	Die Reduzierung des Trinkwasserverbrauchs ist nicht Gegenstand der Regionalplanung. Derzeit sind im Planungsraum I keine weiteren Trinkwasserschutzgebiete vorgesehen (siehe Begründung zu Kapitel 2.3 Absatz 2). Die Ausweisung von Trinkwasserschutzgebieten fällt nicht in die Zuständigkeit der Regionalplanung. Sie ist der Fachplanung vorbehalten. Insofern wird der Stellungnahme nicht gefolgt.
Institution: NABU Schleswig-Holstein, Bereich Verbandsbeteiligung ID: M1142	Grundwasserschutz (Kap. 2.3) Die hierzu auf S. 31 ff getätigten Aussagen sind absolut unzureichend. Grundwasserschutz und -neubildung sind essentielle Problemfelder: 1. Die Grundwasserbelastung durch Stoffeinträge v.a. aus der Landwirtschaft (Stickstoff, Pestizide) nimmt zu und erreicht nach und nach selbst tief liegende gelegene Grundwasserleiter. 2. Durch aufgrund des Klimawandels v.a. in der Vegetationsperiode (mit ihrer hohen Verdunstungsrate nachlassende Niederschlagsmengen, aber auch durch die schnelle Niederschlagswasserabführung (Drainagesysteme auf landwirtschaftlichen Nutzflächen, Niederschlagswasserkanalisation auf versiegelten Siedlungsflächen) reduzieren sich die Grundwasserstände zunehmend, was nicht nur für Land- und Forstwirtschaft und / dabei hauptsächlich auf den weniger wasserspeichernden Böden (Geest) zunehmend zum Problem wird, sondern auch bei vielen naturnahen Ökosystemen zu Austrocknungserscheinungen mit erheblichen Folgen führt. U.a. deswegen muss das bisherige nutzungsbezogene Paradigma einer möglichst zügigen und effektiven Flächentwässerung in Frage gestellt, wenn nicht mit dem Ziel einer flächig stärkeren Wasserrückhaltung revidiert werden. Diesem Thema müssen sich auch die RP widmen. Überdies liegt das Vorbehaltsgebiet für den Grundwasserschutz in den Räumen Husum (Planungsraum 1), nordöstlich Heide (Planungsraum II), .bei Wanderup (Planungsraum 1), Trappenkamp und Itzstedt (beide Planungsraum III) innerhalb von Vorranggebieten für den Abbau von oberflächennahen Rohstoffen. Nach Auffassung des NABU kann kein effektiver Grundwasserschutz betrieben werden, wenn auf demselben Gebiet derartig eingreifende	**Zum Kapitel 2.3:** Die Festlegungen zum Grundwasserschutz in den Regionalplan-Entwürfen sind durch die Kapitel 6.4.1 und 6.4.2 des LEP 2021 vorgegeben. Danach sind in den Regionalplänen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Grundwasserschutz festzulegen. Aussagen zur Landwirtschaft sowie zu Klimaschutz und Klimaanpassung sind in den Kapitel 4.8 und 6.1 des LEP 2021 enthalten. Aussagen zum Umgang mit Regenwasser und bei der Niederschlagsentwässerung sind in Kapitel 5.7 Absatz 2 LEP 2021 enthalten. Eine Wiederholung der Grundsätze in den Regionalplan-Entwürfen ist nicht erforderlich. **Zu den Überlagerungen von Vorbehaltsgebieten für den Grundwasserschutz mit Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe:** Die Regionalplanung hat sich bei der Abgrenzung der Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe mit den Belangen des Grundwasserschutzes

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.3 Grundwasserschutz	Votum
	Abbaugeschehen stattfinden, die sich erheblich und irreversibel auf den Grundwasserspiegel, die Grundwasserzusammensetzung und ggf. Strömungsrichtungen auswirken können. Der Bereich der jeweiligen (vorgesehenen) Abbaugebiete ist demzufolge entsprechend den Abgrenzungen des Grundwasserschutzgebietes zu verkleinern.	auseinandergesetzt. Unter anderem wurde geprüft, ob Verbotstatbestände zum Rohstoffabbau in den Verordnungen zu den Wasserschutzgebieten (im Regionalplan-Entwurf als Vorranggebiete für den Grundwasserschutz festgelegt) enthalten sind. Darüber hinaus wurden die Fachbehörden der Kreise einbezogen. Diese fachlichen Grundlagen wurden in die Abgrenzung der oben genannten Rohstoffgebiete einbezogen. Ein pauschaler Ausschuss von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe innerhalb der Vorbehaltsgebiete für den Trinkwasserschutz (wie gefordert) wird hingegen nicht als sachgerecht angesehen. Vielmehr sind die Belange des Grundwasserschutzes im Rahmen von konkreten Genehmigungsverfahren für den Rohstoffabbau zu prüfen. Der Anregung, die in der Stellungnahme genannten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe zu verkleinern, wird nicht gefolgt.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 2.4 Binnenhochwasserschutz

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
Institution: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) Ref. RS 9 ID: M1128	Im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen weise ich darauf hin, dass mit Inkrafttreten des länderübergreifenden Bundesraumordnungsplans für den Hochwasserschutz (BRPH) am 1. September 2021 ein übergeordnetes Planwerk in das System der räumlichen Planung integriert wurde1. Der BRPH trifft Festlegungen • zur Effektivierung der raumplanerischen Hochwasservorsorge, • zur Harmonisierung raumplanerischer Standards in Deutschland; insbesondere unter Berücksichtigung der Faktoren Klimawandel und -anpassung. • zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Koordination des Hochwasserschutzes u.a. in Flusseinzugsgebieten, • zur Einführung eines risikobasierten Ansatzes in der Raumplanung und • zur Verbesserung des Schutzes Kritischer Infrastrukturen vor Überschwemmungen. Als übergeordneter Raumordnungsplan gelten die Erfordernisse der Raumordnung des BRPH auch für die Regionalplanentwürfe der Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein. Grundsätzlich sind die Erfordernisse der Raumordnung des BRPH auf eine Konkretisierung durch die Regionalplanung angelegt (siehe hierzu letzten Absatz der Präambel des BRPH). Nach § 4 Abs. 1 ROG sind die Ziele der Raumordnung des BRPH zu beachten sowie die Grundsätze der Raumordnung des BRPH bei der Erarbeitung des Regionalplanentwurfs zu berücksichtigen. Zudem weisen wir darauf hin, dass nach § 13 Abs. 1a ROG, der kürzlich in das ROG aufgenommen wurde, Raumordnungspläne nach § 13 Absatz 1 Satz 1 ROG den Zielen der Raumordnung anzupassen sind, die in den Bundesraumordnungsplänen nach § 17 ROG festgelegt wurden. Diese Regelung ist am 28.9.2023 in Kraft getreten. Wir weisen aber darauf hin, dass bereits durch § 4 Abs. 1 ROG eine Pflicht zur Beachtung von Zielen der Raumordnung für die Regionalplanung galt. Die hochwasserbezogenen Inhalte und Ausführungen der Regionalplanentwürfe stellen in Teilen eine begrüßenswerte Weiterentwicklung der aktuell gültigen Regionalplanfestlegungen dar. Dennoch besteht aus unserer Sicht Nachbesserungsbedarf hinsichtlich einzelner Festlegungen, um eine ausreichende Berücksichtigung und Beachtung der geltenden Erfordernisse der Raumordnung des	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
	BRPH zu erreichen. Der aus Sicht der Bundesraumordnung bestehende Nachbesserungsbedarf wird im Folgenden erläutert.	
ID: M1128	Zu den zeichnerischen Festlegungen Die Regionalplanentwürfe für die Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein weisen in ihren zeichnerischen Festlegungen Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz aus. Die Vorrang-gebiete werden dabei als offene Punktflächen dargestellt. Um der raumordnungsrechtlich geforderten räumlichen Konkretheit und Letztabgewogenheit besser zu entsprechen, empfehlen wir die Flächen als geschlossene Polygone darzustellen und daher um Begrenzungslinien zu ergänzen. In den Randbereichen der Vorranggebiete für den Binnenhochwasserschutz können für die Leserinnen und Leser des Regionalplans ansonsten Abgrenzungsschwierigkeiten entstehen. Dies kann dazu führen, dass unklar bleibt, ob ein Standort noch innerhalb oder bereits außerhalb eines Vorranggebiets zu verorten ist. Der Einbezug von schmalen Flächen, die einer Mindestbreite von 100 Metern nicht erreichen sowie von kleineren Flächen unter 5 Hektar (Begründung zu Ziffer (1) (Z) im Kapitel 2.4 Binnenhochwasserschutz) innerhalb der zeichnerischen Darstellung als Punktlinie, wird sehr begrüßt.	Die gewählte Signatur für die Vorranggebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz gewährleistet eine maßstabsgerechte Verortung bei guter Lesbarkeit der Karte und entspricht damit den raumordnungsrechtlichen Anforderungen eines Ziels der Raumordnung. Der Anregung wird nicht gefolgt.
ID: M1128	Die Regionalplanentwürfe für die Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein verweisen im Kapitel 2.4. Binnenhochwasserschutz neben den Anforderungen des Landesentwicklungsplans (LEP) zum Hochwasserschutz auch auf die Ziffern I. und II. des BRPH. Ein solcher Hinweis wird aus Sicht der Bundesraumordnung befürwortet, da so eine erhöhte Aufmerksamkeit der Erfordernisse des BRPH für die nachgelagerte Planungs-ebene der vorbereitenden und verbindlichen Bauleitplanung hergestellt wird. In diesem Kontext sind die einleitenden Ausführungen im Kapitel „Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt“ zum Einbezug des BRPH ebenfalls positiv zu bewerten. Wir weisen jedoch darauf hin, dass der Verweis auf den BRPH die Landes- und Regionalplanung allgemein nicht vom Konkretisierungsauftrag entbindet und die Erfordernisse der BRPH explizit auf eine Konkretisierung durch die Regionalplanung angelegt sind.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Zusätzliche Erläuterung: Die in den Regionalplänen enthaltenen Regelungen sind aus Sicht der Landesplanung in Abstimmung mit der zuständigen wasserwirtschaftlichen Fachbehörde im Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur hinreichend. Über die methodischen Ansätze und Ergebnisse zur Umsetzung der Hochwasserrichtlinie (2007/60/EG) in Schleswig-Holstein wird eine über die Einführung des Bundesraumordnungsplanes Hochwasser (BRPH) mit der Wasserwirtschaft vereinbarte 1 zu1 Umsetzung sichergestellt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
ID: M1128	**Zu Ziffer (1) (Z) des Kapitels 2.4 Binnenhochwasserschutz (Vorranggebiete)** Die Ausweisung von Vorranggebieten für den vorbeugenden Hochwasserschutz, orientiert an einem HQ100 bzw. der vorläufig gesicherten und festgesetzten Überschwemmungsgebiete, wird von unserer Seite begrüßt. Der Einbezug von Poldern und Speicherbecken unter Berücksichtigung der Ziffer G II.1.4 BRPH wird ebenfalls positiv bewertet. Wir weisen jedoch darauf hin, dass der BRPH für Überschwemmungsgebiete nach § 76 Abs. 1 WHG explizit in Ziffer II.2 weitere Festlegungen trifft, die über die Vorgaben von (1) (Z) im Kapitel 2.4 der Regionalplanentwürfe deutlich hinausgehen und daher einer Konkretisierung durch die Regionalplanung bedürfen. Ziffer II.2.1 (G) des BRPH legt fest, dass neben vorläufig gesicherten und festgesetzten auch noch nicht wasserrechtlich gesicherte Überschwemmungsgebiete auf geeignete Weise räumlich gesichert werden sollen. Nach Lesart der Begründung zu (1) (Z) im Kapitel 2.4 Binnenhochwasserschutz findet eine solche Gebietssicherung statt, da für die Ausweisung der Vorranggebiete auf die HQ100 Kulisse zurückgegriffen wird. Sofern lediglich eine raumplanerische Nachzeichnung der fachrechtlichen Gebietskategorien von festgesetzten bzw. vorläufig gesicherten Überschwemmungsgebieten stattfinden sollte, wird die Orientierung an den aktuellen HQ100-Kulissen der Hochwassergefahrenkarten, und somit an den faktischen Überschwemmungsgebieten, empfohlen. Die Raumordnung kann somit ggf. eine räumliche Sicherung der durch Hochwasser gefährdeten Gebiete noch vor der fachrechtlichen Sicherung bzw. Festsetzung erreichen. Ziffer G II.2.2 (G) des BRPH adressiert die Minimierung von Hochwasserrisiken, indem in Überschwemmungsgebieten eine Rücknahme von in Flächennutzungsplänen und Landes- bzw. Regionalplänen für die Bebauung festgelegten Gebieten geprüft wird. Zudem sollen die Umplanung und der Umbau vorhandener Siedlungen geprüft werden. Satz 1 und 2 stehen unter dem Vorbehalt der in Ziffer II.2.2 (G) Nr. 1 und 2 BRPH getroffener Ausnahmetatbestände. Die Begründung zu (1) (Z) im Kapitel 2.4 Binnenhochwasserschutz greift diesen Aspekt bereits auf und empfiehlt eine Rücknahme der Gebiete. Ebenso findet eine begrüßenswerte Flankierung der im BRPH angesprochenen, hochwasserangepassten Bauweise für die Gebiete, die nicht zurückgenommenen werden können, statt. Da diese Regeln aber nur in der Begründung zum Ziel genannt werden, wird keine Bindungswirkung erzielt. Damit die gewünschten Vorgaben rechtlich wirksam werden können, wird empfohlen, die beiden Regeln unmittelbar in den Plansatz (1) (Z) im Kapitel 2.4 Binnenhochwasserschutz zu integrieren. Ziffer II.2.3 des BRPH legt mit der Rechtsqualität eines Ziels der Raumordnung für Überschwemmungsgebiete nach § 76 Abs. 1 fest, dass Kritische Infrastrukturen mit	**Zu Ziffer (1) (Z) Kapitel 2.4 Binnenhochwasserschutz:** Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die in den Regionalplänen enthaltenen Regelungen sind aus Sicht der Landesplanung in Abstimmung mit der zuständigen wasserwirtschaftlichen Fachbehörde im Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur hinreichend. Über die methodischen Ansätze und Ergebnisse zur Umsetzung der Hochwasserrahmenrichtlinie (2007/60/EG) in Schleswig-Holstein wird eine über die Einführung des BRPH mit der Wasserwirtschaft vereinbarte 1 zu 1 Umsetzung sichergestellt. Dazu gehört auch das Thema Überschwemmungsgebiete. **Zusätzliche Erläuterung:** Bei den Gebietskategorien der wasserrechtlichen Überschwemmungsgebiete wird auf die Definitionen gemäß Wasserhaushaltsgesetz (WHG) / Landeswassergesetz (LWG)-Schleswig-Holstein und die Methode Schleswig-Holstein verwiesen. Diese Ermittlung stellt eine fachlich hinreichend genaue Kulisse als Grundlage dar. Vor dem Hintergrund der in den schleswig-holsteinischen Landschaftsräumen und in den wasserrechtlichen Überschwemmungsgebieten (Hochwasserrisikogebieten) unterschiedlichen bestehenden Verhältnissen wird diese Anforderung fachlich ins „Leere“ laufen. Vor diesem Hintergrund wird eine geforderte Bindungswirkung für den Vollzug unrealistisch sein. Der Forderung wird daher nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
	länder- oder staatsgrenzenüberschreitender Bedeutung, weitere Kritische Infrastrukturen nach BSI-Kritisverordnung sowie Anlagen und Betriebsbereiche nach Industrieemissionsrichtlinie oder SEVESO-III-Richtlinie weder geplant noch errichtet werden dürfen (zu Ausnahmeregelungen siehe Ziffer Z II.2.3 Abs. 2 BRPH). Auf den bestehenden Bestandsschutz wird hingewiesen. Eine Adressierung dieses Ziels des BRPH, welches eine strikte Beachtenspflicht auslöst, wird in den aktuellen Regionalplanentwürfen nicht hergestellt und wird hier empfohlen. Ein Verweis im Rahmen der Begründung zu (1) (Z) im Kapitel 2.4 Binnenhochwasserschutz sollte aufgenommen werden. Im Plansatz zu Ziffer (1) (Z) Kapitel 2.4 Binnenhochwasserschutz wird in den drei Regionalplanentwürfen noch nicht auf die Notwendigkeit von Bauvorsorge und hochwasserangepasstem Bauen in den städtebaulichen Bestandsgebieten eingegangen, obwohl dies der Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 LEP mit Ziffer 2.4 (3 G) - vorsieht. Danach soll der Gebäudebestand in Vorranggebieten für den Binnenhochwasserschutz möglichst hochwasserangepasst entwickelt werden. Bei bestehenden Gebäuden sollen technische und bauliche Vorsorgemaßnahmen umgesetzt werden, die das Ausmaß von Hochwasserschäden minimieren. Wenn diese zentrale Vorgabe nicht in den Regionalplänen aufgegriffen wird, ist davon auszugehen, dass im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung der Grundsatz des LEP übersehen wird. Angesichts eines bisher unzureichenden Schutzes von Gebäuden im städtebaulichen Bestand vor Hochwasserschäden und einer nach wie vor geringen Verbreitung eines hochwasserangepassten Um- und Neubau von Gebäuden in Bestandsgebieten wird angeregt, die inhaltlichen Vorgaben des LEP nach Ziffer 2.4 (3 G) möglichst als einen eigenen Grundsatz der Raumordnung kurz nach dem Plansatz zu Ziffer (1) (Z) Kapitel 2.4 Binnenhochwasserschutz aufzunehmen. **Unterlassene Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für den Hochwasserschutz** Im Kontext der Vorranggebietsausweisung ist auch auf die in den Regionalplanentwürfen für die Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein unterlassene Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für den Hochwasserschutz kritisch hinzuweisen. Im Sinne einer guten Praxis des vorsorgenden Hochwasserschutzes durch die	**Ziffer G II.2.2 (G) des BRPH:** Ziffer G II.2.2 (G) des BRPH richtet sich zum einen an die Raumordnung und zum anderen an die Gemeinden. Mit dem bereits in der Begründung enthaltenen Verweis wird dem BRPH diesbezüglich hinreichend Rechnung getragen. **Ziffer II.2.3 des BRPH:** Der Anregung wird gefolgt. Die Begründung wird entsprechend ergänzt. **Ziffer II.2.4 des BRPH:** Der Anregung wird nicht gefolgt. Die Regionalpläne sind grundsätzlich mit dem LEP zusammen zu lesen. Auf reine Wiederholungen des LEP wird zu Gunsten eines schlanken Regelwerks verzichtet. **Zu unterlassener Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für den Hochwasserschutz:** Die in den Regionalplänen enthaltenen Regelungen basieren auf den aktuell vorhandenen fachlichen Grundlagen der Wasserwirtschaft in Schleswig-Holstein, die seitens der Regionalplanung entsprechend berücksichtigt werden. Darüber hinausgehende Regelungen sind derzeit nicht möglich. **Begründung:** Die vorhandene Hochwasserabwehrinfrastruktur (Deiche, Schöpfwerke, Speicher) der Wasser- und Bodenverbände (WBV) dient der hinreichenden Minderung der Hochwasserrisiken. Die in den Teileinzugsgebieten der geschaffenen Hochwasserabwehrinfrastrukturen verbleibenden Restrisiken gelten als beherrschbar und werden als gesellschaftlich akzeptiert bewertet.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
	Regionalplanung, wie sie bereits im Jahr 2000 durch den Beschluss der Ministerkonferenz der Raumordnung zwischen Bund und Ländern vereinbart worden ist, sollte neben einer Sicherung der Überschwemmungsgebiete über die Ausweisung von Vorranggebieten, auch ausreichend für Hochwasservorsorge für Risikogebiete außer-halb von Überschwemmungsgebieten (§ 78b WHG) durch die Festlegung von Vorbehaltsgebieten für den Hochwasserschutz gesorgt werden (3:Siehe hierzu auch: [redacted]: Handlungsanleitung zur Hochwasservorsorge und zum Hochwasserschutz in der Raumordnungs- und in der Bauleitplanung sowie bei der Zulassung von Einzelbauvorhaben. Stand: 26.11.2018. https://www.bauministerkonferenz.de/Dokumente/42322160.pdf (letzter Abruf: 06.11.2023). Der gültige Landesentwicklungsplan für Schleswig-Holstein aus dem Jahr 2021 sieht neben der Möglichkeit zur Ausweisung von Vorranggebieten auch die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für den Hochwasserschutz vor, um unter anderem auch der Gefährdung hinter Hochwasserschutzanlagen raumordnerisch begegnen und Schadensrisiken minimieren zu können (3 G, Kapitel 6.5 Binnenhochwasserschutz). Der Generalplan Binnenhochwasserschutz und Hochwasserrückhalt des Landes Schleswig-Holsteins verweist ebenfalls ausdrücklich auf das raumordnerische Instrument der Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für den Hochwasserschutz. Ein Verzicht auf eine Ausweisung von Vorbehaltsgebieten sollte heute nicht mehr auf fehlende Daten zurückgeführt werden müssen. Dies ist allerdings in Schleswig-Holstein der Fall. Die fehlende Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für den Binnenhochwasserschutz geht ausschließlich auf die unzureichende Datengrundlage der Hochwassergefahrenkarten des Landes zurück. Beim letzten Aktualisierungszyklus der Hochwassergefahrenkarten wurde die Darstellung von Hochwasserrisikogebieten massiv zurückgenommen. In keinem anderen Land erfolgte im Rahmen des Aktualisierungszyklus eine so erhebliche Verkleinerung der Hochwasserrisikogebietskulisse wie im Land Schleswig-Holstein. Aufgrund der fehlenden Darstellung von Hochwasserrisikogebieten konnten keine Vorbehaltsgebiete für den Binnenhochwasserschutz in den Regionalplanentwürfen dargestellt werden. Die Landes- und Regionalplanung in Schleswig-Holstein sollte deshalb – soweit möglich – von der zuständigen obersten Wasserbehörde verlangen, im nächsten Zyklus der Aktualisierung der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten, die Methodik zur Identifizierung der Hochwasserrisikogebiete an die in anderen Ländern praktizierte Methodik anzupassen. Nach erfolgter Neuabgrenzung der Hochwasserrisikogebieten könnte im Zuge der Überarbeitung (der Entwürfe) der Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III eine	Die im 1. Berichtszyklus zur Umsetzung der Hochwasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein für das Flusshochwasser (Binnenhochwasserschutz) lediglich teilweise dargestellten „geschützten Gebiete“ = Hochwasserrisikogebiete = Vorbehaltsgebiete wurden im zweiten Zyklus der Hochwasserrahmenrichtlinie nicht mehr dargestellt. Stattdessen ist die fachliche Auseinandersetzung auf das gesamte Aufgabengebiet der Wasser- und Bodenverbände zum Thema Binnenhochwasserschutz / Hochwasserrisikomanagement (HWRM) ausgeweitet worden. Diese Kulisse ist im Rahmen der „Niederungsstrategie Schleswig-Holstein“ in der weiteren Vorgehensweise, allerdings nicht mehr eng in den Bezug zum Hochwasserrisikomanagement (HWRM) gestellt worden. Somit ist die Grundlage für Vorbehaltsgebiete = Hochwasser-Risikogebiete nicht mehr gegeben. Aktuell sind im Ergebnis die Schwerpunkte der Hochwasserrisikogebiete-Flusshochwasser ohne und mit technischem Hochwasserschutz (Hochwasserabwehrinfrastrukturen) wie folgt definiert: ⇨ Überschwemmungsgebiete per Landesverordnung ⇨ Überschwemmungsgebiete per Legaldefinition (Vorland: Gewässer und Binnendeiche / Hochwasserschutzanlagen) ⇨ Erforderliche Hochwasser-Rückhalteräume

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
	Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für den Binnenhochwasserschutz nachgeholt werden. Auch in den Risikogebieten außerhalb von Überschwemmungsgebieten ist die Gefahr durch Hochwasser und damit das Risiko materieller und immaterieller Schäden an Leib und Leben gegeben. Eine Berücksichtigung der Risikogebiete durch eine Ausweisung von Vorbehaltsgebieten wird deshalb angeregt (siehe hierzu auch Fußnote 3). Für die Risikogebiete außerhalb von Überschwemmungsgebieten bestimmt der BRPH die Grundsatzfestlegung nach Ziffer II.3, um den Schutz bestimmter Kritischer Infrastrukturen vor Hochwasserschäden zu verbessern. Neben Kritischen Infrastrukturen mit länder- oder staatsgrenzenüberschreitender Bedeutung und Kritischen Infrastrukturen nach BSI-Kritisverordnung sollen in Risikogebieten außerhalb von Überschwemmungsgebieten bauliche Anlagen, die ein komplexes Evakuierungsmanagement erfordern, grundsätzlich weder geplant noch zugelassen werden. Bei Letzteren handelt es sich beispielsweise um Kindergärten, Seniorenunterkünfte oder Wohnheime für Menschen mit Behinderungen. Die starke Gefährdung solcher baulichen Anlagen wurde leider während der dramatischen Flutereignisse im Einzugsgebiet der Ahr im Juli 2021 sichtbar. In einer Pflegeeinrichtung der Gemeinde Sinzig verloren zwölf Personen ihr Leben, da die erforderliche komplexe Evakuierung des Wohnheims für Menschen mit Behinderung nicht mehr möglich war. Um derartigen Schäden an Leib und Leben von hilfsbedürftigen Personen abzuwenden, ist eine vorausschauende Planung dieser baulichen Anlagen notwendig, die alle bekannten Hochwasserrisiken einbezieht. Aufgrund der großen praktischen Bedeutung, die dieser Grundsatz insbesondere für die kommunale Bauleitplanung hat, weil viele Gemeinden und Städte nach wie vor Einrichtungen der sozialen Infrastruktur, die ein komplexes Evakuierungsmanagement im Katastrophenfall erfordern, in Risikogebieten planen, wären konkretisierende Vorgaben zu dieser Thematik für die Planungsräume I, II und III sinnvoll. Voraussetzung hierfür ist allerdings die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für Binnenhochwasserschutz in den überarbeiteten Regionalplanentwürfen. Nur so kann auf den nachgelagerten Planungsebenen eine erhöhte Sichtbarkeit des Vorsorgebedarfs und die Notwendigkeit der Findung eines hochwassersicheren Standortes verdeutlicht werden. Nachdrücklich wird deshalb die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für die Verbesserung der Risikovorsorge gegenüber Hochwasserereignissen, z. B. orientiert an einem HQextrem, für die Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein empfohlen. **Zu 2 G des Kapitels 2.4 Binnenhochwasserschutz**	Der räumliche Schwerpunkt der Überschwemmungsgebiete per Landesverordnung liegt an den Nebengewässern der Elbe, wo Überschwemmungsgebiete an der Stör, Krückau, Pinnau, Alster und Bille festgesetzt sind. Darüber hinaus besteht ein Überschwemmungsgebiet an der Trave. Die Westküste ist dagegen durch die Binnendeiche (Hochwasserabwehrinfrastrukturen) in den Niederungsgebieten und damit durch Überschwemmungsgebiete per Legaldefinition geprägt. **Zu 2 G des Kapitels 2.4 Binnenhochwasserschutz:** Der Empfehlung / Anregung wird nicht gefolgt, da die in Ziffer 2.4 (2) (G) genannten Maßnahmen nicht konkret räumlich verortet werden können. Daher wird an einer rein textlichen Regelung festgehalten. Die Empfehlungen werden zur Kenntnis genommen. **Zu Ziffer II 1.2** Eine zusätzliche Sicherung von Räumen hinter den Hochwasserschutz-Anlagen (Binnendeichen) gibt es in Schleswig-Holstein nicht. Das kann grundsätzlich über fehlende Ausbauprogramme begründet werden. Im Fazit gibt es keinen fachlichen Rahmen wie im Küstenschutz, mit dem zugrundeliegenden Fachplan Generalplan Küstenschutz Schleswig-Holstein. Über den Generalplan Binnenhochwasserschutz Schleswig-Holstein wird das nicht thematisiert.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
	Unter Festlegung nach Ziffer 2.4 (2) (G) der Regionalplanentwürfe der Planungsräume I, II und III werden unterschiedliche Maßnahmen für die Wiedergewinnung von Rückhalteflächen adressiert. Räumliche Sicherungen unterschiedlicher Raumnutzungen und Raumfunktionen werden ebenfalls unter Ziffer II.1 BRPH für die Einzugsgebiete nach § 3 Nummer 13 WHG getroffen. Aus Sicht der Bundesraumordnung wird empfohlen, die Gebiete mit Hilfe raumordnerische Gebietskategorien (Vorrang- oder Vorbehaltsgebiet) räumlich zu sichern, um eine unmittelbare Bindungswirkung für die nachgelagerten Planungsebenen zu entfalten. Der BRPH spricht, neben der bereits erwähnten Festlegung II.1.4 BRPH (siehe zu Ziffer 2.4 (1) (Z)), zusätzlich die folgenden Aspekte an: • Ziffer II.1.2 (Z) BRPH formuliert die Sicherung von Räumen hinter Hochwasserschutzanlagen, welche für die Verstärkung der Anlagen oder die Rückverlegung von Deichen notwendig ist und somit von entgegenstehenden Nutzungen und Funktionen freizuhalten sind. • Ziffer II.1.5 (G) BRPH legt die Sicherung von Räumen für Renaturierungsmaßnahmen an Gewässern fest, sofern diese dem Hochwasserschutz zuträglich sind. • Ziffer II.1.6 (G) BRPH adressiert die räumliche Sicherung von noch nicht im Bau oder Betrieb befindliche Maßnahmen des Nationalen Hochwasserschutzprogramms (NHWSP). Es wird daher empfohlen, bei der Abgrenzung von Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten für den Hochwasserschutz die genannten Erfordernisse des BRPH einfließen zu lassen. Eine Berücksichtigung der genannten Aspekte kann zurzeit anhand der Ausführungen in den Regionalplanentwürfen nicht entnommen werden.	**Zu Ziffer II 1.5** In den an den Fließgewässern vorhandenen und überwiegend identischen Bewertungskulissen für die Umsetzung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie (unter anderem Renaturierungen) und der Ziele der Hochwasserrahmenrichtlinie (unter anderem Hochwasserrückhalt und technischer Hochwasserschutz) sind die Ziele im Einzelfall gegeneinander abzuwägen. Vor dem Hintergrund der bereits beschriebenen Verhältnisse in den Landschaftsräumen Schleswig-Holsteins gibt es keine festgeschriebenen Kulissen. **Zu Ziffer II 1.6** In Schleswig-Holstein gibt es keine Maßnahmen, die über das Nationalen Hochwasserschutzprogramm finanziert werden.
ID: M1128	**Zum risikobasierten Ansatz im vorbeugenden Hochwasserschutz in der Regionalplanung** Als zentrales Element des BRPH erzeugt das Ziel der Raumordnung nach Ziffer I.1.1 für die Regionalplanentwürfe der Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein einen verbindlichen Prüfauftrag. Insoweit ist eine ergebnisoffene Prüfung verbindlich vorgeschrieben.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und nicht weiter befolgt. **Begründung:** Basis für das fachliche Handeln der Wasserwirtschaft in Schleswig-Holstein in Bezug auf die Hochwasservorsorge bildet die am 26. November 2007 in Kraft getretene Richtlinie 2007/60/EG des

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
	Die Regionalplanung ist aufgefordert, im Rahmen der vorzunehmenden Risikoabschätzung von zukünftig möglichen und in der Vergangenheit bereits eingetretenen Hochwasserereignissen, die konkreten Empfindlichkeiten und Schutzwürdigkeiten von Raumnutzungen und Raumfunktionen des Bestandes sowie der geplanten Raumnutzungen und Raumfunktionen gegenüber Überschwemmungen für die Teilräume der Planungsregion zu ermitteln (4: Zum risikobasierten Ansatz des vorbeugenden Hochwasserschutzes in der Regionalplanung siehe auch [redacted] (Hrsg.) (2022): Risikobasierter Hochwasserschutz in der Regionalplanung. Positionspapier Nr. 138. https://shop.arl-net.de/risikobasierter-hochwasserschutz.html, letzter Zugriff am 19.10.2023). Neben der räumlichen Abgrenzung von Überschwemmungs- und Risikogebieten sollen dabei die Parameter Fließgeschwindigkeit und Wassertiefe einbezogen werden, um Gefahrenlagen besser zu erkennen und dadurch eine realistischere Risikoabschätzung vollziehen zu können. Die räumliche Planung ist aufgefordert nicht nur die Wahrscheinlichkeit des Eintritts (HQ100, HQextrem) zu berücksichtigen, sondern ebenfalls die weiterführenden Informationen der Gefahrenlage (Wassertiefe, Fließgeschwindigkeit) einzubeziehen. Die benötigten Informationen sind aus den vorliegenden Hochwassergefahrenkarten und den Hochwasserrisikokarten sowie ggf. weiteren bei öffentlichen Stellen verfügbaren Daten zu entnehmen. Raumabgrenzungen oder textliche Festlegungen auf dieser Datengrundlage können beispielsweise Gebiete adressieren, die eine gewisse Überflutungstiefe und/oder Strömungsgeschwindigkeit überschreiten und somit einer besonderen Gefährdung ausgesetzt sind. Besonders vulnerable Raumfunktionen und Raumnutzungen könnten in derartigen Gebieten ausgeschlossen werden. Die benötigten Informationen sind aus den vorliegenden Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten in Schleswig-Holstein allerdings nur eingeschränkt zu entnehmen. So sind in den Gefahrenkarten zwar Angaben zu konkreten Einstautiefen des Hochwassers enthalten, dafür fehlen Angaben zur Fließgeschwindigkeit. Da sich aber erst aus der Berücksichtigung beider Faktoren die Hochwassergefahr ableiten lässt, sollte die Landes- und Regionalplanung – soweit möglich – von der Wasserwirtschaft verlangen, diese wichtige Information – deren Ermittlung mittlerweile Standard bei der Hochwassermodellierung ist – im nächsten Aktualisierungszyklus der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten mit aufzunehmen. Die Umsetzung des risikobasierten Ansatzes gemäß Z I.1.1 des BRPH bedarf grundlegend folgender Schritte:	Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken (Hochwasserrahmenrichtlinie) sowie das zum 1. März 2010 entsprechend geänderte Wasserhaushaltsgesetz des Bundes (WHG). Die methodischen Ansätze und Ergebnisse zur Umsetzung der Hochwasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein werden beispielsweise in den Hochwasserrisikomanagementplänen der drei Flussgebietseinheiten für den Zeitraum 2021-2027 beschrieben. Der methodische Ansatz einer 1 zu 1 Umsetzung der Hochwasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein wurde über das KOM-Assessment zum 1. Berichtszyklus im Jahre 2018 und zum 2. Berichtszyklus im Jahre 2023 bestätigt. Es wird darauf hingewiesen, dass es trotz oder gerade wegen der Forschung in Deutschland, kein normiertes Standardverfahren zur Ermittlung des Hochwasser-Risikos beziehungsweise der Schadenspotenziale gibt. Schleswig-Holstein hat in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Hamburg ein eigenes Verfahren entwickelt, das die Verhältnisse in Schleswig-Holstein abbildet. Parameter, die zur Erfüllung der EU-Berichtspflichten der Hochwasserrahmenrichtlinie und zur Festsetzung von Überschwemmungsgebieten erforderlich sind, sind den methodischen Ansätzen und Empfehlungen zu entnehmen. Darüberhinausgehende Parameter können nicht zur Verfügung gestellt werden. Methodische Ansätze beinhalten regionale Besonderheiten und sind deutschlandweit fachlich nicht grundsätzlich vereinbar. So sind in Schleswig-Holstein Fließgeschwindigkeiten unter anderem nicht

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
	• die systematische Prüfung der Hochwasserrisiken in der Planungsregion auf der Grundlage der beschriebenen Daten und unter Einbeziehung der Wahrscheinlichkeit des Eintritts von Hochwasserereignissen, ihrem räumlichen und zeitlichen Ausmaß und der ermittelten Wassertiefe und Fließgeschwindigkeit, • die Analyse der Vulnerabilität bestehender und geplanter Raumfunktionen und Raumnutzungen gegen-über Überschwemmungen in Folge von Starkregen und Flusshochwasser, • die Ableitung der textlichen und zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfs aus den Ergebnissen der Risiko- und Vulnerabilitätsanalyse. Ausgehend vom Hochwasserrisiko und der ermittelten Schutzwürdigkeit der identifizierten Schutzgüter sind die konkreten Festlegungen des Regionalplans abzuleiten. In folgenden Dokumenten wird umsetzungsorientiert gezeigt, wie ein risikobasierter Ansatz beim Hochwasserschutz in der Regionalplanung verwirklicht werden kann, der in Übereinstimmung mit dem Ziel I.1.1 BRPH steht. Siehe hierzu: • Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2020): Vorsorgendes Risikomanagement in der Regionalplanung. Handlungshilfe für die Regionalplanung. Bonn: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2020/risikoma-nagement-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2 • Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) (Hrsg.) (2017): Handbuch zur Ausgestaltung der Hochwasservorsorge in der Raumordnung. In: MORO Praxis, Heft 10, Berlin: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/ministerien/moro-praxis/2017/moro-praxis-10-17-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2 Es wird daher angeregt, den risikobasierten Ansatz bereits auf Ebene der Regionalplanung umzusetzen. Wie Festlegungen in Regionalplänen getroffen werden können, die sich mit einer risikobasierten Betrachtung auseinandersetzen, verdeutlichen der Regionalplan Oberes Elbtal/Osterzgebirge (5: Regionalplan Oberes Elbtal/Osterzgebirge, 2. Gesamtfortschreibung 2020 https://rpv-elbtalosterz.de/regionalplanung/regionalplan-2020 (letzter Zugriff am 19.10.2023)) und der Regionalplan Westsachsen (6: Regionalplan Leipzig-Westsachsen 2021 https://www.rpv-	EU-berichtsrelevant und vergleichsweise zu Mittel- und Hochgebirgsländern vernachlässigbar. Die Darstellung der Wassertiefe gehört neben der Ausdehnung zu den Grundsatzparametern der Gefahren und ist daher als entscheidendes Kriterium für die Abgrenzung von Gebieten zu ermitteln. Die KOM hat im Rahmen aller bisherigen Assessments die Methode und die Ergebnisse aus Schleswig-Holstein für die Hochwasserrahmenrichtlinie in Deutschland beispielhaft genannt. **<u>Zur Stellungnahme insgesamt:</u>** Zur weiteren Umsetzung des BRPH strebt die Landesplanung einen weiteren Austausch mit den zuständigen Fachbehörden, insbesondere auf Landesebene sowie mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, an.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
	westsachsen.de/regionalplan-leipzig-westsachsen/ (letzter Zugriff am 19.10.2023). Beide Pläne eignen sich aufgrund ihrer differenzierten und umfangreichen Auseinandersetzung auch für weitere beispielhafte Umsetzungsmöglichkeiten der Anforderungen des fachlich erforderlichen Hochwasserschutzes in der räumlichen Planung.	
Institution: Kreisverwaltung Nordfriesland, Kreisverwaltung Nordfriesland ID: 1099	Untere Wasserbehörde: A|s Vorranggebiet für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz sind 1 zu 1 die Risikogebiete nach HWRL übernommen worden, das ist soweit OK. Allerdings ist die landesseitige Beschränkung auf die Gewässerflächen samt Vorland zwischen den Binnendeichen im Risikoplan zu kurz gegriffen. Auf Grund des Klimawandels ist absehbar, dass an vielen Gewässersystemen weitere Flächen für den Hochwasserschutz benötigt werden. Die bislang festgesetzten Flächen sind nicht ausreichend, um mittelfristig den Binnenhochwasserschutz zu gewährleisten. Unbedeichte Gewässer sind nicht betrachtet und für bedeichte Gewässer ist nur der Status quo, nicht aber ein Blick in die Zukunft hinsichtlich möglicher Folgen von Klimaänderungen berücksichtigt. Insofern sind die Inhalte der geltenden Hochwassergefahrenkarten als unzureichend zu bewerten, weil sie die tatsächliche Gefahren von Hochwasserereignissen insbesondere in bedeichten Gebieten nicht umfassend genug betrachten. Die Datengrundlage der Hochwasserrisikomanagementrichtlinie ist zu ungenügend, als dass der Regionalplan darauf basierend hinreichende Aussagen für die räumliche Steuerung treffen könnte. Insofern wird die grundsätzliche Überarbeitung dieser Datengrundlage gefordert. Ferner wird eine Auseinandersetzung des Regionalplanes mit den Vorgaben der „Strategie für die Zukunft der Niederungen bis 2100“ für erforderlich gehalten. Der derzeitige Kenntnisstand deutet bereits an, dass sich hieraus weitere raumbedeutsame Vorgaben ergeben werden. Es sollten insofern bereits jetzt Grundlagen zur räumlichen Steuerung in den Regionalplan aufgenommen werden, um notwendige Flächenbedarfe zu sichern und kenntlich zu machen, um darüber dann eine verbesserte Umsetzung der Strategie zu ermöglichen. Dem Gestaltungsauftrag des Regionalplanes wird diesbezüglich nicht nachgekommen.	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Begründung: Es wird auf die Vorgaben des LEP 2021 verwiesen (Kapitel 6.5), die den Rahmen für die Ausweisungen in den Regionalplänen bilden. Ergänzend wird auf die Methodik für die Umsetzung der Hochwasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein hingewiesen: Basis für das fachliche Handeln der Wasserwirtschaft in Schleswig-Holstein in Bezug auf die Hochwasservorsorge bildet die am 26. November 2007 in Kraft getretene Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken (Hochwasserrahmenrichtlinie) sowie das zum 1. März 2010 entsprechend geänderte Wasserhaushaltsgesetz des Bundes (WHG). Die methodischen Ansätze und Ergebnisse zur Umsetzung der Hochwasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein werden in den Hochwasserrisikomanagementplänen der drei Flussgebietseinheiten für den Zeitraum 2021-2027 beschrieben. In den bisherigen 1. und 2. Hochwasserrahmenrichtlinie-Zyklen sind in Schleswig-Holstein bei jeweils allen drei Bearbeitungsschritten • Bestimmung der Gebiete mit potentiell signifikanten Hochwasser-Risiken

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
		• Hochwasser-Gefahrenkarten und Hochwasser-Risikokarten • Hochwasser-Risikomanagementpläne umfangreiche Beteiligungsverfahren durchgeführt worden. Zu Themen, wie zusätzliche Hochwasserrückhalteräume und Klimaanpassungsstrategien, wurden gesonderte umfangreiche Beteiligungsverfahren durchgeführt. Im Ergebnis sind lediglich die bei den Wasser- und Bodenverbände (WBV) vorhandenen oder vom Land bestimmten Kulissen zum Hochwasser-Risikomanagement bestätigt worden. Die Hochwasserrisikomanagement-Pläne sind 2015 und 2021 behördenverbindlich eingeführt worden. Erfolgreiche Assessment-Berichte der EU-KOM liegen vor. Die Kritik von der unteren Wasserbehörde des Kreises Nordfriesland ist dem Land bekannt. **Zur Niederungsstrategie Schleswig-Holstein:** Die im 1. Berichtszyklus zur Umsetzung der Hochwasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein für das Flusshochwasser (Binnenhochwasserschutz) lediglich teilweise dargestellten „geschützten Gebiete“ = Hochwasserrisikogebiete = Vorbehaltsgebiete wurden im zweiten Zyklus der Hochwasserrahmenrichtlinie nicht mehr dargestellt. Stattdessen ist die fachliche Auseinandersetzung auf das gesamte Aufgabengebiet der Wasser- und Bodenverbände zum Thema Binnenhochwasserschutz

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
		/ Hochwasserrisikomanagement (HWRM) ausgeweitet worden. Diese Kulisse ist im Rahmen der „Niederungsstrategie Schleswig-Holstein“ in der weiteren Vorgehensweise, allerdings nicht mehr eng in den Bezug zum Hochwasserrisikomanagement (HWRM) gestellt worden. Somit ist die Grundlage für die Übernahme einer Flächenkulisse der Niederungsstrategie im Rahmen von Vorbehaltsgebieten für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz nicht mehr gegeben. Die vorhandene Hochwasserabwehrinfrastruktur (Deiche, Schöpfwerke, Speicher) der Wasser- und Bodenverbände (WBV) dient der hinreichenden Minderung der Hochwasserrisiken. Die in den Teileinzugsgebieten der geschaffenen Hochwasserabwehrinfrastrukturen verbleibenden Restrisiken gelten als beherrschbar und werden als gesellschaftlich akzeptiert bewertet.
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND Landesverband Schleswig-Holstein e. V. **ID: 1072**	**2.4 Binnenhochwasserschutz** Im Planentwurf sind als Vorranggebiet für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz lediglich bestehende Speicher-Gewässer aufgeführt. Vorgaben aus der „Strategie für die Zukunft der Niederungen bis 2100“ sind nicht übernommen worden. Auch wenn die Strategie erst im Entwurf vorliegt, ist bereits jetzt abzusehen, dass weitere raumbedeutsame Flächen für den Binnenhochwasserschutz benötigt werden. Nur die Erwähnung, dass Maßnahmen wie Deichrückverlegungen und die Schaffung von weiteren Retentionsflächen ermöglicht werden sollen, ist nicht ausreichend.	Es wird auf die Vorgaben des LEP 2021 verwiesen (Kapitel 6.5), die den Rahmen für die Ausweisungen in den Regionalplänen bilden. Basis für das fachliche Handeln der Wasserwirtschaft in Schleswig-Holstein in Bezug auf die Hochwasservorsorge bildet die am 26. November 2007 in Kraft getretene Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken (Hochwasserrichtlinie - HWRL) sowie das zum 1. März

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
		2010 entsprechend geänderte Wasserhaushaltsgesetz des Bundes (WHG). Die methodischen Ansätze und Ergebnisse zur Umsetzung der HWRL in Schleswig-Holstein werden beispielsweise in den Hochwasserrisikomanagementplänen der drei Flussgebietseinheiten für den Zeitraum 2021-2027 beschrieben. In den bisherigen 1. und 2. HWRL-Zyklen sind in Schleswig-Holstein bei jeweils allen drei Bearbeitungsschritten • Bestimmung der Gebiete mit potentiell signifikanten Hochwasser-Risiken • Hochwasser-Gefahrenkarten und Hochwasser-Risikokarten • Hochwasser-Risikomanagementpläne umfangreiche Beteiligungsverfahren durchgeführt worden. Zu Themen, wie zusätzliche Hochwasserrückhalteräume und Klimaanpassungsstrategien, wurden gesonderte umfangreiche Beteiligungsverfahren durchgeführt. Im Ergebnis sind lediglich die bei den Wasser- und Bodenverbände (WBV) vorhandenen oder vom Land bestimmten Kulissen zum Hochwasser-Risikomanagement bestätigt worden. Die Hochwasserrisikomanagement-Pläne sind 2015 und 2021 behördenverbindlich eingeführt worden. **Zur Niederungsstrategie Schleswig-Holstein:**

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
		Die im 1. Berichtszyklus zur Umsetzung der Hochwasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein für das Flusshochwasser (Binnenhochwasserschutz) lediglich teilweise dargestellten „geschützten Gebiete“ = Hochwasserrisikogebiete = Vorbehaltsgebiete wurden im zweiten Zyklus der Hochwasserrahmenrichtlinie nicht mehr dargestellt. Stattdessen ist die fachliche Auseinandersetzung auf das gesamte Aufgabengebiet der Wasser- und Bodenverbände zum Thema Binnenhochwasserschutz/Hochwasserrisikomanagement (HWRM) ausgeweitet worden. Diese Kulisse ist im Rahmen der „Niederungsstrategie Schleswig-Holstein“ in der weiteren Vorgehensweise, allerdings nicht mehr eng in den Bezug zum Hochwasserrisikomanagement (HWRM) gestellt worden. Somit ist die Grundlage für die Übernahme einer Flächenkulisse der Niederungsstrategie im Rahmen von Vorbehaltsgebieten für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz nicht mehr gegeben. *Die vorhandene Hochwasserabwehrinfrastruktur (Deiche, Schöpfwerke, Speicher) der Wasser- und Bodenverbände (WBV) dient der hinreichenden Minderung der Hochwasserrisiken. Die in den Teileinzugsgebieten der geschaffenen Hochwasserabwehrinfrastrukturen verbleibenden Restrisiken gelten als beherrschbar und werden als gesellschaftlich akzeptiert bewertet* Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Kreises Schleswig-	Ziffer 2.4 Binnenhochwasserschutz	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
Flensburg, Fachdienst Umwelt ID: M1123	Im Regionalplan wurden nur bereits bestehende Überschwemmungs- und Hochwasserrisikogebiete benannt. Auf Grund des Klimawandels ist absehbar, dass an vielen Gewässersystemen weitere Flächen für den Hochwasserschutz benötigt werden. Die bislang festgesetzten Flächen sind nicht ausreichend, um mittelfristig den Binnenhochwasserschutz zu gewährleisten. Sehr wahrscheinlich werden beispielsweise im Bereich der Gemeinde Hollingstedt (vermutlich eher auf nordfriesischer Seite) weitere Polderflächen benötigt. Insgesamt sind im Bereich der Treene zu wenig Flächen für den Binnenhochwasserschutz festgesetzt. Darüber hinaus ist der bestehende Polder Stapel nicht als Vorranggebiet für Binnenhochwasserschutz festgesetzt. Der Polder ist wasserrechtlich nicht genehmigt, wird aber über eine Überlaufschwelle planmäßig bei hohen Treenewasserständen genutzt. Retentionsflächen an den Oberläufen die Gewässer fehlen komplett. Erste klimabedingte Veränderungen der Niederschlagsmuster sind bereits eingetreten. Daher sollten weitere Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz benannt werden. Ergänzend hält der Kreis eine Auseinandersetzung des Regionalplans mit den Vorgaben der „Strategie für die Zukunft der Niederungen bis 2100“ für erforderlich. Der derzeitige Kenntnisstand deutet bereits an, dass sich hieraus raumbedeutsame Vorgaben ergeben werden. Folglich wäre es aus Sicht des Kreises ratsam, bereits Grundlagen im Regionalplan zu setzen, damit die Umsetzung der Strategie ermöglicht werden kann.	Es wird auf die Vorgaben des LEP 2021 verwiesen (Kapitel 6.5), die den Rahmen für die Ausweisungen in den Regionalplänen bilden. Ergänzend wird auf die Methodik für die Umsetzung der Hochwasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein hingewiesen: Basis für das fachliche Handeln der Wasserwirtschaft in Schleswig-Holstein in Bezug auf die Hochwasservorsorge bildet die am 26. November 2007 in Kraft getretene Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken (Hochwasserrahmenrichtlinie) sowie das zum 1. März 2010 entsprechend geänderte Wasserhaushaltsgesetz des Bundes (WHG). Die methodischen Ansätze und Ergebnisse zur Umsetzung der Hochwasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein werden beispielsweise in den Hochwasserrisikomanagementplänen der drei Flussgebietseinheiten für den Zeitraum 2021-2027 beschrieben. In den bisherigen 1. und 2. HWRL-Zyklen sind in Schleswig-Holstein bei jeweils allen drei Bearbeitungsschritten • Bestimmung der Gebiete mit potentiell signifikanten Hochwasser-Risiken • Hochwasser-Gefahrenkarten und Hochwasser-Risikokarten • Hochwasser-Risikomanagementpläne umfangreiche Beteiligungsverfahren durchgeführt worden.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
		Zu Themen, wie zusätzliche Hochwasserrückhalteräume und Klimaanpassungsstrategien, wurden gesonderte umfangreiche Beteiligungsverfahren durchgeführt. Im Ergebnis sind lediglich die bei den Wasser- und Bodenverbände (WBV) vorhandenen oder vom Land bestimmten Kulissen zum Hochwasser-Risikomanagement bestätigt worden. Die Hochwasserrisikomanagement-Pläne sind 2015 und 2021 behördenverbindlich eingeführt worden. Die Kritik von der unteren Wasserbehörde des Kreises Schleswig-Flensburg ist dem Land bekannt. Hinsichtlich des erkannten Regelungsbedarfes für den Polder Stapel wird auch auf die Möglichkeiten im Rahmen der Zuständigkeit der unteren Wasserbehörde verwiesen. **Zur Niederungsstrategie Schleswig-Holstein:** Die im 1. Berichtszyklus zur Umsetzung der Hochwasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein für das Flusshochwasser (Binnenhochwasserschutz) lediglich teilweise dargestellten „geschützten Gebiete“ = Hochwasserrisikogebiete = Vorbehaltsgebiete wurden im zweiten Zyklus der Hochwasserrahmenrichtlinie nicht mehr dargestellt. Stattdessen ist die fachliche Auseinandersetzung auf das gesamte Aufgabengebiet der Wasser- und Bodenverbände zum Thema Binnenhochwasserschutz/Hochwasserrisikomanagement (HWRM) ausgeweitet worden. Diese Kulisse ist im Rahmen der „Niederungsstrategie Schleswig-Holstein“ in der weiteren Vorgehensweise, allerdings nicht mehr eng in den Bezug zum

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
		Hochwasserrisikomanagement (HWRM) gestellt worden. Somit ist die Grundlage für die Übernahme einer Flächenkulisse der Niederungsstrategie im Rahmen von Vorbehaltsgebieten für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz nicht mehr gegeben.
Institution: Amt Oeversee, Gemeinden Oeversee, Sieverstedt und Tarp **ID: M1120**	B zu 2 S. 38 Es sollte bei der Prüfung von Polderlösung konkretisiert werden, dass der südliche Verlauf der Treene betroffen ist.	Dem Hinweis wird nicht gefolgt, da eine weitere räumliche Konkretisierung nicht für erforderlich gehalten wird.
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Kreisgruppe Nordfriesland **ID: M1096**	Teil B, 2.4 Binnenhochwasserschutz Im Regionalplan sind als Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz lediglich bestehende Speicher-Gewässer aufgeführt. Vorgaben aus der „Strategie für die Zukunft der Niederungen bis 2100“ sind nicht übernommen worden. Auch wenn die Strategie erst im Entwurf vorliegt, ist bereits jetzt abzusehen, dass weitere raumbedeutsame Flächen für den Binnenhochwasserschutz benötigt werden. Nur die Erwähnung, dass Maßnahmen wie Deichrückverlegungen und die Schaffung von weiteren Retentionsflächen ermöglicht werden sollen ist nicht ausreichend.	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Es wird auf die Vorgaben des LEP 2021 verwiesen (Kapitel 6.5), die den Rahmen für die Ausweisungen in den Regionalplänen bilden. Ergänzend wird auf die Methodik für die Umsetzung der Hochwasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein hingewiesen: Basis für das fachliche Handeln der Wasserwirtschaft in Schleswig-Holstein in Bezug auf die Hochwasservorsorge bildet die am 26. November 2007 in Kraft getretene Richtlinie 2007/60/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über die Bewertung und das Management von Hochwasserrisiken (Hochwasserrahmenrichtlinie) sowie das zum 1. März 2010 entsprechend geänderte Wasserhaushaltsgesetz des Bundes (WHG). Die methodischen Ansätze und Ergebnisse zur Umsetzung der Hochwasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein werden beispielsweise in den

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
		Hochwasserrisikomanagementplänen der drei Flussgebietseinheiten für den Zeitraum 2021-2027 beschrieben. In den bisherigen 1. und 2. HWRL-Zyklen sind in Schleswig-Holstein bei jeweils allen drei Bearbeitungsschritten • Bestimmung der Gebiete mit potentiell signifikanten Hochwasser-Risiken • Hochwasser-Gefahrenkarten und Hochwasser-Risikokarten • Hochwasser-Risikomanagementpläne umfangreiche Beteiligungsverfahren durchgeführt worden. Zu Themen, wie zusätzliche Hochwasserrückhalteräume und Klimaanpassungsstrategien, wurden gesonderte umfangreiche Beteiligungsverfahren durchgeführt. Im Ergebnis sind lediglich die bei den Wasser- und Bodenverbände (WBV) vorhandenen oder vom Land bestimmten Kulissen zum Hochwasser-Risikomanagement bestätigt worden. Die Hochwasserrisikomanagement-Pläne sind 2015 und 2021 behördenverbindlich eingeführt worden. **Zur Niederungsstrategie Schleswig-Holstein:** Die im 1. Berichtszyklus zur Umsetzung der Hochwasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein für das Flusshochwasser (Binnenhochwasserschutz) lediglich teilweise dargestellten „geschützten Gebiete“ = Hochwasserrisikogebiete = Vorbehaltsgebiete

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
		wurden im zweiten Zyklus der Hochwasserrahmenrichtlinie nicht mehr dargestellt. Stattdessen ist die fachliche Auseinandersetzung auf das gesamte Aufgabengebiet der Wasser- und Bodenverbände zum Thema Binnenhochwasserschutz / Hochwasserrisikomanagement (HWRM) ausgeweitet worden. Diese Kulisse ist im Rahmen der „Niederungsstrategie Schleswig-Holstein“ in der weiteren Vorgehensweise, allerdings nicht mehr eng in den Bezug zum Hochwasserrisikomanagement (HWRM) gestellt worden. Somit ist die Grundlage für die Übernahme einer Flächenkulisse der Niederungsstrategie im Rahmen von Vorbehaltsgebieten für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz nicht mehr gegeben.
Institution: Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag **ID: M1021**	Mit der Neuaufstellung der Regionalpläne werden erstmals Vorranggebiete für den Hochwasserschutz ausgewiesen mit der Folge, dass diese Gebiete von Bebauung frei zu halten sind, soweit keine Baurechte gemäß §§ 30, 31, 33 und 34 Baugesetzbuch (BauGB) bestehen. Auch wenn demnach keine neuen Baugebiete ausgewiesen werden können, muss sichergestellt werden, dass sich Bestandsgebäude hinreichend entwickeln können, damit sie etwa aktuellen Anforderungen an die Energieeffizienz oder modernen Nutzerbedürfnissen (Barrierefreiheit, touristische Nutzungen etc.) entsprechen können. Vor dem Hintergrund dieser Aspekte müssen auch Ersatzbauten grundsätzlich möglich bleiben.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Mit der Ausweisung von Vorranggebieten für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz werden keine über das Fachrecht hinausgehenden Vorgaben formuliert.
Institution: NABU Schleswig-Holstein, Bereich Verbandsbeteiligung **ID: M1142**	Binnenhochwasserschutz (Kap. 2.4) Der hier dargelegte Grundsatz (2 G): "Die Wiedergewinnung von natürlichen Rückhalteflächen soll durch Maßnahmen wie Deichrückverlegungen ermöglicht werden" und es "soll geprüft werden, ... ob zusätzliche Retentionsflächen gewonnen und genutzt werden können:" (S. 33) wird seitens des NABU begrüßt. Angesichts des fortschreitenden Klimawandels und dafür prognostizierten stärkeren Niederschlagsereignisse sowie Meeresspiegelanstieg sind solche Maßnahmen raumplanerisch unbedingt festzuhalten.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Bei den genannten Gebieten handelt es sich um Naturschutzgebiete, die über einzelne naturschutzfachliche Aspekte/Begründungen ihren Schutzstatus erhielten. Vorranggebiete zum Binnenhochwasserschutz unterliegen in ihrer wasserwirtschaftlichen Bewertung

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
	Daher ist es richtig, dafür auch größere "Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz" wie z.B. im Bereich der Stör zwischen Kellinghusen und Itzehoe in das Planwerk einzutragen (Planungsraum III, Teil C). Im Planungsraum III werden folgende Gebiete im Winterhalbjahr regelmäßig großflächig überschwemmt und sollten als Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz eingestuft werden: • NSG Ammersbek-Niederung bis Gölmbach (östlich A 1) • Heilsautal nördlich des Reinfelder Herrenteiches • Travetal zwischen Bad Segeberg und Bad Oldesloe • Süderbestetal nördlich Höltenklinken • Norderbestetal westlich der A 21 • Bestetal zwischen A 21 und Bad Oldesloe Zu prüfen wären jedoch auch weitere raumplanerische Festsetzungen von derartigen Vorranggebieten an Fließgewässern, dieses auch im Planungsraum II, so an der Schwentine südlich Wahlstorf und zwischen Preetz und Schwentinental (beides Kreis Plön) sowie in Teilen der Eiderniederung im Kreis Rendsburg-Eckernförde. Dabei sind in der Raumfindung auch die kleineren Fließgewässer zu berücksichtigen wie z.B. die Kossau (Planungsraum II) und die Malenter Au in der Niederung zwischen Sieversdorf und Neukirchen (Planungsraum 111). Beim Binnenhochwasserschutz ist der Bereitstellung von natürlichen Überschwemmungsgebieten Vorrang gegenüber technischen Lösungen (wie Polder) zu geben. Sie dienen sowohl als Retentionsraum als auch als Lebensraum für eine Vielzahl von z.T. bedrohten Tier- und Pflanzenarten.	Kriterien des Hochwasserrisikomanagements gemäß der Hochwasserrahmenrichtlinie (2007/60/EG). Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
ID: M1142	2.2.5 Vorbeugender Binnenhochwasserschutz (PR III, S. 40 und Karte, Teil C) Im Planungsraum III sind folgende Gebiete im Winterhalbjahr regelmäßig großflächig überschwemmt und sollten als Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz eingestuft werden: • NSG Ammersbek-Niederung bis Gölmbach (östlich A 1) • Heilsautal nördlich des Reinfelder Herrenteiches	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Bei den genannten Gebieten handelt es sich um Naturschutzgebiete, die über einzelne naturschutzfachliche Aspekte/Begründungen ihren Schutzstatus erhielten. Vorranggebiete zum Binnenhochwasserschutz unterliegen in ihrer wasserwirtschaftlichen Bewertung

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
	• Travetal zwischen Bad Segeberg und Bad Oldesloe • Süderbestetal nördlich Höltenklinken • Norderbestetal westlich der A 21 • Bestetal zwischen A 21 und Bad Oldesloe	Kriterien des Hochwasserrisikomanagements gemäß der Hochwasserrahmenrichtlinie (2007/60/EG). Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V. LNV ID: M1143	Im LEP werden Vorranggebiete für den Binnenhochwasserschutz definiert (S. 408). In den Regionalplänen sind daher u. E. Vorbehaltsgebiete Hochwasserschutz einzufügen, Hier ist eine Ableitung aus den sog. „HQ-100-Räumen“ der Hochwasserrahmenrichtline denkbar.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Entsprechende Vorgaben der Hochwasserrahmenrichtlinie werden bereits mit der Ausweisung der Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz umgesetzt.
Institution: Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV), Abteilung Wasserstraßen Dezernat Wasserstraßenüberwachung ID: M1144	Die Maßnahmen sind aus wasserwirtschaftlicher Sicht zu begrüßen, da sie bei schwierigen Entwässerungssituationen eine angespannte Lage entlasten können. Eine Abstimmung mit der WSV ist unbedingt erforderlich. Die ggf. veränderte Wasserhaltung, z.B. durch niedrige Wasserstände, darf sich jedoch nicht negativ auf die Schifffahrt auswirken.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. **Begründung:** Zur behördenverbindlichen Einführung der Hochwasserrisikomanagement-Pläne ist auch das Einvernehmen mit der Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes einhergegangen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1019	Zu dem Regionalplan für den Planungsraum I nimmt die Gemeinde Drage wie folgt Stellung: Der Planungsraum I leistet durch seinen industriellen Schwerpunkt unter anderem bezüglich erneuerbare Energien den größten Beitrag zur Energiewende im Land. Die Gemeinde Drage möchte ihren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten und die zentralen Herausforderungen für eine zukünftige und nachhaltige Entwicklung des Planungsraumes I bezüglich Flächenverbrauch, Klimawandel und regionale Kooperationen annehmen.	Gemäß LEP 2021 sind in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Binnenhochwasserschutz in Überschwemmungsgebieten auszuweisen (vergleiche 6.5.1 Absatz 1 LEP 2021). Die Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz sind in ihrer natürlichen Funktion als Überschwemmungsbereiche dauerhaft zu erhalten und zu sichern. Sie sind von Bebauung frei zu halten, soweit keine Baurechte gemäß §§ 30, 31, 33 und 34 Baugesetzbuch (BauGB) bestehen. Die Ausweisung neuer Baugebiete ist unzulässig. Ausnahmen sind hiervon abweichend nur im Rahmen der Regelungen der §§ 78, 78a des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG) zulässig. In den

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
	Wir haben daher gegenüber den ausgewiesenen Vorranggebieten für die Natur-, Landschafts- und Erholungsräume, sowie der Flächen für den Binnenhochwasserschutz in unserem Gemeindegebiet Vorbehalte. Wir sehen Eingriffe in den Natur-und Landschaftsraum grundsätzlich gegenüber dem öffentlichen Interesse hinnehmbar, um eine Flächennutzung für erneuerbare Energien in Form von bevorzugt Windkraft, PV und / oder Geothermie zu gewährleisten. Auch wenn das Thema erneuerbare Energien nicht direkt im Regionalplan zum Planungsraum I behandelt wird, so werden doch u.a. Vorranggebiete für den Hochwasserschutz ausgewiesen, die in Konkurrenz zur „energetischen“ Flächennutzung und wirtschaftlichen Entwicklung stehen könnten. Die Gemeinde Drage ist im Anhang 2 der Übersichtstabelle Natur und Landschaft als VRG sowohl als RAMSAR-Gebiet S.-H. (Seite 235) als auch in der Bezeichnung Untereider (Seite 236) aufgeführt. In der Karte RAMSAR-Gebiet „Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und angrenzende Gebiete“ liegt das Gemeindegebiet Drage jedoch ausserhalb dieses Schutzraumes. Wir bitten daher um Erklärung, warum die Gemeinde Drage hier aufgeführt wird. (https://www.schleswig-holstein.de/DE/fachinhalte/S/schutzgebiete/Downloads/Abbildung_Ramsargebiet_pdf.pdf?__blob=publicationFile&v=1) Weitere wichtige Schutzgebiete (Unterleider, FFH-Gebiete) umfassen lediglich den Grenzbereich des Drager Gemeindegebietes (https://umweltportal.schleswig-holstein.de/kartendienste?lang=de&topic=thnaturschutz&bgLayer=sgx_geodatenzentrum_de_de_basemapde_web_raster_grau_DE_EPSG_25832_ADV&layers_opacity=7f47cedc84de086de353fcf94e811987&E=510245.75&N=6022926.26&zoom=8&layers_visibility=69f36695462b025c596d6814616e7f96&catalogNodes=38&layers=62fa410ae7af955a8df6bc7eddb11f65). Wir regen daher an, die Flächennutzung der Gemeinde Drage nicht in Gänze als Vorranggebiete für Hochwasserschutzflächen / Vernässungsflächen zu bewerten, um weiter unseren Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung (Windkraft, PV, Geothermie, sowie Tourismus/Erholung) leisten zu können.	Vorranggebieten sind Planungen und Maßnahmen auszuschließen, die die Funktion als Hochwasserabfluss- oder Retentionsraum beeinträchtigen oder durch die der Hochwasserabfluss erhöht oder beschleunigt wird (siehe Kapitel 6.5.1 Absatz 2 LEP 2021). Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die Vorranggebiete für den Binnenhochwasserschutz sind in der Regionalplankarte erkennbar und betreffen nur einen Teil des Gemeindegebietes. Bezüglich der Ausführungen zu den Übersichtstabellen Natur und Landschaft wird darauf hingewiesen, dass diese lediglich zur Übersichtsdarstellung im Planwerk dient und dabei bereits kleinste Flächenanteile von Gemeinden berücksichtigt. Maßgeblich für die Flächennutzungen ist die Karte (Teil C) des Regionalplans. Diese weist gemäß LEP 2021 (vergleiche Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs) ein Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft innerhalb der Gemeinde Drage aus. Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Der Regionalplan-Entwurf enthält keine Regelungen zu Solar-Freiflächenanlagen. Diese sind Gegenstand des LEP 2021. Es soll daran festgehalten werden, dass die Thematik im landesweiten Raumordnungsplan geregelt wird. Nach Kapitel 4.5.2 Absatz 3 LEP 2021 gehören Vorranggebiete für den Naturschutz zu den Gebieten, in denen keine raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen errichtet werden dürfen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.4 Binnenhochwasserschutz	Votum
		Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
Institution: Gemeinde Hörnum , über Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt ID: M1137	**Zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassung im Küstenbereich:** Im Zuge der Küstenschutzmaßnahmen und Klimafolgenanpassung (steigender Meeresspiegel und damit zunehmende Überflutungsgefährdung) ist die Schutzfunktion vorgelagerter Strandbereiche zu beachten. Die Hörnum Odde ist bislang nicht Gegenstand von Schutzmaßnahmen. Vernachlässigt werden die Folgen ihres Weggangs in Form von veränderten Strömungen und Sandabtragungen auch im östlichen Küstenbereich und die daraus resultierende Gefährdung der Ortslage. Darüber hinaus ist auch die Hörnum Odde selbst als Natur- und Lebensraum von Bedeutung und schützenswert. Die Gemeinde Hörnum erwartet daher für die Odde die Darstellung als Vorranggebiet und die Durchführung von Maßnahmen zu ihrem Schutz.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Karte des Entwurfes des Regionalplans I weist bereits den Küstenstreifen der Hörnumer Odde als Vorranggebiet für den Küstenschutz und die Klimafolgenanpassung aus. Die bisherigen Änderungen an der Hörnum Odde haben zudem nicht zu einer Gefährdung der Ortslage geführt. Es wird darauf hingewiesen, dass gemäß § 57 Absatz 1 LWG der Küsten- und Hochwasserschutz eine Aufgabe derjenigen ist, die davon Vorteile haben.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1119	- Zwischen Goldhöftberg und Bircknack befindet sich entlang der Küste eine Stelle an der kein Vorranggebiet für Küstenschutz eingezeichnet ist. An dieser verläuft jedoch ein Deich und unmittelbar dahinter liegt ein Gebäude der Gutsverwaltung. Die fehlende Kennzeichnung als Vorranggebiet für Küstenschutz erschließt sich nicht und erscheint unangebracht. - Ebenfalls nordwestlich des Waldes „Nordschau“ (Grahlenstein) ist das Vorranggebiet für Küstenschutz ins Landesinnere geführt. Hier ist eine Anpassung notwendig, welche die Küste in den Küstenschutz (und den Bereich Quisnis) einbezieht.	Die Kriterien für die Abgrenzung der Vorranggebiete für den Küstenschutz und die Klimafolgenanpassung im Küstenbereich werden in der Begründung zu Kapitel 2.5 Absatz 1 genannt. Die genannten Bereiche erfüllen nicht die entsprechenden Kriterien. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Stadt Schleswig , Fachbereich Bau Sachgebiet Stadtplanung ID: M1131	Ein Mangel des Regionalplanentwurfs sind aus Sicht der Stadt Schleswig fehlende oder unzureichende Aspekte des Hochwasserschutzes. Gerade erst das Ostseehochwasser vom 20. auf den 21. Oktober 2023 hat deutlich gemacht, dass dem Hochwasserschutz an der Ostsee auch seitens der Landesplanung mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Ebenso fehlt dem Regionalplanentwurf eine angemessene und vorausschauende Betrachtung des Themenfeldes Klimaanpassung. Bereits heute ist absehbar, dass es zu klimatischen Veränderungen kommen wird, die erheblichen Einfluss auf das Leben in Schleswig-Holstein haben werden (z.B. : Starkregenereignisse, Hitzeperioden).	Aus Sicht der Landesplanung sind die im Kapitel 2.5 im Regionalplan vorgesehenen Regelungen angemessen und bieten zudem Spielraum, stets aktuelle Erkenntnisse zur Klimawandelanpassung umsetzen zu können. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Es wird darüber hinaus auf die geltenden Aussagen des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2021 im Kapitel 6.1 (Klimaschutz und Klimaanpassung) hingewiesen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
Institution: Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein LKN, Koordination und Vollzug **ID: M1129**	Es fehlt beim Hochwasserschutz der Verweis auf LEP Kapitel 6.6 3. Grundsatz (kritische Infrastruktur in Hochwasserrisikogebieten). Nach LEP soll nicht nur die Bauausführung kritischer Infrastruktur in Hochwasserrisikogebieten, übrigens auch in durch Landesschutzdeiche geschützten Gebieten, hochwasserangepasst erfolgen, sondern es soll bestehende Infrastruktur auf die Hochwassersicherheit geprüft und ggf. nachgerüstet werden. Was hierbei als kritische Infrastruktur zählt, ist dem LEP Kapitel 5.7 zu entnehmen („Die BSI-Kritisverordnung (BSI-KritisV) gibt verbindlich aus Sicht des Bundes vor, welche Sektoren zur Kritischen Infrastruktur zählen (Energie, Wasser, Ernährung, Informationstechnik und Telekommunikation, Gesundheit, Finanz- und Versicherungswirtschaft, Transport und Verkehr).“ Sowie ergänzend: „Zentral ist dabei die Bestimmung der Kritischen Infrastrukturen mit einer landes- und regionsweiten Bedeutung. Diese Bewertung erfolgt im Rahmen der Zuständigkeiten jeweils sowohl auf Ebene des Landes als auch auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte. Durch Kritikalitätsanalysen sollen die zuständigen Behörden unterstützt durch Infrastrukturbetriebsgesellschaften die Anlagen, Einrichtungen und Organisationen mit Relevanz für Schleswig-Holstein und seine Teilräume verorten, die als Kritische Infrastrukturen einzustufen sind. Auf der Grundlage von Vulnerabilitätsanalysen sollen die möglichen Auswirkungen von Störungen und Ausfällen auf die Bevölkerung und die Wirtschaft und ihre Schutzbedürftigkeit abgeschätzt werden“). Demnach müsste zwischen 1. und 2. Deichlinie an der Westküste und für die ausgewiesenen HWRG an der Ostküste eine Bewertung der gesamten Infrastruktur erfolgen. Meiner Ansicht nach muss dies auch in den Regionalplänen deutlich genannt werden. Außerdem scheint mir die Darstellung des Vorranggebiets für Küstenschutz und Klimaanpassung etwas grob (blau gepunktete Linie). Bei gewählter Darstellungsart aber wohl nicht anders möglich. Weitere Anmerkungen und Hinweise sind der nachfolgende Tabelle zu entnehmen:	**Verweis auf den LEP:** Im Regionalplan Kapitel 2.5 wird eingangs auf die Kapitel 6.6 und 6.6.1 LEP 2021 und Ziffer I. und III. BRPH verwiesen. Dies schließt den Grundsatz 3 zur kritischen Infrastruktur im Kapitel 6.6 LEP 2021 somit ein und bedarf keiner zusätzlichen Erwähnung. Dopplungen werden im Sinne eines schlanken Planwerkes vermieden. Der Stellungnahme wird diesbezüglich nicht gefolgt, die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. **Zu kritischer Infrastruktur:** Bezüglich der Ausführungen zum Schutz kritischer Infrastrukturen wird auf die bundesweite Gesetzeslage verwiesen, wonach das Bundesgesetz zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS-Dachgesetz) zur Umsetzung der EU-Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen (Critical Entities Resilience-Richtlinie, EU-Richtlinie 2022/2557) bisher nicht in Kraft ist; ein Referentenentwurf befindet sich derzeit in der Abstimmung. Mit in Krafttreten des KRITIS-Dachgesetz werden bundeseinheitliche und sektorübergreifende Mindeststandards für den physischen Schutz von KRITIS-Anlagen definiert, welche eine Grundlage für raumordnerische Steuerungsinstrumente bilden. Die Landesplanung nimmt die Anmerkung des Petenten dankend zur Kenntnis. Perspektivisch wird das KRITIS-Dachgesetz auch Maßstab für das Land Schleswig-Holstein. Daraufhin wird landesseitig zu prüfen sein, inwieweit die Länder bei der Umsetzung betroffen sein werden. Dies soll im engen Austausch mit den zuständigen Landesbehörden erfolgen, woran sich die Landesplanung nach Möglichkeit unterstützend

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
		beteiligen wird. Es kann jedoch schon heute festgestellt werden, dass insbesondere aufgrund der Sensibilität die konkreten Daten zu Kritischen Infrastrukturen besonders schützenswert sind und entsprechend vertraulich behandelt werden müssen. Dieser Aspekt wird im weiteren Vorgehen zu beachten sein. Hinsichtlich der Darstellungsart wird auf den Maßstab 1 zu 100.000 verwiesen, wodurch eine detaillierte Darstellung weder ermöglicht noch angestrebt wird. **Zur Tabelle:** **Zu Kapitel 2.5 2 (Z):** Zu Hinweis 1 und 2: Die Regelung ist aus der LEP-Fortschreibung 2021 inhaltlich übernommen. Ein neuer Regelungsinhalt ist nicht Gegenstand des Regionalplans. Insofern bezieht sich der Hinweis auf den LEP und nicht auf den Regionalplan. Hinweis 3 wird zur Kenntnis genommen. **Zu Kapitel 2.5 Absatz 3 (G):** Die genannte Regelung ist ein Grundsatz der Raumordnung (siehe Kennzeichnung G). **Zu Kapitel 2.5 B zu 1:** Mit der textlichen Ausführung wird darauf hingewiesen, dass Hochwasserrisikogebiete, die bei einem Ereignis mit niedriger Wahrscheinlichkeit (HW200) überflutet werden, beziehungsweise nicht durch einen Landesschutzdeich oder vergleichbare Anlagen geschützt sind, in die Abgrenzung der Vorranggebiete für den Küstenschutz und die Klimafolgenanpassung

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
		übernommen wurden. Daher kommt es zu einer Überschneidung der Hochwasserrisikogebiete mit den Vorranggebieten. Die separate Darstellung von allen Hochwasserrisikogebieten wird zugunsten der besseren Lesbarkeit in den Plänen nicht übernommen. Der Stellungnahme wird diesbezüglich nicht gefolgt. Informationen zum länderübergreifenden Raumordnungsplan für den Hochwasserschutz (BRPH) lassen sich auf den entsprechenden Seiten der Bundesregierung auffinden. **Zur Tabelle 3:** Die Festlegung von Naturschutzgebieten erfolgt gemäß den verfahrensrechtlichen Vorschriften des Naturschutzrechtes. **Zu Kapitel 4.4 Radverkehr:** Der Hinweis bezieht sich auf die konkreten Genehmigungsverfahren. Diese sind nicht Gegenstand der Regionalplanung. **Zum Kapitel 5 Orientierungsrahmen:** Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen beziehungsweise nicht gefolgt.
Institution: [redacted] **ID: M1121**	Zu Kap. 2.5: Der Küstenschutz des Landes SH hat die Standorte der Abwasseranlagen in Kampen, Braderup und Westerland als besonders schützenswert zu betrachten und bei seinen Erweiterungs- und Erneuerungsvorhaben als privilegiertes Schutzgut zu berücksichtigen. Auf diesen Sylter Standorten wird eine umweltgerechte und einwandfreie Abwasserbehandlung inkl. Einleitung des gereinigten Wassers in die Nordsee gewährleistet.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Es wird zudem darauf hingewiesen, dass gemäß § 57 Absatz 1 LWG der Küsten- und Hochwasserschutz eine Aufgabe derjenigen ist, die davon Vorteile haben. Folglich sind die Kläranlagenbetreiber selbst für den ausreichenden Objektschutz ihrer Anlagen zuständig und müssen prüfen, inwieweit dieser bereits vorhanden und/oder an die Anforderungen aus dem

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
		Klimawandel anzupassen ist. Dies wird auch in § 51 Absatz 3 LWG dargelegt, wonach Abwasseranlagen entsprechend den Regeln der Technik hochwassersicher zu errichten und zu betreiben sind. Für die Errichtung und den Betrieb sind die Kläranlagenbetreiber verantwortlich. Die genannten Regelungen sind Inhalt von fachrechtlichen Verfahren und nicht Gegenstand des Regionalplans.
Institution: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR), im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) Ref. RS 9 ID: M1128	Im Auftrag des Bundesministeriums für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen weise ich darauf hin, dass mit Inkrafttreten des länderübergreifenden Bundesraumordnungsplans für den Hochwasserschutz (BRPH) am 1. September 2021 ein übergeordnetes Planwerk in das System der räumlichen Planung integriert wurde 1. Der BRPH trifft Festlegungen • zur Effektivierung der raumplanerischen Hochwasservorsorge, • zur Harmonisierung raumplanerischer Standards in Deutschland; insbesondere unter Berücksichtigung der Faktoren Klimawandel und -anpassung. • zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Koordination des Hochwasserschutzes u.a. in Flusseinzugsgebieten, • zur Einführung eines risikobasierten Ansatzes in der Raumplanung und • zur Verbesserung des Schutzes Kritischer Infrastrukturen vor Überschwemmungen. Als übergeordneter Raumordnungsplan gelten die Erfordernisse der Raumordnung des BRPH auch für die Regionalplanentwürfe der Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein. Grundsätzlich sind die Erfordernisse der Raumordnung des BRPH auf eine Konkretisierung durch die Regionalplanung angelegt (siehe hierzu letzten Absatz der Präambel des BRPH). Nach § 4 Abs. 1 ROG sind die Ziele der Raumordnung des BRPH zu beachten sowie die Grundsätze der Raumordnung des BRPH bei der Erarbeitung des Regionalplanentwurfs zu berücksichtigen. Zudem weisen wir darauf hin, dass nach § 13 Abs. 1a ROG, der kürzlich in das ROG aufgenommen wurde, Raumordnungspläne nach § 13 Absatz 1 Satz 1 ROG den Zielen der Raumordnung anzupassen sind, die in den Bundesraumordnungsplänen nach § 17 ROG festgelegt wurden. Diese Regelung ist am	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
	28.9.2023 in Kraft getreten2. Wir weisen aber darauf hin, dass bereits durch § 4 Abs. 1 ROG eine Pflicht zur Beachtung von Zielen der Raumordnung für die Regionalplanung galt. Die hochwasserbezogenen Inhalte und Ausführungen der Regionalplanentwürfe stellen in Teilen eine begrüßenswerte Weiterentwicklung der aktuell gültigen Regionalplanfestlegungen dar. Dennoch besteht aus unserer Sicht Nachbesserungsbedarf hinsichtlich einzelner Festlegungen, um eine ausreichende Berücksichtigung und Beachtung der geltenden Erfordernisse der Raumordnung des BRPH zu erreichen. Der aus Sicht der Bundesraumordnung bestehende Nachbesserungsbedarf wird im Folgenden erläutert.	
ID: M1128	Zu den zeichnerischen Festlegungen Die Regionalplanentwürfe für die Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein weisen in ihren zeichnerischen Festlegungen Vorranggebiete für den vorbeugenden Binnenhochwasserschutz aus. Die Vorrang-gebiete werden dabei als offene Punktflächen dargestellt. Um der raumordnungsrechtlich geforderten räumlichen Konkretheit und Letztabgewogenheit besser zu entsprechen, empfehlen wir die Flächen als geschlossene Polygone darzustellen und daher um Begrenzungslinien zu ergänzen. In den Randbereichen der Vorranggebiete für den Binnenhochwasserschutz können für die Leserinnen und Leser des Regionalplans ansonsten Abgrenzungsschwierigkeiten entstehen. Dies kann dazu führen, dass unklar bleibt, ob ein Standort noch innerhalb oder bereits außerhalb eines Vorranggebiets zu verorten ist. Der Einbezug von schmalen Flächen, die einer Mindestbreite von 100 Metern nicht erreichen sowie von kleineren Flächen unter 5 Hektar (Begründung zu Ziffer (1) (Z) im Kapitel 2.4 Binnenhochwasserschutz) innerhalb der zeichnerischen Darstellung als Punktlinie, wird sehr begrüßt. Die in Absatz 1 erläuterten Empfehlungen gelten gleichermaßen für die Vorranggebiete Küstenschutz und Klimafolgenanpassung im Küstenbereich.	Die gewählte Signatur für die Vorranggebiete für den vorbeugenden Hochwasserschutz gewährleistet eine maßstabsgerechte Verortung bei guter Lesbarkeit der Karte und entspricht damit den raumordnungsrechtlichen Anforderungen eines Ziels der Raumordnung. Der Anregung wird nicht gefolgt.
ID: M1128	**Zum Kapitel 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassung im Küstenbereich** Neben den Festlegungen zum Binnenhochwasserschutz der Regionalplanentwürfe für die Planungsräume I, II und III werden ebenfalls die Festlegungen des Kapitels 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassung im Küstenbereich durch die Erfordernisse des	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. **Zu Ziffer III.2 (Z):**

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
	BRPH tangiert. Diese umfassen einerseits die Festlegungen zu Ziffer I des BRPH bezüglich allgemeiner Regelungsinhalte, darunter die Festlegungen zum risikobasierten Ansatz oder zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels. Andererseits widmen sich die Festlegungen zu Ziffer III des BRPH explizit dem Schutz vor Meeresüberflutungen und sind daher an dieser Stelle durch das Kapitel 2.5 zu berücksichtigen bzw. zu beachten. In diesem Kontext sind die Festlegungen zum Küstenschutz und zur Klimafolgenanpassung im Küstenbereich grundlegend zu begrüßen. Festlegung nach Ziffer 2.5 (1) (Z) legt die Vorranggebiete für den Küstenschutz und der Klimafolgenanpassung im Küstenbereich im Regionalplanentwurf fest und orientiert sich an einem 200-jährlichem Szenario für nicht ausreichend geschützte Gebiete, d.h. Gebiete die nicht durch einen Landesschutzdeich oder einen Deich mit vergleichbarem Schutzstandard geschützt sind. Eine Flankierung der Festlegung **Ziffer III.2 (Z)** des BRPH ist durch die Freihaltung dieser Gebiete von entgegenstehenden Nutzungen gegeben und ergibt sich darüber hinaus auch aus den durch den Landesentwicklungsplan textlich festgelegten Vorranggebieten, welche das Deichvorland einbeziehen und in den Regionalplanentwürfen wiedergegeben werden. Ein Querbezug zur Ziffer III.2 (Z) BRPH kann somit hergestellt werden und wird als Verweis in der Festlegung angeregt. Mit **Ziffer III.4 (G) BRPH** wird bestimmt, dass Siedlungen nur in ausreichend geschützten Küstengebieten weiterentwickelt werden sollen. Grundsätzlich können Siedlungen auch in nicht ausreichend geschützten Küstengebieten, weiterentwickelt werden, wenn dies überwiegende Gründe des öffentlichen Interesses notwendig machen. Dann ist allerdings eine Bauweise vorzusehen, die an die für den jeweiligen Standort im Überflutungsfall prognostizierte Wassertiefe und hydrodynamische Belastung angepasst ist. Ein Verweis auf diesen Grundsatz sollte zur Erläuterung von Ziffer 2.5 (1) (Z) entweder in den Plansatz oder die Begründung zum Plansatz aufgenommen werden. Die in Ziffer 2.5 (3) (G) getroffene Festlegung zur Verstärkung der Landesschutzdeiche ist zu begrüßen. Wir verweisen darauf, dass der BRPH bezüglich der Verstärkung von technischen Anlagen zum Schutz vor Meeresüberflutungen die Zielfestlegung nach **Ziffer III.1** trifft. Der BRPH fordert hier explizit die binnenseitige räumliche Sicherung, die zur Verstärkung von technischen Anlagen zum Schutz vor Meeresüberflutungen notwendig ist, um eine Beeinträchtigung des meerseitigen Retentionsraums zu verhindern. Die räumliche Beanspruchung soll nicht zulasten des seewärts gelegenen Vorlandes, sondern binnenseitig erfolgen. Eine Freihaltung der binnenseitig erforderlichen Räume von entgegenstehenden Nutzungen und Funktionen ist somit verbindlich angezeigt.	Auf den BRPH wird im Kapitel 2.5 bereits verwiesen. Ein weiterer Bezug wird daher als nicht notwendig erachtet. **Zu Ziffer III.4 (G) BRPH:** Der Anregung wird gefolgt. Auf die Regelung der Ziffer III.4 (G) BRPH wird in der Begründung zu Kapitel 2.5 Absatz 2 (Z) hingewiesen. **Zu Ziffer III.1 BRPH:** Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Zudem wird darauf hingewiesen, dass gemäß LWG § 82 Absatz 1 Satz 1 bauliche Anlagen in einer Entfernung bis zu 50 Meter landwärts vom Fußpunkt der Innenböschung von Landesschutzdeichen und bis zu 25 Meter vom Fußpunkt der Innenböschung von Regionaldeichen nicht errichtet oder wesentlich geändert werden dürfen. **Zu kritischer Infrastruktur:** Die Ausführungen hinsichtlich kritischer Infrastrukturen werden zur Kenntnis genommen. Eine Textänderung wird nicht vorgenommen, da bereits auf entsprechende Regelungsinhalte seitens des LEP verwiesen wird: „Die Bauausführung Kritischer Infrastrukturen (Kapitel 5.7) soll in Hochwasserrisikogebieten an der Küste, die durch Landesschutzdeiche und Anlagen mit vergleichbarem Schutzstandard ausreichend geschützt sind, hochwasserangepasst erfolgen. Bestehende Kritische Infrastrukturen, die noch nicht hochwasserangepasst sind, sollen entsprechend nachgerüstet werden.“ (LEP 2021 Kapitel 6.6, Absatz 3 (G)). Dopplungen werden im Sinne eines schlanken Planwerkes vermieden.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
	Kein Bezug wird in den Regionalplanentwürfen zum Belang des Schutzes **Kritischer Infrastrukturen** hergestellt, welcher in Festlegung zu Ziffer III.5 (G) des BRPH behandelt wird. Der BRPH sieht analog zum Binnenhochwasserschutz in Risikogebieten vor, dass Kritische Infrastrukturen mit länder- oder staatsgrenzenüberschreitender Bedeutung, weitere Kritische Infrastrukturen nach BSI-Kritisverordnung und bauliche Anlagen, die im Katastrophenfall ein komplexes Evakuierungsmanagement erfordern, in nicht ausreichend geschützten als auch in ausreichend geschützten Gebieten an der Küste nur dann geplant und zugelassen werden sollen, wenn ernsthaft in Betracht kommende Standort- oder Trassenalternativen, die weniger überflutungsgefährdet sind, fehlen, oder eine Überflutung bei der konkreten Infrastruktur oder Anlage kein spezifisches Risiko auslöst. Der BRPH fordert in der Grundsatzfestlegung zudem, dass bei Gebrauch der Ausnahmeregelungen eine Bauweise gewählt werden soll, welche der für den jeweiligen Standort im Überflutungsfall prognostizierten Wassertiefe und hydrodynamischen Belastung angepasst ist. Um eine ausreichende Risikovorsorge gegenüber Überschwemmungen im Küstenraum zu ermöglichen, empfehlen wir die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für die Risikobereiche, die bei einem Versagen der technischen Schutzanlagen des Küstenschutzes durch Überschwemmungen betroffen wären. Von Seiten der Wasserwirtschaft bestehen umfangreiche Daten und Kartenmaterial zu Hochwassergefährdung durch Meeresüberflutungen. Dennoch sieht der Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 - keine Ausweisung von Vorbehaltsgebieten in den Regionalplänen zur Risikovorsorge gegenüber Überschwemmungen im Küsten-raum vor. Mit der Ausweisung von Vorbehaltsgebieten könnte jedoch auf Ebene der Regionalplanung ein erhöhtes Bewusstsein für die Gefahren durch Meeresüberflutungen und der Schärfung eines Risikobewusstseins geschaffen werden. Dies gilt insbesondere auch in den Gefahrenbereichen hinter Deichen, in denen es im Überflutungsfall aufgrund fehlender Vorsorge zu großen Schäden kommen würde. In den Hochwassergefahrenkarten des 2. Berichtszyklus aus dem Jahr 2019 für das Küstenhochwasser stehen auch für die ausreichend geschützten Gebiete Überflutungsdaten zur Verfügung, die zur Abgrenzung von Vorbehaltsgebieten für den Küstenhochwasserschutz genutzt werden können.	Ergänzend wird auf die bundesweite Gesetzeslage verwiesen, wonach das Bundesgesetz zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS-Dachgesetz) zur Umsetzung der EU-Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen (Critical Entities Resilience-Richtlinie, EU-Richtlinie 2022/2557) bisher nicht in Kraft ist; ein Referentenentwurf befindet sich derzeit in der Abstimmung. Mit in Krafttreten des KRITIS-Dachgesetz werden bundeseinheitliche und sektorübergreifende Mindeststandards für den physischen Schutz von KRITIS-Anlagen definiert, welche eine Grundlage für raumordnerische Steuerungsinstrumente bilden. Die Landesplanung nimmt die Anmerkung des Petenten dankend zur Kenntnis. Perspektivisch wird das KRITIS-Dachgesetz auch Maßstab für das Land Schleswig-Holstein. Daraufhin wird landesseitig zu prüfen sein, inwieweit die Länder bei der Umsetzung betroffen sein werden. Dies soll im engen Austausch mit den zuständigen Landesbehörden erfolgen, woran sich die Landesplanung nach Möglichkeit unterstützend beteiligen wird. Es kann jedoch schon heute festgestellt werden, dass insbesondere aufgrund der Sensibilität die konkreten Daten zu Kritischen Infrastrukturen besonders schützenswert sind und entsprechend vertraulich behandelt werden müssen. Dieser Aspekt wird im weiteren Vorgehen zu beachten sein.
ID: M1128	**Zum risikobasierten Ansatz im vorbeugenden Hochwasserschutz in der Regionalplanung**	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
	Als zentrales Element des BRPH erzeugt das Ziel der Raumordnung nach Ziffer I.1.1 für die Regionalplanentwürfe der Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein einen verbindlichen Prüfauftrag. Insoweit ist eine ergebnisoffene Prüfung verbindlich vorgeschrieben. Die Regionalplanung ist aufgefordert, im Rahmen der vorzunehmenden Risikoabschätzung von zukünftig möglichen und in der Vergangenheit bereits eingetretenen Hochwasserereignissen, die konkreten Empfindlichkeiten und Schutzwürdigkeiten von Raumnutzungen und Raumfunktionen des Bestandes sowie der geplanten Raumnutzungen und Raumfunktionen gegenüber Überschwemmungen für die Teilräume der Planungsregion zu ermitteln (4: Zum risikobasierten Ansatz des vorbeugenden Hochwasserschutzes in der Regionalplanung siehe auch [redacted] (Hrsg.) (2022): Risikobasierter Hochwasserschutz in der Regionalplanung. Positionspapier Nr. 138. https://shop.arl-net.de/risikobasierter-hochwasserschutz.html, letzter Zugriff am 19.10.2023). Neben der räumlichen Abgrenzung von Überschwemmungs- und Risikogebieten sollen dabei die Parameter Fließgeschwindigkeit und Wassertiefe einbezogen werden, um Gefahrenlagen besser zu erkennen und dadurch eine realistischere Risikoabschätzung vollziehen zu können. Die räumliche Planung ist aufgefordert nicht nur die Wahrscheinlichkeit des Eintritts (HQ100, HQextrem) zu berücksichtigen, sondern ebenfalls die weiterführenden Informationen der Gefahrenlage (Wassertiefe, Fließgeschwindigkeit) einzubeziehen. Die benötigten Informationen sind aus den vorliegenden Hochwassergefahrenkarten und den Hochwasserrisikokarten sowie ggf. weiteren bei öffentlichen Stellen verfügbaren Daten zu entnehmen. Raumabgrenzungen oder textliche Festlegungen auf dieser Datengrundlage können beispielsweise Gebiete adressieren, die eine gewisse Überflutungstiefe und/oder Strömungsgeschwindigkeit überschreiten und somit einer besonderen Gefährdung ausgesetzt sind. Besonders vulnerable Raumfunktionen und Raumnutzungen könnten in derartigen Gebieten ausgeschlossen werden. Die benötigten Informationen sind aus den vorliegenden Hochwassergefahrenkarten und Hochwasserrisikokarten in Schleswig-Holstein allerdings nur eingeschränkt zu entnehmen. So sind in den Gefahrenkarten zwar Angaben zu konkreten Einstautiefen des Hochwassers enthalten, dafür fehlen Angaben zur Fließgeschwindigkeit. Da sich aber erst aus der Berücksichtigung beider Faktoren die Hochwassergefahr ableiten lässt, sollte die Landes- und Regionalplanung – soweit möglich – von der Wasserwirtschaft verlangen, diese wichtige Information – deren Ermittlung mittlerweile Standard bei der	Es wird zudem darauf hingewiesen, dass sich die Darstellung der Hochwasserrisiken in den Hochwasserrisikokarten nach den entsprechenden LAWA-Empfehlungen richtet. Diese Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA) zur Umsetzung des WHG und der EG-Hochwasserrichtlinie in Deutschland wurden einvernehmlich zwischen Bund und Ländern entwickelt und eingeführt. Entsprechend werden in den Hochwasser-Risikokarten die Nutzungen und die Zahl der gefährdeten Menschen in den jeweiligen Niederungen im Sinne einer 1 zu 1 Umsetzung der EG-Hochwasserrichtlinie dargestellt. Es wird ergänzend darauf hingewiesen, dass es, trotz oder gerade wegen der Forschung in Deutschland, kein normiertes Standardverfahren zur Ermittlung des Hochwasserrisikos beziehungsweise der Schadenspotenziale von Meerwasserüberflutungen gibt. Beispielsweise sind bei einem Küstenhochwasser Schäden durch Seegang und eindringendes Salz zu berücksichtigen. Die Wasserstandverläufe weisen eine deutlich unterschiedliche Dynamik im Vergleich zu Binnenhochwassern auf. Zudem ist an den tidebeeinflussten Küsten das Überflutungsregime stark unterschiedlich. Aus diesen Gründen können für Küstenhochwasser bis zur Erstellung von validierten Schadensfunktionen keine normierten Schadenspotenzialermittlungen erfolgen. Zudem treten bei Küstenhochwassern signifikante Strömungsgeschwindigkeiten nur sehr lokal in unmittelbarer Nähe zu Deichbruchstellen auf. Die Ermittlung und kartenmäßige Darstellung von Fließgeschwindigkeiten ist nicht praktikabel, da die Lage des Deichbruches vorab nicht bekannt ist. Entsprechend liefern diese Informationen (im Gegensatz zu den dargestellten Wassertiefen) keinen nützlichen Beitrag zum Hochwasserrisikomanagement

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
	Hochwassermodellierung ist – im nächsten Aktualisierungszyklus der Hochwassergefahren- und Hochwasserrisikokarten mit aufzunehmen. Die Umsetzung des risikobasierten Ansatzes gemäß Z I.1.1 des BRPH bedarf grundlegend folgender Schritte: • die systematische Prüfung der Hochwasserrisiken in der Planungsregion auf der Grundlage der beschriebenen Daten und unter Einbeziehung der Wahrscheinlichkeit des Eintritts von Hochwasserereignissen, ihrem räumlichen und zeitlichen Ausmaß und der ermittelten Wassertiefe und Fließgeschwindigkeit, • die Analyse der Vulnerabilität bestehender und geplanter Raumfunktionen und Raumnutzungen gegenüber Überschwemmungen in Folge von Starkregen und Flusshochwasser, • die Ableitung der textlichen und zeichnerischen Festlegungen des Regionalplanentwurfs aus den Ergebnissen der Risiko- und Vulnerabilitätsanalyse. Ausgehend vom Hochwasserrisiko und der ermittelten Schutzwürdigkeit der identifizierten Schutzgüter sind die konkreten Festlegungen des Regionalplans abzuleiten. In folgenden Dokumenten wird umsetzungsorientiert gezeigt, wie ein risikobasierter Ansatz beim Hochwasserschutz in der Regionalplanung verwirklicht werden kann, der in Übereinstimmung mit dem Ziel I.1.1 BRPH steht. Siehe hierzu: • Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.) (2020): Vorsorgendes Risikomanagement in der Regionalplanung. Handlungshilfe für die Regionalplanung. Bonn: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2020/risikoma-nagement-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2 • Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) (Hrsg.) (2017): Handbuch zur Ausgestaltung der Hochwasservorsorge in der Raumordnung. In: MORO Praxis, Heft 10, Berlin: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/ministerien/moro-praxis/2017/moro-praxis-10-17-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2	an den Küsten beziehungsweise würden eher zu Verwirrung führen. Ergänzend wird auf die methodischen Ansätze und Ergebnisse zur Umsetzung der Hochwasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein hingewiesen. Die Parameter, die zur Erfüllung der EU-Berichtspflichten der Hochwasserrahmenrichtlinie und zur Festsetzung von Überschwemmungsgebiet erforderlich sind, sind den methodischen Ansätzen und Empfehlungen zu entnehmen. Darüberhinausgehende Parameter können nicht zur Verfügung gestellt werden. Methodische Ansätze beinhalten regionale Besonderheiten und sind deutschlandweit fachlich nicht grundsätzlich vereinbar. So sind in Schleswig-Holstein Fließgeschwindigkeiten unter anderem nicht EU-berichtsrelevant und vergleichsweise zu Mittel- und Hochgebirgsländern vernachlässigbar. Die Darstellung der Wassertiefe gehört jedoch neben der Ausdehnung zu den Grundsatzparametern der Gefahren und ist daher als entscheidendes Kriterium für die Abgrenzung von Gebieten zu ermitteln. Die KOM hat außerdem im Rahmen aller bisherigen Assessments die Methode und die Ergebnisse aus Schleswig-Holstein für die Hochwasserrahmenrichtlinie in Deutschland beispielhaft genannt. Zur weiteren Umsetzung des BRPH strebt die Landesplanung einen weiteren Austausch mit den zuständigen Fachbehörden, insbesondere auf Landesebene sowie mit dem Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, an.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
	Es wird daher angeregt, den risikobasierten Ansatz bereits auf Ebene der Regionalplanung umzusetzen. Wie Festlegungen in Regionalplänen getroffen werden können, die sich mit einer risikobasierten Betrachtung auseinandersetzen, verdeutlichen der Regionalplan Oberes Elbtal/Osterzgebirge (5: Regionalplan Oberes Elbtal/Osterzgebirge, 2. Gesamtfortschreibung 2020 https://rpv-elbtalosterz.de/regionalplanung/regionalplan-2020 (letzter Zugriff am 19.10.2023)) und der Regionalplan Westsachsen (6: Regionalplan Leipzig-Westsachsen 2021 https://www.rpv-westsachsen.de/regionalplan-leipzig-westsachsen/ (letzter Zugriff am 19.10.2023). Beide Pläne eignen sich aufgrund ihrer differenzierten und umfangreichen Auseinandersetzung auch für weitere beispielhafte Umsetzungsmöglichkeiten der Anforderungen des fachlich erforderlichen Hochwasserschutzes in der räumlichen Planung.	
Institution: Familienbetriebe land und Forst Schleswig-Holstein e.V. **ID: M1125**	2. Küstenschutz Für den Bereich des Küstenschutzes bedeutet dies, dass an den gefährdeten Bereichen - Bedarf besteht insoweit insbesondere an der Ostküste - Vorbehaltsgebiete für den Küstenschutz dargestellt werden sollten. Die Sturmflut vom 20. Oktober 2023 hat gezeigt, dass es in der Vergangenheit Defizite gab, die durch eine planerische Betonung des Belangs des Küstenschutzes gegenüber den Belangen des Naturschutzes verändert werden sollten. In den der Flut besonders ausgesetzten Bereichen sollten keine Festlegungen als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft oder gar als Vorranggebiete für den Naturschutz getroffen werden. Vor diesem Grundsatz könnten selbstverständlich da, wo schadlos möglich, Ausnahmen gemacht werden. So wird es beispielsweise möglich sein, die Geltinger Birk als Vorranggebiet für den Naturschutz darzustellen, vorausgesetzt die Festlegungen beeinträchtigen nicht die Entwässerung des Hinterlandes im Bereich der örtlich sog. ,,Bromoy". Wir nennen dieses Beispiel nur, um plastisch zu machen, dass da, wo der Naturschutz die eigentumsrechtlichen Voraussetzungen geschaffen hat und sich die Auswirkungen von Naturschutz örtlich beschränken lassen, selbstverständlich ein entsprechender Vorrang nicht nur hingenommen werden kann, sondern sogar sinnvoll ist. Vorrangdarstellungen allerdings auf Gebiete auszudehnen, die für den Küstenschutz unabdingbar sind, wie z.B. im Bereich der Schleimündung, führt zu jenen katastrophalen Schäden, wie wir sie vor kurzem erlebt haben.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für den Küstenschutz sowie die Klimaanpassung ist nicht vorgesehen, da den Belangen des Küstenschutzes bereits mit der Ausweisung von Vorranggebieten entsprochen wird.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
	Es wird bewusst vorgeschlagen, die Form eines „Vorbehaltsgebietes für den Küstenschutz" zu verwenden, da sie kompartibel mit alternativ gebotenen Nutzungsformen im Bereich der Küste ist. Die stärkere Kategorie eines Vorranggebietes halten wir nicht für vorzüglich.	
Institution: Wenningstedt-Braderup , über Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt ID: M1132	**Zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassung im Küstenbereich:** Vor dem Hintergrund der auch in der Gemeinde Wenningstedt-Braderup bestehenden stehenden Gewässer spricht sich die Gemeinde dafür aus, den bisher im Regionalplan enthaltenen Grundsatz, dass naturnahe stehende und fließende Gewässer eine hohe Bedeutung sowohl für den Naturhaushalt als auch für den Tourismus und die Erholung haben, beizubehalten.	Regelungen zum Schutz von Gewässern beinhaltet der LEP sowie das entsprechende Fachrecht. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Kreisverwaltung Nordfriesland, Kreisverwaltung Nordfriesland ID: 1099	HSG Planung: B zu 2: Die Landesplanungsbehörde wird gebeten darauf hinzuwirken, dass im Rahmen von Trägerbeteiligungen nach dem Baugesetzbuch (§ 4 Abs. 1 & 2 BauGB) Stellungnahmen des LKN zeitnah und parallel zur Landesplanungsbehörde ergehen sollten, um zeitliche Verzögerungen für die Gemeinden möglichst zu vermeiden. Die sich in Stellungnahmen der Landesplanungsbehörde häufig wiederfindende Aussage, dass ihre Stellungnahmen erst dann abschließend abgegeben werden können, wenn die jeweilige Stellungnahme des LKN vorliegt, bedeutet doch, dass innerhalb der ersten Runde der Trägerbeteiligung stets keine abschließende Stellungnahme der Landesplanungsbehörde zu erwarten ist. Bei regulären Verfahren ist dies im Rahmen einer Beteiligung gern. § 4 Abs.1 BauGB noch nicht dramatisch. Aber bei § 13a-Verfahren (beschleunigte [sic] Verfahren der Innenentwicklung), bei denen die frühzeitige Beteiligung entfällt, läuft das faktisch auf eine Verzögerung des Planverfahrens hinaus, was definitiv nicht im Interesse der Gemeinden ist und der vom Bundesgesetzgeber intendierten Verfahrensbeschleunigung tatsächlich zuwiderläuft. Alternativ könnte die Landesplanungsbehörde aber auch Ihre Stellungnahme abgeben unter der Voraussetzung, dass das LKN keine küstenschutzrechtlichen Bedenken erhebt, so wie es in jüngster Zeit bei einzelnen Planverfahren bereits vorgekommen ist. Dieses Vorgehen wäre jedenfalls dazu geeignet, Verfahrensabläufe nicht weiter in die Länge zu ziehen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Ausführungen zur Beschleunigung von Planverfahren können nachvollzogen werden. Derartige Verfahrensfragen sind jedoch nicht Gegenstand der Regionalpläne. Die Landesplanung folgt jedoch dem aufgezeigten Alternativvorschlag.
Institution: Kreises Schleswig-	Ziffer 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassung im Küstenbereich	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der Klimawandelanpassung wird auf die

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
Flensburg, Fachdienst Umwelt ID: M1123	Es werden weitgehend die bestehenden Anforderungen des WHGs / LWGs nachvollzogen. Erfordernisse, die aus dem Klimawandel entstehen, wie beispielsweise eine Verstärkung oder Aufgabe von Regionaldeichen, Aufgabe von Nutzungen und dergleichen sind nicht beschrieben. Es fehlt eine generelle Auseinandersetzung mit nachhaltigem Küstenschutz unter Berücksichtigung hierzu notwendiger hinterliegender Flächenkomplexe. In diesem Punkt wird der Regionalplan den Herausforderungen des Meeresspiegelanstiegs und des Klimawandels nicht gerecht.	Kapitel 6.6 und 6.6.1 LEP 2021 verwiesen. Ziele und Grundsätze der Raumordnung sind dort diesbezüglich hinreichend beschrieben. Die Ausweisung von Vorranggebieten für Küstenschutz und Klimafolgenanpassung im Küstenbereich stellt diesbezüglich eine weitere Konkretisierung dar. Ergänzend wird auf Ziffer I. und III. BRPH verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1053	**[Stadt Kappeln, Bauverwaltung Kappeln]** Es wurde bemängelt, dass sich Vorranggebiete für Küstenschutz und Naturschutz überlappen. Gerade nach dem aktuellen Hochwasserereignis und mit Blick auf die zu erwartenden Auswirkungen des Klimawandels sollte hier dem Küstenschutz Vorrang gegeben werden. Hier insbesondere in Bezug auf die Sicherung der Schleimündung und damit verbunden der gesamten Schleianlieger.	In vielen Küstenbereichen kommt dem Schutz von Natur- und Landschaft ebenfalls eine hohe Bedeutung zu. Daher kann es zu genannten Überschneidungen von Vorranggebieten für den Naturschutz mit Vorranggebieten für den Küstenschutz und die Klimafolgenanpassung im Küstenbereich kommen. In diesen Überschneidungs-gebieten gilt, dass Nutzungen, die mit den Belangen des Küstenschutzes nicht vereinbar sind, ausgeschlossen sind. Für Maßnahmen des Küstenschutzes selbst bleibt jedoch – wie bei anderen Nutzungen auch – der Vorrang des Naturschutzes bestehen. Das bedeutet, dass den Funktionen von Natur und Landschaft bei den Maßnahmen des Küstenschutzes ein besonderes Gewicht beigemessen werden soll (siehe Kapitel 6.6.1 B zu 3 LEP 2021).
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1041	Das Konversions- bzw. Bauvorhaben zur Umwandlung des Flensburger Hafen Ost, die Aufgabe des derzeitigen Wirtschaftshafens und dessen Verlagerung auf die auf der westlichen Seite des Hafens liegenden Flächen der [redacted] umfassend, widerspricht m.E. den in Kapitel 2.5 „Küstenschutz und Klimafolgenanpassung im Küstenbereich“ ausgeführten Vorgaben und Regelungen, sowie den Beschränkungen, Einschränkungen und Ausnahmen; hier insbesondere den im Abschnitt 1Z und 2Z ausgeführten Beschränkungen. Die seitens der Stadt Flensburg, unter Aufgabe der Hafenbetriebszwecke geplante Umwandlung des betroffenen Hafengebietes und die Bebauung mit Wohn- und Gewerbeinfrastruktur stellen raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen zur Errichtung	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen, beziehen sich jedoch auf die konkrete Bauleitplanungs- beziehungsweise Genehmigungsebene. Im Rahmen dieser Verfahren sind die raumordnerischen und fachgesetzlichen Vorgaben zu berücksichtigen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
	schwer revidierbarer Nutzungen dar. Sie stehen im Konflikt mit den Belangen des Küstenschutzes und der Klimafolgenanpassung und dienen nicht dem Klimaschutz. Des Weiteren fehlen für die beabsichtigten Planungsflächen der Stadt Flensburg die Vorraussetzungen für die in Abschnitt 2Z ausgeführten Ausnahmen. Die von der Stadt Flensburg im Vorhaben „Umgestaltung Hafen Ost“ beabsichtigte Aufgabe des Wirtschaftshafenbetriebes und die in der Folge geplante Wohn- / Gewerbeneubebauung ist daher m.E.: 1. vor dem Hintergrund der Erfahrungen des Hochwasser- und Sturmflutereignisses vom 20./21.10.2023, aus Sicht des Hochwasser- und Küstenschutzes inkohärent und 2. nach den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung nicht zulässig. Die Flächen sind daher jetzt und künftig von neuen Nutzungsarten und Neubebauungen freizuhalten. Dieses ist in der Raumordnung explizit als „Vorranggebiet für den Küstenschutz und die Klimafolgenanpassung im Küstenbereich“ auszuführen.	
Institution: Bauernverband Schleswig-Holstein e.V., Keine Abteilung **ID: 1031**	**b) Flensburg** Im Rahmen der neu aufgestellten Regionalpläne wird deutlich, dass sich zukünftig für landwirtschaftliche Betriebe im Kreisgebiet Flensburg Einschränkungen ergeben werden. Dazu führen erstmalig ausgewiesene regionale Grünzüge entlang der Ostseeküste des Kreises, sowie Vorbehaltsgebiete für den Grundwasserschutz und Schwerpunktzonen für Tourismus und Erholung. cc) Zu 2.5. Vorranggebiete für den Küstenschutz und die Klimafolgenanpassung im Küstenbereich Die o.g. Vorranggebiete reichen z.T. sehr weit ins Binnenland hinein, so u.a. bei Gelting, Hasselberg und Rabel, die Gemeinde Maasholm ist sogar vollständig von dieser Überplanung erfasst. I.d.R. handelt es sich um relativ tief liegende Flächen, deren Überflutung zuerst zu erwarten ist. Es sind dabei in den o.g. Gemeinden auch in erheblichem Umfang Ackerflächen von dieser Ausweisung betroffen, die unseres Wissens jedoch noch nie überflutet wurden. Die Belange des Küstenschutzes und der Anpassung an die Folgen der Klimaveränderung sollen gegenüber konkurrierenden Raumnutzungsansprüchen Vorrang haben. Es stellt sich die Frage, ob damit langfristig auch Einschränkungen der ackerbaulichen Nutzung verbunden sind.	In den Vorranggebieten für den Küstenschutz und die Klimafolgenanpassung im Küstenbereich haben die Belange des Küstenschutzes und der Anpassung an die Folgen der Klimaveränderung gegenüber konkurrierenden Raumnutzungsansprüchen Vorrang. Sie sind von raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, die nicht dem Küstenschutz dienen, und sonstigen nur schwer revidierbaren Nutzungen, die im Konflikt mit Belangen des Küstenschutzes und der Anpassung an den Klimawandel stehen, freizuhalten (vergleiche Kapitel 2.5 Absatz 1 (Z) Regionalplanentwurf 2023). Bei landwirtschaftlichen Nutzungen handelt es sich überwiegend nach hiesiger Einschätzung nicht um schwer revidierbare Nutzungen. Bei der Ausführung von Küstenschutzmaßnahmen sollen zudem Natur und Landschaft geschont werden. Hierzu soll bereits frühzeitig nach naturverträglichen Maßnahmenvarianten gesucht werden. Diese sollen in

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
		der Abwägung bevorzugt werden. Die Umsetzung von anderen berechtigten Anforderungen an den Küstenraum (wie etwa der Landwirtschaft) sollen dabei ermöglicht werden. Im Interesse der Zukunftsvorsorge sollen hydromorphologische Entwicklungen sowie Klimaänderungen und ihre möglichen Folgen sorgfältig beobachtet und bewertet werden (vergleiche Kapitel 6.6.1, Absatz 3 (G) LEP 2021). Dies gilt gleichermaßen für die Landwirtschaft. Zur Klarstellung wird darüber hinaus im Kapitel Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt ein Satz zum Abschnitt Rechtswirkung eingefügt.
Institution: Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag ID: M1021	Mit der Neuaufstellung der Regionalpläne werden erstmals Vorranggebiete für den Hochwasserschutz ausgewiesen mit der Folge, dass diese Gebiete von Bebauung frei zu halten sind, soweit keine Baurechte gemäß §§ 30, 31, 33 und 34 Baugesetzbuch (BauGB) bestehen. Auch wenn demnach keine neuen Baugebiete ausgewiesen werden können, muss sichergestellt werden, dass sich Bestandsgebäude hinreichend entwickeln können, damit sie etwa aktuellen Anforderungen an die Energieeffizienz oder modernen Nutzerbedürfnissen (Barrierefreiheit, touristische Nutzungen etc.) entsprechen können. Vor dem Hintergrund dieser Aspekte müssen auch Ersatzbauten grundsätzlich möglich bleiben.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. In der zitierten Regelung werden bereits die vorgesehenen Ausnahmeregelungen genannt, die sich auf Bestandsgebäude beziehen.
Institution: Gemeinde Tümlauer Koog ID: M1012	1. Küstenschutz und Klimafolgenanpassung im Küstenbereich (Kapitel 2.5) Nach Absatz 3 ist für den Abschnitt des Landesschutzdeiches im Bereich der Gemeinde Tümlauer-Koog eine Verstärkung vorgesehen. Dieser Absatz ist lediglich als Grundsatz der Raumordnung eingestuft. Er ist als Ziel festzusetzen, um eine verbindliche Vorgabe zu setzen und der Umsetzung eine hohe Priorität im Rahmen des Küstenschutzes zu verleihen. Zudem kann der Schutz von Menschen, Tieren und Sachwerten kein Grundsatz der Raumordnung sein, sondern muss als Ziel deklariert werden.	Eine regionalplanerische Sicherung der vorgesehenen Deichverstärkungen ist aus Sicht der Landesplanung ausreichend über einen Grundsatz der Raumordnung möglich. Eine Sicherung der Maßnahme erfolgt darüber hinaus durch die entsprechenden Fachpläne. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: NABU Schleswig-Holstein, Bereich	Unter 1 Z (S. 36 f) sollte der 2. Satz wie folgt ergänzt werden: "In den Vorranggebieten ... haben die Belange des Küstenschutzes und der Anpassung an die Folgen der Klimaveränderung ... Vorrang, wobei die Belange von Natur und Umwelt besonders zu berücksichtigen sind." Außerdem sollten unter 2 Z (S. 37) bei den aufgezählten möglichen	Es wird auf die Ausführungen gemäß Kapitel 6.6.1 B zu 3 LEP 2021 verwiesen. Dort ist das Verhältnis von Küsten- und Naturschutz hinreichend beschrieben.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
Verbandsbeteiligung **ID: M1142**	Ausnahmen vom Küstenschutz auch bedeutende Belange des Naturschutzes aufgenommen werden. Begründung: Ohne diese Ergänzung wäre die Zielsetzung zu verstehen, als ob technische Küstenschutzmaßnahmen ohne Beachtung von Naturschutzbelangen umgesetzt werden könnten. Das könnte z.B. Strandwälle und Steilufer (Verhinderung der natürlichen Erosion bzw. des Abbruchs) negativ betreffen. An der Westküste ließe sich ohne diese Einschränkung sogar die Vernichtung von Salzwiesen und Wattflächen (selbst im Nationalpark) raumplanerisch rechtfertigen. Gerade im Hinblick auf die anlässlich des kürzlich erfolgten Ostseehochwassers zu hörenden Stimmen, dass 'nun endlich die Küste hinreichend gesichert werden müsse', möchte der NABU zu bedenken geben, dass technische Küstenschutzmaßnahmen nicht auch noch die wenigen naturnah verbliebenen Küstenstreifen Oberformen dürfen, um in angrenzenden Niederungsbereichen die touristische Infrastruktur wie Campingplätze, Ferienhäuser, Promenaden und Wanderwege vor Hochwasserschäden zu bewahren. Der Klimawandel wird sowohl zu vermehrten Sturmfluten wie auch zu einem Meeresspiegelanstieg führen, was die Nutzung bereits jetzt stark hochwassergefährdeter Bereiche zukünftig noch mehr einschränken wird. Auch von daher ist die Forderung des RP richtig, Campingplätze aus dem unmittelbaren Küstenbereich zu verlagern (S.49).	Eine Ergänzung des Plantextes erfolgt nicht. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V. LNV **ID: M1143**	So steht z. B. auf S. 419 / 420 des LEP: „Durch die raumordnerische Sicherung des Vorrangs des Küstenschutzes und der Klimafolgenanpassung in den Vorranggebieten beziehungsweise die Freihaltung von raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, die mit Belangen des des Küstenschutzes und des Hochwasserschutzes nicht vereinbar sind, wird die Klimafolgenanpassung auch planerisch berücksichtigt. Für die Errichtung von touristischen Infrastrukturen bedeutet dies, dass hier eine hochwasserangepasste Bauweise sichergestellt wird und die Einrichtungen damit langfristig vor Überflutungen geschützt werden. An der Ostseeküste kann bei der Errichtung von baulichen Anlagen in Bebauungsplänen ein ausreichender Schutz vor Hochwasserrisiken beispielsweise durch Festsetzung folgender Mindesthöhen sichergestellt werden: - Verkehrs- und Fluchtwege auf mindestens Normalhöhennull + 2,50 Meter, - Räume mit Wohnnutzung auf mindestens Normalhöhennull + 3,00 Meter, - Räume mit gewerblicher Nutzung auf mindestens Normalhöhennull + 2,50 Meter und - Lagerung wassergefährdender Stoffe auf mindestens Normalhöhennull + 3,00 Meter“. Aufgrund der zunehmenden extremen Wetterlagen ist eine Überprüfung überlegenswert. Hier wäre zu überlegen, die dort genannten Höhen entsprechend anzuheben.	Die Ausführungen beziehen sich auf den LEP 2021 und sind damit nicht Gegenstand des Regionalplans. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass bei der Festlegung dieser Höhenwerte bereits ein Zuschlag für den künftigen Meeresspiegelanstieg berücksichtigt wurde. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.5 Küstenschutz und Klimafolgenanpassungen im Küstenbereich	Votum
ID: M1143	Die EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie (EU-MSRL) fordert den guten Umweltzustand aller Meeresgewässer und schließt dabei ausdrücklich Meeresschutzgebiete ein, die auf der Grundlage des Ökosystemansatzes zu managen sind (S. 389)“. Hier sind entsprechende konkrete Maßnahmen zu benennen.	Ziele und Grundsätze für das schleswig-holsteinische Küstenmeer und die inneren Gewässer bis zur 12-Seemeilen-Grenze stellt der Landesentwicklungsplan grundsätzlich abschließend auf. Ausnahmen bestehen für die Inhalte, die im Landesentwicklungsplan 2021 als Gegenstand der Regionalpläne vorgegeben werden (unter anderem Festlegung von Vorranggebieten für den Naturschutz beziehungsweise Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft in Nord- und Ostsee) oder die zum Verständnis der regionalen Zusammenhänge wichtig sind (unter anderem Darstellung der Schiffsverbindungen zu den Inseln und Halligen). Weitere Regelungskompetenzen kommen dem Regionalplan nicht zu. Dem Hinweis wird daher nicht gefolgt.
Institution: Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV), Abteilung Wasserstraßen Dezernat Wasserstraßenüberwachung **ID: M1144**	Seitens der WSV werden die u.g. Aussagen in 1Z und 2Z begrüßt: Seite 5 von 7 1 Z „…sind von raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, die nicht dem Küstenschutz dienen, und sonstigen nur schwer revidierbaren Nutzungen, die im Konflikt mit Belangen des Küstenschutzes und der Anpassung an den Klimawandel stehen, freizuhalten“ sowie in 2 Z „Ausnahmen vom Vorrang des Küstenschutzes und der Klimafolgeanpassung sind für raumbedeutsame Planungen und Maßnahmen möglich, wenn diese - in öffentlichen Häfen liegen und Hafenbetriebszwecken dienen, - der Sicherheit und Leichtigkeit des Schiffsverkehrs sowie der Sicherheit der Bundeswasserstraßen dienen, oder …“ Die zukünftig erforderlichen Anpassungen der durch die WSV betriebenen Anlagen müssen berücksichtigt werden (z.B. Eider-Sperrwerk, Wehr Nordfeld, Schleuse Lexfähre, aber auch auf den Inseln).	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 2.6 Rohstoffsicherung

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
Institution: Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein, Planungskontrolle ID: 1111	**PRI und II Rohstoffsicherung** Dazu findet sich im **Textteil B zu 2** S 47 die Aussage, dass eine Überlagerung mit dem UNESCO-Welterbe Danewerk/Haithabu einschließlich einer 500 Meter Pufferzone grundsätzlich zum Ausschluss führt. **Karte PRI und PRIII** Diese Aussage sollte durch eine nachrichtliche Übernahme der Kern- und Pufferzone des Welterbes Haithabu und Danewerk im Kartenteil verdeutlich werden. Zudem sollten aufgrund der hohen Bedeutung und Raumwirksamkeit Kern und Pufferzonen der Welterbestätten Haithabu und Danewerk und Lübeck nachrichtlich in die Kartenteile übernommen werden.	Der LEP 2021 eröffnet in Kapitel 3.9 Absatz 10 die Möglichkeit, dass in den Regionalplänen besonders erhaltens- und schützenswerte Ortskerne oder -teile und städtebauliche Situationen, Kultur-, Bau- und Bodendenkmäler mit benachbarten Gebäuden und Anlagen (Ensembleschutz) sowie durch Verordnung festgesetzte Denkmalbereiche aufgeführt werden können. Darüber hinaus können Sichtschneisen dargestellt werden. Angesichts der Vielzahl von erhaltens- und schützenswerten Objekten einerseits und des Maßstabes der Regionalpläne andererseits werden diese nicht kartographisch aufgenommen. Auch von einer textlichen Auflistung wird abgesehen, da die städtebaulichen Ziele und Grundsätze ausschließlich im LEP 2021 geregelt werden und nicht Gegenstand der Regionalpläne sind. Bezüglich der Welterbestätten Haithabu und Danewerk sowie Lübeck wurde ebenfalls auf eine kartographische Darstellung verzichtet, da die denkmalpflegerischen Belange im LEP 2021 geregelt sind und die Regionalpläne keine eigenständigen Kapitel zum Denkmalschutz haben. Die Grundsätze des LEP 2021 (Berücksichtigung der oben genannten Elemente bei allen Planungen und Maßnahmen) und die fachgesetzlichen Regelungen bleiben davon unbenommen. Der Anregung wird nicht gefolgt.
Institution: Archäologisches	**Karte PRI** Es findet sich im **Textteil B zu 2** S 47 die Aussage, dass eine Überlagerung mit dem	Das Vorranggebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe in der Gemeinde Selk nördlich des

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
Landesamt Schleswig-Holstein, Planungskontrolle ID: 1112	UNESCO-Welterbe Danewerk/Haithabu einschließlich einer 500 Meter Pufferzone grundsätzlich zum Ausschluss führt. Demnach sollte das Vorranggebiet in Selk nördlich des Kograbens am Weg Ahrensbergredder nicht mehr ausgewiesen werden. Der Bestandsschutz und die Fortführung des Kiesabbaus sind hier sichergestellt. Hier sollte aber, wie an allen Stellen in der Pufferzone, der Vorrang des Denkmalschutzes vor neuen Planungen gelten, die den Welterbestatus gefährden könnten.	Kograbens am Weg Ahrensbergredder erfüllt die Kriterien des LEP 2021, daher erfolgt keine Änderung in der kartographischen Darstellung. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein, Planungskontrolle ID: 1114	**PRI - III Rohstoffsicherung** Archäologische Konfliktbereiche mit hoher Bedeutung sind zwar in die Abwägung eingegangen und archäologische Konfliktbereiche mit mittlerer Bedeutung und Kulturdenkmale wurden im Einzelfall hinzugezogen. Darüber hinaus muss aber der Substanzerhalt der Denkmale sowie der Erhalt ihrer Umgebung soweit sie für den Eindruck wesentlich ist, unbedingt sichergestellt werden. Archäologische Kulturdenkmale müssen daher aus Vorranggebieten herausgenommen werden, da ihr Erhalt mit dem Rohstoffabbau als festgelegtem Vorrang unvereinbar ist. **B zu 2** Bei Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe wird in der Begründung erläutert, dass es aufgrund des Regionalplanungsmaßstabes nicht ausgeschlossen ist, dass innerhalb der Vorbehaltsgebiete einzelne Hügelgräber vorhanden sind, die einem Rohstoffabbau entgegenstehen beziehungsweise im Rahmen einer konkreten Abbauplanung besonders berücksichtigt werden müssen. Der Erhalt der so betroffenen archäologischen Kulturdenkmale inkl. ihrer möglicherweise bedeutsamen Umgebung muss unseres Erachtens hier deutlicher festgesetzt und formuliert werden. Ergänzt werden sollte daher in allen Plänen: „Archäologische Kulturdenkmale und ihre Umgebung sind daher im Regelfall vom Abbau auszunehmen.“	In der Begründung (B zu 2) des Kapitels 2.6 des Regionalplan-Entwurfs wird erläutert, dass archäologische Konfliktbereiche in die Abwägung der Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe eingegangen sind. Hierzu haben Abstimmungsgespräche mit der Fachbehörde stattgefunden. Die Berücksichtigung von archäologischen Kulturdenkmalen wäre darüber hinaus im Rahmen eines konkreten Genehmigungsverfahrens zum Rohstoffabbau zu prüfen. Der pauschalen Anregung wird daher nicht gefolgt. **Zum Vorschlag für die Textänderung:** Der LEP 2021 trifft in Kapitel 2.6 Absatz 2 Regelungen für die Abwägung mit konkurrierenden Flächenansprüchen. Hier wird ausgeführt, dass soweit archäologische Kulturdenkmäler nicht erhalten werden können, diese durch Ausgrabungen geborgen, gesichert und dokumentiert werden sollen. Daher würde die vorgeschlagene Textergänzung im Widerspruch zum LEP 2021 stehen. Die Anregung wird aber insofern aufgegriffen, als dass die Formulierung für alle kleinteiligen

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
		Nutzungskonflikte geändert wird und die Beachtung der Nutzungen ergänzt wird.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1138	Wir möchten gerne zur vorgesehenen Ausweisung zum Vorbehaltsgebiet oberflächennahe Rohstoffe etwas anmerken. Hier geht es um den Bereich Wanderup Kieracker nördlich in der Gemeinde, wo sich unser Potenzialgebiet [redacted] mit dem Vorbehaltsgebiet oberflächennahe Rohstoffe konkurriert. Allerdings läuft direkt durch unser Potenzialgebiet eine 110 KV-Hochspannungsleitung und zusätzlich am östlichen Rand eine Erdgasleitung siehe auch Lageplan anbei. Wir sind hier der Meinung, dass in diesem Bereich mit dieser Infrastruktur der 110 KV-Hochspannungsleitung und der Erdgasleitung ein Kiesabbau sich schwierig gestalten würde und man hier der Windenergie den Vorrang geben sollte. Im alten Regionalplan war dieser Bereich auch noch nicht vorgesehen als Vorbehaltsgebiet oberflächennahe Rohstoffe. Des Weiteren sind Nutzungsverträge mit den Landeigentümern geschlossen worden, sodass eine Planung und Betrieb der WEA über 30 Jahre gesichert ist. Jetzt könnte man denken, dass auch die Hochspannungsleitung und die Erdgasleitung der Windenergie entgegenstehen würde, aber das ist hier gerade nicht der Fall, weil wir bei dieser Größe des geplanten Windparks mit ca.32 MW ein eigenes UW bauen müssen. Eine Anfrage bei der [redacted] läuft, um dann unser UW direkt an die durch unserer Potenzialgebiet laufende Hochspannungsleitung anschließen zu können. Netzanschlüsse werden immer mehr zum Flaschenhals in SH und bekommen für den weiteren Ausbau der Windenergie eine immer größere Bedeutung. Des Weiteren gibt es Überlegung zur Herstellung von Wasserstoff und direkter Einleitung in das Netz der [redacted], Gespräche dazu laufen um in den nahegelegten Wasserstoffeinleitungspunkt grünen Wasserstoff einleiten zu können. Die ersten Gespräche mit der Gemeinde zu unserer Planung waren positiv. Am 17.11 gehen diese Gespräche vertieft weiter. Wie sie lesen können, sind wir hier sehr aktiv und würden uns freuen, wenn Sie unsere Planung unterstützen und hier in diesem kleinen Bereich der Windenergie vor den oberflächennahen Rohstoffen den Vortritt geben.	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe festzulegen sind und wie die Ausweisung grundsätzlich erfolgen soll. Wesentliche fachliche Grundlage ist der Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes. Das Vorbehaltsgebiet wurde so in einem umfangreichen Abwägungsprozess ermittelt und die Voraussetzungen sind hier entsprechend erfüllt. Die Ausweisung eines Vorbehaltsgebietes bedeutet dabei nicht, dass ein Abbau an jeder Stelle erfolgt. Einzelne Fachbelange können teilweise entgegenstehen und sind auf den nachfolgenden Verfahrensebenen zu klären. Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.6 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Es erfolgt keine Änderung, der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
Institution: [redacted], Keine Abteilung **ID: 1109**	**Rohstoffsicherung** Das Kapitel 2.6 Absatz 1 und 2 legt Vorranggebiete und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe fest. Hierbei besteht ein Konflikt mit der hier dargestellten Fläche PR1_NFL_107, der jedoch raumverträglich bewältigt werden kann: a) Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe Die Vorbehaltsgebiete nach Kapitel 2.6 Absatz 2 stellen einen Grundsatz der Raumordnung dar. Es ist zu betonen, dass solche Vorbehaltsgebiete einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich sind (§ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG). Nach Satz 2 des Grundsatzes der Raumordnung sollen die Rohstofflagerstätten oder -vorkommen vorsorglich für eine Rohstoffgewinnung von irreversiblen Nutzungen freigehalten werden und bei Vorhaben, die eine spätere Rohstoffgewinnung ausschließen oder wesentlich beeinträchtigen können, sollen den Rohstoffvorkommen oder -lagerstätten bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Die Windenergienutzung steht damit nicht im Widerspruch, sodass trotz Ausklammerung des Themas Windenergie aus der aktuellen Neuaufstellung des Regionalplans eine rechtmäßige Abwägung gelingen kann. Zum einen handelt es sich bei der Windenergienutzung nicht um eine irreversible Nutzung, da diese bekanntermaßen auf einen regelmäßigen Zeitraum von 20 bis max. 30 Jahre angelegt ist. Ein solcher Zeitraum ist in Anbetracht der sehr großflächigen Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ohne besondere Relevanz für diese Gebiete, die zwischenzeitlich an anderer Stelle genutzt werden können. Zum anderen kann deshalb auch nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung ausgegangen werden und im Übrigen müsste bei einer Abwägung der unterstellten konkurrierenden Nutzungsansprüche zwischen dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe und der Windenergienutzung die Wertung von § 2 EEG 2023 berücksichtigt werden. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Ausweislich der Begründung zum Grundsatz der Raumordnung wurden zwar mehrere Kriterien in die Abwägung für eine Raumwiderstandsanalyse der Rohstoffpotenzialgebiete einbezogen, worunter sich auch die aktuell festgelegten Vorranggebiet der Windenergie befinden. Allerdings lässt dies unberücksichtigt, dass es aufgrund des Windenergie-an-Land-Gesetzes (u.a. WindBG) eine erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe festzulegen sind und wie die Ausweisung grundsätzlich erfolgen soll. Wesentliche fachliche Grundlage ist der Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes. Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.6 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein bedarf. Dies ist auch dem Plangeber bewusst, wenngleich dennoch gesonderte Planaufstellungsverfahren geführt werden sollen. Insofern bleiben in der aktuellen Abwägung der Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe die weiteren erforderlichen Potenzialflächen zur Erreichung der Flächenbeitragswerte unberücksichtigt. Hierzu gehört insbesondere auch die hier benannte Fläche PR1_NFL_107. Um jedenfalls spätere Fehlinterpretationen sowie ein Abwägungsmangel aufgrund der Ausgliederung der Windenergienutzung auszuschließen, bitten wir dringend von der Regelung des § 7 Abs. 1 Satz 2 ROG Gebrauch zu machen. Demnach kann festgelegt werden, dass bestimmte Nutzungen und Funktionen des Raums nur für einen bestimmten Zeitraum oder ab oder bis zum Eintritt bestimmter Umstände vorgesehen sind; eine Folge- oder Zwischennutzung kann festgelegt werden. Insofern sollte festgelegt werden, dass im Anschluss an eine Nutzung als Abbaugebiet oberflächennaher Rohstoffe eine Windenergienutzung zugelassen ist. Dies ist durch explizite Aufnahme in den Grundsatz der Raumordnung möglich, wonach zunächst befristet auf 30 Jahre oder im Anschluss an den Abbau oberflächennaher Rohstoffe die Windenergienutzung zugelassen ist (bestimmter Zeitraum, Eintritt bestimmter Umstände, Zwischen- und Folgenutzung). Auch im Umweltbericht (Kap. 5.1) wird auf eine räumlich-zeitliche Staffelung der Verwirklichung der unterschiedlichen Festlegungen Bezug genommen, sodass dieser Ansatz der Regionalplanung nicht fremd ist. Im Gegensatz zu den Andeutungen im Umweltbericht ist aber nicht eine ausschließliche Renaturierung denkbar, sondern eine solche auch gemeinsam mit der Nutzung der Windenergie oder zunächst die Windenergienutzung und darauffolgend die Nutzung als Abbaugebiet möglich. Zudem wäre zur Klarstellung die Begründung zu diesem Grundsatz der Raumordnung dahingehend zu ergänzen, dass im vorgenannten Sinne kein raumordnungsrechtlicher Widerspruch zwischen der Windenergienutzung und den Vorbehaltsgebieten besteht. Entweder die Aufnahme einer Regelung nach § 7 Abs. 1 Satz 2 ROG und / oder jedenfalls die Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung bzw. in dessen Begründung, dass kein Widerspruch zur Windenergienutzung und damit auch keine Vorprägung im Hinblick auf die erforderliche Fortschreibung des Teilregionalplans besteht, ist erforderlich und wird auch zur Vermeidung einer fehlerhaften Einzelabwägung erbeten. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_NFL_107 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren, dieses gerade vor dem Hintergrund der Ausweisung von Vorranggebieten Wind Nördlich der hier	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	benannten Fläche unter der gleichen Ordnungsnummer PR1_NFL_107 sowie der Ausweisung des Vorranggebietes Wind mit der Ordnungsnummer PR1_NFL_111. Die Kartierung des Gebietes der Rohstoffsicherung schließt in dieser Teilregion im Besonderen die benannten Vorranggebiete Wind sowie die hier gegebene Waldfläche aus. Insofern gehen wir hier davon aus, dass es eine deutliche Korrektur der Gebiete Rohstoffe kommt und die von uns kartierte Fläche aus dem Korridor der Rohstoffsicherung herausgenommen wird.	
Institution: Bundesverband WindEnergie e.V., Landesverband S. - H. **ID: 1103**	Eine gesicherte, heimische Rohstoffversorgung ist sehr zu begrüßen, daher ist auch eine vorausschauende Sicherung von Rohstoffreserven in Vorbehaltsgebieten sinnvoll. Laut Textteil soll das Ziel sein, diese Flächen gegenüber konkurrierenden Nutzungen zu sichern. Eine Überlagerung mit bereits festgelegten Vorranggebieten für die Windenergie soll dabei schon zum Ausschluss bestimmter Gebiete als Vorbehaltsgebiete geführt haben. Vor dem Hintergrund der Ausweisung weiterer Flächen für die Windenergie und dem Erreichen der landeseigenen, energiepolitischen Ziele sowie der Bundesvorgaben gemäß Windflächenbedarfsgesetz weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass Vorbehaltsgebiete für die Rohstoffsicherung nicht zum Ausschluss als Vorranggebiet Windenergie führen dürfen. An dieser Stelle ist auch auf das überragende öffentliche Interesse bei Bau und Betrieb der Erneuerbaren gemäß§ 2 Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hinzuweisen. Im Textteil der Regionalpläne in allen Planungsräumen sollte daher festgehalten werden, dass diese gleichrangigen Belange sich auf einer Fläche nicht kategorisch ausschließen. Ähnlich wie in ehemaligen Kohleabbaugebieten sollten ausgebeutete Flächen für die Windenergie zur Verfügung stehen.	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe festzulegen sind und wie die Ausweisung grundsätzlich erfolgen soll. Wesentliche fachliche Grundlage ist der Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes. Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.6 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted], Keine Abteilung **ID: 1086**	**Rohstoffsicherung** Das Kapitel 2.6 Absatz 1 und 2 legt Vorranggebiete und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe fest.	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe festzulegen sind und wie die Ausweisung grundsätzlich erfolgen soll.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Hierbei besteht ein Konflikt mit der hier dargestellten Fläche PR1_SLF_311, der jedoch raumverträglich bewältigt werden kann: a) Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe Die Vorbehaltsgebiete nach Kapitel 2.6 Absatz 2 stellen einen Grundsatz der Raumordnung dar. Es ist zu betonen, dass solche Vorbehaltsgebiete einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich sind (§ 7 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 ROG). Nach Satz 2 des Grundsatzes der Raumordnung sollen die Rohstofflagerstätten oder -vorkommen vorsorglich für eine Rohstoffgewinnung von irreversiblen Nutzungen freigehalten werden und bei Vorhaben, die eine spätere Rohstoffgewinnung ausschließen oder wesentlich beeinträchtigen können, sollen den Rohstoffvorkommen oder -lagerstätten bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen ein besonderes Gewicht beigemessen werden. Die Windenergienutzung steht damit nicht im Widerspruch, sodass trotz Ausklammerung des Themas Windenergie aus der aktuellen Neuaufstellung des Regionalplans eine rechtmäßige Abwägung gelingen kann. Zum einen handelt es sich bei der Windenergienutzung nicht um eine irreversible Nutzung, da diese bekanntermaßen auf einen regelmäßigen Zeitraum von 20 bis max. 30 Jahre angelegt ist. Ein solcher Zeitraum ist in Anbetracht der sehr großflächigen Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ohne besondere Relevanz für diese Gebiete, die zwischenzeitlich an anderer Stelle genutzt werden können. Zum anderen kann deshalb auch nicht von einer wesentlichen Beeinträchtigung ausgegangen werden und im Übrigen müsste bei einer Abwägung der unterstellten konkurrierenden Nutzungsansprüche zwischen dem Abbau oberflächennaher Rohstoffe und der Windenergienutzung die Wertung von § 2 EEG 2023 berücksichtigt werden. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Ausweislich der Begründung zum Grundsatz der Raumordnung wurden zwar mehrere Kriterien in die Abwägung für eine Raumwiderstandsanalyse der Rohstoffpotenzialgebiete einbezogen, worunter sich auch die aktuell festgelegten Vorranggebiet der Windenergie befinden. Allerdings lässt dies unberücksichtigt, dass es aufgrund des Windenergie-an-Land-Gesetzes (u.a. WindBG) eine erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein bedarf. Dies ist auch dem Plangeber bewusst, wenngleich dennoch gesonderte Planaufstellungsverfahren geführt werden sollen. Insofern bleiben in der aktuellen Abwägung der Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe die weiteren erforderlichen Potenzialflächen zur Erreichung	Wesentliche fachliche Grundlage ist der Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes. Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.6 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	der Flächenbeitragswerte unberücksichtigt. Hierzu gehört insbesondere auch die hier benannte Fläche PR1_SLF_311. Um jedenfalls spätere Fehlinterpretationen sowie ein Abwägungsmangel aufgrund der Ausgliederung der Windenergienutzung auszuschließen, bitten wir dringend von der Regelung des § 7 Abs. 1 Satz 2 ROG Gebrauch zu machen. Demnach kann festgelegt werden, dass bestimmte Nutzungen und Funktionen des Raums nur für einen bestimmten Zeitraum oder ab oder bis zum Eintritt bestimmter Umstände vorgesehen sind; eine Folge- oder Zwischennutzung kann festgelegt werden. Insofern sollte festgelegt werden, dass im Anschluss an eine Nutzung als Abbaugebiet oberflächennaher Rohstoffe eine Windenergienutzung zugelassen ist. Dies ist durch explizite Aufnahme in den Grundsatz der Raumordnung möglich, wonach zunächst befristet auf 30 Jahre oder im Anschluss an den Abbau oberflächennaher Rohstoffe die Windenergienutzung zugelassen ist (bestimmter Zeitraum, Eintritt bestimmter Umstände, Zwischen- und Folgenutzung). Auch im Umweltbericht (Kap. 5.1) wird auf eine räumlich-zeitliche Staffelung der Verwirklichung der unterschiedlichen Festlegungen Bezug genommen, sodass dieser Ansatz der Regionalplanung nicht fremd ist. Im Gegensatz zu den Andeutungen im Umweltbericht ist aber nicht eine ausschließliche Renaturierung denkbar, sondern eine solche auch gemeinsam mit der Nutzung der Windenergie oder zunächst die Windenergienutzung und darauffolgend die Nutzung als Abbaugebiet möglich. Zudem wäre zur Klarstellung die Begründung zu diesem Grundsatz der Raumordnung dahingehend zu ergänzen, dass im vorgenannten Sinne kein raumordnungsrechtlicher Widerspruch zwischen der Windenergienutzung und den Vorbehaltsgebieten besteht. Entweder die Aufnahme einer Regelung nach § 7 Abs. 1 Satz 2 ROG und / oder jedenfalls die Klarstellung im Grundsatz der Raumordnung bzw. in dessen Begründung, dass kein Widerspruch zur Windenergienutzung und damit auch keine Vorprägung im Hinblick auf die erforderliche Fortschreibung des Teilregionalplans besteht, ist erforderlich und wird auch zur Vermeidung einer fehlerhaften Einzelabwägung erbeten. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_SLF_311 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1136	[redacted] ist Inhaber mehrere Kieswerke in Schleswig-Holstein, u.a. in Selk im Kreis Schleswig-Flensburg. Dieses Kieswerk liegt zwischen der BAB 7 (im Südwesten) und der Brekendorfer Landstraße (im Osten). Es ist über die nördlich vom Kieswerk gelegene K132 und den Kreisverkehr westlich an der B77 (Autohof Wikingerland) mit dem	Der Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau von oberflächennahen Rohstoffen im Entwurf der Regionalpläne liegt eine umfangreiche Abwägung mit weiteren Schutzgütern und räumlich

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	öffentlichen Straßennetz verbunden, ohne dass der Schwerlastverkehr mit Kiestransporten Ortschaften queren muss. [redacted] ist ferner Eigentümer von Flurstücken südlich des bestehenden Kieswerkes. Auf einem Teil dieser Flächen ist der Kiesabbau weitestgehend abgeschlossen. Für einen weiteren Teil dieser Flächen und auch Flächen, die (noch) im Eigentum Dritter stehen, hat [redacted] beim Kreis Schleswig-Flensburg die naturschutzrechtliche Genehmigung gem. § 11a LNatSchG SH zum Kiesabbau auf einer Fläche von 11,82 ha beantragt, Flurstücke 42, 14/3 und 41/7 der Flur 3 Gemarkung Selk. • Vgl. nördliche rote Flächen oberhalb des markierten Dreiecks auf Anlage 1: Lageplan – Lagerstätte Klein Rheide – Jagel – Selk mit angrenzendem Vorkommen vom 07.11.2023 des Ingenieurgeologischen Büros [redacted]. Diese Flächen stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem bestehenden Kieswerk, • vgl. grüne und blaue gepunktete Flurstücke, die sich im Norden an die rote Fläche anschließen, siehe Anlage 1: Lageplan, und können darüber logistisch erschlossen werden. Die bestehenden Aufbereitungsanlagen können für die Erweiterung des Kieswerkes genutzt werden. Der hier zu gewinnende Kies ist sehr hochwertig, mit Körnungsanteilen von mehr als 30 Prozent – einschließlich gebrochenen Gerölls sogar bis teilweise 60 Prozent – und in Abhängigkeit der topografischen Gegebenheiten Trocken-Abbauhöhen von 6 bis 12 Metern. • Vgl. Bundesanstalt Geologischer Dienst, Sand und Kies in Deutschland, Band II: Gewinnung in den Bundesländern, 2022, S. 204 sowie ALKO, Nachmeldung der Fläche „Kograben“ und Abbaustatus im La-gerstättengebiet Klein Rheide – Jagel – Selk mit angrenzendem Vorkommen vom 08.11.2023, S. 2ff. Zu einer vergleichbaren Bewertung kommt der jüngste Fachbeitrag des Geologischen Dienstes im Landesamt für Umwelt (LfU), der „Grundlage für die regionalplanerischen Festlegungen von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten“ sein soll. • Vgl. Regionalplanentwurf Teil B, Kapitel 2.6, Textteil B zu 1, S. 44.	relevanten Belangen zu Grunde. Darüber hinaus ist seitens des Geologischen Landesdienstes des Landes Schleswig-Holstein eine grobe, nicht flächenscharfe überschlägige Betrachtung des theoretischen Rohstoffpotenzials der oben genannten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete durchgeführt worden. Dabei sind pauschale Abzüge für laufende Abbauvorhaben berücksichtigt worden. Die Ergebnisse dieser Abschätzung des Rohstoffpotenzials sind in der Begründung zum Kapitel 2.6 Rohstoffsicherung aufgeführt. Die Stellungnahme wird wie folgt berücksichtigt: Für das Rohstoffpotenzialgebiet in den Gemeinden Selk, Kropp, Jagel und Klein Rheide wurde ein erneuter Abgleich der Ausweisung der Vorranggebiete mit den aktuellen Abbaudaten vorgenommen. Die in der Stellungnahme genannten Flächen sowie die dargelegte Rechtslage wurde von landesplanerischer Seite in Abstimmung mit weiteren Fachbehörden geprüft. Die Ausführungen zu Bedarfslagen für oberflächennahe Rohstoffe, insbesondere Kiese und Sande sowie deren Vorkommen und insbesondere deren hohe Qualität im Abbaugebiet Klein Rheide – Jagel – Selk werden zur Kenntnis genommen und können durch eigene Datenstände weitestgehend bestätigt werden. Die Aussage, dass bestimmte Abbaugebiete in Kürze erschöpft sein werden, können seitens der Landesplanung nicht überprüft werden, da keine Informationen über aktuelle Abbaustände vorliegen. Bei den Hochrechnungen der gesicherten Flächen für die Landesplanung wurde bei bereits im Abbau befindlichen Flächen ein Abbaufortschritt von 50 Prozent angenommen. Grundsätzlich ist der

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Darin werden die Flächen von [redacted] als Flächen des Rohstoffsicherungsbedarfs der Kategorie „A.a“ ausgewiesen wird. • LLUR, Fachbeitrag Rohstoffsicherung – Geologischer Dienst Schleswig-Holstein: Gebiete für die Sicherung und den Abbau mineralischer Stoffe, Januar 2019, S. 10, 12, Tabelle SL01– Klein Rheide-Jagel-Selk. „A.a.“ bedeutet • „Hohes und hochwertiges Rohstoffpotenzial, i. d. R „Lagerstätte. Mehrere bis viele Gewinnungsstellen mit entsprechender Produktion/Versorgungsfunktion. Gute bis sehr gute rohstoffgeologische Eignungskriterien und häufig gute Vorratssituation. Sehr hoher Rohstoffsicherungsbedarf zur Gewährleistung der Versorgung durch entsprechend vollumfängliche Sicherung des noch verfügbaren Potenzials.“LLUR, Fachbeitrag Rohstoffsicherung, S. 10. Ähnliches gilt für weitere umliegende Flächen, für die nach Erkundungen u.a. des Geologischen Landesamtes und der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe bereits im Trockenabbau anstehend hochwertiger Kies zu erwarten ist. • Vgl. LLUR, Fachbeitrag Rohstoffsicherung, S. 11 ff. Die konkrete örtliche Situation im Bereich Klein Rheide – Jagel – Selk stellt sich ansonsten wie folgt dar: Die im Regionalplanentwurf als Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe vorgesehenen Flächen sind ganz überwiegend heute schon abgebaut. Maßgebliche Reserven zur Befriedigung des kurz- und mittelfristigen Bedarfs an Kies und Sand sind hier also nicht vorhanden, • vgl. grüne gepunktete Flächen auf Lageplan der Anlage 1. Der gesamte Bereich ist ansonsten durch den Militär-Flugplatz Jagel und die querenden BAB 7 und die B 77 beeinflusst. Das heißt einerseits, dass der Landschaftsraum aufgrund der davon ausgehenden Immissionen und Beeinträchtigungen des Naturhaushalts nur gering empfindlich und dementsprechend für andere Nutzungen nur bedingt geeignet ist, • vgl. Umweltbericht, S. 140. Andererseits besteht aufgrund der Nähe zum Flughafen eine erhöhte Kollisionsgefahr von Luftfahrzeugen mit Vögeln, die durch größere Baggerseen angelockt werden würden. Aufgrund oberflächennah anstehenden Grundwassers kann diese Gefahr nur dann	Planungsraum I der Raum mit der längsten Reichweite der gesicherten Flächen, wobei diese Angaben auf den gesamten Planungsraum bezogen sind, nicht jedoch auf einzelne Abbaugebiete. Es kann bestätigt werden, dass sich die genannten Abbauflächen innerhalb eines Lagerstättengebietes, das mit der Kategorie A.a ausgewiesen wurde, befinden. Die Einstufung als A.a erfolgte unter anderem, weil es in dem Gebiet erstens grundsätzlich Abbau gibt, und zweitens da es sich bei dem derzeitigen Abbau um hochwertiges Material handelt. Bei den weiteren Flächen (11,82 Hektar, Flurstücke 42, 14/3 und 41/7 der Flur 3 Gemarkung Selk) handelt es sich nach hiesiger Sachlage um einen Erweiterungsantrag, welcher vom Kreis abgelehnt wurde, die Genehmigung wurde aufgrund entgegenstehender archäologischer Belange versagt (siehe auch VG Schleswig (8. Kammer), Urteil vom 28.02.2023 – 8 A 111/19). Die in der Stellungnahme gemachten Ausführungen decken sich nicht mit den Aussagen des oben genannten Urteils. Bei der südlich angrenzenden Fläche von weiteren 6,9 Hektar auf den Flurstücken 44/1 und 43/6 der Flur 3 Gemarkung Selk handelt es sich ebenfalls um bereits geprüfte Flächen, welche aufgrund entgegenstehender archäologischer Belange nicht als Vorranggebiet ausgewiesen wurden. Ein raumordnerischer Vorrang kann aufgrund der entgegenstehenden Belange nicht gewährleistet werden, es erfolgt daher keine Planänderung. Gemäß LEP 2021 (Absatz 2 (G) Kapitel 4.6 LEP 2021) soll für Abbauvorhaben eine „landschaftsräumliche Verträglichkeit“ sichergestellt werden. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der gerichtlich entschiedenen Beeinträchtigung des Danewerkes nicht gegeben. Vor

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	reduziert werden, wenn nur in geringen Tiefen abgebaut bzw. der gewonnene Sand zur Wiederverfüllung genutzt wird und demzufolge dem Markt verloren geht, also nicht zur Bedarfsdeckung zur Verfügung steht. • Vgl. LLUR, Fachbeitrag Rohstoffsicherung, S. 28. Dies gilt in besonderem Maße für den im Regionalplanentwurf als Vorranggebiet vorgesehenen Bereich Klein Rheide. Dort stehen Kies und Sand maximal bis 2,5 Meter über dem Grundwasser an. Zudem ist der Körnungsanteil dort deutlich geringer als in Selk (ca. 12 % bis 17 %). • Bundesanstalt Geologischer Dienst, Sand und Kies in Deutschland, Band II: Gewinnung in den Bundesländern, S. 204; siehe auch Anlage 2: Die unterschiedliche Bodenzusammensetzung ist anhand der Bilder in Anlage 2 gut zu erkennen, wobei Bild 1 einen Standort in Selk zeigt und die Bilder 2 und 3 Standorte in Klein Rheide. Die jeweiligen Standorte sind auch im Lageplan der Anlage 1 gekennzeichnet; Beides zusammen führt nicht nur dazu, dass der Sand in Klein Rheide nicht zur Befriedigung des Rohstoffbedarfs zur Verfügung steht, sondern zur Wiederauffüllung zwecks Vermeidung von Wasserflächen verwendet werden muss, überdies muss etwa 10mal so viel Fläche in Anspruch genommen werden, als dies in Selk der Fall wäre, also statt der durch [redacted] zur Genehmigung beantragten 11,82 ha in Selk, 118,20 ha in Klein Rheide, das sind mehr als eine Million Quadratmeter. Da jedoch derzeitige genehmigungsrechtliche Auflagen nur einen Abbau 2 m über dem höchsten Grundwasserstand erlauben, dürfte der tatsächliche Unterschied um ein Vielfaches höher sein. **II. Landesentwicklungsplan und Regionalplanung** Nach dem am 17. Dezember 2021 in Kraft getretenen Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein sind • *„insbesondere für die Umsetzung der landespolitischen Ziele beim Wohnungsbau und beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und der damit verbundenen steigenden Bedarfe […] die Gewinnung der hierfür erforderlichen oberflächennahen mineralischen Rohstoffe*“	diesem Hintergrund könnte sich ein Ziel der Raumordnung durch die Festlegung eines Vorranggebietes nicht durchsetzen und wäre damit abwägungsfehlerhaft. **Zu den rechtlichen Erwägungen:** Die Ausführungen hinsichtlich der rechtlichen Erwägungen (I. Formelles Recht) werden zur Kenntnis genommen. Die Ausführungen beziehen sich auf den Umfang der Umweltprüfung. Die Umweltprüfung ist gemäß den gesetzlichen Vorgaben erfolgt. Ein Versäumnis hinsichtlich des Untersuchungsumfangs ist nicht erkennbar. Die genannten Belange sind in die Gesamtabwägung des Regionalplans eingeflossen. Inwiefern die Bekanntmachung nicht den gesetzlichen Anforderungen entsprechen soll, wird nicht konkretisiert. Der Plangeber geht von der Rechtmäßigkeit der Bekanntmachung aus. **Zur Bekanntmachung:** Wie in der Stellungnahme ausgeführt wird, ist die hier in der Bekanntmachung dargestellte materielle Präklusion vom Europäischen Gerichtshof bestätigt worden und stellt keine unionsrechtswidrige Beschränkung der Rechtsbehelfsmöglichkeiten dar. Der Hinweis auf die Präklusion in der Bekanntmachung ergibt sich zudem aus § 9 Absatz 2 Nummer 3 ROG und ist gesetzliche Pflicht. **Zu ergänzenden Verfahrensunterlagen:** Die Ausführungen, dass die Bedarfsberechnung nicht Teil der Auslegungsunterlagen war, werden zur Kenntnis genommen. In der Begründung zu 2.6 Absatz 2 Regionalplan-Entwurf 2023 finden sich Aussagen zur Methodik und zu den Ergebnissen, die

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	durch die Regionalplanung – vorzugsweise in der Nähe bereits vorhandener Infrastruktur – Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen, in denen der Abbau hauptsächlich erfolgen soll. • Begründung LEP 2021, S. 278 f. Im derzeit geltenden Regionalplan Schleswig-Holstein für den Planungsraum V, S. 32, Neufassung von 2002, sind die Flächen des bestehenden Kieswerks und die Flächen des zur Genehmigung beantragten erweiterten Kiesabbaus als „Gebiete mit besonderer Bedeutung und Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe“ ausgewiesen. Die Flächen von [redacted] gehören allerdings geologisch zu dem Bereich, von dem der geltende Regionalplan konstatiert: • "*in Abhängigkeit von den geologischen Verhältnissen (im Kreis Schleswig-Flensburg insbesondere weichseleiszeitliche Endmoränen und westlich daran anschließende Sandergebiete, im Kreis Nordfriesland Sanderbildungen und Altmoränen) bestehen seit langem folgende Abbauschwerpunkte im Kreis Schleswig-Flensburg beiderseits der Bundesautobahn 7, […] innerhalb des Stadt- und Umlandbereichs von Schleswig (Idstedt, Jagel, Selk) […].*“ Nach dem Entwurf 2023 des Regionalplans für den Planungsraum I sollen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (Kap. 2.6) vorgesehen werden. Nach der dazugehörigen Karte betrifft dies neuerdings auch das bestehende (weitestgehend erschöpfte) Kieswerk von [redacted] was auch auf weitere Bereiche beidseitig der BAB7 auf Höhe Selk zutrifft. Der Bereich südlich des bestehenden Kieswerks soll zum jetzigen Stand der Planung nicht als ein solches Vorrang- oder Vorbehaltsgebiet aufgenommen werden, obwohl der Geologische Dienst im Landesamt für Umwelt (LfU) auf Basis der auch für die Regionalplanung maßgeblichen rohstoffgeologischen und rohstoffwirtschaftlichen Kriterien diesen Bereich in seine Vorschläge für die Festlegung weiterer Vorranggebiete einbezogen hat, • vgl. LLUR, Fachbeitrag Rohstoffsicherung, Anhang 1, S. 33. Grund hierfür dürfte sein, dass dem Regionalplanentwurf als Ausschlusskriterium „Weltkulturerbe Danewerk/Haithabu einschließlich einer 500 Meter Pufferzone“ zugrunde	aus Sicht der Landesplanung hinreichend sind, um dem Aspekt zu genügen. Der Gesetzestext spricht von „nach Einschätzung der planaufstellenden Stelle zweckdienliche Unterlagen“. Welche Unterlagen neben dem Plantext inklusive Begründung und Umweltverträglichkeitsprüfung-Bericht zur Verfügung gestellt werden, liegt also im Ermessen der Landesplanung. **Zum materiellen Recht:** Die Ausführungen hinsichtlich materiell rechtlicher Rechtmäßigkeit des Regionalplans werden zur Kenntnis genommen. **Zu Erweiterungsflächen:** Bezüglich der Erweiterungsflächen des Kieswerkes Selk wird darauf verwiesen, dass die Voraussetzungen des LEP nicht erfüllt sind, da die Genehmigung nicht erteilt worden ist (siehe Verwaltungsgericht Schleswig (8. Kammer), Urteil vom 28.02.2023 – 8 A 111/19). Das laufende Rechtsbehelfsverfahren ändert nichts an diesem Sachstand. Im Rahmen der Vorschlagsflächen wurden die 11,82 Hektar Erweiterungsfläche Selk und darüber hinaus die südlich angrenzenden Flächen von weiteren 6,9 Hektar auf den Flurstücken 44/1 und 43/6 der Flur 3 Gemarkung Selk geprüft. Aufgrund entgegenstehender archäologischer Belange wurden diese jedoch nicht als Vorranggebiete ausgewiesen. Ein raumordnerischer Vorrang kann aufgrund der entgegenstehenden Belange nicht gewährleistet werden. Es erfolgt keine Planänderung. **Zur landschaftsräumlichen Verträglichkeit:**

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	liegt und angenommen wurde, dass dieses Ausschlusskriterium für den Bereich südlich des bestehenden Kieswerkes zutrifft, • vgl. Textteil RP-E 2023, S. 47. **III. Bedarfslage Sand und Kies in Schleswig-Holstein** **1. Bedeutung von Sand und Kies** Steine- und Erden-Rohstoffe, zu denen Kies und Sand gehören, sind die einzigen in Schleswig-Holstein vorkommenden Rohstoffe. Im Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes heißt es: • „Diese heimischen Primärrohstoffe sind die wichtigsten Vorleistungsgüter für die schleswig-holsteinische Bauwirtschaft und sind somit auch von elementarer Bedeutung für die industrielle Wertschöpfungs-kette. Sie dienen im Wesentlichen der Herstellung von Baustoffen, werden im Wohnungs-, Tief- bzw. Straßenbau eingesetzt oder finden als Produkte in der Landwirtschaft, bei der Energiewende oder im Um-weltschutz Verwendung.“LLUR, Fachbeitrag Rohstoffsicherung, S. 4; so auch Begründung des LEP SH 2021, S. 277. Kies und Sand aus dem Kieswerk Selk werden ortsnah, wie beispielsweise für die Sanierungsmaßnahme „Wikingeck“ in Schleswig oder im Windkraftanlagenbau eingesetzt. • „Die wirtschaftliche Bedeutung der Rohstoffgewinnung ist nicht nur auf die Abbaubetriebe zu reduzieren, sondern sie ergibt sich auch aus der Bedeutung der unmittelbar mit der heimischen Gewinnung in Verbindung stehenden, verarbeitenden Steine- und Erden-Industrie, die, mit Ausnahme der Zementindustrie, ebenfalls überwiegend klein- und mittelständisch organisiert ist. Die Steine- und Erden-Industrie ist sowohl bei der Beschäftigung als auch beim Umsatz für einen erheblichen An-teil am Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe verantwortlich. • Die Vorräte sind keineswegs unerschöpflich. Regional zeigen sich bereits Verknappungstendenzen, die zunehmend auf die schlechter werdenden Möglichkeiten der Bereitstellung und Erschließung neuer Abbauflächen infolge gesetzlicher Schutzregelungen und Planfestlegungen für konkurrierende Belange zurückzuführen sind.“LLUR, Fachbeitrag Rohstoffsicherung, S. 4.	Der LEP 2021 fordert für die Vorhaben nach Absatz 2 eine „landschaftsräumliche Verträglichkeit“. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der gerichtlich entschiedenen Beeinträchtigung des Danewerkes durch einen Abbau auf den Flächen nicht gegeben. Vor diesem Hintergrund könnte sich ein Ziel der Raumordnung durch die Festlegung eines Vorranggebietes nicht durchsetzen und wäre damit abwägungsfehlerhaft. Aus den Kapiteln 4.6 bis 4.6.2 LEP 2021 ergeben sich die Anforderungen für die Regionalplanebene sowohl für Vorrang- als auch für Vorbehaltsgebiete. Diese wurden entsprechend der jeweiligen Gebietskategorien umgesetzt. Aus der Begründung des Regionalplans ergeben sich keine anderen Erkenntnisse für die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten. **Zum Vorsorge- und Entwicklungsgebot:** Bezüglich der Ausführungen zur verantwortlichen Vorsorge wird darauf hingewiesen, dass dieses auch bedeutet, Nutzungsansprüche miteinander abzuwägen. Eine raumordnerische Sicherung ist an dieser Stelle zwar nicht vorgesehen, dafür jedoch in anderen Räumen des Regionalplans. **Zu Aspekten Bildung, Kultur, Gesundheit et cetera:** Der Petent legt nicht dar, dass hierzu ein raumordnerischer Planungsbedarf besteht. Es soll nur festgelegt werden, was eine planerische Festlegung benötigt. **Zum Ausbau erneuerbarer Energien:** Der Ausbau regenerativer Energie ist ein landesweites Entwicklungsziel, welches somit im Rahmen des LEP

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	2. Erwartungen des Regionalplanentwurfs und tatsächlicher Bedarf Während der Laufzeit der aufzustellenden Regionalpläne wird für Schleswig-Holstein ein langfristiger Durchschnittsbedarf von max. 19 – 20 Mio. t pro Jahr Sand und Kies aus heimischen Vorkommen erwartet. Bereits dieser Bedarf löst hohe Flächensicherungsbedarfe an sehr vielen Standorten der Potenzialkulisse aus, • vgl. LLUR, Fachbeitrag Rohstoffsicherung, S. 32, was rechnerisch dazu führt, dass jedes Jahr 3,6 Mio. Tonnen Sand und Kies im Planungsraum I verwendbar produziert werden müssen. • Vgl. Regionalplanentwurf, Textteil, S. 50. Tatsächlich wurden nach • „Angaben des vero – Verband der Bau und Rohstoffindustrie e. V. […] im Jahr 2021 in Schleswig-Holstein 23,408 Mio. t Sand und Kies (inkl. Quarz) im Wert von 153,1 Mio. € gefördert.“Bundesanstalt Geologischer Dienst, Sand und Kies in Deutschland, Band I: Grundlagen, 2022, S. 85. Da keine Anhaltspunkte dafür ersichtlich sind, dass sich dieser Bedarf in den nächsten Jahren reduziert – ein Nachfragerückgang im privaten Bereich wird durch eine verstärkte Nachfrage im öffentlichen Infrastruktur- und Energiebereich erwartungsgemäß mindestens ausgeglichen • ähnlich Regionalplanentwurf, Kapitel 2.6 B zu 2, S. 50, wo von einem steigenden Bedarf ausgegangen wird, so auch ALKO, Stellungnahme vom 08.11.2023, S. 4, besteht im Ausgangspunkt bereits ein planerisches Versorgungsdefizit von mindestens 15 %. **3. Keine hinreichende Deckung des zu erwartenden Bedarfs** Der vom Regionalplanentwurf erwartete Bedarf soll über einen Zeitraum von 25 Jahren in den geplanten Vorranggebieten gedeckt werden. • Vgl. Regionalplanentwurf, Kapitel 2.6 B zu 2, S. 50 Die ist in Anbetracht der erkennbaren Sachlage nicht möglich:	2021 adressiert und abschließend geregelt wird. Zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung ist außerdem eine Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans geplant, die dieses Thema aufgreifen wird. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. **Zu Pufferzonen:** Die Ausführungen bezüglich der Pufferzone decken sich nicht mit der Entscheidung des Verwaltungsgericht Schleswig (8. Kammer), Urteil vom 28.02.2023 – 8 A 111/19). **Zum bestehenden Abbau:** Die bestehenden, genehmigten Abbauvorhaben genießen Bestandsschutz. Sie schaffen aber keine Präzedenz für die Zulassung neuer Vorhaben. **Fazit:** Dem Rohstoffabbau wurde hinreichend Raum eingeräumt, wie auch die Berechnung der Bedarfsabdeckung des Geologischen Landesdienstes belegt. Eine Ausweisung der konkret genannten Flächen als Vorranggebiet ist nicht möglich, da denkmalrechtliche Aspekte entgegenstehen. Der raumordnerische Vorrang würde damit ins Leere laufen und einen Abwägungsfehler darstellen. Dem Aspekt der Sicherung des Umgebungsbereiches des Welterbes wird vorliegend ein höheres Gewicht beigemessen, auch wenn die Rohstoffqualität der konkreten Flächen nicht in Frage gestellt wird. Dem Belang der vorsorgenden raumordnerischen Rohstoffsicherung wird jedoch im Planungsraum I

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Zum einen sind hierbei bereits Flächen einbezogen, die heute schon erschöpft sind, • vgl. Anlage 1, dort die grünen Flächen mit Punkten, die die geplanten Vorranggebiete kennzeichnen. Außerdem beträgt die vom • LLUR, Fachbeitrag Rohstoffsicherung, S. 20, für den Planungsraum FL-NF-SL bereits in 2016 festgestellte jährliche Produktionsmenge an Sand und Kies nur 3,2 Mio. Tonnen, also bereits 0,4 Mio. t weniger als vom Regionalplanentwurf angenommen. Hinzu kommt, dass sich diese Menge durch die Beendigung des Sand- und Kiesabbaus auf zahlreichen heute noch aktiven Flächen des Planungsraums weiter reduziert. Obendrein wird dies schneller der Fall sein als vom LLUR angenommen. Denn die Produktionsmengen lagen schon in den letzten Jahren oberhalb dessen, was in die Berechnungen des LLUR einbezogen wurde. Daher wird bereits heute ein Teil des Bedarfs durch Importe aus Schottland, Dänemark und Norwegen gedeckt. • Vgl. Bundesanstalt Geologischer Dienst, Sand und Kies in Deutschland, Band II: Gewinnung in den Bundesländern, 2022, S. 198 f, 205. Für die Erschließung von neuen Abbauflächen kommt erschwerend hinzu, dass gerade in Schleswig-Holstein • *„eine drastisch zurückgehende Verkaufsbereitschaft der Landwirte“* festzustellen ist. • Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, Sand und Kies in Deutschland, Band I: Grundlagen, November 2022, S. 61. Wenn es also bei den bisherigen Planungen von Vorranggebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe verbleibt, ist überschlägig allein im Planungsraum I pro Jahr mit einem Defizit von ca. 1 Mio. Tonnen benötigter Kies- und Sandmengen zu rechnen. Der Regionalplan würde die vom LEP und vom ihm selbst gesetzten Ziele zur Versorgungssicherheit verfehlen.	auch ohne eine Gebietsausweisung der oben genannten Flächen entsprochen. In der Gesamtschau dieser konkurrierenden Belange kann dem Anliegen des Petenten nicht gefolgt werden.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	B. Rechtliche Erwägungen In der vorliegenden Entwurfsfassung kann der Regionalplan Schleswig-Holstein nicht rechtmäßig in Kraft treten. Er würde sowohl gegen formelles als auch gegen materielles Recht verstoßen. **I. Formelles Recht** In formeller Hinsicht ist zu beanstanden, dass die Bekanntmachung vom 03.07.2023 nicht den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Gem. § 5 Abs 1 Satz 2 LaplaG richtet sich das Verfahren zur Aufstellung der Raumordnungs-pläne nach den Absätzen 4 bis 11 des § 5 LaplaG und den §§ 7 bis 10 und 13 ROG. Vor allem sind Verstöße gegen das Recht der Umweltprüfung nach § 8 ROG erkennbar: Das Teilschutzgut „sonstige Sachgüter“ unter dem Aspekt wirtschaftliche Bedeutung von Rohstoffen für die Bauwirtschaft, die Energiewende und den sonstigen Infrastrukturausbau und die entstehenden Wechselwirkungen z.B. mit dem Schutzgut Klima sind im Umweltbericht praktisch nicht bearbeitet. Der Umweltbericht ist insofern unvollständig und muss ergänzt und erneut ausgelegt werden. Der Hinweis auf die Stellungnahmefrist und die Konsequenzen bei Versäumnis nach § 9 Abs. 2 Satz 4 Nr. 3 ROG, § 5 Abs. 8 Satz 6 LaplaG ist zwar gesetzlich vorgeschrieben, eine materielle Präklusion von Einwendungen im Verwaltungsverfahren – und als solche kann der entsprechende insofern unklare Hinweis in der Bekanntmachung verstanden werden – ist aber wegen Verstoßes gegen Unionsrecht nicht gestattet. • Vgl. EuGH, Urteil vom 15. Oktober 2015 - C-137/14 Richtig ist zwar, dass der EuGH eine materielle Präklusion im Hinblick auf die gerichtliche Überprüfungsmöglichkeit nach Art. 11 UVP-Richtlinie für unionsrechtswidrig erachtet und Pläne und Programme der SUP-Richtlinie unterliegen und hier keine speziellen Vorgaben für die Ausgestaltung des Rechtsschutzes bestehen. Gleichwohl sind • „die allgemeinen Vorgaben des Unionsrechts zu beachten. Danach dürfen die Verfahrensmodalitäten für den gerichtlichen Rechtsschutz nicht ungünstiger sein als diejenigen, die gleichartige Sachverhalte in-nerstaatlicher Art regeln (Äquivalenzgrundsatz), und die Ausübung der durch die Unionsrechtsordnung verliehenen Rechte nicht praktisch un-möglich machen oder übermäßig	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	erschweren (Effektivitätsgrundsatz) (vgl. EuGH, Urteile vom 28. Februar 2012 - C-41/11, Inter-Environne-ment Wallonie - NVwZ 2012, 553 Rn. 45 m.w.N. und vom 18. April 2013 - C-463/11 [ECLI:EU:C:2013:247] - NVwZ-RR 2013, 503 Rn. 38 und 45).“BVerwG, Beschluss vom 24. März 2021 – 4 VR 2/20 –, BVerwGE 172, 57-85, Rn. 83 – 84. Dementsprechend würde eine materielle Präklusion im Verwaltungsverfahren, die eine Geltendmachung bestimmter Aspekte der Umweltprüfung in nachfolgenden Rechtsbehelfsverfahren, etwa gegen die Festlegung bzw. Nichtfestlegung von Vorranggebieten bzw. die Ablehnung von Zulassungsentscheidungen, die mit dem Regionalplan kollidieren, ausschließt, die Rechtsbehelfsmöglichkeiten Betroffener in unionsrechtwidriger Weise beschränken. Außerdem fehlt es daran, dass der Öffentlichkeit und den in ihren Belangen berührten öffentlichen Stellen gem. § 9 Abs. 2 Satz 2 ROG weitere zweckdienliche Unterlagen zugänglich gemacht wurden. Dabei geht es vor allem um alle für die Beurteilung des Bedarfslage zu Rostoffen in Schleswig-Holstein relevanten Unterlagen und den Unterlagen, aus denen sich Erkenntnisse dazu ergeben, wie dieser Bedarf sachgerecht und abwägungsfehlerfrei durch Landes- und Regionalplanung gedeckt werden kann (vgl. § 2 Abs. 2 LaplaG, § 1 Abs. 1, § 2 Nr. 4, § 13 Abs. 5 Satz 1 Nr. 2b) ROG). Abgesehen davon, dass die vorliegenden Unterlagen überhaupt nicht zugänglich gemacht werden, sind die Hinweise der Bekanntmachung auf die der Öffentlichkeit tatsächlich zugänglich gemachten Unterlagen unzureichend. So werden etwa für das ebenfalls der SUP-Richtlinie unterliegende Bauplanungsrecht vor allem vollständige Angaben zu den verfügbaren Arten umweltbezogener Informationen verlangt. • „Es ist der Gemeinde nicht erlaubt, die bekannt zu machenden Informationen auszuwählen und zwischen für wesentlich und unwesentlich gehaltenen Informationen zu unterscheiden (BVerwG, Urteile vom 18. Juli 2013 - 4 CN 3.12 - BVerwGE 147, 206 Rn. 18 und vom 11. Sep-tember 2014 - 4 CN 1.14 - Buchholz 406.11 § 3 BauGB Nr. 16 Rn. 11). In der öffentlichen Bekanntmachung der Auslegung des Planentwurfs muss sich daher jede verfügbare Umweltinformation thematisch wiederfinden.“BVerwG, Urteil vom 20. Januar 2021 – 4 CN 7/19 –, Rn. 22, juris Was die Grundlagen der Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe betrifft, ist dies hier jedenfalls nicht geschehen.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Ansonsten ist gem. § 5 Abs. 8 Satz 5 LaplaG in der Bekanntmachung darauf hinzuweisen, dass Äußerungen in schriftlicher oder elektronischer Form während der Frist nach § 5 Abs. 7 LaplaG abgegeben werden können und elektronisch übermittelt werden sollen (§ 9 Abs. 2 Satz 4 Nr. 2 ROG). Der Hinweis, es sei „ausdrücklich erwünscht, für Stellungnahmen das zur Verfügung stehende Online-Beteiligungsportal BOB-SH“ zu nutzen ist allerdings fehlleitend und könnte Betroffene abhalten, sich zu äußern. **II. Materielles Recht** Auch aus materiellen Gründen wäre ein neu aufgestellter Regionalplan Schleswig-Holstein in der Entwurfsfassung vom 02.07.2023 nicht rechtmäßig. **1. Anpassungsgebot verlangt weitergehende Vorranggebiete** Gem. § 4 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 ROG sind bei raumbedeutsamen Planungen i.S.v. § 3 Abs. 1 Nr. 6 ROG, also auch bei Raumordnungsplänen, Ziele der Raumordnung zu beachten. Nach dem Ziel in Ziff. 4.6.1.1 LEP *sind* Gebiete, in denen genehmigte Vorhaben zur Nutzung verwertbarer Rohstoffe durchgeführt werden oder durchgeführt werden sollen, in den Regionalplänen als Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe darzustellen. Bei der Erweiterungsfläche des [redacted] von 11,82 ha, für die bereits ein Antrag auf naturschutzrechtliche Genehmigung gestellt ist, und der weiteren 6,9 ha südlich davon handelt es sich um ein Gebiet i.S.v. Ziff. 4.6.1.1. LEP, in dem ein Vorhaben zur Nutzung verwertbarer Rohstoffe durchgeführt werden soll. Daher verstößt es gegen § 13 Abs. 2 Satz 1 ROG, wenn diese Fläche nicht als Vorranggebiet in den Regionalplan aufgenommen wird. Dabei kann es von der planerischen Funktion des LEP und des Regionalplans her keinen Unterschied machen, ob die Fläche tatsächlich bereits genehmigt ist oder – wie hier – eine Genehmigung rechtswidrig abgelehnt wurde und das laufende Rechtsbehelfsverfahren erbringen wird, dass dies zu Unrecht geschah. Darüber hinaus *sind* nach dem Ziel in Ziff. 4.6.1.3 LEP nicht nur in diesen Gebieten nach Ziff. 4.6.1.1 LEP, sondern auch in Gebieten nach Ziff. 4.6.1.2 LEP die Lagerstätten für den Abbau langfristig zu sichern. Selbst wenn man also annehmen wollte, Ziff. 4.6.1.1 LEP umfasse nur tatsächlich genehmigte Vorhaben, so handelt es sich bei den 11,82 ha Erweiterungsfläche Selk und darüber hinaus bei der südlich angrenzenden Fläche von weiteren 6,9 ha auf den [redacted] und [redacted] der [redacted] um solche als Vorranggebiete zu sichernden Flächen i.S.v. Ziff. 4.6.1.2 LEP.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Diese Flächen erfüllen ohne weiteres die Voraussetzungen, die Ziff. 4.6.1.2 LEP an die Sicherung als Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe stellt, und sind daher nach dem Ziel in Ziff. 4.6.1.3 LEP als Lagerstätten für den Abbau langfristig zu sichern: **a. Die Lagerstätte ist rohstoffgeologisch hinsichtlich Mindestanforderungen an Qualität, Menge und räumlicher Ausdehnung ihrer Rohstoffe ausreichend erkundet** Wie in der Stellungnahme [redacted] vom 8.11.2023 dargestellt, hat eine mehr als ausreichende Erkundung stattgefunden, die – wie bereits oben dargestellt – dazu führt, dass der Geologische Landesdienst die Rohstoffqualität von Kies und Sand in diesem Bereich mit der Kategorie A.a ausweist. • Vgl. LLUR, Fachbeitrag Rohstoffsicherung, S. 12; siehe oben unter A.I. **b. Die Lagerstätte ist für die Deckung des regionalen oder überregionalen Bedarfs von Bedeutung** Die genannten Grundstücke – angrenzend an das bestehende Kieswerk – sollen durch das Unternehmen [redacted] zur Gewinnung von Sand und Kies genutzt werden. Ebenso wie beim bestehenden, aber alsbald erschöpften Kieswerk, dient der gewonnene Rohstoff den regionalen und angrenzenden überregionalen Wirtschaftsräumen • Vgl. LLUR, Fachbeitrag Rohstoffsicherung, S. 27 f. Die Bedeutung der Lagerstätte folgt schon daraus, dass durch sie maßgeblich die Versorgung mit dem Rohstoff Kies und Sand in den gesamten Kreisen Schleswig-Flensburg, Nordfriesland sowie im Kreis Rendsburg-Eckernförde erfolgt. • Vgl. Bundesanstalt Geologischer Dienst, Sand und Kies in Deutsch-land, Band II: Gewinnung in den Bundesländern, S. 205. Wie auch bisher fand der Kies von [redacted] bei Infrastrukturprojekten wie Hoch- und Tiefbau, beispielsweise der Rader Hochbrücke, sowie im Windkraftanlagenbau Verwendung. Auch für Küstenschutzmaßnahmen ist zukünftig mit Rohstoffbezügen aus dem Landesinneren zu rechnen, • Vgl. LLUR, Fachbeitrag Rohstoffsicherung, S. 28 sowie	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	beispielsweise bedarf die Sanierungsmaßnahme „Wikingeck“ Kies in erheblichem Umfang. Auch hierfür ist Sand und Kies aus den Kieswerken von [redacted] vorgesehen. Ein Rückgang des Bedarfs von Kies und Sand ist indes nicht zu erwarten. • Vgl. LLUR, Fachbeitrag Rohstoffsicherung, S. 28; Regionalplanent-wurf, Kapitel 2.6 B zu 2, S. 50. Der Bedarf an Kies und Sand im Planungsraum I besteht weiterhin, auch vor dem Hinblick der Energiewende ist ein Rückgang des Bedarfs fernliegend. Auf die voranstehenden Ausführungen zum prognostizierten Bedarf und des tatsächlichen Abbauvolumens im Jahr 2021 wird insoweit verwiesen. **c. Ausweichmöglichkeiten für den Abbau eines regional seltenen und knappen Rohstoffs Sand und Kies kann in vertretbarer Weise nicht angeboten werden** Dass es sich bei Sand und Kies um einen regional knappen Rohstoff handelt, zeigt die obige Bedarfsanalyse. Indem die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den oberflächennahen Rohstoffabbau nicht hinsichtlich des jeweiligen Rohstoffs unterscheidet, wird die Bedeutung des Kiesabbaus im Planungsraum übersehen. Denn Kies, in einer Menge und Qualität wie auf der Fläche der [redacted] in Selk, ist im Planungsraum I kaum mehr anstehend. Es ist daher auch nicht erkennbar, dass Ausweichmöglichkeiten hierfür überhaupt bestehen. Die Qualität der Abbaufläche wird maßgeblich durch die anteilige Körnung bestimmt, wobei bei einer Körnung von < 2 mm von Sand und ≥ 2 mm von Kies und Geröll gesprochen wird. Wie bereits unter A. I dargestellt, weisen die Flächen in Selk und Klein Rheide sehr unterschiedliche Anteile an Körnung auf. Das führt dazu, dass - obgleich beide Gebiete insgesamt hervorragende Bodenqualität aufweisen und auch als solche der Kategorie A.a. vom LLUR ausgewiesen wurden – nicht den gleichen Beitrag zur Rohstoffsicherung leisten. • Vgl. Anlage 2: Stellungnahme [redacted] vom 8.11.2023 mit Fotos, auf de-nen die unterschiedliche Bodenzusammensetzung in Selk einerseits und Klein Rheide andererseits zu erkennen ist. Hinzu kommt: Im Gegensatz zum überwiegenden Teil der im Regionalplanentwurf geplanten Vorrang- und Vorbehaltsflächen, die ebenfalls eine Körnung von mehr als 2 mm in hohem Anteil aufweisen, steht die Fläche in Selk vollumfänglich zur Verfügung und ist	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	obendrein durch das angrenzende bestehende Kieswerk hervorragend erschlossen. Ein Abbau wäre selbst im Trockenabbau über viele Jahre möglich. Außerdem erfüllen andere für den Abbau von oberflächennahen Rohstoffen im Regionalplanentwurf vorgesehene Flächen gerade nicht die Voraussetzungen dafür, gem. Ziff. 4.6.1.3 i.V.m. Ziff. 4.6.1.2 als Vorranggebiete gesichert zu werden. Teilweise fehlt es an einer ökologischen und landschaftsräumlichen Verträglichkeit. Teilweise sind günstigen Transportwege und/oder eine gute Anbindung an die Verkehrsinfrastruktur nicht gesichert. **d. Die ökologische und landschaftsräumliche Verträglichkeit ist gegeben** Eine Ökologische und landschaftsräumliche Verträglichkeit i.S.v. Ziff. 4.6.1.2 LEP ist bezüglich der Erweiterungsfläche [redacted] und der südlich angrenzenden Fläche ohne weiteres gegeben. Dies ergibt sich schon aus der Vorprägung des Bereichs Selk durch Militärflugplatz, Autobahn, Brekendorfer Landstraße und bestehende und ehemalige Kiesabbauflächen. Die Immissionslage würde sich bei einem Kiesabbau hier nicht zulasten der nächstgelegenen Wohnbebauung verändern. Auf der Fläche selbst wird Intensiv-Landwirtschaft (z.B. Maisanbau) betrieben. Auch nach erfolgtem Abbau wird sich die Fläche in das Landschaftsbild einfügen. Erste Ansätze der Renaturierung als auch der Verfüllung und anschließender extensiver landwirtschaftlicher Nutzung (Weidewirtschaft) oder einer natürlichen Entwicklung sind in der weiteren Umgebung bereits umgesetzt und auch für diese Fläche vorgesehen. Festzuhalten ist, dass – anders als bei den Vorbehaltsgebieten nach Ziff. 4.6.2.2 des LEP – die „denkmalpflegerische Verträglichkeit“ für die Vorranggebiete nach Ziff. 4.6.1.2 LEP keine Rolle spielt. Wenn der Regionalplanentwurf zur Begründung der Vorranggebiete also auf die Begründung der Vorbehaltsgebiete verweist, • vgl. Kapitel 2.6 B zu 1, S. 46 verkennt er die unterschiedlichen Maßstäbe des LEP von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	e. Günstige Transportwege (zwischen Gewinnungs-, Aufbereitungs- und Weiterverarbeitungsstätten sowie der Endverbraucherin oder dem Endverbraucher) und eine gute Anbindung an die Verkehrsinfrastruktur sind gesichert. Aufgrund der vorhandenen Infrastruktur des betriebenen Kieswerkes im Norden angrenzend und der naheliegenden Landstraße und Autobahn besteht hinsichtlich der Transportwege und der Anbindung an die Verkehrsinfrastruktur eine optimale Ausgangslage für die Erweiterungsflächen in Selk. **2. Vorsorgegebot und Entwicklungsgebot nicht hinreichend beachtet** Der vorliegende Regionalplanentwurf verstößt gegen das landesplanerische Vorsorgegebot. In der Raumordnungsplanung muss insbesondere dafür Sorge getragen werden, dass Vorsorge für einzelne Raumfunktionen und Raumnutzungen getroffen wird (§ 2 Abs. 1 Nr. 1 LaplaG). Das Entwicklungsgebot des § 13 Abs. 2 Satz 1 ROG, wonach Regionalpläne aus dem Raum-ordnungsplan für das Landesgebiet zu entwickeln sind, wird nicht hinreichend beachtet. Raumfunktion ist die Möglichkeit eines Raumes zur Erbringung einer ökologischen, sozialen und/oder ökonomischen Leistung. Die Qualität der Raumfunktion wird durch Eigenschaften der Ausstattung einer Fläche (Bspw. Bodenqualität, Größe) oder Eigenschaften der Lage einer Fläche (Erreichbarkeit) bestimmt. Unter Raumnutzungen werden die verschiedenen Formen der menschlichen Inanspruchnahme des Raums zur Befriedigung sozialer und wirtschaftlicher Be-lange verstanden. Einen abstrakten Vorrang der Nutzungen vor den Funktionen oder anders-herum enthält das Gesetz nicht. • Vgl. Kment, Raumordnungsgesetz, ROG § 7 Rn. 2, beck-online; Spannowsky/Runkel/Goppel/Runkel, 2. Aufl. 2018, ROG § 7 Rn. 17-19. Wie bereits dargestellt, weist die Region grundsätzlich hohes ökonomisches Potential auf, welches jedoch überwiegend nicht ausgeschöpft werden kann (genehmigungsrechtliche Vorgaben, Konflikte mit Flughafen Jagel). Weder der bereits erschöpfte Anteil an den ausgewiesenen Flächen noch die beschränkte Genehmigungsfähigkeit für Rohstoffabbau auf den vorgesehenen Flächen wurden in der Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten berücksichtigt. Beides Aspekte, über die die Planungsbehörde ohne Kostenaufwand tiefergehende Kenntnis hätte erlangen können. Daher haben in der Raumordnungsplanung bezüglich der Fläche Klein Rheide – Jagel – Selk weder die Raumfunktion noch die Raumnutzung hinreichende Beachtung	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	gefunden. Darüber hinaus die wenigen unberührten nutzbaren und qualitativ hochwertigen Flächen von der Ausweisung aus-zunehmen, verfehlt die Vorsorge. Auch wenn der LEP in einigen Aspekten die Entwicklungsvorgaben als Grundsatz formuliert, zeichnet sich eine landesplanerische Vorsorge dadurch aus, dass die Entwicklung von Wirtschaft, Ressourcen und Daseinsvorsorge umfassend in der Regionalplanung abgebildet ist. Daher verwundert es, dass trotz der festgestellten Ausgangslage und Entwicklungstendenzen zu Beginn des Regionalplanentwurfs in der Regionalplanung die Entwicklung von Zukunftsfeldern der Wirtschaft (Kapitel 4.1 LEP) sowie Wissenschaft, Forschung und Technologie (Kapitel 4.2 LEP) keine Beachtung fanden. Ebenso verhält sich die Planung nicht zur digitalen Infrastruktur (Kapitel 4.4 LEP), Geothermie (4.5.3 LEP) und Energiespeichern (Kapitel 4.5.4 LEP), überwiegend – mit Ausnahme von Kapitel 5.7 LEP – wird die Entwicklung der Daseinsvorsorge (Kapitel 5 LEP) mit Bildung, Kultur, Gesundheit sowie hinsichtlich Kinder, Menschen mit Behinderung und SeniorInnen weitestgehend ausgeklammert. Weshalb Klimaschutz und Klimaanpassung (Kapitel 6.1 LEP) nur marginale Berücksichtigung in der Regionalplanung zukommen, erschließt sich nicht. So heißt es beispielsweise im Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden für den Nahbereich Flensburg, dass • „eine Freiraumplanung (hinsichtlich […] Klimawandelanpassung) […] jedoch angestrebt werden [sollte]“,Regionalplanentwurf, Kapitel 5.1, S. 125, Dabei wird im LEP aus den verbindlichen Klimaschutzzielen nach dem EWKG folgende Aus-sage für die Energieversorgung geschlussfolgert: • „Die Erneuerbaren Energien wie Wind, Solar, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie sind von zentraler Bedeutung für die Energiewende. Sie sollen in den Bereichen Strom, Wärme und Mobilität mittelfristig maßgebliche und langfristig ausschließliche Ressource werden. Die Umsetzung der Energiewende bedarf hierzu neben der Errichtung der Erneuerbare-Energien-Anlagen, der Energieeinsparung und der Ener-gieeffizienz auch einer zukunftsfähigen Energieleitungsnetz- und -speicherinfrastruktur. Eine zügige Verwirklichung dieser Infrastruktur soll bei allen Planungen und Maßnahmen unterstützt werden.“LEP 2021, Kapitel 4.5 G 1, S. 227. **3. Abwägungsgebot**	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Außerdem würde es gegen das Abwägungsgebot verstoßen, wenn die Entwurfsfassung des neuaufzustellenden Regionalplans beschlossen würde. Gem. § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen. In die Abwägung ist an Belangen eingestellt wird, was nach Lage der Dinge eingestellt werden muss, • BVerwG, Beschluss vom 22. März 2023 – 4 VR 4/22 –, Rn. 47, juris Die Abwägungsentscheidung ist vor allem dann fehlerhaft, wenn der Planungsbehörde infolge einer fehlerhaften Ermittlung, Bewertung und Gewichtung einzelner Belange ein rechtserhebli-cher Fehler unterlaufen ist. • BVerwG, Beschluss vom 22. März 2023 – 4 VR 4/22 –, Rn. 48, juris Dies ist hier nicht nur in Bezug auf die Prognose und der Deckung des tatsächlichen Bedarfs an Rohstoffen der Fall (siehe oben Kapitel A. III), sondern auch im Hinblick auf die Berücksichtigung von denkmalpflegerischen Aspekten: Sachlich unrichtig ist, die Schutzwürdigkeit der Pufferzone der Schutzwürdigkeit des eigentlichen Denkmals gleichzusetzen. • „Eine Überlagerung mit folgenden Kriterien führte dabei (grundsätzlich) zum Ausschluss als Vorbehaltsgebiet: […] Weltkulturerbe Dane-werk/Haithabu einschließlich einer 500 Meter Pufferzone“ **Regionalplanentwurf, Kapitel 2.6 B zu 2, S. 47.** Diese Gleichbehandlung von Denkmal und Pufferzone ist bereits deshalb fehlerhaft, weil Pufferzonen (§ 2 Abs. 3 S. 2 Nr. 3 DSchG SH) keine Denkmäler gemäß § 2 Abs. 1, Abs. 3 S. 1 DSchG SH sind und daher nicht bereits aufgrund ihrer Existenz geschützt sind. Die Berücksichtigung von Pufferzonen kann nur in dem Maß gerechtfertigt sein, in welchem die jeweilige Pufferzone einen tatsächlichen denkmalpflegerischen Beitrag leistet bzw. leisten kann. Sofern auch für die Ausweisung der ausgenommenen Fläche in Selk die denkmalpflegerische Verträglichkeit Beachtung finden sollte, hat in die Abwägung	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	einzufließen, dass die ausgewiesene Pufferzone in diesem Bereich weder in der Vergangenheit noch zum gegenwärtigen Zeitpunkt dem dortigen Denkmal dient(e). Das Unesco-Welterbe Haithabu-Danewerk, als eingetragenes Bodendenkmal, ist in Teilen touristisch erschlossen, begehbar und äußerlich als Denkmal erkennbar. Auf andere Teile dieses Unesco-Welterbes trifft dies nicht zu, beispielsweise auf den Kograbenabschnitt im Bereich Selk. Noch bis vor wenigen Jahren wurde der Denkmalbereich selbst landwirtschaftlich überpflügt und auch heute werden die Flächen in der Pufferzone intensiv landwirtschaftlich genutzt. Wo sich der Kograben genau befindet, ist vor Ort nicht erkennbar. Was erkennbar ist, ist der Ahrensbergredder. Redder deshalb, weil sich durch die betriebene Landwirtschaft im Süden und den Kiesabbau im Norden seitlich eines Weges Bodenablagerungen aufgehäuft haben, die mittlerweile dicht bewachsen sind. Es wird vermutet, dass der Redder teilweise auf dem Kograben liegt und zum Teil seitlich davon verläuft. Die für das Unesco-Welterbe vorgesehene Pufferzone in diesem Bereich von Selk, wird im Norden vollständig durch das bestehende Kieswerk ausgefüllt, im Süden wird die Fläche der Pufferzone durch landwirtschaftlichen Maisanbau genutzt. Letzteres ist von so hohem Wuchs, dass selbst der Redder beinah dahinter verschwindet. Diese tatsächlichen Begebenheiten machen deutlich, dass weder die nördliche noch die südliche Pufferzone in diesem Bereich keinen Beitrag zur Denkmalpflege leisten, denn auch für den der Denkmalpflege zugewandten Betrachter ist ein Denkmal nicht erkennbar. Wenn also die Flächen der [redacted] und die daran südlich angrenzende Fläche in Selk im Hinblick auf denkmalfachliche Belange weder als Vorranggebiet noch als Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe in der Regionalplanung vorgesehen ist, leidet die Planung unter einem rechtsrelevanten Abwägungsfehler. Selbst für den Fall, dass trotz der tatsächlichen Gegebenheiten eine schutzwürdige Beachtung des Denkmals mit seinen Pufferzonen erfolgen sollte, ergäbe eine sorgfältige Abwägung die Vereinbarkeit der unterschiedlichen Belange. Von dem eröffneten Abwägungsspielraum, • „Eine Überlagerung mit folgenden Kriterien führte dabei (grundsätzlich) zum Ausschluss als Vorbehaltsgebiet“	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	• Regionalplanentwurf, Kapitel 2.6 B zu 2, Textteil S. 47, Hervorhebung durch den Unterzeichner. wird jedoch kein Gebrauch gemacht, was zum Entfall der erforderlichen Abwägung führt. Das Ergebnis einer fehlerfreien Abwägung würde hingegen zur Vereinbarkeit der öffentlichen Belange Denkmalpflege einerseits, Kiesabbau, Rohstoffsicherung und Klimaschutz kommen und überdies die privaten Belange der [redacted] und seines Inhabers einbeziehen. Das Ziel des Denkmalschutzes ist es, der Vergangenheit zu erinnern, indem der überlieferte Denkmalbestand erhalten bleibt (Präambel DSchG S-H). Das Ziel der Denkmalpflege wird durch den Kiesabbau hier nicht konterkariert. Zunächst ist dem Argument der entgegenstehenden Denkmalpflege die Verträglichkeit von Kiesabbau in der Nähe eines Denkmals entgegenzuhalten. Dies wird einerseits daran deutlich, dass auf den Flächen der nördlichen Pufferzone heute Kiesabbau stattfindet und andererseits darin, dass die Anerkennung als Unesco-Welterbe zu einem Zeitpunkt vorgenommen wurde, während in unmittelbare Nähe Kies abgebaut wurde. Letzteres zeigt, dass Kiesabbau weder die Denkmaleigenschaft berührt noch den Wert des Denkmals schmälert. Im Hinblick auf die in Selk ausgenommene Fläche ist hervorzuheben, dass der Kiesabbau auf der ausgenommenen Fläche ebenso wie auf der nördlich angrenzenden Fläche des aktiven Kiesabbaus keine ein-getragene Denkmalschutzfläche belasten würde. Die in Frage kommenden Abbauflächen liegen lediglich in der vom Managementplan ausgewiesenen südlichen Pufferzone. Darüber hinaus eröffnen Rekultivierung und anschließende Nutzung die Möglichkeit ein denk-malpflegefreundliches (Kies-)Nachnutzungskonzept auf den Kiesabbauflächen umzusetzen, wie es auch bereits im Regionalplan für die Gebiete in den Gemeinden Handewitt und Wanderup vorgesehen wird. • Vgl. Regionalplanentwurf, Kapitel 2.6.3, S. 44. In die erforderliche Abwägung einzufließen hat auch die Bedeutung des Rohstoffes mit einer Körnung von ≥ 2 mm. Der Kiesabbau, der durch den gewonnenen Kies die regionale Wirtschaft unterstützt, da er bei der Realisierung von Infrastrukturprojekten erforderlich ist, leistet dadurch auch einen wesentlichen Beitrag zur Klimawende. Der derzeitige Regionalplanentwurf verkennt, dass der in Selk gewinnbare Kies essenzieller Rohstoffe zur Verwirklichung der Energieversorgung aus Erneuerbaren Energien ist. Ohne Kies und	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Sand stehen keine Windräder auf festem Untergrund, denn ihr Fundament bedarf Stabilität. Ohne verfestigte Zuwegungen ist ein Aufbau und Erhalt von Solar-, Biomasse- als auch Wasserkraftanlagen nicht möglich, auch hierfür bedarf es dieser Rohstoffe, die Notwendigkeit zeigt sich auch bei der Isolierung und Stabilisierung von Rohren und Leitungen im Boden um schadhaften Austritt vermeiden oder jedenfalls begegnen zu können. Ohne Kies ist der Ausbau von notwendigen Sanierungsprojekten im Hoch- und Tiefbau, wie dem Straßen- und Brückenausbau nicht realisierbar. Vor diesem Hintergrund des tatsächlichen Bedarfs an Rohstoffen und der hervorragenden Bodenqualität, die Möglichkeit im Rahmen der bereits bestehenden immissionsbedingten Belastung abzubauen und zugleich einen wesentlichen Beitrag auch für die Klimawende zu leisten, während die Denkmalpflege keine Einschränkungen erleidet, ist aufgrund einer sorgfältigen Abwägung die Regionalplanung zu überarbeiten und im Zuge dessen die ausgenommene Fläche in die Regionalplanung als Vorrangfläche, mindestens jedoch als Vorbehaltsfläche, aufzunehmen.	
Institution: **Gemeinde Harrislee** **ID: M1126**	Die im Kartenteil dargestellten Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe gem. Kapitel 2.6 sollten so lokalisiert werden, dass gewerbliche Entwicklungsüberlegungen der Gemeinde entlang des Ochsenweges nicht beeinträchtigt werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Eine Berücksichtigung ist im Rahmen der nachfolgenden, konkreten Bauleitplanverfahren der Gemeinde möglich.
Öffentlichkeit: **Privatperson** **ID: 1093**	Der Pakt der Bundesregierung für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung peilt positive Veränderungen an, um dem Wirtschaftsstandort Deutschland auch in Schleswig-Holstein wieder auf die Beine zu helfen. Verschlankte Verfahren, modernisiertes Recht und reduzierte Prüfschritte in Genehmigungsverfahren sollen im Zusammenspiel mit digitalen Lösungen dazu den Schlüssel liefern. Standards statt Einzelfallprüfungen könnten tatsächlich einen Beitrag zum versprochenen Bürokratieabbau leisten. Findet all das so statt, wie es auf dem Papier steht und schon im ersten Quartal des Jahres 2024 konkretisiert sein soll, muss es auch mehr Tempo für jene Rohstoffe geben, die zur Umsetzung der Maßnahmen erforderlich sein werden. Das heißt, die Anzahl und die Kapazitäten der heimischen Sand- und Kiesgruben sowie weiterer Rohstoffgewinnungsstätten dürfen sich nicht verringern, sie müssen erhalten bleiben! Jeder einzelne dieser Standorte benötigt neben einer regulären Genehmigung regelmäßig Anschlussgenehmigungen, die ebenfalls beschleunigt erteilt werden müssen, um Bauprojekte mit Sanden, Kiesen, Schotter, Kreide, Ton und Mergel auf möglichst kurzen	Die Hinweise adressieren die Verfahren zur Genehmigung von konkreten Abbauvorhaben. Diese sind nicht Gegenstand der Regionalplanung, sondern liegen in der Zuständigkeit der Kreise und kreisfreien Städte. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Transportwegen versorgen zu können. Unabhängig davon wie schnell der Pakt in eine tatsächliche Planungs- und Baubeschleunigung mündet, ist die Verfügbarkeit heimischer Gesteinsrohstoffe essenziell für die deutsche Volkswirtschaft, besonders auch hier bei uns in Schleswig-Holstein. Kies und Sand sind unerlässlich für die Produktion mineralischer Massenbaustoffe, die Basisfunktionen für jedes einzelne der im o.g. Pakt aufgeführten Vorhaben übernehmen.	
ID: 1093	Ausgehend von den Meldungen von Betrieben, die oberflächennahe Rohstoffgewinnung im Land Schleswig-Holstein betreiben und vom **Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes**, in der redaktionellen Überarbeitung von November 2020, sind dies unsere Änderungs- und Ergänzungswünsche für die drei Regionalplanentwürfe der Planungsräume I bis III; auf den Fachbeitrag Rohstoffsicherung nehmen wir dabei ausdrücklich Bezug: Der Fachbeitrag Rohstoffsicherung aus dem Jahr 2019, in redaktioneller Überarbeitung von 2020, basiert unseres Wissens im Wesentlichen auf der Datenlage von 2016-2018. Dies gilt es bei den Abwägungen der verschiedenen Raumnutzungsinteressen für die Laufzeit neuer Regionalpläne zu bedenken und im Sinne von Rohstoffsicherheit in Schleswig-Holstein auch gebührend zu gewichten und als Rahmenbedingung für politisches und wirtschaftliches Handeln in den Regionalplänen darzustellen. Eine langfristige und verlässliche heimische Rohstoffversorgung ist Teil der Daseinsvorsorge und daher auch im öffentlichen Interesse. Sie ist die Basis für das erfolgreiche Handeln und den Wohlstand in einem Industrieland wie Deutschland. Schleswig-Holstein als das Bundesland mit dem erklärten Ziel, erstes klimaneutrales (Industrie-)Bundesland zu werden, sollte zur Erreichung dieses Ziels seine Chance ergreifen und die regional vorhandenen Rohstoffe nutzbar machen und einfach nutzbar halten. Nachgewiesene Rohstofflagerstätten müssen in den Regionalplänen durch eine zusätzliche Regelung bedarfsunabhängig und langfristig gesichert werden und dürfen weder kommunal noch überregional überplant werden. Nur auf diese Weise können Transportemissionen durch kurze Wege weiterhin im hohen Maße eingespart als auch Rohstoffunabhängigkeit gewährleistet werden. Das ist auch ein Baustein für Rohstoffsicherheit im Land.	**Zur Rohstoffversorgung und den betriebswirtschaftlichen Aspekten der abbauenden Firmen:** Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. **Zum Fachbeitrag des Geologischen Landesdienstes:** Der Fachbeitrag Rohstoffsicherung basiert zwar auf Daten von 2016 bis 2018, berücksichtigt allerdings eine angenommene Steigerung der Produktion von Sand, Kies und Ton für die Gültigkeitsdauer der Regionalpläne auf im Mittel 19-20 Millionen Tonnen. Im Jahr 2020 wurden nach hier vorliegenden Zahlen circa 18,6 Millionen Tonnen produziert. Der Wert aus 2020 liegt also noch unterhalb der für die Regionalplanung maßgeblichen 19-20 Millionen Tonnen. Die angenommene Steigerung berücksichtigt bereits die angeführten Mehrbedarfe. Insofern wird die Datengrundlage für hinreichend aktuell gehalten. **Zur Überlagerung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe mit regionalen Grünzügen:** Der Abbau von oberflächennahen Rohstoffen gehört zu den nach § 35 BauGB privilegierten Nutzungen im Außenbereich. Der Rohstoffabbau ist daher von den Zielen der regionalen Grünzüge nicht betroffen. Es

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Eine Ausdünnung der ortsnahen Versorgung mit mineralischen Rohstoffen führt zu weniger Versorgungssicherheit und längeren, umweltbelastenden und weniger wirtschaftlichen Transportwegen. Dies stünde dem Ziel, erstes klimaneutrales Bundesland zu werden, im Weg. Vielmehr muss gelten: schnelle und effiziente Planungs- und Genehmigungsverfahren auch bei der Rohstoffgewinnung müssen zu einem Standortvorteil für Schleswig-Holstein werden. Denn: „Selbst die mittel-langfristige Fortschreibung der derzeitigen Bedarfsgröße von knapp 17,2 Mio t/Jahr Sand/Kies und Ton (19,5 Mio. t/Jahr inkl. Kalke) erfordert bereits hohe Flächensicherungsbedarfe an sehr vielen Standorten in der Potenzialkulisse.“ (Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes, S. 32) Die dafür notwendige Absicherung in den Regionalplänen ist unverzichtbar. Die Zahlen des geologischen Landesdienstes von 2016-2018 berücksichtigen natürlich nicht die Entwicklung der letzten Jahre: Der Hochlauf der Energiewende mit hunderten benötigten zusätzlichen Windenergieanlagen samt Fundamenten und Zuwegungen, den Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft mit vielen neuen Leitungsbauprojekten, ein immer stärker geforderter Küstenschutz etc. In der Regel geht die Flächensicherung zur Rohstoffgewinnung mittels Regionalplanung der Antragstellung auf Genehmigung der Gewinnung von oberflächennahen Rohstoffen durch die entsprechenden Unternehmen voraus, um jedenfalls einen gewissen fixierten Rahmen für den Gang ins unternehmerische Risiko zu haben. Wir widersprechen daher grundsätzlich einer Überplanung möglicher Gewinnungsflächen (Kategorien A.a., A.b., B. und C.) durch die flächenüberdeckende Ausweisung mit der Kategorie „Regionaler Grünzug“. Regionale Grünzüge stellen langfristige Ziele der Raumordnung dar, genauso entspricht es jedoch den Grundsätzen und Zielen der Raumordnung, die Sicherheit verbrauchernah gelegener Rohstoffe sowie die Sicherstellung der Gewinnbarkeit der Rohstoffpotenziale langfristig zu gewährleisten. Wir sehen in der Überplanung mit den im LEP für "Regionale Grünzüge und Grünzäsuren" formulierten Zielen eine konkurrierende Nutzung, die im Widerspruch zur langfristigen Rohstoffsicherung steht und die weitere Rohstoffgewinnung auch in künftigen Genehmigungsverfahren ggf. erheblich behindern kann. Das steht der Rohstoffsicherheit entgegen!	handelt sich hier nicht um eine Nutzungskonkurrenz, wie in der Stellungnahme angedeutet. Insofern wurden die regionalen Grünzüge bei der Abgrenzung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete auch nicht als Abwägungskriterium zugrunde gelegt. Vielmehr überlagern die Rohstoffgebiete an verschiedenen Stellen die regionalen Grünzüge. In der Begründung zu Kapitel 2.6 Absatz 2 wird bereits darauf hingewiesen, dass der mit den regionalen Grünzügen verbundene Freiraumschutz dem Rohstoffabbau nicht entgegensteht. Der Anregung wird daher nicht gefolgt. **Zur Forderung alle Lagerstätten als Vorranggebiete und alle Vorkommen als Vorbehaltsgebiete auszuweisen:** Der LEP 2021 regelt in Kapitel 4.6.1 beziehungsweise 4.6.2, welche Gebiete in den Regionalpläne als Vorrang- beziehungsweise Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe auszuweisen sind. In beiden Fällen sollen die Gebiete das Ergebnis eines Abwägungsprozesses mit konkurrierenden Belangen darstellen. Insofern ist die pauschale Übernahme der Rohstoffpotenzialgebiete in die Regionalpläne bereits nach dem LEP 2021 nicht vorgesehen und im Hinblick auf die damit verbundene rechtliche Bedeutung auch nicht sachgerecht. Schließlich sind Vorranggebiete als Ziele der Raumordnung zu beachten und Vorbehaltsgebiete als Grundsätze der Raumordnung zu berücksichtigen. Bei der Neuaufstellung der Regionalpläne sind sowohl Lagerstätten als auch Vorkommen im Hinblick auf die Festlegung als Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe untersucht worden. Den Vorbehaltsgebieten sind keine konkreten Bedarfslagen gegenübergestellt worden. Insofern stellen sie bereits

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Für die Schaffung von Rohstoffsicherheit ist es notwendig, sämtliche erfassten Lagerstätten (Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes, S. 8) und Vorkommen (Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes, S. 8) als Vorrangflächen und Vorbehaltsgebiete in der Regionalplanung zu berücksichtigen. Das trägt zur Entspannung des Preismarkts bei und schafft Perspektiven für die rohstoffgewinnende Wirtschaft. Und es hilft so, den Bestand von Gewinnungsbetrieben zu erhalten. Nur diese können die regionale Rohstoffgewinnung umsetzen und sicherstellen. Sie stehen damit für Rohstoffsicherheit! Wir bitten daher für die drei Regionalpläne um die Aufnahme aller A.a., A.b. und B. Lagerstätten (Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes, S.11 ff.) in den Vorrangstatus. Gemäß Definition „2 G“ LEP 2021 zur Vorsorge für den langfristigen Bedarf sollen Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher mineralischer Rohstoffe ausgewiesen werden, die hinsichtlich Qualität, Menge und räumlicher Ausdehnung ausreichend erkundet und die für die Deckung des regionalen/überregionalen Bedarfs von Bedeutung sind und die hinsichtlich wirtschaftsgeologischer Rahmenbedingungen, wie Transportwege zwischen Gewinnungs-, Aufbereitungs- und Weiterverarbeitungsstätten bzw. den Endverbrauchern als günstig zu bewerten sind sowie eine gute Anbindung an die Verkehrsinfrastruktur aufweisen. Die Potenzialgebiete der Kategorie A und B des Rohstoffsicherungsberichtes des Geologischen Dienstes, erfüllen beide Punkte. Ferner bitten wir, alle C. Vorkommen (Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes, S. 11 ff.) bereits in den Vorbehaltsstatus zu übernehmen. Die Vorbehaltsgebiete für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe sind als Rohstoffreserve anzusehen. Eine Reserve ist aber nur dann eine, wenn sie auch als solche direkt verwendbar ist. Spätere Fortschreibungen von Landesentwicklungsplan- und Regionalplänen müssen wegen der überragenden Bedeutung der Rohstoffgewinnung für das Leben in Schleswig-Holstein und Hamburg die Möglichkeit der Rohstoffsicherung auch faktisch zulassen können. Daher ist auch diese Reserve notwendig. Denn: Die Praxis heute zeigt, dass Flächen ohne Vorrang- bzw. Vorbehaltsstatuts weniger schnell für die Rohstoffgewinnung entwickelt werden können, als solche mit Vorrang oder Vorbehalt. Die heutige Zeit – auch perspektivisch für die Laufzeit der Regionalpläne und darüber hinaus, verlangt Rohstoffsicherheit intensiver als bisher.	eine bedarfsunabhängige, langfristige Rohstoffsicherung dar. Bezüglich der Vorranggebiete sind neben den genehmigten Abbauflächen auch als genehmigungsfähig bewertete beantragte Abbauflächen festgelegt worden. Darüber hinaus hat der Geologische Landesdienst innerhalb der Lagerstätten Vorschläge für weitere Vorranggebiete, die die Anforderungen nach Kapitel 4.6.1 Absatz 2 LEP 2021 erfüllen, mitgeteilt. Diese wurden geprüft und nach Abwägung mit ökologischen Belangen in die Regionalplan-Entwürfe übernommen. Der Forderung einer pauschalen Übernahme der Rohstoffpotenzialgebiete wird daher nicht gefolgt. **Zum Zeitaufwand von Genehmigungsverfahren:** Die konkreten Genehmigungsverfahren sind nicht Gegenstand der Regional- oder Landesplanung. Zuständig sind die Fachbehörden bei den Kreisen und kreisfreien Städten. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. **Zur Konkurrenz mit Energiebedarfsflächen:** Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe sind bei der Planung von Flächen für erneuerbare Energien als Ziele der Raumordnung zu beachten. Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe sollen vorsorglich von irreversiblen Nutzungen freigehalten werden und bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen ein besonderes Gewicht haben. Insofern müssen die Rohstoffbelange bei

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Wieso benötigt unsere Gesellschaft **ein Mehr an Rohstoffsicherheit,** die klimagerecht nur durch eine vorausschauend eher großzügige Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsflächen realisiert werden kann? Der Betrieb und die (denkbare) Einrichtung von neuen Rohstoff-Gewinnungsbetrieben ist mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Diesen Aufwand muss regional jemand leisten können und wollen. Wenn das regional niemand kann und will, bleibt zur Bedarfsdeckung nur der Import von Gesteinsrohstoffen zu erheblich deutlicheren Preisen und mit deutlich erfahrbarer Klimabelastung. Das gilt es zu vermeiden. Dafür müsste man den Aufwand anerkennen und die regionale Rohstoffgewinnung jedenfalls im Grunde durch klare Regionalplanvorgaben absichern. Zurück zum Aufwand. Der Aufwand ist aus verschiedenen Gesichtspunkten groß und das ist im Sinne der Rohstoffsicherheit zu beachten. Erstens ist er verbunden mit hohen Investitionen, finanziellem Aufwand für den Erwerb von Land, den Kauf von Maschinen und Anlagen und der Vorfinanzierung von vorbereitenden Maßnahmen zur Prospektion und Exploration, zur Aufsuchung und Gewinnung. Zweitens ist Rohstoffgewinnung mit einem Aufwand in zeitlicher Hinsicht verbunden. Zur Einrichtung einer Gewinnungsstätte bedarf es eines zeitlichen Vorlaufs. Anlagen zur Kieswäsche und Klassierung, Förderbänder, Brecher und Stromverteilung müssen, wenn die Genehmigung erteilt ist, beauftragt, gebaut (Sondermaschinen), geliefert, aufgestellt und installiert werden. Drittens ergibt sich Aufwand bei der Rohstoffgewinnung aus einem erheblichen Unsicherheitsfaktor im Hinblick auf den return on invest. Dieses unternehmerische Risiko muss das rohstoffgewinnende Unternehmen eingehen wollen. Eine erhoffte gute Gewinnungsstätte kann sich trotz gründlicher Voruntersuchung auch als qualitativ ungenügend erweisen, um den Aufwand von Aufsuchung und Gewinnung unternehmerisch zu rechtfertigen. Die Risikoabwägung bezieht dabei durchaus auch ein generationenübergreifendes bzw. ein firmeneigenes strategisches Denken mit ein. Das betrifft Familienbetriebe wie Konzerne gleichermaßen. Die Risikoabwägung geht dabei über die Laufzeit eines Regionalplans hinaus. Letztlich kommt der Vergrößerung der Vorrang- und Vorbehaltsflächen zur Rohstoffgewinnung auch eine tatsächliche Lenkungswirkung zu. Je mehr Fläche theoretisch zur Verfügung steht, desto günstiger ist die Fläche für die denkbare Nutzung zur Rohstoffgewinnung. Desto eher findet sich jemand, der investiert, den Aufwand auf	Bauleitplanungen für erneuerbare Energien besonders berücksichtigt werden. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. **Zur Forderung der Aufnahme eines weiteren Vorranggebietes südöstlich von Seth (Kreis Segeberg, Planungsraum III):** Die Fläche südöstlich von Seth stellt aus rohstoffgeologischer Sicht auf der Grundlage der dem Geologischen Landesdienst vorliegenden Bohrungen ein Vorkommen dar (Verbreitung und Verwendungsmöglichkeiten sind noch nicht hinreichend untersucht um eine Lagerstätte auszuweisen). In Kombination mit der Versorgungsfunktion ist der Fläche die Rohstoffsicherungsklasse C zugewiesen worden. Entsprechende Flächen wurden der Landesplanung seitens des Geologischen Landesdienstes grundsätzlich nicht als Vorranggebiet vorgeschlagen. Eine Änderung der Rohstoffsicherungsklasse ist nur auf der Grundlage belastbarer Daten zu Rohstoffqualität und -menge möglich. Der Anregung, südöstlich von Seth ein weiteres Vorranggebietes festzulegen, wird aufgrund der fehlenden fachlichen Grundlagen nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	sich nimmt und als Teil der Wertschöpfungskette im Land wirkt. Und so echte Rohstoffsicherheit schafft! Für die Gesellschaft, für uns alle! Angesichts des Klimawandels und von Wetterextremen benötigt die Gesellschaft einen Handlungsrahmen, mit dem schnell und wirkungsvoll Herausforderungen angegangen und gelöst werden können. Dass die Ausweisung von Anschlussflächen oder neuen Gewinnungsflächen ein jahrelanger Vorgang sein soll und muss, hat der Gesetzgeber sicher nicht gewollt. Daher muss er jenseits der Organisation in den vielen Genehmigungsbehörden auf Kreisebene (nach-)vollziehbare Klarheit in den Regionalplänen schaffen. Für die Erfüllung der Aufgabe der Rohstoffsicherheit im Land Schleswig-Holstein ist es erforderlich, dass die Rohstoffe bei Genehmigungsfähigkeit auch in zumutbarer Zeitnähe genehmigt gewonnen und dem Markt bereitgestellt werden können um die vorhandenen Bedarfe zu decken. Der Hinweis, dass Rohstoffgewinnung auch dort grundsätzlich möglich ist, wo auf der Fläche kein anderer Vorrang drauf liegt, ist richtig. Dennoch wirkt sich „kein Rohstoffvorrang“ oder „kein Rohstoffvorbehalt“ in der Praxis in der Regel genehmigungsverzögernd aus. **Besonderer Einzelfall aus dem Regionalplanbereich III:** Bitte nehmen Sie die gelbschraffierte Fläche als zusätzliches Vorranggebiet mit auf; zwar sieht die bestehende Rahmenplanung dort keine Abbaugebiet vor, weiter südöstlich von Seth ist jedoch auch ein Abbaugebiet ausgewiesen und der nachgewiesene sehr hoch qualitative Kies aus diesem Vorkommen wird dringend in diversen Betonwerken des Kreises Segeberg benötigt. Schlussbemerkung Noch einmal: Mehr und schneller Bauen im Sinne der Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz vom 06./07.11.2023 setzt für Schleswig-Holstein voraus, dass die Grundbaustoffe Sand und Kies in ausreichender Menge regional vorhanden sind – nur so lassen sich kurzfristig notwendiges Bauen und Eintreten für Klimagerechtigkeit ehrlich mit einander verbinden. Raumordnungsrechtliche Überplanungen von standortgebundenen Rohstoffvorkommen und zunehmende Flächenkonkurrenzen (etwa regionale Grünzüge) verlangsamen nicht	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	nur Genehmigungsverfahren, sondern machen sie teilweise unmöglich. Heimische Rohstoffe müssen langfristig und somit bedarfsunabhängig gesichert werden. Als Verband der Bau- und Rohstoffindustrie unterstützen wir die grundsätzlichen Ansätze zur Transformation und zu einer nachhaltigen Energieversorgung ausdrücklich. Energiebedarfsflächen (Photovoltaik- und Windenergie) sind notwendig. Auch unsere Unternehmen der Steine-Erden-Industrie sind bestrebt, eigene Tagebaufolgeflächen für einen Beitrag zur Energiewende zu nutzen. Die Ausweisung von Energiebedarfsflächen sollte jedoch keinesfalls zu Lasten von Rohstoffflächen erfolgen und darf die Versorgungssicherheit mit Rohstoffen nicht gefährden. Eine Folgenutzung nach Rohstoffgewinnung ist hingegen in einer Vielzahl von denkbaren Alternativen möglich, auch als Bedarfsfläche zur Energiegewinnung. Die bekannten Lagerstätten sind unserer Auffassung nach insgesamt in den Vorrang zu übernehmen. Die bekannten Vorkommen insgesamt in den Vorbehalt. Nur so kann weiterhin ein hoher ökologischer Standard bei der Gewinnung der Rohstoffe schon im Genehmigungsverfahren gesichert und für alle Beteiligten Rechts- und Planungssicherheit erzielt werden. Es versteht sich von selbst, dass der Bestandsschutz für bereits erteilte Genehmigungen umfänglich gesichert und entsprechend berücksichtigt werden muss. Auch darum bitten wir ausdrücklich.	
Institution: Industrie und Handelskammer zu Flensburg, Standortpolitik /Beitragsabteilung / Finanzbuchhaltung ID: 1067	**Teil B; Regionale Freiraumstruktur; 2.6 Rohstoffsicherung** Die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe bildet eine wichtige Grundlage für die rohstoffgewinnende Wirtschaft und die nachgelagerte Bauwirtschaft. So soll die Versorgung mit oberflächennahen Rohstoffen aus den in den Vorranggebieten lagernden Vorräten noch ca. 11 Jahre gesichert sein. Die Versorgung der Rohstoff- und Bauwirtschaft ist jedoch auf längere Sicht unsicher, da im Regionalplan lediglich eine grobe Potenzialabschätzung der gewinnbaren Rohstoffvorräte vorgenommen wurde. Angesichts der zahlreichen konkurrierenden Nutzungen und langen Planungszeiträume befürchten wir auf mittlere Sicht einen Engpass in der Versorgung mit mineralischen Rohstoffen. Die Ausweitung der Kulisse der Vorranggebiete halten wir daher für zwingend geboten, um der rohstoffgewinnenden Wirtschaft eine langfristige Perspektive zu geben und den Rohstoffbedarf für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren	**Zur Datengrundlage des Fachbeitrages des Geologischen Landesdienstes und zur Potenzialabschätzung:** Der Fachbeitrag Rohstoffsicherung basiert zwar auf Daten von 2016 bis 2018, berücksichtigt allerdings eine angenommene Steigerung der Produktion von Sand, Kies und Ton für die Gültigkeitsdauer der Regionalpläne auf im Mittel 19-20 Millionen Tonnen. Im Jahr 2020 wurden nach hier vorliegenden Zahlen circa 18,6 Millionen Tonnen produziert. Der Wert aus 2020 liegt also noch unterhalb der für die Regionalplanung maßgeblichen 19-20 Millionen

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Energien, die Ansiedlung von Gewerbe und Industrie und die Ausweitung des Wohnungsbaus zu sichern. Regionale Grünzüge und Grünzäsuren sollten bei der Abwägung von konkurrierenden Nutzungen im Zuge der konkreten Ausweisung von Rohstoffgewinnungsgebieten keine Berücksichtigung finden. Dies halten wir für vertretbar, da im Zuge der Nachnutzung in der Regel naturnahe Strukturen wieder hergerichtet werden und der Eingriff daher nur temporär ist. Über den konkreten Rahmen der Regionalpläne hinaus möchten wir noch folgende Anregung in Bezug auf die Rohstoffgewinnung einbringen: Um die konkrete Ausweisung von Rohstoffgewinnungsgebieten zu beschleunigen, ist es nach unserer Auffassung dringend erforderlich, dass das Land, insbesondere bei Konfliktsituationen mit bestehenden oder künftigen Landschaftsschutzgebieten, eine stärker steuernde Funktion einnimmt. Die Einbeziehung des Wirtschaftsministeriums im Rahmen der Ressortabstimmung halten wir für zwingend erforderlich.	Tonnen. Die angenommene Steigerung berücksichtigt bereits die angeführten Mehrbedarfe. Die Berechnung der Reichweiten erfolgte ausschließlich auf der Grundlage der Vorranggebiete. Die Vorbehaltsgebiete und weitere Potenzialgebiete außerhalb von Vorrang- oder Vorbehaltsgebieten weisen weitere Rohstoffpotenziale für den Sand- und Kiesabbau auf. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. **Zur Forderung die Kulisse der Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe auszuweiten**: Der LEP 2021 regelt in Kapitel 4.6.1, welche Gebiete in den Regionalplänen als Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe auszuweisen sind. Entsprechend der Vorgaben sind als Vorranggebiete neben den genehmigten Abbauflächen auch als genehmigungsfähig bewertete beantragte Abbauflächen festgelegt worden. Darüber hinaus hat der Geologische Landesdienst innerhalb der Lagerstätten Vorschläge für weitere Vorranggebiete, die die Anforderungen nach Kapitel 4.6.1 Absatz 2 LEP 2021 erfüllen, mitgeteilt. Diese wurden geprüft und nach Abwägung mit ökologischen Belangen in die Regionalplan-Entwürfe übernommen. Die Kulisse der Vorranggebiete umfasst daher über die genehmigten Abbauflächen hinaus weitere besonders geeignete Flächen (nach Kapitel 4.6.1 Absatz 2 LEP 2021). Die Anforderungen des LEP 2021 an die Festlegung von Vorranggebieten in den Regionalplänen werden damit erfüllt. Der Anregung wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
		Zur Überlagerung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe mit regionalen Grünzügen: Der Abbau von oberflächennahen Rohstoffen gehört zu den nach § 35 BauGB privilegierten Nutzungen im Außenbereich. Der Rohstoffabbau ist daher von den Zielen der regionalen Grünzüge nicht betroffen. Es handelt sich hier nicht um eine Nutzungskonkurrenz, wie in der Stellungnahme angedeutet. Insofern wurden die regionalen Grünzüge bei der Abgrenzung der Vorrang- und Vorbehaltsgebiete auch nicht als Abwägungskriterium zugrunde gelegt. Vielmehr überlagern die Rohstoffgebiete an verschiedenen Stellen die regionalen Grünzüge. In der Begründung zu Kapitel 2.6 Absatz 2 wird bereits darauf hingewiesen, dass der mit den regionalen Grünzügen verbundene Freiraumschutz dem Rohstoffabbau nicht entgegensteht. Der Anregung wird daher nicht gefolgt. **Zu Landschaftsschutzgebieten:** Die Abgrenzung und Festlegung von Verordnungsinhalten obliegt den unteren Naturschutzbehörden der Kreise und kreisfreien Städte. Sie sind nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. **Zur Einbeziehung des Wirtschaftsministeriums:** Die Einbeziehung des Wirtschaftsministeriums im Rahmen der Ressortabstimmung ist sichergestellt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1074	im Auftrag unseres Auftraggebers möchten wir Sie bitten, die Flurstücke [redacted] in der Gemeinde Handewitt und Gemarkung Haurup mit in die Rohstoffkulisse als Vorrangfläche aufzunehmen. Das Gebiet wurde rohstoffkundlich untersucht und ist abbauwürdig, die entsprechenden Unterlagen sind derzeit noch in der Bearbeitung und werden nachgereicht. Eine shape-Datei zu den o.g. Flächen haben wir beigefügt. Die erforderlichen Arbeiten für das Antragsververfahren wurden veranlasst.	In Absatz 1 des Kapitels 4.6.1 LEP 2021 ist vorgegeben, dass Gebiete, in denen genehmigte Vorhaben zur Nutzung verwertbarer Rohstoffe durchgeführt werden oder durchgeführt werden sollen, als Vorranggebiete darzustellen sind. Die Festlegung dieser Vorranggebiete hat die Regionalplanung auf der Grundlage der Abbaudaten des Geologischen Landesdienstes und des Kreises als Genehmigungsbehörde vorgenommen. Bei der genannten Fläche handelt es sich bisher nicht um eine genehmigte Fläche, ein Genehmigungsverfahren ist ebenfalls bisher nicht erfolgt, sodass die Voraussetzungen gemäß Absatz 1 und 2 des Kapitels 4.6.1 LEP 2021 nicht erfüllt sind. Der Forderung der Ausweitung der Kulisse der Vorranggebiete wird daher nicht gefolgt. Ergänzend wird jedoch darauf verwiesen, dass sich die Fläche bereits in einem Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe gemäß Kapitel 4.6.2 Absatz 1 LEP 2021 befindet, hier soll den Rohstoffvorkommen oder -lagerstätten bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen ein besonderes Gewicht beigemessen werden.
Institution: Kreises Schleswig-Flensburg, Fachdienst Umwelt ID: M1123	<u>Ziffer 2.6 Rohstoffsicherung</u> Im Regionalplan werden die bekannten Abbaugebiete dargelegt. Die Gemeinde Wanderup ist hierbei nahezu von Rohstoffabbaugebieten umzingelt. Nicht zuletzt aufgrund der Lage im Stadt-Umland-Bereich Flensburgs sollten die gemeindlichen Entwicklungsabsichten in den Abwägungsprozess einfließen und berücksichtigt werden. Unter Grundsatz 3 sollte mit Bezug auf das Nachnutzungskonzept „SeenLand“ näher auf die Entwicklungsperspektive eingegangen werden, um eine entsprechende Erholungsnutzung aber auch abgestimmte touristische Inwertsetzung unter Berücksichtigung naturschutzfachlicher Konzepte zu ermöglichen. Auch hierzu wird auf die gemeindlichen Entwicklungsabsichten verwiesen.	**Zur Nachnutzung:** Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Eine Stellungnahme der Gemeinde Wanderup liegt der Landesplanung zur weiteren Beurteilung jedoch nicht vor. In der Begründung zu Kapitel 2.6 wird näher auf die Nachfolgenutzung eingegangen. Daher wird der Grundsatz nicht ergänzt, der Stellungnahme wird diesbezüglich nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Im Bereich des NATO-Flugplatzes Jagel liegt eine großflächige Kontamination des Grundwassers durch PFAS-haltige Löschschäume vor. Inwieweit und in welchem Ausmaß diese Kontaminationen über die Liegenschaftsgrenze hinausreichen, ist bisher noch nicht abschließend ermittelt worden. Die Untersuchungen dauern noch an. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass diese Verunreinigungen möglicherweise Einfluss auf die Gebiete mit oberflächennahen Rohstoffen im Umfeld des Flugplatzes haben können und es in diesem Zusammenhang Probleme mit dem Kiesabbau im Grundwasserbereich geben kann. Darüber hinaus findet der Regionalplan nur wenige Antworten auf langfristige Rohstoffgewinnungssicherung. Gerade vor dem Hintergrund knapper werdender Ressourcen und steigender Raumnutzungsansprüche wie beispielsweise der erneuerbaren Energien sollte eine langfristige Sicherung angestrebt werden. Der Kreis erwartet grundlegende Aussagen zur Gewährleistung der Rohstoffsicherheit und eine nachvollziehbare Abwägung zu den bestehenden Raumnutzungsansprüchen wie beispielsweise der Denkmalpflege.	**Zu Grundwasserkontamination:** Die Ausführungen hinsichtlich möglicher Grundwasserkontaminationen werden zur Kenntnis genommen. Es wird darauf hingewiesen, dass diese im jeweiligen Genehmigungsverfahren mit den entsprechenden Fachbehörden zu beachten sind. **Zu Rohstoffgewinnungssicherung:** Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Nach Auffassung der Landesplanung wird dieser Anspruch mit Ausweisung der Flächen hinreichend erfüllt.
Öffentlichkeit: **Privatperson** **ID: 1068**	im Auftrag der [redacted] möchten wir Sie bitten, das [redacted] [redacted] in der Gemeinde und Gemarkung Jerrishoe mit in die Rohstoffkulisse als Vorrangfläche aufzunehmen. Das Gebiet wurde rohstoffkundlich untersucht, ist abbauwürdig und befindet sich bereits in einem Gebiet, dass als Vorbehaltsfläche für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen ist. Aufgrund der nördlich befindlichen Rohstoffgewinnung bietet sich diese Fläche als Erweiterung an. Entsprechende Unterlagen zur Lage und Abbauwürdigkeit sowie eine shape-Datei zu Ihrer weiteren Verwendung fügen wir bei. Die erforderlichen Anträge sind in Vorbereitung.	In Absatz 1 des Kapitels 4.6.1 LEP 2021 ist vorgegeben, dass Gebiete, in denen genehmigte Vorhaben zur Nutzung verwertbarer Rohstoffe durchgeführt werden oder durchgeführt werden sollen, als Vorranggebiete darzustellen sind. Die Festlegung dieser Vorranggebiete hat die Regionalplanung auf der Grundlage der Abbaudaten des Geologischen Landesdienstes und des Kreises als Genehmigungsbehörde vorgenommen. Bei der genannten Fläche handelt es sich bisher nicht um eine genehmigte Fläche, ein Genehmigungsverfahren ist ebenfalls bisher nicht erfolgt, sodass die Voraussetzungen gemäß Absatz 1 und 2 des Kapitels 4.6.1 LEP 2021 nicht erfüllt sind. Der Forderung der Ausweitung der Kulisse der Vorranggebiete wird daher nicht gefolgt. Ergänzend wird jedoch darauf verwiesen, dass sich die Fläche bereits in einem Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe gemäß Kapitel 4.6.2 Absatz 1 LEP 2021 befindet, hier soll den

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
		Rohstoffvorkommen oder -lagerstätten bei der Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen ein besonderes Gewicht beigemessen werden.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1062	wir betreiben in der Region um Jagel, Selk und Schleswig mehrere Kieswerke. Auf dem am 13.09.2023 in Flensburg vorgestellten neuen Regionalplan ist auf Seite 42 der Präsentation, im Bereich Klein Rheide-Jagel-Selk, ein Rohstoffpotentialgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen. Leider sind diese Darstellungen zum Teil sehr veraltet, da die meisten der ausgewiesenen Vorrangflächen bereits ausgekiest sind und diese somit nicht mehr zur Verfügung stehen! Es kommt hinzu, dass in den, in den Planungsunterlagen ausgewiesenen Flächen, nicht nur die über 600 ha des Jageler Militärflugplatzes nicht abgebaut werden können, sondern im Radius von 4 km um den Flugplatz (Bauschutz-Bereich), was einer Fläche von ca. 5.026 ha! entspricht, fast keine Baggerseen entstehen dürfen. Allein der Standort des Militärflugplatzes (innerhalb des Vorranggebietes 1) blockiert über 300 Millionen Tonnen verwertbare Rohstoffe! Die Flächen, welche durch die UNESCO, bzw. das Archäologische Landesamt Schleswig-Holstein „blockiert“ werden, beinhalten nochmal über 200 Millionen Tonnen verwertbare Rohstoffe. Der Grund für die Versagung von Baggerseen ist: Größere offene Wasserflächen ziehen größere Arten von Vögeln an, welche beim Überfliegen des Militärflugplatzes in die Turbinen der startenden und landenden Flugzeuge geraten und diese beschädigen könnten. Das bedeutet, dass wir unter Umständen zwar Genehmigungen zum Kiesabbau bekommen, um über und unter dem Grundwasserpegel abbauen zu dürfen, allerdings immer mit der Auflage des Militärs, die entstandenen Baggerseen mit dem aus der Grube ausgewaschenen Sand wieder zu verfüllen (Grubeneigenes Material). Also kann das Rohmaterial lediglich entsteint (ca. 17 bis 20 % Körnungsanteil) werden. Sand kann nicht verwertet werden. Das bedeutet, dass die Baggerseen mit dem entnommenen und eigentlich durch den Waschvorgang verkaufsfertig aufbereiteten Sand wieder aufgefüllt werden müssen, was zur Folge hat, dass diese Flächen für einen Kiesabbau nicht mehr infrage kommen, da auch nach dem neuem Kieserlass bis auf 2m über dem höchsten Grundwasserstand aufgefüllt werden soll.	Die Ausführungen beziehen sich zunächst vorrangig auf die konkrete Genehmigungsebene. So sind etwa die fachrechtlichen Belange des Erlasses zu Anforderungen an den Abbau oberflächennaher Bodenschätze und die Verfüllung von Abgrabungen (zuletzt überarbeitet 2023) sowie die Einschränkungen durch den Bauschutzbereich des Militärflugplatzes Jagel nicht Gegenstand der Regionalplanung. Der Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau von oberflächennahen Rohstoffen im Entwurf der Regionalpläne liegt eine umfangreiche Abwägung mit weiteren Schutzgütern und räumlich relevanten Belangen zu Grunde. Darüber hinaus ist seitens des Geologischen Landesdienstes des Landes Schleswig-Holstein eine grobe, nicht flächenscharfe überschlägige Betrachtung des theoretischen Rohstoffpotenzials der oben genannten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete durchgeführt worden. Dabei sind pauschale Abzüge für laufende Abbauvorhaben berücksichtigt worden. Die Ergebnisse dieser Abschätzung des Rohstoffpotenzials sind in der Begründung zum Kapitel 2.6 Rohstoffsicherung aufgeführt. Die Stellungnahme wird wie folgt berücksichtigt: Für das Rohstoffpotenzialgebiet in den Gemeinden Selk, Kropp, Jagel und Klein Rheide wurde ein erneuter Abgleich der Ausweisung der Vorranggebiete mit den aktuellen Abbaudaten vorgenommen. Die in der Stellungnahme genannten Flächen sowie die dargelegte Rechtslage wurde von landesplanerischer

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Diese Auffüllung ist in großen Bereichen dieser Vorrangflächen und Vorbehaltsgebiete im südlichen Bereich vom Militärflugplatz Jagel aus nicht machbar, da das Ursprungsgelände teilweise nur eine Höhe von ca. 2m über dem höchsten Grundwasserstand aufweist. (Siehe Foto 1, welches im Bereich der Vorrangfläche, und Foto 2, welches im Bereich der Vorbehaltsfläche entstanden ist). Es kann also bei Einhaltung der Kieserlassverfüllhöhe kein Material entnommen werden! Es muss außerdem angemerkt werden, dass der auf dem Foto erkennbare Wasserstand NICHT dem höchsten Grundwasserstand entspricht, welcher regelmäßig als Grundlage für die 2m Überdeckung herangezogen wird. Wenn das Gelände dennoch abgebaut wird und die Körnung verkauft ist, sind wir also oftmals kaum in der Lage, überhaupt bis zu 1m über dem Grundwasserstand aufzufüllen. Bei der Vorstellung der neuen Regionalpläne in Flensburg wurde das Gebiet um Selk, Jagel, Klein Rheide bis an Kropp heran von den Vortragenden als hochwertiges und mächtiges Kiesvorkommen ausgewiesen. Dazu können wir anmerken, dass wir verschiedene Tiefenbohrungen bis in eine Tiefe von 40 Metern erstellen lassen haben, mit dem Ergebnis, dass in den oberen Bereichen bis ca. 8 Meter unter Geländeoberkante noch gut verwertbare Körnungsanteile vorhanden sind, diese sich darunter bis ca. 12 Meter aber auf bis zu 3 – 4 % verringern und tiefer nur noch Feinsande vorkommen. Da keine Baggerseen verbleiben dürfen, bedeutet dies, wenn der neue Kieserlass mit einer Auffüllung von 2m über höchstem Grundwasserstand NICHT eingehalten werden soll, dass wir aus diesen Flächen mit einer Mächtigkeit von 40 Metern, nur effektiv ca. einen Meter abbauen können, was 1/40 (einem vierzigstel), also 2,5 % des vorhandenen Materials entspricht. Wenn der neue Kieserlass eingehalten werden soll, so kann auf einem Großteil der Vorrang- und Vorbehaltsflächen KEIN Abbau stattfinden. Die hier aufgezeigte Lagerstätte kann keine Vorbehaltsfläche oder sogar Vorrangfläche sein, die den Zugang zu Kies und Sand über die nächsten ca. 15 Jahre, und länger, sichern soll! Also raten wir daher DRINGEND, die Auflage „in der Regel 2m über höchstem Grundwasserstand auffüllen zu müssen“ zu streichen, wenn die hier angegebene Lagerstätte überhaupt irgendwie teilweise zur Rohstoffgewinnung herangezogen werden soll. Kiesvorkommen im nördlichen Bereich der Lagerstätten, sind die bei Dannewerk und bei Selk. In Dannewerk stehen Sande und Kiese bis zu einer Höhe von gut 5m über höchstem Grundwasserstand an, jedoch wird ein Abbau in diesem ca. 350 ha großen Areal aufgrund	Seite in Abstimmung mit weiteren Fachbehörden geprüft. Die Ausführungen zu Bedarfslagen für oberflächennahe Rohstoffe, insbesondere Kiese und Sande sowie deren Vorkommen und insbesondere deren hohe Qualität im Abbaugebiet Klein Rheide – Jagel – Selk werden zur Kenntnis genommen und können durch eigene Datenstände weitestgehend bestätigt werden. Die Aussage, dass bestimmte Abbaugebiete in Kürze erschöpft sein werden, können seitens der Landesplanung nicht überprüft werden, da keine Informationen über aktuelle Abbaustände vorliegen. Bei den Hochrechnungen der gesicherten Flächen für die Landesplanung wurde bei bereits im Abbau befindlichen Flächen ein Abbaufortschritt von 50 Prozent angenommen. Grundsätzlich ist der Planungsraum I der Raum mit der längsten Reichweite der gesicherten Flächen, wobei diese Angaben auf den gesamten Planungsraum bezogen sind, nicht jedoch auf einzelne Abbaugebiete. Es kann bestätigt werden, dass sich die genannten Abbauflächen innerhalb eines Lagerstättengebietes, das mit der Kategorie A.a ausgewiesen wurde, befinden. Die Einstufung als A.a erfolgte unter anderem, weil es in dem Gebiet erstens grundsätzlich Abbau gibt, und zweitens da es sich bei dem derzeitigen Abbau um hochwertiges Material handelt. Bei den Flächen (11,82 Hektar, Flurstücke 42, 14/3 und 41/7 der Flur 3 sowie 6,9 Hektar auf den Flurstücken 44/1 und 43/6 der Flur 3) der Gemarkung Selk handelt es sich nach hiesiger Sachlage um bereits geprüfte Flächen, welche aufgrund entgegenstehender archäologischer Belange nicht als Vorranggebiet ausgewiesen wurden. Ein

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	des UNESCO Weltkulturerbes „Dannewerk“ nicht genehmigt. Dies wurde durch mehrere Gerichtsverfahren bestätigt. Die höchstwertigsten, heute noch abbaubaren Flächen liegen in der Gemeinde Selk, südlich des Ahrensbergredders. (Siehe Foto 3) Hier sind Rohstoffmächtigkeiten von bis zu 12m und mehr über Grundwasserstand vorhanden, der Körnungsanteil liegt bei bis zu 50 %. Unter dem Grundwasserstand ist der Körnungsanteil geringer. Dieser Bereich müsste als hochwertiges Vorranggebiet ausgewiesen werden! Der Eingriff kann durch Verfüllung mit Aushubböden ausgeglichen werden. Leider wird auch in diesem Bereich keine Genehmigung ausgesprochen, weil die Flächen nicht als Vorranggebiet ausgewiesen sind. Vielleicht ist heutzutage die Vergangenheit in Schleswig-Holstein wichtiger als die Zukunft!?	raumordnerischer Vorrang kann aufgrund der entgegenstehenden Belange nicht gewährleistet werden, es erfolgt daher keine Planänderung. Der LEP 2021 fordert für die Vorhaben nach Absatz 2 eine „landschaftsräumliche Verträglichkeit“. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der gerichtlich entschiedenen Beeinträchtigung des Danewerkes durch einen Abbau auf den Flächen nicht gegeben (siehe Verwaltungsgericht Schleswig (8. Kammer), Urteil vom 28.02.2023 – 8 A 111/19). Vor diesem Hintergrund könnte sich ein Ziel der Raumordnung durch die Festlegung eines Vorranggebietes nicht durchsetzen und wäre damit abwägungsfehlerhaft. **Fazit:** Dem Rohstoffabbau wurde hinreichend Raum eingeräumt, wie auch die Berechnung der Bedarfsabdeckung des Geologischen Landesdienstes belegt. Eine Ausweisung der konkret genannten Flächen als Vorranggebiet ist nicht möglich, da denkmalrechtliche Aspekte entgegenstehen. Der raumordnerische Vorrang würde damit ins Leere laufen und einen Abwägungsfehler darstellen. Dem Aspekt der Sicherung des Umgebungsbereiches des Welterbes wird vorliegend ein höheres Gewicht beigemessen, auch wenn die Rohstoffqualität der konkreten Flächen nicht in Frage gestellt wird. Dem Belang der vorsorgenden raumordnerischen Rohstoffsicherung wird jedoch im Planungsraum I auch ohne eine Gebietsausweisung der oben genannten Flächen entsprochen. In der Gesamtschau dieser konkurrierenden Belange kann dem Anliegen des Petenten nicht gefolgt werden.
ID: 1062	Mein Name ist [redacted] und ich betreibe in der Region um Jagel, Selk und Schleswig mehrere Kieswerke. Wir haben uns am 12.07.2023 in Husum bei der	Der Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau von oberflächennahen Rohstoffen im

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Vorstellung der neuen Regionalpläne getroffen. Wir sprachen über unsere Abbauflächen in Selk und ich hatte zugesagt Ihnen zu schreiben. Auf den vorgestellten neuen Karten sind im Bereich Selk mehrere Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen. Auf diesem Ausschnitt ist durch die blau eingefärbten Flächen klar zu erkennen, dass es sich um ein übergreifendes, hervorragendes Kiesgebiet handelt. Noch besser zu erkennen auf dem nächsten Plan, welcher durch die grün eingefärbten Bereiche ersichtlich macht, welche Flächen schon abgebaut sind. Die weiße, mit einem Kreuz gekennzeichnete, Fläche ist nicht als Vorrangfläche ausgewiesen. Sie ist regelrecht aus dem zusammenhängenden Abbaugebiet ausgeklammert worden. Die Fläche ist vom geologischen Dienst als hochwertiges Kiesland und als Vorranggebiet vorgeschlagen worden. Der größte Teil dieser Flächen befindet sich in meinem Eigentum. Unser [redacted] hat ebenfalls Interesse gezeigt, Kies auf seinen Flächen abbauen zu lassen. Das Kriterium, „Beschränkung des Eigentums und somit quasi Enteignung der Flächen“, wie Sie sagten, weil der Eigentümer nichts anderes mehr außer Kiesabbau dort unternehmen kann, trifft hier somit nicht zu. Eine Ausweisung dieser Flächen als Vorrangflächen würde bewirken, dass auch tatsächlich ein Kiesabbau gestartet werden könnte, da die Eigentumsverhältnisse klar sind und Kiesabbau von den Eigentümern erwünscht ist. Der Kreis, in seiner Eigenschaft als Genehmigungsbehörde, hat zugesagt, die Flächen aus dem Landschaftsschutz zu entlassen. Direkt nördlich an diese Flächen angrenzend liegt [redacted] mit der Zufahrt in Richtung Norden, dann über die B77. Der Kieslastverkehr verläuft somit nicht durch den Ort Selk. Die Kiesaufbereitung des auf den „neuen“ Flächen abgebauten Materials könnte über die vorhandene Kieswaschanlage durchgeführt werden. Es findet keine Lärmbelästigung des Ortes statt und der LKW-Verkehr wird von dem Ortskern und der Wohnbebauung ferngehalten. Die vorhandene Zufahrt könnte auch benutzt werden, wenn die evtl. neu entstehende	Entwurf der Regionalpläne liegt eine umfangreiche Abwägung mit weiteren Schutzgütern und räumlich relevanten Belangen zu Grunde. Darüber hinaus ist seitens des Geologischen Landesdienstes des Landes Schleswig-Holstein eine grobe, nicht flächenscharfe überschlägige Betrachtung des theoretischen Rohstoffpotenzials der oben genannten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete durchgeführt worden. Dabei sind pauschale Abzüge für laufende Abbauvorhaben berücksichtigt worden. Die Ergebnisse dieser Abschätzung des Rohstoffpotenzials sind in der Begründung zum Kapitel 2.6 Rohstoffsicherung aufgeführt. Die Stellungnahme wird wie folgt berücksichtigt: Für das Rohstoffpotenzialgebiet in den Gemeinden Selk, Kropp, Jagel und Klein Rheide wurde ein erneuter Abgleich der Ausweisung der Vorranggebiete mit den aktuellen Abbaudaten vorgenommen. Die in der Stellungnahme genannten Flächen sowie die dargelegte Rechtslage wurde von landesplanerischer Seite in Abstimmung mit weiteren Fachbehörden geprüft. Die Ausführungen zu Bedarfslagen für oberflächennahe Rohstoffe, insbesondere Kiese und Sande sowie deren Vorkommen und insbesondere deren hohe Qualität im Abbaugebiet Klein Rheide – Jagel – Selk werden zur Kenntnis genommen und können durch eigene Datenstände weitestgehend bestätigt werden. Die Aussage, dass bestimmte Abbaugebiete in Kürze erschöpft sein werden, können seitens der Landesplanung nicht überprüft werden, da keine Informationen über aktuelle Abbaustände vorliegen. Bei den Hochrechnungen der gesicherten Flächen für die Landesplanung wurde bei bereits im Abbau

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Grube wieder verfüllt werden soll. Die jetzige Bodenkippe ist schon zum großen Teil verfüllt. Wenn der existierende Kiesabbau nördlich demnächst beendet sein wird, die Aufbereitungsanlagen abgebaut werden und die Flächen mit Baggerseen und Spülfeldern in Sukzession gegangen sind, ist diese gute Situation beendet. Der Kies auf den besagten Flächen ist nachweislich so hochwertig, mit Körnungsanteilen von 50% bis teilweise 60% und Abbauhöhen über Wasser von bis zu gut 12 Metern, sodass ein Abbau, in Anbetracht der heute schon knappen Rohstoffversorgung, sicher in absehbarer Zeit, so oder so, in Angriff genommen werden muss. Dann würden neue Kiesaufbereitungsanlagen mit Brechern usw. auf den Selk-nahen Flächen aufgebaut, der Abtransport über Selk stattfinden und der komplette LKW-Verkehr wird durch den Ort Selk, unmittelbar an der Wohnbebauung verlaufen. Es gibt natürlich das Argument: Andere Flächen abbauen. Bis auf die markierten Flächen ist im Selker Bereich fast alles abgebaut. Jeder Kreis auf diesem Plan bedeutet: Diese Fläche ist abgebaut. Auch in der Umgebung von Jagel sieht es nicht viel anders aus. Es kommt hinzu, dass in der Umgebung des Jageler Militär-Flugplatzes (Radius von 6km um den Flugplatz) fast keine Baggerseen entstehen dürfen. Das bedeutet, dass wir unter Umständen zwar Genehmigungen zum Kiesabbau bekommen, um über und unter dem Grundwasserpegel abbauen zu dürfen, allerdings immer mit der Auflage des Militärflugplatzes, die entstandenen Baggerseen mit dem aus der Grube ausgewaschenen Sand wieder zu verfüllen (Grubeneigenes Material). Obwohl, z.B. im Klein Rheider Bereich, wo noch nicht abgebaute Flächen anstehen und derzeit auch abgebaut wird, nur ein Körnungsanteil von ca. 12% bis 18% entnommen wird, reicht der Sandanteil oft nicht, um die geforderten Wiederverfüllungshöhen zu erreichen. Der Verkehrswert des eingebrachten Sandes, um die Verfüllauflage zu erfüllen, übersteigt des Verkehrswert des gewonnenen Kieses. In Selk, mit Abbauhöhen von ca. 12m über Wasser, kann der komplette Sand und Kies verwertet werden. Das bedeutet, wenn wir in Selk einen Hektar nicht abbauen dürfen, müssen wir in den	befindlichen Flächen ein Abbaufortschritt von 50 Prozent angenommen. Grundsätzlich ist der Planungsraum I der Raum mit der längsten Reichweite der gesicherten Flächen, wobei diese Angaben auf den gesamten Planungsraum bezogen sind, nicht jedoch auf einzelne Abbaugebiete. Es kann bestätigt werden, dass sich die genannten Abbauflächen innerhalb eines Lagerstättengebietes, das mit der Kategorie A.a ausgewiesen wurde, befinden. Die Einstufung als A.a erfolgte unter anderem, weil es in dem Gebiet erstens grundsätzlich Abbau gibt, und zweitens da es sich bei dem derzeitigen Abbau um hochwertiges Material handelt. Bei den Flächen (11,82 Hektar, Flurstücke 42, 14/3 und 41/7 der Flur 3 sowie 6,9 Hektar auf den Flurstücken 44/1 und 43/6 der Flur 3) der Gemarkung Selk handelt es sich nach hiesiger Sachlage um bereits geprüfte Flächen, welche aufgrund entgegenstehender archäologischer Belange nicht als Vorranggebiet ausgewiesen wurden. Ein raumordnerischer Vorrang kann aufgrund der entgegenstehenden Belange nicht gewährleistet werden, es erfolgt daher keine Planänderung. Der LEP 2021 fordert für die Vorhaben nach Absatz 2 eine „landschaftsräumliche Verträglichkeit“. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der gerichtlich entschiedenen Beeinträchtigung des Danewerkes durch einen Abbau auf den Flächen nicht gegeben (siehe Verwaltungsgericht Schleswig (8. Kammer), Urteil vom 28.02.2023 – 8 A 111/19). Vor diesem Hintergrund könnte sich ein Ziel der Raumordnung durch die Festlegung eines Vorranggebietes nicht durchsetzen und wäre damit abwägungsfehlerhaft. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass der Regionalplan-Entwurf keine Regelungen zu Solar-

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	umliegenden Gebieten, z.B. in Klein Rheide ca. 10 Hektar abbauen, um dieselben Kiesmengen gewinnen zu können. Berechnung pro Hektar: • Abbauwand Selk: 12 Meter Volumen je Hektar: 120.000 m3 Körnungsanteil 50%: 60.000 m3 Sandanteil 50%: 60.000 m3 Abbauvolumen gesamt: 120.000 m3 Abbauwand Kl. Rheide: 2 Meter + 6 Meter u. Wasser Volumen je Hektar: 80.000 m3 Körnungsanteil ca. 15%: 12.000 m3 Sandanteil (Verfüllung): 0 m3 Abbauvolumen gesamt: 12.000 m3 Ergebnis: Es werden 10 Hektar mit je 12.000 m3 Rohstoffvolumen in Klein Rheide benötigt, um die 120.000 m3 abbaubares Material je Hektar in Selk zu „ersetzen“. Die mit „X“ bezeichnete Fläche in Selk umfasst ca. 11,82 Hektar. Hieraus ergibt sich eine benötigte Abbaufläche z.B. in Klein Rheide von ca. 118,2 Hektar, sollte die Abbaugenehmigung in Selk versagt werden. Diese Größenordnung ist wohl kaum zu beschaffen, weil Klein Rheide große PV Anlagen befürwortet und dem Kiesabbau vorzieht. Würde PV nur auf abgebauten Kiesflächen genehmigt und installiert werden dürfen, so wäre die Situation für die sichere, regionale Rohstoffversorgung besser. Würde der 10-Fache Flächenabbau stattfinden, hätte man allerdings noch immer keinen dringend benötigten Sand, da dieser wie beschrieben, für die Wiederverfüllung der Flächen benötigt wird. [redacted] das sind meine Gedanken für eine vorausschauende und positive Zukunft der Landesplanung die ich Ihnen mitteilen möchte. Ich bitte Sie darum, die Entscheidung, die besagten Flächen in Selk **nicht** als Vorrangflächen auszuweisen, zu ändern. Der hier lagernde Kies wird dringend benötigt!	Freiflächenanlagen enthält. Diese sind Gegenstand des LEP 2021. Es soll daran festgehalten werden, dass die Thematik im landesweiten Raumordnungsplan geregelt wird. Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. **Fazit:** Dem Rohstoffabbau wurde hinreichend Raum eingeräumt, wie auch die Berechnung der Bedarfsabdeckung des Geologischen Landesdienstes belegt. Eine Ausweisung der konkret genannten Flächen als Vorranggebiet ist nicht möglich, da denkmalrechtliche Aspekte entgegenstehen. Der raumordnerische Vorrang würde damit ins Leere laufen und einen Abwägungsfehler darstellen. Dem Aspekt der Sicherung des Umgebungsbereiches des Welterbes wird vorliegend ein höheres Gewicht beigemessen, auch wenn die Rohstoffqualität der konkreten Flächen nicht in Frage gestellt wird. Dem Belang der vorsorgenden raumordnerischen Rohstoffsicherung wird jedoch im Planungsraum I auch ohne eine Gebietsausweisung der oben genannten Flächen entsprochen. In der Gesamtschau dieser konkurrierenden Belange kann dem Anliegen des Petenten nicht gefolgt werden.
Institution: Landesamt für	**Nachbergbau**	**Zu Nachbergbau und Altbergbau:**

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
Bergbau, Energie und Geologie LBEG Niedersachsen **ID: M1124**	Das angegebene Plangebiet umfasst eine Vielzahl an Themen, welche in die Zuständigkeit dieses Fachbereichs fallen. Eine detaillierte Angabe aller Punkte würde den Rahmen einer normalen Stellungnahme weit übersteigen. Daher werden Sie gebeten das LBEG erneut zu beteiligen, sobald konkrete, detaillierte Planungen oder Vorhaben feststehen. **Altbergbau** Das angegebene Plangebiet umfasst eine Vielzahl an Themen, welche in die Zuständigkeit dieses Fachbereichs fallen. Eine detaillierte Angabe aller Punkte würde den Rahmen einer normalen Stellungnahme weit übersteigen. Daher werden Sie gebeten das LBEG erneut zu beteiligen, sobald konkrete, detaillierte Planungen oder Vorhaben feststehen.	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Institution: Stadt Flensburg **ID: M1039**	Am nordwestlichen Rand des Stadtgebietes ist ein Rohstoffpotenzialgebiet der Rohstoffklasse A eingezeichnet. Es besteht die Vermutung, dass die Darstellung identisch mit [redacted] ist, welches im Flensburger FNP als "Fläche für Abgrabungen" dargestellt ist. Zu dieser Fläche lautet der aktuelle Status nach Auskunft der UNB: Ehemalige Tongrube, Gewinnung abgeschlossen, Grube ist verfüllt, heute teils Biotopfläche teils Landwirtschaft. Daher kann die Darstellung u.E. entfallen. Die Fläche wird im künftigen FNP nicht mehr dargestellt.	Die Themenkarte zeigt die Rohstoffpotenzialgebiete des Fachbeitrages Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes aus dem Jahr 2019. Nordwestlich des Flensburger Stadtgebietes wurde dort das Rohstoffpotenzialgebiet FL 01 (toniger Rohstoff) abgegrenzt. Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächiger Rohstoffe sind im Regionalplan-Entwurf an dieser Stelle nicht vorgesehen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: [redacted] **ID: M1020**	hier: Stellungnahme zur Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Rohstoffabbau der [redacted] als Betreiber mehrerer Kieswerke im neu ausgewiesenen Planungsraum I möchten wir als [redacted] eine Stellungnahme zu den ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe abgeben. Mit Blick auf die ausgewiesenen Vorranggebiete ist es fraglich, in wie weit eine Überprüfung der tatsächlichen, aktuell noch gewinnbaren Rohstoffmengen im Land Schleswig-Holstein durchgeführt wurde. Einige der vorhandenen Vorranggebiete stellen nicht mehr die Realität dar, wenn man den Stand der Auskiesung betrachtet. Dadurch kommt es zu einer Verzerrung bzw. Fehleinschätzung der wirklich zur Verfügung stehenden, gewinnbaren Rohstoffmenge. Daher fordern wir eine nochmalige Auseinandersetzung mit dem Thema	**Zur Festlegung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe:** Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe festzulegen sind und wie die Ausweisung grundsätzlich erfolgen soll.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	der Rohstoffsicherung im Land Schleswig-Holstein unter Betrachtung aktueller Standortlaufzeiten und einer notwendigen Sicherung der Rohstoffversorgung für die kommenden 25 Jahre. Des Weiteren finden wir es als äußerst kritisch das eine Vielzahl von Vorbehaltsgebieten zum Abbau oberflächennaher Rohstoffe zu Gunsten von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft gestrichen wurden. In wie weit zukünftig eine sichere und langfristige Versorgung der heimischen Bauindustrie mit notwendigen Rohstoffen möglich sein wird ist fraglich. Daher fordern wir Aus diesem Grund fordern wir eine Rückkehr zu den bisherigen Vorrang- und Vorbehaltsgebieten, wie in den aktuell gültigen Regionalplänen verzeichnet. Korrigiert, wie zuvor erwähnt, um die Standortlaufzeiten der aktuellen Abbauflächen.	Wesentliche fachliche Grundlage ist der Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes. Darüber hinaus hat der Geologische Landesdienst Vorschläge für weitere Vorranggebiete vorgelegt, die die Voraussetzungen von Absatz 2 des Kapitels 4.6.1 LEP 2021 erfüllen. Diese Vorschläge sind abgewogen und gegebenenfalls ebenfalls als Vorranggebiete festgelegt worden. Die vorgelegte Kulisse der Vorranggebiete entspricht damit den Anforderungen des LEP 2021. Die Grundlagen und die Kriterien für die Ausweisung von Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe sind in der Begründung (B 2) des Kapitels 2.6 des Regionalplanentwurfs dargestellt. Es handelt sich dabei um eine Abwägung, die unabhängig von den geltenden Regionalplänen erfolgt und somit zu abweichenden Ausweisungen führen kann. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. **Zu Standortlaufzeiten:** Diese sind insoweit eingeflossen, als dass genehmigte Abbaubereiche, in denen die Rohstoffe bereits weitestgehend abgebaut worden sind, in der Karte nicht mehr als Vorranggebiete festgelegt werden. Darüber hinaus sind die unterschiedlichen Laufzeiten der Abbauten in den Vorranggebieten auch als Faktor bei der Berechnung der Rohstoffpotenziale und zeitlichen Reichweiten berücksichtigt worden. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: M1010	Mein Name ist [redacted] und ich betreibe in der Region um Jagel, Selk und Schleswig mehrere Kieswerke. Wir haben uns am 12.07.2023 in Husum bei der	Der Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau von oberflächennahen Rohstoffen im Entwurf der Regionalpläne liegt eine umfangreiche

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Vorstellung der neuen Regionalpläne getroffen. Wir sprachen über unsere Abbauflächen in Selk und ich hatte zugesagt Ihnen zu schreiben. Auf den vorgestellten neuen Karten sind im Bereich Selk mehrere Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe ausgewiesen. Auf diesem Ausschnitt ist durch die blau eingefärbten Flächen klar zu erkennen, dass es sich um ein übergreifendes, hervorragendes Kiesgebiet handelt. Noch besser zu erkennen auf dem nächsten Plan, welcher durch die grün eingefärbten Bereiche ersichtlich macht, welche Flächen schon abgebaut sind. Die weiße, mit einem Kreuz gekennzeichnete, Fläche ist nicht als Vorrangfläche ausgewiesen. Sie ist regelrecht aus dem zusammenhängenden Abbaugebiet ausgeklammert worden. Die Fläche ist vom geologischen Dienst als hochwertiges Kiesland und als Vorranggebiet vorgeschlagen worden. Der größte Teil dieser Flächen befindet sich in meinem Eigentum. Unser [redacted] hat ebenfalls Interesse gezeigt, Kies auf seinen Flächen abbauen zu lassen. Das Kriterium, „Beschränkung des Eigentums und somit quasi Enteignung der Flächen", wie Sie sagten, weil der Eigentümer nichts anderes mehr außer Kiesabbau dort unternehmen kann, trifft hier somit nicht zu. Eine Ausweisung dieser Flächen als Vorrangflächen würde bewirken, dass auch tatsächlich ein Kiesabbau gestartet werden könnte, da die Eigentumsverhältnisse klar sind und Kiesabbau von den Eigentümern erwünscht ist. Der Kreis, in seiner Eigenschaft als Genehmigungsbehörde, hat zugesagt, die Flächen aus dem Landschaftsschutz zu entlassen. Direkt nördlich an diese Flächen angrenzend liegt unser Kieswerk Selk mit der Zufahrt in Richtung Norden, dann über die B77. Der Kieslastverkehr verläuft somit nicht durch den Ort Selk. Die Kiesaufbereitung des auf den „neuen" Flächen abgebauten Materials könnte über die vorhandene Kieswaschanlage durchgeführt werden. Es findet keine Lärmbelästigung des Ortes statt und der LKW-Verkehr wird von dem Ortskern und der Wohnbebauung ferngehalten. Die vorhandene Zufahrt könnte auch benutzt werden, wenn die evtl, neu entstehende Grube wieder verfällt werden soll. Die jetzige Bodenkippe ist schon zum großen Teil verfüllt. Wenn der existierende Kiesabbau nördlich demnächst beendet sein wird, die Aufbereitungsanlagen abgebaut werden und die Flächen mit Baggerseen und Spülfeldern in Sukzession gegangen sind, ist diese gute Situation beendet. Der Kies auf den besagten Flächen ist nachweislich so hochwertig, mit Körnungsanteilen von 50% bis teilweise 60% und Abbauhöhen über Wasser von bis zu gut 12 Metern, sodass ein Abbau, in Anbetracht der heute schon knappen Rohstoffversorgung, sicher in absehbarer Zeit, so oder so, in Angriff genommen werden muss. Dann würden neue Kiesaufbereitungsanlagen mit Brechern usw. auf den Selk-nahen Flächen aufgebaut, der Abtransport über Selk stattfinden und der komplette LKW- Verkehr wird durch den Ort Selk, unmittelbar an der Wohnbebauung verlaufen. Es gibt natürlich das Argument: Andere Flächen abbauen. Bis auf die	Abwägung mit weiteren Schutzgütern und räumlich relevanten Belangen zu Grunde. Darüber hinaus ist seitens des Geologischen Landesdienstes des Landes Schleswig-Holstein eine grobe, nicht flächenscharfe überschlägige Betrachtung des theoretischen Rohstoffpotenzials der oben genannten Vorrang- und Vorbehaltsgebiete durchgeführt worden. Dabei sind pauschale Abzüge für laufende Abbauvorhaben berücksichtigt worden. Die Ergebnisse dieser Abschätzung des Rohstoffpotenzials sind in der Begründung zum Kapitel 2.6 Rohstoffsicherung aufgeführt. Die Stellungnahme wird wie folgt berücksichtigt: Für das Rohstoffpotenzialgebiet in den Gemeinden Selk, Kropp, Jagel und Klein Rheide wurde ein erneuter Abgleich der Ausweisung der Vorranggebiete mit den aktuellen Abbaudaten vorgenommen. Die in der Stellungnahme genannten Flächen sowie die dargelegte Rechtslage wurde von landesplanerischer Seite in Abstimmung mit weiteren Fachbehörden geprüft. Die Ausführungen zu Bedarfslagen für oberflächennahe Rohstoffe, insbesondere Kiese und Sande sowie deren Vorkommen und insbesondere deren hohe Qualität im Abbaugebiet Klein Rheide – Jagel – Selk werden zur Kenntnis genommen und können durch eigene Datenstände weitestgehend bestätigt werden. Die Aussage, dass bestimmte Abbaugebiete in Kürze erschöpft sein werden, können seitens der Landesplanung nicht überprüft werden, da keine Informationen über aktuelle Abbaustände vorliegen. Bei den Hochrechnungen der gesicherten Flächen für die Landesplanung wurde bei bereits im Abbau befindlichen Flächen ein Abbaufortschritt von 50

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	markierten Flächen ist im Selker Bereich fast alles abgebaut. Jeder Kreis auf diesem Plan bedeutet: Diese Fläche ist abgebaut. Auch in der Umgebung von Jagel sieht es nicht viel anders aus. Es kommt hinzu, dass in der Umgebung des Jageler Militär-Flugplatzes (Radius von 6km um den Flugplatz) fast keine Baggerseen entstehen dürfen. Das bedeutet, dass wir unter Umständen zwar Genehmigungen zum Kiesabbau bekommen, um über und unter dem Grundwasserpegel abbauen zu dürfen, allerdings immer mit der Auflage des Militärflugplatzes, die entstandenen Baggerseen mit dem aus der Grube ausgewaschenen Sand wieder zu Verfüllen (Grubeneigenes Material). Obwohl, z.B. im Klein Rheider Bereich, wo noch nicht abgebaute Flächen anstehen und derzeit auch abgebaut wird, nur ein Körnungsa0nteil von ca. 12% bis 18% entnommen wird, reicht der Sandanteil oft nicht, um die geforderten Wiederverfüllungshöhen zu erreichen. Der Verkehrswert des eingebrachten Sandes, um die Verfüllauflage zu erfüllen, übersteigt des Verkehrswert des gewonnenen Kieses. In Selk, mit Abbauhöhen von ca. 12m über Wasser, kann der komplette Sand und Kies verwertet werden. Das bedeutet, wenn wir in Selk einen Hektar nicht abbauen dürfen, müssen wir in den umliegenden Gebieten, z.B. in Klein Rheide ca. 10 Hektar abbauen, um dieselben Kiesmengen gewinnen zu können. Berechnung pro Hektar: Abbauwand Selk: Volumen je Hektar: Körnungsanteil 50%: Sandanteil 50%: Abbauvolumen gesamt: Abbauwand Kl. Rheide: Volumen je Hektar: Körnungsanteil ca. 15%: Sandanteil (Verfüllung): Abbauvolumen gesamt: 12 Meter 120.000 m3 60.000 m3 60.000 m3 120.000 m3 2 Meter + 6 Meter u. Wasser 80.000 m3 12.000 m3 0 m3 12.000 m3 Ergebnis: Es werden 10 Hektar mit je 12.000 m3 Rohstoffvolumen in Klein Rheide benötigt, um die 120.000 m3 abbaubares Material je Hektar in Selk zu „ersetzen". Die mit „X" bezeichnete Fläche in Selk umfasst ca. 11,82 Hektar. Hieraus ergibt sich eine benötigte Abbaufläche z.B. in Klein Rheide von ca. 118,2 Hektar, sollte die Abbaugenehmigung in Selk versagt werden. Diese Größenordnung ist wohl kaum zu beschaffen, weil Klein Rheide große PV Anlagen befürwortet und dem Kiesabbau vorzieht. Würde PV nur auf abgebauten Kiesflächen genehmigt und installiert werden	Prozent angenommen. Grundsätzlich ist der Planungsraum I der Raum mit der längsten Reichweite der gesicherten Flächen, wobei diese Angaben auf den gesamten Planungsraum bezogen sind, nicht jedoch auf einzelne Abbaugebiete. Es kann bestätigt werden, dass sich die genannten Abbauflächen innerhalb eines Lagerstättengebietes, das mit der Kategorie A.a ausgewiesen wurde, befinden. Die Einstufung als A.a erfolgte unter anderem, weil es in dem Gebiet erstens grundsätzlich Abbau gibt, und zweitens da es sich bei dem derzeitigen Abbau um hochwertiges Material handelt. Bei den Flächen (11,82 Hektar, Flurstücke 42, 14/3 und 41/7 der Flur 3 sowie 6,9 Hektar auf den Flurstücken 44/1 und 43/6 der Flur 3) der Gemarkung Selk handelt es sich nach hiesiger Sachlage um bereits geprüfte Flächen, welche aufgrund entgegenstehender archäologischer Belange nicht als Vorranggebiet ausgewiesen wurden. Ein raumordnerischer Vorrang kann aufgrund der entgegenstehenden Belange nicht gewährleistet werden, es erfolgt daher keine Planänderung. Der LEP 2021 fordert für die Vorhaben nach Absatz 2 eine „landschaftsräumliche Verträglichkeit“. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der gerichtlich entschiedenen Beeinträchtigung des Danewerkes durch einen Abbau auf den Flächen nicht gegeben (siehe Verwaltungsgericht Schleswig (8. Kammer), Urteil vom 28.02.2023 – 8 A 111/19). Vor diesem Hintergrund könnte sich ein Ziel der Raumordnung durch die Festlegung eines Vorranggebietes nicht durchsetzen und wäre damit abwägungsfehlerhaft. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass der Regionalplan-Entwurf keine Regelungen zu Solar-Freiflächenanlagen enthält. Diese sind Gegenstand

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	dürfen, so wäre die Situation für die sichere, regionale Rohstoffversorgung besser. Würde der 10-Fache Flächenabbau stattfinden, hätte man allerdings noch immer keinen dringend benötigten Sand, da dieser wie beschrieben, für die Wiederverfüllung der Flächen benötigt wird. [redacted] das sind meine Gedanken für eine vorausschauende und positive Zukunft der Landesplanung die ich Ihnen mitteilen möchte. Ich bitte Sie darum, die Entscheidung, die besagten Flächen in Selk nicht als Vorrangflächen auszuweisen, zu ändern. Der hier lagernde Kies wird dringend benötigt!	des LEP 2021. Es soll daran festgehalten werden, dass die Thematik im landesweiten Raumordnungsplan geregelt wird. Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. **Fazit:** Dem Rohstoffabbau wurde hinreichend Raum eingeräumt, wie auch die Berechnung der Bedarfsabdeckung des Geologischen Landesdienstes belegt. Eine Ausweisung der konkret genannten Flächen als Vorranggebiet ist nicht möglich, da denkmalrechtliche Aspekte entgegenstehen. Der raumordnerische Vorrang würde damit ins Leere laufen und einen Abwägungsfehler darstellen. Dem Aspekt der Sicherung des Umgebungsbereiches des Welterbes wird vorliegend ein höheres Gewicht beigemessen, auch wenn die Rohstoffqualität der konkreten Flächen nicht in Frage gestellt wird. Dem Belang der vorsorgenden raumordnerischen Rohstoffsicherung wird jedoch im Planungsraum I auch ohne eine Gebietsausweisung der oben genannten Flächen entsprochen. In der Gesamtschau dieser konkurrierenden Belange kann dem Anliegen des Petenten nicht gefolgt werden.
Institution: NABU Schleswig-Holstein, Bereich Verbandsbeteiligung **ID: M1142**	Allein für den Raum des RP II werden 11 .500 ha Rohstoffpotenzialflächen, verteilt auf 53 Einzelflächen, angegeben. Wie aus der Begründung B zu 1 zu entnehmen ist, wird für die kommen.den Jahrzehnte von einem enormen Bedarf an Kies (und Sand) v.a. für die Bauwirtschaft (Straßen, Bauwerke diverser Art) ausgegangen. Ob eine derartige Entwicklung v.a. des Baus von Straßen aus Gründen des Umwelt- und Klimaschutzes überhaupt sinnvoll ist, möchte der NABU infrage stellen. Zudem findet sich in diesem Kapitel kein Hinweis auf die Notwendigkeit eines verstärkten Recyclings von Bauschutt	**Zum Thema Recycling:** Kapitel 4.6 des LEP 2021 enthält allgemeine Grundsätze zur Rohstoffsicherung, zur Gestaltung des Abbaus selbst und der Maßnahmen nach Beendigung des Abbaus. Darüber hinaus wird auf die Wiederverwertung von Sekundärrohstoffen und die

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	nicht nur als Untergrund- und Befestigungsmaterial für Straßen u.ä., sondern auch als Rohstoff für den Gebäudeneubau. Kiesabbau führt fast immer zur Absenkung des Grundwasserstands in der Umgebung. Das gilt selbst für die Trockenauskiesung, indem sie auf den Grundwasserleiter als Absenktrichter wirkt. Auch bei einer anschließenden Grubenverfüllung wird der Grundwasserspiegel negativ beeinflusst, da der meist bindige eingebrachte Boden weniger wasserdurchlässig ist als die abgetragenen Kies- und Sandschichten, d.h. weniger Niederschlagswasser bis zum Grundwasserleiter versickern lässt. Beim Nassabbau erfolgt über die entstehenden Wasserflächen eine deutlich erhöhte Verdunstungsrate. Deshalb sind Kiesabbauvorhaben im nahen Umfeld von Gewässern und anderen Feuchtgebieten, hier insbesondere Moore, auszuschließen. (Siehe auch Anmerkungen im Abschnitt 3.6.5 zum Umweltbericht.) Die unter B zu 1 (S. 44) getroffene Aussage: "Abbauvorhaben in Vorranggebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe entsprechen regelmäßig den Zielen der Raumordnung." ist nach Ansicht des NABU zu weitgehend, weil sich bei nicht wenigen der vorgesehenen bzw. bereits bewirtschafteten Abbaugebiete teilweise erhebliche Konflikte mit Umweltbelangen ergeben können bzw. sich schon ergeben haben. Etliche der Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe (i.d.R. Kies) sind bereits vor geraumer Zeit als solche skizziert worden, als man sich behördlicherseits bestimmten Konfliktsituationen mit den Natur- und Umweltbelangen nicht so intensiv wie heute gewidmet hat. .Eine quasi vorbehaltlose Übernahme fast aller Vorranggebiete sieht der NABU somit kritisch. Das Wort "regelmäßig" sollte deshalb durch die Formulierung "in den meisten Fällen" ersetzt werden. S. 45: Im Satz: "Eine Überlagerung mit folgenden Kriterien führte dabei grundsätzlich zum Ausschluss als Vorbehaltsgebiet:" sollte das Wort "grundsätzlich" als nicht angebrachte Einschränkung gestrichen werden. Unter B zu 2, auf S. 47 o., wird in Bezug auf die Tatsache, dass einige "Vorrang- und Vorbehaltsflächen oberflächennaher für den Abbau Rohstoffe innerhalb der regionalen Grünzüge (liegen)", behauptet, dass "der mit den regionalen Grünzügen verbundene Freiraumschutz dem Rohstoffabbau nicht entgegen(steht)." Das ist nach Auffassung des NABU falsch, weil es i.d.R. im Widerspruch zu den mit den regionalen Grünzügen verbundenen Belangen steht. Bzgl. einer "Rekultivierung und Renaturierung" wird nur auf den LEP 2021 (Kap. 4.6) verwiesen, ohne dazu eine eigene Aussage zu treffen (S. 47). Das ist nach Ansicht des NABU ungenügend. Es sollte vielmehr die Renaturierung der ausgebeuteten Abbaugebiete aus Gründen des Biodiversitätsschutzes zum Grundsatz erklärt werden. Eine Rekultivierung (i.d.R. eine Wiederherstellung als landwirtschaftliche Nutzfläche) ist dagegen aus Gründen- des Naturschutzes nicht mehr angebracht.	Entwicklung von weiteren Verwendungsmöglichkeiten für Sekundärrohstoffen Bezug genommen. Im Abschnitt „Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt“ des Regionalplan-Entwurfs wird darauf verwiesen, dass bei der Anwendung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung darauf zu achten ist, dass der Regionalplan immer in Verbindung mit dem LEP 2021 gilt. Auch in der Begründung zu Kapitel 2.6 des Regionalplan-Entwurfs wird bezüglich der Durchführung von Abbauten sowie Rekultivierung und Renaturierung auf die entsprechenden Grundsätze in Kapitel 4.6 LEP 2021 verwiesen. Auf eine Wiederholung dieser Inhalte im Regionalplan wird daher weiterhin verzichtet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. **Zur Übernahme genehmigter Vorhaben:** Die genehmigten Abbauvorhaben sind bereits auf der Ebene der Genehmigungsverfahren auf ihre Umweltverträglichkeit hin überprüft worden. Die vorhandenen Abbaurechte rechtfertigen aus Sicht der Landesplanung die Übernahme als Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe. Die gewählte Formulierung wird daher beibehalten. Genehmigungsrechtliche Anforderungen an Erweiterungs- oder Änderungsplanung bleiben von der Festlegung unberührt. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. **Zur Begründung hinsichtlich der entgegenstehenden Kriterien:** In der Stellungnahme wird eine Textänderung zur Einleitung der Ausschlusskriterien für den Abwägungsprozess der Vorbehaltsgebiete für den

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
		Abbau oberflächennaher Rohstoffe angeregt. Der Stellungnahme wird gefolgt.
ID: M1142	2.2.3 Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe Wie bereits in den Abschnitten 1.3 (Grundwasser) und 1.6 (Rohstoffsicherung) dieser Stellungnahme ausgeführt, widerspricht die raumplanerische Festlegung mehrerer Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe den in der Planung dargelegten Zielsetzungen sowohl des Grundwasserschutzes als auch des Naturschutzes. Deshalb sind solche konfliktträchtigen Vorrang- bzw. Vorbehaltsgebiete in der Kartendarstellung zurückzunehmen. Der NABU hat dafür einige derartige Konfliktgebiete aufgezeigt, die Plangebiete sollten aber nochmals insgesamt grundsätzlich auf weitere derartige Konfliktsituationen abgeprüft werden.	Die Regionalplanung hat sich bei der Abgrenzung der Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe mit den Belangen des Grundwasserschutzes auseinandergesetzt. Unter anderem wurde geprüft, ob Verbotstatbestände zum Rohstoffabbau in den Verordnungen zu den Wasserschutzgebieten (im Regionalplan-Entwurf als Vorranggebiete für den Grundwasserschutz festgelegt) enthalten sind. Darüber hinaus wurden die Fachbehörden der Kreise einbezogen. Diese fachlichen Grundlagen wurden in die Abgrenzung der oben genannten Rohstoffgebiete einbezogen. Ein pauschaler Ausschuss von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe innerhalb der Vorbehaltsgebiete für den Trinkwasserschutz (wie gefordert) wird hingegen als nicht sachgerecht angesehen. Vielmehr sind die Belange des Grundwasserschutzes im Rahmen von konkreten Genehmigungsverfahren für den Rohstoffabbau zu prüfen. Die naturschutzfachlichen Ausschluss- und Abwägungskriterien sind in der Begründung zu Kapitel 2.6 aufgeführt. Inwiefern weitere naturschutzfachliche Belange beim Rohstoffabbau zu berücksichtigen sind, ist im Zuge von konkreten Abbauvorhaben und Genehmigungsverfahren zu prüfen. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Institution: Amt Oeversee, Gemeinden	Die Abgrenzung des Vorbehaltsgebietes für naturnahe Rohstoffe sollte einen angemessenen Abstand zur Ortslage der Gemeinde Tarp haben. Ansonsten ist eine Zielverwirklichung / Zusammenarbeit in der wohnbaulichen Entwicklung mittel- oder auch	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe festzulegen sind und wie die Ausweisung

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
Oeversee, Sieverstedt und Tarp **ID: M1120**	langfristig nicht umsetzbar. In dem Zusammenhang steht auch die Konkurrenzsituation zu bestehenden PV-Freiflächenanlagen entlang der BAB wie auch der konzeptionellen Fortentwicklung dieser und der gesetzlichen eingeräumten Privilegierung.	grundsätzlich erfolgen soll. Wesentliche fachliche Grundlage ist der Fachbeitrag Rohstoffsicherung des Geologischen Landesdienstes. Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe werden dabei im Maßstab 1 zu 100.000 festgelegt und sind nicht flächenscharf. Es ist daher nicht ausgeschlossen, dass einzelne Gebäude oder Splittersiedlungen innerhalb der Vorbehaltsgebiete liegen. Der bauliche Bestand ist von dieser Festlegung nicht betroffen. Bei der Abgrenzung sind zudem vorhandene und planverfestigte Siedlungsbereiche im Siedlungszusammenhang beachtet worden. Ferner wurden informelle kommunale, interkommunale und regionale Konzepte zur Siedlungsentwicklung in den Abwägungsprozess einbezogen. Der Hinweis wird insoweit berücksichtigt, als dass der Abstand zur Ortslage Tarp im Bereich Schellenpark (17. Änderung Flächennutzungsplan) vergrößert wird. Darüber hinaus wird ein Konflikt zur Freiflächenphotovoltaiknutzung entlang der Autobahn nicht gesehen. Vielmehr sind die konkreten Fachbelange im Rahmen konkreter Verfahren abzuwägen. Der Stellungnahme wird nur in Teilen gefolgt.
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND Landesverband Schleswig-Holstein e. V. **ID: 1072**	**2.2.2 Weitere Vorranggebiete** Als **Vorranggebiete sind u.a. Trinkwasserschutzgebiete** zwingend vorzusehen. Bei der Planung der **Vorranggebiete (gilt sinngemäß auch für die Vorbehaltsgebiete) für Rohstoffabbau** fällt auf, dass hier eine **ausufernde Angebotsplanung** erfolgt. Angesichts eklatanter Mängel beim Recycling und der sparsamen Verwendung dieser Ressourcen muss die Angebotsplanung durch eine **geordnete bedarfsorientierte Planung zur nachhaltigen Rohstoffsicherung** ausgerichtet werden. **Bei der**	**Zu Trinkwasserschutzgebieten:** Festgesetze Trinkwasserschutzgebiete sind in den Regionalplan-Entwürfen als Vorranggebiete für den Grundwasserschutz festgelegt. Die Anregung ist in den Regionalplan-Entwürfen bereits umgesetzt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
	Ausbeutung von Rohstoffen ist das umweltrechtliche Vorsorgeprinzip zwingend zu beachten. **Bei der Darstellung der Flächen sind die naturschutzrechtlichen Ausgleichsflächen als Vorrangflächen Naturschutz zu berücksichtigen.**	**Zu den Vorranggebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe:** Die Begründungen der Regionalplan-Entwürfe enthalten eine Abschätzung der Rohstoffpotenziale der Vorranggebiete und ausgewählter Vorbehaltsgebiete. Die zeitliche „Reichweite“ der Vorranggebiete liegt landesweit bei circa 16 Jahren. Die Festlegung der Vorranggebiete als Beitrag der Regionalplanung zur langfristigen Rohstoffversorgung wird daher als gerechtfertigt erachtet. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. **Zu Rohstoffabbau und Recycling:** Kapitel 4.6 des LEP 2021 enthält allgemeine Grundsätze zur Rohstoffsicherung, zur Gestaltung des Abbaus selbst und der Maßnahmen nach Beendigung des Abbaus. Darüber hinaus wird auf die Wiederverwertung von Sekundärrohstoffen und die Entwicklung von weiteren Verwendungsmöglichkeiten für Sekundärrohstoffe Bezug genommen. Im Abschnitt „Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt“ des Regionalplan-Entwurfs wird darauf verwiesen, dass bei der Anwendung der Ziele und Grundsätze der Raumordnung darauf zu achten ist, dass der Regionalplan immer in Verbindung mit dem LEP 2021 gilt. Auf eine Wiederholung dieser Inhalte im Regionalplan wird daher weiterhin verzichtet. Die Anregung wird zur Kenntnis genommen. **Zu naturschutzrechtlichen Ausgleichsflächen:** Angesichts der oft geringen Flächengrößen und des Fehlens einer landesweiten homogenen Datengrundlage wurden naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen bei der Abwägung nicht

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.6 Rohstoffsicherung	Votum
		berücksichtigt. Im Rahmen eines konkreten Abbauvorhabens beziehungsweise Genehmigungsverfahrens wären gegebenenfalls vorhandene Kompensationsflächen zu prüfen.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 2.7 Tourismus und Erholung

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
Institution: Gemeinde Hörnum, über Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt ID: M1137	**Zu 2.7 Tourismus und Erholung – 3 Z** Eine Klarstellung hinsichtlich des Ziels, dass keine Bauleitplanungen zur Errichtung und Sicherung von Zweitwohnungen durchgeführt werden dürfen ist erforderlich. Die bestehende Siedlungsstruktur auf Sylt weist neben Dauer- und Ferienwohnungen auch Zweitwohnungen in unterschiedlichen Ausprägungen auf. Somit stellt sich die Frage, inwiefern bestehende Strukturen planungsrechtlich berücksichtigt werden können, ohne gegen die Ziele der Raumordnung zu verstoßen. Kann auf Grundlage der derzeitigen Formulierung davon ausgegangen werden, dass Zweitwohnungen als zulässige Nutzung bei der Überplanung von Bestandsgebieten festgesetzt werden können, sofern in dem Gebiet Zweitwohnungen bestehen, diese vorher zulässig waren und das Maß der Nutzung nicht erhöht wird oder würde dies einen Zielverstoß darstellen? Der pauschale Ausschluss der Festsetzung der Zulässigkeit von Zweitwohnungen in Bebauungsplänen stellt einen Eingriff in die kommunale Planungshoheit dar, dem die Gemeinde Hörnum widerspricht. Vor dem Hintergrund derzeit laufender Bestandsaufnahmen und Untersuchung der Zusammensetzung von Dauerwohnungen, Ferienwohnungen und Zweitwohnungen und einer daraus resultierenden Zielausrichtung der Gemeinde hinsichtlich dieser Nutzungen wäre eine Festlegung durch die Landesplanung voreilig. Die Möglichkeit, Zweitwohnungen in Bestandsgebieten in Bebauungsplänen zur Sicherung der gewachsenen Struktur ggf. zuzulassen, ist offen zu halten. Die kleinräumige lokale Steuerung der Art der Nutzung, insbesondere der Nutzungen und Nutzungsmischung von Dauerwohnen, Ferienwohnungen und Zweitwohnen in Bauleitplänen muss der Gemeinde erhalten bleiben.	Die Anregung der Gemeinde Hörnum ist nachvollziehbar. Die raumordnerische Steuerung der Zweitwohnnutzung soll auf die Neuerrichtung von Zweitwohnungen beschränkt werden. Der Anregung wird daher gefolgt. Kapitel 2.7 Absatz 3 (Z) Regionalplanentwurf 2023 wird dahingehend geändert, dass die Worte „und zur Sicherung“ gestrichen werden. Die Begründung wird entsprechend angepasst.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1119	Im Textteil bzgl. Tourismus und Erholung ist definiert: „Bei der weiteren Entwicklung im Schwerpunktraum um Gelting und Kappeln soll dem Freiraumschutz Rechnung getragen werden. Dementsprechend soll sich die Weiterentwicklung auf bereits vorhandene touristische Ansätze konzentrieren.“ Dies schränkt die Entfaltungsmöglichkeiten der regionalen Tourismuswirtschaft massiv ein und wird – in einer strukturschwachen Region – eine Stagnation der touristischen Wirtschaft zur Folge haben. Die Abwägung sollte an dieser Stelle überdacht werden.	Die Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sind aus dem LEP 2021 in den Regionalplan-Entwurf übernommen worden. Die Schwerpunkträume sind nicht flächen- oder gebietsscharf abgrenzt. Es ist nicht Zielsetzung des LEP 2021 in diesen Räumen flächendeckend Tourismus-Infrastrukturen zu entwickeln. Vielmehr liegt der Schwerpunkt auf der qualitativen Entwicklung von Tourismus und Erholung. Innerhalb der Schwerpunkträume liegen landschaftlich, naturschutzfachlich und ökologisch wichtige Bereiche. Daher muss die Entwicklung von

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
		Tourismus und Erholung innerhalb dieser Räume die Belange von Natur- und Freiraumschutz beachten beziehungsweise berücksichtigen. Somit sollten sich die Gemeinden auf eine qualitative, flächenschonende Entwicklung im Bereich des Tourismus fokussieren. Eine Stagnation des Tourismus ist diesbezüglich nicht zu befürchten. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Stadt Husum, Bauamt– Bauaufsicht und Planung **ID: M1140**	*Ebenfalls diskutiert wird noch die Weiterentwicklung des touristischen Schwerpunktbereichs an der Dockkoogspitze und in Schobüll thematisiert. Ggf. soll hier zukünftig wieder eine Hotelnutzung etabliert werden, die ggf. mit dem Ausschluss der „baulichen Verdichtungen und Verfestigungen“ schwierig oder unmöglich würde.*	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. In dem genannten Bereich werden die Kriterien für Vorranggebiete für den Naturschutz beziehungsweise für Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft erfüllt. Darüber hinaus liegen die regionalplanerischen Voraussetzungen für die Festlegung von Regionalen Grünzügen vor. Die planerischen Überlegungen zur touristischen Weiterentwicklung werden im Rahmen der konkreten Bauleitplanung geprüft.
Institution: Stadt Schleswig, Fachbereich Bau Sachgebiet Stadtplanung **ID: M1131**	Bislang ist das UNESCO-Weltkulturerbe Haithabu-Danewerk nicht als Kernbereich für den Tourismus aufgeführt. Dieser Umstand ist zu korrigieren und die Bedeutung des UNESCO-Weltkulturerbes für die Region und das Land Schleswig-Holstein durch die Landesplanung angemessen zu würdigen.	Bislang wurden die räumlichen Abgrenzungen des UNESCO-Welterbes Haithabu-Danewerk mit dem Wikingermusuem Haithabu am Standort Busdorf im bestehenden Entwurf 2023 als Kernbereich für Erholung ausgewiesen. Sie sind Teil des planungsraumübergreifenden Kernbereiches für Erholung der Schlei. Als Grundlage für die Festlegung der Kernbereiche wurde ein Fachgutachten erstellt. Als Kernbereiche für Erholung wurden (in der Regel) innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung Bereiche festgelegt, in denen eine besonders hohe landschaftliche Qualität und eine gebündelte Erholungsinfrastruktur vorhanden ist. Kernbereiche für Tourismus und Erholung weisen darüber hinaus touristische Infrastruktur mit hoher wirtschaftlicher Relevanz und landesweiter Bedeutung aufgrund gewerblicher Übernachtungszahlen

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
		(mindestens 120.000) sowie hoher Tourismusintensität (mindestens 2.500 Übernachtungen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner) auf. Deren Ausweisung orientiert sich an der Ausweisung aus dem LEP 2021 (vergleiche Kapitel 4.7.1 LEP 2021). Entsprechende Voraussetzungen sind für den Bereich des Welterbes nicht gegeben, daher kann die Ausweisung eines Kernbereichs für Tourismus und Erholung nicht erfolgen. Aufgrund des zwischenzeitlich erfolgten weiteren Ausbaus touristischer Infrastruktur (unter anderem Museumsbau der Gemeinde Dannewerk, Bebauungsplan Nummer 4 und Nummer 6 und Adventure-Golfanlage, Bebauungsplan Nummer 7) sowie der Ausweisung als UNESCO-Welterbestätte (2018) inklusive des dazugehörigen Managementplans 2020-2030, welcher unter anderem eine verstärkte Erschließung und Erlebbarmachung der gesamten historischen Grenzanlagen durch verbesserte Aufenthaltsqualität und Besucherlenkung, dem Ausbau von Erlebnis- und Lernorten sowie von Wanderwegen und Übernachtungsangeboten vorsieht, werden die Kriterien für die Ausweisung eines Kernbereiches für Erholung auch im Bereich des Danewerkes erfüllt. Auch die landesweite Bedeutung als touristischer und kultureller Schwerpunkt spricht für eine entsprechende regionalplanerische Würdigung. Die Abgrenzungen des Kernbereichs für Erholung werden entsprechend angepasst, die Karte wird entsprechend geändert. Der Stellungnahme wird daher teilweise gefolgt.
Institution: Gemeinde Sylt , Inselverwaltung der	**Zu 2.7 Tourismus und Erholung - 3 Z:**	**Zu Zweitwohnen:**

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt Ortsentwicklung ID: M1130	Eine Klarstellung hinsichtlich des Ziels, dass keine Bauleitplanungen zur Errichtung und Sicherung von Zweitwohnungen durchgeführt werden dürfen ist erforderlich. Die bestehende Siedlungsstruktur auf Sylt weist neben Dauer- und Ferienwohnungen auch Zweitwohnungen in unterschiedlichen Ausprägungen auf. Somit stellt sich die Frage, inwiefern bestehende Strukturen planungsrechtlich berücksichtigt werden können, ohne gegen die Ziele der Raumordnung zu verstoßen. Kann auf Grundlage der derzeitigen Formulierung davon ausgegangen werden, dass Zweitwohnungen als zulässige Nutzung bei der Überplanung von Bestandsgebieten festgesetzt werden können, sofern in dem Gebiet Zweitwohnungen bestehen, diese vorher zulässig waren und das Maß der Nutzung nicht erhöht wird oder würde dies einen Zielverstoß darstellen? Der pauschale Ausschluss der Festsetzung der Zulässigkeit von Zweitwohnungen in Bebauungsplänen stellt einen Eingriff in die kommunale Planungshoheit ein, dem die Gemeinde Sylt widerspricht. Vor dem Hintergrund geplanter Bestandsaufnahmen und Untersuchung der Zusammensetzung von Dauerwohnungen, Ferienwohnungen und Zweitwohnungen und einer daraus resultierenden Zielausrichtung der Gemeinde hinsichtlich dieser Nutzungen wäre eine Festlegung durch die Landesplanung voreilig. Die Möglichkeit, Zweitwohnungen in Bestandsgebieten in Bebauungsplänen zur Sicherung der gewachsenen Struktur ggf. zuzulassen, ist offen zu halten. **Zu 2.7 Tourismus und Erholung - 3 G** Des Weiteren wird in Bezug auf sich möglicherweise aus dem neuen Regionalplan ergebenen Steuerungsmöglichkeiten der Gemeinde die Frage gestellt, wie im Kontext des Grundsatzes 2.7. - 3 G der Begriff „bezahlbarer Wohnraum" definiert ist. **Zu 2.7 Tourismus und Erholung - 3 G Abs. 1:** Die kleinräumige Steuerung der Art der Nutzung obliegt der Gemeinde im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit. Derzeit werden in der Gemeinde Wenningstedt-Braderup (und auch in den anderen Inselgemeinden) flächendeckende Bestandsaufnahmen zur Zusammensetzung der Nutzungen insbesondere Dauerwohnen, Ferienwohnen und Zweitwohnen durchgeführt. Aus der Bestandsaufnahme werden Erkenntnisse über die Nutzungsprägungen einzelner Teilbereiche der Gemeinde, die materiell-rechtliche Zulässigkeit der Nutzungen und in der Folge über die möglichen Bedarfe der Gemeinde gewonnen. Die Bestandsaufnahme wird somit der Formulierung einer Zielausrichtung hinsichtlich einer verträglichen Nutzungsmischung bzw. der Zulässigkeit und Unzulässigkeit der einzelnen Nutzungen in den Teilbereichen zum Wohle der Gemeinde	Die Anregung der Gemeinde Sylt ist nachvollziehbar. Die raumordnerische Steuerung der Zweitwohnnutzung soll auf die Neuerrichtung von Zweitwohnungen beschränkt werden. Der Anregung wird daher gefolgt. Kapitel 2.7 Absatz 3 (Z) Regionalplanentwurf 2023 wird dahingehend geändert, dass die Worte „und zur Sicherung“ gestrichen werden. Die Begründung wird entsprechend angepasst. **Zu bezahlbarem Wohnraum:** Eine offizielle Definition für "bezahlbaren Wohnraum" existiert nicht. In der Regel wird davon ausgegangen, dass die Wohnkosten nicht mehr als rund ein Drittel des Haushaltseinkommens ausmachen sollten, um als "bezahlbar" zu gelten. Bei der Anwendung des Begriffes sind auch die besonderen insularen Gegebenheiten zu beachten. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die geschilderten Steuerungsmöglichkeiten bleiben den Gemeinden auch unter dem geplanten regionalplanerischen Regelwerk erhalten. **Zu touristischen Bauflächen:** Die genannte Regelung bezieht sich ausdrücklich auf neue Bauflächen, die sich insbesondere auf die Landschaft negativ auswirken können. Bestandsorientierte Entwicklungen sind davon nicht berührt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	zu Grunde gelegt. Diese Möglichkeit der lokalen Steuerung der Art der Nutzung muss den Gemeinden erhalten bleiben. **Zu 2.7 Tourismus und Erholung - 4 G Abs. 1:** Auch die Formulierung „keine neuen touristischen Bauflächen ausgewiesen werden" bedarf der Klarstellung. Auch bezogen auf touristische Nutzungen können neben der Neuentwicklung von bislang unbebauten Flächen durch Planungen in Bestandsgebieten beispielsweise im Bebauungsplan Flächen mit (anteiliger) touristischer Zweckbestimmung ausgewiesen werden. Somit besteht die Frage, ob der Grundsatz auch auf diese Fälle anzuwenden ist oder er sich auf die Neuentwicklung von Flächen bezieht. Insbesondere vor dem Hintergrund zeitnaher Bestandsaufnahmen und der Untersuchung der Zusammensetzung von Dauerwohnungen, Ferienwohnungen und Zweitwohnungen und einer daraus resultierenden Zielausrichtung der Gemeinde hinsichtlich dieser Nutzungen besteht die Auffassung der Gemeinde, dass sich der Grundsatz nur auf Neuentwicklungen beziehen kann. Die Steuerung von Nutzungen in Bestandsgebieten ist auch wesentlich durch gewachsene Strukturen geprägt, die derzeit in einer umfassenden Bestandsanalyse erfasst und analysiert wird.	
Institution: [redacted], Keine Abteilung **ID: 1107**	[Teilflächen der Gemeinde Südermarsch] **2) Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung** Kapitel 2.7 Absatz 7 sieht als Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung vor. Wir betonen, dass es sich um einen Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist. Dabei stellt die Kategorie der „Entwicklungsgebiete“ keine raumordnungsrechtliche Gebietskategorie nach § 7 Abs. 3 dar. Insofern ist dieser Gebietskategorie auch kein besonderes Gewicht bei der Abwägung mit anderen raumordnungsrechtlichen Belangen zuzurechnen. Weil die Begründung zum Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung einen scheinbaren Konflikt mit landschaftsprägender Windenergienutzung erahnen lässt, bitten wir dringend um eine Ergänzung in der Begründung dahingehend, dass diese Gebietskategorie der Nutzung erneuerbaren Energien nicht entgegensteht. Dies gilt auch deshalb, weil die in der Begründung genannten Gebiete für die Herleitung der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung nicht im Widerspruch zur Nutzung der Windenergie stehen. So gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, dass die Windenergienutzung die	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung festzulegen sind (siehe Kapitel 4.7.2 LEP 2021). Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	Erholungseignung einschränkt, zumal diese zum Landschaftsbild des Landes Schleswig-Holstein seit vielen Jahren dazu gehört. Die Landesplanung hat bereits in der zurückliegenden Teilregionalplanung für Windenergie in zutreffender Weise die Naturparke für die Windenergienutzung in maßvoller Weise geöffnet. Auch insofern besteht kein Widerspruch und dies wäre klarzustellen. Schließlich gilt für Landschaftsschutzgebiete, dass nach § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergiegebiete auch in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden dürfen, wovon die Landesplanung ebenfalls in maßvoller Weise Gebrauch machen kann, um den Flächenbeitragswert in Schleswig-Holstein zu erreichen. Wir bitten insofern darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen, wonach diese sich in der Abwägung mit Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung regelmäßig durchsetzen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine Seite 4 von 6 abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Schließlich ist die Klarstellung der Zulässigkeit und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum auffallend viele solche Entwicklungsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die in Anlage 1 vorgelegte Fläche durch Festlegung eines Entwicklungsgebiets für Tourismus und Erholung in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an.	Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.7 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted] **Keine Abteilung** **ID: 1104**	[Teilflächen der Gemeinde Bollingstedt] **2) Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung** Kapitel 2.7 Absatz 7 sieht als Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung festzulegen sind (siehe Kapitel 4.7.2 LEP 2021). Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um einen Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist. Dabei stellt die Kategorie der „Entwicklungsgebiete“ keine raumordnungsrechtliche Gebietskategorie nach § 7 Abs. 3 dar. Insofern ist dieser Gebietskategorie auch kein besonderes Gewicht bei der Abwägung mit anderen raumordnungsrechtlichen Belangen zuzurechnen. Weil die Begründung zum Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung einen scheinbaren Konflikt mit landschaftsprägender Windenergienutzung erahnen lässt, bitten wir dringend um eine Ergänzung in der Begründung dahingehend, dass diese Gebietskategorie der Nutzung erneuerbaren Energien nicht entgegensteht. Dies gilt auch deshalb, weil die in der Begründung genannten Gebiete für die Herleitung der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung nicht im Widerspruch zur Nutzung der Windenergie stehen. So gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, dass die Windenergienutzung die Erholungseignung einschränkt, zumal diese zum Landschaftsbild des Landes Schleswig-Holstein seit vielen Jahren dazu gehört. Die Landesplanung hat bereits in der zurückliegenden Teilregionalplanung für Windenergie in zutreffender Weise die Naturparke für die Windenergienutzung in maßvoller Weise geöffnet. Auch insofern besteht kein Widerspruch und dies wäre klarzustellen. Schließlich gilt für Landschaftsschutzgebiete, dass nach § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergiegebiete auch in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden dürfen, wovon die Landesplanung ebenfalls in maßvoller Weise Gebrauch machen kann, um den Flächenbeitragswert in Schleswig-Holstein zu erreichen. Wir bitten insofern darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen, wonach diese sich in der Abwägung mit Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung regelmäßig durchsetzen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Schließlich ist die Klarstellung der Zulässigkeit und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum I auffallend viele solche Entwicklungsgebiete festgelegt wurden. Es stellt	Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.7 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_SLF_090 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren.	
Institution: [redacted], Keine Abteilung **ID: 1092**	[Teilflächen der Gemeinde Taarstedt] **Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung** Kapitel 2.7 Absatz 7 sieht als Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um einen Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist. Dabei stellt die Kategorie der „Entwicklungsgebiete“ keine raumordnungsrechtliche Gebietskategorie nach § 7 Abs. 3 dar. Insofern ist dieser Gebietskategorie auch kein besonderes Gewicht bei der Abwägung mit anderen raumordnungsrechtlichen Belangen zuzurechnen. Weil die Begründung zum Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung einen scheinbaren Konflikt mit landschaftsprägender Windenergienutzung erahnen lässt, bitten wir dringend um eine Ergänzung in der Begründung dahingehend, dass diese Gebietskategorie der Nutzung erneuerbaren Energien nicht entgegensteht. Dies gilt auch deshalb, weil die in der Begründung genannten Gebiete für die Herleitung der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung nicht im Widerspruch zur Nutzung der Windenergie stehen. So gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, dass die Windenergienutzung die Erholungseignung einschränkt, zumal diese zum Landschaftsbild des Landes Schleswig-Holstein seit vielen Jahren dazu gehört. Die Landesplanung hat bereits in der zurückliegenden Teilregionalplanung für Windenergie in zutreffender Weise die Naturparke für die Windenergienutzung in maßvoller Weise geöffnet. Auch insofern besteht kein Widerspruch und dies wäre klarzustellen. Schließlich gilt für Landschaftsschutzgebiete, dass nach § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergiegebiete auch in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden dürfen, wovon die Landesplanung ebenfalls	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung festzulegen sind (siehe Kapitel 4.7.2 LEP 2021). Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.7 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	in maßvoller Weise Gebrauch machen kann, um den Flächenbeitragswert in Schleswig-Holstein zu erreichen. Wir bitten insofern darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen, wonach diese sich in der Abwägung mit Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung regelmäßig durchsetzen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Schließlich ist die Klarstellung der Zulässigkeit und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum auffallend viele solche Entwicklungsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche PR1_SLF_087 durch Festlegung eines Entwicklungsgebietes für Tourismus und Erholung in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_SLF_087 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren.	
Institution: [redacted] **Keine Abteilung** **ID: 1087**	[Teilflächen der Gemeinde Sieverstedt] **Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung** Kapitel 2.7 Absatz 7 sieht als Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung festzulegen sind (siehe Kapitel 4.7.2 LEP 2021). Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um einen Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist. Dabei stellt die Kategorie der „Entwicklungsgebiete“ keine raumordnungsrechtliche Gebietskategorie nach § 7 Abs. 3 dar. Insofern ist dieser Gebietskategorie auch kein besonderes Gewicht bei der Abwägung mit anderen raumordnungsrechtlichen Belangen zuzurechnen. Weil die Begründung zum Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung einen scheinbaren Konflikt mit landschaftsprägender Windenergienutzung erahnen lässt, bitten wir dringend um eine Ergänzung in der Begründung dahingehend, dass diese Gebietskategorie der Nutzung erneuerbaren Energien nicht entgegensteht. Dies gilt auch deshalb, weil die in der Begründung genannten Gebiete für die Herleitung der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung nicht im Widerspruch zur Nutzung der Windenergie stehen. So gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, dass die Windenergienutzung die Erholungseignung einschränkt, zumal diese zum Landschaftsbild des Landes Schleswig-Holstein seit vielen Jahren dazu gehört. Die Landesplanung hat bereits in der zurückliegenden Teilregionalplanung für Windenergie in zutreffender Weise die Naturparke für die Windenergienutzung in maßvoller Weise geöffnet. Auch insofern besteht kein Widerspruch und dies wäre klarzustellen. Schließlich gilt für Landschaftsschutzgebiete, dass nach § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergiegebiete auch in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden dürfen, wovon die Landesplanung ebenfalls in maßvoller Weise Gebrauch machen kann, um den Flächenbeitragswert in Schleswig-Holstein zu erreichen. Wir bitten insofern darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen, wonach diese sich in der Abwägung mit Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung regelmäßig durchsetzen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Schließlich ist die Klarstellung der Zulässigkeit und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum auffallend viele solche Entwicklungsgebiete festgelegt wurden. Es stellt	Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.7 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche PR1_SLF_062 durch Festlegung eines Entwicklungsgebietes für Tourismus und Erholung in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_SLF_062 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren.	
Institution: [redacted] Keine Abteilung **ID: 1084**	[Teilflächen der Gemeinde Rügge] **Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung** Kapitel 2.7 Absatz 7 sieht als Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um einen Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist. Dabei stellt die Kategorie der „Entwicklungsgebiete“ keine raumordnungsrechtliche Gebietskategorie nach § 7 Abs. 3 dar. Insofern ist dieser Gebietskategorie auch kein besonderes Gewicht bei der Abwägung mit anderen raumordnungsrechtlichen Belangen zuzurechnen. Weil die Begründung zum Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung einen scheinbaren Konflikt mit landschaftsprägender Windenergienutzung erahnen lässt, bitten wir dringend um eine Ergänzung in der Begründung dahingehend, dass diese Gebietskategorie der Nutzung erneuerbaren Energien nicht entgegensteht. Dies gilt auch deshalb, weil die in der Begründung genannten Gebiete für die Herleitung der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung nicht im Widerspruch zur Nutzung der Windenergie stehen. So	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung festzulegen sind (siehe Kapitel 4.7.2 LEP 2021). Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.7 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, dass die Windenergienutzung die Erholungseignung einschränkt, zumal diese zum Landschaftsbild des Landes Schleswig-Holstein seit vielen Jahren dazu gehört. Die Landesplanung hat bereits in der zurückliegenden Teilregionalplanung für Windenergie in zutreffender Weise die Naturparke für die Windenergienutzung in maßvoller Weise geöffnet. Auch insofern besteht kein Widerspruch und dies wäre klarzustellen. Schließlich gilt für Landschaftsschutzgebiete, dass nach § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergiegebiete auch in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden dürfen, wovon die Landesplanung ebenfalls in maßvoller Weise Gebrauch machen kann, um den Flächenbeitragswert in Schleswig-Holstein zu erreichen. Wir bitten insofern darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen, wonach diese sich in der Abwägung mit Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung regelmäßig durchsetzen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Schließlich ist die Klarstellung der Zulässigkeit und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum auffallend viele solche Entwicklungsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche PR1_SLF_056 durch Festlegung eines Entwicklungsgebietes für Tourismus und Erholung in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_SLF_056 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
Institution: [redacted], Keine Abteilung **ID: 1082**	[Teilflächen der Gemeinde Ramstedt] **2) Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung** Kapitel 2.7 Absatz 7 sieht als Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um einen Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist. Dabei stellt die Kategorie der „Entwicklungsgebiete“ keine raumordnungsrechtliche Gebietskategorie nach § 7 Abs. 3 dar. Insofern ist dieser Gebietskategorie auch kein besonderes Gewicht bei der Abwägung mit anderen raumordnungsrechtlichen Belangen zuzurechnen. Weil die Begründung zum Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung einen scheinbaren Konflikt mit landschaftsprägender Windenergienutzung erahnen lässt, bitten wir dringend um eine Ergänzung in der Begründung dahingehend, dass diese Gebietskategorie der Nutzung erneuerbaren Energien nicht entgegensteht. Dies gilt auch deshalb, weil die in der Begründung genannten Gebiete für die Herleitung der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung nicht im Widerspruch zur Nutzung der Windenergie stehen. So gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, dass die Windenergienutzung die Erholungseignung einschränkt, zumal diese zum Landschaftsbild des Landes Schleswig-Holstein seit vielen Jahren dazu gehört. Die Landesplanung hat bereits in der zurückliegenden Teilregionalplanung für Windenergie in zutreffender Weise die Naturparke für die Windenergienutzung in maßvoller Weise geöffnet. Auch insofern besteht kein Widerspruch und dies wäre klarzustellen. Schließlich gilt für Landschaftsschutzgebiete, dass nach § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergiegebiete auch in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden dürfen, wovon die Landesplanung ebenfalls in maßvoller Weise Gebrauch machen kann, um den Flächenbeitragswert in Schleswig-Holstein zu erreichen. Wir bitten insofern darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen, wonach diese sich in der Abwägung mit Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung regelmäßig durchsetzen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung festzulegen sind (siehe Kapitel 4.7.2 LEP 2021). Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.7 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Schließlich ist die Klarstellung der Zulässigkeit und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum auffallend viele solche Entwicklungsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Teilfläche in der Gemeinde Ramstedt **(Karte gem. Anlage 1)** im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren.	
Institution: [redacted] Keine Abteilung **ID: 1081**	[Teilflächen der Gemeinde Loit] **Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung** Kapitel 2.7 Absatz 7 sieht als Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um einen Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist. Dabei stellt die Kategorie der „Entwicklungsgebiete“ keine raumordnungsrechtliche Gebietskategorie nach § 7 Abs. 3 dar. Insofern ist dieser Gebietskategorie auch kein besonderes Gewicht bei der Abwägung mit anderen raumordnungsrechtlichen Belangen zuzurechnen. Weil die Begründung zum Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung einen scheinbaren Konflikt mit landschaftsprägender Windenergienutzung erahnen lässt, bitten wir dringend um eine Ergänzung in der Begründung dahingehend, dass diese Gebietskategorie der Nutzung erneuerbaren Energien nicht entgegensteht. Dies gilt auch deshalb, weil die in der Begründung genannten Gebiete für die Herleitung der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung nicht im Widerspruch zur Nutzung der Windenergie stehen. So	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung festzulegen sind (siehe Kapitel 4.7.2 LEP 2021). Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.7 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, dass die Windenergienutzung die Erholungseignung einschränkt, zumal diese zum Landschaftsbild des Landes Schleswig-Holstein seit vielen Jahren dazu gehört. Die Landesplanung hat bereits in der zurückliegenden Teilregionalplanung für Windenergie in zutreffender Weise die Naturparke für die Windenergienutzung in maßvoller Weise geöffnet. Auch insofern besteht kein Widerspruch und dies wäre klarzustellen. Schließlich gilt für Landschaftsschutzgebiete, dass nach § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergiegebiete auch in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden dürfen, wovon die Landesplanung ebenfalls in maßvoller Weise Gebrauch machen kann, um den Flächenbeitragswert in Schleswig-Holstein zu erreichen. Wir bitten insofern darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen, wonach diese sich in der Abwägung mit Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung regelmäßig durchsetzen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Schließlich ist die Klarstellung der Zulässigkeit und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum auffallend viele solche Entwicklungsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche PR1_SLF_087 durch Festlegung eines Entwicklungsgebietes für Tourismus und Erholung in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_SLF_087 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
Institution: [redacted] **Keine Abteilung** **ID: 1080**	[Teilflächen der Gemeinde Koldenbüttel] **2) Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung** Kapitel 2.7 Absatz 7 sieht als Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um einen Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist. Dabei stellt die Kategorie der „Entwicklungsgebiete“ keine raumordnungsrechtliche Gebietskategorie nach § 7 Abs. 3 dar. Insofern ist dieser Gebietskategorie auch kein besonderes Gewicht bei der Abwägung mit anderen raumordnungsrechtlichen Belangen zuzurechnen. Weil die Begründung zum Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung einen scheinbaren Konflikt mit landschaftsprägender Windenergienutzung erahnen lässt, bitten wir dringend um eine Ergänzung in der Begründung dahingehend, dass diese Gebietskategorie der Nutzung erneuerbaren Energien nicht entgegensteht. Dies gilt auch deshalb, weil die in der Begründung genannten Gebiete für die Herleitung der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung nicht im Widerspruch zur Nutzung der Windenergie stehen. So gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, dass die Windenergienutzung die Erholungseignung einschränkt, zumal diese zum Landschaftsbild des Landes Schleswig-Holstein seit vielen Jahren dazu gehört. Die Landesplanung hat bereits in der zurückliegenden Teilregionalplanung für Windenergie in zutreffender Weise die Naturparke für die Windenergienutzung in maßvoller Weise geöffnet. Auch insofern besteht kein Widerspruch und dies wäre klarzustellen. Schließlich gilt für Landschaftsschutzgebiete, dass nach § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergiegebiete auch in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden dürfen, wovon die Landesplanung ebenfalls in maßvoller Weise Gebrauch machen kann, um den Flächenbeitragswert in Schleswig-Holstein zu erreichen. Wir bitten insofern darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen, wonach diese sich in der Abwägung mit Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung regelmäßig durchsetzen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung festzulegen sind (siehe Kapitel 4.7.2 LEP 2021). Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.7 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Schließlich ist die Klarstellung der Zulässigkeit und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum I auffallend viele solche Entwicklungsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_NFL_305 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren.	
Institution: [redacted] Keine Abteilung **ID: 1071**	[Teilflächen der Gemeinde Brebel] **1) Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung** Kapitel 2.7 Absatz 7 sieht als Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um einen Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist. Dabei stellt die Kategorie der „Entwicklungsgebiete“ keine raumordnungsrechtliche Gebietskategorie nach § 7 Abs. 3 dar. Insofern ist dieser Gebietskategorie auch kein besonderes Gewicht bei der Abwägung mit anderen raumordnungsrechtlichen Belangen zuzurechnen. Weil die Begründung zum Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung einen scheinbaren Konflikt mit landschaftsprägender Windenergienutzung erahnen lässt, bitten wir dringend um eine Ergänzung in der Begründung dahingehend, dass diese Gebietskategorie der Nutzung erneuerbaren Energien nicht entgegensteht. Dies gilt auch deshalb, weil die in der Begründung genannten Gebiete für die Herleitung der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung nicht im Widerspruch zur Nutzung der Windenergie stehen. So gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, dass die Windenergienutzung die	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung festzulegen sind (siehe Kapitel 4.7.2 LEP 2021). Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.7 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	Erholungseignung einschränkt, zumal diese zum Landschaftsbild des Landes Schleswig-Holstein seit vielen Jahren dazu gehört. Die Landesplanung hat bereits in der zurückliegenden Teilregionalplanung für Windenergie in zutreffender Weise die Naturparke für die Windenergienutzung in maßvoller Weise geöffnet. Auch insofern besteht kein Widerspruch und dies wäre klarzustellen. Schließlich gilt für Landschaftsschutzgebiete, dass nach § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergiegebiete auch in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden dürfen, wovon die Landesplanung ebenfalls in maßvoller Weise Gebrauch machen kann, um den Flächenbeitragswert in Schleswig-Holstein zu erreichen. Wir bitten insofern darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen, wonach diese sich in der Abwägung mit Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung regelmäßig durchsetzen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Schließlich ist die Klarstellung der Zulässigkeit und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum auffallend viele solche Entwicklungsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die hier geprüfte Fläche PR1_SLF_072 durch Festlegung eines Entwicklungsgebietes Tourismus und Erholung in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere (Wieder-)Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_SLF_072 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren. Bei Rückfragen oder für eine Übersendung der genauen GIS-Daten stehen wir gerne zur Verfügung.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
Institution: [redacted] eine Abteilung **ID: 1063**	[Teilflächen der Gemeinde Ahrenviöl] **Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung** Kapitel 2.7 Absatz 7 sieht als Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung vor. Dabei ist die zeichnerische Festlegung in der Karte maßgeblich. Angesichts des Maßstabs von 1:100.000 sowie der auf Ebene der Raumordnung zutreffenden zeichnerischen Randunschärfe durch das verwendete Planzeichen (Schraffur ohne feste Randlinie) kommt es zu nicht unerheblichen Randunschärfen (Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg, Urteil vom 22. November 2013 – 3 S 3356/11 –, Rn. 49, juris). Wir betonen, dass es sich um einen Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist. Dabei stellt die Kategorie der „Entwicklungsgebiete“ keine raumordnungsrechtliche Gebietskategorie nach § 7 Abs. 3 dar. Insofern ist dieser Gebietskategorie auch kein besonderes Gewicht bei der Abwägung mit anderen raumordnungsrechtlichen Belangen zuzurechnen. Weil die Begründung zum Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung einen scheinbaren Konflikt mit landschaftsprägender Windenergienutzung erahnen lässt, bitten wir dringend um eine Ergänzung in der Begründung dahingehend, dass diese Gebietskategorie der Nutzung erneuerbaren Energien nicht entgegensteht. Dies gilt auch deshalb, weil die in der Begründung genannten Gebiete für die Herleitung der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung nicht im Widerspruch zur Nutzung der Windenergie stehen. So gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, dass die Windenergienutzung die Erholungseignung einschränkt, zumal diese zum Landschaftsbild des Landes Schleswig-Holstein seit vielen Jahren dazu gehört. Die Landesplanung hat bereits in der zurückliegenden Teilregionalplanung für Windenergie in zutreffender Weise die Naturparke für die Windenergienutzung in maßvoller Weise geöffnet. Auch insofern besteht kein Widerspruch und dies wäre klarzustellen. Schließlich gilt für Landschaftsschutzgebiete, dass nach § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergiegebiete auch in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden dürfen, wovon die Landesplanung ebenfalls in maßvoller Weise Gebrauch machen kann, um den Flächenbeitragswert in Schleswig-Holstein zu erreichen. Wir bitten insofern darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen, wonach diese sich in der Abwägung mit Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung regelmäßig durchsetzen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung festzulegen sind (siehe Kapitel 4.7.2 LEP 2021). Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.7 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Schließlich ist die Klarstellung der Zulässigkeit und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum auffallend viele solche Entwicklungsgebiete festgelegt wurden. Es stellt sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_NFL_112 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren. Bei Rückfragen oder für eine Übersendung der genauen GIS-Daten stehen wir gerne zur Verfügung	
Institution: Amtes Föhr-Amrum, Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsbeauftragten und Bau- und Planungsamtes ID: M1133	<u>Zu „Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung“ (Kapitel 2.7):</u> Zeitrahmen und Festlegungen des Regionalentwicklungsplans passen nicht (mehr) in eine Zeit, in der Klimaschutz das Gebot der Stunde ist und die zuständigen Ministerien auf Bundes- und Landesebene entsprechende Gesetz schaffen bzw. novellieren (bspw. Gebäudeenergiegesetz, Wärmeplanungsgesetz, Erneuerbare Energiengesetz, Energie- und Klimawendegesetz SH). Der Regionalentwicklungsplan und der damit festgelegte Planungshorizont von 15 Jahren macht es unmöglich, Gemeinden und Städte dynamisch und den Zielen des Klimaschutz gerecht werdend zu entwickeln. Insbesondere die Nordfriesischen Inseln Föhr und Amrum, unter anderem wegen ihrer Einstufung als Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung, haben mit Blick auf die Entwicklung von Flächen zur Nutzung erneuerbarer Energien zu wenig Spielraum, um ihren angestrebten Beitrag zu Energiewende und Klimaschutz zu leisten. Wie sollen die Inseln und ihre Gemeinden in den kommenden 16 Jahren klimaneutral werden, wenn der Regionalentwicklungsplan ihnen in den kommenden 15 Jahren dafür keine Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigt? Unter diesen Rahmenbedingungen ist die Energiewende (nicht nur) auf den Inseln nicht zu schaffen. Gemeinden erstellen geförderte Quartierskonzepte, gehen ins Sanierungsmanagement, werden zur kommunalen Wärmeplanung gesetzlich verpflichtet – aber der beste Wärmeplan ist wertlos, wenn man ihn und die Maßnahmen, die nötig sind, um Wärme- und	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die Regionalplanung folgt den gesetzlichen Aufträgen aus ROG und LaPlaG. Die in den Plänen teilweise vorgesehenen Ausnahmeregelungen sowie die generelle Möglichkeit der Zielabweichung gibt Instrumente vor, mit denen flexibel auf sich ändernde Rahmenbedingungen reagiert werden kann. Der Regionalplan-Entwurf enthält keine Regelungen zu Solar-Freiflächenanlagen. Diese sind Gegenstand des LEP 2021. Es soll daran festgehalten werden, dass die Thematik im landesweiten Raumordnungsplan geregelt wird. Nach Kapitel 4.5.2 Absatz 3 LEP 2021 gehören Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung zu den Gebieten, in denen keine raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen errichtet werden dürfen (Ausnahmen bilden vorbelastete Flächen, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen, insbesondere an

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	Stromversorgung lokale und klimaneutral sicherzustellen, nicht umsetzen kann. Hier ist mehr Flexibilität und Abstimmung, auch interministeriell, gefordert.	Autobahnen, Bahntrassen und Gewerbegebieten, ein eingeschränktes Freiraumpotenzial aufweisen). Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Wenningstedt-Braderup , über Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt ID: M1132	**Zu 2.7 Tourismus und Erholung – 3 Z:** Eine Klarstellung hinsichtlich des Ziels, dass keine Bauleitplanungen zur Errichtung und Sicherung von Zweitwohnungen durchgeführt werden dürfen, ist erforderlich. Die bestehende Siedlungsstruktur auf Sylt weist neben Dauer- und Ferienwohnungen auch Zweitwohnungen in unterschiedlichen Ausprägungen auf. Somit stellt sich die Frage, inwiefern bestehende Strukturen planungsrechtlich berücksichtigt werden können, ohne gegen die Ziele der Raumordnung zu verstoßen. Kann auf Grundlage der derzeitigen Formulierung davon ausgegangen werden, dass Zweitwohnungen als zulässige Nutzung bei der Überplanung von Bestandsgebieten festgesetzt werden können, sofern in dem Gebiet Zweitwohnungen bestehen, diese vorher zulässig waren und das Maß der Nutzung nicht erhöht wird oder würde dies einen Zielverstoß darstellen? Der pauschale Ausschluss einer möglichen Festsetzung der Zulässigkeit von Zweitwohnungen in Bebauungsplänen stellt einen Eingriff in die kommunale Planungshoheit dar, dem die Gemeinde Wenningstedt-Braderup widerspricht. Vor dem Hintergrund derzeit laufender Bestandsaufnahmen und Untersuchung der Zusammensetzung von Dauerwohnungen, Ferienwohnungen und Zweitwohnungen und einer daraus resultierenden Zielausrichtung der Gemeinde hinsichtlich dieser Nutzungen wäre eine Festlegung durch die Landesplanung voreilig. Die Möglichkeit, Zweitwohnungen in Bestandsgebieten in Bebauungsplänen zur Sicherung der gewachsenen Struktur ggf. zuzulassen, ist offen zu halten. **Zu 2.7 Tourismus und Erholung – 3 G Abs. 1:**	**Zum Zweitwohnen:** Die Anregung der Gemeinde Wenningstedt-Braderup ist nachvollziehbar. Die raumordnerische Steuerung der Zweitwohnnutzung soll auf die Neuerrichtung von Zweitwohnungen beschränkt werden. Der Anregung wird daher gefolgt. Kapitel 2.7 Absatz 3 (Z) Regionalplanentwurf 2023 wird dahingehend geändert, dass die Worte „und zur Sicherung“ gestrichen werden. Die Begründung wird entsprechend angepasst. **Zu Steuerung der Nutzungsarten:** Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die geschilderten Steuerungsmöglichkeiten bleiben den Gemeinden auch unter dem geplanten regionalplanerischen Regelwerk erhalten. **Zu kleinen und familiengerechten Wohnungen:** Die genannte Formulierung zu kleinen und familiengerechten sowie bezahlbaren Wohnungen ist den in der Begründung genannten Gutachten entnommen und dient der näheren Erläuterung der inselweit vorgesehenen regionalplanerischen

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	Die kleinräumige Steuerung der Art der Nutzung obliegt der Gemeinde im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit. Derzeit werden in der Gemeinde Wenningstedt-Braderup (und auch in den anderen Inselgemeinden) flächendeckende Bestandsaufnahmen zur Zusammensetzung der Nutzungen insbesondere Dauerwohnen, Ferienwohnen und Zweitwohnen durchgeführt. Aus der Bestandsaufnahme werden Erkenntnisse über die Nutzungsprägungen einzelner Teilbereiche der Gemeinde, die materiell-rechtliche Zulässigkeit der Nutzungen und in der Folge über die möglichen Bedarfe der Gemeinde gewonnen. Die Bestandsaufnahme wird somit der Formulierung einer Zielausrichtung hinsichtlich einer verträglichen Nutzungsmischung bzw. der Zulässigkeit und Unzulässigkeit der einzelnen Nutzungen in den Teilbereichen zum Wohle der Gemeinde zu Grunde gelegt. Diese Möglichkeit der lokalen Steuerung der Art der Nutzung muss den Gemeinden erhalten bleiben. **Zu 2.7 Tourismus und Erholung – 3 G Abs. 2:** Der Grundsätze „Die Schaffung von Dauerwohnraum soll sich am Bedarf orientieren.“ sowie Schaffung von „bezahlbarem Wohnraum“ wird als maßgeblich angesehen. Eine weitere Konkretisierung auf kleine und familiengerechte Wohnungen wird auf der übergeordneten Ebene des Regionalplanes als zu starke Differenzierung betrachtet. Der Bedarf in der Gemeinde ergibt sich aus den jeweiligen lokalen Gegebenheiten. Daher wird vorgeschlagen den Satz „Der Fokus sollte auf kleinen und familiengerechten sowie bezahlbaren Wohnungen liegen.“ zu streichen und es bei der verbleibenden Formulierung zu belassen. **Zu 2.7 Tourismus und Erholung – 4 G Abs. 1:** Auch die Formulierung „*Auf den nordfriesischen Inseln (…) sollen (…) keine neuen touristischen Bauflächen ausgewiesen werden*“ bedarf der Klarstellung. Auch bezogen auf touristische Nutzungen können neben der Neuentwicklung von bislang unbebauten Flächen durch Planungen in Bestandsgebieten beispielsweise im Bebauungsplan Flächen mit (anteiliger) touristischer Zweckbestimmung ausgewiesen werden, beispielsweise in Form von Sonder-gebieten. Somit besteht die Frage, ob der Grundsatz auch auf diese Fälle anzuwenden ist, weil ggf. Baurechte für eine touristische Nutzung entstehen für die vorher ein Reines Wohn-gebiet festgesetzt war, oder ob er sich nur auf die Neuentwicklung von Flächen bezieht. Insbesondere vor dem Hintergrund derzeit laufender Bestandsaufnahmen und Untersuchung der Zusammensetzung von Dauerwohnungen, Ferienwohnungen und Zweitwohnungen und einer daraus resultierenden Zielausrichtung der Gemeinde hinsichtlich dieser Nutzungen besteht die Auffassung der Gemeinde, dass sich der Grundsatz nur auf Neuentwicklungen beziehen kann. Die Steuerung von	Regelung. Die jeweiligen lokalen Gegebenheiten können selbstverständlich davon abweichen. Dies verdeutlicht der Begriff „insbesondere“. Unmittelbare Rechtswirkungen gehen aus diesem Begründungstext nicht hervor. Daher wird der Anregung nicht gefolgt. **Zu touristischen Bauflächen:** Die genannte Regelung bezieht sich ausdrücklich auf neue Bauflächen, die sich insbesondere auf die Landschaft negativ auswirken können. Bestandsorientierte Entwicklungen sind davon nicht berührt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	Nutzungen in Bestandsgebieten ist auch wesentlich durch gewachsene Strukturen geprägt, die derzeit in einer umfassenden Bestandsanalyse erfasst und analysiert wird. Für die Gemeinde Wenningstedt-Braderup sind die Mischstrukturen von Wohnen und Beherbergung ein wesentliches Merkmal und ein Qualitätsmerkmal als Tourismusort, welche durch planungsrechtliche Steuerung gesichert werden soll.	
Institution: Kreisverwaltung Nordfriesland, Kreisverwaltung Nordfriesland ID: 1099	HSG Planung: Absatz 3 (Z): Der Ausschluss von Bauleitplanungen zur Errichtung und Sicherung von Zweitwohnungen sollte ebenfalls für die in Absatz 1 genannten Halligen gelten. Der auf den Halligen zur Verfügung stehende Wohnraum ist sehr begrenzt und in der Regel auf die jeweilige Warft beschränkt. Erweiterungsflächen sind aus diesem Grunde nicht vorhanden. Der vorhandene Dauerwohnraum steht fortwährend unter Druck durch die Umwandlung in Ferien- oder Zweitwohnraum. Es muss deshalb gewährleistet werden, dass der vorhandene Dauerwohnraum nicht weiter durch Zweitwohnnutzungen verdrängt wird, in dem durch Bauleitplanung solche Nutzungen erst ermöglicht oder sogar dauerhaft gesichert werden würden. Absatz 9 (G): Auch wenn die Maßstabsebene des Regionalplanentwurfs nicht als parzellenscharf anzusehen ist, so ist doch deutlich zu erkennen, dass das Areal der [redacted] in wesentlichen Teilen als Kernbereich für Erholung ausgewiesen ist. Zwar befinden sich auf dem Firmengelände z.T. naturschutzfachlich wertvolle Abschnitte, aber das Gelände ist für die erholungssuchende Öffentlichkeit nicht zugänglich. Die teilweise bereits erfolgte Aussparung der Signatur sollte daher konsequent durchgeführt und das Firmengelände ausgespart werden. Untere Naturschutzbehörde: Den klaren Aussagen, dass bauliche Entwicklungen auf den Inseln nicht mehr in die Fläche gehen sollen und Bauleitplanungen der Sicherung von Dauerwohnen und dem Verbot von weiteren Zweitwohnungen dienen sollen, wird ausdrücklich gefolgt und begrüßt (vgl. u. a. Seiten 51 und 57 des Plantextes). Auch die Aussagen, dass keine Steigerung von touristischen Einrichtungen mehr erfolgen sollen, sondern neue bauliche Maßnahmen der Qualitätssteigerung und Saisonverlängerung dienen sollen, wird begrüßt (vgl. z.B. Seite 155 des Plantextes).	Der Hinweis des Kreises Nordfriesland ist nachvollziehbar. Der Anregung wird daher gefolgt. Die Regelung, dass „keine Bauleitplanungen zur Errichtung von Zweitwohnungen durchgeführt werden“ dürfen, wird auch auf die Halligen ausgeweitet. Der Text sowie die Begründung werden entsprechend angepasst. Der Stellungnahme wird gefolgt. Die Begründung wird dementsprechend ergänzt. Als Grundlage für die Festlegung der Kernbereiche für Erholung wurde ein Fachgutachten erstellt. Als Kernbereiche für Erholung wurden (in der Regel) innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung Bereiche festgelegt, in denen eine besonders hohe landschaftliche Qualität und eine gebündelte Erholungsinfrastruktur vorhanden ist. Der in der Stellungnahme angesprochene Bereich erfüllt entsprechend des Gutachtens diese Voraussetzungen nicht und ist somit auch nicht als solches ausgewiesen. Eine geringe Überschneidung lediglich im nördlichen Bereich des Firmengeländes kann aufgrund des Maßstabs vernachlässigt werden. Die Gesamtflächen sind lediglich als Entwicklungsgebiet für Tourismus dargestellt. Die Ausweisung wird daher nicht angepasst. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Die weiteren Anmerkungen werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
Institution: [redacted] Keine Abteilung **ID: 1066**	[Teilfläche der Gemeinden Schaalby und Taarstedt] **1) Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung** Kapitel 2.7 Absatz 7 sieht als Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung vor. Diesbezüglich betonen wir, dass es sich um einen Grundsatz der Raumordnung handelt, der einer Abwägung mit konkurrierenden raumbedeutsamen Funktionen oder Nutzungen zugänglich ist. Dabei stellt die Kategorie der „Entwicklungsgebiete“ keine raumordnungsrechtliche Gebietskategorie nach § 7 Abs. 3 dar. Insofern ist dieser Gebietskategorie auch kein besonderes Gewicht bei der Abwägung mit anderen raumordnungsrechtlichen Belangen zuzurechnen. Weil die Begründung zum Grundsatz der Raumordnung Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung einen scheinbaren Konflikt mit landschaftsprägender Windenergienutzung erahnen lässt, bitten wir dringend um eine Ergänzung in der Begründung dahingehend, dass diese Gebietskategorie der Nutzung erneuerbaren Energien nicht entgegensteht. Dies gilt auch deshalb, weil die in der Begründung genannten Gebiete für die Herleitung der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung nicht im Widerspruch zur Nutzung der Windenergie stehen. So gibt es keine wissenschaftlich fundierten Erkenntnisse, dass die Windenergienutzung die Erholungseignung einschränkt, zumal diese zum Landschaftsbild des Landes Schleswig-Holstein seit vielen Jahren dazu gehört. Die Landesplanung hat bereits in der zurückliegenden Teilregionalplanung für Windenergie in zutreffender Weise die Naturparke für die Windenergienutzung in maßvoller Weise geöffnet. Auch insofern besteht kein Widerspruch und dies wäre klarzustellen. Schließlich gilt für Landschaftsschutzgebiete, dass nach § 26 Abs. 3 BNatSchG Windenergiegebiete auch in Landschaftsschutzgebieten festgelegt werden dürfen, wovon die Landesplanung ebenfalls in maßvoller Weise Gebrauch machen kann, um den Flächenbeitragswert in Schleswig-Holstein zu erreichen. Wir bitten insofern darum, den konkreten Fall der Nutzung erneuerbare Energien mit Bezugnahme auf § 2 EEG 2023 in die Begründung aufzunehmen, wonach diese sich in der Abwägung mit Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung regelmäßig durchsetzen. Dies verhindert spätere Fehlinterpretationen und stellt eine abgestimmte Raumordnungsplanung trotz Ausgliederung des Aspekts Windenergie sicher. Anderenfalls hätte bereits auf dieser Ebene die Abwägung erfolgen müssen. Schließlich ist die Klarstellung der Zulässigkeit und Sicherstellung von Windenergienutzung auch innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung jedenfalls bei raumordnerischer Festlegung deshalb erforderlich, weil im hier betroffenen Planungsraum auffallend viele solche Entwicklungsgebiete festgelegt wurden. Es stellt	Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung festzulegen sind (siehe Kapitel 4.7.2 LEP 2021). Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 2.7 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	sich insofern auch die Frage der Verhältnismäßigkeit, wenn eine pauschale Ausklammerung für die spätere Festlegung der Windenergiegebiete erfolgen würde. Im Ergebnis darf nicht bereits auf Ebene der aktuellen Neuaufstellung das Regionalplans unter Ausklammerung der Windenergie für die vorgelegte Fläche durch Festlegung eines Entwicklungsgebiets für Tourismus und Erholung in diesem Bereich ein Hinderungsgrund für die spätere Aufnahme als Windenergiegebiet in den gesonderten Teilregionalplan geschaffen werden. Dies ist entsprechend festzuhalten, um eine abgestimmte Planung sicherzustellen. Hierzu bietet sich die angeregte Klarstellung in der Begründung an.	
Institution: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ID: M1127	1) Generell habe ich festgestellt, dass einige Übungsplätze der Bundeswehr, die zwar korrekt als „Sondergebiet Bund“ in der Karte gekennzeichnet sind, von der Signatur für ein „Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung“ überlagert sind. Ich weise in diesem Kontext darauf hin, dass auf allen militärischen Flächen Betretungsverbot herrscht und diese Signatur deshalb mit den Zielen der militärischen Liegenschaften nicht vereinbar ist. (Beispiele sind der Standortübungsplatz (StOÜbPl) Husum/Schauendahl und der StOÜbPl Lüthenholm im Planungsraum I)	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Bei den Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung handelt es sich um großräumige Gebiete, in denen eine gezielte regionale Weiterentwicklung der Möglichkeiten von Tourismus und Erholung angestrebt werden soll (raumordnerischer Grundsatz). Aus dieser Darstellung resultieren keine Einschränkungen für militärische Liegenschaften.
Institution: Gemeinde Harrislee ID: M1126	Die Festlegung der Landschaft nördlich von Harrislee als Kernbereich für Erholung, hier speziell der Naherholung (gern. Ziff. 2.7 9G) entspricht den gemeindlichen Entwicklungsleitlinien in diesem Bereich.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Kreises Schleswig-Flensburg, Fachdienst Umwelt ID: M1123	<u>Ziffer 2.7 Tourismus und Erholung</u> In Grundsatz 2 ff. wird auf Zweitwohnungssitze und eine mögliche Steuerung eingegangen. Dies wird vom Kreis zunächst als Eingriff in die Planungshoheit der Gemeinden gewertet und dieses als kritisch gesehen. Es bedarf einer grundsätzlichen rechtlichen Regelung zum Umgang mit Zweitwohnungssitzen in den touristisch geprägten Gemeinden. Ob der Regionalplan hierfür das geeignete Dokument darstellt, muss aber als fragwürdig angesehen werden. Es kann aus Sicht des Kreises jedoch nicht nachvollzogen werden, dass Regelungen getroffen werden, die sich fast ausschließlich auf den Kreis Nordfriesland beziehen. Der Kreis Schleswig-Flensburg bzw. die Kreisgemeinden sind ebenfalls stark von einer Zunahme von Zweitwohnungssitzen betroffen. Dies gilt sowohl für die beiden städtischen Bereiche Glücksburg und Kappeln, als auch für die ländlichen Gemeinden Angelns. Eine causa Nordfriesland innerhalb eines Regionalplans, der	**Zum Zweitwohnen:** Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Generell können raumordnerische Regelungen zu Einschränkungen der gemeindlichen Planungshoheit führen. In den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung führt ein hoher Anteil von Zweitwohnungen zu einer verstärkten Anspannung auf dem Wohnungsmarkt und verschärft damit die Flächenkonkurrenz verschiedener Nutzungsansprüche. Vor diesem Hintergrund ist die Regionalplanung eine geeignete Ebene, um

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	ansonsten nur wenig Antworten auf die regionalen Bedürfnisse findet, ist aus Sicht des Kreises befremdlich. Eine Stellungnahme des Kreises kann in diesem Kontext die unmittelbar betroffene gemeindliche Ebene nur ergänzen, aber nicht ersetzend gegenüber der gemeindlichen Position sein. Gleichwohl werden Hinweise auf Ansätze der gemeindlichen Selbstregulation im Regionalplan gewünscht. Auf die gemeindlichen Stellungnahmen zu dieser Ziffer wird explizit hingewiesen und Beachtung gewünscht. Das UNESCO-Weltkulturerbe Haithabu-Danewerk ist trotz Zuarbeit und Vorabstimmungen mit der Landesplanung nicht als Kernbereich für den Tourismus aufgeführt. Wie bereits in Vorabstimmungen besprochen, ist eine Ausweisung für die touristische Inwertsetzung von erheblicher Bedeutung. Angesichts des Managementplans und der bereits angestoßenen Projekte wie beispielweise des Museumsneubaus kann hier von einer touristischen Entwicklung ausgegangen werden, die einer Ausweisung als Kernbereich in der Laufzeit des Regionalplans in jedem Fall gerecht wird. Die Förderung des UNESCO-Weltkulturerbes sollte nicht nur im Sinne des Kreises vorangetrieben werden, sondern eine landesplanerische Unterstützung erfahren. Dementsprechend geht der Kreis davon aus, dass der Bereich auf Grundlage der bereits im Prozess übersandten Unterlagen als Kernbereich aufgenommen wird.	Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung der Zweitwohnnutzung zu schaffen. **Zu Nordfriesland:** Kapitel 2.7 Absatz 2 (G) bezieht sich auf die Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung im gesamten Planungsraum. Die Regelung in Kapitel 2.7 Absatz 3 (Z) bezieht sich auf die nordfriesischen Insel Sylt, Föhr und Amrum sowie die Halligen und reagiert damit auf die dort vorliegenden besonderen räumlichen Rahmenbedingungen. Es liegt somit eine Regelung vor, die sich nur auf Teile des Kreises Nordfriesland bezieht. **Zu kommunalen Steuerungsmöglichkeiten:** Der Stellungnahme wird in Teilen gefolgt. Die Begründung wird um Beispiele zu Steuerungsmöglichkeiten ergänzt. In Kapitel 2.7 Absatz 2 wird der zweite Satz gestrichen. **Zum Welterbe Haithabu-Danewerk:** Bislang wurden die räumlichen Abgrenzungen des UNESCO-Welterbes Haithabu-Danewerk mit dem Wikingermusuem Haithabu am Standort Busdorf im bestehenden Entwurf 2023 als Kernbereich für Erholung ausgewiesen. Sie sind Teil des planungsraumübergreifenden Kernbereiches für Erholung der Schlei. Als Grundlage für die Festlegung der Kernbereiche wurde ein Fachgutachten erstellt. Als Kernbereiche für Erholung wurden (in der Regel) innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung Bereiche festgelegt, in denen eine besonders hohe landschaftliche Qualität und eine gebündelte Erholungsinfrastruktur vorhanden ist. Kernbereiche für Tourismus und Erholung weisen darüber hinaus touristische Infrastruktur mit hoher

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
		wirtschaftlicher Relevanz und landesweiter Bedeutung aufgrund gewerblicher Übernachtungszahlen (mindestens 120.000) sowie hoher Tourismusintensität (mindestens 2.500 Übernachtungen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner) auf. Deren Ausweisung orientiert sich an der Ausweisung aus dem LEP 2021 (vergleiche Kapitel 4.7.1 LEP 2021). Entsprechende Voraussetzungen sind für den Bereich des Welterbes nicht gegeben, daher kann die Ausweisung eines Kernbereichs für Tourismus und Erholung nicht erfolgen. Aufgrund des zwischenzeitlich erfolgten weiteren Ausbaus touristischer Infrastruktur (unter anderem Museumsbau der Gemeinde Dannewerk, Bebauungsplan Nummer 4 und Nummer 6 und Adventure-Golfanlage, Bebauungsplan Nummer 7) sowie der Ausweisung als UNESCO-Welterbe (2018) inklusive des dazugehörigen Managementplans, welcher unter anderem eine verstärkte Erschließung und Erlebbarmachung der historischen Grenzanlagen vorsieht, werden die Kriterien für die Ausweisung eines Kernbereiches für Erholung auch im Bereich des Danewerkes erfüllt. Auch die landesweite Bedeutung spricht für eine entsprechende regionalplanerische Würdigung. Die Abgrenzungen des Kernbereichs für Erholung werden entsprechend angepasst, die Karte wird entsprechend geändert. Der Stellungnahme wird daher teilweise gefolgt.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1054	**<u>Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans, Planungsraum I, 2.7 Tourismus und Erholung – 8 G, B zu 8 und 9 G, B zu 9 für die Halbinsel Eiderstedt</u>** Fachliche Grundlage für die Festlegung der Kernbereiche für Tourismus und Erholung sowie der Kernbereiche für Erholung ist ein Fachbeitrag der Planungsgruppe [redacted] der nach einem Vorlauf ab 2015 im Jahr 2017 fertiggestellt wurde.	Nach dem LEP 2021 können in den Regionalplänen Kernbereiche für Erholung festgelegt werden. Als Grundlage für die Festlegung der Kernbereiche für Erholung wurde ein Fachgutachten erstellt. Als Kernbereiche für Erholung wurden (in der Regel) innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	Wir haben den Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I zur Kenntnis genommen und begrüßen das Vorhaben sehr, auf der Halbinsel Eiderstedt Tönning und Friedrichstadt als Kernbereiche für Tourismus und Erholung (S. 53) und die Küstenlandschaften Katinger Watt, Wasserkoog und Westerhever (S. 54) als Kernbereiche Erholung auszuweisen. Die Durchsicht des Fachbeitrages haben wir zum Anlass genommen, die Daten für die Halbinsel Eiderstedt zu prüfen und zu aktualisieren. Diese Datensammlung wird als PDF-Anhang zur Stellungnahme hochgeladen oder kann auch unter https://www.spo-eiderstedt.de/datengrundlage-tourismus-halbinsel-eiderstedt eingesehen werden. Wir bitten bei der Ausweisung der Kernbereiche im Regionalplan um Berücksichtigung der aktuellen Datengrundlage der Halbinsel Eiderstedt und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.	Erholung Bereiche festgelegt, in denen eine besonders hohe landschaftliche Qualität und eine gebündelte Erholungsinfrastruktur vorhanden ist. Kernbereiche für Tourismus und Erholung weisen darüber hinaus touristische Infrastruktur mit hoher wirtschaftlicher Relevanz und landesweiter Bedeutung aufgrund gewerblicher Übernachtungszahlen (mindestens 120.000) sowie hoher Tourismusintensität (mindestens 2.500 Übernachtungen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner) auf. Deren Ausweisung orientiert sich an der Ausweisung aus dem LEP 2021 (vergleiche Kapitel 4.7.1 LEP 2021). Entsprechende Voraussetzungen sind für die Gemeinden auf Eiderstedt (ausgenommen Sankt Peter-Ording und Tönning) nicht gegeben. Daher kann die Ausweisung eines Kernbereichs für Tourismus und Erholung hier nicht erfolgen. Aufgrund des zwischenzeitlich erfolgten weiteren Ausbaus sowie Bestands touristischer Infrastruktur (unter anderem Radinfrastruktur, Wanderwege und Rastplätze, Sportboothäfen, Umweltbildungs- und Gastronomieangebote), von historischen Sehenswürdigkeiten (sehenswerte Kirchen, Haubarge, weitere Baudenkmäler) sowie der Ausweisung von weiteren Natura-2000-Gebieten (FFH, SPA (Europäische Vogelschutzgebiete)), werden die Kriterien für die Ausweisung eines Kernbereiches für Erholung für ganz Eiderstedt erfüllt. Die Abgrenzungen des Kernbereichs für Erholung werden entsprechend angepasst, die Karte wird entsprechend geändert. Der Stellungnahme wird gefolgt.
Institution: [redacted]	**Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans, Planungsraum I, 2.7 Tourismus und Erholung – 8 G, B zu 8 und 9 G, B zu 9**	Nach dem LEP 2021 können in den Regionalplänen Kernbereiche für Erholung festgelegt werden. Als Grundlage für die Festlegung der Kernbereiche für

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
[redacted] **Keine Abteilung** **ID: 1060**	Fachliche Grundlage für die Festlegung der Kernbereiche für Tourismus und Erholung sowie der Kernbereiche für Erholung ist ein Fachbeitrag der Planungsgruppe [redacted], der nach einem Vorlauf ab 2015 im Jahr 2017 fertiggestellt wurde. Wir haben den Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I zur Kenntnis genommen und begrüßen das Vorhaben sehr, Tönning und Friedrichstadt als Kernbereiche für Tourismus und Erholung (S. 53) und die Küstenlandschaften Katinger Watt, Wasserkoog und Westerhever (S. 54) als Kernbereiche Erholung auszuweisen. Die Durchsicht des Fachbeitrages haben wir zum Anlass genommen, die Daten für die Halbinsel Eiderstedt zu prüfen und zu aktualisieren. Diese Datensammlung wird als PDF-Anhang zur Stellungnahme hochgeladen oder kann auch unter https://www.spo-eiderstedt.de/datengrundlage-tourismus-halbinsel-eiderstedt eingesehen werden. Wir bitten bei der Ausweisung der Kernbereiche im Regionalplan um Berücksichtigung der aktuellen Datengrundlage und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung. Nordfriesland wurde über diese Stellungnahme benachrichtigt.	Erholung wurde ein Fachgutachten erstellt. Als Kernbereich für Erholung wurden (in der Regel) innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung Bereiche festgelegt, in denen eine besonders hohe landschaftliche Qualität und eine gebündelte Erholungsinfrastruktur vorhanden ist. Kernbereiche für Tourismus und Erholung weisen darüber hinaus touristische Infrastruktur mit hoher wirtschaftlicher Relevanz und landesweiter Bedeutung aufgrund gewerblicher Übernachtungszahlen (mindestens 120.000) sowie hoher Tourismusintensität (mindestens 2.500 Übernachtungen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner) auf. Deren Ausweisung orientiert sich an der Ausweisung aus dem LEP 2021 (vergleiche Kapitel 4.7.1 LEP 2021). Entsprechende Voraussetzungen sind für die Gemeinden auf Eiderstedt (ausgenommen Sankt Peter-Ording und Tönning) nicht gegeben. Daher kann die Ausweisung eines Kernbereichs für Tourismus und Erholung hier nicht erfolgen. Aufgrund des zwischenzeitlich erfolgten weiteren Ausbaus sowie Bestands touristischer Infrastruktur (unter anderem Radinfrastruktur, Wanderwege und Rastplätze, Sportboothäfen, Umweltbildungs- und Gastronomieangebote), von historischen Sehenswürdigkeiten (sehenswerte Kirchen, Haubarge, weitere Baudenkmäler) sowie der Ausweisung von weiteren Natura-2000-Gebieten (FFH, SPA (Europäische Vogelschutzgebiete)), werden die Kriterien für die Ausweisung eines Kernbereiches für Erholung für ganz Eiderstedt erfüllt. Die Abgrenzungen des Kernbereichs für Erholung werden entsprechend angepasst, die Karte wird entsprechend geändert. Der Stellungnahme wird gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
Institution: Verkehrsclub Deutschland (VCD) Landesverband Nord e.V., eingetragener Verein ID: 1055	**Teil B, Kapitel 2.7 Tourismus und Erholung** Kommentar VCD Nord Eine der wichtigsten Säulen des Tourismus ist der Radverkehr. Daher sollte dem touristischen Radverkehr in diesem Abschnitt eine eigene Rubrik gewidmet werden. Für den Radverkehr sind dabei besonders wichtig: • Gute Wegeinaststruktur abseits von Kfz-Hauptverkehrsstraßen • Engmaschige Durchgängigkeit von Räumen für den Radverkehr • Erschließung von besonderen Orten wie Naturschutzgebieten, Naturdenkmälern, Kulturdenkmälern, Ortskernen etc. • Service-Angeboten wie Verpflegung, Übernachtung, Reperaturstationen, Werkstätten für den Radverkehr Die Förderung des Radverkehrs für den Tourismus fördert meist auch die Nutzung des Radverkehrs im Alltagsverkehr, da die Nutzungsanforderung häufig ähnliche Anforderungen aufweisen. **S. 59** Zitat: „*Sie verbinden nicht nur touristisch interessante Ziele, sondern stellen auch eine sehr umweltverträgliche Form der Freizeitgestaltung für Einwohnerinnen und Einwohner sowie Gäste dar“* Kommentar VCD Nord: Dies ist unvollständig. Die Radverkehrsnutzung ist keine reine „Freizeitgestaltung“ sondern eine wichtige Säule des Umweltverbunds und damit der Alltagsmobilität. Es müsste daher heißen: „Sie verbinden nicht nur touristisch interessante Ziele, sondern stellen auch eine sehr umweltverträgliche Form der alltäglichen Mobilität für Einwohnerinnen und Einwohner sowie Gäste dar“	Das Kapitel 2.7 enthält Festlegungen zu Tourismus und Erholung. Die in der Stellungnahme zitierte Textpassage bezieht sich auf die Bedeutung von Rad- und Wanderwegen für Tourismus und Erholung. Der Radverkehr insgesamt ist Gegenstand des Kapitels 4.4. Die Bedeutung des Rad- und Fußverkehrs für den Umweltverbund wird darüber hinaus im LEP 2021 (Kapitel 4.3.6 Absatz 1) herausgestellt. Eine Wiederholung im Regionalplan erfolgt nicht. Der Stellungnahme wird daher nicht gefolgt.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1051	**Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans, Planungsraum I, 2.7 Tourismus und Erholung – 8 G, B zu 8 und 9 G, B zu 9 für die HALBINSEL EIDERSTEDT** Fachliche Grundlage für die Festlegung der Kernbereiche für Tourismus und Erholung sowie der Kernbereiche für Erholung ist ein Fachbeitrag der Planungsgruppe [redacted] der nach einem Vorlauf ab 2015 im Jahr 2017 fertiggestellt wurde. Wir haben den Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I zur	Nach dem LEP 2021 können in den Regionalplänen Kernbereiche für Erholung festgelegt werden. Als Grundlage für die Festlegung der Kernbereiche für Erholung wurde ein Fachgutachten erstellt. Als Kernbereich für Erholung wurden (in der Regel) innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung Bereiche festgelegt, in denen eine

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	Kenntnis genommen und begrüßen das Vorhaben sehr, auf der Halbinsel Eiderstedt Tönning und Friedrichstadt als Kernbereiche für Tourismus und Erholung (S. 53) und die Küstenlandschaften Katinger Watt, Wasserkoog und Westerhever (S. 54) als Kernbereiche Erholung auszuweisen. Die Durchsicht des Fachbeitrages haben wir zum Anlass genommen, die Daten für die Halbinsel Eiderstedt zu prüfen und zu aktualisieren. Diese Datensammlung wird als PDF-Anhang zur Stellungnahme hochgeladen oder kann auch unter https://www.spo-eiderstedt.de/datengrundlage-tourismus-halbinsel-eiderstedt eingesehen werden. Wir bitten bei der Ausweisung der Kernbereiche im Regionalplan um Berücksichtigung der aktuellen Datengrundlage und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.	besonders hohe landschaftliche Qualität und eine gebündelte Erholungsinfrastruktur vorhanden ist. Kernbereiche für Tourismus und Erholung weisen darüber hinaus touristische Infrastruktur mit hoher wirtschaftlicher Relevanz und landesweiter Bedeutung aufgrund gewerblicher Übernachtungszahlen (mindestens 120.000) sowie hoher Tourismusintensität (mindestens 2.500 Übernachtungen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner) auf. Deren Ausweisung orientiert sich an der Ausweisung aus dem LEP 2021 (vergleiche Kapitel 4.7.1 LEP 2021). Entsprechende Voraussetzungen sind für die Gemeinden auf Eiderstedt (ausgenommen Sankt Peter-Ording und Tönning) nicht gegeben. Daher kann die Ausweisung eines Kernbereichs für Tourismus und Erholung hier nicht erfolgen. Aufgrund des zwischenzeitlich erfolgten weiteren Ausbaus sowie Bestands touristischer Infrastruktur (unter anderem Radinfrastruktur, Wanderwege und Rastplätze, Sportboothäfen, Umweltbildungs- und Gastronomieangebote), von historischen Sehenswürdigkeiten (sehenswerte Kirchen, Haubarge, weitere Baudenkmäler) sowie der Ausweisung von weiteren Natura-2000-Gebieten (FFH, SPA (Europäische Vogelschutzgebiete)), werden die Kriterien für die Ausweisung eines Kernbereiches für Erholung für ganz Eiderstedt erfüllt. Die Abgrenzungen des Kernbereichs für Erholung werden entsprechend angepasst, die Karte wird entsprechend geändert. Der Stellungnahme wird gefolgt.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1050	**Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans, Planungsraum I, 2.7 Tourismus und Erholung – 8 G, B zu 8 und 9 G, B zu 9 für die HALBINSEL EIDERSTEDT** Fachliche Grundlage für die Festlegung der Kernbereiche für Tourismus und Erholung sowie der Kernbereiche für Erholung ist ein Fachbeitrag der Planungsgruppe [redacted]	Nach dem LEP 2021 können in den Regionalplänen Kernbereiche für Erholung festgelegt werden. Als Grundlage für die Festlegung der Kernbereiche für Erholung wurde ein Fachgutachten erstellt. Als

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	[redacted], der nach einem Vorlauf ab 2015 im Jahr 2017 fertiggestellt wurde. Wir haben den Entwurf zur Neuaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum I zur Kenntnis genommen und begrüßen das Vorhaben sehr, auf der Halbinsel Eiderstedt Tönning und Friedrichstadt als Kernbereiche für Tourismus und Erholung (S. 53) und die Küstenlandschaften Katinger Watt, Wasserkoog und Westerhever (S. 54) als Kernbereiche Erholung auszuweisen. Die Durchsicht des Fachbeitrages haben wir zum Anlass genommen, die Daten für die Halbinsel Eiderstedt zu prüfen und zu aktualisieren. Diese Datensammlung wird als PDF-Anhang zur Stellungnahme hochgeladen oder kann auch unter https://www.spo-eiderstedt.de/datengrundlage-tourismus-halbinsel-eiderstedt eingesehen werden. Wir bitten bei der Ausweisung der Kernbereiche im Regionalplan um Berücksichtigung der aktuellen Datengrundlage und stehen für Rückfragen gerne zur Verfügung.	Kernbereich für Erholung wurden (in der Regel) innerhalb der Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung Bereiche festgelegt, in denen eine besonders hohe landschaftliche Qualität und eine gebündelte Erholungsinfrastruktur vorhanden ist. Kernbereiche für Tourismus und Erholung weisen darüber hinaus touristische Infrastruktur mit hoher wirtschaftlicher Relevanz und landesweiter Bedeutung aufgrund gewerblicher Übernachtungszahlen (mindestens 120.000) sowie hoher Tourismusintensität (mindestens 2.500 Übernachtungen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner) auf. Deren Ausweisung orientiert sich an der Ausweisung aus dem LEP 2021 (vergleiche Kapitel 4.7.1 LEP 2021). Entsprechende Voraussetzungen sind für die Gemeinden auf Eiderstedt (ausgenommen Sankt Peter-Ording und Tönning) nicht gegeben. Daher kann die Ausweisung eines Kernbereichs für Tourismus und Erholung hier nicht erfolgen. Aufgrund des zwischenzeitlich erfolgten weiteren Ausbaus sowie Bestands touristischer Infrastruktur (unter anderem Radinfrastruktur, Wanderwege und Rastplätze, Sportboothäfen, Umweltbildungs- und Gastronomieangebote), von historischen Sehenswürdigkeiten (sehenswerte Kirchen, Haubarge, weitere Baudenkmäler) sowie der Ausweisung von weiteren Natura-2000-Gebieten (FFH, SPA (Europäische Vogelschutzgebiete)), werden die Kriterien für die Ausweisung eines Kernbereiches für Erholung für ganz Eiderstedt erfüllt. Die Abgrenzungen des Kernbereichs für Erholung werden entsprechend angepasst, die Karte wird entsprechend geändert. Der Stellungnahme wird gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
Institution: **Gemeinde List auf Sylt** **ID: M1059**	**Zu 2.7 Tourismus und Erholung - 3 Z:** Die Vorgabe, dass auf Sylt keine Bauleitplanungen zur Errichtung und zur Sicherung von Zweitwohnungen durchgeführt werden dürfen, und ihre Einstufung als „Ziel" lässt sich nicht mit der Realität auf der Insel in Einklang bringen. Es gibt Siedlungsteile in allen Ortschaften, in denen Zweitwohner die am stärksten vertretene Nutzergruppe sind. Noch vor Dauerwohnen und Ferienwohnen. Eine Beachtung der raumordnerischen Zielvorgabe, dass diese Nutzergruppe nicht planungsrechtlich gesichert werden darf, wird für die Inselgemeinden gravierende Folgen haben. Zum Beispiel: Aktuell hat die Gemeinde List auf Sylt eine Bestandserhebung in den größeren 34er Bereichen durchgeführt (Dauerwohnungen, Zweitwohnungen, Ferienvermietung). Die Nutzungsanteile sind in den verschiedenen Gebieten (geplant ist die Aufstellung von 10 Bebauungsplänen) sehr unterschiedlich verteilt. Nehmen wir ein Gebiet an, in dem 60 % der Gebäude durch Zweitwohner genutzt werden, 35 % durch Dauerwohner und 5 % ausschließlich der Ferienvermietung dienen. Zusätzlich vermieten einige Nebenwohner und Hauptwohner Ferienwohnungen im eigenen Haus. Wenn die Gemeinde das Ziel hat, in diesem fiktiven Gebiet die Ferienwohnungen zurückzudrängen, könnte sie einen Bebauungsplan aufstellen, der beispielsweise ein WA oder WR mit dezidierten Regelungen zu Ferienwohnungen festsetzt (allgemein/ausnahmsweise Zulässigkeit). Das ginge aber angesichts des o. g. Ziels der Raumordnung nicht. Die Gemeinde kann auch das Wohnen nicht nur auf das Dauerwohnen begrenzen. Das ist planungsrechtlich nicht zulässig, weil Planungsziele grundsätzlich erreichbar sein müssen. Angesichts der Immobilienpreise ist es aber fern jeglicher Realität, anzunehmen, dass diese 60 % der Gebäude für dauerwohnliche Zwecke verkauft oder im Zuge von Vermietung zur Verfügung gestellt werden. Der Gemeinde bleibt also nur eine Option: der bisherige 34er Bereich bleibt auch zukünftig ein 34er Bereich. Das o. g. Ziel der Raumordnung ist ein tiefgreifender Eingriff in die Planungshoheit und entzieht der Gemeinde List jegliche Steuerungsmöglichkeit zur Lenkung des Ferienwohnens und zur Begrenzung des Zweitwohnens, beispielsweise auf den heutigen Bestand. **Zu 2.7 Tourismus und Erholung - 3 G Abs. 1:** Die kleinräumige Steuerung der Art der Nutzung obliegt der Gemeinde im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit. Derzeit werden in der Gemeinde List (und auch in den anderen Inselgemeinden) flächendeckende Bestandsaufnahmen zur Zusammensetzung der Nutzungen insbesondere Dauerwohnen, Ferienwohnen und Zweitwohnen durchgeführt. Aus der Bestandsaufnahme werden Erkenntnisse über die Nutzungsprägungen einzelner Teilbereiche der Gemeinde, die materiell-rechtliche	**Zum Zweitwohnen:** Die Anregung der Gemeinde List ist nachvollziehbar. Die raumordnerische Steuerung der Zweitwohnnutzung soll auf die Neuerrichtung von Zweitwohnungen beschränkt werden. Der Anregung wird daher gefolgt. Kapitel 2.7 Absatz 3 (Z) Regionalplanentwurf 2023 wird dahingehend geändert, dass die Worte „und zur Sicherung“ gestrichen werden. Die Begründung wird entsprechend angepasst. **Zu kommunalen Steuerungsmöglichkeiten:** Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die geschilderten Steuerungsmöglichkeiten bleiben den Gemeinden auch unter dem geplanten regionalplanerischen Regelwerk erhalten. **Zu touristischen Bauflächen:** Die genannte Regelung bezieht sich ausdrücklich auf neue Bauflächen, die sich insbesondere auf die Landschaft negativ auswirken können. Bestandsorientierte Entwicklungen sind davon nicht berührt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	Zulässigkeit der Nutzungen und in der Folge über die möglichen Bedarfe der Gemeinde gewonnen. Die Bestandsaufnahme wird somit der Formulierung einer Zielausrichtung hinsichtlich einer verträglichen Nutzungsmischung bzw. der Zulässigkeit und Unzulässigkeit der einzelnen Nutzungen in den Teilbereichen der Gemeinde zu Grunde gelegt. Diese Möglichkeit der lokalen Steuerung der Art der Nutzung muss den Gemeinden erhalten bleiben. **Zu 2.7 Tourismus und Erholung -4 G Abs. 1:** Auch die Formulierung „*Auf den nordfriesischen Inseln (. . .) sollen (. . .) keine neuen touristischen Bauflächen ausgewiesen werden*" bedarf der Klarstellung. Auch bezogen auf touristische Nutzungen können neben der Neuentwicklung von bislang unbebauten Flächen durch Planungen in Bestandsgebieten beispielsweise im Bebauungsplan Flächen mit (anteiliger) touristischer Zweckbestimmung ausgewiesen werden, beispielsweise in Form von Sondergebieten. Somit besteht die Frage, ob der Grundsatz auch auf diese Fälle anzuwenden ist, weil ggf. Baurechte für eine touristische Nutzung entstehen wo vorher ein Reines Wohngebiet festgesetzt war, oder ob er sich nur auf die Neuentwicklung von Flächen bezieht. Insbesondere vor dem Hintergrund derzeit laufender Bestandsaufnahmen und Untersuchung der Zusammensetzung von Dauerwohnungen, Ferienwohnungen und Zweitwohnungen und einer daraus resultierenden Zielausrichtung der Gemeinde hinsichtlich dieser Nutzungen besteht die Auffassung der Gemeinde, dass sich der Grundsatz nur auf Neuentwicklungen beziehen kann. Die Steuerung von Nutzungen in Bestandsgebieten ist auch wesentlich durch gewachsene Strukturen geprägt, die derzeit in einer umfassenden Bestandsanalyse erfasst und analysiert wird.	
Institution: Stadt Flensburg **ID: M1039**	Textteil 9 G beschreibt den Kernbereich für Erholung im Stiftungsland Schäferhaus Nord und Süd. Die Themenkarte 3.2 stellt diesen Bereich als Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung. Die Signatur ist in der Farbdarstellung schwer zu unterscheiden.	Das Stiftungsland Schäferhaus Nord und Süd ist als Kernbereich für Erholung gemäß Regionalplanentwurf 2023 (Kapitel 2.7 Absatz 9 (G)) ausgewiesen. In der Themenkarte werden die Flächen ebenfalls als Kernbereich für Erholung dargestellt. Eine stärkere farbliche Differenzierung der Flächenausweisungen wird geprüft, um zukünftig eine mögliche Verwechslungsgefahr zu reduzieren. Der Stellungnahme wird somit teilweise gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
Institution: **Gemeinde Kampen** **ID: M1040**	**Zu 2.7 Tourismus und Erholung - 3 Z:** Eine Klarstellung hinsichtlich des Ziels, dass keine Bauleitplanungen zur Errichtung und Sicherung von Zweitwohnungen durchgeführt werden dürfen ist erforderlich . Die bestehende Siedlungsstruktur auf Sylt weist neben Dauer- und Ferienwohnungen auch Zweitwohnungen in unterschiedlichen Ausprägungen auf. Somit stellt sich die Frage, inwiefern bestehende Strukturen planungsrechtlich berücksichtigt werden können, ohne gegen die Ziele der Raumordnung zu verstoßen. Kann auf Grundlage der derzeitigen Formulierung davon ausgegangen werden, dass Zweitwohnungen als zulässige Nutzung bei der Überplanung von Bestandsgebieten festgesetzt werden können, sofern in dem Gebiet Zweitwohnungen bestehen, diese vorher zulässig waren und das Maß der Nutzung nicht erhöht wird oder würde dies einen Zielverstoß darstellen? Der pauschale Ausschluss der Festsetzung der Zulässigkeit von Zweitwohnungen in Bebauungsplänen stellt einen Eingriff in die kommunale Planungshoheit ein, dem die Gemeinde Kampen widerspricht. Für die Gemeinde läuft derzeit die Bestandsaufnahme und Untersuchung zu touristischen Nutzungen, woraus voraussichtlich ein Handlungserfordernis hinsichtlich der gemeindlichen Zielausrichtung und entsprechender planungsrechtlicher Steuerung entsteht. Die Möglichkeit, Zweitwohnungen in Bestandsgebieten in Bebauungsplänen zur Sicherung der gewachsenen Struktur ggf. zuzulassen, ist offen zu halten. **Zu 2.7 Tourismus und Erholung -3 G Abs. 1:** Die kleinräumige Steuerung der Art der Nutzung obliegt der Gemeinde im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit. Derzeit wird in der Gemeinde Kampen (und auch in den anderen Inselgemeinden) die flächendeckende Bestandsaufnahme zu den bestehenden touristischen Nutzungen durchgeführt. Aus der Bestandsaufnahme werden Erkenntnisse über die Nutzungsprägungen einzelner Teilbereiche der Gemeinde, die materiell-rechtliche Zulässigkeit der Nutzungen und in der Folge über die möglichen Bedarfe der Gemeinde gewonnen. Die Bestandsaufnahme wird somit der Formulierung einer Zielausrichtung hinsichtlich der Zulässigkeit und Unzulässigkeit einzelner Nutzungen, insbesondere betreffend Dauerwohnen, Ferienwohnungen und Zweitwohnen zu Grunde gelegt. Diese Möglichkeit der lokalen Steuerung der Art der Nutzung muss den Gemeinden erhalten bleiben. **Zu 2.7 Tourismus und Erholung - 4 G Abs. 1:**	**Zum Zweitwohnen:** Die Anregung der Gemeinde Kampen ist nachvollziehbar. Die raumordnerische Steuerung der Zweitwohnnutzung soll auf die Neuerrichtung von Zweitwohnungen beschränkt werden. Der Anregung wird daher gefolgt. Kapitel 2.7 Absatz 3 (Z) Regionalplanentwurf 2023 wird dahingehend geändert, dass die Worte „und zur Sicherung“ gestrichen werden. Die Begründung wird entsprechend angepasst. **Zu kommunalen Steuerungsmöglichkeiten:** Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die geschilderten Steuerungsmöglichkeiten bleiben den Gemeinden auch unter dem geplanten regionalplanerischen Regelwerk erhalten. **Zu touristischen Bauflächen:** Die genannte Regelung bezieht sich ausdrücklich auf neue Bauflächen, die sich insbesondere auf die Landschaft negativ auswirken können. Bestandsorientierte Entwicklungen sind davon nicht berührt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	Zu 2.7 - **4** G Abs. 1: Auch die Formulierung *„Auf den nordfriesischen Inseln (. ..) sollen (. ..) keine neuen touristischen Bauflächen ausgewiesen werden"* bedarf der Klarstellung. Auch bezogen auf touristische Nutzungen können neben der Neuentwicklung von bislang unbebauten Flächen durch Planungen in Bestandsgebieten beispielsweise im Bebauungsplan Flächen mit (anteiliger) touristischer Zweckbestimmung ausgewiesen werden, beispielsweise in Form von Sondergebieten. Somit besteht die Frage, ob der Grundsatz auch auf diese Fälle anzuwenden ist, weil ggf. Baurechte für eine touristische Nutzung entstehen wo vorher ein Reines Wohngebiet festgesetzt war, oder ob er sich nur auf die Neuentwicklung von Flächen bezieht. Insbesondere vor dem Hintergrund der zuvor erläuterten laufender Bestandsaufnahme besteht die Auffassung der Gemeinde, dass sich der Grundsatz nur auf Neuentwicklungen beziehen kann. Die Steuerung von Nutzungen in Bestandsgebieten ist auch wesentlich durch gewachsene Strukturen geprägt, die derzeit in einer umfassenden Bestandsanalyse erfasst und analysiert wird. Hinsichtlich der Formulierung *„Bei größeren Tourismusvorhaben soll(...)"* wird eine klarstellende Konkretisierung angeregt, bei welchen Vorhaben und mit welcher Größenordnung von „größeren Vorhaben" die Rede ist. Grundsätzlich wird der Grundsatz, dass bei größeren touristischen Vorhaben auch die Schaffung von Personalwohnungen von wesentlicher Bedeutung ist, deutlich begrüßt. Auf angespannten Wohnungsmärkten wie auf der Insel Sylt bedeutet ein neues größeres Tourismusvorhaben über den Wohnungsmarkt automatisch Auswirkungen auch auf andere Arbeitgeber, in dem durch den zusätzlichen Wohnungsbedarf Wohnungen dem Markt entzogen werden. Diese wären ggf. erforderlich für Personen mit Arbeitsplätzen in der Daseinsvorsorge. Vor dem Hintergrund wird angeregt zu prüfen, inwiefern die Schaffung von Personalwohnungen zur Voraussetzung für größere Tourismusvorhaben (in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt) werden kann.	
Institution: Bauernverband Schleswig-Holstein e.V., Keine Abteilung **ID: 1031**	**b) Flensburg** Im Rahmen der neu aufgestellten Regionalpläne wird deutlich, dass sich zukünftig für landwirtschaftliche Betriebe im Kreisgebiet Flensburg Einschränkungen ergeben werden. Dazu führen erstmalig ausgewiesene regionale Grünzüge entlang der Ostseeküste des Kreises, sowie Vorbehaltsgebiete für den Grundwasserschutz und Schwerpunktzonen für Tourismus und Erholung.	Die Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sind aus dem LEP 2021 in den Regionalplan-Entwurf übernommen worden. Die Schwerpunkträume sind nicht flächen- oder gebietsscharf abgrenzt. Es ist nicht Zielsetzung des LEP 2021 in diesen Räumen flächendeckend Tourismus-Infrastrukturen zu entwickeln. Vielmehr liegt der Schwerpunkt auf der qualitativen Entwicklung von Tourismus und Erholung.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	dd) Zu 2.7. Tourismus und Erholung Der Regionalplan weist zwar großflächig Schwerpunkträume und Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung aus. Diese erweisen sich aber häufig als Verhinderungsplanung für Tourismus und Erholung. Zukünftig sollen in den Schwerpunkträumen Glücksburg und Gelting/ Kappeln neue touristische Bauflächen nur noch zurückhaltend ausgewiesen werden und dem Freiraumschutz und Naturschutz besonderes Gewicht beigemessen werden. Die Schwerpunkträume überlagern sich i.d.R. auch mit den Grünzügen entlang der Ostseeküste, was Investitionen in touristische Wirtschaftszweige erheblich erschweren wird. Dies wird zum Nachteil der landwirtschaftlichen Betriebe, die in touristische Betriebszweige stärker diversifizieren wollen. (s.o. zu 2.2. Grünzüge).	Innerhalb der Schwerpunkträume liegen landschaftlich, naturschutzfachlich und ökologisch wichtige Bereiche. Den Belangen des Natur- und Freiraumschutzes innerhalb der Schwerpunkträume wird durch die überlagernde Festlegung von regionalen Grünzügen Rechnung getragen. Daher muss die Entwicklung von Tourismus und Erholung innerhalb dieser Räume die Belange von Natur- und Freiraumschutz beachten beziehungsweise berücksichtigen. Eine konkrete Entflechtung von Nutzungskonflikten erfolgt auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1025	bezugnehmend auf die Veranstaltung zur Vorstellung der Regionalpläne möchten wir ([redacted])auf ein paar fehlende Ausweisungen im Bereich "Tourismus und Erholung" hinweisen. Bereits im Jahr 2015 hat die damalige [redacted] auf fehlende Bereiche zum "Kerngebiet für Tourismus und Erholung" für die Flusslandschaft Eider-Treene-Sorge aufmerksam gemacht. Leider sind viele dieser Anmerkungen nicht berücksichtigt worden. Lediglich Friedrichstadt ist als einziger Ort in der Flusslandschaft als "Kernbereich für Tourismus und Erholung" gekennzeichnet. Zusätzlich sind im Bereich Janneby/Jörl in den letzten Jahren neue Radrundtouren entstanden und ein attraktiver Landschaftspfad lädt zum Wandern ein. Trotzdem ist dieses Gebiet nicht als Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung ausgewiesen. Auch die Gebiete um die Seenlandschaft Wanderup und das [redacted] in Tüdal mit dem ""Arten Eden" erhalten keine touristische Berücksichtigung. In Tarp ist ein komplett neues Wanderweg-Netz entstanden, in Silberstedt gibt es mit dem Nord-Ostsee-Camp eine touristische Attraktion, trotzdem gibt es auch hier keine Entwicklungsmöglichkeit für den Tourismus. Wir möchten Sie daher bitte, Ihre Vorschläge anhand unserer Darstellung noch einmal zu überarbeiten und in diesem Zuge auch die Hinweise von 2015 zu den letzten Regionalplänen nochmal zu berücksichtigen.	Nach dem LEP 2021 können in den Regionalplänen Kernbereiche für Erholung festgelegt werden. Als Grundlage für die Abgrenzung der Kernbereiche für Erholung wurde ein Fachgutachten erstellt. Auf der Basis von einheitlichen Kriterien wurden im Planungsraum die Bereiche identifiziert, in denen eine besonders hohe landschaftliche Qualität und eine gebündelte Erholungsinfrastruktur vorhanden ist. Der in der Stellungnahme angesprochene Bereich der Flusslandschaft Eider-Treene.Sorge erfüllt in Teilen diese Voraussetzungen. Diese sind bereits als Kernbereich für Erholung ausgewiesen. Hinsichtlich der Gemeinde Janneby und Jörl wird darauf hingewiesen, dass die Kriterien gemäß LEP 2021 nicht erfüllt sind, um regionalplanerisch relevant zu sein. Allein die Errichtung von Radwegen erfüllen die Kriterien (Bündelung touristischer Infrastruktur) für die Ausweisung eines Entwicklungsgebietes für Tourismus und Erholung nicht. Gleiches gilt für die Ausweisung eines Kernbereichs für Erholung. Die Seenlandschaft Wanderup ist bereits im Regionalplanentwurf 2023 als Kernbereich für

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
		Erholung aufgrund oben genannter Kriterien berücksichtigt worden. Eine Darstellung als Kernbereich für Tourismus und Erholung ist aufgrund nichtzutreffender touristischer Kennzahlen (touristische Infrastruktur mit hoher wirtschaftlicher Relevanz und landesweiter Bedeutung aufgrund gewerblicher Übernachtungszahlen (mindestens 120.000) sowie hoher Tourismusintensität (mindestens 2.500 Übernachtungen je 1.000 Einwohnerinnen und Einwohner)) nicht erfolgt. Hinsichtlich des Bildungshauses Treenelandschaft in Tüdal wird anerkannt, dass es sich in Kombination mit dem Artenschutzzentrum und dem öffentlich zugänglichen Staudengarten um eine touristische Inwertsetzung der Konversionsfläche von regionaler Relevanz handelt, sodass die Kriterien für die Ausweisung eines Kernbereichs für Erholung hier erfüllt werden. Die Abgrenzung des bestehenden Kernbereichs wird daher angepasst, der Stellungnahme wird diesbezüglich gefolgt. Die Gemeinden Tarp und Silberstedt sind bereits in Teilen als Entwicklungsgebiet für Tourismus sowie als Kernbereich für Erholung ausgewiesen worden. Hierdurch wurden bereits die besonders hohe landschaftliche Qualität sowie die gebündelte Erholungsinfrastruktur an entsprechenden Standorten berücksichtigt. Einzelne Einrichtungen wie Rundwanderwege oder Campingangebote (Konversionsflächen) allein reichen an anderer Stelle jedoch nicht aus, um die Kriterien für einen Kernbereich für Erholung zu erfüllen und damit regionalplanerisch relevant zu sein. Weitere touristische Entwicklungen werden dadurch jedoch nicht eingeschränkt, sondern können im Rahmen kommunaler Bauleitplanungen unbenommen stattfinden.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
		Der Stellungnahme wird daher teilweise gefolgt. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1023	**Nr. 2.7 Tourismus/Umweltbericht u.a. Nr. 2.2/2.6/2.7/2.8** Stopp des Baus von Zweit- und Ferienwohnungen, insbesondere auch in St. Peter-Ording, dort auch Stopp des Baus oder der Erweiterung von Camping- und Wohnmobilplätzen. Stopp der Strandbefahrung und –beparkung auf allen Sandbänken vor St. Peter-Ording. Hundeverbot an allen Stränden, vorrangig in der Saison. Keine Ganzjahressaison anstreben. Gestaltungsvorgaben nicht nur für die Inseln.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Hinsichtlich der Vorgaben zum Zweitwohnen wird auf die Regelungen gemäß Kapitel 2.7 Absatz 2 (G) verwiesen. Bezüglich der weiteren Angaben wird darauf hingewiesen, dass die entsprechenden Sachverhalte nicht Gegenstand der Regionalplanung, sondern jeweiliger (weniger großräumiger) Fachplanungen sind.
Institution: Gemeinde Tümlauer Koog ID: M1012	2. Tourismus und Erholung (Kapitel 2.7) Gemäß Absatz 7 ist die Gemeinde Tümlauer-Koog als Entwicklungsraum für Tourismus eingestuft. Sie ist jedoch unter Absatz 1 als Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung aufzunehmen respektive schriftlich zu erwähnen und in der Karte graphisch entsprechend darzustellen. Denn nach dem Wortlaut des Absatzes 1 ist die Gemeinde Tümlauer-Koog bereits in den Schwerpunktraum inkludiert, da die „Räume um Sankt Peter-Ording" als Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung eingestuft sind. Die Gemeinde Tümlauer-Koog ist eindeutig dem „Raum um Sankt Peter-Ording" zuzuweisen. Dies ist sowohl geographisch, als auch aus touristischer Sicht der Fall. Der Tourismus der Gemeinde ist unmittelbar mit dem Tourismus von Sankt Peter-Ording verbunden. Die Gäste der Gemeinde Tümlauer-Koog nutzen die touristischen Einrichtungen in Sankt Peter-Ording, im Gegenzug kommen auch viele Tagestouristen aus Sankt Peter-Ording in den Tümlauer-Koog, um dort die Landschaft, das Wattenmeer, den Hafen und das Cafe zu nutzen. Der Tourismus stellt eine der Haupteinnahmequellen der Einwohner dar. Obendrein ist die Gemeinde nach Ziff. 177 der Übersicht über anerkannte Kur-, Erholungs- und Tourismusorte vom 07.06.2022 als Erholungsort eingestuft.	Die Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sind aus dem LEP 2021 in den Regionalplan-Entwurf übernommen worden. Sie haben den Rechtscharakter von Grundsätzen der Raumordnung. Die Schwerpunkträume sind nicht flächen- oder gebietsscharf abgrenzt. Die Formulierung „Räume um Sankt Peter-Ording“ ist im Zusammenhang mit der kartographischen Ausweisung zu sehen. Daraus ergibt sich eindeutig, dass die Gemeinde Tümlauer Koog nicht im Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung liegt. Sie verfügt nicht über die Kriterien gemäß Kapitel 4.7.1 B zu 1,2 LEP 2021 (unter anderem Bettenanzahl, Campingstellplätze, Gesamtzahl Übernachtungen). Daher erfolgt keine Übernahme in Text und Karte. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
Institution: NABU Schleswig-Holstein, Bereich Verbandsbeteiligung **ID: M1142**	Der Tourismus hat nach Auffassung des NABU in einigen Bereichen, so an weiten Teilen der Ostseeküste, an der Westküste u.a. auf den nordfriesischen Inseln und in St. Peter-Ording sowie an manchen Stellen der Holsteinischen Schweiz, die Belastungsgrenze für Natur und Landschaft, aber auch für die ortsansässige Bevölkerung erreicht oder sogar überschritten. Darauf sollten die Regionalpläne eingehen. Vor diesem Hintergrund sind die nachfolgenden Anmerkungen des NABU zu verstehen: Unter 2 G (S. 49) sollte der Satz: "Der Bau von Zweitwohnungen soll in den Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung zurückhaltend erfolgen." konkreter ausgedrückt und deswegen wie folgt ergänzt werden: " ... und soll in Orten mit hohem Bedarf an Hauptwohnsitzen ausgeschlossen werden." Der ebenfalls unter 2 G (S. 49) enthaltene Satz sollte wie folgt ergänzt werden: "An der Kieler Förde sollten daher die Aufenthalts- und Erlebnisqualität und das gemeindeübergreifende Angebot unter besonderer Berücksichtigung der Belange von Natur und Landschaft an Aktivitätsmöglichkeiten erhöht werden." Gleiches gilt für den Satz: "Im Raum Plön soll die Aufenthalts- und Erlebnisqualität durch Aktivitätsmöglichkeiten in der Natur gestärkt werden, wobei die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes besonders zu berücksichtigen sind." Begründung: Während an der Kieler Förde die verbliebenen Reste naturnaher Bereiche (z.B. der Dünen- und Strandbereich im Laboer Naturerlebnisraum) durch Erholungsbetrieb stark belastet sind, trifft dieses im Plöner Raum v.a. auf die Gewässer und deren Uferbereiche zu. Begrüßt wird außerdem die Aufforderung zur "Verlagerung der bestehenden Zelt- und Campingplätze aus dem Gewässer- und Erholungsschutzstreifen" (S. 49) auf der Halbinsel Schwansen, Kreis RD. Diese Forderung sollte jedoch dahingehend erweitert werden, dass Campingplätze mittelfristig auch aus allen (anderen) hochwassergefährdeten Bereichen herausgenommen werden sollten. Das würde sich beispielsweise auf den Campingplatz Lippe (Gemeinde Behrensdorf, Kreis Plön) beziehen (siehe auch Anmerkungen zu Kap. 2.5). Zudem sollte der unter 4 G (S. 50) formulierte Grundsatz: "Neue Wochenendhausgebiete sollen in der Regel nicht errichtet und bestehende nicht erweitert werden." stringenter formuliert werden, indem die Worte "in der Reget' gestrichen werden. Fraglich ist, ob die Zahlen zu den Übernachtungskapazitäten von 2017 (B zu 4, .S. 53 u.) für eine voraussichtlich in 2024 festgestellte Regionalplanung noch genügend aktuell sind. Weitere Änderungsvorschläge zu den Ausführungen des RP II zum Thema Tourismus und Erholung stellt der NABU in seinen Anmerkungen zum Kap. 5.3 sowie zur Übersichtskarte (Teil C) vor.	**Zu Zweitwohnungen:** Der Forderung zum generellen Ausschluss des Zweitwohnen „in Orten mit hohem Bedarf an Hauptwohnsitzen“ wird aus folgenden Gründen nicht gefolgt: Um den geforderten Ausschluss umzusetzen, wäre die Festlegung eines Ziels der Raumordnung erforderlich. Dieses wiederum setzt voraus, dass entsprechende rechtliche Anforderungen erfüllt werden können. Aus Sicht der Landesplanung ist dies in der vorgeschlagenen Art nicht umsetzbar, da allein ein „hoher Bedarf an Hauptwohnsitzen“ nicht eindeutig bestimmbar ist und zudem zeitlich variieren kann. Eine Endabgewogenheit kann damit nicht erreicht werden. Auf die Regelung Kapitel 2.7 Absatz 3 Regionalplan I wird ergänzend hingewiesen. Der Stellungnahme wird daher nur teilweise gefolgt. Der Text in Kapitel 2.7 Absatz 2 (G) Regionalplan-Entwurf 2023 wird insofern geändert, als dass Zweitwohnungen in Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung vermieden werden sollen. Die weiteren Ausführungen werden zur Kenntnis genommen, beziehungsweise für den jeweiligen Planungsraum beantwortet (siehe entsprechende Votentabellen). **Zu Wochenendhausgebieten in Kernbereichen für Tourismus und Erholung:** Der LEP 2021 legt in 4.7.3 Absatz 8 Z fest, in welchen Räumen und Gebieten keine Wochenendhäuser entstehen oder erweitert werden dürfen. Der Katalog ist als abschließend anzusehen. Daher erfolgt für die Kernbereiche für Tourismus und Erholung eine Festlegung als Grundsatz der Raumordnung. Die

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
		Formulierung entspricht Kapitel 4.7.3 Absatz 8 G LEP 2021 und wird daher beibehalten. Der Anregung wird nicht gefolgt. **Zur Aktualität der Datengrundlagen für die Festlegung der Kernbereiche für Tourismus und Erholung:** Die Datengrundlagen für die Festlegung der Kernbereiche für Tourismus und Erholung entspricht der, die auch für die Festlegung der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung im LEP 2021 verwendet wurde. Der Landes- und Regionalplanung ist eine methodisch einheitliche Vorgehensweise wichtig. Die Daten werden für hinreichend aussagekräftig und aktuell gehalten. Der Anregung wird nicht gefolgt.
ID: M1142	2.2.1 Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung Verschiedene Naturschutzgebietsflächen (NSG), hier insbesondere Wasserflächen, sind nicht nur als NSG, sondern auch als "Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung" gekennzeichnet worden. Dieses betrifft z.B. den Suhrer See und die NSGe im Großen Plöner See, wobei Letztere sogar als "Kernbereich für Erholung" eingetragen worden sind, obgleich diese Wasserflächen nicht wassersportlich genutzt und ihre Inseln nicht betreten werden dürfen. Auch die NSGe Sehlendorfer Binnensee und Großer Binnensee / Kronswarder sind diesbezüglich falsch dargestellt. Im RP III betrifft dies beispielsweise die NSGe Graswarder und den größten Teil von Wallnau. - Forderung des NABU: Die für die Kennzeichnung von Erholungsgebietskategorien verwendete Kreuz- bzw. Schrägschraffuren müssen bei allen größeren, mit Betretungsbzw. Wassersportverboten belegten NSG-Flächen unterbrochen werden. Betrifft RP III: Südöstlich der Stadt Bad Bramstedt ist ein Bereich als "Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung" und "Kernbereich Erholung" (siehe Abschnitt 1.10.2 dieser Stellungnahme) schraffiert worden, der mehrere NSGe und eine Vielzahl gesetzlich geschützter Biotopflächen enthält. Die vorrangig tourismusbezogene Einstufung des	Die Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sind aus dem LEP 2021 in den Regionalplan-Entwurf übernommen worden. Die Schwerpunkträume sind nicht flächen- oder gebietsscharf abgrenzt. Es ist nicht Zielsetzung des LEP 2021 in diesen Räumen flächendeckend Tourismus-Infrastrukturen zu entwickeln. Vielmehr liegt der Schwerpunkt auf der qualitativen Entwicklung von Tourismus und Erholung. Innerhalb der Schwerpunkträume liegen landschaftlich, naturschutzfachlich und ökologisch wichtige Bereiche. Den Belangen des Natur- und Freiraumschutzes innerhalb der Schwerpunkträume wird durch die überlagernde Festlegung von Vorranggebieten für den Naturschutz, Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft und regionalen Grünzügen Rechnung getragen. Daher muss die Entwicklung von Tourismus und Erholung innerhalb dieser Räume die Belange von Natur- und

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
	Gebiets ist konfliktträchtig, weil sie zu Lasten des Naturschutzes geht. Sie sollte zurückgenommen werden.	Freiraumschutz beachten beziehungsweise berücksichtigen. Eine konkrete Entflechtung von Nutzungskonflikten erfolgt auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V. LNV ID: M1143	Gemäß dem LEP (S. 296 f.) sind die Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung in die Regionalpläne zu übernehmen. Die in diesem Zusammenhang häufig vorkommenden „Überlagerung“ von Nutzungen in ökologisch empfindlichen Gebieten wird massiv kritisiert. Es muss geprüft werden, ob hier Widersprüche zum Naturschutz vorhanden sind, die durch die Planung dann „verfestigt“ werden. Die Naturschutzgebiete im nördlichen bzw. westlichen Küstenabschnitt auf der Insel Fehmarn werden hier beispielhaft genannt. Die Naturschutzgebiete (rot umrandet) befinden sich im Vorranggebiet Tourismus. Hier ist darauf hinzuwirken, dass es keine Überlagerung der VRG Naturschutz mit touristischen Zielen gibt. Dies bedeutet nicht, dass die VRG Naturschutz komplett vor Betreten zu schützen sind und nicht besucht werden dürfen, aber falls dort Besucher zugelassen werden, darf hierdurch keine Gefährdung der dort zu schützenden Arten erfolgen und die naturschutzfachlichen Ziele müssen ausdrücklich im Vordergrund stehen. ie o. g. Darstellung von Naturschutzgebieten im Kreis Plön zeigt einerseits ein positives Beispiel, da der Selenter See nicht als touristisches Entwicklungsgebiet dargestellt wird. Es ist allerdings nicht nachvollziehbar und fachlich abzulehnen, dass sowohl der Sehlendorfer Binnensee als auch der Große Binnensee als Schwerpunktbereich Tourismus dargestellt werden. Im Bereich Meggerkoog (Karte s. u.) zeigt sich die gleiche Situation, eine Überlagerung von naturschutzfachlichen mit wirtschaftlichen Interessen. Die Naturschutzgebiete (rot umrandet) befinden sich im Vorranggebiet Tourismus (orange offene Schraffur) und Entwicklungsgebiet Tourismus (gelb).	Die Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sind aus dem LEP 2021 in den Regionalplan-Entwurf übernommen worden. Die Schwerpunkträume sind nicht flächen- oder gebietsscharf abgrenzt. Es ist nicht Zielsetzung des LEP 2021 in diesen Räumen flächendeckend Tourismus-Infrastrukturen zu entwickeln. Vielmehr liegt der Schwerpunkt auf der qualitativen Entwicklung von Tourismus und Erholung. Innerhalb der Schwerpunkträume liegen landschaftlich, naturschutzfachlich und ökologisch wichtige Bereiche. Den Belangen des Natur- und Freiraumschutzes innerhalb der Schwerpunkträume wird durch die überlagernde Festlegung von Vorranggebieten für den Naturschutz, Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft und regionalen Grünzügen Rechnung getragen. Daher muss die Entwicklung von Tourismus und Erholung innerhalb dieser Räume die Belange von Natur- und Freiraumschutz beachten beziehungsweise berücksichtigen. Eine konkrete Entflechtung von Nutzungskonflikten erfolgt auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes (WSV) , Abteilung	Die hier vorgesehene Festlegung eines Streifens von einem Kilometer Breite von der Küstenlinie aus als Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung darf hinsichtlich der – zumindest teilweise - überplanten WSV-Flächen nicht zu Beeinträchtigungen von Belangen der WSV führen und darf die Deckung zukünftig erforderlichen Bedarfs an Kompensationsflächen nicht behindern	Die Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sind aus dem LEP 2021 in den Regionalplan-Entwurf übernommen worden. Diese werden bereits im LEP 2021 außerhalb des Watts pauschal mit einem Streifen mit einer Ausdehnung von einem Kilometer

Einreichendendaten	Datensatz zu 2.7 Tourismus und Erholung	Votum
Wasserstraßen Dezernat Wasserstraßenüberwachung ID: M1144		Breite von der Küstenlinie auch für das Küstenmeer festgelegt. Insofern werden die Festlegungen des LEP 2021 in die Regionalpläne übernommen. Die Regelungen der Fachgesetze (hier unter anderem das Bundeswasserstraßengesetz) gelten weiterhin. Aussagen zu Kompensationsflächen sind mit den Festlegungen der Regionalplan-Entwürfe nicht verbunden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 3.1 Zentrale Orte und Stadtrandkerne

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.1 Zentrale Orte und Stadtrandkerne	Votum
Institution: Kreisverwaltung Nordfriesland, Kreisverwaltung Nordfriesland ID: 1099	HGS Planung: Im Regionalplan werden zentrale Orte und Stadtrandkerne gemäß der Verordnung zum Zentralörtlichen System von 2019 nachrichtlich dargestellt. An dieser Stelle wird darauf hingewiesen, dass der Kreis Nordfriesland den vom Land abgelehnten Antrag der Gemeinde Langenhorn auf erstmalige Einstufung als ländlicher Zentralort unterstützt hat und weiterhin diese Einstufung für geboten hält, was durch die seit 2019 noch weiter gewachsene Infrastruktur untermauert wird. Der Kreis Nordfriesland fordert daher, die Gemeinde Langenhorn bei nächster Gelegenheit als ländlichen Zentralort einzustufen.	Bezüglich der Ausführungen zum Zentralörtlichen System wird darauf hingewiesen, dass die Einstufung Zentraler Orte nicht Gegenstand der Regionalplanung ist, sondern durch die Verordnung zum Zentralörtlichen System, zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.07.2024, erfolgt.
Institution: Gemeinde Harrislee ID: M1126	Als Stadtrandkern II. Ordnung wird die Gemeinde Harrislee auch weiter ihre landesplanerische Funktion (gern. Ziff. 3.1 1Z) wahrnehmen und bedarfsgerecht Flächen für Wohnen, Gewerbe und Infrastruktur ausweisen.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Amt Schafflund, Bau- und Serviceabteilung ID: 1058	Seite 141 des 1. Entwurfes des Regionalplanes I enthält u.a. folgende Passagen "*Im Nahbereich nimmt die Gemeinde Großenwiehe aufgrund ihrer guten infrastrukturellen Ausstattung und günstigen Verkehrslage eine ergänzende, überörtliche Versorgungsfunktion wahr. Die Entwicklung darf dabei nicht zu Lasten des zentralen Ortes gehen. Aufgrund der wohnbaulichen Entwicklung der letzten Jahre ist die Gemeinde stark gewachsen. Daher sollte zukünftig sorgsam geprüft werden, welche Entwicklungsoptionen noch bestehen*." Ich möchte insbesondere an den letzten Satz anknüpfen, für uns als Gemeinde Großenwiehe besteht die Entwicklungsoption der Einstufung als ländlicher Zentralort. Im Zuge des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf der Verordnung zum Zentralörtlichen System hat die Gemeinde Großenwiehe am 11.07.2019 einen Antrag zur Einstufung als ländlicher Zentralort gestellt - siehe Anlage 1 -. Das Innenministerium hat mit Datum vom 28.08.20219 der Gemeinde geantwortet. Das Innenministerium weist u.a. darauf hin, dass „*zum potentiellen Nachbereich die Gemeinde Lindewitt mit 1.987 Einwohnern zählt. Einschließlich aller 3.016 Einwohner der Gemeinde Großenwiehe hätte ein solcher Nahbereich insgesamt 4.963 Einwohner und läge damit knapp unter der erforderlichen Mindesteinwohnerzahl von 5. 000*". -siehe Anlage 2- Die statistischen Einwohnerzahlen belaufen sich nunmehr auf 5.153 - Stand 30.09.2021 - (Lindewitt 1.954, Großenwiehe 3.199 Einwohner) -. Dieses Einstufungskriterium ist somit erfüllt. Die von der Gemeinde Großenwiehe in ihrem Antrag vom 11.07.2019 aufgeführten Antragsbegründungen gelten uneingeschränkt fort. Ich bitte im Namen der Gemeinde	Dem Hinweis wird gefolgt. Gemäß der Verordnung zum Zentralörtlichen System, zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.07.2024, wurde die Gemeinde Großenwiehe als ländlicher Zentralort eingestuft. Entsprechend der Einstufung der Gemeinde Großenwiehe als ländlicher Zentralort wird der Orientierungsrahmen überarbeitet. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.1 Zentrale Orte und Stadtrandkerne	Votum
	Großenwiehe um Berücksichtigung unserer Argumentation und unserem Antragsbegehren sowohl bei der Neuaufstellung des Regionalplanes I in enger Verknüpfung mit der beginnenden Aufstellung einer neuen Landesverordnung zum zentralörtlichen System (Hinweis: Nach unseren Informationen soll die neue Landesverordnung ab 30.09.2024 verbindlich in Kraft treten).	

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagworte: 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
Institution: Amt Südtondern, Amt Südtondern **ID: 1108**	**Zusätzliche Hinweise und Anregungen** **<u>Gemeinde Enge-Sande:</u>** Die Gemeinde Enge-Sande wird durch die Neuaufstellung des Regionalplanes I in ihren Interessen berührt. Dies betrifft die besonderen Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung, siehe Kapitel 3.2 Abs. 2 im Landesentwicklungsplan, Fortschreibung 2021 (LEP 2021). Die Gemeinde Enge-Sande liegt ohne zentralörtliche Einstufung im ländlichen Bereich außerhalb der Stadt- und Umlandbereiche und der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung. Die Gemeinde Enge-Sande regt an, dass gem. Kapitel 3.2 Abs. 2 LEP 2021 im künftigen Regionalplan I eine ergänzende, überörtliche Versorgungsfunktion für die Gemeinde festgelegt wird. <u>Begründung</u> Die Gemeinde liegt an der Landesentwicklungsachse entlang der Bundesstraße B5 zwischen der Stadt Bredstedt als Unterzentrum, der Stadt Niebüll als Unterzentrum mit Teilfunktion eines Mittelzentrums sowie der Gemeinde Leck als Unterzentrum. Zur **Bedeutung der Gemeinde als Arbeitsort** hat ganz wesentlich das [redacted] Ortsteil Sande beigetragen, auf dem ein hochqualifiziertes und überörtliches Arbeitsplatzangebot bereitgestellt wird. Darüber hinaus haben sich in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Betrieben aus unterschiedlichen Branchen in der Gemeinde angesiedelt. Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort an der Gesamtbevölkerung lag in den vergangenen fünf Jahren zwischen 18% und 23%. Dieser Anteil ist für eine Gemeinde ohne zentralörtliche Funktion im ländlichen Raum relativ hoch. Einen weiteren Hinweis auf die Bedeutung von Enge-Sande als Arbeitsort geben die Zahlen der Gewerbemeldungen (Anmeldungen und Abmeldungen) für den Zeitraum von 2000 bis 2020. In diesem Zeitraum gab es insgesamt 154 Gewerbeanmeldungen, denen lediglich 22 Abmeldungen gegenüberstanden, d.h. im Saldo hat sich die Zahl der gemeldeten Gewerbebetriebe in diesem Zeitraum um 132 Betriebe erhöht. Das entspricht einer durchschnittlichen, jährlichen Zunahme von ca. 6 Betrieben.	Im ländlichen Raum können gemäß Absatz 2 Kapitel 3.2 LEP 2021 Gemeinden oder Ortsteile von Flächengemeinden, die in den ländlichen Räumen außerhalb der Stadt- und Umlandbereiche sowie außerhalb der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung liegen, eine ergänzende überörtliche Versorgungsfunktion zugewiesen bekommen. Sie sollten über ein nennenswertes Angebot an Versorgungseinrichtungen mit Gütern und Dienstleistungen des kurzfristigen, täglichen Bedarfs sowie Arbeitsplätze insbesondere im Handwerk und im Dienstleistungsbereich verfügen. Sie sind ergänzende Schwerpunkte für Wohnungsbau und Gewerbe in den ländlichen Räumen. Die Ausweisung einer ergänzenden, überörtlichen Versorgungsfunktion für Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung erfolgte daher anhand eines umfangreichen Kriterienkatalogs. Im Rahmen dessen wurden etwa Vielfältigkeit von Versorgungsangeboten und Einrichtungen, die Arbeitsmarktzentralität, die Ausstattung mit einem Bahnhof, die Erreichbarkeit des nächsten Zentralen Ortes sowie die Einwohnerzahl geprüft und bepunktet. Wesentliche fachliche Grundlagen stellte die Landesweite Erfassung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen und Versorgungseinrichtungen einzelner Gemeinden und Ortsteile (GGR, Aktualisierung 2020) dar. Anhand der in Summe erfolgten Bepunktung wurden schließlich in einer gesamträumlichen Betrachtung für einzelne Gemeinden eine überörtliche Versorgungsfunktion vergeben. Die Gemeinde Enge-Sande erhielt im Zuge dieser Prüfung keine

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Die Zahl der Anmeldungen pro Jahr schwankte im Betrachtungszeitraum zwischen 1 und 21 Betrieben und lag im Mittel pro Jahr bei 7 Betrieben. Die Zahl der Abmeldungen schwankte zwischen 0 und 7 Betrieben und lag im Mittel bei 1 Betrieb. Dementsprechend positiv verläuft die Entwicklung der Gesamtzahl der Betriebe. Ausgehend vom Jahr 2000, in dem 47 Betriebe offiziell in der Gemeinde gemeldet waren, stieg diese Zahl bis 2020 auf immerhin 176 aktive Betriebe. Damit hat sich die Zahl der Betriebe innerhalb der letzten 20 Jahre mehr als verdreifacht bzw. durchschnittlich um 7% pro Jahr erhöht. Das ist für eine Gemeinde wie Enge-Sande im ländlichen Raum eine beachtliche Entwicklung. Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 23 wird der konkrete Bedarf an Gewerbeflächen im Bereich westlich der vorhanden Ortslage im Ortsteil Sande nachgewiesen. Mindestens zwei der hier ansässigen Betriebe beabsichtigen sich zu erweitern, was für die Ausweisung eines Gewerbegebietes zwischen der vorhandenen Ortslage und dem Mischgebiet an der B5 sprechen würde. Nachfolgend werden Betriebe mit ihrem konkreten Flächenbedarf in dem Gewerbegebiet beschrieben. Südlich des Geltungsbereiches des Bebauungsplanes [redacted]) befindet sich die [redacted] Hierbei handelt es sich um einen Kfz-Betrieb mit Werkstatt und Handel in der [redacted]. Aktuell findet gerade ein [redacted] statt. Vor dem Hintergrund einer immer größer werdenden Anzahl von Elektrofahrzeugen soll der Betrieb umstrukturiert werden. Es werden eine eigene Werkstatt für E-Fahrzeuge und mehr Stellflächen benötigt. Diese Firma kann sich objektiv nur nach Norden ins Plangebiet erweitern. Hier werden ca. 3.000 m² benötigt. Direkt neben der [redacted] befindet sich das Objekt Bundesstraße [redacted] ([redacted]). Bis vor einigen Jahren befand sich hier der [redacted]. Dieses Objekt ist aktuell von der [redacted] erworben worden. Diese Firma ist überwiegend auf der Insel Sylt in den Bereichen Ferienvermittlung, Objektbetreuung und Grundstückspflege aktiv. Weil ein Großteil der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom Festland kommen, plant die [redacted] aus Gründen der Arbeitsoptimierung einen Standort in Enge-Sande. Das geplante Gewerbegebiet grenzt nördlich an das Grundstück Bundesstraße [redacted] würde hier ca. 3.000 m² Betriebsgelände benötigen.	überörtliche Versorgungsfunktion, da eine entsprechende Ausstattung nicht gegeben war. Gemäß nun vorliegender Daten sowie ergänzend durch die Ausführungen in der Stellungnahme werden die Kriterien weiterhin nicht erfüllt, auch wenn eine positive Entwicklung der Gemeinde erkannt und begrüßt wird.

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Im Bereich des B-Plans [redacted] „[redacted] hat sich auf 3.619 m² die [redacted] angesiedelt. Dieser Betrieb hat sich auf Service, Instandsetzung und Vertrieb von Komponenten der Kraft- Wärmekopplung spezialisiert und erbringt Dienstleistungen im Bereich der BHKW-Systeme und Biogasanlagen. Aktuell erweitert sich dieser Betrieb um den Geschäftsbereich Vertrieb und Installation von Photovoltaikanlagen. Hierfür reicht das vorhandene Betriebsgelände jedoch nicht mehr aus. Für die konkret geplante sowie mittel- bis langfristig vorgesehene Betriebserweiterungen bietet nur eine Ansiedlung im Gewerbegebiet die erforderliche Planungssicherheit. Daher möchte der Betrieb im Gewerbegebiet einen zweiten Standort mit Erweiterungsoptionen etablieren. Für die konkreten Erweiterungen werden ca. 5.000 m² benötigt. Die [redacted] montiert schwerpunktmäßig PV-Dachflächenanlagen. Dieser Betrieb hat einen dringenden Bedarf an einer Betriebsfläche von ca. 2.800 m² angemeldet. Die Gemeinde Enge-Sande unterhält einen eigenen Bauhof mit zwei Vollzeitkräften. Seinerzeit wurde auf dem Grundschulgelände ein Holzschuppen zur Unterbringung von Gerätschaften errichtet. Als dieser Platz nicht mehr ausreichte, wurde ein ausgemustertes Feuerwehrgebäude aus den neunzehnhundertsiebziger Jahren, in ca. 1,5 km Entfernung, hinzugenommen. Vor dem Hintergrund, dass im Grundschulbereich wegen des Gesetzes zur Nachmittagsbetreuung von Grundschulkindern Erweiterungsbauten anstehen, wird es erforderlich sein, den Geräteschuppen zurück zu bauen. Auch stehen den beiden Vollzeitkräften des Bauhofs keine zumutbaren Sozialräume zur Verfügung. Die Gemeinde Enge-Sande beabsichtigt, den Bauhof ins Gewerbegebiet Sande zu verlegen. Zusätzlich soll an diesem neuen Standort auch eine Heizzentrale für ein angedachtes Fernwärmenetz für den Ortsteil Sande entstehen. Für beide Vorhaben wird eine Fläche von ca. 3.000 m² benötigt. Die genannten Betriebe haben Ihr konkretes Interesse angemeldet und würden sich in diesem Gewerbegebiet ansiedeln. Darüber hinaus sieht die Gemeinde einen zusätzlichen Flächenbedarf für Gewerbegrundstücke von ca. 3.000 m² für weitere Anfragen von Betriebe aus der Gemeinde. Die **Bedeutung der Gemeinde als Wohnort** wird nachfolgend anhand der Entwicklung der relevanten, statistischen Gemeindedaten über die letzten 22 Jahre verdeutlicht. Diese	

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Daten werden vom Statistischen Amt für Hamburg und Schleswig-Holstein zur Verfügung gestellt. **Bevölkerungsentwicklung nach Altersgruppen** Die Entwicklung der Bevölkerungszahl ist seit dem Jahr 2000 relativ konstant verlaufen. Der höchste Wert wurde im Jahr 2004 mit 1.156 Personen und der niedrigste Wert im Jahr 2016 mit 1.082 Personen erreicht, dies entspricht einer Schwankung von 6%. Seitdem ist die Bevölkerungszahl bis Ende 2022 auf 1.137 Personen angestiegen. Die Entwicklung der Bevölkerungszahlen getrennt nach Altersgruppen verlief für eine Gemeinde im ländlichen Bereich relativ stabil. Entsprechend des demographischen Wandels hat der Anteil der jüngeren Menschen zugunsten der älteren Bevölkerungsgruppen abgenommen. Auffällig ist jedoch, dass sich der Anteil der 18-24-jährigen von 4,6% im Jahr 2000 auf 7,6% im Jahr 2022 deutlich erhöht hat und auch der Anteil der 25-29-jährigen hat sich von 3,1 im Jahr 2000 auf 4,2% im Jahr 2022 leicht erhöht. Entgegen des allgemeinen Trends ist die Gruppe angewachsen, aus der die künftige Nachfrage nach Baugrundstücken erwächst. Die stärksten Rückgänge gab es in der Gruppe der 30-49-jährigen. Ihr Anteil von 32,9% im Jahr 2000 hat sich auf 22,1% im Jahr 2022 verringert. Die Anteile der 50-64-jährigen und der über 64-jährigen haben sich dem allgemeinen demographischen Trend entsprechend erhöht. **Entwicklung der Bilanz von Geborenen und Gestorbenen** Die Entwicklung der Bilanz von Geborenen und Gestorbenen zeigt einen fast kontinuierlichen Wechsel von Geborenen- und Gestorbenenüberschuss. Dem höchsten Geborenenüberschuss von 8 Personen im Jahr 2004 steht der höchste Gestorbenenüberschuss von 7 Personen in den Jahren 2007 und 2020 gegenüber. Von 2014 bis 2019 hat es mit Ausnahme von 2015, wo die Bilanz ausgeglichen war, nur Geborenenüberschüsse gegeben. Über den Gesamtzeitraum seit dem Jahr 2000 gibt es einen Geborenenüberschuss von 22 Personen. **Entwicklung der Wanderungsbewegungen** Bei der Entwicklung der **Wanderungsbewegungen**, d.h. der Saldo der Zu- und der Fortzüge über die Gemeindegrenze hinweg zeigt sich ein stetiger Wechsel von Wanderungsgewinnen und Wanderungsverlusten. In zwölf Jahren gab es einen Wanderungsgewinn und in neun Jahren einen Wanderungsverlust. Über den Gesamtzeitraum ist ein positiver Saldo von 30 Personen zu verzeichnen. Für eine	

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Gemeinde im ländlichen Raum ist dieser Wanderungsgewinn in Anbetracht der Konkurrenzsituation zu den zentralen Orten und der demographischen Entwicklung besonders positiv hervorzuheben. Neben dem positiven Saldo von Geburten- und Gestorbenenzahlen spricht dieser Umstand für die Attraktivität der Gemeinde als Wohnstandort für junge Familien. **Entwicklung des Wohnungsbestandes** Der Wohnungsbestand ist gegenüber der Bevölkerungszahl deutlicher angestiegen. Von 435 Wohnungen im Jahre 2000 ist der Bestand auf 550 Wohnungen im Jahre 2022 angewachsen, dies entspricht einem Zuwachs von 26%. Bei dieser Entwicklung zeigt sich, dass die durchschnittliche Haushaltsgröße abnimmt und der Wohnflächenbedarf pro Person steigt. Auch diese Entwicklung steht für eine ansteigende Nachfrage nach Wohnraum in der Gemeinde. Typisch für den ländlichen Raum gibt es in der Gemeinde relativ viele große Wohnungen mit vier oder mehr Räumen. Ihr Anteil lag 2022 bei ca. 83,4%. Allerdings nimmt der Anteil der kleineren Wohnungen mit ein bis drei Räumen in den letzten Jahren stetig zu. Die Zeitreihen dieser unterschiedlichen Daten haben alle ein ähnliches Ergebnis. Sie belegen, dass die Gemeinde über die letzten 22 Jahre eine konstant positive Entwicklung genommen hat. Dies betrifft nahezu alle Bereiche, bei denen keine größeren und auch nur wenige Ausreißer zu erkennen sind. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und der Lage im ländlichen Raum als positiv zu bewerten. Die Daten belegen, dass Enge-Sande im Umfeld von Niebüll und Leck ein attraktiver Wohnstandort ist, gerade für jüngere Menschen und junge Familien und daher auch potenziell eine überörtliche Wohnfunktion erfüllen könnte. Aufgrund der hohen Nachfrage nach Gewerbe- und Wohnbaugrundstücken in der Gemeinde Enge-Sande scheint es hier zwischen den zentralen Orten Niebüll, Leck und Bredstedt sowie der Gemeinde Langenhorn, die bereits eine ergänzende, überörtliche Versorgungsfunktion besitzt, eine Versorgungslücke zu geben. Die Gemeinde Enge-Sande bietet sich aufgrund der direkten Lage an der Landesentwicklungsachse (B5) an, diese Lücke zu schließen. Die Entfernung zur Stadt Niebüll beträgt ca. 10 km, zur Gemeinde Langenhorn ca. 6 km und zur Stadt Bredstedt ca. 12 km. Die Gemeinde Leck liegt ca. 5 km nördlich der Gemeinde Enge-Sande und auch abseits der	

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Landesentwicklungsachse. Die Versorgungsfunktion der Gemeinde Leck konzentriert sich daher mehr auf den nördlichen Bereich an der Bundesstraße B199. Entsprechend der hohen Bedeutung der Gemeinde Enge-Sande als Arbeits- und Wohnort hat sich die Bedeutung der Gemeinde auch in den Bereichen Bildung und Betreuung sowie Kultur und Vereine entwickelt. Mit der Grundschule und der Kindertagesstätte übernimmt die Gemeinde eine überörtliche Versorgungsfunktion im Bereich der Bildung und Betreuung. Mit 13 Vereinen, die aus den Bereichen Sport, Kultur, Soziales kommen, bietet die Gemeinde ein breites Spektrum im Bereich der Kultur an. Beispielhaft für die überörtliche Bedeutung steht der Sportverein Enge-Sande. Die aktuell 900 Mitglieder stehen einer Einwohnerzahl von 1.137 Personen Ende 2022 gegenüber. Auch dieses Zahlenbeispiel verdeutlicht die überörtliche Versorgungsfunktion, die die Gemeinde bereits heute schon wahrnimmt. Wie schon in den bisherigen Bauleitplanverfahren praktiziert, würde die Gemeinde Enge-Sande auch bei einer Festlegung einer ergänzenden, überörtlichen Versorgungsfunktion gem. Kapitel 3.2 Abs. 3 des Regionalplanes I eine interkommunale Abstimmung praktizieren mit dem Ziel, dass die künftige Entwicklung nicht zu Lasten der zentralen Orte in der Umgebung geht.	
Institution: Amt Hürup, Bauamt **ID: 1105**	die amtsangehörigen Gemeinden des Amtes Hürup geben hiermit eine gemeinsame Stellungnahme ab. Die Gemeinde Husby hat mit gleichem Datum eine gesonderte Stellungnahme verfasst und abgesandt. Im Landesentwicklungsplan - Fortschreibung 2021- sind die amtsangehörigen Gemeinden des Amtes Hürup als Stadt- und Umlandbereich der Stadt Flensburg ausgewiesen. Insbesondere in den Gemeinden des 1. Siedlungsringes ermittelt sich anhaltend ein Bedarf an vielfältig ausgeprägtem Wohnraum. Als erste Schritte zur Öffnung des wohnbaulichen Entwicklungsrahmens muss es eine Verringerung der anteiligen Anrechnung von Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau geben. Die Anrechnungsquote sollte mindestens halbiert werden. Gerade im Bereich des sozialen Wohnraumförderung sollte eine Anrechnung auf den Entwicklungsrahmen **komplett** entfallen. Aus der Stellungnahme des Kreises Schleswig-Flensburg zum Regionalplan ist ersichtlich, dass für die Gemeinden des Amtes Hürup eine spezielle Herausforderung durch die	**Zum wohnbaulichen Entwicklungsrahmen:** Der wohnbauliche Entwicklungsrahmen ist nicht Gegenstand das Regionalplans, sondern wird im Rahmen des Landesentwicklungsplans (Kapitel 3.6.1 Absatz 3 (Z) LEP 2021) festgesetzt. Gleiches gilt für Möglichkeiten zur Abweichung vom wohnbaulichen Entwicklungsrahmen, diese werden in den Kapiteln 3.6 und 3.9 LEP 2021 aufgezeigt. Ergänzend wird hinsichtlich einer Öffnung des wohnbaulichen Entwicklungsrahmens auf die diesbezügliche Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes hingewiesen. **Zur weiteren Wohnbauentwicklung:**

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Standortentscheidung zum Bau eines [redacted] im Flensburger Osten besteht. -Auszug- *"Ebenso wird erwartet, dass die Standortentscheidung für das Flensburger [redacted] der Einstufung der Bedeutung des südöstlichen Stadtumlandbereichs Flensburg berücksichtigt und insbesondere mit Entwicklungsabsichten im Amt Hürup verschnitten wird."* Hierdurch wird sich eine spürbare, verstärkte Wohnentwicklung ergeben, die insbesondere in den infrastrukturell gut ausgestatteten Gemeinden Hürup und Husby zu einer verstärkten Nachfrage führen wird. Gerade um diese absehbare Entwicklung in den Gemeinden des Amtes Hürup zu berücksichtigen, muss es den Gemeinden ermöglicht werden, dass durch eine veränderte Entwicklungsstruktur auch im ländlichen Bereich Wohnraum für alle Altersgruppen und Einkommensschichten entstehen kann. Hier bedarf es einer grundlegenden Flexibilisierung der landesplanerischen Instrumente. Das Oberzentrum Flensburg ist vom Amt Hürup am 24.08.2023 über die Entwicklungen und die Bestrebungen zur Anerkennung einer gesonderten Rolle informiert worden. Die Information und Einbindung des Umlandes erfolgte am 06.11.2023 im Rahmen einer Zusammenkunft des Umlandforums. Im aktuellen Regionalplan für den ehemaligen Planungsraum V sind für alle Gemeinden des Amtes **keine** planerischen Funktionen vorgesehen. Gemeinsam mit dem Oberzentrum Flensburg und der [redacted] sind alle Gemeinden des Amtes Hürup bestrebt, zur Deckung der Nachfrage ein interkommunales Gewerbegebiet auszuweisen. Nunmehr besteht die Möglichkeit ein passendes Grundstück in der Gemeinde Freienwill für diese Entwicklung zu erwerben.	Die weiteren Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. **Zur besonderen Gemeindefunktion:** Gemäß Kapitel 3.2 Absatz 1 LEP 2021 können in den Stadt- und Umlandbereichen Gemeinden für eine stärkere wohnbauliche Entwicklung in den Regionalplänen festgelegt werden, Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass diese Festlegungen durch interkommunale Vereinbarungen (siehe Kapitel 3.8 LEP) gesichert werden. Diese Voraussetzung ist derzeit im Stadt- und Umlandbereich für die Gemeinde Husby nicht erfüllt. Daher wird der Gemeinde Hubsy keine besondere Funktion zugewiesen. Die positive Entwicklung der Gemeinde wird dennoch zur Kenntnis genommen und begrüßt.
Institution: Amt Hürup, Bauamt **ID: 1106**	seitens der amtsangehörigen Gemeinde Husby wird gebeten, bei der Neuaufstellung des Regionalplanes für den Planungsraum I die Wohn- und Gewerbefunktion zu berücksichtigen. Im Landesentwicklungsplanes - Fortschreibung 2021- sind die amtsangehörigen Gemeinden des Amtes Hürup - und somit auch die Gemeinde Husby - als Stadt- und Umlandbereich der Stadt Flensburg ausgewiesen. In den Regionalplänen können,	**Entwicklungs- und Entlastungsorte:** Das Instrument der Entwicklungs- und Entlastungsorte soll gemäß Kapitel 3.4 zur Entlastung verdichteter Bereiche beitragen. Damit sind vorrangig die Ordnungs- und Verdichtungsräume gemeint. Die Voraussetzungen sind daher im Flensburger Umland

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	ergänzend zu den im LEP festgelegten Schwerpunkten, weitere Gemeinden für eine besondere wohnbauliche und gewerbliche Entwicklung festgelegt werden. Die Gemeinden müssen hierfür bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Die Eignung soll durch ein gesamträumliches Konzept ermittelt werden. Schon der Entwurf des Regionalplanes erkennt eine gesonderte Rolle der Gemeinde Husby; Kapitel 5.1 Nahbereich Flensburg -Auszug- *„Im Nahbereich verfügt die Gemeinde Husby über eine gute Ausstattung und durch den Bahnhaltepunkt über eine günstige Verkehrsanbindung. Im Rahmen der Stadt-Umland-Kooperation kann geprüft werden, ob sich die Gemeinde Husby für eine verstärkte Siedlungsentwicklung eignet. Auf die Vorgaben des Landesentwicklungsplans 2021 wird verwiesen.“* Als auch in der Stellungnahme des Kreises Schleswig-Flensburg ist ersichtlich, dass hier zumindest für die Gemeinde Husby eine gesonderte Funktion angezeigt ist - Auszug - *"In der Folge ist nicht zu erkennen, ob die Landesplanung hier tatsächlich ein raumordnendes Interesse verfolgt, aber die entsprechenden Instrumente fehlen. Mit Blick auf die Gemeinde Husby würde sich aus Sicht des Kreises beispielsweise auch ein raumplanerisches Instrument im Sinne der Entlastungsorte nach Ziffer 3.4 des LEPs anbieten, um hier eine adäquate regionalplanerische Möglichkeit zu finden.* *Ebenso wird erwartet, dass die Standortentscheidung für das Flensburger [redacted] bei der Einstufung der Bedeutung des südöstlichen Stadtumlandbereichs Flensburg berücksichtigt und insbesondere mit Entwicklungsabsichten im Amt Hürup verschnitten wird.* *Hierdurch wird sich eine spürbare, verstärkte Wohnentwicklung ergeben, die insbesondere in den infrastrukturell gut ausgestatteten Gemeinden Hürup und Husby zu einer verstärkten Nachfrage führen wird.*" Das Oberzentrum Flensburg ist vom Amt Hürup am 24.08.2023 und in einem gesonderten Termin am 27.09.2023 von der Gemeinde Husby über die Entwicklungen und die Bestrebungen zur Anerkennung einer gesonderten Rolle informiert worden. Die Information und Einbindung des Umlandes erfolgte am 06.11.2023 im Rahmen einer Zusammenkunft des Umlandforums. Es muss der Gemeinde ermöglicht werden, dass auch im ländlichen Bereich Wohnraum für alle Altersgruppen und Einkommensschichten	nicht gegeben. Der Stellungnahme wird diesbezüglich nicht gefolgt. **Wohnbaulicher Entwicklungsrahmen:** Der wohnbauliche Entwicklungsrahmen ist nicht Gegenstand das Regionalplans, sondern wird im Rahmen des Landesentwicklungsplans (Kapitel 3.6.1 Absatz 3 (Z) LEP 2021) festgesetzt. Gleiches gilt für Möglichkeiten zur Abweichung vom wohnbaulichen Entwicklungsrahmen, diese werden in den Kapiteln 3.6 und 3.9 LEP 2021 aufgezeigt. Ergänzend wird hinsichtlich einer Öffnung des wohnbaulichen Entwicklungsrahmens auf die diesbezügliche Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes hingewiesen. Die weiteren Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. **Gemeinde Husby:** Gemäß Kapitel 3.2 Absatz 1 LEP 2021 können in den Stadt- und Umlandbereichen Gemeinden für eine stärkere wohnbauliche Entwicklung in den Regionalplänen festgelegt werden, Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass diese Festlegungen durch interkommunale Vereinbarungen (siehe Kapitel 3.8 LEP) gesichert werden. Diese Voraussetzung ist derzeit im Stadt- und Umlandbereich für die Gemeinde Husby nicht erfüllt. Daher wird der Gemeinde Hubsy keine besondere Funktion zugewiesen. Die positive Entwicklung der Gemeinde wird dennoch zur Kenntnis genommen und begrüßt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	entstehen kann. Hier bedarf es einer grundlegenden Flexibilisierung der landesplanerischen Instrumente. Als erste Schritte zur Öffnung des wohnbaulichen Entwicklungsrahmens muss es eine Verringerung der anteiligen Anrechnung von Wohneinheiten im Geschosswohnungsbau geben. Die Anrechnungsquote sollte mindestens halbiert werden. Gerade im Bereich des sozialen Wohnraumförderung sollte eine Anrechnung auf den Entwicklungsrahmen **komplett** entfallen. Im aktuellen Regionalplan für den ehemaligen Planungsraum V sind für alle Gemeinden des Amtes **keine** planerischen Funktionen vorgesehen. Anhand der Faktenlage ist nachweisbar, dass die Gemeinde Husby seit mehreren Jahren die Voraussetzungen zur Einstufung als Zentraler Ort erfüllt. Die Deckung des Grundbedarfs, d. h. der Bedarf an Gütern und Dienstleistungen des kurzfristigen täglichen Bedarfs, wird für Husby und den Nachbarbereich hier erfüllt. Näheres ist hierzu auch detailliert im beigefügten aktuellen Amtsentwicklungsplan für das Amt Hürup 2040 (S. 90 ff) festgeschrieben. Unbestritten ist, dass nicht nur die umliegenden Gemeinden aus dem Amtsbereich sondern auch die Nachbargemeinden aus dem angrenzenden Amtsbereich Langballig die Einrichtungen in Husby nutzen. Die zentrale Lage zwischen den Ämtern - entlang einer potentiellen Siedlungsachse- und die vorhandenen infrastrukturellen Einrichtungen in Husby stellen sicher, dass sich die Gemeinde Husby auch in Zukunft als Schwerpunkt des Amtes Hürup weiter entwickeln wird. Hierzu sei noch erwähnt, dass Husby bis Mitte der 1990er Jahre eine gesonderte Wohnfunktion hatte. Im Rahmen des Modellprojektes „LaSiVerMob“ wurden nach intensiver gutachterlicher Vorarbeit auf Initiative der Regionalentwicklung des Kreises Schleswig-Flensburg „Ankerorte“ mit allen wesentlichen Kriterien für die Versorgung identifiziert, die auch langfristig eine möglichst stabile Situation aufweisen. Um die „Ankerorte“ wurden Versorgungsräume definiert, in denen gemeinsame Bemühungen zur Sicherung der Versorgungssituation in den „Ankerorten“ unternommen, gestärkt und intensiviert werden sollen. Dieser Ansatz setzt auf Kooperation und soll dadurch die Versorgung in allen Teilräumen und für alle Bewohner verbessern.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Neben den „Zentralen Orten“ wurden weitere „Ankerorte“ aufgrund ihrer infrastrukturellen Ausstattung klassifiziert, in denen künftig die Versorgungssituation vordringlich gestärkt werden soll. **Auch hier wurde aufgrund ihrer guten Infrastruktur die Gemeinde Husby als „Ankerort“ identifiziert**. Im Bewertungsranking von LaSiVerMob nimmt die Gemeinde Husby unter allen Ankerorten des Kreises Schleswig-Flensburg den zweiten Rang ein. Die Punktwerte der Gemeinden mit Funktionen im zentralörtlichen System sind in dieser Bewertung verdeckt. Eine Abschätzung ergibt aber, dass die Gemeinde Husby wenigstens die Hälfte der im Kreis Schleswig-Flensburg beheimateten ländlichen Zentralorte im Ranking überflügelt. **Bei dieser Faktenlage ist es unumgänglich, dass in einem neuen - realitätsnahen - Regionalplan sowohl die Wohn- als auch die Gewerbefunktion für die Gemeinde Husby festgeschrieben wird.** Gemeinsam mit dem Oberzentrum Flensburg und der [redacted] sind alle Gemeinden des Amtes Hürup bestrebt, zur Deckung der Nachfrage ein interkommunales Gewerbegebiet auszuweisen. Nunmehr besteht die Möglichkeit ein passendes Grundstück in der Gemeinde Freienwill für diese Entwicklung zu erwerben. **Anmerkung:** Unabhängig davon ist es in Ergänzung zu einem bereits vorhandenen Gewerbegebiet in Husby erforderlich, insbesondere mit der Zielsetzung zur Erweiterung und Ansiedlung ortsangemessener Betriebe aber auch zur Deckung des darüber hinausgehenden Bedarfs eine Flächenvorsorge zu treffen.	
Institution: [redacted] Keine Abteilung **ID: 1107**	**[Südermarsch b. Husum]** **3) Stadt- und Umlandbereich im ländlichen Raum** Kapitel 3.2 sieht als Ziele der Raumordnung in Stadt- und Umlandbereichen bestimmter Zentraler Orte eine besondere Wohnfunktion beziehungsweise besondere Gewerbefunktionen vor. Aufgrund der Festlegung als Ziel der Raumordnung möchten wir betonen, dass insbesondere in Randbereichen dieser Stadt- und Umlandbereichen unter Einhaltung entsprechender Abstände weiterhin eine Festlegung von Windenergiegebieten möglich sein muss. Es liegt insofern kein entgegenstehendes Ziel der Raumordnung vor, weil eine solche Festlegung von Windenergiegebieten auch die Stadt- und Umlandbereiche mit der besonderen Wohnfunktionen beziehungsweise Gewerbefunktion nicht maßgeblich	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet.

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	einschränkt. Diese jeweilige Funktion kann weiterhin erfüllt werden und muss für die als Stadt- und Umlandbereich genannten Gemeinden nicht in jeder Ortsrandlage zu einer entsprechenden Ausdehnung der Gemeinde führen. Dies wird etwa bei Berücksichtigung der Fläche der Anlage 1 als Windenergiegebiet deutlich, welche die Funktion des Stadt- und Umlandbereiches nicht tangiert. Zur Vermeidung planerischer Widersprüche aufgrund der Ausklammerung der Windenergie bitten wir um Bestätigung, dass seitens der Landesplanung ebenfalls kein Zielkonflikt gesehen wird. Sofern dies anders gesehen würde, wäre bereits aktuell der Konflikt durch Aufnahme einer Zielausnahme nach § 6 Abs. 1 ROG zu lösen. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die in Anlage 1 benannte Fläche im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren.	Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 3.2 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted] **Keine Abteilung** **ID: 1085**	**[Gemeinde Schuby]** **Stadt- und Umlandbereich im ländlichen Raum** Kapitel 3.2 Absatz 1 und 2 sieht als Ziele der Raumordnung in Stadt- und Umlandbereichen bestimmter Zentraler Orte eine besondere Wohnfunktion beziehungsweise besondere Gewerbefunktionen vor. Aufgrund der Festlegung als Ziel der Raumordnung möchten wir betonen, dass insbesondere in Randbereichen dieser Stadt- und Umlandbereichen unter Einhaltung entsprechender Abstände weiterhin eine Festlegung von Windenergiegebieten möglich sein muss. Es liegt insofern kein entgegenstehendes Ziel der Raumordnung vor, weil eine solche Festlegung von Windenergiegebieten auch die Stadt- und Umlandbereiche mit der besonderen Wohnfunktionen beziehungsweise Gewerbefunktion nicht maßgeblich einschränkt. Diese jeweilige Funktion kann weiterhin erfüllt werden und muss für die als Stadt- und Umlandbereich genannten Gemeinden nicht in jeder Ortsrandlage zu einer entsprechenden Ausdehnung der Gemeinde führen. Dies wird etwa bei Berücksichtigung der Fläche PR1_SLF_108 als Windenergiegebiet deutlich, welche die Funktion des Stadt- und Umlandbereiches nicht tangiert. Zur Vermeidung planerischer Widersprüche aufgrund der Ausklammerung der Windenergie bitten wir um Bestätigung, dass seitens der Landesplanung ebenfalls kein Zielkonflikt	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 3.2 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	gesehen wird. Sofern dies anders gesehen würde, wäre bereits aktuell der Konflikt durch Aufnahme einer Zielausnahme nach § 6 Abs. 1 ROG zu lösen. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die Fläche PR1_SLF_108 im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren.	
Institution: [redacted], Keine Abteilung **ID: 1066**	**[Gemeinde Schaalby]** **2) Stadt- und Umlandbereich im ländlichen Raum** Kapitel 3.2 Absatz 1 und 2 sieht als Ziele der Raumordnung in Stadt- und Umlandbereichen bestimmter Zentraler Orte eine besondere Wohnfunktion beziehungsweise besondere Gewerbefunktionen vor. Aufgrund der Festlegung als Ziel der Raumordnung möchten wir betonen, dass insbesondere in Randbereichen dieser Stadt- und Umlandbereichen unter Einhaltung entsprechender Abstände weiterhin eine Festlegung von Windenergiegebieten möglich sein muss. Es liegt insofern kein entgegenstehendes Ziel der Raumordnung vor, weil eine solche Festlegung von Windenergiegebieten auch die Stadt- und Umlandbereiche mit der besonderen Wohnfunktionen beziehungsweise Gewerbefunktion nicht maßgeblich einschränkt. Diese jeweilige Funktion kann weiterhin erfüllt werden und muss für die als Stadt- und Umlandbereich genannten Gemeinden nicht in jeder Ortsrandlage zu einer entsprechenden Ausdehnung der Gemeinde führen. Dies wird etwa bei Berücksichtigung der abgelehnten Wind-Potenzialfläche PR1-SLF-095 als Windenergiegebiet deutlich, welche die Funktion des Stadt- und Umlandbereiches nicht tangiert. Zur Vermeidung planerischer Widersprüche aufgrund der Ausklammerung der Windenergie bitten wir um Bestätigung, dass seitens der Landesplanung ebenfalls kein Zielkonflikt gesehen wird. Sofern dies anders gesehen würde, wäre bereits aktuell der Konflikt durch Aufnahme einer Zielausnahme nach § 6 Abs. 1 ROG zu lösen. Wir bitten um Beachtung dieser Belange, um keine Hindernisse für die benannte Wind-Potenzialfläche im Zusammenhang mit der angestrebten Aktualisierung der Regionalplanung für die Windenergie in Schleswig-Holstein zu generieren.	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Eine Ergänzung der Begründung von Kapitel 3.2 hinsichtlich der Windenergienutzung ist daher nicht erforderlich. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Bei Rückfragen oder für eine Übersendung der genauen GIS-Daten stehen wir gerne zur Verfügung.	
Institution: Gemeinde Harrislee ID: M1126	Wie konkret eine Ausgestaltung einer interkommunalen Vereinbarung hinsichtlich der Wohn- und Gewerbefunktion der Gemeinde Handewitt erfolgen soll (gern. Ziff. 3.2.1 und 2Z) sollte einem intensiven Austausch zwischen den Beteiligten bei entsprechender Begleitung durch die Landesplanung vorbehalten bleiben. Inwieweit hierfür zwingend eine interkommunale Vereinbarung die Grundlagen bilden soll, wäre entsprechend herauszuarbeiten. Grundsätzlich sollten entsprechende Funktionen einvernehmlich festgelegt werden.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Auf Kapitel 3.2 Absatz 1 sowie Kapitel 3.8 LEP 2021 wird verwiesen.
Institution: Industrie und Handelskammer zu Flensburg, Standortpolitik /Beitragsabteilung / Finanzbuchhaltung ID: 1067	**Teil B; Regionale Siedlungsstruktur; 3.2 Besondere Funktion von Gemeinden ohne zentralörtliche Funktion** In Bezug auf Abschnitt 3.2 regen wir Folgendes an: In den Regionalplänen werden erstmals geeigneten Gemeinden in den Ordnungsräumen sowie in den Stadt- und Umlandbereichen in ländlichen Räumen eine besondere Wohnfunktion zugeordnet. Wir begrüßen, dass damit der Bedarf an zusätzlichem Wohnraum in den entsprechenden Bereichen anerkannt und mit diesem Instrument eine flexible Regelung gefunden wird. Auch wenn diese Einstufung insbesondere der Entlastung der nächstgelegenen zentralen Orte dient, kann sie auch im Ort selbst oder den benachbarten Kommunen einen Arbeitsplatzbedarf auslösen. Zumal kurze Wege zwischen Wohnen und Arbeiten anzustreben sind. Daher regen wir an, dass es auch bei der gewerblichen Entwicklung der Gemeinden mit besonderer Wohnfunktion - ggf. in Kooperation mit benachbarten Gemeinden - zu einer gewissen Flexibilität bei der gewerblichen Entwicklung kommen sollte. An der Westküste Schleswig-Holsteins entwickelt sich durch den wichtiger gewordenen Standortfaktor `Verfügbarkeit von regenerativer Energie` eine verstärkte Nachfrage nach gewerblich nutzbaren Flächen. Dieser neuen Lagegunst sollte mit Hilfe der Kategorie Gemeinde mit besonderer Gewerbefunktion begegnet werden; neben den Zentralen Orten sollten Gemeinden dieses Typs im Kreis Nordfriesland die Verfügbarkeit von Gewerbegebieten verbessern, um die Wertschöpfungskette in Bezug auf die Grüne Energie vor Ort auszubauen.	Gemäß LEP 2021 können in den Regionalplänen in den Stadt- und Umlandbereichen im ländlichen Raum Gemeinden oder Ortsteile von Flächengemeinden benannt werden, die sich in Ergänzung zu den Zentralen Orten besonders für eine Wohn- und/oder Gewerbeentwicklung eignen (siehe Kapitel 3.2 Absatz 1 beziehungsweise Kapitel 3.8 LEP 2021). Auf Kapitel 3.7 Absatz 1 LEP 2021 wird zudem verwiesen, wonach alle Gemeinden unter Beachtung ökologischer und landschaftlicher Gegebenheiten eine bedarfsgerechte Flächenvorsorge für die Erweiterung ortsansässiger Betriebe sowie die Ansiedlung ortsangemessener Betriebe treffen können. Die Frage der Ansiedlung und der Kriterien für energieintensive Gewerbe- und Industriebetriebe und deren Standorte in Verbindung mit Energieinfrastruktur ist nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans, entsprechende Kriterien sind aus dem LEP 2021 nicht abzuleiten. Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren werden raumordnerische Vorgaben

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
		zum Ausbau von Gewerbe entlang von Energieinfrastrukturen geprüft und gegebenenfalls festgelegt. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Kreises Schleswig-Flensburg, Fachdienst Umwelt ID: M1123	<u>Ziffer 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung</u> Auch wenn die Ausweisung nicht Teil des Regionalplans ist, muss in Verbindung mit Ziffer 3.1 „Zentrale Orte und Stadtrandkerne“ hinterfragt werden, ob die Gemeinde Handewitt einem Stadtrandkern II. Ordnung entspricht. Ausgehend von den Ausführungen in B zu 1 bietet die Gemeinde eine umfassende raumplanerische Grundlage und versorgt darüber hinaus einen Bevölkerungsanteil, der einer Ausweisung gerecht wird. Die Gemeinde Handewitt wäre genauso wie die Gemeinde Harrislee unabhängig von dieser Ausweisung ein Partner der Stadt-Umland-Kooperation Flensburg und somit in die bestehenden Strukturen eingebunden. Der Kreis fordert für die Gemeinde Medelby eine Ausweisung als Gemeinde mit einer ergänzenden überörtlichen Versorgungsfunktion im Sinne des Ziels 3. Sowohl das Bundesmodellvorhaben „LaSiVerMob“ als auch die Datengrundlage des Landes zeigen, dass sich die Gemeinde für eine Versorgungsfunktion eignet. Gleichzeitig wurde von den Umlandgemeinden eine interkommunale Kooperation geschlossen, die sich auf die Gemeinde Medelby als Entwicklungsort verständigt. Ausgehend von dieser Basis kann nicht nachvollzogen werden, dass hier keine Ausweisung erfolgt. Aus Sicht des Kreises sollten die Wohnfunktionen der Gemeinden Schuby und Fahrdorf im Stadt-Umland-Bereich Schleswig erhalten bleiben. Um die Wohnungsbauentwicklung nachhaltig und widerstandsfähig und sich als Region zukunftsfähig aufzustellen, sollten Entwicklungsimpulse in den geeigneten Gemeinden gesetzt werden. Der vorliegende Regionalplan macht dies nun von einer Kooperationsvereinbarung abhängig. Die Gemeinden Schuby und Fahrdorf haben sich ausgehend von der letzten Regionalplanausweisung über die letzten zwei Jahrzehnte bereits in einer entsprechend stärkeren Weise entwickelt als die anderen Gemeinden im Stadt-Umland-Bereich. Dies hat unter anderem zu einer stärkeren Infrastruktur in den Gemeinden geführt, wodurch sich die Gemeinden auch hinsichtlich der Daseinsvorsorge entsprechend aufstellen. Der neue Regionalplan verzichtet auf dieses raumplanerische Instrument und somit auf alle	**Gemeinde Handewitt:** Die Zentralen Orte und Stadtrandkerne werden nicht im Regionalplan festgelegt, sondern gemäß § 24 Absatz 3 Landesplanungsgesetz in einer Landesverordnung. Die Festlegungen der Landesverordnung werden in den Regionalplan übernommen. Nach der geltenden Verordnung zum Zentralörtlichen System (zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.07.2024) ist die Gemeinde Handewitt nicht als Zentraler Ort oder Stadtrandkern festgelegt. **Gemeinde Medelby:** Im ländlichen Raum können gemäß Absatz 2 Kapitel 3.2 LEP 2021 Gemeinden oder Ortsteile von Flächengemeinden, die in den ländlichen Räumen außerhalb der Stadt- und Umlandbereiche sowie außerhalb der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung liegen, eine ergänzende überörtliche Versorgungsfunktion zugewiesen bekommen. Sie sollten über ein nennenswertes Angebot an Versorgungseinrichtungen mit Gütern und Dienstleistungen des kurzfristigen, täglichen Bedarfs sowie Arbeitsplätze insbesondere im Handwerk und im Dienstleistungsbereich verfügen. Sie sind ergänzende Schwerpunkte für Wohnungsbau und Gewerbe in den ländlichen Räumen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	raumplanerischen Instrumente im Stadt-Umland-Bereich Schleswig (bekanntermaßen bezieht sich die Ausweisung des [redacted] auf die A7 als Landesentwicklungsachse und nicht auf Schleswig als Mittelzentrum). Die wohnbauliche Entwicklung sollte aber, unabhängig von der vorherrschenden regionalen Einigkeit im Stadt-Umland-Bereich Schleswig, dass Schuby und Fahrdorf die geeigneten Gemeinden darstellen, an den sinnvollen Punkten gesetzt werden und nicht nur auf einer Kooperationsvereinbarung basieren. Ähnlich wie auch unter Ziel 2 zu Wees genannt, sollte diese Vorgehensweise möglichst durch eine interkommunale Vereinbarung gesichert werden, aber nicht im entgegengesetzten Prinzip die Kooperation eine Voraussetzung für eine sinnvolle regionalplanerische Steuerung darstellen. Das Amt Arensharde hat ein Arbeitspapier für den Stadt-Umland-Bereich Schleswig verfasst, in dem unterschiedliche Strukturdaten zusammengetragen wurden. Dieses Papier liegt der Landesplanung vor. Ausgehend von den vorliegenden Daten wird ersichtlich, dass Schuby neben einer Wohn- auch eine Gewerbefunktion zugewiesen werden sollte, um die gewerbliche Entwicklung neben dem [redacted] Schleswig-Schuby auch in der Ortslage zu sichern und zu entwickeln. Entsprechende Flächenpotentiale sind nach Kenntnisstand des Kreises vorhanden. Der Kreis sieht den Umgang mit den möglichen Siedlungsachsen ausgehend von Ziffer 3.3 Grundsatz 2 des LEPs kritisch. Bereits auf der Ebene des LEPs muss der Landesplanung bewusst gewesen sein, dass eine Ausweisung von Siedlungsachsen entlang von schienengebundener Infrastruktur im Stadt-Umland-Bereich Flensburg nicht möglich sein wird bzw. nicht zielführend ist. Dass dieses Instrument dann zur Diskussion gestellt wird, aber keine anderen ÖPNV-Träger in Form gut ausgebauter und im RNVP gesicherter Buslinien herangezogen werden, ist nicht nachzuvollziehen. In der Folge ist nicht zu erkennen, ob die Landesplanung hier tatsächlich ein raumordnendes Interesse verfolgt, aber die entsprechenden Instrumente fehlen. Mit Blick auf die Gemeinde Husby würde sich aus Sicht des Kreises beispielsweise auch ein raumplanerisches Instrument im Sinne der Entlastungsorte nach Ziffer 3.4 des LEPs anbieten, um hier eine adäquate regionalplanerische Möglichkeit zu finden. Ebenso wird erwartet, dass die Standortentscheidung für das Flensburger [redacted] bei der Einstufung der Bedeutung des südöstlichen Stadtumlandbereichs Flensburg berücksichtigt und insbesondere mit Entwicklungsabsichten im Amt Hürup verschnitten wird. Hierdurch wird sich eine spürbare,	Die Ausführungen der Stellungnahme wurden eingehend geprüft. Dies betrifft insbesondere die Angaben zur vorhandenen Infrastruktur. Ein Vergleich mit den dem ersten Entwurf zu Grunde liegenden Daten zur Infrastruktur (Quelle: Landesweite Erfassung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen und Versorgungseinrichtungen einzelner Gemeinden und Ortsteile, GGR, Aktualisierung 2020) hat kleinteilige Abweichungen ergeben, die im Ergebnis zu einer etwas höheren Bewertung der Ausstattung der Gemeinde Medelby führen würden. Im Vergleich zu den anderen Orten mit ergänzender überörtlicher Versorgungsfunktion verfügt die Gemeinde Medelby jedoch weiterhin nur über eine Ausstattung auf niedrigem Niveau. Auch die Einwohnerzahl der Gemeinde liegt trotz Zuwachs in den letzten Jahren deutlich hinter den Funktionsgemeinden. Auch ist vor dem Hintergrund der geringen Nähe zum ländlichen Zentralort Schafflund sowie zur Gemeinde Ladelund nicht von einer Unterversorgung des Raumes auszugehen, die einer weiteren regionalplanerischen Funktionszuordnung bedarf. Dem Wunsch der Gemeinde zur Einstufung als Gemeinde mit ergänzender überörtliche Versorgungsfunktion wird daher nicht entsprochen. **Gemeinden Fahrdorf und Schuby:** Die Vergabe von besonderen Funktion soll im Stadt- und Umlandbereich grundsätzlich von den regionalen Akteuren im Konsens getragen werden. Von entscheidender Bedeutung ist dabei die Einbindung des betroffenen zentralen Ortes. Hierfür sieht der LEP die Möglichkeit von interkommunalen Vereinbarungen

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	verstärkte Wohnentwicklung ergeben, die insbesondere in den infrastrukturell gut ausgestatteten Gemeinden Hürup und Husby zu einer verstärkten Nachfrage führen wird. Aus Sicht des Kreises Schleswig-Flensburg fehlen im Regionalplan raumplanerische Instrumente für das nördliche Schleswig-Holstein, um den aktuellen, absehbaren und zukünftigen Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels aber auch des Klimawandels auf die Siedlungsstruktur zu begegnen.	vor (siehe Kapitel 3.8 LEP 2021). Dies setzt allerdings auch eine Initiative der regionalen und kommunalen Akteure voraus. Vor diesem Hintergrund hält die Landesplanung an dem Erfordernis interkommunaler Vereinbarungen fest. In der Stadt- und Umlandkooperation Schleswig wird derzeit eine neue interkommunale Vereinbarung für eine abgestimmte wohnbauliche und gewerbliche Entwicklung in der Region in enger Abstimmung mit der Landesplanung erarbeitet. Die Gemeinden Schuby, Schaalby und Fahrdorf sind darin für eine stärkere wohnbauliche und/oder gewerbliche Entwicklung vorgesehen. Zum Redaktionsschluss hatte die Vereinbarung jedoch noch keinen final abgestimmten Stand, so dass den Anregungen zur Ausweisung von besonderen Funktionen im Stadt- und Umlandbereich Schleswig derzeit noch nicht gefolgt werden kann. Die Formulierungen im Kapitel Raumstruktur sowie im Kapitel 5 Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden werden jedoch entsprechend angepasst. **Siedlungsachsen:** Der LEP enthält hierzu in Kapitel 3.3 Absatz 2 einen Prüfauftrag an die Regionalplanung. Im Zuge des Verfahrens zur Neuaufstellung des Regionalplans wurde dieser Prüfauftrag ergebnisoffen, unter anderem auch im Rahmen der regelmäßig mit dem Kreis Schleswig-Flensburg stattfindenden Planerrunden, geprüft. Die vorgetragenen Ausführungen können insofern nicht nachvollzogen werden. **Gemeinde Husby und Hürup:**

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
		Das Instrument der Entwicklungs- und Entlastungsorte soll gemäß Kapitel 3.4 LEP 2021 zur Entlastung verdichteter Bereiche beitragen. Damit sind vorrangig die Ordnungs- und Verdichtungsräume gemeint. Die Voraussetzungen sind daher im Flensburger Umland nicht gegeben. Der Stellungnahme wird diesbezüglich nicht gefolgt. Die weiteren Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Gemäß Kapitel 3.2 Absatz 1 können in den Stadt- und Umlandbereichen Gemeinden für eine stärkere wohnbauliche Entwicklung in den Regionalplänen festgelegt werden, Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass diese Festlegungen durch interkommunale Vereinbarungen (siehe Kapitel 3.8 LEP) gesichert werden. Diese Voraussetzung ist derzeit im Stadt- und Umlandbereich für die Gemeinden Husby und Hürup nicht erfüllt. Daher wird diesen Gemeinden keine besondere Funktion zugewiesen. Der Stellungnahme wird daher nicht gefolgt. **Folgen von Klima- und Gesellschaftswandel:** Aus Sicht der Landesplanung werden die im Kapitel 2.5 im Regionalplan vorgesehenen Regelungen zum Umgang mit den zu erwartenden Folgen durch den Klimawandel im Hinblick auf den Küstenschutz sowie die Ausführungen im Teil A als ausreichend angesehen. Die Vereinbarkeit von raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen, vor allem mit den Belangen des Küstenschutzes, wird auf den nachfolgenden Planungsebenen beziehungsweise der Genehmigungsebene letztendlich durch die zuständigen Fachbehörden festgestellt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
		Es wird darüber hinaus auf die geltenden Aussagen des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2021 im Kapitel 6.1 (Klimaschutz und Klimaanpassung) hingewiesen. Bezüglich der Herausforderungen aufgrund des demographischen Wandels wird auf die Inhalte unter anderem in den Kapiteln 3.6.1, 3.9, 5 (Begründung) und 5.3 des LEP 2021 sowie im Teil A des Regionalplanentwurfs verwiesen.
Institution: Amt Langballig, Keine Abteilung **ID: 1065**	Glücksburg als Stadtrandkern II. Ordnung ist räumlich begrenzt und die Gemeinde Wees, direkt angrenzend an Flensburg an der B199, erfüllt bzw. übernimmt entsprechende Funktionen (Gewerbe, Dienstleistungen, Wohnen Einkaufen/Grundversorgung, Bank, Ärzte, Seniorenwohnanlage, Kindertagesstätten, Grundschule, etc.) Die Gemeinde soll daher nach Auffassung der Gemeindevertretung zusätzlich eine planerische Wohnfunktion erhalten.	Gemäß Kapitel 3.2 Absatz 1 können in den Stadt- und Umlandbereichen Gemeinden für eine stärkere wohnbauliche Entwicklung in den Regionalplänen festgelegt werden, Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass diese Festlegungen durch interkommunale Vereinbarungen (siehe Kapitel 3.8 LEP) gesichert werden. Diese Voraussetzung ist derzeit im Stadt- und Umlandbereich für die Gemeinde Wees nicht erfüllt. Daher wird der Gemeinde Wees keine besondere Wohnfunktion zugewiesen.
Institution: Amt Schafflund, Bau- und Serviceabteilung **ID: 1061**	Seite 142 des 1. Entwurfes des Regionalplanes I enthält u.a. folgende Passagen: "*Im nördlichen Nahbereich verfügt die Gemeinde Medelby über eine überdurchschnittliche infrastrukturelle Ausstattung unterhalb der zentralörtlichen Ebene. Die Gemeinden im Kirchspiel Medelby -Holt, Jardelund, Medelby, Osterby und Weesby - haben einen gemeinsamen Zweckverband für die wohnbauliche und gewerbliche Entwicklung gegründet, mit dem Ziel, die Siedlungsentwicklung in der Gemeinde Medelby zu konzentrieren.*" Die Gemeinde Medelby ist der Auffassung, dass die bestehende infrastrukturelle Ausstattung nicht unterhalb der zentralörtlichen Ebene einzuordnen ist. Diese Auffassung vertritt im Übrigen auch der Kreis Schleswig-Flensburg in seiner Stellungahme zum 1. Entwurf des Regionalplanes 1. „*Gleichzeitig führt aber auch eine Nutzung dieser immer wieder reflexartig geforderten interkommunalen Vereinbarung nicht dazu, dass raumplanerische Instrumente als Entwicklungsimpulse genutzt werden. Die Gemeinden*	Zunächst wird darauf hingewiesen, dass die Zentralen Orte und Stadtrandkerne nicht im Regionalplan festgelegt werden, sondern gemäß § 24 Absatz 3 Landesplanungsgesetz in einer Landesverordnung. Die Festlegungen der Landesverordnung werden in den Regionalplan übernommen. Nach der geltenden Verordnung zum Zentralörtlichen System (zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.07.2024) ist die Gemeinde Medelby nicht als Zentraler Ort oder Stadtrandkern festgelegt. Im ländlichen Raum können gemäß Absatz 2 Kapitel 3.2 LEP 2021 Gemeinden oder Ortsteile von Flächengemeinden, die in den ländlichen Räumen

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	des Kirchspiels Medelby haben sich über eine interkommunale Vereinbarung verständigt, dass die Gemeinde Medelby das Zentrum der zukünftigen Entwicklung darstellt. Angesichts der Untersuchungen des Kreises Schleswig-Flensburg über ein Modellvorhaben des Bundes „LaSiVerMob" kann diese Entwicklung, ebenso wie Husby, hinsichtlich der Daseinsversorge und nachhaltigen Entwicklung des Raumes nur begrüßt und unterstützt werden. Die Landesplanung entscheidet sich hier jedoch, keine besondere Funktion für Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung auszuweisen, obwohl die interkommunale Kooperation sowie Datengrundlage nach Kenntnisstand des Kreises diese zulassen würde." Die Gemeinde Medelby genauso wie meine Bürgermeisterkollegen im Kirchspiel unterstützen diese Auffassung und Einschätzung des Kreises Schleswig-Flensburg. Zur weiteren Untermauerung unserer Argumentation und die des Kreises Schleswig-Flensburg für die Zuweisung einer ergänzenden überörtlichen Versorgungsfunktion, füge ich eine entsprechende rechtliche Würdigung der [redacted] bei. Die von [redacted] in 04/2022 festgestellten Bewertungsschwerpunkte, die für eine Zuweisung einer ergänzenden überörtlichen Versorgungsfunktion sprechen, werden von der Gemeinde Medelby vollständig geteilt: • Medelby ist im Kirchspiel das Ankerzentrum und bietet aufgrund der bestehenden Infrastruktur wohnortnah Versorgungs- und Arbeitsmöglichkeiten für die mit ihr verbundenen Gemeinden. • Medelby nimmt die Versorgungsfunktion für das gesamte Kirchspiel wahr. Die bereits vorhandene Infrastruktur in Medelby ist jetzt schon grundsätzlich mit derjenigen vergleichbar, die in Gemeinden mit einer ergänzenden überörtlichen Versorgungsfunktion anzutreffen ist (z.B. wie Gemeinden Langenhorn, Langballig, Ladelund, Risum-Lindholm usw.). • Die Bewertung der örtlichen Situation ist von gewichtiger Bedeutung. Vergleiche zu anderen Gemeinden zeigen, dass eine ganze Reihe von Kommunen als zentrale Orte festgelegt bzw. mit einer ergänzenden überörtlichen Versorgungsfunktion versehen wurden, die deutlich näher zu einem Mittelzentrum oder Oberzentrum gelegen sind als Medelby - Gebot der fairen Gleichbehandlung -.	außerhalb der Stadt- und Umlandbereiche sowie außerhalb der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung liegen, eine ergänzende überörtliche Versorgungsfunktion zugewiesen bekommen. Sie sollten über ein nennenswertes Angebot an Versorgungseinrichtungen mit Gütern und Dienstleistungen des kurzfristigen, täglichen Bedarfs sowie Arbeitsplätze insbesondere im Handwerk und im Dienstleistungsbereich verfügen. Sie sind ergänzende Schwerpunkte für Wohnungsbau und Gewerbe in den ländlichen Räumen. Die Ausführungen der Stellungnahme wurden daher eingehend geprüft. Dies betrifft insbesondere die Angaben zur vorhandenen Infrastruktur. Ein Vergleich mit den dem ersten Entwurf zu Grunde liegenden Daten zur Infrastruktur (Quelle: Landesweite Erfassung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen und Versorgungseinrichtungen einzelner Gemeinden und Ortsteile, GGR, Aktualisierung 2020) hat kleinteilige Abweichungen ergeben, die im Ergebnis zu einer etwas höheren Bewertung der Ausstattung der Gemeinde Medelby führen würden. Im Vergleich zu den anderen Orten mit ergänzender überörtlicher Versorgungsfunktion verfügt die Gemeinde Medelby jedoch weiterhin nur über eine Ausstattung auf niedrigem Niveau. Auch die Einwohnerzahl der Gemeinde liegt trotz Zuwachs in den letzten Jahren deutlich hinter den Funktionsgemeinden. Auch ist vor dem Hintergrund der geringen Nähe zum ländlichen Zentralort Schafflund sowie zur Gemeinde Ladelund nicht von einer Unterversorgung des Raumes auszugehen, die einer weiteren regionalplanerischen

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	• Die Gemeinde Medelby hat deshalb für die Versorgung in dem Gebiet der Kirchspielgemeinden eine besondere Funktion. Diese wird auch in dem Abschlussbericht von August 2018 zu dem Modellvorhaben des Kreises Schleswig--Flensburg „langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität in ländlichen Räumen" (LaSiVerMob) anerkannt und hervorgehoben. • Die aufgezählten Aspekte haben u.a. im Vorfeld dazu geführt, dass man sich in unserem Lebensraum auf den Abschluss einer interkommunalen Vereinbarung verständigt hat, die Medelby als Zentrum der zukünftigen Entwicklung darstellt. Die Gemeinde Medelby bittet und erwartet daher auch eine sachgerechte und nachvollziehbare Bewertung unseres Antrages auf Zuweisung einer ergänzenden überörtlichen Versorgungsfunktion. Dieser Antrag wird auch vor dem Hintergrund der beabsichtigten Neufassung der entsprechenden Landesverordnung zum Zentralörtlichen System gestellt.	Funktionszuordnung bedarf. Dem Wunsch der Gemeinde zur Einstufung als Gemeinde mit ergänzender überörtliche Versorgungsfunktion wird daher nicht entsprochen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1056	**[Gemeinde Stapel]** **Teil B, 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung:** Für Schleswig-Flensburg sollte die Gemeinde Stapel eine zentralörtliche Einstufung erhalten. Durch die Zusammenlegung der beiden Ortsteile Süderstapel (Schwerpunkt Tourismus und Erholung) und Norderstapel (Schwerpunkt Gewerbe), sollte die Chance genutzt werden, durch diese Einstufung deutlich mehr Impulse für die innerörtliche Erweiterung zu bekommen. Dabei könnten dann auch Funktionen der Daseinsvorsorge für nahe liegende Nachbargemeinden Seeth, Drage, Bergenhusen und Wohlde übernommen werden.	Die Zentralen Orte und Stadtrandkerne werden nicht im Regionalplan festgelegt, sondern gemäß § 24 Absatz 3 Landesplanungsgesetz in einer Landesverordnung. Die Festlegungen der Landesverordnung werden in den Regionalplan übernommen. Nach der geltenden Verordnung zum Zentralörtlichen System (zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.07.2024) ist die Gemeinde Stapel nicht als Zentraler Ort oder Stadtrandkern festgelegt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1052	<u>besondere Funktionen:</u> Folgenden Gemeinden sollen entsprechend dem Ergebnis des Projektes "Langfristige Sicherung von Versorgung und Mobilität im ländlichen Raum" (LaSiVerMob, 2017) zusätzlich besondere Funktionen zugewiesen werden: - Wees: Wohnfunktion - Husby: Wohnfunktion (**wie bis Mitte 1990er**, Bahnanschluss, erfüllt Voraussetzung Siedlungsachse)	**Gemeinden Wees, Husby, Oeversee und Wanderup:** Gemäß Kapitel 3.2 Absatz 1 können in den Stadt- und Umlandbereichen Gemeinden für eine stärkere wohnbauliche Entwicklung in den Regionalplänen festgelegt werden. Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass diese Festlegungen durch

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	- Oeversee: Wohnfunktion - Fahrdorf: Wohnfunktion **(wie bisher)** - Medelby: überörtliche Versorgungsfunktion - Sterup: überörtliche Versorgungsfunktion - Wanderup: überörtliche Versorgungsfunktion (wenn doch im Stadt-Umland-Bereich dann Wohnfunktion) Die Ergebnisse des fundierten und von der Landesplanung bestätigten Projektes LaSiVerMob sollen Einzug in die Regionalplanung halten.	interkommunale Vereinbarungen (siehe Kapitel 3.8 LEP) gesichert werden. Diese Voraussetzung ist derzeit im Stadt- und Umlandbereich Flensburg für die Gemeinden Wees, Husby, Oeversee und Wanderup nicht erfüllt. Daher wird diesen Gemeinden keine besondere Wohnfunktion zugewiesen **Gemeinde Fahrdorf:** In der Stadt- und Umlandkooperation Schleswig wird derzeit eine neue interkommunale Vereinbarung für eine abgestimmte wohnbauliche und gewerbliche Entwicklung in der Region in enger Abstimmung mit der Landesplanung erarbeitet. Unter anderem ist die Gemeinde Fahrdorf darin für eine stärkere wohnbauliche Entwicklung vorgesehen. Zum Redaktionsschluss hatte die Vereinbarung jedoch noch keinen final abgestimmten Stand, so dass den Anregungen zur Ausweisung von besonderen Funktionen im Stadt- und Umlandbereich Schleswig derzeit noch nicht gefolgt werden kann. Die Formulierungen im Kapitel Raumstruktur sowie im Kapitel 5 Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden werden jedoch entsprechend angepasst. **Gemeinden Sterup und Medelby:** Zudem können im ländlichen Raum gemäß Absatz 2 Kapitel 3.2 LEP 2021 Gemeinden oder Ortsteile von Flächengemeinden, die in den ländlichen Räumen außerhalb der Stadt- und Umlandbereiche sowie außerhalb der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung liegen, eine ergänzende überörtliche Versorgungsfunktion zugewiesen bekommen. Sie sollten hierfür ein nennenswertes Angebot von Versorgungseinrichtungen mit Gütern und Dienstleistungen des kurzfristigen, täglichen Bedarfs

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
		sowie Arbeitsplätze im Handwerk und im Dienstleistungsbereich bieten. Sie sind ergänzende Schwerpunkte für Wohnungsbau und Gewerbe in den ländlichen Räumen. Die Ausweisung einer ergänzenden, überörtlichen Versorgungsfunktion für Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung erfolgte daher anhand eines umfangreichen Kriterienkatalogs. Im Rahmen dessen wurden etwa Vielfältigkeit von Versorgungsangeboten und Einrichtungen, die Arbeitsmarktzentralität, die Ausstattung mit einem Bahnhof, die Erreichbarkeit des nächsten Zentralen Ortes sowie die Einwohnerzahl geprüft und bepunktet. Wesentliche fachliche Grundlagen stellte die Landesweite Erfassung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen und Versorgungseinrichtungen einzelner Gemeinden und Ortsteile (GGR, Aktualisierung 2020) dar. Anhand der in Summe erfolgten Bepunktung wurden schließlich in einer gesamträumlichen Betrachtung für einzelne Gemeinden eine überörtliche Versorgungsfunktion vergeben. Die Gemeinde Sterup erhielt im Zuge dieser Prüfung keine überörtliche Versorgungsfunktion, da die entsprechende Ausstattung nicht gegeben war und darüber hinaus die geringe Entfernung zu den zentralen Orten Sörup und.Steinbergkirche gegeben ist. An dieser Entscheidung wird weiterhin festgehalten. Informationen zur vorhandenen Infrastruktur für die Gemeinde Medelby wurden ebenfalls erneut gründlich geprüft. Ein Vergleich mit den dem ersten Entwurf zu Grunde liegenden Daten zur Infrastruktur hat kleinteilige Abweichungen ergeben, die im Ergebnis zu

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
		einer etwas höheren Bewertung der Ausstattung der Gemeinde Medelby führen würden. Im Vergleich zu den anderen Orten mit ergänzender überörtlicher Versorgungsfunktion verfügt die Gemeinde Medelby jedoch weiterhin nur über eine Ausstattung auf niedrigem Niveau. Auch die Einwohnerzahl der Gemeinde liegt trotz Zuwachs in den letzten Jahren deutlich hinter den Funktionsgemeinden. Auch ist vor dem Hintergrund der geringen Nähe zum ländlichen Zentralort Schafflund sowie zur Gemeinde Ladelund nicht von einer Unterversorgung des Raumes auszugehen, die einer weiteren regionalplanerischen Funktionszuordnung bedarf. Dem Wunsch der Gemeinde Medelby zur Einstufung als Gemeinde mit ergänzender überörtliche Versorgungsfunktion wird daher nicht entsprochen. **Berücksichtigung LaSiVerMob:** Den im Projekt LaSiVerMob identifizierten Ankerorten sind überwiegend raumordnerische Funktionen (zentrale Orte, besondere Funktionen) zugewiesen. Allerdings weicht die methodische Betrachtung des Projektes LaSiVerMob, insbesondere in den Stadt- und Umlandbereichen von der raumordnerischen Ebene ab. Die in den Stadt- und Umlandbereichen bestehenden Verflechtungen zwischen Zentren und Umland sind in diesem Projekt nicht hinreichend gewürdigt worden, so dass auch in den Stadt- und Umlandbereichen Ankerorte mit eigenen potenziellen Versorgungsräumen festgelegt worden sind. Dies widerspricht der raumordnerischen Herangehensweise, so dass hier Abweichungen zu den Raumordnungsplänen bestehen. In den Stadt- und Umlandbereichen ist eine Berücksichtigung

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
		beziehungsweise Übertragung daher nicht ohne weiteres möglich.
Institution: Stadt-Umland-Kooperation Schleswig, Amt Haddeby **ID: M1057**	**A. Wohnbaulicher Entwicklungsrahmen** Aus Sicht der Umlandgemeinden sollten die Wohn- und Gewerbefunktionen der Gemeinden Fahrdorf (Wohnfunktion) und Schuby (Wohn- und Gewerbefunktion) im Stadt-Umland-Bereich Schleswig erhalten bleiben. Darüber hinaus sollte die Gemeinde Schaalby eine ergänzende Funktion für die wohnbauliche Entwicklung wahrnehmen. Hierfür spricht die Analyse zur Bevölkerungsentwicklung oder auch die gemeindliche Planung für die wohnbauliche Entwicklung. Die Gemeinde Busdorf verfügt über Flächenpotenziale für eine weitere gewerbliche Entwicklung (Kreisel Busdorf und östlich des Amtsgewerbegebietes Wikingerland) und wie die Gemeinde Schuby hat die Gemeinde Busdorf eine direkte Anbindung an die A7, die zugleich Landesentwicklungsachse ist. Den Gemeinden kommen daher eine besondere Aufgabe zu, die mit einer ergänzenden Funktion für die gewerbliche Entwicklung verbunden sein sollte. Aus diesem Grund sollte die Gemeinde Busdorf auch eine Gewerbefunktion wahrnehmen.	Gemäß Kapitel 3.2 Absatz 1 LEP 2021 können in den Stadt- und Umlandbereichen Gemeinden für eine stärkere wohnbauliche oder gewerbliche Entwicklung in den Regionalplänen festgelegt werden, Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass diese Festlegungen durch interkommunale Vereinbarungen (siehe Kapitel 3.8 LEP) gesichert werden. Diese Voraussetzung ist bisher im Stadt- und Umlandbereich für die Gemeinden Fahrdorf, Schuby, Schaalby und Busdorf nicht erfüllt. In der Stadt- und Umlandkooperation Schleswig wird jedoch derzeit eine neue interkommunale Vereinbarung für eine abgestimmte wohnbauliche und gewerbliche Entwicklung in der Region in enger Abstimmung mit der Landesplanung erarbeitet. Die Gemeinden Busdorf, Fahrdorf, Schaalby und Schuuby sind darin für eine stärkere wohnbauliche und/oder gewerbliche Entwicklung vorgesehen. Zum Redaktionsschluss hatte die Vereinbarung jedoch noch keinen final abgestimmten Stand, so dass den Anregungen zur Ausweisung von besonderen Funktionen im Stadt- und Umlandbereich Schleswig derzeit noch nicht gefolgt werden kann. Die Formulierungen im Kapitel Raumstruktur sowie im Kapitel 5 Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden werden jedoch entsprechend angepasst.
ID: M1057	B. Nahbereich Schleswig Angesichts der Flächenengpässe in Schleswig sowie der bestehenden Verflechtungen soll die bestehende Stadt-Umland-Kooperation vom 27.08.2018 wieder intensiviert und	Die Ausführungen zur zukünftigen Wohnbauentwicklung und gewerblichen Entwicklung im Stadt- und Umlandbereich Schleswig sowie die konzeptionellen Überlegungen für die Region werden

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	verstärkt werden (Regionalplan- Entwurf 2023, Kapitel 5.2 „Nahbereiche Kreis Schleswig-Flensburg"). Um gemeinsam mit der Stadt die wohnbau- und gewerbliche Ausrichtung im Nahbereich Schleswig zu erhalten, zu fördern und auszubauen, sprechen sich die Umlandgemeinden für eine Neufassung der Stadt-Umland-Kooperation mit der Stadt Schleswig aus. Die Absichtserklärung zur Stadt-Umland-Kooperation mit dem Ziel der wohn- und gewerblichen Entwicklung in den Umlandgemeinden wurde verfasst. Folgende Aspekte werden hier berücksichtigt: a. Aufgrund der Flächenengpässe hinsichtlich der wohnbaulichen und gewerblichen Entwicklung in der Stadt Schleswig wird es als erforderlich erachtet, dass der Bedarf an Wohnbau- und Gewerbeflächen auch durch die Umlandgemeinden gedeckt werden können. Aufgrund der vorhandenen Infrastrukturen zeichnen sich darüber hinaus die Gemeinden Fahrdorf, Schaalby und Schuby für eine besondere Wohnfunktion aus und die Gemeinde Busdorf, Schaalby und Schuby auch für eine besondere Gewerbefunktion. b. Der in Abstimmung mit der Landesplanung definierte Neubau-, Ersatz- und Zusatzbedarf wird für den gesamten Umlandbereich sowie für die Stadt Schleswig definiert; der ermittelte Bedarf soll sodann als feste Bezugsgröße dienen. c. Die Umlandgemeinden werden den für das Umland ermittelten Wohnraumbedarf eigenständig verteilen und dabei die individuellen Funktionen und Gegebenheiten der Gemeinde berücksichtigen. Als Anhaltspunkt für eine bedarfsgerechte Verteilung des zulässigen Neu-, Ersatz- und Zusatzbedarfes an Wohnraum soll die 10 % Regelung nach 3.6.1 des Landesentwicklungsplanes dienen. d. Bei der Entwicklung von Wohngebieten werden die Umlandgemeinden weiterhin die Innenentwicklungspotentiale vorrangig berücksichtigen und deren Verfügbarkeit prüfen. Die Umlandgemeinden streben hierzu die Einführung eines Flächenmanagements an. e. Um den Bedarf an Mehrfamilienhäusern zu decken, werden die Umlandgemeinden in der Bauleitplanung entsprechende Grundstücke ausweisen und ggfls. durch öffentlich--rechtliche Verträge die entsprechende Umsetzung sicherstellen. Gleiches gilt für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Es wird angestrebt, für die Umlandgemeinden einen prozentualen Anteil zu definieren. f. Die Umlandgemeinden werden einen konkreten quantitativen Bedarf an gemeinschaftlichen und neuen Wohnformen bei der Planung prüfen.	zur Kenntnis genommen. In der Stadt- und Umlandkooperation Schleswig wird derzeit eine neue interkommunale Vereinbarung für eine abgestimmte wohnbauliche und gewerbliche Entwicklung in der Region in enger Abstimmung mit der Landesplanung erarbeitet. Die genannten fachlichen Grundlagen der Stadt Schleswig sowie die weiteren konzeptionellen Grundlagen sind in die Kooperation eingeflossen. Die Gemeinden Busdorf, Fahrdorf, Schaalby und Schuby sind gemäß Vereinbarung für eine stärkere wohnbauliche und/oder gewerbliche Entwicklung vorgesehen. Zum Redaktionsschluss hatte die Vereinbarung jedoch noch keinen final abgestimmten Stand, so dass den Anregungen zur Ausweisung von besonderen Funktionen im Stadt- und Umlandbereich Schleswig derzeit noch nicht gefolgt werden kann. Die Formulierungen im Kapitel Raumstruktur sowie im Kapitel 5 Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden werden jedoch entsprechend angepasst.

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	g. Durch ein Monitoring soll der festgestellte Bedarf an Wohnraum (Neubau-, Ersatz- und Zusatzbedarf) sowie die erfolgte Umsetzung in regelmäßigen Abständen durch eine zu etablierende Lenkungsgruppe überprüft und fortgeschrieben werden. Hierbei sind mindestens die Baufertigstellungsmeldungen, die Bevölkerungs- und Gewerbeentwicklungen, sowie die Planungsabsichten der Gemeinde zu evaluieren. h. Die Ausrichtung der Wohnraumentwicklung in den Gemeinden und der Stadt hat ex aequo zu erfolgen. Um dies zu gewährleisten, ist es unabdingbar, dass die im Wohnraumversorgungskonzept für die Stadt Schleswig ermittelten Bedarfe (obere Variante) nicht vollständig auf die angestrebte Stadt-Umland-Kooperation Anwendung finden. Insbesondere die Entwicklung im Bereich „Auf der Freiheit" ist nicht auf den „Stadt-Umland-Bedarf" und deren Entwicklung anzurechnen. i. Zur Stärkung des Stadt-Umland-Bereiches und zur Ergänzung der Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen des Mittelzentrums Schleswig sollte die Gemeinde Busdorf entsprechend dem Entwurf des Regionalplanes an der zentralörtlichen Funktion des Mittelzentrums teilhaben. Im Rahmen der hier angestrebten Kooperation sollen in enger Abstimmung mit der Stadt Schleswig entsprechende Potentiale ermittelt werden. Hierbei ist insbesondere die Gewerbefläche am Busdorfer Kreisel zu betrachten und zwar mit dem Ziel, eine bedarfsgerechte Nutzung zu etablieren. j. Die Gemeinde Busdorf verfügt über bereits planungsrechtlich ausgewiesene Gewerbeflächen. Im Rahmen der Kooperation soll geprüft werden, ob eine Nutzung der Flächen erfolgen kann. Busdorf nimmt damit einen Schwerpunkt für die gewerbliche Funktion ein. k. Die Kooperation zur Ausweisung von Gewerbeflächen in Schleswig, Nübel und Schaalby werden begrüßt. Im Rahmen der Kooperation werden die Umlandgemeinden an dem Prozess beteiligt. i. Die Gemeinde Schuby stellt mit den vorhandenen Gewerbeflächen (ohne [redacted] einen erheblichen Wirtschaftsfaktor für den Stadt-Umland-Bereich dar und nimmt damit als weitere Gemeinde einen Schwerpunkt für die gewerbliche Entwicklung ein. Durch die Erschließung von Gewerbeflächen in 2023 (nördlich der B 201) ist hier zum gegenwärtigen Zeitpunkt Potential tatsächlich vorhanden und damit nutzbar. Eine weitere Entwicklung von Gewerbeflächen wird hier in Abstimmung mit den Kooperationspartnern angestrebt.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Die beigefügte Absichtserklärung mit Anlage dient gleichzeitig als Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes für den Planungsraum 1. Diese wurde im Vorwege Vertretern der Landesplanung und der Stadt Schleswig in einem Gespräch am 17.10.2023 mit allen Umlandbürgermeistern bereits vorgestellt und besprochen.	
Institution: Amt Arensharde, Bauverwaltung ID: 1032	Entsprechend des Landesentwicklungsplanes ist unter 3.6.1. „Wohnungsbauentwicklung in den Gemeinden“ der Grundsatz verankert, dass in allen Gemeinden neue Wohnungen gebaut werden können. Für Gemeinden, denen keine zusätzliche Wohnraumfunktion im Regionalplan zugewiesen wird, ist der Entwicklungsrahmen jedoch auf 10 % bis 2036 beschränkt. In dem nun vorliegenden Entwurf des Regionalplanes wurden Gemeinden eine zusätzliche Wohnraumversorgungsfunktion und / oder Gewerbefunktion zugewiesen – wie beispielsweise der Gemeinde Jübek oder der Gemeinde Ostenfeld. Beide Gemeinden weisen eine Infrastruktur auf, die dem Grunde nach auch in der Gemeinde Treia vorgehalten werden: In der Gemeinde Treia ist der Einzelhandel durch einen Lebensmittelmarkt und einem Bäcker sehr gut abgedeckt. Ergänzt wird dieses Angebot durch den [redacted] der darüber hinaus eine überörtliche Versorgungsfunktion auch für die Handwerksbetriebe wahrnimmt. Ein Imbiss sowie der [redacted] sind ebenfalls wichtige Betriebe, die eine überörtliche „Versorgungsfunktion“ wahrnehmen. Ergänzt wird das Angebot in der Gemeinde Treia durch einen Hautarzt und einer Apotheke. Treia ist auch Schulstandort für eine Grundschule, die sich in der Trägerschaft des Amtes Arensharde befindet. Der Einzugsbereich der Grundschule erstreckt sich insbesondere auf die Gemeinden Silberstedt, Hollingstedt und Ellingstedt. Die hier beschriebene Infrastruktur wird nicht nur von Einwohnern aus Treia wahrgenommen. So werden die Angebote im Lebensmittelbereich beispielsweise auch von Hollingstedter Einwohner in Anspruch genommen. Nicht zuletzt liegt Treia an der Hauptverkehrsachse B 201, die die wichtige Ost-West-Verbindung zwischen Ost- und Nordsee darstellt Treia liegt zentral zwischen den Kreisstädten Husum und Schleswig.	Im ländlichen Raum können gemäß Absatz 2 Kapitel 3.2 LEP 2021 Gemeinden oder Ortsteile von Flächengemeinden, die in den ländlichen Räumen außerhalb der Stadt- und Umlandbereiche sowie außerhalb der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung liegen, eine ergänzende überörtliche Versorgungsfunktion zugewiesen bekommen. Sie sollten über ein nennenswertes Angebot an Versorgungseinrichtungen mit Gütern und Dienstleistungen des kurzfristigen, täglichen Bedarfs sowie Arbeitsplätze insbesondere im Handwerk und im Dienstleistungsbereich verfügen. Die Ausweisung einer ergänzenden, überörtlichen Versorgungsfunktion für Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung erfolgte daher anhand eines umfangreichen Kriterienkatalogs. Im Rahmen dessen wurden etwa Vielfältigkeit von Versorgungsangeboten und Einrichtungen, die Arbeitsmarktzentralität, die Ausstattung mit einem Bahnhof, die Erreichbarkeit des nächsten Zentralen Ortes sowie die Einwohnerzahl geprüft und bepunktet. Wesentliche fachliche Grundlagen stellte die Landesweite Erfassung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen und

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Mit der vorhandenen und gut belebten Infrastruktur hat sich auch der demographische Wandel in der Gemeinde Treia positiv entwickelt. Die in den vergangenen Jahren entwickelten Baugebiete, für die auch Innenentwicklungspotentiale genutzt wurden, haben dazu beigetragen, dass auch junge Familien ihren neuen Lebensmittelpunkt in Treia gefunden haben. Auch die verkehrliche Anbindung Richtung Husum und Schleswig oder auch nach Rendsburg oder Flensburg werden positiv bewertet, da diese Orte mit dem Auto schnell erreichbar sind. Die Städte Husum und Schleswig können darüber hinaus auch über den ÖPNV gut erreicht werden. Gerade die Erreichbarkeit dieser Mittelzentren ist hinsichtlich der Berufsausübung, kulturelles Angebot (Theater usw.) oder Bildung (weiterführende Schulen) ein ausschlaggebender Aspekt für den Zuzug. Dies wird auch dadurch belegt, dass sich die Einwohnerzahl in Treia in den vergangenen 10 Jahren um fast 12 % erhöht hat. Um dieser Entwicklung im ländlichen Raum nicht entgegenzustehen, ist es erforderlich, dass sich die Gemeinden entsprechend entwickeln können. Hierzu gehört die Wohnbauliche aber auch ggfls. die gewerbliche Entwicklung, die den Gemeinden ermöglicht werden muss. Aus den vorgenannten Gründen ist nicht nachvollziehbar, warum der Gemeinde Treia keine zusätzliche Wohnraumversorgungsfunktion zugesprochen wird. Die für die Entscheidung maßgeblichen Gründe, die für eine Zuweisung von zusätzlichen Wohn- und Gewerbefunktionen im Entwurf des Regionalplanes herangezogen wurden, sind nicht umfassend dargestellt und daher nicht nachvollziehbar. Im Übrigen teilt die Gemeinde Treia die Auffassung des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages, die er in seiner Stellungnahme dargestellt hat.	Versorgungseinrichtungen einzelner Gemeinden und Ortsteile (GGR, Aktualisierung 2020) dar. Anhand der in Summe erfolgten Bepunktung wurden schließlich in einer gesamträumlichen Betrachtung für einzelne Gemeinden eine überörtliche Versorgungsfunktion vergeben. Die Gemeinde Treia erhielt im Zuge dieser Prüfung keine überörtliche Versorgungsfunktion, da die geringe Entfernung zum zentralen Ort gegen eine Funktionszuweisung spricht. Der Raum ist mit dem ländlichen Zentralort Silberstedt und der Gemeinde Jübek (ergänzende überörtliche Versorgungsfunktion) bereits gut ausgestattet. Eine „Versorgungslücke“ liegt nicht vor. An dieser Entscheidung wird weiterhin festgehalten.
Institution: Gemeinde Handewitt ID: M1036	Zu Ziffer 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung Nach dem Ziel 1 der Raumordnung ist für den Ortsteil Handewitt der Gemeinde Handewitt Im Stadt- und Umlandbereich von Flensburg eine besondere Wohnfunktion festgelegt. Im Ortsteil Handewitt ist damit eine Überschreitung des wohnbaulichen Entwicklungsrahmens nach Kapitel 3.6.1 Absatz 3 LEP 2021 zulässig, wenn die Entwicklung nicht zu Lasten des Oberzentrums Flensburg und des Stadtrandkerns Harrislee geht. Planungen zur wohnbau-lichen Entwicklung im Ortsteil Handewitt sind deshalb mit Flensburg und	Die Zentralen Orte und Stadtrandkerne werden nicht im Regionalplan festgelegt, sondern gemäß § 24 Absatz 3 Landesplanungsgesetz in einer Landesverordnung. Die Festlegungen der Landesverordnung werden in den Regionalplan übernommen. Nach der geltenden Verordnung zum Zentralörtlichen System (zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.07.2024) ist die Gemeinde

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Harrislee abzu-stimmen und möglichst durch eine interkommunale Vereinbarung zu sichern. Als Grundsatz formuliert der LEP 2021 die Stärkung der ländlichen Räume als „eigenstän-dige, gleichwertige und zukunftsfähige Lebensräume". (Siehe hierzu Kap. 3.2 Ziff. 2). Die Gemeinde Handewitt sieht diese grundlegende Zielsetzung der Stärkung ländlicher Räume und der Unterstützung eigenständiger Entwicklungsansätze als wichtiges Bekennt-nis der Landesregierung zur Entwicklung der ländlichen Räume auch abseits des Metropolraums Hamburg an. Die Gemeinde Handewitt erwartet daher von der Landesregierung entsprechend die Rahmenbedingungen für die wirtschaftliche, wohnbauliche und soziale Entwicklung dieser Räume zu verbessern und geeignete Initiativen zu unterstützen. Die Gemeinde Handewitt bekennt sich seit Jahren zur interkommunalen Kooperation im Stadt-Umlandbereich Flensburg und ist seit Jahrzehnten sehr erfolgreich mit der Stadt Flensburg im kommunalen Zweckverband Wirtschaftsentwicklungsgemeinschaft Flens-burg-Handewitt zur Entwicklung von Gewerbe- und erstmalig in 2022 auch von Wohnflä-chen - verbunden. Im Verfahren einer Abstimmung zur wohnbaulichen Entwicklung in Handewitt mit dem Oberzentrum Flensburg und dem Stadtrandkern Harrislee muss die Landesplanung ein Verfahren entwickeln, dass auch eine eindeutige Konfliktlösungsstrate-gie enthält. Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre haben gezeigt, dass nicht selten Sied-lungsentwicklungsprojekte von Nachbarkommunen lediglich politisch und nicht raumstrate-gisch beurteilt werden und eine objektiv sinnvolle Entwicklung nicht oder verspätet zu-stande kommt. Voraussetzung ist darüber hinaus, dass die planerische Wohnfunktion, die ganz eindeutig in Art und Umfang über den Grundrahmen der wohnbaulichen Entwicklung hinausgehen muss, ebenso nachvollziehbar in Menge und Qualität bestimmt werden muss wie die Mitortfunktion. Vom Niveau her sollten diese erweiterten Entwicklungsfunktionen mindestens den Optionen gleichen, die einem Stadtrandkern 1. oder II. Ordnung zugestan-den werden. In den vergangenen Raumordnungsberichten, zuletzt in 2019, die sich ausführlich mit dem Zentrale-Orte-System des Landes auseinandersetzen, sah die Landesregierung kein Er-fordernis, weitere Gemeinden - auch nicht die Gemeinde Handewitt - in das zentralörtliche System aufzunehmen. Diese Ausgangslage hat sich aus Sicht der Gemeinde Handewitt inzwischen deutlich ver-ändert. Dazu beigetragen haben nicht nur die dynamische Entwicklung der Einwohnerzah-len und die überdurchschnittliche Wirtschaftsentwicklung. Durch die im	Handewitt nicht als Zentraler Ort oder Stadtrandkern festgelegt. Die Landesplanung steht der Region weiterhin in den Kooperationsprozessen beratend zur Verfügung. Die Vorgabe einer „Konfliktlösungsstrategie“ kann nicht landesseitig von oben vorgegeben werden, sondern sollte kooperativ aus der Region entwickelt werden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Jahr 2008 erfolgte Gemeindefusion der ehemals selbständigen Gemeinden Jarplund-Weding und Handewitt und die anschließende Bevölkerungsentwicklung hat die Gemeinde Handewitt inzwischen eine Einwohnerzahl erreicht, die an die Einwohnerzahlen der als Stadtrandkern II. Ord-nung eingestuften Gemeinde Harrislee heranreicht und über die Einwohnerzahl der eben- falls als Stadtrandkern II. Ordnung eingestuften Gemeinde Glücksburg deutlich hinaus- geht. Eine gleichrangige Behandlung ist aber nicht nur aufgrund der erreichten Einwohner- zahl, sondern besonders auch wegen der zunehmenden funktionalen Bedeutung im Raum zu fordern. Im Übrigen ist Handewitt neben der Hamburger Stadtrandgemeinde Rellingen die einzige Gemeinde in Schleswig-Holstein mit einer Einwohnerzahl über 10.000 Einwoh-nern, welche vom Land nicht als Zentraler Ort eingestuft ist. Die zunehmende funktionale Bedeutung im Raum ergibt sich für die Gemeinde Handewitt durch ihre überdurchschnittliche Infrastrukturausstattung, eine gute Verkehrsanbindung an das Oberzentrum Flensburg, ihre Lage unmittelbar an der Landesentwicklungsachse der A 7und die Verfügbarkeit geeigneter Flächenpotenziale. Mit 5.900 sozialversicherungspflich-tig Beschäftigten am Arbeitsort ist Handewitt zusammen mit Schleswig, Kappeln und Har-rislee bedeutendes Arbeitsplatz- und Einpendlerzentrum im Planungsraum. Auch durch die Weiterentwicklung der Versorgungsangebote im Bereich des Einzelhandels und der Gesundheitsdienstleistungen hat Handewitt sein Einzugsbereich weit über die Gemeinde- grenzen vergrößern können. Unabhängig von diesen Nahversorgungsfunktionen leistet Handewitt durch die Ansiedlung des [redacted] und des Versorgungszentrums [redacted] schon jetzt überörtliche Versorgungsfunktionen sowohl für den grenz-überschreitenden Verkehr als auch für den touristischen Verkehr zu den nordfriesischen Inseln. Auch wenn dies nicht unmittelbar Regelungsinhalt des Regionalentwicklungsplanes ist, sehen wir Voraussetzungen für die Ausweisung als Stadtrandkern II. Ordnung als erfüllt an.	
Institution: Gemeinde Oldenswort ID: M1007	**Stellungnahme der Gemeinde Oldenswort zum Entwurf des Regionalplanes für den Planungsraum I hier: Antrag auf Anerkennung als Gemeinde mit besonderer Funktion ohne zentralörtliche Einstufung nach Kapitel 3.2 Regionalplan** die Gemeinde Oldenswort beantragt die Festlegung als Gemeinde mit ergänzender überörtlicher Versorgungsfunktion im Kreis Nordfriesland nach Kap. 3.2 Absatz 3 des Entwurfes zum Regionalplan für den Planungsraum I, Neuaufstellung, Entwurf 2023 (RP	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und die positive Entwicklung der Gemeinde wird begrüßt. Die Ausführungen der Stellungnahme wurden eingehend geprüft. Dies betrifft insbesondere die Angaben zur vorhandenen Infrastruktur. Ein Vergleich mit den dem ersten Entwurf zu Grunde liegenden Daten zur Infrastruktur (Quelle: Landesweite

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	I). Diese Stellungnahme wurde durch die Gemeindevertretung der Gemeinde Oldenswort in der vorliegenden Form am 10.08.2023 beschlossen. ---- Gemäß Kap. 3.2 Absatz 2 des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein 2021 (LEP) können in den Regionalplänen Gemeinden, die in ländlichen Räumen außerhalb der Stadt- und Umlandbereiche und außerhalb der Schwerpunkte für Tourismus und Erholung liegen, eine ergänzende überörtliche Versorgungsfunktion zugewiesen werden. Dies ist in Absatz 3 von Kap. 3.2 RP I erfolgt, die Gemeinde Oldenswort ist dort unter dem Kreis Nordfriesland jedoch nicht aufgeführt. Die Gemeinde erfüllt die dazu erforderlichen Kriterien und ist daher unter die Gemeinden mit ergänzender überörtlicher Funktion aufzunehmen. Zunächst muss die Gemeinde außerhalb der Stadt- und Umlandbereiche und außerhalb der Schwerpunkte für Tourismus und Erholung liegen. Dieses Kriterium wird erfüllt. Gemäß Kap. 2.4 Absatz 1 in Verbindung mit der Anlage 3 LEP liegt die Gemeinde Oldenswort nicht in einem Stadt- und Umlandbereich. Gemäß Kap. 4.7.1 LEP und Kap. 2.7 RP I ist die Gemeinde Oldenswort auch nicht als Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung eingestuft. Um als Gemeinde mit einer ergänzenden überörtlichen Versorgungsfunktion festgelegt zu werden, muss sie sich durch ihr überörtliches Infrastruktur- und Arbeitsplatzangebot deutlich von anderen ländlichen Gemeinden abheben und für diese Funktion auch raumstrukturell geeignet sein. Im Regionalplan sind folgende Kriterien berücksichtigt worden: • Infrastrukturausstattung (Anzahl und Vielfalt der Einrichtungen) in den Bereichen Bildung und Betreuung, Gesundheit und Pflege, Versorgung, Verwaltung, Kultur und Soziales. • Arbeitsmarktzentralität. Ein hoher Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort bezogen auf die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner weist auf die Bedeutung der Gemeinde als Arbeitsort hin. • Erreichbarkeit des nächsten Zentralen Ortes. Eine relativ große Entfernung deutet auf mögliche Versorgungslücken hin.	Erfassung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen und Versorgungseinrichtungen einzelner Gemeinden und Ortsteile (GGR, Aktualisierung 2020) hat kleinteilige Abweichungen ergeben, die im Ergebnis jedoch zu einer ähnlichen, leicht höheren Bewertung der Ausstattung der Gemeinde Oldenswort führen würden. Im Vergleich zu den anderen Orten mit ergänzender überörtlicher Versorgungsfunktion verfügt die Gemeinde Oldenswort jedoch weiterhin nur über eine Ausstattung auf niedrigem Niveau. Auch die Einwohnerzahl der Gemeinde liegt trotz Zuwachs in den letzten Jahren deutlich hinter den Funktionsgemeinden. Auch ist vor dem Hintergrund der Nähe zu den umliegenden zentralen Orten nicht von einer Unterversorgung des Raumes auszugehen, die einer weiteren regionalplanerischen Funktionszuordnung bedarf. Dem Wunsch der Gemeinde zur Einstufung als Gemeinde mit ergänzender überörtlicher Versorgungsfunktion wird daher nicht entsprochen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	• Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner. Eine hohe Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner sichert die Tragfähigkeit von Infrastruktureinrichtungen, die auch andere Gemeinden versorgen sollen. • Bahnhof oder Bahnhaltepunkt. Eine Anbindung an den Schienenpersonennahverkehr ist ein Standortvorteil für Wohnen und Gewerbe. Diese Kriterien werden von der Gemeinde Oldenswort vollumfänglich und darüber hinausgehend erfüllt. Dazu im Einzelnen: **Infrastrukturausstattung** Bildung: In der Gemeinde ist eine private Grundschule vorhanden. Im Schuljahr 2015/2016 besuchten 16 Kinder die Schule, für das Schuljahr 2024/2025 werden insgesamt 52 Kinder in die private Grundschule gehen. Auch eine positive Zukunftsprognose lässt sich bestätigen, da bis zum Schuljahr 2029/2023 heute bereits 45 Kinder vorangemeldet sind. Betreuung: Die Gemeinde Oldenswort ist Trägerin einer Kindertagesstätte. Diese weist aktuell 60 Kindergartenplätze und 40 Krippenplätze auf. Zum Stichtag 30.06.2007 waren es lediglich 40 Kindergartenplätze und 10 Krippenplätze, was eine Verdopplung der Zahl der Plätze insgesamt innerhalb der letzten 15 Jahre bedeutet. Des Weiteren unterhält die Gemeinde ein Jugend- und Seniorenzentrum. Gesundheit und Pflege In dem Bereich Gesundheit und Pflege ist die Gemeinde Oldenswort für den ländlichen Bereich überdurchschnittlich gut aufgestellt. Es gibt ein Ärztehaus mit zwei praktizierenden Ärzten für Allgemeinmedizin die mindestens noch 15 Jahre die Praxis führen werden und sich bereits jetzt um die Nachfolge kümmern. Daneben gibt es eine Zahnarztpraxis die im Eigentum der Gemeinde steht und an eine Zahnarztgesellschaft vermietet ist. Die Sprechzeiten sind dienstags und donnerstags von 08:00 - 12:00 Uhr und 14:00 - 18:00 Uhr sowie nach individueller Vereinbarung. Es ist eine physiotherapeutische Praxis sowie jeweils eine kinder- und erwachsenenpsychologische Praxis vorhanden. Diese Praxen werden zu ca. 1/3 von Einwohnern aus den umliegenden Gemeinden mit genutzt.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Versorgung Der Begriff der Versorgung ist nicht genauer definiert und daher sehr weit zu fassen. Er umfasst insbesondere die Mittel des täglichen Bedarfes für die Einwohner aus der Gemeinde und den Umlandgemeinden. Die Gemeinde Oldenswort bietet ein großes Spektrum in diesem Bereich an, vor allem in den Sparten Nahrung/Lebensmittel, Haushaltswaren und Handwerk. Darüber hinaus sind viele weitere Komponenten der Versorgung der Bevölkerung vorhanden. Die Gemeinde ist Eigentümerin und unterhält einen Lebensmittelladen zentral in der Dorfstraße. Daneben finden sich in der Dorfstraße ein Bäcker, ein Schlachter, ein Blumenladen sowie ein Haushalts- und Eisenwarengeschäft. Ein Elektrofachgeschäft mit integrierten Meisterbetrieb, zwei Kraftfahrzeugwerkstätten und Schlossereien, ein Handels- und Restposten sowie vier Hausmeister und Garten- und Landschaftsbaubetriebe bieten eine gute Abdeckung im technischen Bereich. Dazu kommen zwölf Handwerksbetriebe, welche wie folgt aufgeteilt sind: 2 3 • 1 Tischlereibetrieb • 1 Bezirksschornsteinfeger • 2 Montagebaufirmen • 2 Zimmereien • 2 Dachdeckerbetriebe • 2 Heizungs- und Sanitärmeisterbetriebe • 2 Maurerbetriebe Ein Friseursalon, eine Druckerei, drei EDV- und Internetserviceanbieter, ein Steuerberater sowie drei Versicherungen und zwei Immobilienmakler bieten Ihre Dienstleistungen direkt im Ort an. Darüber hinaus gibt es 29 weitere Anbieter sonstiger Dienstleistungen, die unter keinen der bisher aufgeführten Bereiche fällt. Die Gemeinde Oldenswort ist zusammengefasst im Bereich der Versorgung der einheimischen Bevölkerung inklusive der Nachbargemeinden sehr breit aufgestellt. Ein Vergleich mit den Zahlen aus dem Antrag der Gemeinde auf Einstufung als ländlicher Zentralort vom 10.08.2008 (Anlage) zeigt, dass sich das Versorgungsangebot kaum verändert hat. Dies lässt auf eine stabile und langfristig gesicherte Versorgung schließen. Verwaltung Die Gemeinde hat keine eigene Verwaltung, sondern ist dem Amt Eiderstedt angeschlossen. Hiervon befindet sich jedoch eine Außenstelle in dem alten Bankgebäude in der Gemeinde Oldenswort, wo aktuell der Breitband-Zweckverband-südliches	

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Nordfriesland ansässig ist. Hier ist ebenfalls ein Bankautomat vorhanden und es gibt einen digitalen Bankschalter über den man mittels Videokonferenz direkt mit einem Mitarbeiter der Bank verbunden wird. Kultur und Soziales Die Gemeinde blickt auf eine lange geschichtsträchtige Vergangenheit zurück, wodurch sich die vielfältigen kulturellen Gegebenheiten entwickeln und verfestigen konnten. Gegründet wurde Oldenswort um 100 nach Christus auf Tofting, das heutige Hauptdorf samt Kirche entstand um 1495. Das bekannteste Kulturgut ist das unter Denkmalschutz stehende Gut [redacted] welches 1564 begründet wurde. Hier befindet sich ein Cafe mit Museum. Weiterhin gibt es in Oldenswort 20 denkmalgeschützte Gebäude und Anlagen (Stand: 15.11.2019, Denkmalliste Oldenswort). In der Gemeinde gibt es drei Gasthöfe mit Restaurants und anliegendem Saal für größere Veranstaltungen. Der Turn- und Sportverein Oldenswort, kurz TSV, ist mit 18 Mannschaften aus den verschiedensten Sportrichtungen (Fußball, Handball, Tischtennis etc.) mehr als gut aufgestellt. Der Verein hat derzeit 428 Mitglieder. Hinzu kommen 20 weitere Vereine, die in der Gemeinde beheimatet sind (Boßeln, Ringreiter, Gesangsverein etc.). Ebenfalls hat die Gemeinde eine freiwillige Feuerwehr mit einer Jugendfeuerwehr. **Arbeitsmarktzentralität** Arbeitsplätze im Ort Zum Stichtag 31.12.2022 sind in der Gemeinde Oldenswort 346 Arbeitsplätze gemeldet. Dies macht in Bezug auf Anzahl der Einwohner einen Anteil von 27 % aus. Die Gesamtarbeitsplätze untergliedern sich in 54 Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, 47 Selbstständige, 185 klassische sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze, 49 geringfügig Beschäftigte sowie 11 Ausbildungsplätze. Folgende Tabelle veranschaulicht die Entwicklung der Arbeitsplätze im Vergleich zum 30.06.2007: Arbeitsplatz: 31.12.2022 30.06.2007 % Verhältnis Gesamt 346 273 + 27 % Landwirtschaft 54 54 +/- 0 % Selbstständige 47 40 + 17,5% Klassische sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze 185 117 + 58 % 4 Geringfügig Beschäftigte 49 49 +/- 0 % Ausbildungsplätze 11 13 - 18%	

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Der Vergleich zeigt, dass die Gesamtzahl der Arbeitsplätze in der Gemeinde innerhalb von 15 Jahren um 27 % gestiegen ist. Ebenfalls ist zu erkennen, dass, bis auf bei den Ausbildungsplätzen, eine deutlich steigende oder identische Anzahl der Arbeitsplätze zu verzeichnen ist. Die Arbeitsnehmer der in der Gemeinde vorhandenen Arbeitsplätze stammen zu ca. 1/3 aus der Gemeinde selbst und zu 2/3 aus den Nachbargemeinden. Arbeitnehmer im Ort Von den 1.281 Einwohnern in der Gemeinde Oldenswort (Stand: 31.12.2021, Statistikamt Nord) sind 519 versicherungspflichtige Arbeitnehmer. Dies macht einen Anteil von 40 % aus. Gemeinde als Arbeitgeber Die Gemeinde Oldesnwort selbst weist zurzeit 25,01 Vollzeitstellen aus, welche mit 33 Mitarbeitern besetzt sind. Zum 30.06.2007 waren es lediglich 4,3 Vollzeitstellen mit 8 Mitarbeitern, was eine Steigerung von ca. 500 % ausmacht. Die Gemeinde Oldenswort besitzt zusammengefasst eine hohe Arbeitsmarktzentralität, sie bietet vielfältige und zahlreiche Arbeitsplätze für die Einwohner und Nachbargemeinden und verfügt über einen hohen Anteil an sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmern in der Gemeinde selbst (40 %). **Erreichbarkeit des nächsten zentralen Ortes** Die nächstgelegenen zentralen Orte sind die Städte Tönning, Garding und Husum. Dies ergeht aus der Verordnung zum Zentralörtlichen System vom 05.09.2019. Die Entfernung beträgt: • Oldenswort - Tönning: 9 Kilometer • Oldenswort - Garding: 15 Kilometer • Oldenswort - Husum: 20 Kilometer Nach dem RR I deutet eine relativ große Entfernung auf mögliche Versorgungslücken hin. Die als Gemeinde mit ergänzender überörtlicher Versorgungsfunktion eingestufte Gemeinde Ostenfeld weist als Beispiel eine Entfernung zur Stadt Husum von 13 Kilometern auf. Eine große Entfernung ist auch relativ zu betrachten. Gerade für jüngere und ältere Einwohner sind die Entfernungen sehr groß und bedeuten oftmals eine längere Reisezeit. Dazu kommt, dass gefährliche Querungen und Wegstrecken von Bundes- und	

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	Landesstraßen erforderlich sind, um die zentralen Orte zu erreichen. Die umliegenden Gemeinden von Oldenswort weisen zum Teil eine noch größere Entfernung zu diesen zentralen Orten auf. Daher nutzen diese Bewohner gerne die Versorgungseinrichtungen in der Gemeinde Oldenswort, da die Entfernung und Erreichbarkeit deutlich einfacher und kürzer ist. **Einwohner** Die Gemeinde Oldenswort hat, wie bereits unter dem Punkt Arbeitsmarktzentralität aufgeführt zum Stichtag 31.12.2022 1.348 Einwohner. Zehn Jahre zuvor waren es 1.269 Einwohner. Die Zahl der Einwohner ist über die Jahre im Verhältnis konstant und lediglich kleinen Schwankungen im Bereich von maximal 2 % unterlegen. Die Anzahl derjungen Menschen bis 29 Jahre liegt mit 353, was 27,5 % der Einwohner ausmacht auf einem sehr hohen Niveau. Durch den hohen Anteil an jungen Leuten und die große Anzahl an Arbeitnehmern in der Gemeinde ist die Tragfähigkeit der Infrastruktureinrichtungen langfristig gesichert. Dies wird durch den positiven Trend der Entwicklung der Arbeitsplätze in der Gemeinde unterstützt, da die meisten Arbeitsplätze in diesem Bereich liegen. **Bahnhof und öffentlicher Personennahverkehr** Die Gemeinde Oldenswort besitzt einen eigenen Bahnhaltepunkt „Harblek“ auf der Strecke Bad St. Peter-Ording - Tönning - Husum (RB 64). Dieser ist neben der L36 über einen Radweg vom Dorfmittelpunkt aus erreichbar. Darüber hinaus liegt zentral in der Gemeinde ein kleiner Busbahnhof mit Anbindung nach Husum, Tönning, Garding und Sankt Peter-Ording. Für diese Buslinien ist Oldenswort ebenfalls ein Umsteigebahnhof, da die einzelnen Buslinien in Oldenswort zentral Zusammenkommen und die Gäste dort in die Buslinie umsteigen können/müssen die zu deren Ziel führt. **Sonstiges** Losgelöst von den Kriterien aus der Begründung zu Kap. 3.2 Absatz 3 RP I bietet die Gemeinde Oldenswort weitere Einrichtungen und Eigenschaften, die für die Einstufung als Gemeinde mit einer ergänzenden überörtlichen Versorgungsfunktion von Gewicht sind. Die Gemeinde ist in dem Bereich Tourismus breit aufgestellt. So sind zehn Beherbergungsbetriebe mit mehr als zehn Betten in der Gemeinde ansässig. Jährlich werden hier ca. 30.000 Übernachtungen verzeichnet. Darüber hinaus gibt es 22 Beherbergungsbetriebe unter zehn Betten mit ca. 18.000 Übernachten. Der	

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.2 Besondere Funktionen von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung	Votum
	durchschnittliche Gast verweilt sieben Tage in der Gemeinde. Diese Gäste unterstützen die örtlichen Versorgungsbetriebe in wirtschaftlicher Hinsicht und tragen somit zu einer langfristigen Sicherung dieser bei. Ebenfalls bindet der Tourismus in der Gemeinde Arbeitsplätze. Darüber hinaus ist die Gemeinde flächendeckend mit einem Glasfasernetz ausgestattet. **Zusammenfassung** Maßgeblich für die Festlegung als Gemeinde mit einer ergänzenden überörtlichen Versorgungsfunktionen ist die zusammenfassende und gesamträumliche Bewertung der Kriterien sowie die Lage und Eignung der Gemeinde für eine stärke wohnbauliche und gewerbliche Entwicklung. Die Gemeinde hebt sich durch ihr überörtliches Infrastruktur- und Arbeitsplatzangebot deutlich von anderen ländlichen Gemeinden ab und ist für diese Funktion auch raumstrukturell geeignet. Betrachtet man die im RP I berücksichtigten Kriterien für die Festlegung im Hinblick auf die Gemeinde Oldenswort, so wird aus den bisherigen Ausführungen ersichtlich, dass die Gemeinde diese Kriterien vollumfänglich und zum Teil sogar in einem Maße erfüllt, das über die Anforderungen hinaus geht. Die Gemeinde ist im ländlichen Bereich des östlichen Eiderstedts von zentraler Bedeutung und nimmt eine überörtliche Versorgungsfunktion dar, welche es langfristig zu sichern und zu fördern gilt. Hierfür ist es erforderlich, dieser Stellungnahme und dem damit verbundenen Antrag statt zu geben und die Gemeinde nach Kap. 3.2 Absatz 3 RP I als Gemeinde mit einer ergänzenden überörtlichen Funktion festzulegen. Die Gemeinde ist gerne bereit, Ihnen die aufgezeigten Punkte bei einem vor Ort Termin in Oldenswort zu veranschaulichen.	

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 3.3 Baugebietsgrenzen

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
Institution: Gemeinde Hörnum, über Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt ID: M1137	**Zu 3.3 Baugebietsgrenzen – 1 Z Abs. 2** Die Formulierung Außerhalb der Baugebietsgrenzen ist eine Siedlungsentwicklung nur ausnahmsweise möglich […] bedarf der Klarstellung. Im bisher gültigen Regionalplan wird die Möglichkeit der Abweichung von den Baugebietsgrenzen im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens formuliert. Es stellt sich die Frage, ob das Fehlen des Hinweises auf das erforderliche Zielabweichungsverfahren und die neue Begrifflichkeit der Ausnahme statt der Abweichung bedeutet, dass eine ausnahmsweise Siedlungsentwicklung außerhalb der Baugebietsgrenzen auch ohne Zielabweichungsverfahren möglich wird, wenn die genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Zu den Baugebietsgrenzen: Die Gemeinde Hörnum lehnt eine Einschränkung der Baugebietsgrenzen gegenüber der bisherigen Darstellung ab. Auch die Bereiche in der südlichen Ortslage (Süderende, Odde-Wei) gehören zum Ort und sollten weiterhin innerhalb der Baugebietsgrenzen liegen. Gleiches gilt für das Gesamt-Quartier Hörnum Nord, das die letzten Jahrzehnte durch eine Bebauung geprägt war und als Potenzialfläche im Wohnraumentwicklungskonzept enthalten ist (Sonderstandort). Der Bereich ist von einer Nutzung mit entsprechenden Erschließungsstraßen, Infrastrukturen und Gebäuden geprägt und als Konversionsfläche für eine Nachnutzung prädestiniert. Die Gemeinde Hörnum spricht sich aus diesem Grund gegen eine Verkleinerung der Baugebietsgrenzen im Bereich Hörnum Nord auf die im letzten Bebauungsentwurf beplante Teilfläche aus.	**Zu Zielabweichungsverfahren:** Formalrechtlich handelt es sich bei der Ausführung zu den Baugebietsgrenzen gemäß Kapitel 3.3 (Z) Regionalplanentwurf 2023 um eine im Plan vorgesehene Ausnahme vom Siedlungsverbot außerhalb der Baugebietsgrenzen und nicht um eine Zielabweichung. Unter den dort genannten Rahmenbedingungen ist eine Ausnahme möglich. Eines eigenständigen Zielabweichungsverfahrens bedarf es daher in diesen Fällen nicht. **Zur Abgrenzung der Baugebietsgrenzen:** Die Abgrenzung der Baugebietsgrenzen für die Gemeinde Hörnum erfolgte anhand von Baugebietsdarstellungen in wirksamen Flächennutzungsplandarstellungen sowie von bestehenden Ortslagen und Bebauungsplänen. Die genannten Bereiche in der südlichen Ortslage (Süderende, Odde-Wei) sind nur teilweise durch entsprechende Flächennutzungsplandarstellungen gedeckt. Darüber hinaus sind diese als Flächen für Düne und Heide als naturschutzfachlich wertvolle Flächen dargestellt. Daher erfolgt die Aufnahme in die Abgrenzung der Baugebietsgrenzen nur für die als Bauflächen dargestellten Gebiete. Bezüglich der Flächenberücksichtigung in Hörnum Nord wird darauf hingewiesen, dass den Baugebietsgrenzen die mit der Landesplanung und dem Kreis Nordfriesland abgestimmte Planung (10. Änderung des Flächennutzungsplans) zu Grunde liegt. Diese hat sich aus dem Wohnraumentwicklungskonzept 2025 entwickelt. Im Verfahren hat sich gezeigt, dass für den Sonderstandort eine über den Bestand hinausgehende Siedlungsentwicklung mit den fachlichen Rahmenbedingungen kaum möglich ist. Eine

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
		Änderung der Baugebietsgrenzen erfolgt daher nicht. Der Stellungnahme wird diesbezüglich nicht gefolgt.
Institution: Gemeinde Sylt , Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt Ortsentwicklung ID: M1130	**Zu 3.3 Baugebietsgrenzen - 1 Z Abs. 2:** Die Formulierung *Außerhalb der Baugebietsgrenzen ist eine Siedlungsentwicklung nur ausnahmsweise möglich*[...] bedarf der Klarstellung. Im bisher gültigen Regionalplan wird die Möglichkeit der Abweichung von den Baugebietsgrenzen im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens formuliert. Es stellt sich die Frage, ob das Fehlen des Hinweises auf das erforderliche Zielabweichungsverfahren und die neue Begrifflichkeit der Ausnahme statt der Abweichung bedeutet, dass eine ausnahmsweise Siedlungsentwicklung außerhalb der Baugebietsgrenzen auch ohne Zielabweichungsverfahren möglich wird, wenn die genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Zu den Änderungen der Baugebietsgrenzen in der Gemeinde Sylt: Die Flächen südlich der Feuerwehr in Westerland sollten weiterhin innerhalb der Baugebietsgrenzen liegen. Die Gemeinde lehnt eine Änderung der Baugebietsgrenzen diesbezüglich ab. Stattdessen muss sich die Darstellung der Baugebietsgrenzen weiterhin an der Straße *Zum Fliegerhorst* bis zur Feuerwache orientieren (gesamter Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 89a). Insbesondere für die Fläche südlich der Feuerwehr/Sylter Werkstätten [redacted] bestehen seit Jahren Entwicklungsabsichten u.a. verbunden mit Abstimmungsgesprächen mit dem Land Schleswig-Holstein. In den Ortsteilen Tinnum und Morsum befinden sich Potentialflächen für die Errichtung von Dauerwohnraum, die bisher teilweise innerhalb der Baugebietsgrenzen liegen. Das betrifft die Potentialflächen Ti_14 und Ti_15 sowie Mo_08 und Mo_13. Die Flächen wurden im Rahmen des Wohnraumentwicklungskonzeptes 2025 ermittelt, abgestimmt und beschlossen. Die Gemeinde Sylt lehnt eine Änderung diesbezüglich ab. Vor dem Hintergrund des erheblichen Mangels an Dauerwohnraum sollten die Voraussetzungen potentieller Entwicklungsflächen nicht verschlechtert werden. Im Zuge der gesetzlich vorgeschriebenen Wärme- und Kälteplanung mit der Zielvorgabe der lokalen klimaneutralen Wärmeversorgung bis derzeit 2045 (ab kommendem Jahr voraussichtlich bis 2040) wird auf kommunale Ebene die Errichtung von Anlagen für die Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien und dafür die Verfügbarkeit von Flächen	**Zu Zielabweichungsverfahren:** Formalrechtlich handelt es sich bei der Ausführung zu den Baugebietsgrenzen gemäß Kapitel 3.3 (Z) Regionalplanentwurf 2023 um eine im Plan vorgesehene Ausnahme vom Siedlungsverbot außerhalb der Baugebietsgrenzen und nicht um eine Zielabweichung. Unter den dort genannten Rahmenbedingungen ist eine Ausnahme möglich. Eines eigenständigen Zielabweichungsverfahrens bedarf es daher in diesen Fällen nicht. **Zu Flächen in Westerland:** Der Anregung hinsichtlich der Flächenberücksichtigung für die Ausweisung der Baugebietsgrenzen südlich der Feuerwehr Westerland/Sylter Werkstätten wird aufgrund der wirksamen Bebauungspläne gefolgt. Der Bereich westlich der Straße am Fliegerhorst wird in die Baugebietsgrenzen einbezogen. **Zu Flächen in Tinnum und Morsum:** Im Ortsteil Tinnum können aufgrund der bereits im Wohnraumentwicklungskonzept 2025 festgestellten Eignung für die Entwicklung von Dauerwohnraum die Potenzialflächen Ti_14 und Ti_15 in die Abgrenzung der Baugebietsgrenzen einbezogen werden. Dies gilt auch für die Flächen Mo_08 und Mo_13 im Ortsteil Morsum. Auch wenn es sich hierbei um eine Ausweitung der Siedlung in den baurechtlichen Außenbereich handelt, sind auf Ebene der Regionalplanung keine prinzipiell entgegenstehenden Fachbelange, insbesondere aus dem

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
	zum Tragen kommen. Die Insel Sylt ist aufgrund der Prägung durch und Bedeutung für Tourismus und Erholung sowie Natur-und Artenschutz in den übergeordneten Planungen durch die Ausweisung von Baugebietsgrenzen sowie Vorranggebieten für den Naturschutz schon weitgehend .beplant". Eine erneute Abwägung zwischen den Nutzungsansprüchen und ihrer Gewichtung bzw. eine Integration der Wärmeplanung als neue kommunale Flächenplanung ist auf übergeordneter Ebene vorzunehmen - wünschenswerter Weise in dieser Neuaufstellung des Regionalplanes, spätestens jedoch bei der Fortschreibung des Landesentwicklungsplanes in 2024. Möglichkeiten wie beispielsweise der Errichtung von Anlagen für die erneuerbare Energieerzeugung auf dem durch Nutzung vorgeprägtem Gelände des Flughafens steht derzeit die Darstellung als Vorbehaltsgebiet entgegen. Die Nutzungsansprüche an solche Flächen sollten vor dem Hintergrund der Wärmeplanung neu abgewogen werden. Die Wichtigkeit einer klimaneutralen Wärmeversorgung ist mit den rechtlichen Vorgaben zur Wärme- und Kälteplanung gegeben. Der Gemeinde Sylt dürfen aufgrund ihrer überregionalen touristischen Bedeutung nicht die hoheitlichen Entwicklungsmöglichkeiten in Bezug auf den Umbau zu einer klimaneutralen Gemeinde genommen werden. Bei bestehender Planlage scheint die Umsetzung der gesetzlich vorgeschriebenen Wärmewende kaum möglich.	Naturschutzrecht, erkennbar. Eine Aufnahme in die Baugebietsgrenzen kann in Abstimmung mit dem Kreis Nordfriesland daher erfolgen. Die Baugebietsgrenzen werden hinsichtlich der Abgrenzung angepasst, der Stellungnahme wird diesbezüglich gefolgt. **Zur kommunalen Wärmeplanung:** Bezüglich der Ausführungen zur gesetzlich vorgeschriebenen Wärme- und Kälteplanung der Kommunen bis spätestens Mitte 2028 wird folgendes angemerkt: die konkreten Auswirkungen der gesetzlichen Vorgaben lassen sich nach derzeitigem Stand nur schwer auf ein quantitativ und qualitativ bestimmbares Flächengerüst herunterbrechen. Daher wird von einer pauschalen Erweiterung der Baugebietsgrenzen Abstand genommen. Gleichfalls soll es keine pauschale Ausnahmemöglichkeit gemäß Regelungstext geben, da der räumliche Flächenumfang im Kontext der kommunalen Wärmeplanung und damit nicht zuverlässig in die Abwägung eingestellt werden kann. Gleichwohl werden die geänderten Anforderungen im Bereich Wärmeversorgung auf kommunaler Ebene erkannt. Generell wird auf die Möglichkeit der Zielabweichung verwiesen.
Institution: Amtes Föhr-Amrum, Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsbeauftragten und Bau- und Planungsamtes ID: M1133	<u>Zu „Baugebietsgrenzen“ (Kapitel 3.3):</u> Im Anhang sind für jede Gemeinde einzelne Stellungnahmen hierzu beigefügt. Zentrales Thema der beigefügten Stellungnahmen ist die Darstellung der zukünftigen „Baugebietsgrenzen“ in den Gemeinden im neuen Regionalplan für den Planungsraum I. Im Textteil des Regionalplanentwurfs wird in Kapitel 3.3 hierzu u. a. Folgendes zu den Zielen der Raumordnung genannt: *„Auf den Inseln Amrum, Föhr und Sylt sind in der Karte verbindliche Baugebietsgrenzen festgelegt. Die gemeindliche Siedlungsentwicklung ist auf die durch die Baugebietsgrenzen bestimmten Bereiche zu beschränken. (…) Außerhalb der Baugebietsgrenzen ist eine Siedlungsentwicklung nur ausnahmsweise möglich, wenn*	Die Baugebietsgrenzen gemäß Kapitel 3.3 (Z) Regionalplanentwurf 2023 berücksichtigen die Ortslagen und Bauflächendarstellungen der Flächennutzungspläne und wirksamen Bebauungsplänen. Die Landesplanung hat bereits mit Schreiben vom 31.08.2023 Stellung zum Wohnraumentwicklungskonzept für die Inseln Föhr und Amrum genommen. Eine Erweiterung der Baugebietsgrenzen erfolgt jeweils anhand der landesplanerischen Stellungnahme zum

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
	die Bauleitplanung der Schaffung von Dauerwohnraum zur Deckung des insularen Bedarfes dient und die Bebauung auf städtebaulich geeigneten Flächen im Anschluss an die Ortslage und in landschaftsverträglicher Art erfolgt. Hierzu ist eine gesamtinsulare Abstimmung erforderlich." In der Begründung hierzu wird bzgl. der räumlichen Festlegung der Baugebietsgrenzen Folgendes aufgezeigt: *„Bei der Abgrenzung der Baugebietsgrenzen wurden die geltenden Bauflächendarstellungen in den Flächennutzungsplänen der Gemeinden, die aktuellen Ortslagen mit ihrem baulichen Bestand sowie geeignete Potenzialflächen berücksichtigt."* In den angehängten Stellungnahmen werden geeignete Potenzialflächen für die Gemeinden ausgewiesen sowie Vorschläge für die Abgrenzung der zukünftigen Baugrenzen im neuen Regionalplan für den Planungsraum I gemacht. Aufgrund der städtebaulichen Analysen und Begründungen wird gebeten, die in den Stellungnahmen gemachten Vorschläge für die zukünftige Abgrenzung der Baugebietsgrenzen in den Gemeinden in den neuen Regionalplan zu übernehmen. Grundlage für die Stellungnahmen zu den Baugebietsgrenzen ist der aktuelle Stand des seit 2022 in Aufstellung befindlichen Wohnraumentwicklungskonzeptes Föhr-Amrum (WEK). Die Gemeinden der Inseln Amrum und Föhr stellen ein Wohnraumentwicklungskonzept auf, um insbesondere potentielle Siedlungserweiterungsflächen für die einzelnen Gemeinden detailliert darzustellen und städtebaulich zu bewerten. Die wesentlichen Ergebnisse des Wohnraumentwicklungskonzeptes wurden der Landesplanungsbehörde bereits im Mai 2023 zur Stellungnahme vorgelegt. Die darauf erfolgte Stellungnahme wurde im Rahmen eines Quartalsgespräches beim Kreis Nordfriesland weiter erörtert und hinsichtlich der weiteren Bearbeitung des Wohnraumentwicklungskonzeptes abgestimmt. Dieser Stand ist die Grundlage für die angehängten Stellungnahmen. <u>Anhang:</u> Stellungnahmen zu potentiellen Siedlungserweiterungsflächen sowie Vorschläge zur zukünftigen Abgrenzung der Baugebietsgrenzen in den Gemeinden auf Föhr und Amrum (zusammengefasst in eine PDF-Datei „Amt Föhr-Amrum_Stellungnahmen Gemeinden.pdf", 110 Seiten, ca. 16 MB groß).	Wohnraumentwicklungskonzept beziehungsweise der Bewertung der daraufhin erfolgten planerischen Anpassungen seitens der Gemeinden. **Flächen der Stadt Wyk a.F.:** Bezüglich der Flächen für die Stadt Wyk a.F. wird darauf hingewiesen, dass die Stadt als Unterzentrum für die Bevölkerung ihres Verflechtungsbereichs die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des qualifizierten Grundbedarfs sicherstellt. In dieser Funktion ist sie zu stärken und ihr Angebot ist bedarfsgerecht weiterzuentwickeln (vergleiche Kapitel 3.1.3 Absatz 1 (Z) LEP 2021). Demzufolge bestehen gegen die städtebaulich angebundenen Siedlungserweiterungsflächen gemäß Wohnraumentwicklungskonzept keine Bedenken und der Stellungnahme wird gefolgt. Die Baugebietsgrenzen werden entsprechend angepasst. **Flächen der Gemeinde Alkersum:** Die Siedlungserweiterungsflächen der Gemeinde Alkersum sind insgesamt umfangreich, Entwicklungsmöglichkeiten im Innenbereich bestehen zudem weiterhin. Die Gemeinde verweist diesbezüglich jedoch auf Abstände zu immissionsträchtigem Gewerbe im Osten und weitere notwendige Entwicklungsmöglichkeiten. Die Gemeinde stellt einen zentral gelegenen Siedlungsschwerpunkt auf der Insel dar; die weiteren städtebaulich angebundenen Siedlungsentwicklungen können seitens der Landesplanung mitgetragen werden. Zur Fläche F für eine gewerbliche Entwicklung hatte sich die Landesplanung bereits im Rahmen der 9. Flächennutzungsplanänderung beziehungsweise des Bebauungsplan Nummer 9 positiv geäußert, die Fläche wird entsprechend in die Baugebietsabgrenzung aufgenommen. Der

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
		Stellungnahme wird daher überwiegend gefolgt, die Baugebietsgrenzen werden entsprechend angepasst. **Flächen der Gemeinde Borgsum:** Die Ausweisung der Baugebietsgrenzen der Gemeinde Borgsum im östlich von der Ortslage abgesetzten Bereich wird von der Landesplanung weiterhin kritisch gesehen, auch wenn nur die Bestandsbebauung erfasst und eine städtebauliche Zäsur zur Hauptortslage eingehalten werden soll. Der Ortsteil ist weiterhin überwiegend landwirtschaftlich geprägt, eine Bestandsentwicklung ist möglich. Eine Ausweitung der Baugebietsgrenzen um diesen Bereich erfolgt daher nicht. Die weiteren Ausführungen der Gemeinde hinsichtlich der gemeindlichen Entwicklungsperspektiven werden zur Kenntnis genommen, die Flächen B und A scheinen aus städtebaulicher Sicht verträglich und können für die Baugebietsgrenzen berücksichtigt werden. Die Baugebietsgrenzen werden entsprechend angepasst. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. **Flächen der Gemeinde Dunsum:** Die Siedlungserweiterungsflächen der Gemeinde Dunsum werden von der Landesplanung weiterhin kritisch gesehen. Die Siedlungsentwicklung sollte sich auf die Hauptortslage Großdunsum konzentrieren, in der sich bisher der Siedlungsschwerpunkt befindet. Von einer Ausweisung der Baugebietsgrenzen im siedlungsstrukturell untergeordneten Ortsteil Kleindunsum wird daher weiterhin abgesehen. Eine Bestandsentwicklung ist dort weiterhin möglich. Die Siedlungserweiterungsflächen A-C in Großdunsum können mitgetragen werden. Der Stellungnahme wird

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
		teilweise gefolgt, die Baugebietsgrenzen werden entsprechend angepasst. **Flächen der Gemeinde Midlum:** Hinsichtlich der Siedlungserweiterungsflächen für die Gemeinde Midlum können die seitens der Landesplanung bestehenden Bedenken bezüglich der städtebaulichen Zäsur zwischen den Gemeinden Midlum und Oevenum zunächst zurückgestellt werden, da keine Alternativflächen zur Verfügung stehen. Die Siedlungserweiterungsfläche B kann im vorgeschlagenen Umfang mitgetragen werden, solange die städtebauliche Zäsur erhalten und die seitens der Denkmalschutzbehörde vorgebrachten ortsgestalterischen Belange hinreichend beachtet werden. Die Abgrenzung der Baugebietsgrenzen wird angepasst, der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. **Flächen der Gemeinde Nebel:** Die Vorschläge der Gemeinde zu Siedlungserweiterungsflächen für den Zentralen Ort Nebel wurden nochmals angepasst, die Fläche D (Ortsteil Süddorf) wurde aufgrund der Lage in einem Vorranggebiet für den Küstenschutz sowie Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft zurückgenommen. Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Siedlungserweiterungsfläche B, welche sich in einem Vorranggebiet für den Naturschutz befindet, ist für die Siedlungserweiterung ungeeignet, die naturschutzfachlichen Bedenken können nicht zurückgestellt werden. Der Stellungnahme wird diesbezüglich nicht gefolgt. Die gewerblichen Erweiterungsflächen F und G können aufgrund der naturschutzfachlichen sowie der Belange des Hochwasserschutzes ebenfalls nicht übernommen werden, auch wenn eine Bedarfslage des Zentralen Ortes plausibel anzunehmen ist. Bezüglich einer

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
		gewerblichen Entwicklung sollte vielmehr eine gesamtinsulare Abstimmung erfolgen, um geeignete Flächen zu identifizieren. Die städtebaulich gut angebundenen Flächen A, E und C (Ortsteil Süddorf) können für die Abgrenzung der Baugebietsgrenzen berücksichtigt werden, beziehungsweise sind in diesen bereits enthalten. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt, die Baugebietsgrenzen werden entsprechend angepasst. **Flächen der Gemeinde Nieblum:** Die Siedlungserweiterungsflächen gemäß Wohnraumentwicklungskonzept der Gemeinde Nieblum werden nach Anpassung der Fläche D und Ergänzung der Fläche G als städtebaulich vertretbar beurteilt, eine Arrondierung des Ortsrandes ist so möglich. Die Erweiterung der Baugebietsgrenzen kann aus Sicht der Landesplanung entsprechend erfolgen. Der Stellungnahme wird daher gefolgt. **Flächen der Gemeinde Norddorf:** Bezüglich der Siedlungserweiterungsflächen der Gemeinde Norddorf wird weiterhin darauf hingewiesen, dass sich die Flächen A und B (teilweise) in einem Vorranggebiet für den Naturschutz gemäß Entwurf für den Regionalplan 2023 befinden und damit nicht für eine planmäßige Besiedlung in Frage kommen. Die Gemeinde hat den Umfang der Fläche B bereits reduziert, dies wird zur Kenntnis genommen. Bezüglich der Fläche B kann eine Änderung der Baugebietsgrenzen teilweise unter Berücksichtigung des Vorranggebietes für den Naturschutz übernommen werden. Fläche C ragt jedoch isoliert in den Außenbereich und befindet sich in einem Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft gemäß Entwurf für den Regionalplan 2023. Der Stellungnahme wird daher insgesamt nicht gefolgt, die

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
		Baugebietsgrenzen werden dennoch teilweise angepasst. **Flächen der Gemeinde Oevenum:** Die Gemeinde Oevenum beabsichtigt eine Erweiterung der gewerblichen Flächen abgesetzt im Süden des Gemeindegebietes. Aufgrund der städtebaulich nicht angebundenen Lage, ist eine Ausweitung der Baugebietsgrenzen an dieser Stelle nicht möglich. Eine gewerbliche Entwicklung sollte auf siedlungsangebundene Standorte fokussiert werden. Eine Anpassung der Baugebietsgrenzen hinsichtlich der Siedlungserweiterungsfläche E kann jedoch städtebaulich vertreten werden. Die Ausführungen zur Fläche B werden zur Kenntnis genommen. Der Stellungnahme wird nur teilweise gefolgt, die Baugebietsgrenzen werden entsprechend angepasst. **Flächen der Gemeinde Oldsum:** Hinsichtlich der Siedlungserweiterungsflächen der Gemeinde Oldsum wird festgestellt, dass die Gemeinde weiterhin an einer umfangreichen Flächenausweisung festhält und aufgrund von Hochwasserrisikogebieten im Norden eine stärkere Orientierung nach Süden erwägt. Gegenüber der Fläche C und D hatte die untere Denkmalschutzbehörde bereits Bedenken aufgrund der Nähe zur denkmalgeschützten Oldsumer Mühle geäußert, der Verweis der Gemeinde dies müsse lediglich auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung geregelt werden, wird aus landesplanerischer Sicht nicht geteilt. Die untere Denkmalschutzbehörde hatte die oben genannten Bedenken im Rahmen einer erneuten Beteiligung bestätigt. Eine Übernahme der Flächen in die Baugebietsgrenzen ist aufgrund der entgegenstehenden Belange nicht möglich. Die

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
		gewerblichen Flächen im Westen der Gemeinde sind bereits Gegenstand eines positiv beschiedenen Zielabweichungsverfahrens (3. Änderung des Flächennutzungsplanes/Bebauungsplan Nummer 8) und werden daher in die Baugebietsgrenzen einbezogen. Die Siedlungserweiterungsfläche B stellt eine städtebaulich sinnvolle Ergänzung der bestehenden Bebauung dar. Der Stellungnahme wird daher teilweise gefolgt, die Baugebietsgrenzen werden entsprechend angepasst. **Flächen der Gemeinde Süderende:** Die Gemeinde Süderende beabsichtigt eine Siedlungserweiterung im östlichen Gemeindegebiet und hat hierfür eine weitere Fläche C identifiziert. Aus landesplanerischer Sicht handelt es sich in Summe (Flächen A, B, C) um eine im Verhältnis zur Größe der Ortslage sehr umfangreiche Flächenausweisung. Eine Anpassung der Baugebietsgrenzen kann nur in Teilen erfolgen (Fläche B und A können als sinnvolle städtebauliche Erweiterung mitgetragen werden, die Fläche C hingegen wird nur anteilig im baulich bereits geprägten Bereich in die Baugebietsgrenzen eingebzogen). Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. **Flächen der Gemeinde Utersum:** Hinsichtlich der vorgeschlagenen Erweiterungen der Baugebietsgrenzen für die Gemeinde Utersum wurden aufgrund der Lage in einem Vorranggebiet für den Naturschutz gemäß Entwurf des Regionalplans 2023 Bedenken gegen Fläche C geäußert. Die Gemeinde hält weiterhin an der Fläche fest, dies wird zur Kenntnis genommen, eine Baugebietsgrenzenausweisung kann hier auch nach erneuter Prüfung jedoch nicht erfolgen. Auf Ebene der Regionalplanung ist nicht davon auszugehen, dass die

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
		zu Grunde liegende fachliche Einstufung als Biotopflächen im Rahmen einer Bauleitplanung überwunden werden kann. Die Fläche D im Ortsteil Hedehusum wurde entsprechend der Stellungnahme der Landesplanung reduziert, dies wird zur Kenntnis genommen und kann für die Baugebietsgrenzenausweisung berücksichtigt werden. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt. **Flächen der Gemeinde Witsum:** Für die Gemeinde Witsum sind im rechtskräftigen Regionalplan bisher keine Baugebietsgrenzen festgelegt worden. Das fehlende städtebauliche Gewicht der Ortslage rechtfertigt weiterhin keine Festlegung von Baugebietsgrenzen. Eine bestandsorientierte Entwicklung kann jedoch weiterhin erfolgen. Die Siedlungserweiterungsflächen A-D wären deutlich überdimensioniert und würden über eine bedarfsorientierte Entwicklung deutlich hinausgehen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt, es erfolgt keine Darstellung von Baugebietsgrenzen. **Flächen der Gemeinde Wittdün:** Aus der Stellungnahme geht hervor, dass die Gemeinde Wittdün die Siedlungsentwicklungsfläche A aufgrund der naturschutzfachlichen Bewertung zurückgenommen hat. Dies wird zur Kenntnis genommen. Die Siedlungserweiterungsfläche B ist als einzige Entwicklungsfläche städtebaulich vertretbar, auf Belange des Hochwasserschutzes wurde bereits hingewiesen (Lage in einem Vorranggebiet für den Küstenhochwasserschutz). Eine Abstimmung mit dem Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz sowie der Unteren Naturschutzbehörde aufgrund von teilweise vorhandenem Wertgrünland sollte rechtzeitig erfolgen. Der Stellungnahme kann

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
		diesbezüglich gefolgt werden, die Baugebietsgrenzen werden entsprechend angepasst. **Flächen der Gemeinde Wrixum:** Da sich die Gemeinde Wrixum im baulichen Siedlungszusammenhang mit dem Unterzentrum Wyk a.F. befindet, kann sie an den Funktionen des Zentralen Ortes teilnehmen. Die Siedlungserweiterungsfläche B ist städtebaulich vertretbar. Die bisherige Abgrenzung wird auf den Flächenumfang von Fläche B reduziert, der Stellungnahme wird gefolgt. Die Baugebietsgrenzen werden entsprechend angepasst.
Institution: Wenningstedt-Braderup , über Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt ID: M1132	**Zu 3.3 Baugebietsgrenzen – 1 Z Abs. 2:** Die Formulierung „Außerhalb der Baugebietsgrenzen ist eine Siedlungsentwicklung nur aus-nahmsweise möglich, wenn […]“ bedarf der Klarstellung. Im bisher gültigen Regionalplan wird die Möglichkeit der Abweichung von den Baugebiets-grenzen im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens formuliert. Es stellt sich die Frage, ob das Fehlen des Hinweises auf das erforderliche Zielabwei-chungsverfahren und die neue Begrifflichkeit der Ausnahme statt der Abweichung bedeutet, dass eine ausnahmsweise Siedlungsentwicklung außerhalb der Baugebietsgrenzen auch ohne Zielabweichungsverfahren möglich wird, wenn die genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Soweit eine Ausnahmemöglichkeit gegeben sein soll wird angeregt, dies nur für die kommunale Flächenentwicklung zu ermöglichen und ansonsten bei der Erforderlichkeit eines Zielabweichungsverfahrens zu bleiben. Für die ausnahmsweise Entwicklung von Flächen für Dauerwohnraum außerhalb der Bau-gebietsgrenzen wird die Erforderlichkeit der gesamtinsularen Abstimmung als Ziel definiert. Die Anforderungen und der Prozess als Inhalt des Ziels sind klarzustellen. • Bedeutet „Abstimmung“ in diesem Fall, dass eine Zustimmung der anderen Gemein-den erforderlich ist? • Muss es in dem Fall die Zustimmung aller Gemeinden sein oder reicht eine Mehrheit?	**Zu Zielabweichungsverfahren:** Formalrechtlich handelt es sich bei der Ausführung zu den Baugebietsgrenzen gemäß Kapitel 3.3 (Z) Regionalplanentwurf 2023 um eine im Plan vorgesehene Ausnahme vom Siedlungsverbot außerhalb der Baugebietsgrenzen und nicht um eine Zielabweichung. Unter den dort genannten Rahmenbedingungen ist eine Ausnahme möglich. Eines eigenständigen Zielabweichungsverfahrens bedarf es daher in diesen Fällen nicht. **Zur gesamtinsularen Abstimmung:** Im Rahmen der Stellungnahme wird um Klarstellung des Begriffs der gesamtinsularen Abstimmung im Rahmen von Bauleitplanungen gebeten. In den Ausführungen gemäß Kapitel 3.3 (Z) Regionalplanentwurf 2023 bezieht sich das Ziel auf den Abstimmungsvorgang und die gegenseitige Information der Inselgemeinden. Daraus folgt zwar das Erfordernis der Auseinandersetzung mit Stellungnahmen und Belangen der anderen

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
	Die Gemeinde Wenningstedt-Braderup spricht sich entschieden gegen die Möglichkeit aus, dass eine andere Gemeinde ein kommunales Projekt blockieren könnte. Insofern wird auf den abgestimmten Raumordnerischen Vertrag verwiesen, der für die Neuaufnahme von Po-tenzialflächen die Kenntnisnahme der anderen Inselgemeinden voraussetzt. Es wird ange-regt, die Formulierung des Regionalplanentwurfes anzupassen und die insulare Abstimmung als Anregung zu formulieren: „Hierzu sollte eine gesamtinsulare Abstimmung durchgeführt werden." Dies sollte dann als Grundsatz definiert werden, nicht als Ziel. Im Zuge der gesetzlich vorgeschriebenen Wärme- und Kälteplanung sowie der Zielvorgabe der lokalen klimaneutralen Wärmeversorgung bis 2040 wird auf kommunale Ebene die Er-richtung von Anlagen für die Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien und in dem Zuge die Verfügbarkeit von Flächen zum Tragen kommen. Die Insel Sylt ist aufgrund der Prägung durch und Bedeutung für Tourismus und Erholung sowie Natur-und Artenschutz in den über-geordneten Planungen durch die Ausweisung von Baugebietsgrenzen sowie Vorranggebie-ten für den Naturschutz schon weitgehend „beplant". Eine erneute Abwägung zwischen den Nutzungsansprüchen und ihrer Gewichtung ist auf übergeordneter Ebene vorzunehmen. Die Wichtigkeit einer klimaneutralen Wärmeversorgung ist mit den rechtlichen Vorgaben zur Wärme- und Kälteplanung gegeben. Der Gemeinde Wenningstedt-Braderup dürfen aufgrund ihrer überregionalen touristischen Bedeutung nicht die hoheitlichen Entwicklungsmöglichkei-ten in Bezug auf den Umbau zu einer klimaneutralen Gemeinde genommen werden.	Inselgemeinden, eine explizite Zustimmung zur Planung ergibt sich daraus jedoch nicht. Als abwägungsrelevante Tatbestände können nur sachliche und fachliche Aspekte gewertet werden, eine reine unbegründete Ablehnung der Beteiligten ist diesbezüglich nicht relevant. Der Stellungnahme wird dahingehend gefolgt, dass die Begründung entsprechend angepasst wird. **Zur kommunalen Wärmeplanung:** Bezüglich der Ausführungen zur gesetzlich vorgeschriebenen Wärme- und Kälteplanung der Kommunen bis spätestens Mitte 2028 wird folgendes angemerkt: die konkreten Auswirkungen der gesetzlichen Vorgaben lassen sich nach derzeitigem Stand nur schwer auf ein quantitativ und qualitativ bestimmbares Flächengerüst herunterbrechen. Daher wird von einer pauschalen Erweiterung der Baugebietsgrenzen Abstand genommen. Gleichfalls soll es keine pauschale Ausnahmemöglichkeit gemäß Regelungstext geben, da der räumliche Flächenumfang im Kontext der kommunalen Wärmeplanung und damit nicht zuverlässig in die Abwägung eingestellt werden kann. Gleichwohl werden die geänderten Anforderungen im Bereich Wärmeversorgung auf kommunaler Ebene erkannt. Generell wird auf die Möglichkeit der Zielabweichung verwiesen.
Institution: Kreisverwaltung Nordfriesland, Kreisverwaltung Nordfriesland ID: 1099	<u>HSG Planung:</u> Die Festlegung von Baugebietsgrenzen auf den Inseln Sylt, Föhr und Amrum war bereits Gegenstand mehrerer Vorabstimmungen zwischen Land und Kreis. Der Kreis hatte wiederholt auf die erforderliche Balance zwischen kommunaler Planungshoheit und raumordnerischer Zielfestlegung hingewiesen. Besondere Schwierigkeiten stellten zudem die notwendigerweise grobe landesplanerische Maßstabsebene und die nicht immer städtebaulich plausible - und vor allem vorwegnehmende - antizipierende Festlegung von	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
	Siedlungserweiterungsflächenabgrenzungen dar. Angesichts der Geltungsdauer von Regionalplänen und ihren Festlegungen stand zu befürchten, dass es im Zuge von städtebaulich zu vertretenden Siedlungsflächenerweiterungen der Gemeinden, zu oft auf aufwändige Zielabweichungsverfahren hinauslaufen würde, nämlich immer dann, wenn jene von der Landesplanungsbehörde nicht vorhergesehen worden waren. Um dies zu vermeiden wurde angeregt, einen Ausnahmetatbestand in die Zielfestsetzung zu integrieren. Diesem Vorschlag ist die Landesplanungsbehörde dahingehend gefolgt, dass wenn die Bauleitplanung der Schaffung von Dauerwohnraum zur Deckung des insularen Bedarfes dient und die Bebauung auf städtebaulich geeigneten Flächen im Anschluss an die Ortslage und in landschaftsverträglicher Art erfolgt, eine Ausnahme erfolgen kann. Hierzu ist außerdem eine gesamtinsulare Abstimmung erforderlich. Aus Sicht des Kreises stellt dies eine akzeptable Regelung dar, die das grundsätzliche raumordnerische Ziel nicht in Frage stellt, aber den Aspekt der kommunalen Planungshoheit angemessen in die Abwägung eingestellt. Dass sich die Ausnahme dabei auf die Schaffung von Dauerwohnraum beschränkt und außerhalb dieser Grenzen ansonsten lediglich bestandsbezogene Entwicklungen zulässig sind, ist nachvollziehbar und wird seitens des Kreises mitgetragen. <u>Untere Naturschutzbehörde:</u> Hierzu bestehen keine Bedenken oder Anmerkungen. Die Baugrenzen haben augenscheinlich den Umfang der bisherigen Bebauung. Dem Grundsatz zu den Baugrenzen auf Föhr, Amrum und Sylt von Seite 70 des Plantexts wird gefolgt.	
Institution: **Gemeinde List auf Sylt** **ID: M1059**	Zu 3.3 Baugebietsgrenzen - 1 Z Abs. 2: Die Formulierung *Außerhalb der Baugebietsgrenzen ist eine Siedlungsentwicklung nur ausnahmsweise möglich[...]* bedarf der Klarstellung. Im bisher gültigen Regionalplan wird die Möglichkeit der Abweichung von den Baugebietsgrenzen im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens formuliert. Es stellt sich die Frage, ob das Fehlen des Hinweises auf das erforderliche Zielabweichungsverfahren und die neue Begrifflichkeit der Ausnahme statt der Abweichung bedeutet, dass eine ausnahmsweise Siedlungsentwicklung außerhalb der Baugebietsgrenzen auch ohne Zielabweichungsverfahren möglich wird, wenn die genannten Voraussetzungen erfüllt sind.	**Zu Zielabweichungsverfahren:** Formalrechtlich handelt es sich bei der Ausführung zu den Baugebietsgrenzen gemäß Kapitel 3.3 (Z) Regionalplanentwurf 2023 um eine im Plan vorgesehene Ausnahme vom Siedlungsverbot außerhalb der Baugebietsgrenzen und nicht um eine Zielabweichung. Unter den dort genannten Rahmenbedingungen ist eine Ausnahme möglich. Eines eigenständigen Zielabweichungsverfahrens bedarf es daher in diesen Fällen nicht.

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
	Für die ausnahmsweise Entwicklung von Flächen für Dauerwohnraum außerhalb der Baugebietsgrenzen wird die Erforderlichkeit der gesamtinsularen Abstimmung als Ziel definiert. Die Anforderungen und der Prozess als Inhalt des Ziels sind klarzustellen. • Bedeutet „Abstimmung" in diesem Fall, dass eine Zustimmung der anderen Gemeinden erforderlich ist? • Muss es in dem Fall die Zustimmung aller Gemeinden sein oder reicht eine Mehrheit? Die Gemeinde List spricht sich entschieden gegen die Möglichkeit aus, dass eine andere Gemeinde ein kommunales Projekt blockieren könnte. Insofern wird auf den abgestimmten Raumordnerischen Vertrag verwiesen, der für die Neuaufnahme von Potenzialflächen die Kenntnisnahme der anderen Inselgemeinden voraussetzt. Es wird angeregt, die Formulierung des Regionalplanentwurfes anzupassen und die insulare Abstimmung als Anregung zu formulieren: ,,Hierzu sollte eine gesamtinsulare Abstimmung durchgeführt werden." Dies sollte dann als Grundsatz definiert werden, nicht als Ziel. Zu den Änderungen der Baugebietsgrenzen in der Gemeinde List auf Sylt: Mit dem Wohnraumentwicklungskonzept wurden für die Gemeinde List Potentialflächen für eine wohnbauliche Entwicklung für Dauerwohnraum ermittelt. Die Potentialflächen Li_05 und Li_09 liegen bisher innerhalb der Baugebietsgrenzen, ein wichtiges Kriterium in der Bewertungssystematik zur Ermittlung von Potentialflächen. Der geänderten Darstellung der Baugebietsgrenzen bezogen auf diese Potentialflächen wird daher widersprochen. Die Potentialfläche sind weiterhin innerhalb der Baugebietsgrenzen darzustellen. Auch das I-Tal / Jenslongtal nordwestlich der Listlandstraße lag bisher innerhalb der Baugebietsgrenzen. In dem Gebiet befinden sich Versorgungsanlagen der [redacted], welche stetig weiterentwickelt und den aktuellen Anforderungen und Standards sowie Bedarfen angepasst werden. Die Fläche ist unverzichtbar und muss weiterhin innerhalb der Baugebietsgrenzen liegen. Die Flächenverfügbarkeit für Anlagen der Energie- und Wärmeversorgung gewinnt zudem mit der kommunalen Wärmeplanung als wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Energiewende zukünftig an Bedeutung (vgl. nachfolgender Absatz). Dies ist ein weiterer wichtiger Grund für die Beibehaltung des I-Tals / Jenslongtals innerhalb der Baugebietsgrenzen.	**Zur gesamtinsularen Abstimmung:** Im Rahmen der Stellungnahme wird um Klarstellung des Begriffs der gesamtinsularen Abstimmung im Rahmen von Bauleitplanungen gebeten. In den Ausführungen gemäß Kapitel 3.3 (Z) Regionalplanentwurf 2023 bezieht sich das Ziel auf den Abstimmungsvorgang und die gegenseitige Information der Inselgemeinden. Daraus folgt zwar das Erfordernis der Auseinandersetzung mit Stellungnahmen und Belangen der anderen Inselgemeinden, eine explizite Zustimmung zur Planung ergibt sich daraus jedoch nicht. Als abwägungsrelevante Tatbestände können nur sachliche und fachliche Aspekte gewertet werden, eine reine unbegründete Ablehnung der Beteiligten ist diesbezüglich nicht relevant. Der Stellungnahme wird dahingehend gefolgt, dass die Begründung entsprechend angepasst wird. **Flächen in der Gemeinde List:** Die Potenzialflächen Li_05 und Li_09 aus dem Wohnraumentwicklungskonzept 2025 wurden gemäß damaliger Bewertung nur als bedingt geeignet eingestuft. Die Potenzialfläche Li_05 unterliegt dem gesetzlichen Biotopschutz nach § 30 (2) Nummer 6 BNatSchG (naturnahe Graudüne) und ist als FFH-Lebensraumtyp eingestuft. Des Weiteren liegt die Fläche im FFH-Gebiet „Dünen- und Heidelandschaften Nord-Sylt“ sowie im Schwerpunktbereich (450, Kampener Geestbereich) des Biotopverbundes. Die Fläche 09 in List würde sich zwar städtebaulich gut in das bestehende Siedlungsgefüge einfügen, unterliegt in Teilen jedoch dem gesetzlichen Biotopschutz nach § 30 (2) Nummer 6 BNatSchG (Braundüne mit Krähenbeere). Weiterhin wurde der Verdacht auf Trockenrasenvorkommen auf der Fläche bisher nicht

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
	Im Zuge der gesetzlich vorgeschriebenen Wärme- und Kälteplanung sowie der Zielvorgabe der lokalen klimaneutralen Wärmeversorgung bis derzeit 2045 (ab kommendem Jahr voraussichtlich bis 2040) wird auf kommunale Ebene die Errichtung von Anlagen für die Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien und in dem Zuge die Verfügbarkeit von Flächen zum Tragen kommen. Die Insel Sylt ist aufgrund der Prägung durch und Bedeutung für Tourismus und Erholung sowie Natur-und Artenschutz in den übergeordneten Planungen durch die Ausweisung von Baugebietsgrenzen sowie Vorranggebieten für den Naturschutz schon weitgehend „beplant". Eine erneute Abwägung zwischen den Nutzungsansprüchen und ihrer Gewichtung ist auf übergeordneter Ebene vorzunehmen. Die Wichtigkeit einer klimaneutralen Wärmeversorgung ist mit den rechtlichen Vorgaben zur Wärme- und Kälteplanung gegeben. Der Gemeinde List dürfen aufgrund ihrer überregionalen touristischen Bedeutung nicht die hoheitlichen Entwicklungsmöglichkeiten in Bezug auf den Umbau zu einer klimaneutralen Gemeinde genommen werden.	widerlegt. Es besteht daher ein besonders hoher Schutzstatus im Rahmen der Vorgaben FFH-Richtlinie (Natura-2000-Gebiete). Der Erhalt der Flächen ist daher erforderlich und eine Überplanung der Flächen ist daher aus naturschutzrechtlicher und -fachlicher Sicht nicht vertretbar. Es erfolgt daher auch keine Aufnahme in die Baugebietsgrenzen. Eine Anpassung der Baugebietsgrenzen an die 3. Änderung des Bebauungsplans Nummer 12a wird jedoch vorgenommen. Die Gewerbeflächen im I-Tal/Jenslongtal sowie weiter westliche Wohnbauflächen (Süderhörn, Mövengrund) nordwestlich der Listlandstraße werden aufgrund der vorliegenden Darstellung im rechtskräftigen Flächennutzungsplan in die Baugebietsgrenzen übernommen. Die Baugebietsgrenzen werden daher hinsichtlich der Abgrenzung teilweise angepasst, der Stellungnahme wird somit diesbezüglich (teilweise) gefolgt. **Zur kommunalen Wärmeplanung:** Bezüglich der Ausführungen zur gesetzlich vorgeschriebenen Wärme- und Kälteplanung der Kommunen bis spätestens Mitte 2028 wird folgendes angemerkt: die konkreten Auswirkungen der gesetzlichen Vorgaben lassen sich nach derzeitigem Stand nur schwer auf ein quantitativ und qualitativ bestimmbares Flächengerüst herunterbrechen. Daher wird von einer pauschalen Erweiterung der Baugebietsgrenzen Abstand genommen. Gleichfalls soll es keine pauschale Ausnahmemöglichkeit gemäß Regelungstext geben, da der räumliche Flächenumfang im Kontext der kommunalen Wärmeplanung nicht prognostizierbar und damit nicht zuverlässig in die Abwägung eingestellt werden kann. Gleichwohl werden die geänderten Anforderungen im

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
		Bereich Wärmeversorgung auf kommunaler Ebene erkannt. Generell wird auf die Möglichkeit der Zielabweichung verwiesen.
Institution: Gemeinde Kampen ID: M1040	Zu 3.3 Baugebietsgrenzen - 1 Z Abs. 2: Die Formulierung *Außerhalb der Baugebietsgrenzen ist eine Siedlungsentwicklung nur ausnahmsweise möglich[...]* bedarf der Klarstellung. Im bisher gültigen Regionalplan wird die Möglichkeit der Abweichung von den Baugebietsgrenzen im Rahmen eines Zielabweichungsverfahrens formuliert. Es stellt sich die Frage, ob das Fehlen des Hinweises auf das erforderliche Zielabweichungsverfahren und die neue Begrifflichkeit der *Ausnahme* statt der *Abweichung* bedeutet, dass eine ausnahmsweise Siedlungsentwicklung außerhalb der Baugebietsgrenzen auch ohne Zielabweichungsverfahren möglich wird, wenn die genannten Voraussetzungen erfüllt sind. Für die ausnahmsweise Entwicklung von Flächen für Dauerwohnraum außerhalb der Baugebietsgrenzen wird die Erforderlichkeit der gesamtinsularen Abstimmung als Ziel definiert. Die Anforderungen und der Prozess als Inhalt des Ziels sind klarzustellen. • Bedeutet „Abstimmung" in diesem Fall, dass eine Zustimmung der anderen Gemeinden erforderlich ist? • Muss es in dem Fall die Zustimmung aller Gemeinden sein oder reicht eine Mehrheit? Die Gemeinde Kampen spricht sich entschieden gegen die Möglichkeit aus, dass eine andere Gemeinde ein kommunales Projekt blockieren könnte. Insofern wird auf den abgestimmten Raumordnerischen Vertrag verwiesen, der für die Neuaufnahme von Potenzialflächen die Kenntnisnahme der anderen Inselgemeinden voraussetzt. Es wird angeregt, die Formulierung des Regionalplanentwurfes anzupassen und die insulare Abstimmung als Anregung zu formulieren: ,,Hierzu sollte eine gesamtinsulare Abstimmung durchgeführt werden." Dies sollte dann als Grundsatz definiert werden, nicht als Ziel. Zu den Änderungen der Baugebietsgrenzen in der Gemeinde Kampen:	**Zu Zielabweichungsverfahren:** Formalrechtlich handelt es sich bei der Ausführung zu den Baugebietsgrenzen gemäß Kapitel 3.3 (Z) Regionalplanentwurf 2023 um eine im Plan vorgesehene Ausnahme vom Siedlungsverbot außerhalb der Baugebietsgrenzen und nicht um eine Zielabweichung. Unter den dort genannten Rahmenbedingungen ist eine Ausnahme möglich. Eines eigenständigen Zielabweichungsverfahrens bedarf es daher in diesen Fällen nicht. **Zur gesamtinsularen Abstimmung:** Im Rahmen der Stellungnahme wird um Klarstellung des Begriffs der gesamtinsularen Abstimmung im Rahmen von Bauleitplanungen gebeten. In den Ausführungen gemäß Kapitel 3.3 (Z) Regionalplanentwurf 2023 bezieht sich das Ziel auf den Abstimmungsvorgang und die gegenseitige Information der Inselgemeinden. Daraus folgt zwar das Erfordernis der Auseinandersetzung mit Stellungnahmen und Belangen der anderen Inselgemeinden, eine explizite Zustimmung zur Planung ergibt sich daraus jedoch nicht. Als abwägungsrelevante Tatbestände können nur sachliche und fachliche Aspekte gewertet werden, eine reine unbegründete Ablehnung der Beteiligten ist diesbezüglich nicht relevant. Der Stellungnahme wird dahingehend gefolgt, dass die Begründung entsprechend angepasst wird. **Zu Flächen der Gemeinde Kampen:**

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
	Die Änderung der Baugebietsgrenzen für den Bereich nördlich Ericaweg zwischen Hans Hansen-Straße und Heideweg wird abgelehnt. Wie auch die benachbarten Gebiete östlich Hans-Hansen-Wai und westlich Heideweg ist der Bereich von einer aufgelockerten Einzelhausbebauung entlang der Verkehrsfläche und dazwischenliegenden freien Heideflächen geprägt. Der Bereich ist durch Bebauungspläne vollständig überplant, schützenswerte Flächen sind im Bebauungsplan als Grünflächen festgesetzt, bebaute Grundstücke als Wohngebiet mit Baugrenzen eng um die Bestandsgebäude. Dies sollte durch die Baugebietsgrenzen im Regionalplan berücksichtigt werden. Die Fläche südlich des Ortsrandes zwischen Brönshooger Wai und Börderwai im Eigentum [redacted] ist im Wohnraumentwicklungskonzept als Potenzialfläche bewertet worden und für die Gemeinde Kampen nach wie vor von Bedeutung. Vor dem Hintergrund sollte die Fläche innerhalb der Baugebietsgrenzen liegen. In der Gemeinde Kampen und auf der gesamten Insel Sylt sind das Nachverdichtungspotenzial und insbesondere freie Flächen im Innenbereich sehr eingeschränkt. Das Gutachten zur Fortschreibung des Wohnungsmarktkonzeptes ([redacted] (2020) Abschätzung des Wohnungsbedarfs und des realisierbaren Wohnungsneubaus bis 2030 für die Gemeinden der Insel Sylt)) hat zudem dargestellt, dass das aktivierbare Flächenpotenzial nicht ausreicht, um den Wohnungsbedarf zu decken. Vor dem Hintergrund kommt einer Entwicklung von Flächen außerhalb der Baugebietsgrenzen ebenfalls eine Bedeutung zu. Im Zuge der gesetzlich vorgeschriebenen Wärme- und Kälteplanung sowie der Zielvorgabe der lokalen klimaneutralen Wärmeversorgung bis 2040 wird auf kommunale Ebene die Errichtung von Anlagen für die Wärmeversorgung aus erneuerbaren Energien und in dem Zuge die Verfügbarkeit von Flächen zum Tragen kommen. Die Insel Sylt ist aufgrund der Prägung durch und Bedeutung für Tourismus und Erholung sowie Natur-und Artenschutz in den übergeordneten Planungen durch die Ausweisung von Baugebietsgrenzen sowie Vorranggebieten für den Naturschutz schon weitgehend „beplant". Eine erneute Abwägung zwischen den Nutzungsansprüchen und ihrer Gewichtung ist auf übergeordneter Ebene vorzunehmen. Die Wichtigkeit einer klimaneutralen Wärmeversorgung ist mit den rechtlichen Vorgaben zur Wärme- und Kälteplanung gegeben. Der Gemeinde Kampen und auf der gesamten Insel Sylt dürfen aufgrund ihrer überregionalen touristischen Bedeutung nicht die hoheitlichen Entwicklungsmöglichkeiten in Bezug auf den Umbau zu einer klimaneutralen Gemeinde genommen werden.	Der Anregung zur Erweiterung der Baugebietsgrenzen nördlich des Erica-Weges zwischen Hans Hansen-Straße und Heideweg wird gefolgt, die Baugebietsgrenzen werden entsprechend der Festsetzungen des Bebauungsplans Nummer 24 angepasst. Der Anregung bezüglich der Fläche südlich des Ortsrandes zwischen Brönshooger Wai und Börderwai wird gefolgt. Die Fläche war bereits im Wohnraumentwicklungskonzept als gut geeignete Potenzialfläche (Ka_10) ausgewiesen worden. Die Baugebietsgrenzen werden entsprechend angepasst. **Zur kommunalen Wärmeplanung:** Bezüglich der Ausführungen zur gesetzlich vorgeschriebenen Wärme- und Kälteplanung der Kommunen bis spätestens Mitte 2028 wird folgendes angemerkt: die konkreten Auswirkungen der gesetzlichen Vorgaben lassen sich nach derzeitigem Stand nur schwer auf ein quantitativ und qualitativ bestimmbares Flächengerüst herunterbrechen. Daher wird von einer pauschalen Erweiterung der Baugebietsgrenzen Abstand genommen. Gleichfalls soll es keine pauschale Ausnahmemöglichkeit gemäß Regelungstext geben, da der räumliche Flächenumfang im Kontext der kommunalen Wärmeplanung und damit nicht zuverlässig in die Abwägung eingestellt werden kann. Gleichwohl werden die geänderten Anforderungen im Bereich Wärmeversorgung auf kommunaler Ebene erkannt. Generell wird auf die Möglichkeit der Zielabweichung verwiesen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.3 Baugebietsgrenzen	Votum
Institution: Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag ID: M1021	2. Planungserleichterungen für Anlagen aus den Bereichen KRITIS, Brand- und Bevölkerungsschutz In einigen Gemeinden rückt die Option, Feuerwehrgerätehäuser aufgrund technischer oder lärmschutzrechtlicher Anforderungen sowie angesichts fehlender Flächen außerhalb von Siedlungsbereichen errichten zu können, verstärkt in den Fokus. Dies gilt insbesondere, aber nicht nur dann, wenn Feuerwehren und Gemeinden sich dazu entscheiden, Wehren/ Standorte zusammenzulegen und an einem Standort neu errichten zu wollen, der für alle Mitglieder der Feuerwehren die Einhaltung der Hilfsfristen ermöglicht. Die Errichtung neuer Gebäude ist in solchen Fällen alternativlos, oft jedoch mit einem unverhältnismäßigen Planungs- und Genehmigungsaufwand verbunden. Um den Feuerwehren, aber auch Einrichtungen des Bevölkerungsschutzes, die notwendigen Entwicklungen zu erleichtern, regen wir an zu prüfen, ob die Übernahme einer Ausnahmeregelung des LEP Nordrhein-Westfalens möglich ist. Ziel 2-3 des LEP NRW (Seite 23) sieht eine Reihe von Nutzungen vor, die ausnahmsweise außerhalb der regionalplanerisch festgesetzten Siedlungsbereiche zugelassen werden. Hierzu zählen u.a. „bauliche Anlagen des Bundes oder des Landes sowie der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz“. Wir hielten es für angezeigt, eine solche Regelung auch im LEP SH zu schaffen und diese auch auf weitere Anlagen der Kritischen Infrastruktur zu beziehen.	Die planungsrechtlichen Instrumente des Landesentwicklungsplan für Nordrhein-Westfalen zu Siedlungsbereichen sind nicht vergleichbar mit denen der Regionalpläne für Schleswig-Holstein. Die Regelungen zu Anlagen aus den Bereichen der KRITIS werden auf Ebene des Landesentwicklungsplanes (siehe Kapitel 5.7 LEP 2021) geregelt. Die Errichtung von KRITIS-Infrastruktur außerhalb der Baugebietsgrenzen als Ausnahme erscheint aufgrund des nicht prognostizierbaren Umfanges nicht hinreichend definierbar, um eine derartige pauschale Ausnahme aufnehmen zu können. Es besteht diesbezüglich jedoch generell die Möglichkeit der Zielabweichung.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 3.4 Überregionale Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.4 Überregionale Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen	Votum
Institution: Gemeinde Harrislee ID: M1126	Bei den überregionalen Standorten für Gewerbegebiete (Ziff. 3.4 1Z) bitten wir um Ergänzung der Gemeinde Harrislee, da auch die Gemeinde im Gewerbeflächenkonzept A7 Nord entsprechend beteiligt war und Flächen im Gemeindegebiet lokalisiert wurden.	Die Stellungnahme wird nicht berücksichtigt, da die Voraussetzungen gemäß LEP 2021 (Kapitel 3.7, Absatz 4) nicht erfüllt werden. Die gewerblichen Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde Harrislee werden im Orientierungsrahmen, Kapitel 5.1, behandelt.
Institution: Bundesagentur für Arbeit , Regionaldirektion Nord ID: M1083	Wohnortnahes Leben und Arbeiten ist perfekt, doch (noch) nicht immer umsetzbar. Dann ist ein intaktes und funktionierendes ÖPNV-/ Regionalverkehr-Angebot im erforderlichen Umfang notwendig. Beispielsweise sollte bei der Entwicklung weiterer Gewerbegebiete von Anfang an eine gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln sichergestellt werden. Wichtig ist an dieser Stelle, dass die ÖPNV-Zeiten mit den Arbeitszeiten abgestimmt sein müssen. Dies ist gegenwärtig teilweise nicht der Fall. Viele potentielle Arbeitskräfte, speziell im Geringqualifizierten-Bereich, haben kein eigenes Fahrzeug zur Verfügung und können bei unzureichendem ÖPNV-Angebot nicht für eine Tätigkeit in einem Unternehmen in einem schwer erreichbaren Gewerbegebiet gewonnen werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: [redacted] **ID: M1075**	**II. Zu überregionalen Standorten für Gewerbeansiedlung an Landesentwicklungsachsen bzw. zu Gewerbeansiedlung allgemein** Aus Perspektive der [redacted] sollte die zukünftige Ansiedlung von Gewerbe und insbesondere energieintensiver Industrie stärker entlang der vorhandenen sowie der zukünftig geplanten Energieinfrastruktur erfolgen bzw. sollte diese bei der Ausweisung von Landesentwicklungsachsen berücksichtigt werden. Vor dem Hintergrund der bundes- und landespolitisch definierten Klimaziele ergeben sich verschiedene Trends, die eine an der Energieinfrastruktur orientierte Ansiedlungsstrategie erforderlich machen: (1) Effizienz- und Emissionsminderungsanforderungen an Unternehmen führen zu zunehmender Elektrifizierung und damit steigenden Leistungsanforderungen an das Stromnetz; (2) der zügige Ausbau erneuerbarer Energie in Schleswig-Holstein und insb. in den Küstenbereichen inkl. der küstennahen Gewässer führt zu regionalem Überangebot von Grünstrom, der gemäß bundes- und landespolitischer Ziele zunehmend vor Ort verbraucht werden soll; (3) der Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft in Deutschland wird zur Ansiedlung von	Die Frage der Ansiedlung und der Kriterien für energieintensive Gewerbe- und Industriebetriebe und deren Standorte in Verbindung mit Energieinfrastruktur ist nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans, entsprechende Kriterien sind aus dem LEP 2021 nicht abzuleiten. Im Regionalplan werden regionale Infrastrukturmaßnahmen nachrichtlich dargestellt und raumordnerisch gesichert. Die Landesplanung führt dabei keine eigene Infrastrukturplanung durch. Die Zuständigkeit liegt bei den Fachressorts des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein. Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren werden raumordnerische Vorgaben zum Ausbau von Gewerbe entlang von

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.4 Überregionale Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen	Votum
	energieintensiven Großelektrolyseuren sowie regional auch zur Umwidmung von Gasleitungen in Wasserstoffleitungen führen. Diese schon heute in Schleswig-Holstein sichtbaren Tendenzen in Verbindung mit den langfristigen Planungs- und Realisierungszeiträumen für Energieinfrastruktur macht es aus Sicht der [redacted] erforderlich, bei den raumordnerischen Vorgaben zur Gewerbeansiedlung die Energieinfrastruktur mindestens in gleichem Maße wie die Verkehrsinfrastruktur zu berücksichtigen.	Energieinfrastrukturen geprüft und gegebenenfalls festgelegt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Verkehrsclub Deutschland (VCD) Landesverband Nord e.V., eingetragener Verein **ID: 1055**	**Kapitel 3.4 Überregionale Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen** **S.73, 1 Z und S. 74, B zu 1** Kommentar VCD Nord: Zu Entwicklung von Gewerbegebieten: Im Sinne einer Begrenzung des Flächen- und Ressourcenverbrauchs sollten Gewerbegebiete vorrangig im Bestand entwickelt und für die Anbindung neuer Flächen unbedingt auch die Nähe von Bahnstrecken gesucht werden.	Die Entwicklung von Gewerbeflächen soll zunächst vorrangig auf Altstandorte, Brachflächen und Konversionsstandorte in städtebaulich integrierter Lage ausgerichtet werden. Es soll darauf geachtet werden, dass flächensparend gebaut wird und die Gewerbeflächen den Wohnbauflächen räumlich und funktional sinnvoll zugeordnet sind (vergleiche Kapitel 3.7 Absatz 1 LEP 2021). Zudem wird auf den Grundsatz gemäß Kapitel 3.7 Absatz 4 unten LEP 2021 verwiesen, der für überregionale Gewerbestandorte eine besonders gute verkehrliche Anbindung an eine Landesentwicklungsachse, an benachbarte Siedlungsschwerpunkte, Zentrale Orte und möglichst an das bestehende Schienennetz sowie die Sicherstellung einer bedarfsgerechten ÖPNV-Anbindung vorsieht. Der Regionalplan trifft darüber hinaus keine weiteren Festlegungen, um im Sinne eines schlanken Planwerkes Wiederholungen zu vermeiden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson **ID: 1052**	Energie / Gewerbeansiedlung: An Umspannwerken mit einer Kapazität von 110-380kV sollen gewerbliche Entwicklungen im Außenbereich ermöglicht werden. Diese Gewerbeansiedlungen sollen im	Die Frage der Ansiedlung und der Kriterien für energieintensive Gewerbe- und Industriebetriebe und deren Standorte in Verbindung mit Energieinfrastruktur ist nicht Gegenstand der Neuaufstellung des

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.4 Überregionale Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen	Votum
	Zusammenhang mit einem überproportionalen Energiebedarf stehen und die Standortvorteile Schleswig-Holsteins vom Bereich der Primärenergieerzeugung hin zu einer Entwicklung von nachhaltigen Wertschöpfungsketten führen. (siehe Positionspapier vom 27.09.2023 Kreis Schleswig-Flensburg, Schleswig-Holstein [redacted])	Regionalplans, entsprechende Kriterien sind aus dem LEP 2021 nicht abzuleiten. Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren werden raumordnerische Vorgaben zum Ausbau von Gewerbe entlang von Energieinfrastrukturen geprüft und gegebenenfalls festgelegt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Stadt Flensburg **ID: M1039**	B zu 1 (zu S. 75, 1. Absatz) Hinweis: Der mit dem Gewerbeflächenkonzept für die A7 verfolgte Ansatz einer regional abgestimmten Gewerbeflächenentwicklung sollte weitergeführt werden, um im gemeinsamen Verständnis als Wirtschaftsregion die vorhandenen Potenziale der einzelnen Gebietskörperschaften synergieorientiert zu bündeln. Aus Sicht der Stadt Flensburg müssen bei umfangreicheren, regionalen Gewerbegebietsentwicklungen (insbesondere der ursprünglich geplanten GEFEK A7 Nord Flächen) die Perspektiven und Ziele des Oberzentrums adäquat berücksichtigt werden. Gewerbliche Entwicklungen sollten aus Sicht der Stadt Flensburg durch interkommunale Vereinbarungen flankiert werden. Grundsätzliche Fehlentwicklungen zu Lasten der Struktur des Oberzentrums sind vorzubeugen und zu vermeiden. Der Wirtschaftsförderungsgesellschaft kann mit ihrem zukünftigen Regionalprofil eine besondere Rolle zu teil werden, sodass die o.g. Synergien als Mehrwert für alle gesehen und verstanden werden. Berücksichtigung sollte dabei allerdings auch der „neue“ Standortfaktor Energie finden, der im Jahr 2015 noch nicht eine solch zentrale Rolle gespielt hat wie aktuell und voraussichtlich auch zukünftig. Standorte mit einer starken Bündelung und einer hohen Verfügbarkeit von Energie, z.B. an Umspannwerken werden eine zunehmend wichtigere Rolle spielen und sollten daher auch als überregionale Standorte für Gewerbegebiete aufgeführt werden. Die Begründung sollte entsprechend modifiziert werden.	Hinsichtlich interkommunaler Vereinbarungen wird auf die Vorgaben gemäß Kapitel 3.7 Absatz 3 (G) LEP 2021 verwiesen. Darüber hinaus wird auf die Regelungen im Orientierungsrahmen, Kapitel 5.1 zur gewerblichen Entwicklung im Stadt- und Umlandbereich Flensburg verwiesen. Die Frage der Ansiedlung und der Kriterien für energieintensive Gewerbe- und Industriebetriebe und deren Standorte in Verbindung mit Energieinfrastruktur ist nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans, entsprechende Kriterien sind aus dem LEP 2021 nicht abzuleiten. Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren werden raumordnerische Vorgaben zum Ausbau von Gewerbe entlang von Energieinfrastrukturen geprüft und gegebenenfalls festgelegt. Der Stellungnahme zur Ergänzung der Begründung wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 3.4 Überregionale Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen	Votum
Institution: NABU Schleswig-Holstein, Bereich Verbandsbeteiligung ID: M1142	Die Darlegungen in Abschnitt 3.4 ("überregionale Standorte für Gewerbegebiete an Landesentwicklungsachsen", S. 67 ff) sind nach Ansicht des NABU zu einseitig am herkömmlichen Transportwesen durch LKW-Verkehr ausgerichtet. Die damit einhergehende weitere Zunahme des Fernstraßenverkehrs ist mit den Notwendigkeiten des Umwelt- und Klimaschutzes nicht vereinbar. Die Anlage zusätzlicher großflächiger Gewerbegebiete auf der 'grünen Wiese' widerspricht zudem dem Ziel der Reduzierung des Flächenverbrauchs.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Ergänzend wird auf die Regelungen gemäß LEP 2021 bezüglich des Vorranges der Innenentwicklung (Kapitel 3.9, Absatz 4 (Z) LEP 2021) sowie zur Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme (Kapitel 3.9 Absatz 3 LEP 2021) verwiesen. Im Sinne eines schlanken Planwerkes wird auf eine Wiederholung im vorliegenden Regionalplan verzichtet. Zum Hinweis zur Ausrichtung auf den Lastkraftwagen-Verkehr und zur Entwicklung von Gewerbegebieten auf der „grünen Wiese“ ist die Zielsetzung des LEP 2021 zu konkretisieren, hierzu gehört auch die Möglichkeit zur Ausweisung überregionaler Standorte von Gewerbegebieten an den Landesentwicklungsachsen. Die Kriterien sind im LEP 2021 Kapitel 3.7 „Flächenversorge für Gewerbe und Industrie“ Absatz 4 festgelegt.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 4.1 Straßenverkehr

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.1 Straßenverkehr	Votum
Institution: Stadt Flensburg **ID: M1039**	3 G (ab S. 76 u.) Textvorschlag (Ergänzung der Spiegelstrichaufzählung) • Ausbaubedarf Knoten Eckernförder Landstraße/Osttangente (B199) im Zuge des Neubaus Zentralkrankenhaus Flensburg	Der von der Stadt vorgesehene Neubau macht eine Änderung des Knotenpunkts (Ergänzung einer Linksabbiegespur) erforderlich, die im alten Bebauungsplan-Verfahren auch aufgenommen wurde. Das Verfahren wird von der Stadt neu durchgeführt. Aus Sicht des Landesbetrieb Straßenbau und Verkehr Schleswig-Holstein und der Landesplanung ist für die Umsetzung dieses Projektes eine Aufnahme in den Regionalplan nicht relevant. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson **ID: 1023**	**Nr. 4.1-4.4 Verkehr** Ortsumgehung Tating zeitnah realisieren. Verbindungsstraße Eiderdamm-Kating nur für Fahrräder öffnen. Die Verkehrssicherheit ist zu erhöhen, z.B. durch Entfernung von bzw. Schutz vor Hindernissen am Fahrbahnrand.	Im Regionalplan werden regionale Infrastrukturmaßnahmen nachrichtlich dargestellt und somit raumordnerisch gesichert. Grundlage für die Festlegungen bilden unter anderem der Bundesverkehrswegeplan, der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen sowie weitere Fachplanungen des Landes und der Kreise. Die Landesplanung führt dabei keine eigene Infrastrukturplanung durch. In Abstimmung mit der Fachbehörde, wurde die Ortsumgehung Tating nicht in die Regionalplanunterlagen aufgenommen, da diese Maßnahme nach derzeitigem Stand nicht mehr weiterverfolgt wird. Die anderen Hinweise sind nicht Gegenstand der Regionalplanneuaufstellung, die Maßnahmen sind auf nachgelagerten Ebenen zu klären. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Gemeinde Tating	Straßenverkehr (Kapitel 4.1)	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.1 Straßenverkehr	Votum
ID: M1016	Gemäß Absatz 2 sieht der RP I als Grundsatz für die Verbesserung der Verkehrssituation im Bereich der Ortsdurchfahrt Tating nicht mehr eine Ortsumgehung vor, sondern eine Nutzung des bestehenden Straßennetzes. Dies wird von der Gemeinde positiv gesehen, da eine Ortsumgehung nach langer Prüfung aus rechtlichen und wirtschaftlichen Gründen nicht möglich und tragbar ist.	
ID: M1016	Nahbereich Kreis Nordfriesland (Kapitel 5.3). Auf Seife 172 steht im dritten Absatz, dass bei Tating der Neubau einer Ortsumgehung geplant ist. Hierzu wird auf Kapitel 4.1. verwiesen. Da die Ortsumgehung nicht mehr vorgesehen ist, ist dieser Absatz zu streichen oder zumindest anzupassen.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Text wird angepasst.
Institution: Gemeinde Tümlauer Koog **ID: M1012**	3. Straßenverkehr (Kapitel 4.1) Gemäß Absatz 2 sieht der RP I als Grundsatz für die Verbesserung der Verkehrssituation im Bereich der Ortsdurchfahrt Tating nicht mehr eine Ortsumgehung vor, sondern eine Nutzung des bestehenden Straßennetzes. Diese Überlegung wird von der Gemeinde Tümlauer-Koog sehr kritisch betrachtet. Der Durchgangsverkehr der B202 würde dadurch zwangsläufig zu großen Teilen auf die Koogstraße (K36) der Gemeinde Tümlauer-Koog verlagert werden. Das bestehende Verkehrsnetz der Gemeinde Tümlauer-Koog ist nicht für ein solches Verkehrsaufkommen ausgelegt. Die Koogstraße weist keinen Mittelstreifen auf und es fehlt ein Rad- und Fußweg. Die Straße ist bereits marode und sanierungsbedürftig, da ein Großteil des Schwerlastverkehrs sowie des touristische An- und Abreiseverkehr von und nach Sankt Peter-Ording schon jetzt durch den Tümlauer-Koog fährt Die Gemeinde Tümlauer-Koog befürwortet weiterhin eine neue Ortsumgehung um die Gemeinde Tating.	Im Regionalplan werden regionale Infrastrukturmaßnahmen nachrichtlich dargestellt und somit raumordnerisch gesichert. Grundlage für die Festlegungen bilden unter anderem der Bundesverkehrswegeplan, der Bedarfsplan für die Bundesfernstraßen sowie weitere Fachplanungen des Landes und der Kreise. Die Landesplanung führt dabei keine eigene Infrastrukturplanung durch. In Abstimmung mit der Fachbehörde, wurde die Ortsumgehung Tating nicht in die Regionalplanunterlagen aufgenommen, da diese Maßnahme nach derzeitigem Stand nicht mehr weiterverfolgt wird. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
Institution: Kreises Schleswig-Flensburg, Fachdienst Umwelt ID: M1123	Ziffer 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr In B zu 1 auf S. 82, erster Absatz, sollte in der angegebenen Streckenführung auch ein IC-Halt in Schleswig mit aufgeführt werden. Ein Halt in Schleswig würde zur Attraktivitätssteigerung der Region, insbesondere auch für Touristen in der Schleiregion, beitragen. Ebenso sollte in B zu 1 auf S. 82 mit Bezug auf den letzten Absatz, alternativ in B zu 3-5 auf S. 83 f. die vorgesehene und bereits beauftragte Reaktivierung des Bahnhaltepunktes Lindaunis auf der Strecke Flensburg - Kiel aufgeführt werden. Diese Maßnahme trägt maßgeblich zur Attraktivitätssteigerung und Erreichbarkeit der Region bei und ermöglicht insbesondere die Erreichung, der durch die lokale [redacted] aktiv betriebenen Stärkung einer nachhaltigen touristischen Mobilität in der Region.	Schleswig wurde im Text unter B zu 1 ergänzt. Ein Haltepunkt in Lindaunis ist in den Text aufgenommen worden und wird in der Themenkarte schematisch dargestellt. Für eine Darstellung in der Hauptkarte ist der Realisierungshorizont zu langfristig. Der Stellungnahme wird gefolgt.
Institution: Eisenbahn-Bundesamt, Außenstelle Hamburg/Schwerin ID: M1122 (Frühere ID: M1542 aus Regionalplan für den Planungsraum III in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023)	Das Eisenbahn-Bundesamt ist die zuständige Planfeststellungsbehörde für die Betriebsanlagen und die Bahnstromfernleitungen (Eisenbahninfrastruktur) der Eisenbahnen des Bundes. Es prüft als Träger öffentlicher Belange, ob die zur Stellungnahme vorgelegten Planungen bzw. Vorhaben die Aufgaben nach § 3 des Gesetzes über die Eisenbahnverkehrsverwaltung des Bundes berühren. Die Belange des Eisenbahn-Bundesamtes werden von den Planungen berührt. Im Regionalplan I Schleswig-Holstein für die Neuaufstellung ist im Entwurf 2023 unter dem Abschnitt 4G (Teile A und B-Plantexte, S. 80 ff.) die Strecke Süderbrarup – Kappeln nicht aufgenommen. Im Landesweiten Nahverkehrsplan (LNVP) und im langfristig gültigem Konzept „Planfall 2030“ sowie im Trassensicherungsvertrag für 2024 ist die NE-Strecke Süderbrarup – Kappeln zur Reaktivierung aufgenommen. Wenn es nicht an den unterschiedlichen Planungshorizonten der Landesplanungen und nicht an der Kurzfristigkeit des Regionalplanes I für SH liegt, dann sollte die NE-Strecke Süderbrarup – Kappeln als zu reaktivierende Eisenbahnstrecke auch im RP I aufgezählt werden. Auch die Aufführung einer Busverbindung Schleswig – Süderbrarup - Kappeln im RP I Teile A und B-Plantext, S. 85, sollte durch einen Hinweis auf die Planungen zur Reaktivierung der Bahnstrecke Süderbrarup – Kappeln ergänzt werden.	Die geplante Reaktivierung der Strecke Süderbrarup–Kappeln ist im zweiten Entwurf unter 5 G aufgenommen worden. Das geplante Projekt steht im LNVP bis 2027 im Zusammenhang mit dem Aufbau eines S-Bahn-Systems für den Raum Kiel. Das geplante Projekt hat einen längerfristigen Realisierungshorizont und ist daher nach erklärter Methodik unter B zu 1 G nicht in der Karte, sondern in der Themenkarte dargestellt. Der Stellungnahme wird gefolgt. Nach Abwägung wird der Busverbindung kein Hinweis auf die geplante Reaktivierung ergänzt, da sich die Busverbindung auf die Relation Schleswig–Süderbrarup–Kappeln bezieht und diese Streckenführung nicht identisch mit der geplanten Bahnstrecke ist. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Stadt Flensburg ID: M1039	B zu 1 (ab S. 81 u.) B zu 3-5 (ab S. 83) Auch nach Umstellung auf den E-Zug Betrieb im dänischen SPNV im Jahre 2028 muss eine direkte, umsteigefreie und zur heutigen Situation gleichwertige Verbindung nach	**B zu 1:**

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
	Dänemark gesichert werden, z.B. durch die Verlängerung des RE7 nach Frederica beziehungsweise Aarhus. B zu 3-5, 1. Spiegelstrichaufzählung (S. 83 u.) Ergänzung: „Die zweite Verbindung FL – Kiel als Flügelkonzept über den RE 74 sollte so getaktet sein, dass die Verbindung eine Ergänzung zur bestehenden Verbindung FL – Kiel darstellt und den Takt zwischen den Oberzentren insgesamt verdichtet. Ziel ist es, ein Betriebskonzept einzurichten, welches einen 30-Minuten Takt zwischen den Städten ermöglicht." B zu 3-5 (zu S. 83/84 ab 2. Spiegelstrich u.) <u>Stellungnahme:</u> Derzeit widerspricht die angestrebte Entwicklung der Beschlusslage der Flensburger Ratsversammlung, die 2016 im Ergebnis des gemeinsam mit der [redacted] erarbeiteten Bahngutachtens sich für den Erhalt des jetzigen Bahnhofsstandorts und gegen einen Fernbahnhof Weiche / Innenstadtbahnhof ausgesprochen hat. Daher sollen Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur und zum Angebot nicht ausschließlich in Abhängigkeit vom Innenstadtbahnhof geschehen, sondern solitäre Betrachtungen bzw. die alternative Berücksichtigung des Bestandes ebenfalls erfolgen. Die angestrebte Entwicklung hat zudem weitreichende Auswirkungen auf die Flensburger (Innen-)Stadtentwicklung, die deutlich über verkehrssektorale Effekte hinausgehen. Eine Neubetrachtung kann daher nur im Dialog mit der Flensburger Politik und Stadtgesellschaft geschehen. Aus Sicht der Stadt Flensburg ist es dafür notwendig, das Vorhaben in den Kontext einer integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung zu stellen und alle Aspekte einer politischen Neubewertung der Flensburger Ratsversammlung zugänglich zu machen.	Der vorgeschlagene Absatz wurde leicht eingekürzt in den Text unter B zu 1 übernommen. Der Stellungnahme wird gefolgt. **B zu 3-5 zum Flügelkonzept FL–Kiel:** Der vorgeschlagene Absatz wurde leicht eingekürzt in den Text unter B zu 3-5 übernommen. Der Stellungnahme wird gefolgt. **Zum Innenstadtbahnhof:** Der Text im Kapitel 4.2 lässt kommunalen Abwägungen Raum und zielt vor allem auf eine Optimierung der Gesamtsituation ab. Der Verweis auf die Bahnhofsverlegung im Orientierungsrahmen wird auf Anregung der Stellungnahmen der Stadt Flensburg umformuliert. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.
Institution: Gemeinde Hörnum , über Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt ID: M1137	**Zu 4.2 Schienenverkehr und Schienen-Personennahverkehr – 2 G S. 3** Neben einem zuverlässigen Pendler-Verkehr ist auch die zügige Verbindung zwischen Hamburg und Sylt notwendig, um den Anreiz für die Anreise mit der Bahn und den Verzicht auf das Auto zu fördern. Dies ist bei der Streckenplanung des Personenzugverkehrs und der Einführung neuer Haltepunkte zu beachten. Eine Verlängerung der Reisezeit für alle verkehrenden Personenzüge zwischen Hamburg und	Durch verschiedene Ausbauvorhaben wie der Herstellung einer durchgehenden Zweigleisigkeit, Elektrifizierung der Strecke und einer Streckenverkürzung durch Neubau Elmshorn–Horst–Itzehoe soll die Reisezeit auf der Strecke verkürzt werden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
	Sylt wird kritisch gesehen. Stattdessen ist auf eine, zumindest teilweise, Verkürzung der Reisezeit hinzuwirken.	
Institution: Gemeinde Sylt , Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt Ortsentwicklung ID: M1130	**Zu 4.2 Schienenverkehr und Schienen-Personennahverkehr - 2 G** Neben einem zuverlässigen Pendler-Verkehr durch weitere mögliche Haltestellen ist auch die zügige Verbindung zwischen Hamburg und Sylt notwendig, um den Anreiz für die Anreise mit der Bahn und den Verzicht auf das Auto und dem Flugzeug zu fördern. Dies ist bei der Streckenplanung des Personenzugverkehrs und der Einführung neuer Haltepunkte zu beachten. Eine Verlängerung der Reisezeit für alle verkehrenden Personenzüge zwischen Hamburg und Sylt wird kritisch gesehen. Stattdessen ist auf eine, zumindest teilweise, Verkürzung der Reisezeit hinzuwirken.	Durch verschiedene Ausbauvorhaben wie der Herstellung einer durchgehenden Zweigleisigkeit, Elektrifizierung der Strecke und einer Streckenverkürzung durch einen Teilneubau Elmshorn-Horst-Itzehoe soll die Reisezeit auf der Strecke verkürzt werden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Amt Südtondern, Amt Südtondern ID: 1108	**<u>Gemeinden Leck, Achtrup und Sprakebüll:</u>** Nach 4.2 Grundsatz 5 des Regionalplanes soll „*die stillgelegte Bahnstrecke Risum-Lindholm – Flensburg –Weiche (- Flensburg-ZOB) reaktiviert werden*“. Wie schon in früheren Stellungnahmen u.a. zum Landesweiten Nahverkehrsplan sprechen sich die Gemeinden Leck, Sprakebüll und Achtrup – Anliegergemeinden an der stillgelegten Bahntrasse entschieden gegen eine Reaktivierung aus. Aus Sicht der Gemeinden wurde die stillgelegte, seit mehreren Jahrzehnten auch praktisch nicht mehr nutzbare Bahntrasse, leider bis heute nicht entwidmet. Nichts desto trotz wurden an mehreren ehemaligen Bahnübergängen entlang der Bahnstrecke bereits die Gleisanlagen zurück gebaut. Der Grundsatz 5 im Kapitel 4.2 ist ersatzlos zu streichen Stattdessen ist wie im Kapitel „4.3 sonstiger öffentlicher Personennahverkehr Grundsatz 3“ aufgeführt, auf der Strecke Niebüll – Flensburg ein ergänzendes Liniennetz direkter Busverbindungen ausgebaut werden….. Dies muss allerding ohne die dort genannte Einschränkung „bis zur Bahnreaktivierung“ erfolgen. Folgende Gründe sprechen eindeutig gegen eine Reaktivierung: - In der Gemeinde Leck wären Straßenquerungen als Bahnübergänge zu reaktivieren. In den vergangenen 40 Jahren hat eine erhebliche Siedlungsentwicklung nördlich der stillgelegten Bahntrasse, aber auch entlang der stillgelegten Bahntrasse stattgefunden. Mit	Die Reaktivierung der stillgelegten Bahnstrecke Risum-Lindholm – Flensburg –Weiche (- Flensburg-ZOB) wird aus dem Regionalplan gestrichen. Der Stellungnahme wird gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
	einer Reaktivierung werden u.a. durch Lärmbelästigung durch den Bahnverkehr erhebliche Einschränkungen der Lebensqualität dieser Quartiere und genau so wichtig, auch wirtschaftliche Nachteile durch die stark trennende Wirkung von Bahnübergängen an Bahntrassen eintreten. - In den vergangenen Jahrzehnten hat sich auf der Strecke Niebüll – Flensburg eine stark genutzte Schnellbuslinie etabliert. Diese wird ebenfalls seit vielen Jahren in der Fläche durch Bürgerbuslinien und seit einigen Jahren durch den Rufbus gestützt. Eine Reaktivierung der Bahnstrecke würde keine Verbesserung des Anschlusses der Region an den ÖPNV bedeuten. Vielmehr würde die Reaktivierung durch die dann eintretende Konkurrenz die bestehenden Strukturen schwächen. Hier sollte der Ausbau des Liniennetzes der Busverbindungen vorangetrieben werden. - Es wären Anstrengungen zielführend, den bereits bestehenden etablierten Busverkehr durch höhere Taktung, WLAN-Ausstattung und weiteren Ausbau moderner Antriebe (Wasserstoff oder Elektro) noch attraktiver zu machen. - Es entstehen hohe Kosten der Instandsetzung der vollkommen maroden Infrastruktur (z.B. Gleisanlagen und Brücken) entlang der gesamten Strecke - Bereits seit Jahren gibt es einen stark artikulierten Widerstand anliegender Gemeinden und Einwohnerinnen und Einwohner, - Vermögensrechtliche Eingriffe in Grundstücke würden eintreten. Vor diesem Hintergrund ist Grundsatz 5 im Kapitel 4.2 des Entwurfes zu streichen. Natürlich hätte dies auch im LEP und im Landesweiten Nahverkehrsplan zu erfolgen.	
Institution: Wenningstedt-Braderup , über Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt ID: M1132	Zu 4.2 Schienenverkehr und Schienen-Personennahverkehr – 2 G Neben einem zuverlässigen Pendler-Verkehr ist auch die zügige Verbindung zwischen Hamburg und Sylt notwendig, um den Anreiz für die Anreise mit der Bahn und den Verzicht auf das Auto zu fördern. Dies ist bei der Streckenplanung des Personenzugverkehrs und der Einführung neuer Haltepunkte zu beachten. Eine Verlängerung der Reisezeit für alle verkehrenden Personenzüge zwischen Hamburg und Sylt wird kritisch gesehen. Stattdessen ist auf eine, zumindest teilweise, Verkürzung der Reisezeit hinzuwirken.	Durch verschiedene Ausbauvorhaben wie der Herstellung einer durchgehenden Zweigleisigkeit, Elektrifizierung der Strecke und einer Streckenverkürzung durch einen Teilneubau Elmshorn-Horst-Itzehoe soll die Reisezeit auf der Strecke verkürzt werden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
	Weiterhin muss der Personennahverkehr Vorrang vor der Autozugverbindung haben. Sowohl für den täglichen Pendelverkehr als auch für einen umweltverträglicheren Tourismus, bei dem für den Urlaub auf Sylt auf die Anreise mit dem eignen Auto verzichtet wird, ist die zu-verlässige Bahnverbindung unerlässlich. Insulare Betriebe, die ihre Öffnungszeiten nicht einhalten können, Lehrer die nicht pünktlich oder gar nicht zur Schule kommen und Reisende, die ihre Anschlusszüge verpassen und für die der letzte Reiseabschnitt zum Abenteuer wird, sind nicht hinnehmbar und werden dem Qualitätsanspruch der Tourismusdestination und dem Versprechen einer zuverlässigen Daseinsvorsorge und gleichwertigem und zukunftsfähigem Lebensraum nicht gerecht.	
Institution: Kreisverwaltung Nordfriesland, Kreisverwaltung Nordfriesland ID: 1099	HGS Planung: Der Kreis Nordfriesland lehnt eine Reaktivierung der Bahnstrecke Niebüll-Flensburg ab. Dies schwächt perspektivisch die Infrastruktur der Marschbahn für deren Ausbau und Modernisierung sich der Kreis bereits mehrfach und deutlich eingesetzt hat. Die dortigen Zustände sind weiterhin unhaltbar, darum ist die Reaktivierung der Bahnstrecke Niebüll-Flensburg eine verfehlte Prioritätensetzung. Weil ein Großteil der Westküste außerdem die direkte Anbindung an den Fernverkehr verlieren würde, wird die Verwendung einer wiedereröffneten Bahnstrecke Niebüll-Flensburg für die Umleitung der Fernverkehre nach Westerland uneingeschränkt abgelehnt. Die Verbindung der anliegenden Gemeinden wird durch die Schnellbuslinie 100 gut erfüllt. Taktung und verfügbare Plätze werden auf einer Bahnlinie nicht absehbar höher sein, die Anzahl der Unterwegshalte hingegen deutlich niedriger. Der über die Jahre erschlossene Schnellbusverkehr von Niebüll nach Flensburg wird sehr gut angenommen und sorgt für eine optimale Versorgung. Weitere kurzfristige Verbesserungen sind in Arbeit. Der Kreis empfiehlt außerdem eine Überprüfung und gegebenenfalls eine Verbesserung der Anbindung der Gemeinden Achtrup und Sprakebüll an die Schnellbuslinie 100; zurzeit sind beide Gemeinden nur indirekt über Leck angebunden. Die Anwohner der an der Bahnstrecke liegenden Gemeinden lehnen eine Reaktivierung mehrheitlich ab. Der Zustand der Strecke ist marode; die Strecken- und Kreuzungsgleise müssten mindestens von Risum-Lindholm bis Meyn vollständig erneuert werden, das Gleiche gilt für alle Haltepunkte. Die Strecke beinhaltet über 30 Bahnübergänge, die ebenfalls vollständig erneuert werden müssten. Hinzu kommen die Angleichungen der Straßen an den bestehenden Kreuzungen. Die teilweise hohe Dichte der Wegkreuzungen in einigen Gemeinden an der Strecke würde zu einer nicht unerheblichen Beeinträchtigung des parallelen Straßenverkehrs	Im Regionalplan werden regionale Infrastrukturmaßnahmen nachrichtlich dargestellt und somit raumordnerisch gesichert. Grundlage für die Festlegungen bilden unter anderem der Bundesverkehrswegeplan, der LNVP bis 2027 und der LEP 2021 sowie weitere Fachplanungen des Landes und der Kreise. Die Landesplanung führt dabei keine eigene Infrastrukturplanung durch. So ist ein zweigleisiger Ausbau nördlicher Abschnitte der Marschbahn im vordringlichen Bedarf des BVWP enthalten und wird ebenso wie die Elektrifizierung der Marschbahn vorrangig umgesetzt. Die Reaktivierung der stillgelegten Bahnstrecke Risum-Lindholm – Flensburg –Weiche (- Flensburg-ZOB) wird aus dem Regionalplan gestrichen. Dem Aspekt der Stellungnahme wird gefolgt. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
	führen. Hinzu kommt die an die Strecke angrenzende Wohnbebauung. Die Dichte der Bebauungen und die geringen Abstände zum Bahnkörper würden zu einer erheblichen Beeinträchtigung der Lebensqualität sowie der Sicherheit führen. Bei einer Planung der Wiedereröffnung der Strecke für den Fernverkehr über Neumünster und Flensburg nach Westerland wäre mindestens ein zweigleisiger Ausbau der Strecke vonnöten. Zu welchen Konsequenzen und Auseinandersetzungen solch eine Planung führen würde, muss nicht weiter ausgeführt werden. Der Kreis Nordfriesland tritt stattdessen für eine Entwidmung der Bahnstrecke und die Errichtung eines Radschnellweges zwischen Niebüll und Flensburg entlang der Strecke ein. Auf S. 81 im Plantext wird die Kapazitätsausweitung auf die Bahnstrecke Kiel-Jübek-Husum als umzusetzende Maßnahme im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) benannt. Aus Sicht des Kreises Nordfriesland soll dies auch durch die Schaffung einer Schienenkreuzung in Ohrstedt-Bahnhof und die Errichtung neuer Haltepunkte in Ahrenviölfeld, Ohrstedt-Bahnhof und Rosendahl erreicht werden. Es wird auf in diesem Zusammenhang auf die Resolution zum Thema Wiedereröffnung von Bahnhaltepunkten an der Bahnlinie Husum-Jübek an den Landesverkehrsminister aus dem Jahr 2020 verwiesen.	
Institution: Verkehrsclub Deutschland (VCD) Landesverband Nord e.V., eingetragener Verein **ID: 1055**	**Kapitel 4.2. Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr,** **S. 80, Grundsätze** Kommentar VCD Nord: • Um mittelfristig Verkehrsangebote darstellen zu können, sind Angebote des SPNV sukzessiv und umgehend hinsichtlich Tf-Bedienung mindestens in GoA3 zu automatisieren. Die Zielsetzungen der Digitalen Schiene Deutschland sind für SH somit über GoA2 hinaus zu verbessern und den Anforderungen an den demografischen Wandel einher mit dem absehbaren Fachkräftemangel auch in der Verkehrsmittelbedienung vorbeugend anzupassen. Die Infrastruktur- und Verkehrsunternehmen sind dahingehend zu motivieren und zu unterstützen. • Wo möglich, soll das Land die [redacted] bei den Aufgaben der Verkehrswende entlasten und nicht-bundeseigene Eisenbahnen in seiner aufsichtsrechtlichen Hoheit zur Bewältigung einbeziehen.	Im Regionalplan werden regionale Infrastrukturmaßnahmen nachrichtlich dargestellt und somit raumordnerisch gesichert. Grundlage für die Festlegungen bilden unter anderem der Bundesverkehrswegeplan, der LNVP bis 2027 und der LEP 2021 sowie weitere Fachplanungen des Landes und der Kreise. Die Landesplanung führt dabei keine eigene Infrastrukturplanung durch. Die Preisgestaltung von Tickets, die Digitalisierung und der Einsatz von nicht-bundeseigenen Eisenbahnen ist nicht Gegenstand der Regionalplanung. **Zu S. 81, 3 G und S.82 B zu 1, 2. Absatz.**

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
	S. 81, 3 G und S.82 B zu 1, 2. Absatz. Kommentar VCD Nord: Als Zentrum der dänischen Minderheit in Südschleswig hat Flensburg eine besonders starke Beziehung zu Dänemark. Die Anbindung des Nah- und Fernverkehrs wird dem aktuell jedoch nicht gerecht. Dass ab den Fahrplanwechsel im Dezember 2023 keine Fernverkehrszüge aus Hamburg Richtung Dänemark in Flensburg halten, ist nicht hinzunehmen. Beim Umbau des Verkehrskontenpunktes Flensburg sollte daher besonders der grenzüberschreitende Verkehr berücksichtigt werden. Hierbei wird sowohl eine bessere Anbindung des Regionalverkehrs nach Süddänemark als auch eine deutlich bessere Anbindung über den Fernverkehr nach Kopenhagen und Aarhus benötigt. Als drittgrößte Stadt in Schleswig-Holstein sollte Flensburg eine deutlich bessere Anbindung über den Fernverkehr an die Städte Kiel, Lübeck und besonders Hamburg bekommen. **S.83 /84, B zu 3-5** Kommentar VCD Nord: • Derzeit wird bundesweit stark in den Ausbau der Schieneninfrastruktur investiert. Das Oberzentrum Flensburg ist - wieder - überregional an den Fernverkehr anzuschließen. Hierfür kann der Bau eines Bahnsteigs in Weiche sehr sinnvoll und kurzfristig umsetzbar sein. • Die Reisezeit Flensburg - Hamburg ist im Zusammenwirken mit den Planungsräumen 2 + 3 entlang der Entwicklungsachse "Jütland-Korridor" mit einer Neubaustrecke auf eine Zielzeit von 1:30 zu reduzieren. • Anstatt einer betrieblich fragilen Koppel- und Flügelung von Zügen zwischen Flensburg und Husum ist stattdessen mit dem neuen Netz Mitte ab 2026 ein 1/2-h-Takt Flensburg - Neumünster - Hamburg einzuführen. Damit ergibt sich ein bedarfsgerechter Umstieg in Schleswig bzw. Jübek in jeweilige Richtungen ohne weitere Infrastrukturanpassungen und Betriebsrisiken. Zudem wird die Netz-Resilienz im Sensiblen Korridor Elmshorn - Hamburg durch statistische Verkürzung von Wartezeiten (gewöhnlich Umstieg in NMS) bei Zugausfällen etc. auf jeweils max 30 min anstatt bislang 60-120 h verkürzt. • Eine Regionalbahn-Verbindung Kappeln - Eckernförde - Kiel ist einzuführen. Hierfür wird 1 zusätzlicher Fahrzeugumlauf, ein 2. Gleis in Rieseby sowie Ertüchtigung der Angelner Eisenbahn Süderbrarup - Kappeln für V=80 bis 100 benötigt.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Ein Absatz in B zu 1 wird ergänzt. Eine Reaktivierung der Bahnstrecke Süderbrarup-Kappeln wird (analog der Aufführung im Regionalplan PLR II unter S-Bahn Kiel) im 5 G ergänzt. Weitere Aspekte der Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen.
Institution: Gemeinde List auf Sylt	**Zu 4.2 Schienenverkehr und Schienen-Personennahverkehr - 2 G S. 3**	Durch verschiedene Ausbauvorhaben wie der Herstellung einer durchgehenden Zweigleisigkeit, Elektrifizierung der Strecke und einer

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
ID: M1059	Neben einem zuverlässigen Pendler-Verkehr ist auch die zügige Verbindung zwischen Hamburg und Sylt notwendig, um den Anreiz für die Anreise mit der Bahn und den Verzicht auf das Auto zu fördern. Dies ist bei der Streckenplanung des Personenzugverkehrs und der Einführung neuer Haltepunkte zu beachten. Eine Verlängerung der Reisezeit für alle verkehrenden Personenzüge zwischen Hamburg und Sylt wird kritisch gesehen. Stattdessen ist auf eine, zumindest teilweise, Verkürzung der Reisezeit hinzuwirken. Die schienengetragene Ost-West-Verbindung im Norden Schleswig-Holsteins ist im Sinne der Förderung des ÖPNV und Verzicht auf den motorisierten Individualverkehr sowie einer guten Versorgungsstruktur im ländlichen Raum von großer Bedeutung. Die Gemeinde List spricht sich daher ausdrücklich für eine Reaktivierung der Verbindung Risum - Flensburg aus. Dis diesbezügliche Formulierung des Grundsatzes im Regionalplan sollte daher nachdrücklicher gestaltet sein.	Streckenverkürzung durch einen Teilneubau Elmshorn-Horst-Itzehoe soll die Reisezeit auf der Strecke verkürzt werden. Aufgrund geänderter Ausgangslage und eingegangener Stellungnahmen wurde die Prioritätensetzung neu geprüft. Die Reaktivierung der stillgelegten Bahnstrecke Risum-Lindholm – Flensburg –Weiche (- Flensburg-ZOB) wird aus dem Regionalplan gestrichen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Gemeinde Kampen **ID: M1040**	Zu 4.2 Schienenverkehr und Schienen-Personennahverkehr - 2 G S. 3 Neben einem zuverlässigen Pendler-Verkehr ist auch die zügige Verbindung zwischen Hamburg und Sylt notwendig, um den Anreiz für die Anreise mit der Bahn und den Verzicht auf das Auto zu fördern. Dies ist bei der Streckenplanung des Personenzugverkehrs und der Einführung neuer Haltepunkte zu beachten. Eine Verlängerung der Reisezeit für alle verkehrenden Personenzüge zwischen Hamburg und Sylt wird kritisch gesehen. Stattdessen ist auf eine, zumindest teilweise, Verkürzung der Reisezeit hinzuwirken.	Durch verschiedene Ausbauvorhaben wie der Herstellung einer durchgehenden Zweigleisigkeit, Elektrifizierung der Strecke und einer Streckenverkürzung durch einen Teilneubau Elmshorn-Horst-Itzehoe soll die Reisezeit auf der Strecke verkürzt werden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson **ID: 1026**	Für alle Räume 1-3: 1. um mittelfristig Verkehrsangebote darstellen zu können, sind Angebote des SPNV sukzessiv und umgehend hinsichtlich Tf-Bedienung mindestens in GoA3 zu automatisieren. Die Zielsetzungen der Digitalen Schiene Deutschland sind für SH somit über GoA2 hinaus zu verbessern und den Anforderungen an den demografischen Wandel einher mit dem absehbaren Fachkräftemangel auch in der Verkehrsmittelbedienung vorbeugend anzupassen. Die Infrastruktur- und Verkehrsunternehmen sind dahingehend zu motivieren und zu unterstützen.	Im Regionalplan werden regionale Infrastrukturmaßnahmen nachrichtlich dargestellt und somit raumordnerisch gesichert. Grundlage für die Festlegungen bilden unter anderem der Bundesverkehrswegeplan, der LNVP bis 2027 und der LEP 2021 sowie weitere Fachplanungen des Landes und der Kreise. Die Landesplanung führt dabei keine eigene Infrastrukturplanung durch. Die Preisgestaltung von Tickets, die Digitalisierung und der Einsatz von nicht-bundeseigenen

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
	2. Wo möglich, soll das Land die [redacted] bei den Aufgaben der Verkehrswende entlasten und nicht-bundeseigene Eisenbahnen in seiner aufsichtsrechtlichen Hoheit zur Bewältigung einbeziehen.	Eisenbahnen ist nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
ID: 1026	Raum 1: • Das Oberzentrum Flensburg ist - wieder - überregional an den Fernverkehr anzuschließen. Hierfür kann der Bau eines Bahnsteigs in Weiche sehr sinnvoll und kurzfristig umsetzbar sein. • Die Reisezeit Flensburg - Hamburg ist im Zusammenwirken mit den Planungsräumen 2 + 3 entlang der Entwicklungsachse "Jütland-Korridor" mit einer Neubaustrecke auf eine Zielzeit von 1:30 zu reduzieren. Die Diskussion und Notwendigkeit einer Neubaustrecke ist spätestens mit den Zusicherungen der Landesregierung gegenüber dem Ansiedlungsvorhaben [redacted] " politisch artikuliert. Es darf aber bezweifelt werden, dass eine "Horster Spange" nennenswerte Verlagerungseffekte zugunsten des SPNV/ÖPNV im Land erzeugt, wenn der größere Teil des Landes mit den Oberzentren Kiel, Flensburg und Neumünster weiterhin mit der Infrastruktur von 184x bedient werden soll. • Die Stadt Flensburg muss sich ihrer Rolle und Verantwortung als Oberzentrum bewusst werden und progressiv den Ausbau der Zugangspunkte zum Eisenbahnverkehr angehen. Die landespolitischen Annahmen für den Deutschlandtakt sind lokal umzusetzen! • Anstatt einer betrieblich fragilen Koppel- und Flügelung von Zügen zwischen Flensburg und Husum ist anstatt dessen mit dem neuen Netz Mitte ab 2026 ein 1/2-h-Takt Flensburg - Neumünster - Hamburg einzuführen. Damit ergibt sich ein bedarfsgerechter Umstieg in Schleswig bzw. Jübek in jeweilige Richtungen ohne weitere Infrastrukturanpassungen und Betriebsrisiken. Zudem wird die Netz-Resilienz im Sensiblen Korridor Elmshorn - Hamburg durch statistische Verkürzung von Wartezeiten (gewöhnlich Umstieg in NMS) bei Zugausfällen etc. auf jeweils max 30 min anstatt bislang 60-120 h verkürzt. • Eine Regionalbahn-Verbindung Kappeln - Eckernförde - Kiel ist einzuführen. Hierfür wird 1 zusätzlicher Fahrzeugumlauf, ein 2. Gleis in Rieseby sowie	Im Regionalplan werden regionale Infrastrukturmaßnahmen nachrichtlich dargestellt und somit raumordnerisch gesichert. Grundlage für die Festlegungen bilden unter anderem der LEP 2021, der Bundesverkehrswegeplan, der LNVP 2027 sowie weitere Fachplanungen des Bundes und des Landes wie der „Deutschlandtakt“. Die Landesplanung führt dabei keine eigene Infrastrukturplanung durch. Die angesprochenen Ausbauziele der Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
	Ertüchtigung der Angelner Eisenbahn Süderbrarup - Kappeln für V=80 bis 100 benötigt.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1023	**Nr. 4.1-4.4 Verkehr** Kapazität der Bahnstrecke Husum - St. Peter-Ording erhöhen. Ausweichstelle auf dem Bahnstreckenabschnitt Husum-Jübeck realisieren. Bahnhöfe zurückkaufen, Bahnhöfe auch als Herbergen durch öffentliche Hand betreiben. Fahrradmitnahme sichern. Förderprogramm für landschaftsangepasste Haltestellen/Wartehäuschen. Mindestanforderungen vorgeben.	Im Regionalplan werden regionale Infrastrukturmaßnahmen nachrichtlich dargestellt und somit raumordnerisch gesichert. Grundlage für die Festlegungen bilden unter anderem der Bundesverkehrswegeplan, der LNVP bis 2027 und der LEP 2021 sowie weitere Fachplanungen des Landes und der Kreise. Die Landesplanung führt dabei keine eigene Infrastrukturplanung durch. Die Strecke Husum-Jübeck soll Elektrifiziert werden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1006	**Wiederbelebung der Bahnstrecke "Risum-Lindholm - Flensburg-Weiche (-Flensburg ZOB)** Ich sehe in der Reaktivierung der Bahnstrecke Risum-Lindholm - Flensburg-Weiche (-Flensburg ZOB) eine erfolgreiche Investition in die Zukunft und einen lohnenden Beitrag für die Umwelt. Die Bevölkerung mit den betroffenen Kommunen und insbesondere alle Anlieger der Strecke für das Vorhaben begeistern. Die bisherigen Aktivitäten waren inhaltlich weit von einer überzeugenden Darstellung entfernt, um eine breite und mehrheitliche Zustimmung zu erhalten. Ich empfehle, alle Beteiligten aktiv und umfassend zu beteiligen. Dazu meine Vorschläge: Ein schlüssiges Gesamtkonzept erstellen. Einrichtung eines Bürgerrates Belebung der Bahnstrecke "Ldh-Flbg". Sich mit den Sorgen/Bedenken der unmittelbaren Anlieger ehrlich und offen befassen. Zuhören, gemeinsam Lösungen finden und Unterstützungsangebote, beispielsweise für die Gestaltung ihrer Grundstücke mit Anpflanzungen als Sichtschutz, unterbreiten. Positive Auswirkungen auf Umwelt und Gesellschaft und die künftige Bevölkerungsentwicklung besonders hervorheben. Die sich ergebenen Chancen nutzen, für die regionale Wirtschaft, für den Ausbau/die Gestaltung attraktiver Wohn- und Arbeitsorte, welche mit einer schnellen Bahnanbindung in das nächste Zentrum leichter erreichbar sein werden. Belebung Tourismus, beispielsweise "Farradbeförderung im Zug". Eine Anbindung an den Bahnhof Flensburg prüfen	Im Regionalplan werden regionale Infrastrukturmaßnahmen nachrichtlich dargestellt und somit raumordnerisch gesichert. Grundlage für die Festlegungen bilden unter anderem der Bundesverkehrswegeplan, der LNVP bis 2027 und der LEP 2021 sowie weitere Fachplanungen des Landes und der Kreise. Die Landesplanung führt dabei keine eigene Infrastrukturplanung durch. Aufgrund geänderte Ausgangslage und eingegangener Stellungnahmen wurde die Prioritätensetzung neu geprüft. Die Reaktivierung der stillgelegten Bahnstrecke Risum-Lindholm – Flensburg –Weiche (- Flensburg-ZOB) wird aus dem Regionalplan gestrichen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
	(Anschlüsse nach Norden und Süden). Eine einfache und leichte Verkehrsinfrastruktur für die An- und Abreise zu den einzelnen Bahnhöfen/Haltepunkten an der Bahnstrecke schaffen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1003	"Zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Regional- und Fernverkehre sollen [...] das Zugangebot auf der Strecke Kiel–Lübeck erhöht werden." Diesem Punkt stimme ich voll und ganz zu. Konkret wünsche ich mir, dass die Bahnstrecke **Lübeck - Kiel per Bahn in maximal 45 Minuten** zurückgelegt werden kann. Sollte dazu ein zweigleisiger Ausbau und eine Elektrifizierung der Strecke notwenig sein, unterstütze ich dies explizit. Diese Strecke sollte alle halbe Stunde innerhalb von 45 Minuten bewältigt werden können, inklusive Zwischenhalten in den relevanten Orten unterwegs, wie bspw. Plön und Eutin. Damit bspw. Ascheberg und Pansdorf ebenfalls gut zu erreichen sind, wären hierzu zusätzliche Züge sinnvoll, idealerweise auch alle halbe Stunde. Es kann nicht sein, dass die beiden größten Städte in Schleswig-Holstein mit zusammen 462.520 Einwohnern nur über eine eingleisige Bahnstrecke verbunden sind, über die die Fahrzeit 70, bzw. 88 Minuten dauert, je nachdem, ob man einen RE oder eine RB erwischt. Die EinwohnerInnen aller Orte mit Haltepunkten entlang der Strecken summieren sich sogar auf 557.650 EinwohnerInnen. Schließlich wünsche ich mir, dass ein möglicher zweigleisiger Ausbau entlang der gesamten Ostküste Schleswig-Holsteins und darüber hinaus in Betracht gezogen wird, so dass folgende Route entstünde: Aarhus (DK) - Kolding (DK) - Flensburg - Kiel - Lübeck - Schwerin - Berlin. Auf dieser Route wünsche ich mir durchgehende Züge (bspw. ICE), die in den hier genannten Orten halten, so dass man diese Strecke ohne Umstieg in fünf bis sechs Stunden zurück legen kann.	Im Regionalplan werden regionale Infrastrukturmaßnahmen nachrichtlich dargestellt und somit raumordnerisch gesichert. Grundlage für die Festlegungen bilden unter anderem der LEP 2021, der Bundesverkehrswegeplan, der LNVP 2027 sowie weitere Fachplanungen des Bundes und des Landes wie der „Deutschlandtakt“. Die Landesplanung führt dabei keine eigene Infrastrukturplanung durch. Die angesprochenen Ausbauziele der Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1004	"Im Zusammenhang mit dem Aufbau eines Schnellbahn(S-Bahn)-Netzes rund um Kiel könnte eine zweistündliche Weiterführung einer Linie von Eckernförde nach Kappeln erfolgen. Damit wäre eine bessere Erschließung der Schleiregion mit dem SPNV ermöglicht." Dies findet meine Unterstützung und sollte unbedingt umgesetzt werden. Sinnvoll könnte eine Weiterführung der Bahnlinie von Kappel via Glücksburg nach Flensburg sein.	Im Regionalplan werden regionale Infrastrukturmaßnahmen nachrichtlich dargestellt und somit raumordnerisch gesichert. Grundlage für die Festlegungen bilden unter anderem der Bundesverkehrswegeplan, der LNVP 2027 sowie weitere Fachplanungen des Bundes und des Landes. Die Landesplanung führt dabei keine eigene Infrastrukturplanung durch.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
		Das angesprochene Ausbauziel der Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1005	"Im Schienenpersonennahverkehr (SPNV) sollen neben Angebotsverbesserungen und Taktverdichtungen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:" Hier fehlt ein gezielter Ausbau der Strecke Flensburg - Eckernförde - Kiel. Entlang der Schleswig-Holsteinischen Ostküste leben entlang der Bahnverbindung Flensburg - Kiel - Lübeck 701.000 Menschen in den Orten, die an der Strecke liegen und die einen Haltepunkt an der Linie haben. Die Reisezeit von Lübeck nach Flensburg inklusive Umstieg in Kiel beträgt auf der 161,7 km langen Bahnstrecke 3 h 18 Minuten (inkl. aktuell Schienenersatzverkehr zwischen Flensburg und Eckernförde). Ziel sollte eine Reisezeit per Bahn von unter 2 h zwischen Lübeck und Flensburg via Kiel ohne Umstieg sein. Dazu sollte der durchgehende, zweigleisige Ausbau der Strecke Flensburg - Kiel (- Lübeck) angestrebt werden, so dass mindestens stündlich eine direkte, schnelle Verbindung zwischen den größten Städten Schleswig-Holsteins entstünde. Langfristig ließe sich so sogar eine Route Aarhus (DK) - Kolding (DK) - Flensburg - Kiel - Lübeck - Schwerin - Berlin in fünf bis sechs Stunden Fahrzeit realisieren. Entlang dieser Strecke leben aktuell 1.070.946 Menschen, wenn man nur die angegebenen Orte zu Grunde legt und Berlin außen vor lässt. Der zweigleisige Teil durch Dänemark ist bereits vorhanden und wird aktuell elektrifiziert. Es fehlen der zweigleisige Ausbau in Schleswig-Holstein, der Lückenschluss zwischen Lübeck und Schwerin und der zweigleisige Ausbau dort.	Im Regionalplan werden regionale Infrastrukturmaßnahmen nachrichtlich dargestellt und somit raumordnerisch gesichert. Grundlage für die Festlegungen bilden unter anderem der Bundesverkehrswegeplan, der LNVP 2027 sowie weitere Fachplanungen des Bundes und des Landes. Die Landesplanung führt dabei keine eigene Infrastrukturplanung durch. Ein Ausbau der Strecke Flensburg-Eckernförde-Kiel ist derzeit von der Fachplanung nicht vorgesehen. Die angesprochenen Ausbauziele der Stellungnahme werden zur Kenntnis genommen.
Institution: NABU Schleswig-Holstein, Bereich Verbandsbeteiligung ID: M1142	Dagegen werden die unter 4.2 ("Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr") im RP II auf S. 76 ff dargelegten Grundsätze zur Verbesserung des ÖPNV-Angebots und damit verbundene konkrete Vorschläge zur Reaktivierung des Schienennetzes (z.B. Reaktivierung der Bahnstrecke Ascheberg - Neumünster, 7 G, S 77) ausdrücklich begrüßt.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
Institution: [redacted] **ID: M1046**	die [redacted], als von der [redacted] und [redacted] bevollmächtigtes Unternehmen, übersendet Ihnen hiermit folgende Gesamtstellungnahme als Träger öffentlicher Belange zum o.g. Verfahren. Durch das Plangebiet verlaufen diverse Eisenbahnstrecken der [redacted] und 110-kV-Bahnstromleitungen der [redacted]. Wir bitten daher die folgenden Auflagen/ Bedingungen und Hinweise zu beachten. Durch das Vorhaben dürfen die Sicherheit und der Betrieb des Eisenbahnverkehres auf der angrenzenden Bahnstrecke nicht gefährdet oder gestört werden. Durch den Eisenbahnbetrieb und die Erhaltung der Bahnanlagen entstehen Emissionen (insbesondere Luft- und Körperschall, Abgase, Funkenflug, Abriebe z.B. durch Bremsstäube, elektrische Beeinflussungen durch magnetische Felder etc.), die zu Immissionen an benachbarter Bebauung führen können. In unmittelbarer Nähe unserer elektrifizierten Bahnstrecke oder Bahnstromleitungen ist mit der Beeinflussung von Monitoren, medizinischen Untersuchungsgeräten und anderen auf magnetische Felder empfindlichen Geräten zu rechnen. Es obliegt dem Bauherrn, für entsprechende Schutzvorkehrungen zu sorgen. Gegen die aus dem Eisenbahnbetrieb ausgehenden Emissionen sind erforderlichenfalls von der Gemeinde oder den einzelnen Bauherren auf eigene Kosten geeignete Schutzmaßnahmen vorzusehen bzw. vorzunehmen. Die Flächen befinden sich in unmittelbarer Nähe zu unserer Oberleitungsanlage. Wir weisen hiermit ausdrücklich auf die Gefahren durch die 15000 V Spannung der Oberleitung hin und die hiergegen einzuhaltenden einschlägigen Bestimmungen. Die Standsicherheit und Funktionstüchtigkeit der Bahnanlagen (insbesondere Bahndamm, Kabel- und Leitungsanlagen, Signale, Oberleitungsmasten, Gleise etc.) sind stets zu gewährleisten. Die geplanten und für den bahnbetrieb notwendigen Invest- und Instandhaltungsmaßnahmen dürfen durch die Festschreibungen nicht beeinträchtigt werden.	Die Auflagen/Bedingungen und Hinweise der [redacted] werden zur Kenntnis genommen. Die Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben bei geplanten Vorhaben ist im jeweiligen Fachrecht normiert. Die Überwachung obliegt den Bau- beziehungsweise Ordnungsbehörden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Zum Aspekt der Darstellung von angedachten Maßnahmen: Auf Anregung der Stellungnahme wurde eine Überprüfung des gesamten dargestellten Schienennetzes vorgenommen und mit dem Verkehrsministerium und der [redacted] als Aufgabenträgerin neu abgestimmt. Die genannten Maßnahmen, aber auch viele weitere werden nun in der Karte oder in der Themenkarte dargestellt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
	Viele angedachte Maßnahmen des Aufgabenträgers [redacted] werden nicht dargestellt, z. B. die Elektrifizierung der Strecken 1011 Jübek – Husum und 1210 Elmshorn - Westerland (Sylt) oder geplante neue Verkehrsstationen. Der Trassensicherungsvertrag läuft zum Ende des Jahres 2023 aus und wird gerade neu verhandelt. Die Strecken der [redacted] müssen von den geplanten Abbaugebieten ausgenommen werden. Einer Ableitung von Abwasser, Oberflächenwasser auf oder über Bahngrund bzw. durch einen Bahndurchlass oder einer Zuleitung in einen Bahnseitengraben muss ausgeschlossen werden. Der Eintrag von Niederschlagswasser aus versiegelten Flächen in Grenzflächen zur Bahn darf zu keiner Vernässung der Bahnanlagen (Untergrund) führen. Bahneigene Durchlässe und Entwässerungsanlagen dürfen in ihrer Funktion nicht beeinträchtigt werden. Bei Planung von Lichtzeichen und Beleuchtungsanlagen (z.B. Baustellenbeleuchtung, Parkplatzbeleuchtung, Leuchtwerbung aller Art etc.) in der Nähe der Gleise oder von Bahnübergängen etc. hat der Bauherr sicherzustellen, dass Blendungen der Triebfahrzeugführer ausgeschlossen sind und Verfälschungen, Überdeckungen und Vortäuschungen von Signalbildern nicht vorkommen. Bei Bauausführungen unter Einsatz von Bau- / Hubgeräten (z.B. (Mobil-) Kran, Bagger etc.) ist das Überschwenken der Bahnfläche bzw. der Bahnbetriebsanlagen mit angehängten Lasten oder herunterhängenden Haken verboten. Alle Neuanpflanzungen im Nachbarbereich von Bahnanlagen, insbesondere Gleisen, müssen den Belangen der Sicherheit des Eisenbahnbetriebes entsprechen. Abstand und Art von Bepflanzungen müssen so gewählt werden, dass diese z.B. bei Windbruch nicht in die Gleisanlagen fallen können. Diese Abstände sind durch geeignete Maßnahmen (Rückschnitt u.a.) ständig zu gewährleisten. Der Pflanzabstand zum Bahnbetriebsgelände ist entsprechend der Endwuchshöhe zu wählen. Soweit von bestehenden Anpflanzungen Beeinträchtigungen des Eisenbahnbetriebes und der Verkehrssicherheit ausgehen können, müssen diese entsprechend angepasst oder beseitigt werden. Bei Gefahr in Verzug behält sich die [redacted] das Recht vor, die Bepflanzung auf Kosten des Eigentümers zurückzuschneiden bzw. zu entfernen. Wir bitten deshalb, entsprechende Neuanpflanzungen in unmittelbarer Bahnnähe von vornherein auszuschließen.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
	Es wird darauf hingewiesen, dass auf oder im unmittelbaren Bereich von [redacted] Liegenschaften jederzeit mit dem Vorhandensein betriebsnotwendiger Kabel, Leitungen oder Verrohrungen gerechnet werden muss. Ggf. sind im Baubereich vor Baubeginn entsprechende Suchschlitze von Hand auszuführen. Die Grenzabstände sind gemäß Landesbauordnung für das Land Schleswig-Holstein (LBO) einzuhalten. Innerhalb des Gebietes verlaufen planfestgestellte 110-kV-Bahnstromleitung der [redacted]. Die 110-kV Bahnstromleitungen sind Bahnbetriebsanlagen der [redacted] und dienen u.a. der Energieversorgung der Eisenbahnstrecken. Als Betreiber der Hochspannungsleitungen ist die [redacted] in der Garantenpflicht den betriebssicheren Zustand der elektrischen Anlagen zu verantworten. Diese Verantwortung ist im AEG1 § 4 festgeschrieben. Das Eisenbahn-Bundesamt überwacht als Aufsichtsbehörde die Erfüllung bzw. Durchsetzung dieser Aufgabe und macht uns nach Verwaltungsverfahrensgesetz ggf. haftbar. Folgende Punkte sind daher unbedingt zu beachten: Die Leitung und insbesondere die Maststandorte müssen für Wartungs-, Inspektions- und Beschichtungsarbeiten durch Mitarbeiter der [redacted] bzw. durch von der [redacted] beauftragte Fremdfirmen jederzeit, ggfs. auch mit Fahrzeugen, erreichbar sein. Die Bahnstromleitung verfügt über einen Schutzstreifenbereich beiderseits der Trassenachse (die genaue Breite ist abhängig von der jeweiligen Mastentfernung zueinander). Bei einer Änderung der Flurstücke (Teilungen, Zusammenlegungen o. Ä.) sind alle Rechte des alten Bestandes auf den neuen Bestand zu übernehmen. Dies trifft für alle Flurstücke zu, die im Schutzstreifenbereich der 110-kV-Bahnstromleitung liegen. Bei der Neuanlage von Straßen, Sportflächen usw. sind die Maste evtl. auf eine erhöhte Sicherheit umzurüsten, die Kosten dafür hat der Veranlasser zu tragen. Wird bei einer Neuanlage bzw. Nutzungsänderung von Verkehrsstraßen die laut DIN VDE 0210 / EN 50341 geforderte Mindesthöhe von 7m am Kreuzungspunkt der Straße mit der Hochspannungsleitung nicht erreicht, ist diese durch bauliche Veränderungen (z.B. Aufstocken der Maste), herzustellen. Die Kosten für diese Maßnahmen hat der Veranlasser zu tragen. Das aktuell gültige Planrecht ist in jedem Fall zu berücksichtigen.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
	An den Maststandorten in unmittelbarer Nähe von Straßen muss ein Anfahrschutz errichtet werden. Bei Grabungen im Schutzstreifen ist ein Abstand von 10m zu den Mastfundamenten einzuhalten. Auf möglicherweise vorhandene Erdungsbänder an den Leitungsmasten ist bei jeglichen Erdbauarbeiten bzw. Baugrunduntersuchungen oder anderen Bodeneingriffen im Radius von 25m von den jeweiligen Fundamentaußenkanten zu achten. Jegliche Erdverlegung, wie z.B. Gas- oder Wasserleitungen muss gemäß den Richtlinien der „Technischen Empfehlungen Nr. 7“ der Schiedsstelle für Beeinflussungsfragen – text-gleich mit der AfK2-Empfehlung Nr.3 erfolgen. Die Kosten für erforderliche Schutzmaßnahme trägt die/der Bauherr*in. Die Erdleitung hat in ihrem Verlauf bei einem Parallellauf innerhalb des Schutzstreifen der Bahnstromleitungen an jeder Stelle zur Mittelachse der Leitung einen Mindestabstand von 10m entsprechend einer aufzustellenden „Liste der Berührungspunkte“ einzuhalten. Bei Kreuzungen darf der lichte Abstand zwischen den Erdungsbändern und der Rohrleitung nicht kleiner als 2m sein. Im Schutzstreifen dürfen sich oberirdisch keine zugänglichen Armaturen und keine Gasausblasstutzen befinden. Die Verlegung der Rohrleitung erfolgt im Schutzstreifenbereich ausschließlich unterirdisch in einer Tiefe von ca. 1,2m – 2m. In den Bereichen eventueller Kreuzungen bzw. einer Parallelführung bspw. anderer Freileitungen mit unserer Bahnstromleitung bitten wir um die Beachtung und Einhaltung der technischen Parameter laut EN 50341 für die eventuellen Berührungspunkte. Des Weiteren sind für neu geplante dauerhafte Kreuzungen, Kreuzungsunterlagen und ein Kreuzungsvertrag erforderlich. Eine entsprechende Vorlage können wir Ihnen bei Bedarf zur Verfügung stellen. Der Schutzstreifenbereich der Bahnstromleitung unterliegt aus Sicherheitsgründen u.a. einer Aufwuchsbeschränkung im Bereich von bis zu 30m rechts und links der Trassenachse. Dies bedeutet, dass auch künftig Bäume und Sträucher gestutzt bzw. gefällt werden müssen, sofern sie eine Höhe von 3,5m überschreiten, um jederzeit einen sicheren Energietransport zu gewährleisten. Bei einer Neuanpflanzung sowie bei der Ausweisung von Landschafts- und Naturschutzgebieten ist dies zu berücksichtigen. Soll eine eventuell vorhandene Seefläche später als See für Freizeitaktivitäten genutzt werden, so ist für den Schutzstreifenbereich der 110-kV-Bahnstromleitung ein Segel- und Angelverbot auszusprechen.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
	Für Bebauungen verfügt die Bahnstromleitung über einen Schutzstreifenbereich. Es sind nur Bauwerke zulässig, bei denen die Schutz-/ Mindestabstände laut DIN VDE 0210 / EN 50341 zu den bei tiefstem Durchhang ruhenden und / oder ausschwingenden Leiterseil eingehalten werden müssen. Bei einer Dachneigung von <=15° muss ein Sicherheitsabstand von 5m (gemessen vom höchsten Punkt des Gebäudes) zu den stromführenden Leiterseilen in jedem Lastfall eingehalten werden, bei einer Dachneigung von >15° ist ein Sicherheitsabstand von 3m einzuhalten. Es ist eine harte Bedachung nach DIN 4102 Teil 7 vorzusehen. Alle am Gebäude befindlichen metallischen Objekte (z.B. Bleche, Dachrinnen, usw.) sind in einen umfassenden Potentialausgleich einzubeziehen. Bei Biogasanlagen ist es unzulässig den Schornstein innerhalb des Schutzstreifenbereichs zu bauen. Eine Änderung der Geländeoberkannte bedarf unserer Genehmigung und ist vorab abzustimmen. Zur Verfügung gestellte Planunterlagen sind nur gültig, sofern keine zwischenzeitliche Änderung der Geländeoberkannte erfolgt ist. Das Lagern von Baustoffen aus dem Straßenbau (Beton, Asphalt, Erde usw.) ist innerhalb des Schutzstreifen nur möglich, wenn dabei die laut DIN VDE 0210 / EN 50341 geforderten Sicherheitsabstände von mindestens 6m „Oberkante Materialhaufen zu den stromführenden Leiterseilen“ nicht unterschritten werden. Im Schutzstreifenbereich dürfen generell keine feuergefährlichen / leicht entflammbaren und zum Zerknall neigenden Stoffe gelagert werden. Bei einem Einsatz von Baumaschinen im Schutzstreifen gibt es Einschränkungen. Es ist stets ein Sicherheitsabstand von 3m einzuhalten. Falls dieser Sicherheitsabstand nicht eingehalten werden kann, ist eine kostenpflichtige Abschaltung der Leitung erforderlich. Diese Abschaltung ist mit einer Mindestvorlaufzeit von 6 Wochen vor Arbeitsbeginn zu beantragen. Im Hinblick auf die durchzuführenden Bauarbeiten wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, dass jede Annäherung an die stromführenden Teile der 110-kV-Bahnstromleitung, insbesondere mit Baukränen, Mobilkränen, Gerüststangen usw. mit Lebensgefahr verbunden ist. Die [redacted] übernimmt keinerlei Haftung für Schäden, die mit den noch auszuführenden Bauarbeiten in Zusammenhang stehen. Es sind stets die gültigen Normen und Vorschriften zu beachten.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.2 Schienenverkehr und Schienenpersonennahverkehr	Votum
	Für etwaige Schäden bzw. Folgeschäden am Eigentum der [redacted] haftet der Verursacher. In der Nähe von stromführenden Hochspannungsleitungen ist mit elektromagnetischen Beeinflussungen zu rechnen. Die [redacted] erstattet weder Entschädigungen noch die Kosten für evtl. erforderliche Abschirmungen. Die [redacted] haftet nicht für Schäden an Personen oder Objekten, die infolge Witterungseinflüsse z.B. von den Stromseilen herabfallendes Eis auftreten. Vor Beginn von Baumaßnahmen innerhalb unseres Schutzstreifens ist eine Unterweisung des Arbeitsverantwortlichen erforderlich. Es ist eine Mindestvorlaufzeit von 21 Werktagen zu beachten. Wir bitten um Zusendung der Abwägungsergebnisse möglichst als Pdf-Datei an folgende Mail-Adresse: [redacted] Mit freundlichen Grüßen[redacted]	

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 4.3 sonstiger öffentlicher Personennahverkehr

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.3 sonstiger öffentlicher Personennahverkehr	Votum
Institution: Kreises Schleswig-Flensburg, Fachdienst Umwelt ID: M1123	Ziffer 4.3 Sonstiger öffentlicher Personennahverkehr In Grundsatz 1, zweiter Satz, sollte auf die Daseinsvorsorge Bezug genommen werden. Es wird empfohlen, hinter „sollen“ den Zusatz „im Sinne einer angemessenen und ausgewogenen Daseinsvorsorge“ einzufügen. Im Grundsatz 2 sollte hinter Bedienungsformen „intermodal“ eingefügt werden. Im Grundsatz 3 sollte unabhängig von einer möglichen Bahnreaktivierung die Verbindung Niebüll-Flensburg als mögliche Expressverbindung mit klimafreundlichen Fahrzeugen benannt werden. In diesem Zusammenhang wird empfohlen, statt Busverkehr den Terminus „Linien- und Bedarfsverkehr“ einzufügen. In B zu 1 sollten die Netzhierarchien kurz erläutert werden. In B zu 2 fehlt die Option der vollständig bedarfsweisen Flächenbetriebe (On-Demand). In den Beispielen fehlen das smarte DorfShuttle Hürup und Süderbrarup. In B zu 3 haben für den Kreis auch die Bahnhöfe Jübek und Tarp sowie Süderbrarup, Sörup und Husby eine Bedeutung für Verknüpfungen aus SPNV und ÖPNV. Auf Seite 89 vorletzter Absatz sollte hinter Mobilitätsstationen auf eine Flächenschließung durch vorzugsweise On-Demand-Verkehre verwiesen werden.	Die Aspekte der Stellungnahme wurden geprüft. Die Landesplanung hält auch unter Berücksichtigung der vorgebrachten Argumente bei den Punkten zu 1 G, 2 G, B zu 1 und Textstelle Seite 89 an ihren Formulierungen fest. Diese sind ausreichend konkret und lassen gleichzeitig Raum für eine individuelle, bedarfsgerechte kommunale Ausgestaltung. **Zu 3 G:** Die (Bus-)Verbindung Flensburg-Niebüll wird im Regionalplanentwurf als wichtige überregionale Linie erwähnt. Ob diese als klimafreundliche Expressverbindung ausgestaltet und verstetigt wird, liegt in der Entscheidung der beteiligten Aufgabenträger (Kreise Schleswig-Flensburg, Nordfriesland und Stadt Flensburg). Der korrekte Terminus für „Busverkehre“ wäre „Linien- und Bedarfsverkehre nach §§ 42 und 44 Personenbeförderungsgesetz“. „Busverkehre“ ist hingegen ein allgemein bekannter Begriff und findet in allen Plänen Anwendung. Er schließt streng genommen die neuen „On-Demand-Verkehre“ (Bedarfsverkehre nach § 44 Personenbeförderungsgesetz) aus, welche jedoch auch eine eigene Erwähnung in den Regionalplänen finden. Eine alternative Formulierung wäre „straßengebundener öffentlicher Nahverkehr“. Es wird langfristig geprüft, ob der Begriff in Zukunft Verwendung finden soll. Dem Teilaspekt der Stellungnahme wird nicht gefolgt. **B zu 3:** Die genannten Bahnhöfe sind bereits im Text genannt. Das Anliegen kann daher nicht nachvollzogen werden. **B zu 2:** Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Text wird entsprechend angepasst. Ein Absatz zu On-Demand-Verkehren wird ergänzt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.3 sonstiger öffentlicher Personennahverkehr	Votum
		Darüber hinaus wird ein Absatz zu On-Demand Verkehren planungsraumübergreifend ergänzt.
Institution: Amt Oeversee, Gemeinden Oeversee, Sieverstedt und Tarp **ID: M1120**	B zu 2 S. 87 Mitfahrbänke als alternative Bedienform sind mehr Marketing-Aspekt denn Lösungsmöglichkeit	Mitfahrbänke können in weniger gut angebundenen Räumen eine Ergänzung des öffentlichen Personennahverkehres bilden. Eine konkrete Auseinandersetzung mit dieser Thematik ist nicht Teil der Regionalplanneuaufstellung. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Bundesagentur für Arbeit , Regionaldirektion Nord **ID: M1083**	Wohnortnahes Leben und Arbeiten ist perfekt, doch (noch) nicht immer umsetzbar. Dann ist ein intaktes und funktionierendes ÖPNV-/ Regionalverkehr-Angebot im erforderlichen Umfang notwendig. Beispielsweise sollte bei der Entwicklung weiterer Gewerbegebiete von Anfang an eine gute Erreichbarkeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln sichergestellt werden. Wichtig ist an dieser Stelle, dass die ÖPNV-Zeiten mit den Arbeitszeiten abgestimmt sein müssen. Dies ist gegenwärtig teilweise nicht der Fall. Viele potentielle Arbeitskräfte, speziell im Geringqualifizierten-Bereich, haben kein eigenes Fahrzeug zur Verfügung und können bei unzureichendem ÖPNV-Angebot nicht für eine Tätigkeit in einem Unternehmen in einem schwer erreichbaren Gewerbegebiet gewonnen werden.	Wie in der Stellungnahme gefordert regelt der Landesentwicklungsplan, dass „neue größere Wohn- und Gewerbegebiete an den ÖPNV angeschlossen werden“ (LEP 4.3.5.2 G). Die konkrete Umsetzung liegt jedoch bei den Kreisen und kreisfreien Städten in Zusammenarbeit mit den Kommunen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
ID: M1083	Für den Planungsraum I möchten wir folgende Hinweise geben: Der an verschiedenen Stellen des Regionalplans beschriebene Ausbau des ÖPNV wird, unserer Einschätzung nach, personaltechnisch nur sehr schwer realisiert werden können. Im Bereich der Kraftfahrer*innen sind viele Menschen beschäftigt, die 55 Jahre und älter sind. Im Gebiet der Agentur für Arbeit Flensburg, welches deckungsgleich mit dem Planungsraum I ist, gehören beispielsweise 191 von 852 Bus- und Straßenbahnfahrer*innen zur Altersgruppe 60 Jahre und älter – das sind 22,4%. Um das aktuelle Niveau zu halten, müssten diese sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den nächsten 5 Jahren zunächst ersetzt werden, bevor ein Ausbau des ÖPNV realisiert werden kann. Aufgrund der Bewerberlage, wird allein das Halten des aktuellen Niveaus sehr schwer, auch wenn die Agentur für Arbeit und das Jobcenter in diesem Bereich regelmäßig Personen qualifizieren. Eine Ausweitung	Die Bewältigung des Arbeitskräftemangels ist nicht Teil der Regionalplanneuaufstellung. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.3 sonstiger öffentlicher Personennahverkehr	Votum
	der Qualifizierungszahlen ist nicht ohne weiteres möglich, da das Potential an passenden Arbeitslosen überschaubar ist und der Beruf nicht als sehr attraktiv wahrgenommen wird. Im Bereich der LKW-Fahrer*innen besteht eine ähnliche demografische Problemlage. Dies ist jedoch kein isoliertes Problem der Agentur für Arbeit Flensburg, sondern findet sich in ähnlichen Größenordnungen in ganz Schleswig-Holstein. Die gezielte Förderung von Automatisierungslösungen (z. B. autonom fahrende Busse) könnte hier - wie auch in anderen Bereichen mit Arbeitskräftemangel - Abhilfe schaffen. Vor dem Hintergrund der oben beschriebenen Demografie-Problematik, ist uns die Schwierigkeit dieser Empfehlung bewusst. Wir halten sie allerdings dennoch für wichtig und sinnvoll, damit Unternehmen in den Gewerbegebieten genügend Personal finden können.	
Institution: Verkehrsclub Deutschland (VCD) Landesverband Nord e.V., eingetragener Verein **ID: 1055**	**4.3 Sonstiger öffentlicher Personennahverkehr** **S.85, 3 G** Kommentar VCD Nord: Auch beim sonstigen öffentlichen Personennahverkehr ist die grenzüberschreitende Anbindung zukünftig stärker zu berücksichtigen, um eine europäische Mobilitätswende zu ermöglichen.	Ein gut funktionierendes länderübergreifendes öffentliches Personennahverkehrsangebot liegt auch im Interesse der Landesplanung. Die Landesregierung nimmt hier nach ihren Möglichkeiten Einfluss und setzt sich für Kooperationen ein. Träger des örtlichen öffentlichen Personennahverkehrs sind die Kreise und kreisfreien Städte. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Stadt Flensburg **ID: M1039**	3 G (ab S. 85 u.) Hinweis: Das Wort „PlusBus“ sollte Erwähnung finden (wie auch im LNVP), da das Konzept an klare Qualitätskriterien geknüpft ist und eine klare Zielvorstellung enthält. Textvorschlag/Ergänzung: „Neben der im LNVP genannten Verbindungen formulieren die Gebietskörperschaften im gemeinsamen RNVP des Planungsraumes 1 weitere mögliche Netzabschnitte für die Errichtung von PlusBus-Verbindungen: Flensburg – Kappeln Flensburg – Krusa – Sonderborg Kappeln – Eckernförde“ B zu 1 (S. 86 u.)	**Zu 3 G:** Die in der Stellungnahme genannten PlusBus-Verbindungen werden in den Text übernommen. Dem Textvorschlag wird abgeändert gefolgt. **B zu 1:** Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Text wird entsprechend angepasst. **B zu 1:** Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Text wird entsprechend angepasst. **B zu 2:**

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.3 sonstiger öffentlicher Personennahverkehr	Votum
	Hinweis zu Zielsetzungen: Im Rahmen der verkehrspolitischen Zielsetzungen wird die bessere Vernetzung im Bus- und Bahnverkehr sowie mit dem MIV erwähnt. Im RNVP der Gebietskörperschaften wird zwar auch die Verknüpfung mit dem MIV erwähnt, insbesondere jedoch die Intermodalität im Sinne des Umweltverbundes. Hier sollte nachgeschärft werden. B zu 1 (S. 87) Hinweis zu Netzebenen: Die aufgezeigten Netzebenen entsprechen grundsätzlich den Kern-Netzebenen, es sollten jedoch ergänzend die ebenfalls im RNVP aufgeführten Netzebenen 1 SU und Tourismusnetzebene Erwähnung finden. Die Netzebene 1 SU ist grundsätzlich der Netzebene 1 zugehörig, weist jedoch für einige Verbindungen des Stadt-Umland-Bereichs Flensburgs einen verdichteten Mindestbedienstandard auf. Mit der Netzebene Tourismusnetz bzw. Tourismusnetzbereich wurde eine Qualitätsempfehlung eingeführt, die auf saisonal verdichtete bzw. saisonal zu verdichtende Verbindungen für stark touristisch nachgefragte Relationen abzielt (z.B. Inseln Sylt, Amrum, Föhr, Pellworm und Halligen, Schlei-Region oder Ostseeküste zwischen Glücksburg und Kappeln). B zu 2 (S. 87/88) Hinweis: Der Einsatz flexibler Bedienformen soll vorrangig im Bereich der Netzebene 3, im Bereich zeitlich und örtlich geringer Nachfragepotenziale bzw. bei nicht durch den konventionellen Linienverkehr erschließbaren Räumen angewendet werden. In den beispielhaft aufgeführten Angeboten empfiehlt sich ebenfalls die Nennung des „Smarten DorfSHUTTLE“ des Amtes Süderbrarup.	Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Text wird entsprechend angepasst.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort. 4.4 Radverkehr

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.4 Radverkehr	Votum
Institution: ADFC Schleswig-Holstein, e.V. **ID: 1102**	**Kapitel 4.4 Radverkehr** **1 G** Der Absatz sollte folgendermaßen ergänzt werden: Bei der Planung und dem Bau von Radverkehrsverbindungen sind höhere Anforderungen an die Verkehrssicherheit durch neue Fahrradtypen, wie E-Bikes und (mehrspurige) Lastenräder, zu berücksichtigen. Mit E-Bikes wird eine Geschwindigkeit von 20 bis 25 km/h zur Regel, was eine Erweiterung von Kurvenradien zur Folge haben muss, auch kommt es häufiger zu Überholvorgängen von unmotorisierten Fahrrädern, wofür es ausreichend Platz für das Überholen geben muss. Lastenräder sind breiter als normale Fahrräder, was entsprechend breitere Radwege erfordert, besonders bei Überholvorgängen wird dies deutlich. Zudem ist die Anbindung an den ÖPNV zu berücksichtigen. E-Bikes und Lastenräder sind vergleichsweise hochpreisige Fahrräder, die attraktive Ziele für den Diebstahl darstellen. Deshalb benötigen diese Räder an ÖPNV-Knotenpunkten Radabstellanlagen, die nicht nur das Sichern vor Wind und Wetter garantieren, sondern zu denen ausschließlich autorisierte Personen Zugang haben. **2 G** Der Absatz sollte folgendermaßen ergänzt werden: … im Planungsraum bedarfsgerecht fortgesetzt werden. Dabei ist besonders darauf zu achten, dass die unter Kapitel 3.3 (Siedlungsachsen) und Kapitel 3.4. (Überregionale Standorte für Gewerbegebiete) ausgeführten Bebauungen ebenfalls Radverkehrsanlagen erhalten und an das Landesweite Radverkehrsnetz (LRVN) angeschlossen werden. **3 G** Regionale Radschnellverbindungen sollten zeichnerisch in die Plankarten aufgenommen werden, um die Flächen freizuhalten und Konflikte mit anderen Nutzungen zu verhindern. **4 G** Ergänzen: Radreiseregionen, neue Radfernwege .. **Begründung**	Zu 1 G und 2 G: Die Aspekte der Stellungnahme wurden geprüft. Die Landesplanung hält auch unter Berücksichtigung der vorgebrachten Argumente aus folgenden Gründen an ihrem Abwägungsergebnis fest: Der letzte Absatz des ersten Grundsatzes und der zweite Grundsatz werden, für einen Regionalplan, welcher im Bereich Radverkehr keine eigene Regelungskompetenz hat, als ausreichend betrachtet. Die Zielsetzungen der Randstrategie Schleswig-Holstein 2030 und der Kreis- sowie Kommunalkonzepte gelten entsprechend. Ferner wird auf die Ausführungen im LEP 2021 (3 G und Begründung zu 3 G Kapitel 4.3.6) verwiesen. Zu 3 G: Der Maßstab der Regionalplankarten ist für eine Darstellung von regionalen Radschnellverbindungen nicht geeignet. Auf eine Weiterentwicklung von hochwertigen Radschnellverbindungen wird daher textlich im Kapitel 4.4 im dritten Grundsatz eingegangen. Zu 4 G: Der vorgebrachte Aspekt kann ohne konkretere Informationen nicht nachvollzogen werden. Zu B zu 1-2 Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Text wird entsprechend angepasst.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.4 Radverkehr	Votum
	B zu 1-2 Ersten Absatz ergänzen: Diese verfolgt das Ziel, den landesweiten Radverkehrsanteil am Modal-Split auf 30% in 2030 zu erhöhen. Zweiten Absatz ergänzen: … gerecht zu werden. Das im LRVN definierte Netz zur Verbindung der zentralen Orte untereinander und mit den Kommunen in ihrem Einzugsbereich sollte in den kreisweiten und kommunalen Radverkehrsplanungen aufgegriffen und verdichtet werden.	
Institution: Gemeinde Harrislee **ID: M1126**	Die Gemeinde Harrislee begrüßt die Entwicklung eines Veloroutennetzes in Flensburg und bestätigt ihre Bereitschaft einer interkommunalen Zusammenarbeit im Verflechtungsraum in diesem Themenkreis (Ziff. 4.4 3G).	Die Landesplanung begrüßt die Bereitschaft zur interkommunalen Zusammenarbeit. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Amt Oeversee, Gemeinden Oeversee, Sieverstedt und Tarp **ID: M1120**	2 G S. 90 Der Hinweis auf baulastträgerübergreifende und interkommunale Zusammenarbeit implementiert, dass auch Wege von anderen als den Baulastträgern weiterentwickelt werden sollen. Die originäre Pflicht liegt bei den Baulastträgern, welche auch die finanzielle Verantwortung haben. Das Ziel bzw. der Grundsatz muss also sein, dass diese auch für eine zukunftsfähige Weiterentwicklung zu sorgen haben. B zu 1-2 Der vor kurzem erfolgte Ausbau des Parkplatzes am Bahnhof Tarp wird durch eine Erweiterung in nächster Zeit noch forciert. I. d. Z. werden auch hier Bike & Ride Anlagen realisiert.	Da regionale und überregionale Radrouten mit einheitlichen Standards entwickelt werden sollen, ist es wichtig, dass sich die verschiedenen Träger bei der Weiterentwicklung abstimmen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Der Stellungnahme wird gefolgt. Der Text wird entsprechend ergänzt.
Institution: Stadt Flensburg **ID: M1039**	1 G (S. 89 u., 2. Satz) <u>Textvorschlag:</u> „…(wie etwa das Radverkehrskonzept des Kreises Schleswig Flensburg, das Veloroutenkonzept sowie Maßnahmen des Masterplans Mobilität der Stadt Flensburg und das in Aufstellung befindliche kreisweite Radverkehrskonzept für den Kreis Nordfriesland)…“	Den unterschiedlichen Hinweisen in der Stellungnahme wird mehrheitlich gefolgt. Der Text wird entsprechend angepasst. Dem allgemeinen Hinweis wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.4 Radverkehr	Votum
	B zu 1 – 2, S. 91 3. Absatz, Sätze 1 bis 2 Textvorschlag/Ergänzung: „Die Stadt Flensburg verfügt mit dem Veloroutenkonzept über eine strategische Leitlinie zur Optimierung, Qualifizierung und Weiterentwicklung der städtischen Radverkehrsinfrastruktur. Ergänzt wird dieses durch Maßnahmen des Masterplans Mobilität 2030 der Stadt Flensburg.“ B zu 1-2, S. 91, 5. Absatz Hinweis: B+R Husby ist bereits umgesetzt B zu 1-2, S. 92, 1 Absatz, letzter Satz Textvorschlag: „Der Masterplan Mobilität 2030 der Stadt Flensburg enthält in dieser Hinsicht neben Maßnahmen zur Entwicklung einer Bike-Sharing-Strategie auch das Ziel einer besseren Verknüpfung des Radverkehrs mit dem ÖPNV, wobei besonders die Schaffung eines Fahrradparkhauses am Bahnhof im Fokus steht.“ B zu 3, S. 92, letzter Absatz Hinweis: Da die Bezeichnungen „Radschnellverbindungen“ sowie auch „Radvorrangrouten“ genauen Definitionen unterliegen (gemäß H RSV – Hinweise zu Radschnellverbindungen und Radvorrangrouten), schlagen wir die Formulierung „Radvorrangrouten bzw. Radschnellverbindungen“ vor. Allgemein Hinweis: In den Ausführungen und Begründungen wird häufig von interkommunaler Zusammenarbeit gesprochen. Nach unserer Auffassung sollte daher [redacted] als kommunale Arbeitsgemeinschaft mit finanzieller Unterstützung des Verkehrsministeriums und den Kommunen eine Erwähnung finden.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1023	**Nr. 4.1-4.4 Verkehr**	Die Erhöhung der Verkehrssicherheit ist Ziel der Radstrategie Schleswig-Holstein 2030. Konkrete

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.4 Radverkehr	Votum
	Ortsumgehung Tating zeitnah realisieren. Verbindungsstraße Eiderdamm-Kating nur für Fahrräder öffnen. Die Verkehrssicherheit ist zu erhöhen, z.B. durch Entfernung von bzw. Schutz vor Hindernissen am Fahrbahnrand.	Maßnahmen zur Verkehrssicherheit sind nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
ID: 1023	**Nr. 4.1-4.4 Verkehr** Kapazität der Bahnstrecke Husum - St. Peter-Ording erhöhen. Ausweichstelle auf dem Bahnstreckenabschnitt Husum-Jübeck realisieren. Bahnhöfe zurückkaufen, Bahnhöfe auch als Herbergen durch öffentliche Hand betreiben. Fahrradmitnahme sichern. Förderprogramm für landschaftsangepasste Haltestellen/Wartehäuschen. Mindestanforderungen vorgeben.	Konkrete Maßnahmen zu Kapazitäten von Verkehrsmitteln oder Fahrradmitnahmen sind nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Institution: Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein LKN **ID: M1129**	Seite 89 4.4 Radverkehr Bestehende Radwege (auch Nordseeküstenradweg) sollen verstärkt und verbessert werden. Achtung : Radwegausbau im Bereich der Deiche ist genehmigungspflichtig	Die Weiterentwicklung der Fahrradinfrastruktur ist Ziel der Radstrategie Schleswig-Holstein 2030. Konkrete Maßnahmen zum Radwegeausbau ist nicht Gegenstand der Regionalplanung. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 4.5 Schiffsverkehr, Häfen und Wasserstraßen

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.5 Schiffverkehr, Häfen und Wasserstraßen	Votum
Institution: Gemeinde Hörnum, über Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt **ID: M1137**	**Zu 4.5 Schiffsverkehr, Häfen und Wasserstraßen – 1 G u. 4 G** Die Gemeinde Hörnum liegt im Schwerpunktraum für Tourismus und Erholung. Entsprechende Maßnahmen und Vorhaben sind von besonderem Interesse. Die Entwicklung des Ortes orientiert sich an diesem Leitbild. Daher darf eine Weiterentwicklung des Hörnumer Hafens mit einem touristischen Schwerpunkt nicht ausgeschlossen sein. Vielmehr sollte sich eine Entwicklung des Hörnumer Hafens an der Priorität Tourismus orientieren.	Im Regionalplan werden regionale Infrastrukturmaßnahmen nachrichtlich dargestellt und raumordnerisch gesichert. Die Landesplanung führt dabei keine eigene Infrastrukturplanung durch. Die Zuständigkeit liegt bei den Fachressorts des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus (MWVATT) des Landes Schleswig-Holstein. Konkrete Umnutzungen oder Neubaumaßnahmen sind Aufgabe der Bauleitplanung und der Fachplanung und nicht Gegenstand der Regionalpläne. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Industrie und Handelskammer zu Flensburg, Standortpolitik /Beitragsabteilung / Finanzbuchhaltung **ID: 1067**	**Teil B; Regionale Infrastruktur; 4.5 Schiffsverkehr, Häfen und Wasserstraßen** Formulierungsvorschlag zu S. 94, 1 G, letzter Absatz: „Die an der Nordsee gelegenen Häfen werden für die Offshore-Windindustrie voraussichtlich als Service-Häfen wichtige Funktionen übernehmen. Außerdem spielen diese Häfen eine wichtige Rolle für die Versorgung der Region und ihres Hinterlandes mit Agrargütern und Baustoffen. Der Hafen von Husum verfügt aufgrund seiner verkehrsgeographischen Lage über exzellente Rahmenbedingungen, um an der sich aktuell dynamisch vollziehenden Entwicklung im Energiebereich und durch die Verkehrswende zu partizipieren. Dies gilt u. a. für bereits in der Diskussion befindliche Ansiedlungsvorhaben sowie für weitere potenzielle Ansiedlungen z. B. in den Bereichen Wasserstoff, Windenergie, Aquakultur. Der Husumer Hafen kann darüber hinaus in Zukunft eine wichtige Rolle im Bereich Recycling spielen. Grundvoraussetzung hierfür bildet u. a. die Bereitstellung anforderungsgerechter Flächen und Hafen- sowie Verkehrsinfrastrukturen. Eine dahingehende Entwicklung sollte angestrebt werden und Ausbaureserven nicht mit anderen Nutzungen belegt werden.“	Der Stellungnahme wird gefolgt und der Text angepasst. Die vorgeschlagene Formulierung wird jedoch entsprechend vergleichbarer Ausführungen im Regionalplan gekürzt.
Institution: Stadt Flensburg **ID: M1039**	1 G (S. 93) sowie B zu 1 (ab S. 95) <u>Stellungnahme</u> Der Flensburger Hafen befindet sich derzeit in einem Prozess der Umstrukturierung. Die Flensburger Ratsversammlung hat 2020 (RV 74/2020) die Bündelung der wirtschaftlichen Hafentätigkeiten auf der Westseite der Förde am bisherigen Kohlekai beschlossen, um auf	Die Stellungnahme mit Hinweisen auf Umstrukturierungen des Flensburger Hafens wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.5 Schiffverkehr, Häfen und Wasserstraßen	Votum
	der Ostseite den Weg zu bereiten für die Entwicklung eines urbanen, nachhaltigen und suffizienten Quartiers mit Symbolcharakter. Diese Maßnahme ist gemäß den vorliegenden Untersuchungen und Emissionsgutachten Voraussetzung für die Erreichung der im förmlich festgelegten Sanierungsgebiet Hafen-Ost formulierten Sanierungsziele mit bereits beschlossenem Rahmenplan (RV 110/2022). Für den Erhalt der Leistungs- und Zukunftsfähigkeit des Hafens werden auf der Westseite durch die [redacted] bereits die notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um die aktuellen Umschlagsmengen des Wirtschaftshafens am Harniskai (ca. 105.000 t in 2022, ca. 140.000 t in 2021) sowie auch einen möglichen Aufwuchs abwickeln zu können. Perspektivisch sind dort weitere Ausbaustufen möglich. Aus Sicht der Stadt Flensburg ist es besonders wichtig, dass Stadtentwicklung und Hafenentwicklung Hand in Hand gehen. Das Konversionsvorhaben Hafen-Ost ist mit über 50 ha Gesamtfläche, umfangreichen Gewerbe-, Mischgebiets- und Wohnbaupotenzialen (900 WE) bei gleichzeitig möglicher Reduzierung der Gesamtversiegelung zugunsten urbaner Grünflächen ein zentraler Baustein der integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung in Flensburg: Für den vom Land Schleswig-Holstein geförderten Aufbau eines nachhaltigen Flächenmanagements mit dem Ziel einer Flächenkreislaufwirtschaft, für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Flensburg 2030 (in Bearbeitung) sowie auch der im ISEK von 2018 formulierten Strategie der integrierten (Innen-)Stadtentwicklung.	
ID: M1039	Es fehlen sämtliche Fähr- und Schiffsverbindungen auf der Flensburger Förde im Gegensatz zu den Fährverbindungen auf der Nordsee (nordfriesische Inseln).	Auf der Nordsee werden wichtige Schiffsverbindungen dargestellt. Diese dienen der Inselversorgung und stellen für die Bevölkerung auch die ÖPNV-Anbindung im Alltagsverkehr sicher. Die Fährverbindungen auf der Flensburger Förde sind hauptsächlich saisonabhängige Ausflugsschifffahrten. Sie sind weder dem Alltagsverkehr zuzuordnen, noch versorgungsrelevant. Auch die sogenannte „Fahrradfähre“ ist in erster Linie ein touristisches Angebot und wird nur in der Sommersaison angeboten. Dies unterscheidet die Fährangebote maßgeblich von den dargestellten Schiffsverbindungen auf der Nordsee. Der Stellungnahme wird daher nicht gefolgt.
Institution: NABU Schleswig-Holstein,	Im Abschnitt 4.5 ("Schiffsverkehr, Häfen und Wasserstraßen") sind die unter B zu 1 (S. 92) zu lesenden Aussagen zur Landstromversorgung in Häfen zu verhalten. Die	Die Stellungnahme mit Hinweisen zur Nachschärfung der Vorgaben zu Landstromanlagen, dem Ausbau von

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.5 Schiffverkehr, Häfen und Wasserstraßen	Votum
Bereich Verbandsbeteiligung ID: M1142	Landstromversorgung sollte schnell ausgebaut werden, um damit verpflichtend für Kreuzfahrt- und große Fährschiffe zu werden. Den Ausbau von Sportboothäfen (B zu 2, S. 92 f) und damit verbundene weitere Liegeplatzkapazitäten sieht der NABU insbesondere im Hinblick auf Motorboote kritisch. Für private, der Freizeitnutzung dienende Motorboote sollten keine zusätzlichen Liegeplätze zur Verfügung gestellt werden. Der Motorbootverkehr führt zu erheblichen Belastungen bei rastenden Wasservögeln und Schweinswalen (Störungen, Unterwasserlärm, Verletzungen) v.a. auf der Ostsee und stört Erholungssuchende durch Lärmentwicklung. Nach Ansicht des NABU sollte die Fährverbindung Brunsbüttel - Cuxhaven mit Hilfe finanzieller Förderung wieder eröffnet werden (Planungsraum III). Der Ausbau der Fährverbindung Glückstadt - Wischhafen ist voranzutreiben.	Sportboothäfen und Fährverkehren wird zur Kenntnis genommen. Liegeplatzkapazitäten von Sportboothäfen sind nicht Gegenstand der Regionalplanung.
Institution: Wasserstraßen- und Schifffahrts-verwaltung des Bundes (WSV) , Abteilung Wasserstraßen Dezernat Wasserstraßen-überwachung ID: M1144	Gegen die Neuaufstellung der 3 Regionalpläne bestehen seitens der WSV keine grundsätzlichen Bedenken, sofern Nachfolgendes berücksichtigt wird: Grundsätzlich ist darauf hin zu weisen, dass Bundeswasserstraßen nach § 1 Absatz 1 Bundeswasserstraßengesetz (WaStrG) gemäß Artikel 87 Absatz 1 Satz 1 in Verbindung mit Artikel 89 des Grundgesetzes (GG) im Eigentum und in der Verwaltungszuständigkeit der WSV stehen. Der Umfang und der Geltungsbereich der Binnen- und Seewasserstraßen ist im § 1 Absätze 1, 2 und 4 WaStrG definiert. Die Unterhaltung von Bundeswasserstraßen (§ 7 Absatz 1 WaStrG) ebenso deren Aus- und Neubau (§ 12 Absatz 1 WaStrG) einschließlich Zubehör (z.B. Schleusen, Wehre, Brücken und Schiffshebewerke) sind dem Bund als Hoheitsaufgabe übertragen worden. Die Widmung der Bundeswasserstraßen als Verkehrsweg bestimmt ihren wegerechtlichen Status auf Dauer und bewirkt eine Zweckerhaltung, die nur im Wege einer Bestandsänderung nach § 2 WaStrG beseitigt werden kann. Mit dem 09.06.2021 ist das „Gesetz über den wasserwirtschaftlichen Ausbau an Bundeswasserstraßen zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele der Wasserrahmenrichtlinie“ in Kraft getreten, welches im Schwerpunkt die Übertragung der hoheitlichen Zuständigkeit für Teile des wasserwirtschaftlichen Ausbaus an Binnenwasserstraßen des Bundes von den Ländern auf die WSV, soweit dieser Ausbau zur Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) erforderlich ist, beinhaltet. Die Gesetzesänderung bezieht sich auf die Binnenwasserstraßen des Bundes aller Art. Die Zuständigkeit für die Bewirtschaftungsplanung nach WRRL sowie für Maßnahmen, die überwiegend zum Zwecke des Hochwasserschutzes oder der Verbesserung der chemischen oder physikalischen Qualität des Wassers durchgeführt werden, verbleibt bei den Bundesländern. Maßnahmen, die zur Erreichung der Bewirtschaftungsziele nach Maßgabe der §§ 27 bis 31 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) erforderlich sind und mit einer wesentlichen Umgestaltung einer Binnenwasserstraße des Bundes oder ihrer Ufer im Sinne	Die Stellungnahme enthält Hinweise zur Einhaltung der Sicherheit und Leichtigkeit des ruhenden und laufenden Schiffsverkehrs. Es dürfen keine Störungen auf die Bundeswasserstraßen einschließlich ihrem Zubehör einwirken. Im Falle von konkreten Vorhaben und Genehmigungsverfahren müssen die Vorgaben durch die Genehmigungsbehörden geprüft werden. Die Hinweise werden daher zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.5 Schiffverkehr, Häfen und Wasserstraßen	Votum
	des § 67 Absatz 2 Satz 1 und 2 WHG verbunden sind, sind mit Inkrafttreten des Gesetzes unter den Voraussetzungen des § 12 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 WaStrG eine Hoheitsaufgabe der WSV. Zu den Maßnahmen nach § 12 Absatz 2 Satz 1 Nummer 3 WaStrG gehören auch solche Maßnahmen, bei denen Gewässerteile nach § 1 Absatz 1 Nummer 1 WaStrG entstehen, die einen räumlichen Zusammenhang mit der Binnenwasserstraße aufweisen, auch wenn sie sich vor der Ausbaumaßnahme außerhalb des Ufers der Binnenwasserstraße befanden (§ 12 Absatz 2 Satz 2 WaStrG). Die Zuständigkeit für die Planung, Genehmigung und Umsetzung dieser Maßnahmen liegt daher bei der WSV. Im Ergebnis können keine Nutzungseinschränkungen geduldet werden, die den Betrieb und die ordnungsgemäße verkehrliche und wasserwirtschaftliche Unterhaltung der Bundeswasserstraße einschließlich Zubehör sowie das Befahren der Bundeswasserstraße mit Wasserfahrzeugen gemäß bundesrechtlicher Vorschriften einschränken oder gefährden. Es ist auch künftig sicherzustellen, dass die hoheitliche Aufgabenwahrnehmung der WSV jederzeit uneingeschränkt durch Bedienstete der WSV und deren Beauftragte möglich bleibt, dies betrifft zum Beispiel auch das Abstellen von Baufahrzeugen und Kfz. Der Widmungszweck einer Bundeswasserstraße darf nicht beeinträchtigt werden. Weder die Sicherheit und Leichtigkeit des (ruhenden und laufenden) Schiffsverkehrs darf eingeschränkt werden, noch dürfen Störungen auf die Bundeswasserstraßen einschließlich ihrem Zubehör einwirken. Vorsorglich weise ich darauf hin, dass gemäß § 4 Nummer 4 des Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG) eine Funktionssicherungsklausel besteht, wonach bei Maßnahmen des Naturschutzes und der Landschaftspflege auf Flächen, die ausschließlich oder überwiegend Zwecken der See- oder Binnenschifffahrt dienen, die bestimmungsgemäße Nutzung zu gewährleisten ist.	

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 4.6 Luftverkehr

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.6 Luftverkehr	Votum
Institution: Kreisverwaltung Nordfriesland, Kreisverwaltung Nordfriesland ID: 1099	HSG Planung: Die Darstellung von Lärmschutzbereichen in der Hauptkarte zum Regionalplan trägt bei dem verwendeten Maßstab nicht zur Leserlichkeit bei. Andere Informationen können dadurch in den Hintergrund geraten. Es sollte daher geprüft werden, ob diese Kennzeichnung aus raumordnerischer Sicht überhaupt erforderlich ist. Gegebenenfalls könnte die nachrichtliche Kennzeichnung auch auf einem oder mehreren Beiplänen wiedergegeben werden. Untere Naturschutzbehörde: Auf Seite 98 des Plantext heißt es: „Der ehemals militärisch genutzte Sonderlandeplatz Leck soll in seiner Funktion für den Luftsport unter Berücksichtigung der verschiedenen zivilen Nachnutzungen auf dem Flugplatzareal erhalten und gesichert werden.“ Da nicht eindeutig formuliert ist, ob sich diese Aussage auch auf das Sportflugfeld bezieht, wird darauf hingewiesen, dass im Rahmen des Managementplanes zum unmittelbar nördlich angrenzenden FFH-Gebiet „Leckfeld“ im FFH-Gebiet eine Verlegung des Sportflugplatzes aus dem FFH-Gebiet heraus angestrebt ist. Die Maßnahme ist wie folgt beschrieben: „6.3.4 Anpassung der Nutzung der Pachtflächen der Flugsportgruppe Leck bzw. der Pflege des Sportflugfeldes an die Erfordernisse des FFH-Lebensraumschutzes. Langfristig ist die Verlegung des Sportflugplatzes einschließlich des Rückbaus der Gebäude und Entsiegelung der Gebäudeflächen anzustreben.“ Es wird angeregt, auf die angestrebte Verlegung Bezug zu nehmen.	Die Stellungnahme mit Hinweis auf den geringen Mehrwert einer Darstellung von Lärmschutzbereichen in der Hauptkarte wird zur Kenntnis genommen. Die Darstellung bleibt nach erneuter Prüfung und Abwägung bestehen. Der Text wird entsprechend angepasst. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.
Institution: Stadt Flensburg ID: M1039	B zu1 (S. 99), 3. Absatz Textvorschlag: „Der Verkehrslandeplatz Flensburg-Schäferhaus dient dem Oberzentrum Flensburg sowie den Umlandgemeinden als Knotenpunkt für die industrielle, gewerbliche sowie auch touristische Nutzung und wirkt dabei über Flensburg in das nördliche Schleswig-Holstein und in das südliche Dänemark hinaus. Der Verkehrslandeplatz soll in seinen Funktionen erhalten und bedarfsgerecht weiterentwickelt werden. Der Verkehrslandeplatz Husum-Schwesing soll in seiner Funktion als Landeplatz für den Geschäftsflugverkehr und den Luftsport erhalten und gesichert werden.“ Begründung: Unter Grundsätze und Ziele 1G, Satz 1, wird festgestellt, dass u.a. der Verkehrslandeplatz Flensburg-Schäferhaus …. in seinen Funktionen „gesichert und bedarfsgerecht	Nach Abstimmung mit der Fachbehörde wird der Text entsprechend angepasst. Der Stellungnahme wird gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.6 Luftverkehr	Votum
	weiterentwickelt werden“ soll. In der Begründung zu 1 G steht, dass Flensburg-Schäferhaus „erhalten und gesichert werden“ soll. Es sollte auch in der Begründung nicht von einem „Erhalt und Sicherung“ sondern von einem „Erhalt und bedarfsgerechten Weiterentwicklung“ gesprochen werden.	
Institution: [redacted] **ID: M1045**	**Stellungnahme zu Belangen des Anlagenschutzes (§18a LuftVG)** in dem gesamten Bereich des Bundeslandes Schleswig-Holstein befinden sich verschiedene Flugsicherungseinrichtungen. Je nach Art und Höhe der Vorhaben können Belange der [redacted] bezüglich §18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) berührt werden; bei dem hier vorliegenden Planungsstand und dem Detailierungsgrad der Unterlagen können jedoch keine weiteren konkreten Aussagen getroffen werden. Das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung stellt unter dem nachfolgenden Link eine interaktive Karte mit den aktuell gültigen Anlagenschutzbereichen verschiedener Flugsicherungsorganisationen gem. §18a LuftVG zur Verfügung: 2D: https://anlagenschutz.baf.bund.de/mapapps/resources/apps/anlagenschutz_v2/index.html?lang=de 3D: https://anlagenschutz.baf.bund.de/3dvorpruefung/start Bauvorhaben, die sich in den Anlagenschutzbereichen befinden, sollten daher zur Einzelfallprüfung unter Angabe von Bauhöhen der zuständigen Luftfahrtbehörde vorgelegt werden. Wir weisen aber ausdrücklich darauf hin, dass wir nicht für die Flugsicherungseinrichtungen an den Flughäfen Lübeck, Kiel und Sylt zuständig sind, bitte wenden Sie sich diesbezüglich an das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung. Von dieser Stellungnahme bleiben die Aufgaben der Länder gemäß § 31 Luftverkehrsgesetz (LuftVG) unberührt. Wir haben das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) von unserer Stellungnahme informiert.	In der Regionalplankarte werden Flughafen und Landeplatz mit dem jeweils zugehörigen Bauschutzbereich und den jeweiligen Lärmschutzbereichen für Tag- oder Nachtschutz entsprechend dem, zum Zeitpunkt der Neuaufstellung der Regionalpläne vorliegenden, Aktualitätsstand der Geodaten abgebildet. Von der Fachbehörde wurde eine Aktualisierung der Geodaten zur Berücksichtigung im weiteren Verfahren angekündigt. Die Kartendarstellung wird nach Vorlage angepasst. Die weiteren Aspekte werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.6 Luftverkehr	Votum
	Zusätzliche Hinweise zur Hindernisfreiheit: Aufgrund einer Höhe von mehr als 100,00 m über Grund ist das Einzelvorhaben von § 14 LuftVG betroffen und bedarf stets einer luftrechtlichen Zustimmung. Die konkreten Planungen sind im Rahmen des Genehmigungsverfahrens der zuständigen Landesluftfahrtbehörde vorzulegen. Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens wird gemäß § 31 Abs. 3 LuftVG die [redacted] durch die Luftfahrtbehörde beteiligt und zur gutachtlichen Stellungnahme aufgefordert. Die [redacted] prüft die Einhaltung der Hindernisfreiflächen sowie die An- und Abflugverfahren an betroffenen Flugplätzen (Flughäfen, Landeplätze, Segelfluggelände, Hubschraubersonderlandeplätze). Auskünfte zu den Hindernisfreiflächen und zu den Anforderungen an die Hindernisfreiheit erteilt die Landesluftfahrtbehörde als Genehmigungsbehörde für die Flugplätze in ihrem Zuständigkeitsbereich. Folgende Abstandsregelungen sind bei den Planungen bereits im jetzigen Stadium zu berücksichtigen: • Gemeinsame Grundsätze des Bundes und der Länder für die Anlage und den Betrieb von Flugplätzen für Flugzeuge im Sichtflugbetrieb, veröffentlicht als NfL I 92/13, dort: Gefahren für den Flugplatzverkehr in der Platzrunde; • Festlegung von Mindestabständen von Hindernissen zu festgelegten Sichtflugverfahren, veröffentlicht als NfL 1-847-16.	
Institution: NABU Schleswig-Holstein, Bereich Verbandsbeteiligung **ID: M1142**	Zum Abschnitt 4.6 (Luftverkehr - S. 94) möchte der NABU anmerken, dass er eine Aufgabe des Flughafens Kiel-Holtenau und dessen Konversion zu einem Kieler Wohngebiet gegenüber dessen nach dem RP II vorgesehenen Weiterbetrieb empfiehlt. - Den Flughafen Westerland /Sylt (RP 1, Kap. 4.6, 1G, S. 98) hält der NABU für überflüssig und nicht mehr zeitgemäß: Auch vermögenden Urlaubsgästen und Zweitwohnungsbesitzern ist, der Umwelt und dem Klima zuliebe, die Benutzung des (Auto) Zugs über den Hindenburgdamm zuzumuten.	Die Stellungnahme mit Vorschlägen zum Flughafen Kiel-Holtenau und Westerland/Sylt wird zur Kenntnis genommen.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 4.8 Leitungsnetze

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
Institution: Bundesnetzagentur, Abteilung Ausbau Stromnetze ID: M1139	Im Zuge der Energiewende wurde mit dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) ein neues Planungsinstrument geschaffen, das zu einem beschleunigten Ausbau der Übertragungsnetze in Deutschland beitragen soll. Dem im NABEG verankerten Planungs- und Genehmigungsregime, für das die Bundesnetzagentur zuständig ist, unterliegen alle Vorhaben, die in der Anlage zum Bundesbedarfsplangesetz (BBPlG) als länderübergreifend und/oder grenzüberschreitend gekennzeichnet sind. Ihre Realisierung ist aus Gründen eines überragen den öffentlichen Interesses erforderlich. Die Bundesnetzagentur führt für die Vorhaben auf Antrag der verantwortlichen Betreiber von Übertragungsnetzen die Bundesfachplanung durch. Zweck der Bundesfachplanung ist die Festlegung eines raumverträglichen Trassenkorridors, eines Gebietsstreifens, in dem die Trasse einer Höchstspannungsleitung voraussichtlich realisiert werden kann, als verbindliche Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung. Mit der Planfeststellung, die die Bundesnetzagentur wiederum auf Antrag der verantwortlichen Übertragungsnetzbetreiber durchführt, wird der genaue Verlauf der Trasse innerhalb des festgelegten Trassenkorridors bestimmt und das Vorhaben rechtlich zugelassen. Von den mit der Neuaufstellung der Regionalpläne in Schleswig-Holstein, für die Planungsräume I, II und III geplanten Festlegungen sind die folgenden BBPlG-Vorhaben betroffen: • **BBPIG-Vorhaben Nr. 3,** Höchstspannungsleitung Brunsbüttel – Großgartach (SuedLink) • **BBPIG-Vorhaben Nr. 4,** Höchstspannungsleitung Wilster – Bergrheinfeld/West (SuedLink) • **BBPIG-Vorhaben Nr. 48**, Höchstspannungsleitung Heide West – Polsum (Korridor B) • **BBPIG-Vorhaben Nr. 51**, Höchstspannungsleitung Hamburg Nord – Hamburg Ost – Ämter Büchen / Breitenfelde / Schwarzenbek-Land • **BBPIG-Vorhaben Nr. 81**, Höchstspannungsleitung Hemmingstedt / Lieth / Lohe-Rickelshof / Wöhrden – Klein Rogahn / Stralendorf / Warsow / Holthusen / Schossin (NordOstLink)	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise und Aussagen werden geprüft und die Ergebnisse bei der weiteren Planung berücksichtigt. Der Landesentwicklungsplan–Fortschreibung 2021 enthält in seinem Kapitel 4.5.5 Vorgaben in Form von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung, die die Regionalplanung bei ihrer Planung zu beachten beziehungsweise zu berücksichtigen hat. So wird die Regionalplanung aufgefordert, Trassenkorridore in Schleswig-Holstein, die durch die Bundesfachplanung nach dem Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz (NABEG) verbindlich festgestellt wurden, in den Regionalplänen nachrichtlich darzustellen (Kapitel 4.5.5 Absatz 5 Z des Landesentwicklungsplans –Fortschreibung 2021). Nach der Gesetzesbegründung zu § 15 Absatz 1 Satz 2 NABEG ist Zweck der Vorschrift zu verhindern, dass ein festgelegter Trassenkorridor vor der Entscheidung nach § 24 NABEG durch Festlegung von entgegenstehenden Landes- oder Ortsplanungen undurchführbar wird (BT-Drs.19/7375 S. 75). In diesem Sinne zu künftigen (gemeindlichen) Planungen auch die vom Stellungnehmenden zitierte Entscheidung des Bundesverwaltungsgericht (Beschluss vom 24.03.2021 – 4 VR 2/20 – in juris Randnummer 29 f.), wenn es darin heißt: „Sie (sic. Bundesfachplanung) wirkt allerdings insofern vorübergehend auf die Planungshoheit der Gemeinde ein, als sie nach § 15 Absatz 1 Satz 2 NABEG, grundsätzlich Vorrang vor nachfolgenden Landesplanungen und Bauleitplanungen‘ hat. Dieser grundsätzliche Vorrang der Bundesfachplanung gilt jedoch nur im Zeitraum bis zur Zulassungsentscheidung (§ 24 NABEG) für die

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
	• **BBPIG-Vorhaben Nr. 85,** Höchstspannungsleitung Güstrow – Wessin – Görries – Klein Rogahn / Stralendorf / Warsow / Holthusen / Schossin – Ämter Büchen / Breitenfelde / Schwarzenbek-Land – Krümmel Nach dem BBPIG sollen Gleichstromvorhaben, wie die Vorhaben Nrn. 3, 4, 48 und 81 Vorhaben, vorrangig als Erdkabel statt als Freileitung realisiert werden (gesetzlicher Erdkabelvorrang für die in der Anlage zum BBPIG mit „E“ gekennzeichneten Gleichstromvorhaben). **BBPIG-Vorhaben Nr. 3**, Höchstspannungsleitung Brunsbüttel – Großgartach und **BBPIG-Vorhaben Nr. 4**, Höchstspannungsleitung Wilster – Bergrheinfeld/West (SuedLink) Die Vorhabenträgerinnen [redacted] und [redacted] planen, die beiden Höchstspannungsleitungen, die zusammen auch SuedLink genannt werden, möglichst auf einer gemeinsamen Stammstrecke zu realisieren. Die Bundesnetzagentur traf für die vorliegend relevanten **Abschnitte A** Brunsbüttel – Scheeßel bzw. Wilster – Scheeßel der Vorhaben Nrn. 3 und 4 am 31.01.2020 jeweils die Entscheidung über die Bundesfachplanung und legte damit den Verlauf jeweils eines raumverträglichen Trassenkorridors fest. Diese Entscheidung stellt eine verbindliche Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung dar. Eine Trassierung außerhalb des jeweils festgelegten Trassenkorridors ist nicht möglich. Die [redacted] reichte am 17.02.2020 Anträge auf Planfeststellungsbeschluss für die Teilstrecken Netzverknüpfungspunkt Brunsbüttel – Nördlich der B 431 Gemeinde Wewelsfleth bzw. Netzverknüpfungspunkt Wilster – Nördlich der B 431 Gemeinde Wewelsfleth (**Abschnitte A1**), als Teilabschnitte der Abschnitte A der Vorhaben Nrn. 3 und 4, bei der Bundesnetzagentur ein, die jeweils den beabsichtigten Verlauf der Trasse sowie hierzu in Frage kommende Alternativen (innerhalb des verbindlich festgelegten Trassenkorridors) enthalten. Die Bundesnetzagentur führte die Antragskonferenzen auf Grundlage des Planungssicherstellungsgesetzes (PlanSiG) in jeweils einem schriftlichen Verfahren bis zum 17.07.2020 durch. Auf der Grundlage der Anträge der Vorhabenträgerin und der Ergebnisse der schriftlichen Beteiligungsverfahren legte die Bundesnetzagentur am 11.09.2020 jeweils einen Untersuchungsrahmen für die Planfeststellung fest und bestimmte hiermit den Inhalt der von der Vorhabenträgerin noch einzureichenden Unterlagen. Diese Unterlagen, die momentan von der [redacted] erarbeitet werden, werden im 4. Quartal 2023 erwartet. Nach der Vorlage der vollständigen Unterlagen wird die Bundesnetzagentur Anhörungsverfahren durchführen und zum	planerische Abwägung der Gemeinde, soweit diese der Bundesfachplanung zeitlich nachfolgt. Bei dem Vorrang der Bundesfachplanung gemäß § 15 Absatz 1 Satz 2 NABEG handelt es sich um eine Abwägungsdirektive und damit zugleich um eine spezielle gesetzliche Verankerung und Betonung des allgemeinen planungsrechtlichen Prioritätsgrundsatzes (…).“ Daraus ist abzuleiten, dass die Regionalplanung als Landesplanung eine Bundesfachplanung nur dann berücksichtigen muss, wenn diese ihr zeitlich voraus ist. Sofern dies der Fall zum ersten Entwurf gewesen ist, wurde die Bundesfachplanung entsprechend berücksichtigt. Da es sich aber um einen dynamischen Prozess handelt, wird bei weiteren Entwürfen der Regionalpläne eine Berücksichtigung der Bundesfachplanung stets geprüft werden.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
	Abschluss des jeweiligen Verfahrens mit dem Planfeststellungsbeschluss den Leitungsverlauf innerhalb des festgelegten Trassenkorridors festlegen. Die [redacted] beantragte am 31.08.2023 den durch die Bundesfachplanungsentscheidung vom 31.01.2020 festgelegten Trassenkorridor für den Abschnitt A des Vorhabens Nr. 4 gemäß § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 in Verbindung mit S. 2 NABEG zu ändern. Die Vorhabenträgerin beabsichtigt den Trassenkorridor bis an den Bereich der Bahnstrecke Wilster – Brunsbüttel nach Norden zu erweitern. Die Bundesnetzagentur prüft den Antrag derzeit. Nach derzeitigem Verfahrensstand verlaufen die verbindlich festgelegten Trassenkorridore für die Abschnitte A der Vorhaben Nrn. 3 und 4 sowie die darin jeweils verlaufende beantragte Trasse für die Abschnitte A1 der Vorhaben Nr. 3 und 4 unter anderem im räumlichen Geltungsbereich der Regionalpläne für Schleswig-Holstein, hier: Planungsraum III. **BBPlG-Vorhaben Nr. 48**, Höchstspannungsleitung Heide West – Polsum (Korridor B) Für den vorliegend relevanten **Abschnitt Nord 1** Heide West – B 431 südlich Roßkopp (Wewelsfleth) des Vorhabens Nr. 48 liegt der Bundesnetzagentur ein Antrag auf Bundesfachplanung vom 30.12.2022 vor, der einen Vorschlag für einen Verlauf eines Trassenkorridors sowie Alternativen hierzu enthält. Die Bundesnetzagentur führte am 22.02.2023 in Wilster eine öffentliche Antragskonferenz durch. Das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein wurde als Träger öffentlicher Belange beteiligt. Im nächsten Schritt legte die Bundesnetzagentur am 26.05.2023 auf der Grundlage des Antrags der Vorhabenträgerin und der Ergebnisse der Antragskonferenz einen Untersuchungsrahmen für die Bundesfachplanung fest und bestimmte hiermit den Inhalt der von der Vorhabenträgerin noch einzureichenden Unterlagen. Nach der Vorlage dieser vollständigen Unterlagen wird die Bundesnetzagentur eine Behörden- und Öffentlichkeitsbeteiligung sowie einen Erörterungstermin durchführen und zum Abschluss des Verfahrens mit der Entscheidung über die Bundesfachplanung einen Trassenkorridor als verbindliche Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung festlegen. Nach derzeitigem Verfahrensstand verläuft der Vorschlagstrassenkorridor sowie Alternativen zu diesem im Abschnitt Nord 1 des Vorhabens Nr. 48 im Räumlichen Geltungsbereich der Regionalpläne für Schleswig-Holstein, hier: Planungsraum III.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
	BBPlG-Vorhaben Nr. 51, Höchstspannungsleitung Hamburg Nord – Hamburg Ost – Ämter Büchen / Breitenfelde / Schwarzenbek-Land Für den vorliegend relevanten **Abschnitt Ost** Hamburg Ost – Ämter Büchen / Breitenfelde / Schwarzenbek-Land des Vorhabens Nr. 51 liegt der Bundesnetzagentur ein Antrag auf Bundesfachplanung der Vorhabenträgerin [redacted] vom 09.06.2023 vor, der ein Netz möglicher Trassenkorridore enthält. Die Bundesnetzagentur führte am 29.08.2023 in Hamburg eine öffentliche Antragskonferenz durch. Das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport des Landes Schleswig-Holstein wurde als Träger öffentlicher Belange beteiligt. Im nächsten Schritt wird die Bundesnetzagentur, voraussichtlich im November 2023, auf der Grundlage des Antrags der Vorhabenträgerin und der Ergebnisse der Antragskonferenz einen Untersuchungsrahmen für die Bundesfachplanung festlegen und hiermit den Inhalt der von der Vorhabenträgerin noch einzureichenden Unterlagen bestimmen. Zum Abschluss des Verfahrens wird die Bundesnetzagentur mit der Entscheidung über die Bundesfachplanung einen Trassenkorridor als verbindliche Vorgabe für die nachfolgende Planfeststellung festlegen. Nach derzeitigem Verfahrensstand verlaufen mehrere in Frage kommende Verläufe des für die Ausbaumaßnahme erforderlichen Trassenkorridors unter anderem im räumlichen Geltungsbereich der Regionalpläne für Schleswig-Holstein, hier: Planungsraum III. **BBPlG-Vorhaben Nr. 81**, Höchstspannungsleitung Hemmingstedt / Lieth / Lohe-Rickelshof / Wöhrden – Klein Rogahn / Stralendorf / Warsow / Holthusen / Schossin (NordOstLink) Durch die Realisierung des Vorhabens Nr. 81 soll die Übertragungskapazität zwischen Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern erhöht werden. Für das Vorhaben Nr. 81 liegt der Bundesnetzagentur derzeit kein Antrag im Rahmen eines Zulassungsverfahrens vor. Die Vorhabenträgerinnen [redacted] und [redacted] beantragten am 05.06.2023 die Ermittlung eines Präferenzraumes gemäß § 12c Abs. 2a S. 7 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) für das BBPlG-Vorhaben Nr. 81 bei der Bundesnetzagentur. Im nächsten Schritt wird die Bundesnetzagentur einen Präferenzraum als verbindliche Vorgabe für das folgende Planfeststellungsverfahren ermitteln. Nach derzeitigem Verfahrens- bzw. Kenntnisstand wird der Suchraum Heide (Hemmingstedt / Lieth / Lohe-Rickelshof Wöhrden), für den Startpunkt des Vorhabens Nr. 81 sowie, teilweise, auch der in Ermittlung befindliche Präferenzraum für das Vorhaben Nr.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
	81 von dem Geltungsbereich der Regionalpläne für Schleswig-Holstein überlagert, hier: Planungsräume II und III. **BBPlG-Vorhaben Nr. 85,** Höchstspannungsleitung Güstrow – Wessin – Görries – Klein Rogahn / Stralendorf / Warsow / Holthusen / Schossin – Büchen / Breitenfelde / Schwarzenbek-Land – Krümmel Nach dem BBPlG ist für das Vorhaben Nr. 85 aus Gründen der besonderen Eilbedürftigkeit kein Bundesfachplanungsverfahren durchzuführen (gesetzlicher Verzicht auf Bundesfachplanung im Sinne von § 2 Absatz 7 BBPlG für die in der Anlage zum BBPlG mit „G“ gekennzeichneten Vorhaben). Für das Vorhaben Nr. 85 liegt der Bundesnetzagentur derzeit kein Antrag auf Zulassung des Vorhabens vor. Nach derzeitigem Kenntnisstand soll die Übertragungskapazität der bestehenden 380 kV-Freileitung zwischen Güstrow und Krümmel durch Umbeseilung erhöht werden. Diese bestehende Freileitung verläuft teilweise im räumlichen Geltungsbereich der Regionalpläne für Schleswig-Holstein, hier: Planungsraum III. Beurteilung Eine abschließende Beurteilung der zu bewältigenden Nutzungskonflikte ist seitens der Bundesnetzagentur zum derzeitigen Verfahrensstand für keines der vorbezeichneten Vorhaben in der Zuständigkeit der Bundesnetzagentur möglich. Dennoch möchte ich auf mögliche Konflikte der in den Regionalplänen für Schleswig-Holstein geplanten Festlegungen mit den vorbezeichneten BBPlG-Vorhaben hinweisen. Sollte sich abzeichnen, dass die in den Regionalplänen für Schleswig-Holstein geplanten Festlegungen die Bundesfachplanung bzw. Planfeststellung der vorbezeichneten BBPlG-Vorhaben berühren können – entscheidend ist, dass das Verfahren nicht erschwert wird – weise ich vorsorglich bereits jetzt auf § 3a NABEG hin, der die konstruktive Zusammenarbeit von Bund und Ländern regelt. In § 3a Abs. 2 heißt es: *„Zeichnet sich bei der Aufstellung, Änderung oder Ergänzung eines Raumordnungsplans ab, dass Ziele der Raumordnung die Bundesfachplanung oder die Planfeststellung berühren können, sollen im Raumordnungsplan Festlegungen getroffen werden, die sicherstellen, dass die Bundesfachplanung und die Planfeststellung nicht erschwert werden.“*	

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
	Entsprechend bitte ich darum, möglichen Konflikten zwischen den Festlegungen der Regionalplänen für Schleswig-Holstein und den BBPlG-Vorhaben in der Zuständigkeit der Bundesnetzagentur in angemessener Weise raumplanerisch Rechnung zu tragen und die Belange des Netzausbaus bei der Aufstellung des Plans zu beachten, damit die Bundesfachplanung bzw. Planfeststellung der vorbezeichneten Vorhaben nicht erschwert wird. Ich weise ferner darauf hin, dass nach § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG Bundesfachplanungen grundsätzlich Vorrang vor nachfolgenden Landesplanungen haben. Außerdem weise ich darauf hin, dass das Bundesverwaltungsgericht in Bezug auf die gemeindliche Bauleitplanung ausgeführt hat, dass die Bundesfachplanungsentscheidung insofern vorübergehend auf die gemeindliche Planungshoheit einwirkt, als sie nach § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG „grundsätzlich Vorrang vor nachfolgenden Landesplanungen und Bauleitplanungen“ hat. Bei dem Vorrang der Bundesfachplanung gem. § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG handelt es sich danach um eine Abwägungsdirektive und damit zugleich um eine spezielle gesetzliche Verankerung und Betonung des allgemeinen planungsrechtlichen Prioritätsgrundsatzes. § 15 Abs. 1 S. 2 NABEG richtet sich als Abwägungsdirektive an die gemeindliche Bauleitplanung im Zeitraum zwischen der Bundesfachplanungs- und der Zulassungsentscheidung. **Das Gebot vorrangiger Berücksichtigung der Bundesfachplanung verlangt von der Gemeinde, vorübergehend entgegenstehende Planungen innerhalb des Trassenkorridors aufzuschieben;** siehe zu alledem BVerwG, Beschl. v. 24.03.2021 - 4 VR 2.20. Die Ausführungen des Bundesverwaltungsgerichts sind aus Sicht der Bundesnetzagentur auf die Landesplanung vollumfänglich übertragbar. Ich begrüße, dass Sie beabsichtigen die verbindlich festgelegten Trassenkorridore für die Vorhaben Nrn. 3 und 4 nachrichtlich in dem Regionalplan darzustellen und diese mittels des Grundsatzes in Kapitel 4. 8 Abs. 3 raumplanerisch zu sichern. Ich rege aber an, diese Trassenkorridore darüber hinaus, z. B. als Vorranggebiete Leitungstrassenkorridor, in den Regionalplänen für Schleswig-Holstein (hier Planungsraum III) festzulegen. Mit Blick auf das anhängige Verfahren nach § 11 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 in Verbindung mit S. 2 NABEG zur Änderung des Trassenkorridors im Abschnitt A des Vorhabens Nr. 4 und die Absicht der Vorhabenträgerin, den Trassenkorridor nach Norden zu erweitern kann ich Ihnen bereits folgendes mitteilen: Nach einer Festlegung des in der beantragten Änderung gegenständlichen Trassenkorridors durch die Bundesnetzagentur würde die im Rahmen der Neuaufstellung der hier gegenständlichen Regionalpläne geplante Festlegung des Vorranggebietes Binnenhochwasserschutz entlang der Schottener Wettern von dem Trassenkorridor überlagert. Nach derzeitigem Planungsstand ist allerdings davon	

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
	auszugehen, dass durch eine Erdverkabelung und den Umstand, dass die im Rahmen der technischen Detailplanung der Vorhabenträgerin geplante Trasse nach derzeitigem Planungsstand südlich der Schottener Wettern verläuft, kein Konflikt mit dieser Festlegung entstehen wird. Ich weise darauf hin, dass nach § 18 Abs. 5 NABEG in Verbindung mit § 44a Abs. 1 S. 1 EnWG vom Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren (s. o.) oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen, auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Inanspruchnahme wesentlich wertsteigernde oder die geplanten Baumaßnahmen erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden dürfen (Veränderungssperre). Im Fall der Vorhaben Nrn. 3 und 4 wird der vorbezeichnete Verfahrensstand mit der Offenlage der Planunterlagen im Anhörungsverfahren erreicht sein. Die Veränderungssperre steht den in Ihrer Zuständigkeit geplanten Festlegungen dann ggf. entgegen. Ich rege ferner an, falls nicht bereits geschehen, die für die hier gegenständlichen Vorhaben bzw. Vorhabenabschnitte zuständigen Vorhabenträgerinnen [redacted] in vorliegender Angelegenheit noch zu beteiligen. Ergänzend weise ich darauf hin, dass auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur die Planunterlagen zu o. g. BBPlG-Vorhaben in der Zuständigkeit der Bundesnetzagentur sowie auch die gegebenenfalls oben genannten Bundesfachplanungsentscheidungen abrufbar sind (www.netzausbau.de/vorhaben), bzw. abrufbar sein werden. Die Bundesnetzagentur ist an den dort gegebenenfalls ermittelten Vorschlag zur Festlegung eines Trassenkorridors jedoch nicht gebunden. Ich bitte Sie, meine Hinweise zu berücksichtigen und mich über den Fortgang des Verfahrens zu informieren bzw. mich im weiteren Verlauf des Verfahrens zu beteiligen und mir den in Kraft getretenen Raumordnungsplan mitzuteilen. Für weitere Informationen stehe ich Ihnen gerne – auch unter der E-Mail-Adresse verfahren.dritter.nabeg@bnetza.de – zur Verfügung. Bitte verwenden Sie für den Kontakt mit mir das oben angegebene Aktenzeichen.	
Institution: Industrie und Handelskammer zu Flensburg, Standortpolitik	**Teil B; Regionale Infrastruktur; 4.8 Leitungsnetze** In den Regionalplänen sollten alle Projekte, die im neuen Netzentwicklungsplan (NEP 2023 2. Entwurf) inklusive des „Begleitdokumentes Punktmaßnahmen“ aufgeführt sind, überführt werden. Momentan wird der neue Netzentwicklungsplan mit der Bundesnetzagentur	Es gibt keinen Auftrag aus dem LEP 2021, der vorgibt, dass die Vorhaben aus dem Netzentwicklungsplan in den Regionalplänen enthalten sein müssen. Eine Übernahme erfolgt erst dann, wenn eine gesetzliche

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
/Beitragsabteilung / Finanzbuchhaltung ID: 1067	abgestimmt und aufgrund der Tatsache, dass dieser Plan viele neue Projekte mit sich bringt, sollte dieser Plan für die Übernahme der Projekte in die Regionalpläne verwendet werden. Dieser Weg ist vor dem Hintergrund zielführend und hinreichend abgesichert, da die Bundesnetzagentur bereits in ihrem Prüfbericht (Vorläufige Prüfungsergebnisse Netzentwicklungsplan Strom 2023-2037) deutlich gemacht hat, die Inhalte des neuen NEPs zu bestätigen.	Vorgabe durch das Bundesbedarfsplangesetz oder das Energieleitungsausbaugesetz erfolgt ist. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie LBEG Niedersachsen ID: M1124	**Gashochdruckleitungen, Rohrfernleitungen** Das angegebene Plangebiet bzw. in unmittelbarer Nähe umfasst eine Vielzahl an erdverlegten Gashochdruckleitungen bzw. Rohrfernleitungen, wodurch eine allumfassende, detaillierte Stellungnahme nicht möglich ist. Daher werden Sie gebeten, das Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) erneut zu beteiligen, sobald konkrete, detaillierte Planungen oder Vorhaben feststehen. Bei diesen Leitungen sind Schutzstreifen zu beachten, die von jeglicher Bebauung und von tiefwurzelndem Pflanzenbewuchs frei zu halten sind. Bitte beteiligen Sie den aktuellen Leitungsbetreiber direkt am Verfahren, damit ggf. erforderliche Abstimmungsmaßnahmen (genauer Leitungsverlauf, Breite des Schutzstreifens etc.) eingeleitet werden können. Der Leitungsbetreiber kann sich ändern, ohne dass es eine gesetzliche Mitteilungspflicht gegenüber dem LBEG gibt. Wenn Ihnen aktuelle Informationen zum Betreiber bekannt sind, melden Sie diese bitte an Leitungskataster@lbeg.niedersachsen.de. Weitere Informationen erhalten Sie hier. Eine Darstellung der betroffenen Leitungen, ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit, entnehmen Sie bitte der nachfolgenden Tabelle: Wenn die Beteiligung der Leitungsbetreiber bereits im Rahmen früherer Planungsverfahren durchgeführt wurde und zwischenzeitlich keine Veränderung des Leitungsverlaufs erfolgte, ist die Erfordernis einer erneuten Beteiligung der genannten Unternehmen durch die verfahrensführende Behörde abzuwägen. **Hinweise** Sofern im Zuge des o.g. Vorhabens Baumaßnahmen erfolgen, verweisen wir für Hinweise und Informationen zu den Baugrundverhältnissen am Standort auf den [redacted] Kartenserver. Die Hinweise zum Baugrund bzw. den Baugrundverhältnissen ersetzen keine geotechnische Erkundung und Untersuchung des Baugrundes bzw. einen geotechnischen Bericht. Geotechnische Baugrunderkundungen/-untersuchungen sowie die Erstellung des	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
	geotechnischen Berichts sollten gemäß der DIN EN 1997-1 und -2 in Verbindung mit der DIN 4020 in den jeweils gültigen Fassungen erfolgen. In Bezug auf die durch das LBEG vertretenen Belange haben wir keine weiteren Hinweise oder Anregungen. Die vorliegende Stellungnahme hat das Ziel, mögliche Konflikte gegenüber den raumplanerischen Belangen etc. ableiten und vorausschauend berücksichtigen zu können. Die Stellungnahme wurde auf Basis des aktuellen Kenntnisstandes erstellt. Die verfügbare Datengrundlage ist weder als parzellenscharf zu interpretieren noch erhebt sie Anspruch auf Vollständigkeit. Die Stellungnahme ersetzt nicht etwaige nach weiteren Rechtsvorschriften und Normen erforderliche Genehmigungen, Erlaubnisse, Bewilligungen oder objektbezogene Untersuchungen.	
Institution: [redacted] **ID: M1075**	**I. Berücksichtigung von Leitungsnetzen** Die [redacted] begrüßt die Berücksichtigung von raumbedeutsamen Stromleitungsnetzen der Hoch- und Höchstspannung ab 110 kV in den vorliegenden Neuentwürfen der Regionalpläne. Vor dem Hintergrund ambitionierter Energie- und Klimaziele ist ein umfassender Um- und Ausbau dieser Netze erforderlich, der sich in den kommenden Fassungen des Netzentwicklungsplans (für das Übertragungsnetz) und des Netzausbauplans (für das Verteilnetz) durch zahlreiche potenziell raumbedeutsame Maßnahmen niederschlagen wird. Diese Maßnahmen sollten ebenso wie die bislang gemäß Bundesbedarfsplangesetz vorgesehen Netzausbauprojekte raumordnerisch berücksichtigt werden. Zudem sollte im Grundsatz die vorausschauende und auf übergeordnete Ziele ausgerichtete Netzplanung für Schleswig-Holstein im Sinne einer erfolgreichen Energiewende raumordnerisch unterstützt werden (siehe dazu auch III.) und von der in 1 G formulierten Zielstellung eines „bedarfsorientiert[en]“ Ausbaus abgedeckt sein bzw. diese Formulierung entsprechend ergänzt werden. Als weiteren Aspekt weisen wir auf die sogenannte EU-Notfallverordnung hin, welche am 19. Dezember im EU-Energieministerrat beschlossen wurde und u.A. für Stromnetze ab 110 kV gültig ist. Die Verordnung wurde durch den §43m EnWG in nationales Recht umgesetzt. Demnach entfällt für Netzgebiete, die bereits eine strategische Umweltprüfung (SUP) durchlaufen haben, im Genehmigungsverfahren die Pflicht der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) und der artenschutzrechtlichen Prüfung. In der	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise und Aussagen werden geprüft und die Ergebnisse bei der weiteren Planung berücksichtigt. Der Landesentwicklungsplan – Fortschreibung 2021 enthält in seinem Kapitel 4.5.5 Vorgaben in Form von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung, die die Regionalplanung bei ihrer Planung zu beachten beziehungsweise zu berücksichtigen hat. Soweit (noch) keine Bundesfachplanung seitens der Bundesnetzagentur durchgeführt worden ist und andererseits keine bestehende oder planfestgestellte Leitungstrasse sowie Umspannwerke und Konverterstationen vorliegen erfolgt keine entsprechende nachrichtliche Darstellung in der Karte des jeweiligen Regionalplans (Kapitel 4.5.5 Absatz 5 Z Landesentwicklungsplan – Fortschreibung 2021). Sofern sich die Leitungstrassen sowie die Umspannwerke und Konverterstationen also nicht in einem dieser Stadien befinden, sind sie nicht in der Karte des Regionalplans nachrichtlich darzustellen. Der Anregung wird nicht gefolgt. Es gibt keinen Auftrag aus dem LEP 2021, der vorgibt, dass die Vorhaben aus

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
	aktuellen Regionalplanung werden die Netzausbaupläne der regionalen Hochspannungsnetzes nicht und vorhandene Stromleitungen nachrichtlich dargestellt. Auf eine SUP wird für diese Infrastruktur verzichtet mit Verweis auf landesweite Fachplanungen bzw. den LEP 2021. Im Umweltbericht des LEP 2021 hingegen wird auf die nachfolgenden Ebenen der Regionalplanung oder auf Genehmigungsverfahren verwiesen, wo eine Prüfung stattfinden soll. Dieses Vorgehen widerspricht der Idee und dem Anspruch des §43m EnWG, in welchem auf die SUP der Regionalpläne verwiesen wird. Um der EU-Notfallverordnung gerecht werden zu können, sind daher - die vorhandenen Stromleitungen explizit und nicht nachrichtlich aufzunehmen, - weitergehende Netzausbauplanungen zu berücksichtigen und - die SUP sowohl auf die Räume der Bestandsleitungen als auch der Netzausbauplanungen zu erweitern. Zur Information über die jeweils aktuellen Netzausbaupläne für das Verteilnetz (nicht nur der [redacted]) sowie der zugrundeliegenden Regionalpläne verweisen wir auf die gemäß §14e EnWG eingerichtete Internetplattform der Verteilnetzbetreiber: [redacted]	dem Netzentwicklungsplan in den Regionalplänen enthalten sein müssen. Eine Übernahme erfolgt erst dann, wenn eine gesetzliche Vorgabe durch das Bundesbedarfsplangesetz oder das Energieleitungsausbaugesetz erfolgt ist. Bei § 43m Energiewirtschaftsgesetz handelt es sich um eine befristete Regelung, die mit Ende des 30.06.2025 ausläuft. Mit einem Inkrafttreten der Regionalpläne vor diesem Datum ist nicht zu rechnen.
Institution: [redacted] **ID: M1047**	Sehr geehrte Damen und Herren, hiermit nehmen wir Bezug auf Ihr im Betreff genanntes Anliegen. In Schleswig-Holstein befinden sich in den Planungsräumen I , II, III folgende Versorgungsanlagen unserer Gesellschaft: Höchstspannungsfreileitungen • 380-kV-Leitung Krümmel - Siems (LH-13-304) • 380-kV-Leitung Audorf/Süd - Jardelund (LH-13-305) • 380-kV-Leitung Abzweig Flensburg (LH-13-305A) • 380-kV-Leitung Dollem - Wilster (LH-13-307) • 380-kV-Leitung Brokdorf - Wilster (LH-13-308) • 380-kV-Leitung Brunsbüttel - Wilster (LH-13-309) • 380-kV-Leitung Abzweig Büttel (LH-13-309A) • 380-kV-Leitung Krümmel Mast 1 - Mast 6 (LH-13-312) • 380-kV-Leitung Siems-Görries (LH-13-314) • 380-kV-Leitung Krümmel Mast 1 - Mast 5 (LH-13-315) • 380-kV-Leitung Hamburg/Nord - Dollem (LH-13-316) • 380-kV-Leitung Abzweig Kummerfeld (LH-13-316A)	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
	• 380-kV-Leitung Audorf - Hamburg/Nord/50 Hertz (LH-13-317) • 380-kV-Leitung Jardelund - Kassoe (LH-13-323) • 380-kV-Leitung Abzweig Brunsbüttel (LH-13-325) 380-kV-Leitung Handewitt - Jardelund (LH-13-332) • 380-kV-Leitung Wilster - Audorf/Süd (LH-13-303) • 380-kV-Leitung Dollem -Wilster (LH-14-3105) • 380-kV-Leitung Lüneburg - Krümmel (LH-14-3106) • 220-kV-Leitung Stade - Kummerfeld (LH-13-201) • 220-kV-Leitung Hamburg/Nord - Itzehoe/West (LH-13-202) • 220-kV-Leitung Abzweig Brokdorf (LH-13-202A) • 220-kV-Leitung Hamburg/Nord - Hamburg/Nord/50Hertz (LH-13-203) • 220-kV-Leitung Audorf - Kiel/Süd (LH-13-207) • 220-kV-Leitung Abzweig Kiel/West (LH-13-207A) • 220-kV-Leitung Hamburg/Nord - Lübeck (LH-13-208) • 220-kV-Leitung Kummerfeld - Hamburg/Nord (LH-13-209) • 220-kV-Leitung Kiel/KW - Kiel/Süd (LH-13-211) • 220-kV-Leitung Brunsbüttel - Itzehoe (LH-13-212) • 220-kV-Leitung Stade - Kummerfeld (LH-14-2141) Westküstenleitung: • 380-kV-Leitung Brunsbüttel - Süderdonn (LH-13-318) • 380-kV-Leitung Süderdonn - Heide/West (LH-13-319) • 380-kV-Leitung Heide_West - Husum Nord (LH-13-320) • 380-kV-Leitung Husum_Nord - Klixbüll_Süd (LH-13-321) • 380-kV-Leitung Klixbüll_Süd - Bundesgrenze Dänemark (LH-13-322) Mittelachse SH • 380kV-Leitung Audorf_Süd - Schuby_West (LH-13-324) • 380kV-Leitung Handewitt- Kassoe (LH-13-327) • 380kV-Leitung Schuby_West - Handewitt (LH-13-331) • 380kV-Leitung Handewitt - Jardelund (LH-13-332 Höchstspannungserdkabel / Offshore Leitungen • 220-kV-Kabel Siems - Lübeck (LH-13-215) • 220-kV-Verbindungskabel Audorf - Audorf SüdT421 (LH-13-216) • 220-kV-Verbindungskabel Audorf -Audorf SüdT422 (LH-13-217) • 110-kV-Verbindungskabel Audorf - Audorf/Süd T411 (LH-13-190) • 110-kV- Verbindungskabel Audorf - Audorf/Süd T412 (LH-13-191)	

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
	• 500-kV-DC Kabel HelWin - alpha - Büttel (LH-15-5001) • 600-kV-DC Kabel SylWin - alpha - Büttel (LH-15-6005) • 600-kV-DC Kabel HelWin - beta - Büttel (LH-15-6006) • 1000-kV-DC-Leitung Vollesfjord - Wilster/West (LH-15-10001, NordLink) Umspannwerke • UW-Klixbüll/Süd • UW-Husum/Nord • UW-Schuby/West • UW-Flensburg • UW-Jardelund • UW-Audorf • UW-Audorf/Süd • UW-Kiel/W • UW-Kiel/KW • UW-Kiel/S • UW-Lübeck • UW-Siems • UW-Herrenwyk • UW-Hamburg/N • UW-Kummerfeld • UW-Brokdorf • UW-Brunsbüttel • UW-Wilster • UW-Büttel • UW-ltzehoe • UW-Süderdonn • UW-Heide West • UW-Krümmel • UW-Handewitt • Phasenschieber Krempermarsch Zu Ihrer Information und der Übersicht halber, erhalten Sie von uns zwei Übersichtskarten im Maßstab 1:1000000. Sollten Ihnen noch Unterlagen zu unseren Bestandsleitungen fehlen, können Sie sich gerne mit uns erneut in Verbindung setzten. Weiterhin erhalten Sie in einem Anhang Hinweise mit der Bitte um Übernahme in das Regionale Raumordnungsprogramm.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
	Mit freundlichen Grüßen [redacted]	
ID: M1047	Folgende Planungen werden in Schleswig-Holstein von der [redacted] betrieben: Geplante bzw. sich im Bau befindende Leitungsverbindungen • Suedlink • NordOstLink (DC31/DC32) – Stammtrasse Nord • 600-kV-DC-Leitung BorWin6 – Büttel (LH-15-6013) • LanWin2 • 380-kV-Leitung Hochwöhrden - Albersdorf (LH-13-339) • 380-kV-Leitung Albersdorf - Pöschendorf (LH-13-340) • NOR-16-2 • NOR-18-1 Ostküstenleitung • 380kV-Leitung Kreis Segeberg - Raum Lübeck (LH-13-328) • 380kV-Leitung Raum Lübeck - Göhl (LH-13-329) • 380kV-Leitung Raum Lübeck - Siems (LH-13-330) Netzverstärkung NordElbe • 380-kV-Leitung Dollern - Wilster (LH-13-307), Ersatzneubau bis Mast 34N • 380-kV-Leitung Brunsbüttel - Wilster (LH-13-309) • 380-kV-Leitung Abzweig Büttel (LH-13-309A) Geplante Umspannwerke • UW HeideHub (Multiterminal) • UW Hochwöhrden (Teil des Heidehubs) • UW Albersdorf • UW Pöschendorf • UW PöschendorfHub (Multiterminal) • UW Ulzburg • UW Göhl_West • UW Lübeck_West • UW Büttel Erweiterung A390 – Elbe-Lübeck-Leitung Die [redacted] hat gemäß den Regelungen des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPIG) den gesetzlichen Auftrag zwischen dem Umspannwerk Lübeck, einem neu zu	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise und Aussagen werden geprüft und die Ergebnisse bei der weiteren Planung berücksichtigt. Der Landesentwicklungsplan – Fortschreibung 2021 enthält in seinem Kapitel 4.5.5 Vorgaben in Form von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung, die die Regionalplanung bei ihrer Planung zu beachten beziehungsweise zu berücksichtigen hat. Soweit (noch) keine Bundesfachplanung seitens der Bundesnetzagentur durchgeführt worden ist und andererseits keine bestehende oder planfestgestellte Leitungstrasse sowie Umspannwerke und Konverterstationen vorliegen erfolgt keine entsprechende nachrichtliche Darstellung in der Karte des jeweiligen Regionalplans (Kapitel 4.5.5 Absatz 5 Z Landesentwicklungsplan – Fortschreibung 2021). Sofern sich die Leitungstrassen sowie die Umspannwerke und Konverterstationen also nicht in einem dieser Stadien befinden, sind sie nicht in der Karte des Regionalplans nachrichtlich darzustellen. Auch sind keine Freihaltebereiche darzustellen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
	entwickelnden Netzverknüpfungspunkt im Bereich der Ämter Büchen, Breitenfelde und Schwarzenbek-Land (BBS) sowie der Landesgrenze bei Krümmel im Kreis Herzogtum Lauenburg eine neue 380-kV Freileitung zu planen, zu bauen und zu betreiben. Das Vorhaben ist unter den Nummern 84 und 58 in der Anlage zu § 1 BBPIG verankert. Darüber hinaus besteht im Zuge des landesweiten Ausbaus der erneuerbaren Energien zusätzlich der Bedarf, das 110-kV Hochspannungsnetz der [redacted] zwischen Lübeck und dem Netzverknüpfungspunkt BBS zu ertüchtigen. Die Planungen sehen den Neubau einer 380-/110-kV Freileitung als sogenanntes Mischgestänge in Bündelung mit Bestandsleitungen der [redacted] vor. Im Vorzugskorridor zwischen dem Umspannwerk Lübeck-West, dem Umspannwerk Niendorf und dem Netzverknüpfungspunkt in der Gemeinde Sahms bündelt die neue Leitung mit den Bestandsleitungen der [redacted] LH-13- 182, der LH-13-111 und der LH-13-304. Südlich der A 24, ab Mast 61 der Bestandsleitung LH-13-304, verläuft die Neubauleitung in Parallelführung mit der Bestandsleitung bis zum Netzverknüpfungspunkt. Nördlich des Mastes 61 werden die genannten Leitungen der [redacted] nach Inbetriebnahme der Elbe-Lübeck-Leitung zurückgebaut. Die Breite des Freileitungsschutzbereiches für die 380-/110-kV Neubauleitung beträgt zum derzeitigen Planungsstand ca. 80,00 m, d. h. jeweils 40,00 m von der Leitungsachse (Verbindungslinie der Mastmitten) zu beiden Seiten. Den Vorzugskorridor und die derzeitige Trassenführung entnehmen Sie bitte den übermittelten ShapeDateien. Nach derzeitigem Planungsstand wird der Antrag auf Planfeststellung des nördlichen Abschnitts bis zum Umspannwerk Sahms im Juni 2024 gestellt. Zwischen dem Netzverknüpfungspunkt und der Landesgrenze bei Krümmel wird eine Parallelführung mit der Bestandsleitung LH-13-304 geplant. Hierzu berücksichtigen Sie bei Ihren Planungen bitte einen Freihaltebereich von 200 m beidseitig zur Leitungsachse. Für den südlichen Abschnitt ist der Antrag auf Planfestellung im Juni 2025 geplant. Den Verlauf der Bestandsleitung LH-13-304 entnehmen Sie der Übersichtkarte und der angehängten dwg-Datei. Aus der Datei sind die Maststandorte und die Breite des Leitungsschutzbereiches zu entnehmen. Nach der Verwendung ist die Datei von Ihnen zu löschen. Die Weitergabe an unbeteiligte Dritte ist nicht gestattet.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
	Wir bitten die Planungen bei der Neuaufstellung der Regionalpläne zu berücksichtigen. Bei Rückfragen wenden Sie sich gerne an das Projekt „Elbe-Lübeck-Leitung“ (Ansprechpartner Herr Kramer, Tel.+49 152 54754563). A350 – Audorf/Süd – Kiel/neu – Trent – Göhl/West Das Projekt wird als Projekt P71 im derzeitigen 2. Entwurf des Netzentwicklungsplans Strom 2037/2045 vorgeschlagen und dient der Erhöhung der Übertragungskapazität innerhalb Schleswig-Holsteins. Eine Bestätigung durch die Bundesnetzagentur wird für Anfang/Mitte 2024 erwartet. Im Rahmen der Maßnahme M46 (Audorf/Süd - Kiel/neu) ist der Bau einer 380-kV-Doppelleitung mit 4.000 A zwischen Audorf/Süd und Kiel im Trassenraum der bestehenden 220-kV-Leitung vorgesehen (Netzverstärkung). Die bestehenden 220-kV-Umspannwerke Kiel/Süd und Kiel/West werden an das neu zu errichtende 380-kV-Umspannwerk Kiel/neu über die bestehende 220-kV-Struktur angeschlossen. Darüber hinaus ist das vorhandene 380-kV Umspannwerk Audorf/Süd zu verstärken (Netzverstärkung) und ein neues 380-kV-Umspannwerk Kiel/neu (Suchraum Stadt Kiel, Gemeinden Achterwehr, Melsdorf, Flintbek, Honigsee, Postfeld, Barmissen, Warnau) mit zwei 380/220-kV-Transformatoren und vier 380/110-kV-Transformatoren zu errichten (Netzausbau). Mit einer weiteren Maßnahme M47 (Kiel/neu – Suchraum Trent – Göhl/West) ist der Bau einer neuen 380-kV-Doppelleitung mit 4.000 A vom neu zu errichtenden 380-kV-Umspannwerk Kiel über ein neu zu errichtendes 380-kV-Umspannwerk im Suchraum Trent zum im Rahmen der Ostküstenleitung (TTG-P72) neu zu errichtenden 380-kV-Umspannwerk Göhl/West vorgesehen (Netzausbau). Darüber hinaus ist die 380-kV-Doppelleitung in die neuen Umspannwerke Göhl/West und Kiel/neu einzubinden (Netzverstärkung und Netzausbau). Im Suchraum Trent (Suchraum Gemeinden Lehmkuhlen, Wahlstorf und Wittmoldt) ist darüber hinaus ein zusätzliches 380-kV-Umspannwerk mit vier 380/110-kVTransformatoren zu errichten und in die Leitung voll einzuschleifen (Netzausbau). Die 220-kV-Leitung zwischen Audorf/Süd und dem neu zu errichtenden Umspannwerk Kiel/neu kann nach Inbetriebnahme der o.g. Maßnahmen M46 und M47 zurückgebaut werden. Für das Vorhaben Audorf-Kiel/neu-Trent-Göhl liegen aktuell noch keine konkreten Trassenplanungen vor. Für den Abschnitt zwischen Audorf und Kiel ist jedoch davon auszugehen, dass eine enge Bündelung mit der bestehenden 220-kV Leitung anzustreben	

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
	ist. Aus diesem Grund ist bitte ein Freihaltebereich von mindestens 200 m beidseitig zur bestehenden Leitungsachse zu berücksichtigen. **Grundsätzliche Hinweise zum Netzausbau** Es ist ganz grundsätzlich darauf hinzuweisen, dass es aktuell Gesetzesinitiativen für den Netzausbau gibt, die die enge Bündelung mit Bestandsleitungen bzw. den Ersatz- oder Parallelneubau vorsehen. Der Gesetzentwurf (Drucksache 20/7310) des Deutschen Bundestages vom 19.6.2023 sieht in der Ergänzung des § 43 (3) EnWG vor, dass sich eine Prüfung in Frage kommender Alternativen i.d.R. auf den Raum in und unmittelbar neben der Bestandstrasse beschränkt. Gem. § 3 Nr. 3 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) ist ein Abstand von 200 Metern zwischen den Trassenachsen hierbei einzuhalten. Aus diesem Grund wird es von Seiten der [redacted] für erforderlich gehalten; grundsätzlich Freihaltebereiche von mindestens 200 m um Bestandsleitungen zu berücksichtigen sind, in denen keine im Konflikt stehenden Planungen vorzusehen sind.	
ID: M1047	**Lfd. Nr. 23-001013 Stellungnahme für die [redacted] zu:** **Neuaufstellung der Regionalpläne 2023 für die Planungsräume I, II, III des Landes Schleswig-Holstein (RROP)** Um die übergeordneten Ziele der Energiewende und die vorgesehene Klimaneutralität in Deutschland im Jahr 2045 zu erreichen, sind ambitionierte Ziele zum Ausbau der Offshore Windenergie im Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG) formuliert. [redacted] als führender Netzbetreiber im Bereich von Offshore-Netzanbindungen kommt hier eine zentrale Rolle zu, auch zukünftige Offshore-Netzanbindungssysteme für die Übertragung der erzeugten Energie ans Festland zu realisieren. Die mit Schreiben vom Juli 2023 über BOB-SH bereitgestellten Unterlagen zur geplanten Neuaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein haben wir gesichtet und nehmen für die [redacted] hierzu wie folgt Stellung. Die nachfolgenden Punkte betreffen dabei den Regionalplan zum Planungsraum III. **Abbildung der noch nicht realisierten oder planfestgestellten Offshore-Netzanbindungssysteme (Neubauvorhaben)**	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise und Aussagen werden geprüft und die Ergebnisse bei der weiteren Planung berücksichtigt. Der Landesentwicklungsplan – Fortschreibung 2021 enthält in seinem Kapitel 4.5.5 Vorgaben in Form von Zielen und Grundsätzen der Raumordnung, die die Regionalplanung bei ihrer Planung zu beachten beziehungsweise zu berücksichtigen hat. Soweit (noch) keine Bundesfachplanung seitens der Bundesnetzagentur durchgeführt worden ist und andererseits keine bestehende oder planfestgestellte Leitungstrasse sowie Umspannwerke und Konverterstationen vorliegen erfolgt keine entsprechende nachrichtliche Darstellung in der Karte des jeweiligen Regionalplans (Kapitel 4.5.5 Absatz 5 Z Landesentwicklungsplan – Fortschreibung 2021). Sofern sich die Leitungstrassen sowie die Umspannwerke und Konverterstationen also nicht in

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
	In Ergänzung zu den unter Grundsatz 4 im Kapitel 4.8 Leitungsnetze auf der Grundlage des Bundesbedarfsplangesetzes (BBPlG) aufgeführten Neu- und Ausbauvorhaben im Übertragungsnetz, die noch nicht realisiert oder planfestgestellt sind, sollten auch zukünftige Offshore-Netzanbindungssysteme genannt werden, die derzeit nicht Teil des Bundesbedarfsplangesetzes sind. Bei den geplanten Offshore-Netzanbindungssystemen handelt es sich um Vorhaben im überragenden öffentlichen Interesse, die zudem der öffentlichen Sicherheit dienen (vgl. § 1 des Windenergie-auf-See-Gesetzes). Im Planungsraum sind auf der Grundlage des Flächenentwicklungsplans (FEP) und des Netzentwicklungsplans (NEP) das Offshore-Anbindungssystem LanWin2 (NOR-12-2) bereits bestätigt. Eine Abbildung im Regionalplan könnte folgendermaßen erfolgen: - NEP-Vorhaben Nummer M249 (Grenzkorridor V – Suchraum Heide) Darüber hinaus ist zeitnah auch mit einer finalen Bestätigung des Offshore-Anbindungssystems NOR-12-4 zu rechnen. Das Vorhaben ist Bestandteil des 2. Entwurfs des NEP 2037/45 (2023) (Anmerkung: Hier noch unter der Bezeichnung NOR-16-2 aufgeführt), dessen Bestätigung durch die Bundesnetzagentur (BNetzA) in Q4/2023 oder Q1/2024 erwartet wird. In den am 8. September 2023 veröffentlichten vorläufigen Prüfungsergebnissen hat die BNetzA das Vorhaben bereits als bestätigungsfähig eingestuft. Analog könnte eine Abbildung im Regionalplan folgendermaßen erfolgen: NEP-Vorhaben Nummer M264 (Grenzkorridor V – Suchraum Pöschendorf) Wir bedanken uns für die Berücksichtigung in der laufenden Konsultation zur Neuaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I, II und III des Landes Schleswig-Holstein und bitten um weitere Beteiligung im Verfahren.	einem dieser Stadien befinden, sind sie nicht in der Karte des Regionalplans nachrichtlich darzustellen.
Institution: [redacted] **ID: M1024**	Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der [redacted] betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind. Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der [redacted].	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.8 Leitungsnetze	Votum
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1015	als Anwohner in Bordelum bin ich etwas irritiert. Höhe Ebüll haben wir kein UW 110 KV. Dies liegt südlich in der Gemeinde Reußenköge. ca. schwarz schraffierte Fläche südlich. Oder ist südlich der Ortslage Ebüll ein UW geplant?	Die Stellungnahme wurde geprüft. Die Kartendarstellung wird so angepasst, dass ein Umspannwerk 110 Kilovolt in der Gemeinde Reußenköge verortet wird. Der Stellungnahme wird gefolgt.
Institution: NABU Schleswig-Holstein, Bereich Verbandsbeteiligung ID: M1142	Angesichts des im Zuge der Energiewende vorgesehenen Ausbau des Stromleitungsnetzes ist der im Abschnitt 4.8 zu den Leitungsnetzen (S. 98 ff) dargelegte Grundsatz (1 G) richtig, dass "Netzverstärkung Vorrang vor dem Neubau von Leitungen unter Inanspruchnahme neuer Trassen" haben soll (S. 98). Es fehlt aber ein Hinweis, dass (soweit möglich) der Erdverkabelung grundsätzlich Vorrang vor dem Freileitungsbau eingeräumt werden sollte.	Nach Kapitel 4.5.5 Absatz 6 G Landesentwicklungsplan – Fortschreibung 2021, der auf § 43h des Gesetzes über die Elektrizitäts- und Gasversorgung verweist, sollen neue Hochspannungsleitungen mit einer Nennspannung von 110 Kilovolt grundsätzlich als Erdkabel errichtet werden. Hierfür sind allerdings bestimmte im Absatz 6 G festgelegte Parameter zu berücksichtigen. Eine Wiederholung ist im Regionalplan nicht notwendig. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 4.9 Abwasserbehandlung

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.9 Abwasserbehandlung	Votum
Institution: [redacted] **ID: M1121**	Zu Kap. 4.9: Die Kläranlagen in Westerland, Braderup und Kampen sind als zentrale Kläranlagen in die Karte aufzunehmen.	Zentrale Kläranlagen mit einer Kapazität von mindestens 10.000 Einwohnerwerten werden im Textteil tabellarisch aufgelistet. In der Karte werden lediglich die Großklärwerke (Ausbaugröße von mehr als 100.000 Einwohnerwerten) in Schleswig-Holstein dargestellt. Die in der Stellungnahme aufgezählten Klärwerke zählen nicht dazu. Die genannte Kläranlage in Kampen liegt mit 9.600 Einwohnerwerten unter diesem Schwellenwert und wird daher nicht im Regionalplan als zentrale Kläranlage geführt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen
Institution: Gemeinde Kampen ID: M1040	Zu 4.9 - Abwasserbehandlung 1 G: Auf die Stellungnahme der Ver- und Entsorgung [redacted] wird verwiesen. Auch auf dem Gemeindegebiet der Gemeinde Kampen befindet sich eine Kläranlage. Die Lage im Außenbereich und umgeben von Schutzgebieten darf der Bereitstellung notwendiger Infrastrukturanlagen wie bspw. Kläranlagen und ihren Entwicklungsmöglichkeiten nicht entgegenstehen. Dabei sind in Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung auch die Belastungen und erforderlichen Kapazitäten für die touristischen Nutzungen zu beachten.	Zentrale Kläranlagen mit einer Kapazität von mindestens 10.000 Einwohnerwerten werden im Textteil tabellarisch aufgelistet. Die genannte Kläranlage in Kampen liegt mit 9.600 Einwohnerwerten unter diesem Schwellenwert und wird daher nicht im Regionalplan als zentrale Kläranlage geführt. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 4.10 Abfallentsorgung

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.10 Abfallentsorgung	Votum
Institution: Industrie und Handelskammer zu Flensburg, Standortpolitik /Beitragsabteilung / Finanzbuchhaltung **ID: 1067**	**Teil B; Regionale Infrastruktur; 4.10 Abfallentsorgung** Wir teilen die Einschätzung auf Seite 111, „Ein Bedarf an zusätzlichen Deponiekapazitäten kann sich bei einer regionalen Betrachtung für einzelne Deponieklassen (DK) und unter Berücksichtigung der regionalen Verteilung des verfügbaren Deponievolumens für die westlichen Teilräume im Planungsraum ergeben. Dieser Bedarf resultiert im Wesentlichen aus mineralischen Bau- und Abbruchabfällen sowie sonstigen industriellen Abfällen.“ Wir halten es angesichts dieses Sachverhalts für zwingend geboten, weitere Deponiekapazitäten zu ermitteln oder zumindest potenziell dafür geeignete Flächen zu identifizieren. Der Regionalplan benötigt an dieser Stelle dringend eine Nachbesserung. Dies ist auch vor dem Hintergrund der zu begrüßenden Ansiedlungen weiterer Unternehmen aus der Industrie und dem Gewerbe (bspw. [redacted]) enorm wichtig, da diese zusätzliche Mengen gewerblichen Abfalls erzeugen.	Im Regionalplan werden regionale Infrastrukturmaßnahmen nachrichtlich dargestellt und somit raumordnerisch gesichert. Die Landesplanung führt dabei keine eigene Infrastrukturplanung durch. Diese Kernkompetenz liegt bei den zuständigen Fachressorts des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson **ID: 1023**	**Nr. 4.10 Abfall** Es sollten in allen größeren Orten Recyclinghöfe eingerichtet werden, an die Tauschbörsen und Reparatureinrichtungen angeschlossen werden könnten.	Im Regionalplan werden regionale Infrastrukturmaßnahmen nachrichtlich dargestellt und somit raumordnerisch gesichert. Die Landesplanung führt dabei keine eigene Infrastrukturplanung durch. Diese Zuständigkeit liegt bei den zuständigen Fachressorts des Ministeriums für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur des Landes Schleswig-Holstein. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Stadt Flensburg **ID: M1039**	Das Abfallwirtschaftszentrum an der Eckernförder Landstr. als wichtige Abfallentsorgungsanlage ist nicht eingezeichnet.	Bei dem Abfallwirtschaftszentrum an der Eckernförder Landstraße handelt es sich um eine Anlage lediglich für den Umschlag von Rest- und Bioabfällen, eine Behandlung von Bioabfällen sowie Reststoffen erfolgt hier nicht. Daher erfolgt keine Aufnahme in den Plantext. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 4.11 Verteidigung und Konversion

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.11 Verteidigung und Konversion	Votum
Institution: Kreisverwaltung Nordfriesland, Kreisverwaltung Nordfriesland ID: 1099	HSG Planung: B zu 1: Redaktioneller Hinweis: der im Begründungstext als „Lütjenholm“ aufgeführte Bundeswehrstandort liegt zwar in einem als „Lütjenholmer Süderheide“ bezeichneten Gebiet, befindet sich aber tatsächlich auf dem Gebiet der Gemeinde Langenhorn (und grenzt an die Gemeinde Bargum).	Die falsche Namensgebung wird zur Kenntnis genommen und der Name des Bundeswehrstandortes entsprechend geändert „Langenhorn“.
Institution: Bundesanstalt für Immobilienaufgaben ID: M1127	1) Generell habe ich festgestellt, dass einige Übungsplätze der Bundeswehr, die zwar korrekt als „Sondergebiet Bund“ in der Karte gekennzeichnet sind, von der Signatur für ein „Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung“ überlagert sind. Ich weise in diesem Kontext darauf hin, dass auf allen militärischen Flächen Betretungsverbot herrscht und diese Signatur deshalb mit den Zielen der militärischen Liegenschaften nicht vereinbar ist. (Beispiele sind der Standortübungsplatz (StOÜbPl) Husum/Schauendahl und der StOÜbPl Lüthenholm im Planungsraum I)	Zu 1: Die Entwicklungsgebiete für Tourismus und Erholung umfassen Gebiete, die sich aufgrund der naturräumlichen und landschaftlichen Voraussetzungen und Potenziale für Tourismus und Erholung besonders eignen. Der Regionalplan-Entwurf hat dabei die Gebiete mit besonderer Erholungseignung (aus dem geltenden Landschaftsrahmenplan), die Naturparke und die Landschaftsschutzgebiete einbezogen. Mit der Ausweisung von Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung ist keine flächendeckende Entwicklung von Infrastrukturen für Tourismus und Erholung verbunden. Insbesondere steht die Festlegung von Entwicklungsgebieten für Tourismus und Erholung der weiteren bestimmungsgemäßen Nutzung für Zwecke der Verteidigung in den Sondergebieten Bund nicht entgegen. Der Stellungnahme wird daher nicht gefolgt.
ID: M1127	2) Einige Übungsplätze sind trotz einer Größe oberhalb der 100 ha nicht als „Sondergebiet Bund“ ausgewiesen und im Teil A des Plantextes auch nicht als solche aufgeführt. Dies betrifft folgende Liegenschaften: a. Patriot Stellung Schwesing (Planungsraum I) b. Materialdepot Wester-Ohrstedt (Planungsraum I) c. Standortübungsplatz Seeth (Planungsraum I) d. Standortübungsplatzgelände der Bundespolizei in Büchen (Planungsraum III) e. der **Standortübungsplatz Appen / Heist** der Jürgen-Schumann-Kaserne mit Standortschießanlage Heist (Planungsraum III)	Die entsprechenden Liegenschaften werden ergänzt und die Umringe in der Kartendarstellung angepasst. Der Stellungnahme wird gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 4.11 Verteidigung und Konversion	Votum
	3) Auf folgenden Liegenschaften sind die Liegenschaftsumringe im vorliegenden Maßstab als deutlich fehlerhaft zu erkennen: a. Flugplatz Hohn (Planungsraum II) b. Jürgen Schuhmann-Kaserne/StoÜbPl Appen/Heist (Planungsraum III) c. Meldorfer Bucht/Wehrtechnische Dienststelle 71 (Planungsraum III) 4) Fälschlicherweise als „Sondergebiet Bund“ in der Karte eingetragen ist folgende Liegenschaft: a. Blankensee (III). Diese Liegenschaft ist jetzt nationales Naturerbe. 5) Die Meierwik-Kaserne (Planungsraum I) befindet sich nicht in Konversion. Sie ist im Teil A des Plantextes fälschlicherweise als Konversionsliegenschaft ausgewiesen. 6) Der ehemalige Standortübungsplatz **Kaltenkirchen** ist FFH-Gebiet und Teil des nationalen Naturerbes. Die Liegenschaft ist fälschlicherweise noch unter Konversionsliegenschaften aufgeführt. (Planungsraum III) Das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUDBW) muss ebenfalls als Träger öffentlicher Belange auf Liegenschaften des Bundes beteiligt werden und hat zu diesem Zwecke eine Fristverlängerung bei Ihnen beantragt. Das BAIUDBW wird Ihnen korrekte Liegenschaftsumringe für die oben genannten Liegenschaften bereitstellen. Lediglich den Umring für das Standortübungsplatzgelände der Bundespolizei in Büchen habe ich Ihnen als Shapefile mit angehängt, da für diese Fläche ausschließlich die BImA zuständig ist.	

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
Institution: Gemeinde Hörnum, über Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt ID: M1137	**Zu 5 – 5.3 Nahbereich Sylt Abs. 12:** Für die Gemeinde Hörnum ist es von größter Bedeutung, einen weiteren Rückgang der Dauerwohnbevölkerung zu verhindern. Eine wohnbauliche Entwicklung auf dem Festland für auf Sylt Beschäftigte wird daher kritisch betrachtet. Die Pendlerproblematik im Zusammenhang mit der unzuverlässigen Bahnanbindung ist bekannt. Zudem gibt es auf der Insel sehr viele Arbeitsplätze, die aufgrund der Arbeitszeiten und weiterer besonderer Anforderungen (z.B. Bereitschaftsdienst) nur mit auf der Insel wohnenden Arbeitskräften besetzt werden können. Dazu gehören insbesondere die wichtigen Bereiche der Daseinsvorsorge und des Brandschutzes aber auch die Beherbergung und Gastronomie. Nur mit gestärktem Dauerwohnen kann unsere Gesellschaft mit ihren Vereinen und Verbänden funktions- und tragfähig sein. Wie bereits im Wohnraumentwicklungskonzept Sylt 2025 aufgeführt, sind durch den Verlust der Dauerwohnbevölkerung erhebliche Auswirkungen im Bereich der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur sowie hinsichtlich der Lebensqualität, des Dorflebens, der Nachbarschaft, lebendiger Orte und damit am Ende auch auf die Attraktivität der Insel als Tourismusdestination zu erwarten. Diese Auswirkungen sind durch die Schaffung von Wohngebieten auf dem nahgelegenen Festland nicht zu beheben. Es ist sogar anzunehmen, dass der Verlust der Dauerwohnbevölkerung durch neue Wohnungsangebote in Klanxbüll beschleunigt würde. Für die Gemeinde Hörnum ist es unabdingbar, den erforderlichen Dauerwohnraum-Bedarf auf der Insel selbst zu schaffen. **Zu 5 – 5.3 Nahbereich Sylt Abs. 14:** Die Potentialfläche Hörnum Nord ist für die Gemeinde von wesentlicher Bedeutung. Auch wenn bisher keine Umsetzung erfolgen konnte hält die Gemeinde nachdrücklich an der Fläche als Potential für dringend benötigten bezahlbaren Dauerwohnraum fest. Der Regionalplan zeigt die deutlich eingeschränkten Entwicklungsmöglichkeiten der Gemeinde selbst in der Ortslage, bedingt durch die räumliche Lage zwischen den Dünen. An der als Konversionsstandort geeigneten Fläche für eine Nachnutzung ist daher festzuhalten. Im Wohnraumentwicklungskonzept wurde das Quartier als Sonderstandort eingestuft, für das ein Gesamtkonzept zu entwickeln ist. Wie zu Abschnitt 3.3 schon ausgeführt erachtet die Gemeinde Hörnum daher eine Berücksichtigung des gesamten Quartiers innerhalb der Baugebietsgrenzen als zweckmäßig.	**Zum Nahbereich Sylt:** Hinsichtlich der Sicherung und Schaffung von Dauerwohnraum wird auf die Ausführungen im Kapitel 5.3 verwiesen, dort wird bereits umfänglich auf die Problematik hingewiesen. Eine Entlastungsfunktion des Festlandes sollte, wie im Text dargelegt, regional abgestimmt angestrebt werden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. **Zur Potenzialfläche Hörnum Nord:** Bezüglich der Flächenberücksichtigung in Hörnum Nord wird darauf hingewiesen, dass den Baugebietsgrenzen die mit der Landesplanung und dem Kreis Nordfriesland abgestimmte Planung (10. Änderung des Flächennutzungsplans) zu Grunde liegt. Diese hat sich aus dem Wohnraumentwicklungskonzept 2025 entwickelt. Im Verfahren hat sich gezeigt, dass für den Sonderstandort eine über den Bestand hinausgehende Siedlungsentwicklung mit den fachlichen Rahmenbedingungen kaum möglich ist. Eine Änderung der Baugebietsgrenzen erfolgt daher nicht. Der Stellungnahme wird diesbezüglich nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1119	- S. 147 enthält den Hinweis „Es soll geprüft werden, ob das ursprüngliche Bebauungskonzept des Bebauungsplans Nummer 6 noch den aktuellen städtebaulichen Vorstellungen entspricht.“ Wir regen an den Hinweis auf den Bebauungsplan Nr. 7 auszuweiten.	Der Bebauungsplan Nummer 6 umfasst im rückwärtigen Bereich noch bisher unbebaute Flächen, die für die weitere Entwicklung des Ortsteils Wackerballig von Bedeutung sein können. Dies trifft auf den Bebauungsplan Nummer 7 nicht zu. Daher wird dem Hinweis nicht gefolgt.
Institution: Archäologisches Landesamt Schleswig-Holstein, Planungskontrolle ID: 1113	**PRI 5.2 Nahbereich Schleswig** S. 128 Haithabu und Danewerk liegen im Nahbereich von Schleswig und Eckernförde in mehreren Gemeinden. Die Formulierungen doppeln sich teilweise auf S. 130 und sollten angepasst werden. Formulierungsvorschlag: „Im Nahbereich befindet sich ein großer Teil der UNESCO-Welterbestätte Archäologischer Grenzkomplex Haithabu und Danewerk, welche als überregionales Kulturdenkmal eine wichtige touristische Attraktion darstellt. Eine weitere Inwertsetzung der damit zusammenhängenden Erholungsinfrastruktur zusammen mit dem Danewerk sollte im Rahmen des Managementplan UNESCO-Welterbe Haithabu und Danewerk 2020 – 2030 und der Entwicklungsstrategie 2030 des Welterbevereins Haithabu und Danewerk e.V. angestrebt werden.“	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen, es werden die Textteile zusammengeführt und die Dopplung entfernt, der Plantext wird entsprechend angepasst. Der Stellungnahme wird gefolgt.
Institution: Stadt Husum, Bauamt– Bauaufsicht und Planung ID: M1140	Die geforderte Reaktivierung der Stadt-Umland-Kooperation liegt im Interesse der Stadt Husum. Hier wird darauf hingewiesen, dass zukünftig keine reine Aushandlung von Wohnbau-Kontingenten für die Umland-Gemeinden mehr erfolgen, sondern insbesondere die gemeinsame Entwicklung von Standorten für Gewerbe- und ggf. Industrieansiedlungen vorangetrieben werden soll, auch unter dem Aspekt der geplanten Ansiedlung von [redacted] in Dithmarschen. Die Stadt Husum befindet sich hierzu derzeit in ersten Abstimmungen mit den betroffenen Ämtern Nordsee-Treene und Viöl sowie der Kreisverwaltung Nordfriesland. Im Rahmen der gemeinsamen Siedlungsentwicklung sollen verstärkt qualitative Kriterien die rein zahlenmäßige Wohnbaukontingentierung der Vergangenheit ergänzen. Bezüglich einer Kooperation im Bereich Gewerbeentwicklungen gibt es Überlegungen mit den südlichen und östlichen Nachbargemeinden zu kooperieren, zumal die Stadt Husum selbst noch entwicklungsfähige Flächen südlich des Hafens besitzt, die bereits gewerblich vorbelastet sind.	Die Ausführungen zur zukünftigen Ausrichtung der Kooperation im Stadt-Umlandbereich der Stadt Husum werden ausdrücklich begrüßt. Der Hinweis bezüglich der naturräumlichen Lage der Stadt Husum wird ergänzend aufgenommen Der Stellungnahme wird diesbezüglich gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	Generell vermisst die Stadt Husum im Entwurf einen Hinweis auf die naturräumlich einzigartige Lage und Bedeutung Husums als Tor zum Nationalpark und Weltnaturerbe Wattenmeer. Dies sollte gleichgewichtig stehen neben den Faktoren Landwirtschaft, Tourismus und Erneuerbare Energien, die sicherlich die Westküste prägen. Die naturverträgliche und nachhaltige Planung und Umsetzung von zukünftigen Maßnahmen sollte regelmäßig bedacht und benannt werden bei wirtschaftlichen, baulichen, touristischen und sonstigen Aktivitäten.	
Institution: Stadt Schleswig , Fachbereich Bau Sachgebiet Stadtplanung ID: M1131	Als größte Stadt und einziges Mittelzentrum im Kreis Schleswig-Flensburg verfügt Schleswig über Einrichtungen und Angebote deren Einzugsbereich weit über das nähere Umland hinausgehen und einer Vielzahl von Menschen im südlichen Kreisgebiet im täglichen Leben als Bezugspunkt dienen. Die Stadt begrüßt ausdrücklich, dass die Landesplanung diese Funktion Schleswigs anerkennt und besonders herausstellt. Die Stadt Schleswig ist eine wachsende Stadt. Entgegen der Prognosen zur Bevölkerungsentwicklung, die dem Integrierten Stadtentwicklungskonzept (ISEK) aus dem Jahr 2010 zu Grunde liegen, hat Schleswig frühere Bevölkerungsverluste insbesondere durch einen starken Zuzug nahezu ausgleichen können: Entgegen der natürlichen Bevölkerungsentwicklung weist Schleswig einen konstant positiven Wanderungssaldo auf und konnte so in den letzten Jahren Einwohnerinnen und Einwohner dazugewinnen. Eine Abschwächung dieses Trends ist derzeit nicht erkennbar. Viel mehr zeigte die Corona-Pandemie, dass aus den großen Städten Deutschlands (Berlin, München,. Hamburg etc.) eine Wanderungsbewegung Richtung Küste stattfindet, von der auch Schleswig profitiert. Zudem tragen die zum Teil sehr hohen Flüchtlingszahlen der Jahre (2015/2016) und seit 2022 dazu bei, dass der Bedarf an Wohnraum weiterhin hoch ist. Die obere Prognosevariante des 2021 beschlossenen Wohnraumentwicklungskonzepts der Stadt Schleswig geht zum Beispiel von einem deutlichen Anstieg der Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner bis zum Jahr 2035 von rund 10 % aus. Eine Zwischenbilanzierung zeigt, dass sich die Entwicklung aktuell im Bereich dieser oberen Prognose bewegt. Um die Bedarfe zu decken, wird aktuell an der Realisierung von sechs großen Projekten gearbeitet:	**Zur wohnbaulichen und gewerblichen Entwicklung:** Die Ausführungen zur zukünftigen Wohnbauentwicklung und gewerblichen Entwicklung in Schleswig und im Stadt- und Umlandbereich werden zur Kenntnis genommen. Die Reaktivierung der Stadt- und Umlandkooperation erfolgt in enger Abstimmung mit der Landesplanung. Die genannten fachlichen Grundlagen der Stadt Schleswig sowie die weiteren konzeptionellen Grundlagen sind in die Kooperation eingeflossen. Die Aussagen im Orientierungsrahmen werden entsprechend aktualisiert. **Energieintensive Unternehmen:** Die Frage der Ansiedlung und der Kriterien für energieintensive Gewerbe- und Industriebetriebe und deren Standorte in Verbindung mit Energieinfrastruktur ist nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans, entsprechende Kriterien sind aus dem LEP 2021 nicht abzuleiten. Es ist jedoch eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren werden raumordnerische Vorgaben zum Ausbau von Gewerbe entlang von

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	• Baugebiet „An den Wichelkoppeln" • Baugebiet „Am Schützenredder" • Wohnbebauung auf dem ehemaligen Fachklinikgelände am Hesterberg • Wohnbebauung auf dem ehemaligen Klinikgelände am Mühlenredder • Wohnbebauung auf dem ehemaligen Klinikgelände an der Lutherstraße • Konversion der ehemaligen Pionierkaserne „Auf der Freiheit" Durch die zum Teil bereits laufenden und künftigen Neubautätigkeiten in den genannten Gebieten können ca. 1.900 Wohneinheiten realisiert werden, davon aufgrund der politischen Beschlüsse der Gremien der Stadt Schleswig je nach Projekt zwischen 10 und 20 % als geförderter Wohnraum. Aufgrund der Lage der Stadt Schleswig, eingegrenzt unter anderem von der B ·201 im Norden, Waldgebieten bzw. der BAB 7 im Westen und der Schlei im Süden, hat die Stadt Schleswig für die kommenden Jahre allerdings nur noch begrenzte wohnbauliche Entwicklungspotenziale. Das Wohnraumversorgungskonzept der Stadt Schleswig empfiehlt daher den Fokus auf die Aktivierung von Flächen im Bestand zu legen. Dieser Aufgabe stellt sich die Stadt Schleswig. Allerdings wird dieser Ansatz allein nicht ausreichend sein, um langfristig alle Bedarfe auf dem Wohnungsmarkt decken zu können. Deswegen strebt die Stadt Schleswig eine engere Verflechtung mit dem Umland in Form einer neuen Stadt-Umland-Kooperation an, um gemeinsam mit den benachbarten Gemeinden die vorhandenen Wohnraumbedarfe abdecken zu können und allen Bedarfsgruppen ein attraktives Angebot in der Region bieten zu können. Dabei sind wohnbauliche Entwicklungen insbesondere in den Nachbargemeinden vorzusehen, die über eine attraktive ÖPNV und Radwegeverbindung nach Schleswig verfügen. Auch beim Thema Gewerbeflächenentwicklung ist Schleswig an einer engen Kooperation mit seinen Umlandgemeinden interessiert. Aktuell werden zwei Flächen, eine innerhalb des Gewerbegebiets St. Jürgen (Nachverdichtung) und eine am Rande des Gewerbegebiets St. Jürgen, für die Ansiedlung von Gewerbe verfügbar gemacht. Darüber hinaus stehen aufgrund der räumlichen Begrenzungen der Stadt keine weiteren nennenswerten Entwicklungsflächen für Gewerbeansiedlungen innerhalb der Stadtgrenzen zur Verfügung. Um die ohne Zweifel bestehenden Bedarfe für Neuansiedlungen zu decken, aber auch bereits am Standort ansässigen Unternehmen Entwicklungsmöglichkeiten zu bieten, strebt die Stadt Schleswig weitere Interkommunale Gewerbegebiete nach dem Vorbild des IKG Schleswig-Schuby oder des IKG Schleswig-Busdorf mit seinen Umlandgemeinden an.	Energieinfrastrukturen geprüft und gegebenenfalls festgelegt. Die Stellungnahme wird teilweise gefolgt, die Ausführungen zu energieintensivem Gewerbe werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	Besonders Standorte entlang der B201 oder der BAB 7 eignen sich hierfür aus Sicht der Stadt. Auf dem Gebiet der Gemeinde Schuby kommen zudem aus Sicht der Stadt Schleswig die Flächen entlang der B201 als potentielles Interkommunales Gewerbegebiet in Betracht, in dem sich aufgrund der Nähe zu den Umspannwerken für Höchstspannung energieintensive Unternehmen ansiedeln könnten. Die Stadt Schleswig bittet die Landesplanung diesen Aspekt im weiteren Verfahren besonders zu berücksichtigen, hier sei auch auf die Stellungnahme des Kreises Schleswig-Flensburg und das gemeinsame Positionspapier von Kreis, [redacted] und [redacted] hingewiesen.	
Institution: Gemeinde Sylt , Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt Ortsentwicklung ID: M1130	**Zu 5 - 5.3 Nahbereich Sylt Abs. 4 - 8:** Die kleinräumige Steuerung der Art der Nutzung obliegt der Gemeinde im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit. Derzeit werden in der Gemeinde Sylt (und auch in den anderen Inselgemeinden) flächendeckende Bestandsaufnahmen zur Zusammensetzung der Nutzungen insbesondere Dauerwohnen, Ferienwohnen und Zweitwohnen geplant bzw. schon durchgeführt. Aus der Bestandsaufnahme werden Erkenntnisse über die Nutzungsprägungen einzelner Teilbereiche der Gemeinde, die materiell-rechtliche Zulässigkeit der Nutzungen gewonnen. Die Bestandsaufnahme wird der Formulierung einer Zielausrichtung hinsichtlich einer verträglichen Nutzungsmischung bzw. der Zulässigkeit und Unzulässigkeit der einzelnen Nutzungen in den Teilbereichen zu Grunde gelegt. Prägende Mischstrukturen sollen durch die planungsrechtliche Steuerung gesichert werden. Dabei wurde auf Grundlage des Beherbergungskonzeptes schon eine Umsetzungsstrategie hinsichtlich der planungsrechtlichen Steuerung von Ferienwohnungen beschlossen, derzufolge gewachsene Strukturen soweit rechtlich möglich zu berücksichtigen sind. In der Gemeinde Sylt und auf der gesamten Insel Sylt sind das Nachverdichtungspotenzial und insbesondere freie Flächen im Innenbereich sehr eingeschränkt. Das Gutachten zur Fortschreibung des Wohnungsmarktkonzeptes [redacted]) Abschätzung des Wohnungsbedarfs und des realisierbaren Wohnungsneubaus bis 2030 für die Gemeinden der Insel Sylt)} hat zudem dargestellt, dass das aktivierbare Flächenpotenzial nicht ausreicht, um den Wohnungsbedarf zu decken. Vor dem Hintergrund kommt einer Entwicklung von Flächen außerhalb der Baugebietsgrenzen ebenfalls eine Bedeutung zu. **Zu 5 - 5.3 Nahbereich Sylt Abs. 12:**	Hinsichtlich der Sicherung und Schaffung von Dauerwohnraum wird auf die Ausführungen im Kapitel 5.3 verwiesen, dort wird bereits umfänglich auf die Problematik hingewiesen. Auf die Bedeutung des Beherbergungskonzeptes wird ebenfalls verwiesen. Eine Entlastungsfunktion des Festlandes sollte, wie im Text dargelegt, regional abgestimmt angestrebt werden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	Für die Gemeinde Sylt ist es von größter Bedeutung, einen weiteren Rückgang der Dauerwohnbevölkerung zu verhindern. Eine wohnbauliche Entwicklung auf dem Festland für auf Sylt Beschäftigte wird abgelehnt. Die Pendlerproblematik im Zusammenhang mit der unzuverlässigen Bahnanbindung ist bekannt. Zudem gibt es auf der Insel sehr viele Arbeitsplätze, die aufgrund der Arbeitszeiten und weiterer besonderer Anforderungen (z.B. Bereitschaftsdienst) nur mit auf der Insel wohnenden Arbeitskräften besetzt werden können. Dazu gehören insbesondere die wichtigen Bereiche der Daseinsvorsorge und des Brandschutzes aber auch die Beherbergung und Gastronomie. Nur mit gestärktem Dauerwohnen kann unsere Gesellschaft mit ihren Vereinen und Verbänden funktions- und tragfähig sein. Wie bereits im Wohnraumentwicklungskonzept Sylt 2025 aufgeführt, sind durch den Verlust der Dauerwohnbevölkerung erhebliche Auswirkungen im Bereich der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur sowie hinsichtlich der Lebensqualität, des Dorflebens, der Nachbarschaft, lebendiger Orte und damit am Ende auch auf die Attraktivität der Insel als Tourismusdestination zu erwarten. Diese Auswirkungen sind durch die Schaffung von Wohngebieten auf dem nahgelegenen Festland nicht zu beheben. Es ist sogar anzunehmen, dass der Verlust der Dauerwohnbevölkerung durch neue Wohnungsangebote in Klanxbüll beschleunigt würde. Für die Gemeinde Sylt ist es unabdingbar, den erforderlichen Dauerwohnraumbedarf auf der Insel selbst zu schaffen.	
Institution: Wenningstedt-Braderup , über Inselverwaltung der Gemeinde Sylt und des Amtes Landschaft Sylt ID: M1132	Zu 5 – 5.3 Nahbereich Sylt Abs. 5 u. 8: Die kleinräumige Steuerung der Art der Nutzung obliegt der Gemeinde im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit. Derzeit werden in der Gemeinde Wenningstedt-Braderup (und auch in den anderen Inselgemeinden) flächendeckende Bestandsaufnahmen zur Zusammensetzung der Nutzungen insbesondere Dauerwohnen, Ferienwohnen und Zweitwohnen durchgeführt. Aus der Bestandsaufnahme werden Erkenntnisse über die Nutzungsprägungen einzelner Teilbereiche der Gemeinde, die materiell-rechtliche Zulässigkeit der Nutzungen und in der Folge über die möglichen Bedarfe der Gemeinde gewonnen. Die Bestandsaufnahme wird somit der Formulierung einer Zielausrichtung hinsichtlich einer verträglichen Nutzungsmischung bzw. der Zulässigkeit und Unzulässigkeit der einzelnen Nutzungen in den Teilbereichen zum Wohle der Gemeinde zu Grunde gelegt. Diese Möglichkeit der lokalen Steuerung der Art der Nutzung muss den	Hinsichtlich der Sicherung und Schaffung von Dauerwohnraum wird auf die Ausführungen im Kapitel 5.3 verwiesen, dort wird bereits umfänglich auf die Problematik hingewiesen. Eine Entlastungsfunktion des Festlandes sollte, wie im Text dargelegt, regional abgestimmt angestrebt werden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	Gemeinden erhalten bleiben, das beinhaltet auch die Möglichkeit der Festsetzung der Zulässigkeit von sowohl Ferienwohnungen als auch Zweitwohnungen. **Zu 5 – 5.3 Nahbereich Sylt Abs. 12:** Für die Gemeinde Wenningstedt-Braderup ist es von größter Bedeutung, einen weiteren Rückgang der Dauerwohnbevölkerung zu verhindern. Eine wohnbauliche Entwicklung auf dem Festland für auf Sylt Beschäftigte wird abgelehnt. Die Pendlerproblematik im Zusammenhang mit der unzuverlässigen Bahnanbindung ist bekannt. Zudem gibt es auf der Insel sehr viele Arbeitsplätze, die aufgrund der Arbeitszeiten und weiterer besonderer Anforderungen (z.B. Bereitschaftsdienst) nur mit auf der Insel wohnenden Arbeitskräften besetzt werden können. Dazu gehören insbesondere die wichtigen Bereiche der Daseinsvorsorge und des Brandschutzes aber auch die Beherbergung und Gastronomie. Nur mit gestärktem Dauer-wohnen kann unsere Gesellschaft mit ihren Vereinen und Verbänden funktions- und tragfähig sein. Wie bereits im Wohnraumentwicklungskonzept Sylt 2025 aufgeführt, sind durch den Verlust der Dauerwohnbevölkerung erhebliche Auswirkungen im Bereich der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur sowie hinsichtlich der Lebensqualität, des Dorflebens, der Nachbarschaft, lebendiger Orte und damit am Ende auch auf die Attraktivität der Insel als Tourismusdestination zu erwarten. Diese Auswirkungen sind durch die Schaffung von Wohngebieten auf dem nahgelegenen Festland nicht zu beheben. Es ist sogar anzunehmen, dass der Verlust der Dauerwohnbevölkerung durch neue Wohnungsangebote in Klanxbüll beschleunigt würde. Für die Gemeinde Wenningstedt-Braderup ist es unabdingbar, den erforderlichen Dauerwohnraum auf der Insel selbst zu schaffen.	
ID: 1099	Untere Naturschutzbehörde: Nahbereich Wyk auf Föhr: Insbesondere auf Föhr werden derzeit Gewerbeflächen entwickelt, die nicht insular abgestimmt erfolgen. Die Aussage, dass insulare Standorte abzustimmen sind und primär Gewerbe in Wyk zu bündeln sind, wird zur Steuerung der insularen Entwicklung begrüßt (vgl. z.B. Seite 167f des Plantextes).	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Gemeinde Harrislee ID: M1126	Die Gemeinde Harrislee betreibt seit langen Jahren eine Flächenbevorratung, um ihrer Aufgabe als Stadtrandkern II. Ordnung (Bereitstellung von Wohn- und Gewerbeflächen) gerecht zu werden. Hierbei erfolgt eine behutsame Entwicklung unter Berücksichtigung der vorhandenen Flächen. Entsprechend den Vorgaben des Bundesgesetzgebers, der der	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	Innenentwicklung einen hohen Stellenwert beimisst, laufen auch in der Gemeinde Harrislee Planungen zu Nachverdichtungen im Rahmen von Nachnutzungsprojekten ehemals gewerblich genutzter Bereiche (zu Ziff. 5.1). Die Notwendigkeit einer planerischen Betrachtung des ausgewiesenen Kernbereichs für Erholung nördlich der Ortslage Harrislee mit grenzüberschreitenden Elementen wird aufgrund der bereits bestehenden Verflechtungen und Anbindungen nicht gesehen.	Dem Hinweis zum Kernbereich für Erholung wird gefolgt. Der Text (Kapitel 5.1) wird entsprechend geändert.
Institution: Amt Oeversee, Gemeinden Oeversee, Sieverstedt und Tarp **ID: M1120**	S. 120 Die Aussage, dass das Gewerbeflächenkonzept auf eine größere Region zugeschnitten werden soll ist unbestimmt.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Eine Konkretisierung des Begriffes „größere Region“ könnte im Rahmen von regionalen Konzepten durch die betroffenen Kommunen erfolgen.
Institution: Gemeinde Kropp **ID: M1078**	Zum Punkt 5.2 "Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden" wird darauf hingewiesen, dass das UZ Kropp Versorgungsschwerpunkt für einen Teil des südlichen Kreises Schleswig-Flensburg ist. Richtigerweise müsste es heißen, dass die Gemeinde Kropp Siedlungs- und Versorgungsschwerpunkt für den südlichen Kreis Schleswig-Flensburg ist (nicht nur für einen Teil). Weiter wurde zur wohnbaulichen Entwicklung erneut der Hinweis aufgenommen, dass ein Überspringen der Landesstraße 40 im Süden aufgrund der trennenden Wirkung der Waldflächen und der Landesstraße vermieden werden sollte. Hierzu ist festzuhalten, dass es sich bei der besagten Fläche um ein ehemaliges Munitionsdepot handelt. Es erschließt sich nicht, warum eine Entwicklung, egal ob wohnbaulich oder gewerblich, in diesem Bereich nicht möglich sein soll. Die Gemeinde Kropp ist durch die Bundesstraße 77 und die Landesstraße 40 sowie vorhandene Waldflächen/Kiesabbauflächen derart in seiner Entwicklung eingeschränkt, dass nur noch eine wohnbauliche Entwicklung in Absprache mit der Nachbargemeinde im Westen, die Gemeinde Klein Bennebek, erfolgen kann. Hier ist die Gemeinde Kropp auf das Entgegenkommen dieser Gemeinde angewiesen. Sollte Klein Bennebek keine Flächen zur Verfügung stellen, wird eine wohnbauliche Entwicklung des Unterzentrums Kropp nachhaltig verhindert. Entwicklungen im Innenbereich durch Nachverdichtungen wurden durch die Gemeinde Kropp bereits hinreichend geprüft und sind nach Möglichkeit	Dem Hinweis wird gefolgt. Der Text (Kapitel 5.2) wird entsprechend geändert. Die weiteren Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Dem Wunsch zur Ergänzung des Textes wird nicht gefolgt, da konkrete, neue Vorschläge nicht unterbreitet werden. Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass es sich bei den Regelungen um Grundsätze der Raumordnung handelt, die sich aus überörtlicher Sicht ergeben und der Abwägung zugänglich sind.

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	auch bereits realisiert worden, sodass das Thema Innenentwicklung nahezu abgeschlossen ist. Aufgrund der guten Versorgungssituation verzeichnet die Gemeinde seit Jahren einen steten Zuzug und damit ein Anstieg der Einwohnerzahlen. Durch die Verlegung des Ausbildungszentrums für abbildende Aufklärung der Luftwaffe von Fürstenfeldbruck nach Kropp, wird der Bundeswehrstandort weiterwachsen. Dazu wird es notwendig, für Ausbildende Wohnraum zu schaffen. Auch durch die Flüchtlingssituation wird dieser Effekt weiter massiv verstärkt. Die Gemeinde Kropp möchte Flächen für den Geschosswohnungsbau, die im Bereich eines gerade entwickelten Bebauungsgebietes (der letzten möglichen Fläche auf Gemeindegebiet) liegen, entwickeln. Damit wären dann die aktuellen möglichen Flächen tatsächlich bebaut. Im Norden der Gemeinde werden sich ebenfalls auf längere Sicht keine Entwicklungsmöglichkeiten ergeben, da diese Flächen für aktive Landwirte von existentieller Bedeutung sind. Gleiches gilt auch für die Entwicklung des Gewerbes. Auch hier wird die Gemeinde, dann durch die Ausweisung von Flächen für die Rohstoffgewinnung (Kiesabbau) und durch die Versagung des Überspringens der B 77, in ihrer weiteren Entwicklung komplett ausgebremst. Es ist von hier nicht nachvollziehbar, warum ein bestehender Kreisverkehr, der die Möglichkeit der Querung der B 77 ermöglicht, tatsächlich nicht genutzt werden kann. Gleiches gilt auch für die gewerbliche Nutzung der Flächen des ehemaligen Munitionsdepots. Hierzu müsste dann auch die L 40 übersprungen werden. Auch die Gewerbegebietsentwicklung in Kooperation mit der Gemeinde Owschlag an der B 77 wird schwer möglich sein, da es sich in diesem Bereich um stark bewaldete Flächen bzw. um Niederungsbereiche handelt, die nur sehr schwer zu entwickeln sind. Als weiterer erschwerender Punkt bzw. trennendes Element ist hier die Kreisgrenze zu nennen. Die Gemeinde Kropp hat das Ziel, in den nächsten zehn Jahren eine Energieversorgung auf regenerativer Basis zu erreichen. Die kommunale Wärmeplanung ist bereits gestartet. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es unumgänglich, dass Wärmeerzeugungsanlagen ortsnah errichtet werden können. Auch hier sollte kein aufwändiges und langwieriges Genehmigungsverfahren vorgeschaltet sein. Dies könnte unter Umständen dieses gesamtstaatliche Ziel auf Ebene der Gemeinde gefährden. Wir appellieren daher nochmals für eine Flexibilisierung der Entwicklung der Gemeinde Kropp, um den schwierigen örtlichen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Dies gilt sowohl für die Entwicklung des Wohnungsbaus als auch für die Entwicklung des Gewerbes.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	Wir würden uns sehr freuen, wenn die Aussagen zum Nahbereich Kropp dahingehend verändert/ergänzt werden.	
Institution: Amt Schafflund, Bau- und Serviceabteilung ID: 1058	Seite 141 des 1. Entwurfes des Regionalplanes I enthält u.a. folgende Passagen "*Im Nahbereich nimmt die Gemeinde Großenwiehe aufgrund ihrer guten infrastrukturellen Ausstattung und günstigen Verkehrslage eine ergänzende, überörtliche Versorgungsfunktion wahr. Die Entwicklung darf dabei nicht zu Lasten des zentralen Ortes gehen. Aufgrund der wohnbaulichen Entwicklung der letzten Jahre ist die Gemeinde stark gewachsen. Daher sollte zukünftig sorgsam geprüft werden, welche Entwicklungsoptionen noch bestehen*." Ich möchte insbesondere an den letzten Satz anknüpfen, für uns als Gemeinde Großenwiehe besteht die Entwicklungsoption der Einstufung als ländlicher Zentralort. Im Zuge des Beteiligungsverfahrens zum Entwurf der Verordnung zum Zentralörtlichen System hat die Gemeinde Großenwiehe am 11.07.2019 einen Antrag zur Einstufung als ländlicher Zentralort gestellt - siehe Anlage 1 -. Das Innenministerium hat mit Datum vom 28.08.20219 der Gemeinde geantwortet. Das Innenministerium weist u.a. darauf hin, dass „*zum potentiellen Nachbereich die Gemeinde Lindewitt mit 1.987 Einwohnern zählt. Einschließlich aller 3.016 Einwohner der Gemeinde Großenwiehe hätte ein solcher Nahbereich insgesamt 4.963 Einwohner und läge damit knapp unter der erforderlichen Mindesteinwohnerzahl von 5. 000*". -siehe Anlage 2- Die statistischen Einwohnerzahlen belaufen sich nunmehr auf 5.153 - Stand 30.09.2021 - (Lindewitt 1.954, Großenwiehe 3.199 Einwohner) -. Dieses Einstufungskriterium ist somit erfüllt. Die von der Gemeinde Großenwiehe in ihrem Antrag vom 11.07.2019 aufgeführten Antragsbegründungen gelten uneingeschränkt fort. Ich bitte im Namen der Gemeinde Großenwiehe um Berücksichtigung unserer Argumentation und unserem Antragsbegehren sowohl bei der Neuaufstellung des Regionalplanes I in enger Verknüpfung mit der beginnenden Aufstellung einer neuen Landesverordnung zum zentralörtlichen System (Hinweis: Nach unseren Informationen soll die neue Landesverordnung ab 30.09.2024 verbindlich in Kraft treten).	Dem Hinweis wird gefolgt. Gemäß der Verordnung zum Zentralörtlichen System, zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.07.2024, wurde die Gemeinde Großenwiehe als ländlicher Zentralort eingestuft. Entsprechend der Einstufung der Gemeinde Großenwiehe als ländlicher Zentralort wird der Orientierungsrahmen überarbeitet. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1056	**Teil B,Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden,** **Nahbereich Kropp, Nahbereich Erfde,Nahbereich Friedrichstadt** Da der westliche Teil von Kropp mit den Gemeinden Wohlde, Stapel und Erfde im Eider-Treene-Sorge Bereich liegen und der wiederum mit den Gemeinden Seeth, Drage und	Die Gemeinde Stapel erfüllt weder die Voraussetzungen für die Einstufung als zentraler Ort noch für die Vergabe einer regionalplanerischen Funktion. Der Stellungnahme wird daher nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	dem Unterzentrum Friedrichstadt zu betrachten ist, sollte eine kreisübergreifende Moderation für zukünftige Entwicklungen eingerichtet werden. Die einmalige Landschaft Stapelholm braucht dringend einen neuen Kristallisationspunkt, der sinnvoller Weise im Ort Stapel verortet werden muss. Dabei sollte mit Erfde und Friedrichstadt eine abgestimmte Entwicklung für Gewerbeansiedlungen,Tourismus und Wohnungsbau und Mobilität erarbeitet werden. Hierdurch können nicht nur die Gemeinde Stapel sondern auch alle Gemeinden der Landschaft Stapelholm profitieren.	Dennoch bestehen grundsätzlich die Möglichkeiten zur konzeptionellen Ausrichtung der zukünftigen Siedlungsentwicklung sowie der interkommunalen Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden. Die Landesplanung steht diesbezüglich für einen Austausch zur Verfügung.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1053	**[Stadt Kappeln, Bauverwaltung Kappeln]** Im Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden wird darauf hingewiesen, dass der aktuellen Auseinandersetzung mit den Grenzen des Wachstums bezüglich der touristischen Entwicklung „eine besondere Bedeutung zukommen kann“ und eine Entwicklung von Zweitwohnungen im Schwerpunktraum Tourismus gesteuert bzw. eingeschränkt und Dauerwohnraum nachhaltig gesichert werden soll. Diese Ziele werden von der Stadt Kappeln bereits seit Längerem mit großen Bemühungen verfolgt, jedoch fehlen hierfür nach wie vor die rechtlichen Grundlagen, so dass nicht nachvollzogen werden kann, wie wir dieser nun im Regionalplan festgesetzten Zielsetzung nachkommen können.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Das Bauplanungsrecht enthält Möglichkeiten zur Regelung des Zweitwohnens und/ oder Dauerwohnens. Auf die entsprechenden Feinsteuerungsmöglichkeiten der Wohnnutzungen gemäß § 1 Absatz 5 BauNVO wird beispielhaft im Kapitel 2.7 B zu 1-2 verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1052	<u>zu Stadt-Umland-Bereich Flensburg:</u> Es widerspricht der Raumordnungssystematik, dass ein zentraler Ort einem Bereich eines anderen zentralen Ortes zugeordnet ist. Tarp ist Unterzentrum und dem wird ein Nahbereich zugewiesen. Flensburg ist Oberzentrum und dem wird ein Stadt-Umland-Bereich zugewiesen. Ein Unterzentrum im Stadt-Umland-Bereich eines Oberzentrums ist widersprüchlich. Jedes Zentrum hat seinen zugeordneten Bereich (Ober- und Mittelzentren haben Stadt-Umland-Bereiche; Unterzentren und ländliche Zentralorte haben Nahbereiche). Überschneidungen der jeweiligen Bereiche gilt es zu vermeiden. Z.B. wäre ansonsten in Planungsverfahren von Sieverstedt sowohl Flensburg als auch Tarp zu beteiligen, deren Beteiligungsinteressen ggf. unterschiedlich ausfallen können und raumplanerische Abwägungsentscheidungen hemmen können. Wanderup sollte auch vor dem Hintergrund nicht dem Stadt-Umland-Bereich von Flensburg zugeordnet werden, sondern wie bisher alleine dem Nahbereich von Tarp zugeordnet bleiben.	Jedem Zentralen Ort wird raumstrukturell ein Nahbereich zugeordnet, zeitgleich liegt jede Gemeinde auch nur in einem Nahbereich. Die Festlegung der Stadt- und Umlandbereiche (SUB) mit den dazugehörenden Gemeinden erfolgt bereits im Landesentwicklungsplan und unabhängig von der Zuordnung zu den Nahbereichen. In den Regionalplänen ist im Wesentlichen eine räumliche und inhaltliche Konkretisierung der Abgrenzung aufgrund des größeren Maßstabs der Karte möglich (siehe Kapitel 2.4 Absatz 1 LEP 2021). Der Zuordnung eines Unterzentrums zu einem Stadt- und Umlandbereich steht keine raumordnungsrechtliche Vorgabe entgegen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	Gleiches gilt für den ländlichen Zentralort Hohenlockstedt und den Stadt-Umland-Bereich von Itzehoe im Planungsraum III.	Dies gilt gleichermaßen für den ländlichen Zentralort Hohenlockstedt und den Stadt-Umland-Bereich von Itzehoe im Planungsraum III. Im vorliegenden Fall bestand im Zuge der damaligen Kooperation im Stadt- und Umlandbereich Flensburg Konsens zwischen den Kooperationspartnern, dass der Stadt- und Umlandbereich auf das Amt Oeversee auszuweiten sei, da diesbezügliche Verflechtungen angenommen wurden. Dem ist der LEP 2010 kartographisch gefolgt. Für den Regionalplan I sind die Verflechtungen in der Region erneut überprüft worden; eine Zuordnung zum Stadt- und Umlandbereich Flensburg ist aus Sicht der Landesplanung auch im Hinblick auf die Entwicklung des Regionalplans aus dem LEP vertretbar. Aufgrund der Verflechtungen des Raumes ist eine Zuordnung der Gemeinde Wanderup zum Stadt- und Umlandbereich Flensburg angezeigt. Sie gehört dennoch dem Nahbereich des Unterzentrums Tarp an. Der Stellungnahme wird daher nicht gefolgt.
Institution: Gemeinde List auf Sylt **ID: M1059**	**Zu 5 - 5.3 Nahbereich Sylt Abs. 5 u. 8:** Die kleinräumige Steuerung der Art der Nutzung obliegt der Gemeinde im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit. Derzeit werden in der Gemeinde List (und auch in den anderen Inselgemeinden) flächendeckende Bestandsaufnahmen zur Zusammensetzung der Nutzungen insbesondere Dauerwohnen, Ferienwohnen und Zweitwohnen durchgeführt. Aus der Bestandsaufnahme werden Erkenntnisse über die Nutzungsprägungen einzelner Teilbereiche der Gemeinde, die materiell-rechtliche Zulässigkeit der Nutzungen und in der Folge über die möglichen Bedarfe der Gemeinde gewonnen. Die Bestandsaufnahme wird somit der Formulierung einer Zielausrichtung hinsichtlich einer verträglichen Nutzungsmischung bzw. der Zulässigkeit und Unzulässigkeit der einzelnen Nutzungen in den Teilbereichen der Gemeinde zu Grunde gelegt. Diese Möglichkeit der lokalen Steuerung der Art der Nutzung muss den Gemeinden erhalten bleiben, das beinhaltet auch die Möglichkeit der Festsetzung der Zulässigkeit von sowohl Ferienwohnungen als auch Zweitwohnungen.	Hinsichtlich der Sicherung und Schaffung von Dauerwohnraum wird auf die Ausführungen im Kapitel 5.3 verwiesen, dort wird bereits umfänglich auf die Problematik hingewiesen. Eine Entlastungsfunktion des Festlandes sollte, wie im Text dargelegt, regional abgestimmt angestrebt werden. Das Bauplanungsrecht enthält Möglichkeiten zur Regelung des Zweitwohnens und/ oder Dauerwohnens. Auf die entsprechenden Feinsteuerungsmöglichkeiten der Wohnnutzungen gemäß § 1 Absatz 5 BauNVO wird beispielshaft im Kapitel 2.7 B zu 1-2 verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	Die Verfügbarkeit von Potentialflächen zur Entwicklung von Dauerwohnraum in der Gemeinde List auf Sylt ist eingeschränkt. Nur zwei kleine Einzelgrundstücke befinden sich im Eigentum der Gemeinde und wurden bebaut. Alle weiteren Flächen dagegen befinden sich nicht im Eigentum der Gemeinde. Eine grundsätzliche Entwicklung von neuen Dauerwohnungen ausschließlich auf gemeindeeigenen Flächen ist damit nicht realistisch. Für eine künftige Entwicklung der Flächen ist zunächst eine Einigung mit den jeweiligen Eigentümerinnen darüber zu erzielen, wie eine Entwicklung umgesetzt werden kann. **Zu 5 - 5.3 Nahbereich Sylt Abs. 12:** Für die Gemeinde List ist es von größter Bedeutung, einen weiteren Rückgang der Dauerwohnbevölkerung zu verhindern. Eine wohnbauliche Entwicklung auf dem Festland für auf Sylt Beschäftigte wird daher kritisch betrachtet. Die Pendlerproblematik im Zusammenhang mit der unzuverlässigen Bahnanbindung ist bekannt. Zudem gibt es auf der Insel sehr viele Arbeitsplätze, die aufgrund der Arbeitszeiten und weiterer besonderer Anforderungen (z.B. Bereitschaftsdienst) nur mit auf der Insel wohnenden Arbeitskräften besetzt werden können. Dazu gehören insbesondere die wichtigen Bereiche der Daseinsvorsorge und des Brandschutzes aber auch die Beherbergung und Gastronomie. Nur mit gestärktem Dauerwohnen kann unsere Gesellschaft mit ihren Vereinen und Verbänden funktions- und tragfähig sein. Wie bereits im Wohnraumentwicklungskonzept Sylt 2025 aufgeführt, sind durch den Verlust der Dauerwohnbevölkerung erhebliche Auswirkungen im Bereich der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur sowie hinsichtlich der Lebensqualität, des Dorflebens, der Nachbarschaft, lebendiger Orte und damit am Ende auch auf die Attraktivität der Insel als Tourismusdestination zu erwarten. Diese Auswirkungen sind durch die Schaffung von Wohngebieten auf dem nahgelegenen Festland nicht zu beheben. Es ist sogar anzunehmen, dass der Verlust der Dauerwohnbevölkerung durch neue Wohnungsangebote in Klanxbüll beschleunigt würde. Für die Gemeinde List ist es unabdingbar, den erforderlichen bezahlbaren Dauerwohnraum-Bedarf auf der Insel selbst zu schaffen. **Zu 5 - 5.3 Nahbereich Sylt Abs. 13:** Die zuvor schon erläuterte kommunale Steuerung hinsichtlich der Nutzungen Dauerwohnen, Ferienwohnungen und Zweitwohnen ist für die Gemeinde List als Fremdenverkehrsgemeinde mit spezifischen gewachsenen Nutzungsstrukturen wesentlich. Durch die genannten Projekte „[redacted]“ „[redacted]“ und die	

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	Hafenstraße soll kein Ausschluss der typischen Nutzungsmischung von Wohnen und Ferienwohnen in den Bestandsgebieten des Ortes erfolgen. Entsprechende Festsetzungsmöglichkeiten in der Bauleitplanung seitens der Gemeinde im Rahmen der städtebaulichen Möglichkeiten werden vorausgesetzt.	
Institution: Stadt-Umland-Kooperation Schleswig, Amt Haddeby **ID: M1057**	B. Nahbereich Schleswig Angesichts der Flächenengpässe in Schleswig sowie der bestehenden Verflechtungen soll die bestehende Stadt-Umland-Kooperation vom 27.08.2018 wieder intensiviert und verstärkt werden (Regionalplan- Entwurf 2023, Kapitel 5.2 „Nahbereiche Kreis Schleswig-Flensburg"). Um gemeinsam mit der Stadt die wohnbau- und gewerbliche Ausrichtung im Nahbereich Schleswig zu erhalten, zu fördern und auszubauen, sprechen sich die Umlandgemeinden für eine Neufassung der Stadt-Umland-Kooperation mit der Stadt Schleswig aus. Die Absichtserklärung zur Stadt-Umland-Kooperation mit dem Ziel der wohn- und gewerblichen Entwicklung in den Umlandgemeinden wurde verfasst. Folgende Aspekte werden hier berücksichtigt: a. Aufgrund der Flächenengpässe hinsichtlich der wohnbaulichen und gewerblichen Entwicklung in der Stadt Schleswig wird es als erforderlich erachtet, dass der Bedarf an Wohnbau- und Gewerbeflächen auch durch die Umlandgemeinden gedeckt werden können. Aufgrund der vorhandenen Infrastrukturen zeichnen sich darüber hinaus die Gemeinden Fahrdorf, Schaalby und Schuby für eine besondere Wohnfunktion aus und die Gemeinde Busdorf, Schaalby und Schuby auch für eine besondere Gewerbefunktion. b. Der in Abstimmung mit der Landesplanung definierte Neubau-, Ersatz- und Zusatzbedarf wird für den gesamten Umlandbereich sowie für die Stadt Schleswig definiert; der ermittelte Bedarf soll sodann als feste Bezugsgröße dienen. c. Die Umlandgemeinden werden den für das Umland ermittelten Wohnraumbedarf eigenständig verteilen und dabei die individuellen Funktionen und Gegebenheiten der Gemeinde berücksichtigen. Als Anhaltspunkt für eine bedarfsgerechte Verteilung des zulässigen Neu-, Ersatz- und Zusatzbedarfes an Wohnraum soll die 10 % Regelung nach 3.6.1 des Landesentwicklungsplanes dienen. d. Bei der Entwicklung von Wohngebieten werden die Umlandgemeinden weiterhin die Innenentwicklungspotentiale vorrangig berücksichtigen und deren Verfügbarkeit prüfen. Die Umlandgemeinden streben hierzu die Einführung eines Flächenmanagements an.	Die Ausführungen zur zukünftigen Wohnbauentwicklung und gewerblichen Entwicklung im Stadt- und Umlandbereich Schleswig sowie die konzeptionellen Überlegungen für die Region werden zur Kenntnis genommen. In der Stadt- und Umlandkooperation Schleswig wird derzeit eine neue interkommunale Vereinbarung für eine abgestimmte wohnbauliche und gewerbliche Entwicklung in der Region in enger Abstimmung mit der Landesplanung erarbeitet. Die genannten fachlichen Grundlagen der Stadt Schleswig sowie die weiteren konzeptionellen Grundlagen sind in die Kooperation eingeflossen. Unter anderem sind die Gemeinden Busdorf, Fahrdorf, Schaalby und Schuby gemäß Vereinbarung für eine stärkere wohnbauliche und/oder gewerbliche Entwicklung vorgesehen. Zum Redaktionsschluss hatte die Vereinbarung jedoch noch keinen final abgestimmten Stand, sodass den Anregungen zur Ausweisung von besonderen Funktionen im Stadt- und Umlandbereich Schleswig derzeit noch nicht gefolgt werden kann. Die Formulierungen im Kapitel Raumstruktur sowie im Kapitel 5 Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden werden jedoch entsprechend angepasst.

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	e. Um den Bedarf an Mehrfamilienhäusern zu decken, werden die Umlandgemeinden in der Bauleitplanung entsprechende Grundstücke ausweisen und ggfls. durch öffentlich--rechtliche Verträge die entsprechende Umsetzung sicherstellen. Gleiches gilt für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum. Es wird angestrebt, für die Umlandgemeinden einen prozentualen Anteil zu definieren. f. Die Umlandgemeinden werden einen konkreten quantitativen Bedarf an gemeinschaftlichen und neuen Wohnformen bei der Planung prüfen. g. Durch ein Monitoring soll der festgestellte Bedarf an Wohnraum (Neubau-, Ersatz- und Zusatzbedarf) sowie die erfolgte Umsetzung in regelmäßigen Abständen durch eine zu etablierende Lenkungsgruppe überprüft und fortgeschrieben werden. Hierbei sind mindestens die Baufertigstellungsmeldungen, die Bevölkerungs- und Gewerbeentwicklungen, sowie die Planungsabsichten der Gemeinde zu evaluieren. h. Die Ausrichtung der Wohnraumentwicklung in den Gemeinden und der Stadt hat ex aequo zu erfolgen. Um dies zu gewährleisten, ist es unabdingbar, dass die im Wohnraumversorgungskonzept für die Stadt Schleswig ermittelten Bedarfe (obere Variante) nicht vollständig auf die angestrebte Stadt-Umland-Kooperation Anwendung finden. Insbesondere die Entwicklung im Bereich „Auf der Freiheit" ist nicht auf den „Stadt-Umland-Bedarf" und deren Entwicklung anzurechnen. i. Zur Stärkung des Stadt-Umland-Bereiches und zur Ergänzung der Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen des Mittelzentrums Schleswig sollte die Gemeinde Busdorf entsprechend dem Entwurf des Regionalplanes an der zentralörtlichen Funktion des Mittelzentrums teilhaben. Im Rahmen der hier angestrebten Kooperation sollen in enger Abstimmung mit der Stadt Schleswig entsprechende Potentiale ermittelt werden. Hierbei ist insbesondere die Gewerbefläche am Busdorfer Kreisel zu betrachten und zwar mit dem Ziel, eine bedarfsgerechte Nutzung zu etablieren. j. Die Gemeinde Busdorf verfügt über bereits planungsrechtlich ausgewiesene Gewerbeflächen. Im Rahmen der Kooperation soll geprüft werden, ob eine Nutzung der Flächen erfolgen kann. Busdorf nimmt damit einen Schwerpunkt für die gewerbliche Funktion ein. k. Die Kooperation zur Ausweisung von Gewerbeflächen in Schleswig, Nübel und Schaalby werden begrüßt. Im Rahmen der Kooperation werden die Umlandgemeinden an dem Prozess beteiligt.	

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	i. Die Gemeinde Schuby stellt mit den vorhandenen Gewerbeflächen (ohne [redacted]) einen erheblichen Wirtschaftsfaktor für den Stadt-Umland-Bereich dar und nimmt damit als weitere Gemeinde einen Schwerpunkt für die gewerbliche Entwicklung ein. Durch die Erschließung von Gewerbeflächen in 2023 (nördlich der B 201) ist hier zum gegenwärtigen Zeitpunkt Potential tatsächlich vorhanden und damit nutzbar. Eine weitere Entwicklung von Gewerbeflächen wird hier in Abstimmung mit den Kooperationspartnern angestrebt. Die beigefügte Absichtserklärung mit Anlage dient gleichzeitig als Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplanes für den Planungsraum 1. Diese wurde im Vorwege Vertretern der Landesplanung und der Stadt Schleswig in einem Gespräch am 17.10.2023 mit allen Umlandbürgermeistern bereits vorgestellt und besprochen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1043	**Stellungnahme für den Regionalplan I: Kreisfreie Stadt Flensburg, Kreise Nordfriesland und Schleswig-Flensburg** Seite 133 Teil B, Kap. 5: Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden, Abschnitt Nahbereich Kropp, Ergänzung des letzten Absatzes: „Insbesondere die historische Kulturlandschaft Stapelholm weist mit der einzigartigen Anordnung von Geestinseln (Holmen) inmitten der Moore und den Marschen der Flussniederungen, den Brutstätten des Weißstorches und vieler seltener Wiesenvögel sowie der überaus reichen Bauernhauslandschaft ein Alleinstellungsmerkmal auf. Die Marke „Stapelholm“ sollte ausgebaut werden als Kennzeichen für eine hohe Wohnqualität und ein attraktives Arbeits- und Erholungsgebiet.“ _____ ___ S. 138 Teil B, Kap. 5: Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden, Abschnitt Nahbereich Erfde, Letzten Absatz ändern in: „Aufgrund der Fusion der Gemeinden Norder- und Süderstapel zur Gemeinde Stapel bietet sich eine konzeptionelle Grundlage für die gemeindliche Siedlungsentwicklung an.	Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Der Text wird nicht wie gewünscht ergänzt, da die Formulierungen nicht in die Systematik des Orientierungsrahmens passen. Eine Berücksichtigung würde im Sinne der Gleichbehandlung eine deutliche Ausweitung des Umfangs bedeuten, der mit der Zielsetzung eines schlanken Regelwerkes nicht zu vereinbaren wäre. Der Stellungnahme zur Gemeinde Stapel wird nicht gefolgt. Aus überörtlicher und städtebaulicher Sicht sollte ein Zusammenwachsen der Ortslagen nicht angestrebt werden.

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	Die beiden Ortsteile sollten durch Lückenbebauung verbunden werden, so dass neben den beiden historischen Ortskernen ein drittes mittiges Zentrum mit dem Schwerpunkt dörfliche Infrastruktur entsteht (Verwaltung, Schule, Kindergarten, Feuerwehr, Sport). Die Bebauung sollte unter dem Aspekt eines attraktiven Ortsbilds im landschaftstypischen Stil erfolgen. Im Hinblick auf eine größere Industrieansiedlung im Umfeld [redacted] ist eine Kapazitätserweiterung für Wohnen und Gewerbe einzuplanen.“	
Institution: Stadt Flensburg **ID: M1039**	Textvorschlag/Ergänzungen: Seite 117 (Spiegelstrichaufzählungen): … **- der Erhalt und Ausbau der Attraktivität des Wohnstandorts Flensburg** **- eine nachhaltige Arbeits- und Fachkräftesicherung vor dem Hintergrund des fortschreitenden demografischen Wandels mit dem Ziel der Sicherung von Wohlstand und sozialem Frieden in der Region.** …- Erhalt und die Entwicklung der oberzentralen Einrichtungen sowie der sozialen und Bildungsinfrastruktur **und der Kulturangebote** S. 118, 1. Absatz: „Die Innenstadt von Flensburg […] soll in ihrer Vielfalt erhalten und **insb. in ihrer Wohnfunktion gestärkt**…“ (vgl. Sanierungsziele Westliche Altstadt) S. 119, 3. Absatz, letzter Satz: „Dabei ist insbesondere dem **derzeitigen** Bedarf …“ Stellungnahme zu S. 119, Absatz 3 u. 4 Die Stadt Flensburg steht einer erneuten Intensivierung der interkommunalen Zusammenarbeit im Stadt-Umland-Bereich auf Basis der noch geltenden Grundsatzvereinbarungen positiv gegenüber und begrüßt auch das Ansinnen einer abgestimmten Wohnbauentwicklung in der Region. Die Stadt möchte die Kooperationsbemühungen vor allem auf Vorhaben im Sinne ihrer politisch beschlossenen "Leitlinien für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung in Flensburg" (RV-1/2022) lenken, die flächensparendes und nachhaltiges Bauen sowie kurze Wege zur Nahversorgung und eine gute Anbindung an das Oberzentrum durch die Mobilitätsarten des Umweltverbundes zum Ziel haben. **Hinweis zu S. 123, 2. Absatz** **Derzeit widerspricht die angestrebte Entwicklung der Beschlusslage der Flensburger Ratsversammlung, die 2016 im Ergebnis des gemeinsam mit der [redacted] erarbeiteten Bahngutachtens sich für den Erhalt des jetzigen**	Die Ausführungen wurden im Einzelfall geprüft. Folgende Hinweise werden entsprechend geändert: - Erhalt und Entwicklung der Kulturangebote - Nachhaltige Arbeits- und Fachkräftesicherung - Stärkung insbesondere der Wohnfunktion der Innenstadt - Derzeitige Bedarf an […] Mietwohnungen - Flächensparendes und nachhaltiges Bauen in der Wohnungsbauentwicklung - Zusammenhängende Betrachtung der Erweiterung der Bahnstrecken mit möglicher Bahnhofsverlegung Die weiteren Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Stellungnahme wird somit teilweise gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	Bahnhofsstandorts und gegen einen Fernbahnhof Weiche / Innenstadtbahnhof ausgesprochen hat. Eine Neubetrachtung kann daher nur im Dialog mit der Flensburger Politik und Stadtgesellschaft erfolgen. Aus Sicht der Stadt Flensburg ist es dafür notwendig, das Vorhaben in den Kontext einer integrierten und nachhaltigen Stadtentwicklung zu stellen und alle Aspekte einer politischen Neubewertung der Flensburger Ratsversammlung zugänglich zu machen. (s. 4.2) Dabei sollten Überlegungen zur zukünftigen Entwicklung der Bahninfrastruktur und zum Angebot wie z.B. auch der Ausbau eines Fernbahnhofes im Stadtteil Weiche. nicht ausschließlich in Abhängigkeit von der Realisierung eines Innenstadtbahnhofs geschehen, sondern solitäre Betrachtungen bzw. die alternative Berücksichtigung des Bestandes ebenfalls erfolgen. Hinweis zu S. 123, 4. Absatz: „Im Rahmen des Neubaus des Zentralkrankenhauses in Flensburg soll eine gute Anbindung durch den ÖPNV, insbesondere auch für das Umland sichergestellt werden.“: Die vollständige Anbindung der Region durch den sonstigen ÖPNV erfordert große Umwege der Regionalverkehre im Stadtgebiet. Bis auf Busse aus Hürup/Husby ist vor allem die hochqualitative Verknüpfung zwischen ZOB und Zentralkrankenhaus entscheidend, da alle Regionalbusse den ZOB bedienen. Seite 124, Zeile 7 bis 11: Das „Twedter Feld“ ist ein Naturschutzgebiet, so dass hier ausschließlich die stille und naturschonende Erholung möglich ist. Gleiches gilt für das in Ausweisung befindliche Naturschutzgebiet „Hornholzer Höhen“. Insofern kann Erholungsinfrastruktur nur in beschränktem Umfang weiterentwickelt werden. Die Naturverträglichkeit ist dabei obligatorisch. Die Flächen sind überwiegend als Vorranggebiete, z.T. als Vorbehaltsgebiete ausgewiesen.	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1038	**Stellungnahme für den Regionalplan 1** hier: **Planungsraum und Kreisübergreifende Eider - Treene - Sorgeregion, Teil B, Kap. 5, Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden, Abschnitte Nahbereiche Kropp, Erfde, Friedrichstadt** Die Eider - Treene - Sorgeregion ist weitgehend identisch mit der **" Landschaft Stapelholm "** . Diese über 800 Jahre alte Kulturlandschaft zeichnet sich durch seine in	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen und decken sich teilweise bereits mit den Aussagen des Orientierungsrahmens. Der Stellungnahme zur Entwicklung der Gemeinde Stapel wird nicht gefolgt. Aus überörtlicher und städtebaulicher Sicht sollte ein

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	Schleswig -Holstein einzigartige Natur mit Geestinseln, Mooren und Feuchtgebieten aus, die über Jahrhunderte durch landwirtschaftliche Nutzung zu einer unverwechselbaren Kulturlandschaft überformt wurde. Die ca 10.000 EW verteilen sich auf 8 Ortschaften mit zahlreichen ortsbildprägenden historischen Bauernhäusern und auf das Stadtdenkmal Friedrichstadt. Die Flussniederungen sind die Heimat einer geschützten artenreichen Flora und Fauna, insbesondere seltener Wiesenvögel, Die konsequente Freihaltung der Landschaft von störenden Bauwerken (Windkraftanlagen, Hochspannungsleitungen u.ä.) gestattet einen in Schleswig - Holstein selten gewordenen unverbauten Blick in die Natur. Diese natürlichen Qualitäten zusammen mit den typischen Stapelholmer Hauslandschaften sind "**Alleinstellungsmerkmale"** für die " **Landschaft Stapelholm"**, die, nachhaltig geschützt, einen hohen Wohn- und Freizeitwert für die hier lebende Bevölkerung gewährleisten. Diese Qualtäten erhöhen aber auch die Attraktivität der Region für den Zuzug von Außen, für die touristische Nutzung und für hochwertige Gewerbeansiedlungen. Leider ist die Identität der **" Landschaft Stapelholm"** als einheitliche Region sowohl mental wie physisch stark gefährdet. (Aufsplitterung in verschiedene Kreise, Verlust des Amtes,) Bezeichneter Weise ist die **" Landschaft Stapelholm "** in den Texten und Karten des Regionalplan nicht benannt. Förderlich für die Identität der " **Landschaft Stapelholm"** wäre ein Orientierungsrahmen für die Landschaft, der die beschriebenen Qualitäten für diese Region benennt und nachhaltig sichert. Dazu gehört auch eine übergemeindliche Abstimmung der zentralen Funktionen und Infrastruktureinrichtungen der einwohnerstärksten Gemeinden Erfde, Stapel und Friedrichstadt. Da auf der gesamten Fläche der **" Landschaft Stapelholm"** Windkraftanlagen ausgeschlossen sind, ist die Teilhabe an regenerativen Energieerzeugern begrenzt. Insbesondere für die Wärmeerzeugung werden innovative Systeme benötigt, die den Einsatz von regenerativen Energien gewährleisten. (Wärmenetze, grüner Wasserstoff, Energiespeicher u.ä.) Hier könnte die Kaserne Seeth eine besondere Rolle spielen.Die bauliche und infrastrukturelle Ausstattung des Kasernengeländes eignet sich hervorragend für den Ausbau zu einem Innovationszentrum oder für Start ups mit dem Schwerpunkten erneuerbare Energie und Speichertechnik, möglicherweise im Zusammenhang mit der geplanten Batteriefabrik in Heide. Davon könnte auch die Gemeinde Stapel profitieren, die nach der Fusion mit den Ortsteilen Norder- und Süderstapel über Entwicklungspotential verfügt. Das Zusammenwachsen der beiden Ortsteile erfordert eine konzeptionelle Grundlage für Ortsentwicklung. Neben den beiden	Zusammenwachsen der Ortslagen nicht angestrebt werden. Es bestehen grundsätzlich die Möglichkeiten zur konzeptionellen Ausrichtung der zukünftigen Siedlungsentwicklung sowie der interkommunalen Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden in der Landschaft Stapelholm. Die Landesplanung steht diesbezüglich für einen Austausch zur Verfügung.

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	historischen Ortskernen hat sich bereits ein zentraler Ortskern entwickelt, der das Potential hat, die beiden Ortsteile auch räumlich miteinander zu verbinden.	
Institution: Gemeinde Kampen ID: M1040	Zu 5 - 5.3 Nahbereich Sylt Abs. 5 u. 8: Die kleinräumige Steuerung der Art der Nutzung obliegt der Gemeinde im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit. Derzeit wird in der Gemeinde Kampen (und auch in den anderen Inselgemeinden) die flächendeckende Bestandsaufnahme zu den bestehenden touristischen Nutzungen durchgeführt. Aus der Bestandsaufnahme werden Erkenntnisse über die Nutzungsprägungen einzelner Teilbereiche der Gemeinde, die materiell-rechtliche Zulässigkeit der Nutzungen und in der Folge über die möglichen Bedarfe der Gemeinde gewonnen. Die Bestandsaufnahme wird somit der Formulierung einer Zielausrichtung hinsichtlich der Zulässigkeit und Unzulässigkeit einzelner Nutzungen, insbesondere betreffend Dauerwohnen, Ferienwohnungen und Zweitwohnen zu Grunde gelegt. Diese Möglichkeit der lokalen Steuerung der Art der Nutzung muss den Gemeinden erhalten bleiben, das beinhaltet auch die Möglichkeit der Festsetzung der Zulässigkeit von sowohl Ferienwohnungen als auch Zweitwohnungen. Zu 5 - 5.3 Nahbereich Sylt Abs. 12: Für die Gemeinde Kampen ist es von größter Bedeutung, einen weiteren Rückgang der Dauerwohnbevölkerung zu verhindern. Eine wohnbauliche Entwicklung in Klanxbüll für auf Sylt Beschäftigte wird abgelehnt. Die Pendlerproblematik im Zusammenhang mit der unzuverlässigen Bahnanbindung ist bekannt. Zudem gibt es auf der Insel sehr viele Arbeitsplätze, die aufgrund der Arbeitszeiten und weiterer besonderer Anforderungen (z.B. Bereitschaftsdienst) nur mit auf der Insel wohnenden Arbeitskräften besetzt werden können. Dazu gehören insbesondere die wichtigen Bereiche der Daseinsvorsorge und des Brandschutzes aber auch die Beherbergung und Gastronomie. Nur mit gestärktem Dauerwohnen kann unsere Gesellschaft mit ihren Vereinen und Verbänden funktions- und tragfähig sein. Wie bereits im Wohnraumentwicklungskonzept Sylt 2025 aufgeführt, sind durch den Verlust der Dauerwohnbevölkerung erhebliche Auswirkungen im Bereich der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur sowie hinsichtlich der Lebensqualität, des Dorflebens, der Nachbarschaft, lebendiger Orte und damit am Ende auch auf die Attraktivität der Insel als Tourismusdestination zu erwarten. Diese Auswirkungen sind durch die Schaffung von Wohngebieten auf dem nahgelegenen Festland nicht zu	**Sicherung von Dauerwohnraum:** Hinsichtlich der Sicherung und Schaffung von Dauerwohnraum wird auf die Ausführungen im Kapitel 5.3 verwiesen, dort wird bereits umfänglich auf die Problematik hingewiesen. Eine Entlastungsfunktion des Festlandes sollte, wie im Text dargelegt, regional abgestimmt angestrebt werden. Das Bauplanungsrecht enthält Möglichkeiten zur Regelung des Zweitwohnens und/ oder Dauerwohnens. Auf die entsprechenden Feinsteuerungsmöglichkeiten der Wohnnutzungen gemäß § 1 Absatz 5 BauNVO wird beispielshaft im Kapitel 2.7 B zu 1-2 verwiesen. **Vorranggebiete für den Naturschutz:** Die Ausweisung der Vorranggebiete für den Naturschutz bedeutet in der Regel nicht den Ausschluss jeglicher anderer Ansprüche (im Sinne eines generellen Nutzungsverbotes), sondern lediglich derjenigen, die mit den Schutz- beziehungsweise den Erhaltungszielen nicht vereinbar sind. Die Festlegung von Vorranggebieten hat keine Auswirkungen auf die üblichen Nutzungen des Strandes. Vielmehr ist der Aufenthalt am Meeresstrand sowie die Nutzung der Küstengewässer als Gemeingebrauch weiterhin erlaubt, sofern keine abweichenden fachrechtlichen Regelungen betroffen sind. Der Ausbau regenerativer Energie ist ein landesweites Entwicklungsziel, welches somit im Rahmen des Landesentwicklungsplanes adressiert und abschließend geregelt wird. Zu den Themen Gewerbe

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	beheben. Es ist sogar anzunehmen, dass der Verlust der Dauerwohnbevölkerung durch neue Wohnungsangebote in Klanxbüll beschleunigt würde. Für die Gemeinde Kampen ist es unabdingbar, den erforderlichen Dauerwohnraumbedarf auf der Insel selbst zu schaffen. Zu 5- 5.3 Nahbereich Sylt Abs. 17 u. 19: Die Gemeinde Kampen ist mit Ausnahme in Richtung Süden vollständig von Vorranggebieten für den Naturschutz umgeben. Gleichwohl bestehen innerhalb der Landschaft Anlagen wie Infrastruktureinrichtungen (Ver- und Entsorgung), Landschulheime wie auch Einrichtungen zu Versorgung der Strände. Neben kleiner Anlagen wie Rettungsschwimmerstände, öffentliche WCs oder den gastronomischen Strandversorgungseinrichtungen besteht auch die Strandkorbhalle in räumliche Nähe zu den bewirtschafteten Strandabschnitten. Die eingeschränkte Flächenverfügbarkeit im Gemeindegebiet Kampen aufgrund schützenswerte Natur und Landschaft erfordert die besondere Auseinandersetzung mit solchen Anlagen. Aufgrund der Vorbelastung durch die schon bestehende Anlage und die zweckmäßige Lage spricht sich die Gemeinde Kampen für den Erhalt des Standortes der Strandkorbhalle aus. Weiterhin wird angeregt, im Zuge der gesetzlich vorgeschriebenen klimaneutralen Wärmeversorgung der Gemeinden die bisherige Zulassungspraxis im Hinblick auf die Möglichkeiten der Errichtung von Anlagen zur erneuerbaren Energie- und Wärmegewinnung zu evaluieren, auch für Anlagen der Strandversorgung.	und Energieversorgung ist außerdem eine Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplans geplant, die dieses Thema aufgreifen wird. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Nach Kenntnisstand der Landesplanung genießt die Strandkorbhalle gemäß Strandversorgungskonzept der Insel Sylt aufgrund der Lage im Außenbereich lediglich Bestandsschutz. Dieser Sachstand wird durch den Regionalplan nicht verändert. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. **Zur kommunalen Wärmeplanung:** Bezüglich der Ausführungen zur gesetzlich vorgeschriebenen Wärme- und Kälteplanung der Kommunen bis spätestens Mitte 2028 wird folgendes angemerkt: die konkreten Auswirkungen der gesetzlichen Vorgaben lassen sich nach derzeitigem Stand nur schwer auf ein quantitativ und qualitativ bestimmbares Flächengerüst herunterbrechen. Daher wird von einer pauschalen Erweiterung der Baugebietsgrenzen Abstand genommen. Gleichfalls soll es keine pauschale Ausnahmemöglichkeit gemäß Regelungstext geben, da deren Umfang nicht prognostizierbar und damit nicht zuverlässig in die Abwägung eingestellt werden kann. Gleichwohl werden geänderte Anforderungen im Bereich Wärmeversorgung auf kommunaler Ebene erkannt. Generell wird auf die Möglichkeit der Zielabweichung verwiesen.
Institution: NABU Schleswig-Holstein, Bereich	Nahbereiche Kreis Plön (Kap.5.3)	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen. Die Ausführungen beziehen sich nicht auf den Planungsraum I. Daher wird auf die Votierung in den

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
Verbandsbeteiligung **ID: M1142**	In Bezug auf den "Nahbereich Selenf' wird folgende textliche Ergänzung vorgeschlagen: "Bei einer Weiterentwicklung von Erholungsangeboten für Naherholende sowie Touristinnen und Touristen im Bereich des Selenter Sees (Kernbereich für Erholung) sollen die intakte Kulturlandschaft sowie die naturnahen Bereiche geschützt werden." (S. 126) Begründung: Der Selenter See und dessen großteils noch sehr natürlich ausgeprägte Uferbereiche (ausgedehnte Röhrichte, Bruchwälder) sind nicht unter dem Begriff "Kulturlandschaff' zu subsummieren, sind aber gleichwohl sehr schützenswert und zum Teil als NSG ausgewiesen. Nahbereiche Kreis Segeberg (RP III, Kap.5.4) Gemäß den Ausführungen auf S. 190 ist im Südosten der Stadt Bad Bramstedt ein größerer Bereich "weiterhin vorrangig dem Kurbetrieb und der Erholung vorzubehalten". Der RP III empfiehlt zudem " eine Weiterentwicklung des bestehenden Wegenetzes ... zur Stärkung der touristischen Infrastruktur". Aus Sicht des Naturschutzes sollte in diesem Bereich jedoch keine weitere Förderung des Tourismus und der Erholung erfolgen. Das 'Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung' (Karte C) sollte östlich von Bad Bramstedt im Bereich der/ nur bis zur B 206 heran, nicht jedoch darüber hinaus geführt werden. Begründung: Das Gebiet enthält mehrere kleinere, aber in ihrem Artenbestand hochwertvolle Naturschutzgebiete. Auch in deren Umfeld befinden sich sensible geschützte Biotoptypen (u.a. Hochmoore, Feuchtheiden und Trockenbiotope). Zudem ist der Bereich um die Schmalfelder Au Renaturierungsgebiet. Das bestehende Angebot an Wegen ist weitaus ausreichend. Helgoland (RP III, Kreis PI) „Auf der Düne als Badeinsel sollen besonders die Belange des Natur- und Umweltschutzes und Tourismus neu geordnet und in Einklang gebracht werden; dabei ist die Regelung der Ver- und Entsorgung der Düne von größter Bedeutung. Bestehende Einrichtungen sollen den heutigen Bedürfnissen angepasst werden." (S. 183). - Helgoland und die Düne sind als einzige Hochseeinseln Deutschlands aus Naturschutzsicht deshalb von herausragender Bedeutung, weil eine hohe Anzahl an Arten nur hier vorkommen, d.h. aus Sicht des besonderen botanischen und entomologischen Artenschutzes sind Helgoland und die Düne von nationaler Bedeutung für den Naturschutz. Das FFH Gebiet Düne ist nicht mit Dünen-Lebensraumtypen anderer Inseln des nordfriesischen Wattenmeeres vergleichbar. Der Erhalt der Dünenlebensräume auf der Sandinsel ist europarechtliche Verpflichtung und in ihrer naturschutzfachlichen Wertigkeit von nationaler Verantwortung. Von daher ist die Aussage im Regionalplan wie folgt zu ändern und zu ergänzen: "Bestehende Einrichtungen und Nutzungen sind den naturschutzfachlichen und	beiden anderen Planungsräumen beziehungsweise in den entsprechenden Votentabellen verwiesen (Stellungnahmen mit der ID: M1212 (Planungsraum 2) beziehungsweise ID: M1578 (Planungsraum 3)).

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	naturschutzrechtlichen Anforderungen anzupassen. Dafür notwendige Anpassungen müssen sich auf die Vermeidung und Minimierung von Störungen, Vertritt, Müllablagerungen und die Besucherlenkung konzentrieren." Der NABU kann derzeit nicht erkennen, dass die Gemeinde Helgoland _in ihrem vorgelegten Freiraumkonzept zur touristischen Entwicklung der Düne den besonderen naturschutzfachlichen Stellenwert der Insel anerkannt hat. In weiten Zügen widerspricht das Freiraumkonzept den Erhaltungszielen der FFH-Richtlinie und ist damit nicht vereinbar. Eine Neuordnung, wie im Entwurf des Regionalplans angeregt, muss verbindlich die naturschutzfachlichen Belange des FFH-Gebietes und seiner Erhaltungsziele vollständig berücksichtigen.	
Institution: Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein LKN **ID: M1129**	Seite 170 5. Orientierungsrahmen Die Angaben zu den Nahbereichen sind sehr allgemein gehalten und liefern keine detaillierten Erkenntnisse	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
Institution: Gemeinde Tating **ID: M1016**	Nahbereich Kreis Nordfriesland (Kapitel 5.3). Auf Seite 172 steht im dritten Absatz, dass bei Tating der Neubau einer Ortsumgehung geplant ist. Hierzu wird auf Kapitel 4.1. verwiesen. Da die Ortsumgehung nicht mehr vorgesehen ist, ist dieser Absatz zu streichen oder zumindest anzupassen.	Die Anmerkung wird zur Kenntnis genommen, der Plantext wird entsprechend angepasst. Der Stellungnahme wird gefolgt.
Institution: Gemeinde Harrislee **ID: M1126**	die Gemeinde Harrislee hat sich mit dem Regionalplan für den Planungsraum I beschäftigt. Hierbei wurden die Ziele und Grundsätze sowie deren Begründung auf gemeindliche Berührungspunkte hin betrachtet. Die Gemeinde Harrislee als Standrandkern II. Ordnung grenzt unmittelbar an das Oberzentrum Flensburg und ist insoweit vielfältig mit diesem verflochten. Bei den Betrachtungen zur Bevölkerungsentwicklung und zur Wohnbauentwicklung wird generell die Entwicklung des Kreises Schleswig-Flensburg als Maßstab angelegt, obwohl hier die Strahlkraft Flensburgs ins Umland hinein zu anderen Zahlen führt. Hier sollte zukünftig eine Differenzierung zwischen kreisangehörigem Raum und direktem Stadt-Umland-Bereich erfolgen, um auch konkretere Entwicklungen besser darzustellen.	Die Ausführungen hinsichtlich einer differenzierteren Darstellung der Bevölkerungsentwicklung im direkten Umland der Stadt Flensburg werden zur Kenntnis genommen. Auch wenn der Mehrwert einer solch differenzierten Darstellung nachvollziehbar erscheint, gehen die Ausführungen im Regionalplan unter anderem des Orientierungsrahmens aus Sicht der Landesplanung bereits hinreichend auf die besondere Struktur des Stadt- und Umlandbereiches Flensburg ein. Weitergehende Betrachtungen wären im Rahmen

Einreichendendaten	Datensatz zu 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden	Votum
	Die Gemeinde Harrislee sieht eine einseitige Fokussierung in der Wohnbauentwicklung nur auf kleine Miet- und Geschosswohnungen als nicht zielführend an. Hier sollte auch zukünftig der ausgewogene Mix aller Wohnformen dazu beitragen, allen Bevölkerungsgruppen den von ihnen nachgefragten Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Die Grundsätze desflächensparenden Bauens sollten bei allen Planungen mitberücksichtigt werden. Die Gemeinde Harrislee begrüßt den Ansatz zur Intensivierung und Verstetigung der bestehenden Stadt-Umland-Kooperation; hierbei sollte die Freiwilligkeit, aber auch die Erkenntnis des gemeinsamen Vorteils aller Beteiligten deutlicher herausgestellt werden. Beim Thema Wohnbauentwicklung muss ein gezielter Aufbau von Funktionszuweisungen das Ziel der Kooperation sein (zu Ziff. 1.3 G).	von interkommunalen Konzepten im Stadt- und Umlandbereich möglich. Die gesamte Siedlungsentwicklung in den Planungsräumen soll flächensparend erfolgen. Es wird auf die geltenden Aussagen des LEP 2021 in den Kapiteln 3.8 (Städtebauliche Entwicklung) und 6.1 (Klimaschutz und Klimaanpassung) hingewiesen. Die Zielsetzung zur Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme wird in der Regionalplanung zudem nicht auf die jeweilige Gemeinde heruntergebrochen. Es ist Aufgabe der Kommunen, im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung die Grundsätze zur Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme zu berücksichtigen. Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Landesplanung unterstützt die Reaktivierung der Stadt-Umland-Kooperation im Sinne einer interkommunal abgestimmten und regional ausgerichteten Entwicklungsperspektive ausdrücklich. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: Nahbereichstabelle

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu Nahbereichstabelle	Votum
Institution: Kreisverwaltung Nordfriesland, Kreisverwaltung Nordfriesland ID: 1099	HSG Planung: Gemeinde Ahrenshöft, Spalte 7: Das Abfallwirtschaftszentrum sollte aufgeführt sein. Gemeinde Bargum, Spalte 7: Anmerkung: der Standortübungsplatz befindet sich auf dem Gebiet der Gemeinde Langenhorn. Gemeinde Kolkerheide, Spalte 7: ist Vorbehaltsgebiet Abbau oberflächennaher Rohstoffe Gemeinde Langenhorn, Spalte 7: *Lütjenholm* bitte richtig schreiben Stadt Friedrichstadt, Spalte 7: sollte als *Stadtdenkmal* Erwähnung finden Gemeinde Tating, Spalte 7: Das Museum „[redacted]“ befindet sich in Tetenbüll (dort bereits ebenfalls, aber richtig, aufgeführt). Erwähnenswert für Tating wäre dagegen der *Hochdorfer Garten mit Haubarg* Gemeinde Südermarsch, Spalte 7: Erwähnung des Windtestfeldes	Die Hinweise werden wie folgt berücksichtigt beziehungsweise nicht berücksichtigt: Bezüglich des Hinweises zum Abfallwirtschaftszentrum in Ahrenshöft wird auf die Ausführungen in Kapitel 4.10, Begründung zu 1-2 verwiesen. Eine Aufzählung darüber, was in den Nahbereichstabellen textlich ergänzt wird, findet sich in den Erläuterungen zur Anlage 1. Abfallwirtschaftszentren sind nicht Teil der Auflistung. Eine Ergänzung im Rahmen der Nahbereichstabelle erfolgt daher nicht. Bezüglich der Gemeinde Bargum wird der Stellungnahme gefolgt, der Text wird entsprechend angepasst, der Punkt „Standortübungsplatz Lütjenholm“ wird gestrichen. Bezüglich der Gemeinde Kolkerheide wird auf die Ausführungen im Kapitel 2.6 verwiesen. Vorbehaltsgebiete für oberflächennahe Rohstoffe sind nicht Teil der Auflistung in der Nahbereichstabelle, eine Ergänzung erfolgt daher nicht. Bezüglich der Gemeinde Langenhorn wird die Schreibweise des Standortübungsplatzes Lütjenholm korrigiert. Bezüglich der Stadt Friedrichstadt wird auf die Ausführungen im Kapitel 5.3 verwiesen. Die Aufzählung des Stadtdenkmals ist nicht Teil der Auflistung in der Nahbereichstabelle. Eine Ergänzung erfolgt daher nicht. Bezüglich der Gemeinde Tating wird die Aufzählung des Museums Haus Peters gestrichen. Dem weiteren Hinweis wird ebenfalls gefolgt und es wird „Haubarg Hochdorfer Garten“ für die Gemeinde Tating ergänzt. Bezüglich der Gemeinde Südermarsch wird in der Aufzählung „Windtestfeld Nord“ ergänzt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Nahbereichstabelle	Votum
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1044	Stellungnahme für den Regionalplan I, Teil B, Kap. 5, Nahbereiche Friedrichstadt, Erfde, Kropp und Eider-Treene-Sorge-Region sowie die Nahbereichstabellen im Anhang Die **ETS-Region wird als Kernbereich für Erholung** hervorgehoben. Daher sollten alle Gemeinden in diesem Bereich in den Nahbereichstabellen entsprechende Zusatzeinträge erhalten. Auf Tourismus ausgelegte Infrastruktur ist vorhanden: - ausgewiesene Radwege - Rastplätze, Zeltplätze (z.B. [redacted]), Unterstellmöglichkeiten - Hinweise und Tafeln über Landschaft, Historie, Flora und Fauna - Versorgungsmöglichkeiten, Gastronomie Insbesondere die Gemeinden, die die kulturhistorisch herausragende **Landschaft Stapelholm** bilden, sollten diesen Zusatz bekommen: > **Erholungsort in der Landschaft Stapelholm** Dies betrifft neben dem Unterzentrum Friedrichstadt und dem ländlichen Zentralort Erfde die Gemeinden: - Bergenhusen, Drage, Meggerdorf, Seeth, Stapel, Tielen, Wohlde	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt. Die Aufzählung erholungsbezogener Infrastruktur ist nicht Gegenstand der Nahbereichstabelle (siehe Erläuterungen zur Anlage 1). Bezüglich touristischer Infrastruktur in den Gemeinden der Eider-Treene-Sorge-Region wird auf die Ausführungen in den Kapiteln 4.4 Radverkehr, 2.7 Tourismus und Erholung sowie 5. Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden (hier die jeweiligen Nahbereiche) verwiesen. Eine Wiederholung der dortigen Angaben wird in der Nahbereichstabelle daher vermieden. Die Tabelle führt die Gemeinden auf, die als Erholungsorte gemäß Landesverordnung über die Anerkennung als Kurort, Erholungsort oder Tourismusort (Kurortverordnung) anerkannt sind. Für die Gemeinden Friedrichstadt, Erfde, Bergenhusen und Stapel ist folglich bereits der Hinweis „anerkannter Erholungsort“ aufgeführt. Die Gemeinden Drage, Meggerdorf, Seeth, Tielen und Wohlde gehören nicht dazu. Dem Hinweis wird daher nicht gefolgt. Diesbezüglich wird jedoch auf die Ausweisung des Kernbereichs für Erholung in der Eider-Treene-Sorge-Region gemäß Kapitel 2.7 Absatz 9 (G) verwiesen.
Institution: Stadt Flensburg ID: M1039	Kultureinrichtungen und Veranstaltungsorte wie [redacted], [redacted] oder auch die [redacted] sollten ergänzt werden.	In der Nahbereichstabelle werden nur besondere Einrichtungen aufgenommen, im Oberzentrum Flensburg können nicht alle Infrastrukturen aufgezählt werden. Bibliotheken, Kultureinrichtungen und Sporthallen werden in der Tabelle in der Regel nicht genannt. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Nahbereichstabelle	Votum
Öffentlichkeit: **Privatperson** **ID: 1000**	ich möchte darauf hinweisen, dass in der Anlage zu Teile A auf Seite 187 als Ergänzung/Hinweis zur Gemeinde Erfde genannt wird, dass Erfde über eine Grundschule verfügt. Dies ist nur Teilweise richtig. Die Schule in Erfde verfügt über einen Grundschulteil (gehört zur Stapelholm Schule) und über eine Sekundarstufenteil (SEK 1) welcher aus Außenstelle zur Geestlandschule Kropp gehört. Die Gemeinde Stapel verfügt über eine Bürgerbüro des Amtes Kropp-Stapelholm	Dem Hinweis zur Grundschule in der Gemeinde Erfde wird gefolgt und die Aufzählung entsprechen korrigiert beziehungsweise ergänzt. Das Bürgerbüro wird nicht ergänzt. Eine Aufzählung darüber, was in den Nahbereichstabellen textlich ergänzt wird, findet sich in den Erläuterungen zur Anlage 1. Bürgerbüros sind nicht Teil der Auflistung. Der Stellungnahme wird somit teilweise gefolgt.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: Übersichtstabellen Natur und Landschaft

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu Übersichtstabellen Natur und Landschaft	Votum
Institution: Stadt Flensburg **ID: M1039**	Zum Anhang, Anlage 2, Tabelle 3 (geplante NSG) in Verbindung mit Teil B, 2.1, B zu 1- 1, vorletzter Absatz (Seite 30 oben): Bei der Tabelle 3 „Geplante NSG über 20 ha…“ fehlt das geplante NSG Hornholzer Höhen auf dem Gebiet Stadt FL/Kreis SL-FL, 96 ha. Es wird um Ergänzung gebeten.	Die Landesverordnung über das Naturschutzgebiet „Hornholzer Höhen“ ist am 12.02.2025 in Kraft getreten. Demzufolge wird die Tabelle 3 nicht mehr geändert. In der Karte wird das NSG als Vorranggebiet für den Naturschutz (Naturschutzgebiet) ergänzt.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: Allgemeines

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1119	- Grundsätzlich lässt sich feststellen, dass der Regionalentwicklungsplan an zahlreicher Stellen eine Wirkung entfalten wird oder soll, welche einer Unterwanderung der Eigentumsrechte gleich kommt. Enteignungsgleiche Eingriffe und deren Entschädigung sind aber an anderer Stelle geregelt. Es scheint, der vorgelegte Entwurf droht eine Unterwanderung der gültigen Rechtslage zu diesem Thema zu ermöglichen.	Die Regelungsinhalte der Regionalpläne sind nicht flächen- beziehungsweise parzellenscharf und haben keine unmittelbaren Auswirkungen auf Privatpersonen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: [redacted] ID: 1109	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_NFL_107 auf eine Überschneidung der Fläche	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	in den Gemeinden Sollerup und Treia, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	
Institution: [redacted] **ID: 1107**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Seite 2 von 6 Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] verweist auf die dieser Stellungnahme beigelegten Anlage 1, welche eine Überschneidung der Windplanungsfläche Südermarsch, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung verdeutlicht. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted] **ID: 1104**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_SLF_090 auf eine Überschneidung der Fläche in der Gemeinde Bollingstedt, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Bundesverband WindEnergie e.V., Landesverband S. - H. **ID: 1103**	Vorab weisen wir darauf hin, dass eine Abstimmung mit den in Aufstellung befindlichen Regionalplänen Wind zwingend notwendig ist, um den Ausbau der Windenergie nicht ungewollt einzuschränken oder zu verhindern. Primär wird der Ausbau der Erneuerbaren - insbesondere von Photovoltaik und Windenergie - in anderen Raumordnungsplänen geregelt. Da in der aktuellen Neuaufstellung der Regionalpläne Flächen ausgewiesen werden, auf denen Erneuerbare-Energien-Projekte nicht möglich sein sollen, sind die Erneuerbaren dennoch betroffen. Wir weisen insbesondere auf die folgenden Punkte hin, die den politisch und gesellschaftlich gewollten und nötigen Ausbau und die Veredelung einschränken können: Ausnahmen für erneuerbare Energien festschreiben und Gemeindeöffnungsklausel ermöglichen	**Zum Thema erneuerbare Energien:** Das Thema erneuerbare Energie ist landesweit von Bedeutung und wird insofern im LEP 2021 geregelt. Daran soll festgehalten werden. Weitergehende Steuerungen sind nicht Gegenstand der Regionalplanung. Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Wir begrüßen, dass die Textteile den Ausbau der erneuerbaren Energien und des dafür nötigen Leitungsnetzes hervorheben. Darüber hinaus plädieren wir dringend dafür, in den Textteilen der Regionalpläne die Bedeutung des Ausbaus der erneuerbaren Energien in einem eigenen Kapitel festzuhalten und darin das überragende öffentliche Interesse von Bau und Betrieb von Erneuerbare-Energien-Anlagen gemäß § 2 EEG als Ziel der Raumordnung festzuschreiben, um Ausnahmen für Erneuerbare-Energie-Projekte in bisherigen Ausschlussgebieten zu ermöglichen. Windenergie Die Bundesregierung hat in diesem Jahr die rechtliche Möglichkeit geschaffen, dass Gemeinden ab dem 14. Januar 2024 gemäß § 245e Abs. 5 Baugesetzbuch trotz Ausschlusswirkung über eine positive Zielabweichung Flächen für die Windenergie in ihrem Gebiet ausweisen dürfen. Diese Änderung ist sehr zu begrüßen. Das Land muss nun dafür Sorge tragen, dass die Kommunen diese Möglichkeit auch nutzen können. Denn dem Antrag auf Zielabweichung kann vom Land nur stattgegeben werden, wenn auf dem überplanten Gebiet keine anderen, mit der Windenergie unvereinbaren Nutzungen oder Funktionen vorliegen. Diese entgegenstehenden Nutzungen oder Funktionen sollten jetzt nicht geschaffen werden und so das Ziel des Bundesgesetzgebers konterkarieren. Das bedeutet, dass insbesondere - aber nicht nur - die Gebiete vom Land nicht anderweitig verplant werden dürfen, in denen z.B. in früheren Plänen Potenzialflächen für die Windenergie identifiziert wurden. Andernfalls müssten Kommunen nicht nur die Ausschlusswirkung der Pläne in einem Zielabweichungsverfahren überwinden, sondern deutlich höhere raumordnerische Hürden bewältigen, um dennoch auf eigenem Gebiet weitere Windenergieanlagen planungsrechtlich zu sichern. infolgedessen ist die o.g. einzuführende Ausnahmeregelung für Erneuerbare-EnergieProjekte unbedingt erforderlich. Solarenergie Im Bereich der Solarfreiflächenanlagen ist die Gebietskulisse durch vergangene und aktuell diskutierte Gesetzesänderungen im Bund deutlichen Veränderungen ausgesetzt. Der ebenfalls für dieses Jahr angekündigte Beratungserlass des Landes soll hier weitere Klarheit und Struktur für Schleswig-Holstein bringen, um die Ausbauziele zu erreichen. Wichtig ist es, die oben bereits erwähnten potenziellen Einschränkung der Gebietskulisse durch Änderungen der Regionalpläne als Gesamtes im Blick zu behalten. Auch die sich in ihren Anforderungen (Wärmesenken und siedlungsnah) nochmals unterscheidenden Potenzialflächen für solarthermische Projekte sollten stets bei Änderungen der	angepasst. Darüber hinaus wird auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. **Zum Thema Windenergie:** Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass die Inhalte der Regionalpläne durch die gesetzlichen Anforderungen und den LEP vorgegeben sind. Die vorgenommenen Festsetzungen tragen diesen Rahmenbedingungen Rechnung. **Zum Thema Solarenergie:** Siehe Votum eingangs zum Thema „erneuerbare Energien“ (oben). **Zur kommunalen Wärme- und Kälteplanung:** Grundsätze und Ziele der Raumordnung zur kommunalen Wärmeplanung sind im Kapitel 4.5, Energieversorgung, des LEP 2021 aufgelistet. Eine weitere Konkretisierung auf Regionalplan-Ebene erfolgt nicht. **Thema klimaneutrales Industrieland:**

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Regionalpläne im Blick behalten werden. Eine klare Einordnung des Stellenwertes der Energiewende in Abwägungsprozessen ist hier dringend erforderlich. Wärme- und Kälteplanung Ähnliches trifft auch auf die kommunale Wärme- und Kälteplanung zu. In § 7 Energiewende- und Klimaschutzgesetz verpflichtet das Land Mittel- und Oberzentren, Unterzentren mit Teilfunktion von Mittelzentren sowie die Unterzentren und Stadtrandkerne 1. Ordnung zur Aufstellung eines kommunalen Wärme- und Kälteplans. Diese Verpflichtung ist sehr zu begrüßen. Ein tragender Grundstein für die künftige nachhaltige Wärme- und Stromversorgung werden Solar-, Wind- und Biomasseprojekte sein. Durch den zunehmenden Bedarf müssen die Erneuerbaren konsequent ausgebaut werden. Ziel muss es sein, die Kommunen zu befähigen, ihren Grünstrom und ihre nachhaltige Wärme dezentral vor Ort zu erzeugen. Über die Ausweisung beispielsweise von Regionalen Grünzügen, Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung, Kernbereichen für Tourismus und/oder Erholung sowie Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft darf das Land diese zukunftsorientierte, dezentrale, regionale Stromerzeugung nicht behindern oder gar unmöglich machen. Ein besonderes Augenmerk sollte hier auch auf die Potentiale der Freiflächen-Solarthermie gelegt werden. Die hier benötigte Nähe zu vorhandenen Wärmesenken steht häufig in direkter Konkurrenz zu anderen siedlungsnahen Nutzungsformen. Hier müssen möglichst früh Mehrfachnutzungen von Flächen mitgedacht werden. Den Weg zum klimaneutralen Industrieland integriert denken Das Ziel, erstes klimaneutrales Industrieland zu werden, kann nur erreicht werden, wenn Themenkomplexe wie der Ausbau der erneuerbaren Energien, die Veredelung, der Transport und die Speicherung der grünen Energie und ihrer Derivate sowie die Ansiedlung von innovativen Industriezweigen gesamtheitlich und integriert geplant werden. Die Regionalplanung berücksichtigt bisher jedoch nur bedingt Pläne für den bevorstehenden und mit den Ausbauzielen konformen Netzausbau und den damit verbundenen Flächenbedarf für Umspannwerke. Hier kann der Netzentwicklungsplan 2037/45 der ÜNBs als Leitplanke dienen. Weiterhin gibt es keinerlei Hinweise auf den bevorstehenden Aufbau eines Wasserstoffkernnetzes in Schleswig-Holstein, obwohl die [redacted] bereits den Status eines Important Project of Common European Interest genießt. Zwar wird im Entwurf für den Regionalplan III auf die Potentiale für Wasserstoff in der Region Heide/Brunsbüttel hingewiesen. Die Potentiale sind jedoch	Siehe Votum zum Thema „erneuerbare Energien“ (oben). Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	nicht im Plan abgebildet. Für eine erfolgreiche, nachhaltig geprägte Ansiedlungspolitik müssen Gewerbeflächen und der Zugang zum Strom- und ggf. Wasserstoffnetz gemeinsam geplant werden. Aus diesem Grund sollte die Regionalplanung entsprechende Potentialflächen, wo Netzzugang und Flächenpotential für Gewerbeansiedlung gegeben sind, identifizieren und ausweisen. Weiterhin sollten für eine integrierte Landesplanung, die das Ziel eines klimaneutralen Industrielandes verfolgt, mindestens Fernwärmenetze und deren geplante Ausbauziele verzeichnet werden. Auf dieser Basis lassen sich potenzielle Wärmesenken besser integrieren.	
Institution: [redacted] **ID: 1092**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_SLF_087 auf eine Überschneidung der Fläche	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	in der Gemeinde Taarstedt, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	
Institution: [redacted] **ID: 1091**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_SLF_065 auf eine Überschneidung der Fläche in der Gemeinde Wanderup, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted]	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
ID: 1090	Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_SLF_083 auf eine Überschneidung der Fläche in der Gemeinde Süderhackstedt, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted] **ID: 1089**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran.	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_NFL_120 auf eine Überschneidung der Fläche in der Gemeinde Wittbek, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted] **ID: 1088**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_SLF_102 auf eine Überschneidung der Fläche in der Gemeinde Silberstedt, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	
Institution: [redacted] **ID: 1087**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_SLF_062 auf eine Überschneidung der Fläche in der Gemeinde Sieverstedt, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	
Institution: [redacted] **ID: 1086**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_SLF_311 auf eine Überschneidung der Fläche	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	in der Gemeinde Schuby, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	
Institution: [redacted] **ID: 1085**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_SLF_108 auf eine Überschneidung der Fläche in der Gemeinde Schuby, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted]	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
ID: 1084	Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_SLF_056 auf eine Überschneidung der Fläche in der Gemeinde Rügge, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted] **ID: 1082**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran.	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche in der Gemeinde Ramstedt **(Karte gem. Anlage 1)** auf eine Überschneidung der Fläche in der Gemeinde Ramstedt, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted] **ID: 1081**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_SLF_087 auf eine Überschneidung der Fläche in der Gemeinde Loit, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	
Institution: [redacted] **ID: 1080**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_NFL_305 auf eine Überschneidung der Fläche in der Gemeinde Koldenbüttel, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	
Institution: [redacted] **ID: 1079**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_SLF_102 auf eine Überschneidung der Fläche	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	in der Gemeinde Jübek, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	
Institution: [redacted] **ID: 1077**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_NFL_085 auf eine Überschneidung der Fläche in der Gemeinde Jörl, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted]	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
ID: 1076	Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_SLF_064 auf eine Überschneidung der Fläche in der Gemeinde Janneby, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted] **ID: 1071**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran.	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_SLF_072 auf eine Überschneidung der Fläche in der Gemeinde Brebel, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: [redacted] **ID: 1063**	Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] hat auf Grundlage der bekannten Kriterien aus der Regionalplanung für die Planungsräume I bis III in Schleswig-Holstein (Windenergie an Land) eine Flächenbewertung durchgeführt und verweist auf Grundlage dieser Flächenbewertung für die Teilfläche PR1_NFL_112 auf eine Überschneidung der Fläche in der Gemeinde Ahrenviöl, Planungsraum I, mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	
Institution: [redacted] **ID: M1121**	Zu Kap. 4.7: Für die Standorte der Abwasseranlagen in Westerland, Braderup, Kämpen und List etc. wird der Bau und Betrieb von WEA (Windkraftenergieanlagen) als Beitrag zur Energiewende und Klimaneutralität gefordert.	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Die Stellungnahme wird zur Kenntnisgenommen.
Institution: UVNord - Vereinigung der Unternehmensverbände in Hamburg und Schleswig-Holstein e. V. , BDI-Landesvertretung Schleswig-Holstein **ID: M1135**	Grundsätzlich und mit Blick auf die künftige Verfügbarkeit von Energie sollte die zukünftige Ansiedlung von Gewerbe und insbesondere energieintensiver Industrie stärker entlang der vorhandenen sowie der zukünftig geplanten Energieinfrastruktur erfolgen bzw. sollte diese bei der Ausweisung von Landesentwicklungsachsen berücksichtigt werden. Vor dem Hintergrund der bundes- und landespolitisch definierten Klimaziele ergeben sich verschiedene Trends, die eine an der Energieinfrastruktur orientierte Ansiedlungsstrategie erforderlich machen: (1) Effizienz- und Emissionsminderungsanforderungen an Unternehmen führen zu zunehmender Elektrifizierung und damit steigenden Leistungsanforderungen an das Stromnetz; (2) der zügige Ausbau erneuerbarer Energie in Schleswig-Holstein und insb. in den Küstenbereichen inkl. der küstennahen Gewässer führt zu regionalem Überangebot von Grünstrom, der gemäß bundes- und	**Zu energieintensivem Gewerbe:** Die Frage der Ansiedlung und der Kriterien für energieintensive Gewerbe- und Industriebetriebe und deren Standorte in Verbindung mit Energieinfrastruktur ist nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans. Es ist jedoch eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	landespolitischer Ziele zunehmend vor Ort verbraucht werden soll; (3) der Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft in Deutschland wird zur Ansiedlung von energieintensiven Großelektrolyseuren sowie regional auch zur Umwidmung von Gasleitungen in Wasserstoffleitungen führen. Diese schon heute in Schleswig-Holstein sichtbaren Tendenzen in Verbindung mit den langfristigen Planungs- und Realisierungszeiträumen für Energieinfrastruktur machen es erforderlich, bei den raumordnerischen Vorgaben zur Gewerbeansiedlung die Energieinfrastruktur mindestens in gleichem Maße wie die Verkehrsinfrastruktur zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang sollte nach unserem Dafürhalten im Übrigen die Bedeutung von Zukunftsachsen in den Regionalplänen klar hervortreten. Insbesondere die Fehmarnbelt-Achse von Fehmarn nach Hamburg eröffnet Schleswig-Holstein enorme Potenziale, die sich auch in den Regionalplänen abbilden sollten. So hat es auch der Landtag beschlossen und so ist es im Koalitionsvertrag vereinbart. Durch umfassende Potenzialflächen und eine gewisse Flexibilität sollte aus den Regionalplänen daher auf den ersten Blick ersichtlich sein, dass dieser Achse eine besondere Bedeutung zukommt. Wir begrüßen ferner, dass bei der landespolitisch angestrebten Ausweitung der Flächen für Windenergie weiterhin vom Instrument der Landesplanung und der Ausweisung von Vorranggebieten Gebrauch gemacht werden soll. Dies erlaubt diese eine vorausschauende und effiziente Netzentwicklung und ist gleichzeitig geeignet, die ambitionierten Ziele im Bereich der Windenergie zu erreichen. Vor diesem Hintergrund weisen wir ausdrücklich darauf hin, dass der Zubau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in Schleswig-Holstein mittlerweile seit Jahren in einer Größenordnung erfolgt, die aus netzplanerischer Sicht ebenfalls raumordnerische Steuerung erfordern würde. Die vorliegenden Instrumente (Beratungserlass zur Planung großflächiger Solar-Freiflächenanlagen, Erfassung im Flächenmanagementkataster) sind begrüßenswert, bieten aber keine vergleichbare Planungsgrundlage für den mittel- bis langfristigen Netzausbau. Aus dem raschen und weitgehend ungesteuerten Zubau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen ergibt sich eine hohe Wahrscheinlichkeit für zukünftig wieder zunehmende Netzengpässe sowie damit verbundene Kosten durch Entschädigung- und Ausgleichszahlungen, die sich mittelbar auf die regionale Akzeptanz der Energiewende auswirken können. In den Entwürfen der Regionalpläne werden nach unserem Dafürhalten zu wenig mögliche Gewerbe- und Industrieflächen ausgewiesen. Es braucht wesentlich mehr Flächen, auf denen potenziell Gewerbeansiedlungen möglich sind, um Interessenten eine	**Zum Thema Solarenergie:** In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Der Regionalplan-Entwurf enthält keine Regelungen zu Solar-Freiflächenanlagen. Diese sind Gegenstand des LEP 2021. Daran soll festgehalten werden. **Zur gewerblichen Flächenvorsorge:** Im Zuge der Neuaufstellung der Regionalpläne sind die regionalen Gewerbeflächenentwicklungskonzepte und die Planungen der Gemeinden ausgewertet, im Rahmen der Abwägung berücksichtigt und mit den Instrumenten der Regionalplanung (zum Beispiel durch die Festlegung von überregionalen Standorten für Gewerbegebiete an den Landesentwicklungsachsen) umgesetzt worden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Auswahl möglicher Flächen anbieten zu können. Der Hinweis, dass im Zweifel bei Interesse weitere Flächen geprüft werden könnten, ist unzureichend, zumal solche Prüfprozesse lange dauern, Investitionsentscheidungen aber in kurzen Zeitfenstern getroffen werden. Mehr Potenzialflächen bedeutet dabei nicht, dass diese auch alle vollständig für Gewerbe genutzt werden. Aber wenn interessierten Unternehmen keine Auswahl geboten wird, kann diese mangelnde Flexibilität durchaus zu negativen Investitions- und Ansiedlungsentscheidungen führen. Das Koalitionsziel „Industrieland“ muss sich auch in den Regionalplänen wiederfinden: Die Koalition strebt richtigerweise an, dass Schleswig-Holstein zum ersten klimaneutralen Industrieland werden soll. Zur Wahrheit gehört dabei, dass Schleswig-Holstein bisher kein vornehmliches Industrieland war, sondern nur sehr wenig Industrieunternehmen beherbergt. Das Ziel, Industrieland werden zu wollen, muss daher zwangsweise bedeuten, dass man Industrieansiedlungen befördern möchte, wozu die o.a. Ausweisung entsprechender Industrieflächen in den Regionalplänen notwendig ist. Industrieunternehmen brauchen dabei in der Regel große zusammenhängende Flächen. Der Fokus auf Bestandsflächen oder Flächenrecycling wird nicht reichen, wenn man Schleswig-Holstein tatsächlich zum Industrieland machen möchte. So wäre aktuell zum Beispiel eine weitere Ansiedlung in der Größe von [redacted] im Land gar nicht möglich, da keine entsprechenden Flächen in den Regionalplänen vorhanden wären. Von solchen Ansiedlungen profitieren Hamburg und SH gleichermaßen, da beim Beispiel [redacted] die Produktion in SH und die Verwaltung in HH geplant ist.	
Institution: Vernunftkraft. Schleswig-Holstein e.V. **ID: M1134**	Die vorgelegten 1. Entwürfe für die Neuaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I bis III sind nach Auffassung von Vernunftkraft Schleswig-Holstein e.V. durch schwere konzeptionelle Fehler gekennzeichnet. Das Ziel, den Landesentwicklungsplan mit dieser Regionalplanung zu konkretisieren, kann durch die Auslagerung von relevanten Teilaspekten – insbesondere der Flächenplanung für die Installation von weiteren Windkraftanlagen (Sachthema Wind) sowie der Freiflächenfotovoltaik - nicht sinnhaft erreicht werden. Es ist zunächst absolut nicht nachvollziehbar, wieso die Planung von Freiflächenfotovoltaik überhaupt keinen Eingang in die Flächenplanungen gefunden hat. Nach Angaben der [redacted] beträgt allein der derzeitige Antragsbestand an Freiflächenanlagen 16 GW Leistung. Bei einem durchschnittlichen Flächenbedarf von 1 ha/MW wäre somit bereits heute etwa 1 % der Landesfläche erforderlich. Hochgerechnet auf den 15- jährigen Planungshorizont der Regionalpläne bedeutet das einen Flächenverbrauch von 2,9 ha/Tag! Auch die [redacted] fordert in öffentlich zugänglichen	**Zum Thema Windenergie und Photovoltaik:** Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Unterlagen, dass eine fehlende belastbare Planungsgrundlage für die Freiflächen PV einen vorausschauenden Netzausbau erschwert bzw. sogar verzögert (siehe z. B. Präsentation auf der Amtsleitertagung des [redacted] am 31.3.23). Der PV-Beratungserlass des Innenministeriums vom 1.9.21 ist für eine geordnete Flächenplanung absolut unzureichend. Aktuell entsteht landesweit in vielen Gemeinden Wildwuchs durch völlig unkoordinierte Planung und Umsetzung von Solarflächen. Da diese Flächen häufig in direktem Konflikt zu anderen Nutzungen stehen, ist eine Flächenplanung der Freiflächen-PV analog zur Windenergieplanung unabdingbar und muss zwingend in einen weiteren Entwurf der Regionalpläne aufgenommen werden. Nur so kann mit dieser Planung vor allem auch den anderen Schutzgütern (Umweltschutz, Artenschutz, Immissionsschutz) realistisch Rechnung getragen werden. Dasselbe gilt besonders auch für die Windflächenplanung: Es ist nicht sachgerecht, dass das Thema Windflächenplanung bei der aktuellen Neuaufstellung überhaupt keine Berücksichtigung findet. Es wurden lediglich die 2020 in der Teilaufstellung beschlossenen Wind-Vorranggebiete nachrichtlich übernommen. Die Landesplanung hat aber bereits angekündigt, dass die Windflächenplanung parallel ab 2023 wieder aufgenommen wurde mit dem Ziel, insgesamt 3 % der Landesfläche für die Windenergie auszuweisen. Hierzu werden bis Jahresende die Kriterien erarbeitet und ein erster Entwurf der neuen Pläne soll 2024 veröffentlicht werden (Aussage von [redacted] von der Landesplanung auf der Windwert 2023 in Kiel Ende August 23). Es macht keinen Sinn, die Windflächen-Planungen parallel zur übrigen Regionalplanung durchzuführen. Wir erwarten, dass die Windplanung direkt in die laufende Regionalplanung integriert wird, wofür es eine Reihe von Gründen gibt. So hat eine Ausweitung der Windflächen um 50 % massive Auswirkungen auf Raum und Landschaft, die sich auf zahlreiche Raumnutzungen direkt auswirkt. Hinzu kommt, dass der Ausbau der Windenergie laut Bundesgesetz neuerdings im überragenden öffentlichen Interesse liegt und Vorrang vor anderen Nutzungen bekommen soll. Es ist ohne die Kenntnis von zukünftigen weiteren Vorranggebieten für Windkraft z. B. nicht möglich, seriös Siedlungsentwicklungen zu planen. Auch die in der aktuellen Aufstellung thematisierte Bewertung von Kumulationsräumen ist ohne Aufnahme der neuen Windflächenplanung reine Makulatur. Zweifelhaft ist in den aktuellen ersten Entwürfen auch die Berücksichtigung der nachrichtlich eingetragenen Wind-Vorranggebiete. Durch erhöhte Lärmimmissionen von Bestands-WKA wird die Siedlungsentwicklung bereits jetzt erheblich gehemmt. Nach Einführung des neuen Schallberechnungsverfahren 2017 (Interimsverfahren) sind geplante Siedlungsflächen nicht mehr bebaubar, da die nächtlichen Grenzwerte am vielen	Die aufgeführten Hinweise können zu gegebener Zeit im dortigen Beteiligungsverfahren eingebracht werden. Der Regionalplan-Entwurf enthält keine Regelungen zu Solar-Freiflächenanlagen. Diese sind Gegenstand des LEP 2021. Daran soll festgehalten werden. Es ist jedoch eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird an dieser Stelle auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. **Zum Thema Biodiversität und Fachkonzepte und Flächensparen:** Der Landesentwicklungsplan LEP 2021 legt zudem fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitels 6.2.1 LEP 2021 sowie Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Hierüber findet eine umfangreiche Freiraumsicherung in allen Planungsräumen statt. Die Biodiversitätsstrategie mit ihren Kernaktionsräumen sowie die weiteren in der Stellungnahme genannten Konzepte gehört nicht zu den Kriterien des LEP 2021 beziehungsweise der oben genannten Fachplanung.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Orten mit großem Anlagenbestand insbesondere im Westen des Landes bereist jetzt erheblich überschritten werden, z.B. im Siedlungsgebiet von Marne um bis zu 5 dB(A). Das 2017 vom damaligen MELUND versprochene Überwachungskonzept von Altanlagen wurde bis heute weder veröffentlicht noch umgesetzt. So wird eine räumliche Steuerung der Siedlungsentwicklung in vielen Gemeinden zur Farce. Der Landesverband Vernunftkraft Schleswig-Holstein sieht auch keine Ambitionen, in der Neuaufstellung der Regionalpläne die Anpassungen an den Klimawandel engagiert anzugehen. Es fehlen zum Beispiel ein Biodiversitätskonzept, ein Moorbodenkonzept, ein Aufforstungskonzept, ein Konzept zum nachhaltigen Wassermanagement und ein Flächen-Entsiegelungskonzept. Den Vorgaben der Landesregierung in Schleswig-Holstein entnehmen wir, dass das Bundesland als erstes klimaneutral werden soll. Den Entwurfsunterlagen für die Planungsräume I bis III nach zu urteilen, wird allerdings dieser Thematik nur ein sehr begrenzter Raum gegeben. Wie der Flächenverbrauch im Land bis zum Jahr 2030 auf unter 1,3 ha pro Tag konkret gehalten werden kann, wenn weitere Siedlungs- und Gewerbeflächen, Straßen, Windeignungsflächen und Flächen für Photovoltaik ausgewiesen werden sollen, ist uns unverständlich. Naturschutzgebiete und regionale Grünzüge dürfen durch weiteren Flächenverbrauch nicht gefährdet werden. Die Menschen brauchen Kerngebiete für Erholung, diese dürfen weder optisch bedrängt noch durch Lärm beeinträchtigt werden. Es scheint, dass sich der Planungsprozess zum reinen Selbstzweck entwickelt, da der vorgelegte Entwurf kein einziges wirklich zukunftsrelevantes Thema berührt.	Die Vorranggebiete für die Windenergie der Teilneuaufstellungen der Regionalpläne II und III aus dem Jahr 2020 sind rechtskräftig und werden daher weiterhin nachrichtlich dargestellt. Die Zielsetzung zur Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme wird in der Regionalplanung nicht auf die jeweilige Gemeinde heruntergebrochen. Es ist Aufgabe der Kommunen, im Rahmen der Bauleitplanung die Grundsätze zur Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme zu berücksichtigen. Insofern sind weitere Konkretisierungen gegenüber dem LEP 2021 nicht Gegenstand dieses Kapitels. Des Weiteren wird darauf hingewiesen, dass innerhalb der regionalen Grünzüge keine weitere planmäßige Besiedelung stattfinden soll. Insofern ist der Schutz von regionalen Grünzügen gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Familienbetriebe land und Forst Schleswig-Holstein e.V. **ID: M1125**	<u>4. Windenergie / FreiflächenPV</u> In den jeweiligen Ziffern 4.7. der Plantexte wird ein redaktioneller Hinweis gegeben, wonach das Kapitel 4.7. Windenergie an Land Gegenstand eines rechtlich eigenständigen Verfahrens zur Teilaufstellung der Regionalpläne war. Der redaktionelle Hinweis unterstellt, dass diese Teilaufstellung geltend bleibt. Das ist jedoch nach dem Urteil des OVG Schleswig vom 5. April 2023 (5 KN 53/21) zur Teilfortschreibung Wind im Planungsraum I alles andere als selbstverständlich. Das Urteil verwirft die Teilfortschreibung, weil Flächen innerhalb zweier geplanter Landschaftsschutzgebiete als Potenzialflächen für Windkraft hätten berücksichtigt werden müssen. Das Abwägungsergebnis hätte bei entsprechender Berücksichtigung Auswirkungen auf den Gesamtplan gehabt. Weil also u.a. deshalb absehbar ist, das die Teilaufstellung des	**Zum Thema Windenergie an Land:** Die nachrichtliche Übernahme der Vorranggebiete für die Windenergie entsprechend der Teilneuaufstellungen der Regionalpläne 2020 wird an die aktuelle Rechtslage angepasst. In den Regionalplan-Entwürfen II und III werden die Vorranggebiete weiterhin nachrichtlich darstellt; dies entfällt im Regionalplan-Entwurf für den Planungsraum I.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Regionalplanes für den Sachbereich Windenergie geltend bleibt, sollte der zwischenzeitlich von der Landesregierung beschlossene Zeitplan im Kapitel 4.7. und die wesentlichen Inhalte dargestellt werden. Nach den uns vorliegenden Informationen soll noch im Jahr 2023 die Planneuaufstellung vorbereitet werden, u.a. mit einem neuen Plankonzept zur Erreichung des Flächenziels und mit einem Eckwertebeschluss des Kabinetts. Im Jahr 2024 soll dann ein erster Planentwurf und eine erste Anhörung durchgeführt werden, im Jahr 2052 soll ein zweiter Planentwurf erstellt und eine zweite Anhörung durchgeführt werden; für das Jahr 2026 ist die Fertigstellung der Planung avisiert, wobei absehbar ist, dass erheblich weitere Flächen als Standorte für die Erzeugung von Windenergie erschlossen werden. Darauf sollte in der Regionalplanung hingewiesen werden. Des Weiteren fällt auf, dass die Plantexte keine Ausführungen zur FreiflächenPhotovoltaik enthalten. Wir beobachten in der Praxis eine mangehafte Beachtung des § 2 EEG und regen an, im Plantext auf die besondere Bedeutung auch der FreiflächenPV einzugehen. Das Gesetz stellt fest, dass diese Anlagen im überragenden öffentlichen Interesse liegen und der öffentlichen Sicherheit dienen. Die erneuerbaren Energien sollen als vorangiger Belang in die jeweils durchzuführenden Schutzgüterabwägungen eingebracht werden. Damit ist ein hohes Planungsgewicht der Freiflächen-Photovoltaik für die Planabwägung konstituiert, welches mit dem Schweigen der Plantexte zu diesem Sachbereich nicht vereinbar ist.	Das Thema Windenergie an Land ist, wie Sie bereits schreiben, Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Weitere Angaben zur Zeitplanung und wesentlichen Inhalten werden im Kapitel 4.7 daher nicht gemacht. **Zum Thema Freiflächen-Photovoltaik:** Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. An dieser Stelle wird auch auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Amtes Föhr-Amrum, Klimaschutz- und Nachhaltigkeitsbeauftragten und Bau- und Planungsamtes ID: M1133	<u>Zu „Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung“ (Kapitel 2.7):</u> Zeitrahmen und Festlegungen des Regionalentwicklungsplans passen nicht (mehr) in eine Zeit, in der Klimaschutz das Gebot der Stunde ist und die zuständigen Ministerien auf Bundes- und Landesebene entsprechende Gesetz schaffen bzw. novellieren (bspw. Gebäudeenergiegesetz, Wärmeplanungsgesetz, Erneuerbare Energiengesetz, Energie- und Klimawendegesetz SH). Der Regionalentwicklungsplan und der damit festgelegte Planungshorizont von 15 Jahren macht es unmöglich, Gemeinden und Städte dynamisch und den Zielen des Klimaschutz gerecht werdend zu entwickeln. Insbesondere die Nordfriesischen Inseln Föhr und Amrum, unter anderem wegen ihrer Einstufung als	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die Regionalplanung folgt den gesetzlichen Aufträgen aus ROG und LaPlaG. Die in den Plänen teilweise vorgesehenen Ausnahmeregelungen sowie die generelle Möglichkeit der Zielabweichung gibt Instrumente vor, mit denen flexibel auf sich ändernde Rahmenbedingungen reagiert werden kann. Der Regionalplan-Entwurf enthält keine Regelungen zu Solar-Freiflächenanlagen. Diese sind Gegenstand des LEP 2021. Es soll daran festgehalten werden,

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung, haben mit Blick auf die Entwicklung von Flächen zur Nutzung erneuerbarer Energien zu wenig Spielraum, um ihren angestrebten Beitrag zu Energiewende und Klimaschutz zu leisten. Wie sollen die Inseln und ihre Gemeinden in den kommenden 16 Jahren klimaneutral werden, wenn der Regionalentwicklungsplan ihnen in den kommenden 15 Jahren dafür keine Entwicklungsmöglichkeiten aufzeigt? Unter diesen Rahmenbedingungen ist die Energiewende (nicht nur) auf den Inseln nicht zu schaffen. Gemeinden erstellen geförderte Quartierskonzepte, gehen ins Sanierungsmanagement, werden zur kommunalen Wärmeplanung gesetzlich verpflichtet – aber der beste Wärmeplan ist wertlos, wenn man ihn und die Maßnahmen, die nötig sind, um Wärme- und Stromversorgung lokale und klimaneutral sicherzustellen, nicht umsetzen kann. Hier ist mehr Flexibilität und Abstimmung, auch interministeriell, gefordert.	dass die Thematik im landesweiten Raumordnungsplan geregelt wird. Nach Kapitel 4.5.2 Absatz 3 LEP 2021 gehören Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung sowie Kernbereiche für Tourismus und/oder Erholung zu den Gebieten, in denen keine raumbedeutsamen Solar-Freiflächenanlagen errichtet werden dürfen (Ausnahmen bilden vorbelastete Flächen, die aufgrund vorhandener Infrastrukturen, insbesondere an Autobahnen, Bahntrassen und Gewerbegebieten, ein eingeschränktes Freiraumpotenzial aufweisen). Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein, Keine Abteilung **ID: 1100**	Zunächst möchten wir betonen, dass unsere Anmerkungen deckungsgleich für alle drei Pläne eingereicht werden. Wir bitten um Verständnis, dass uns eine kleinteiligere Bearbeitung für die einzelnen Planungsräume und Regionen nicht möglich ist. Die Land- und Forstwirtschaft ist in Schleswig-Holstein nach wie vor ein bedeutender Wirtschaftszweig. Die Landwirtschaft hat über die Jahrhunderte die Kulturlandschaft geprägt, die Versorgung mit Nahrung und Rohstoffen sichergestellt und im ländlichen Raum für stabile soziale Strukturen und vor- und nachgelagerte Arbeitsplätze gesorgt. In kürzerer Vergangenheit kommt ihr erheblicher Beitrag zur erforderlichen Energiewende durch Windkraft-, Biogas- und Photovoltaik-Anlagen noch hinzu. Die gesellschaftlichen Anforderungen, z. B. in Bezug auf die Biodiversitäts- und Klimakrise oder auch die zukünftige Nutzung der moorigen Standorte, werden die Landwirtschaft zu weiteren Anpassungsprozessen veranlassen, die aber immer an den Standort im ländlichen Raum gebunden sind.	**Zum Thema Landwirtschaft:** Der LEP 2021 hat im Kapitel 4.8 Festlegungen zur Landwirtschaft getroffen. Er enthält an dieser Stelle keinen Auftrag an die Regionalplanung zur Konkretisierung der dort enthaltenen landesweit geltenden Regelungen. Darüber hinaus verzichten die Regionalpläne weitgehend auf Wiederholungen von Zielen und Grundsätzen des LEP 2021 (siehe dazu auch das Kapitel Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt der Regionalplan-Entwürfe). Vielmehr ergeben sich die raumordnerischen Rahmenbedingungen aus LEP 2021 und Regionalplänen gemeinsam. Insofern werden die landesweiten Festlegungen zur

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Die erhebliche Bedeutung der Landwirtschaft zeigt sich auch darin, dass in allen Planungsräumen der Anteil der landwirtschaftlichen Nutzfläche über 65 % liegt und im eher ländlich geprägten nördlichen Planungsraum I sogar knapp 75 % erreicht. Diese Kulturlandschaft ist auch Grundlage für den Tourismus, der nicht nur an den Küsten, sondern auch im ländlich geprägten Binnenland einen starken Wirtschaftsfaktor darstellt. Die Flächenwirkung der Landwirtschaft ist also von großer Bedeutung. Insofern ist es unverständlich, warum der Landwirtschaft/Agrarwirtschaft in den Planentwürfen kein eigenes Kapitel gewidmet wird, in dem die Bedeutung der Landwirtschaft für den ländlichen Raum, wie oben dargelegt, anerkannt und analog zu den anderen Themenschwerpunkten im Kapitel 2 „Regionale Freiraumstruktur“ mit eigenen Zielen und Grundsätzen als strukturell bedeutsam gewürdigt wird. Wir bitten darum, dass dieses nachgeholt wird. Die Landwirtschaft ist naturgemäß immer auch Flächenbereitsteller für Siedlung, Infrastrukturprojekte und weiteres gewesen. Da diese Funktion aber nur einmal möglich und damit irreversibel ist und zudem sowohl Bundes- als auch Landesregierung die Verringerung der Flächeninanspruchnahme zum politischen Ziel erklärt haben, sollte die Landwirtschaft nicht allein auf die Funktion der Flächenbereitstellung reduziert werden. Den Aussagen, den Flächenverbrauch weiter zu reduzieren und z. B. Innenentwicklung vor Außenentwicklung mit Flächeninanspruchnahme anzustreben, können wir daher zustimmen. Die Forstabteilung der Landwirtschaftskammer verweist auf das Thema „Rotwildwegeplan“. Die wenigen noch gangbaren Wanderkorridore für das Rotwild im Land sollten bei der Planung weiterer Infrastruktur- und Siedlungsachsen Beachtung finden und durchgängig bleiben. Der Landesjagdverband hat dazu ausführlich Stellung genommen.	Landwirtschaft im Kapitel 4.8 des LEP 2021 als ausreichend angesehen. Es wird ergänzend darauf hingewiesen, dass verschiedene Regelungsinhalte der Regionalplan-Entwürfe auch der Sicherung landwirtschaftlich genutzter Flächen dienen (zum Beispiel regionale Grünzüge). **Zum Rotwildwegeplan:** Der Landesentwicklungsplan 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitels 6.2.1 LEP 2021 sowie Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Die Inhalte des Rotwildwegeplans gehören nicht zu den Kriterien des LEP 2021 beziehungsweise der oben genannten Fachplanung. Es wird aber darauf hingewiesen, dass die Siedlungsachsen in den Ordnungsräumen von Hamburg, Kiel und Lübeck durch Grünzäsuren unterbrochen sind, um Freiraumverbindungen zu gewährleisten. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Kreisverwaltung Nordfriesland,	Der Entwurf des Regionalplanes nimmt seine Aufgabe als steuerndes Instrument der Raumordnung nicht in ausreichender Art und Weise an. Er ist insofern wenig mehr als ein Dokument der nachrichtlichen Übernahme verschiedener Rechtsbereiche, da er darüber hinaus keinerlei Feinsteuerung vornimmt, um bestehende räumliche Nutzungskonflikte	Die allgemeine Kritik wird zur Kenntnis genommen. Erläuternd wird darauf verwiesen, dass der LEP 2021 vorgibt, welche Inhalte und Themen in den Regionalplänen festzulegen und zu konkretisieren

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
Kreisverwaltung Nordfriesland ID: 1099	aufzulösen oder auch bestehende Freiraumpotentiale sowie die Kulturlandschaft als Allgemeingut zu schützen. Dies steht im direkten Widerspruch zum Landesentwicklungsplan, dem dort formulierten Nachhaltigkeitsgedanken und auch direkt mit dem dort bereits formulierten Flächensparziel. Der Freiraum unterliegt insbesondere durch die aktuelle energiepolitische Entwicklung des Bundes einem massiven Nutzungsdruck. Der Regionalplanentwurf beinhaltet keinerlei Lösungsansätze, diesen Nutzungsdruck zu ordnen, darüber zu steuern und mithin Freiraumplanung nachhaltig zu gestalten. Wiederholte Parolen nützen nichts, wenn dem Entwurf konkrete Lösungsansätze und der Wille zur Gestaltung fehlen. Insofern ist der derzeitige Entwurf des Regionalplanes an seinem Auftrag gescheitert. Gerade in Zeiten der Energiewende und veränderter auch globaler Rahmenbedingungen in Verbindung mit einer stärker reglementierten Vorgabe beim Verbrauch und der Nutzung von Flächen ist eine konstruktive und zukunftsgerichtete Ausrichtung des Ansiedlungsmanagements grundsätzlich von großer Bedeutung. Der energiepolitische Vorteil der Westküste u. a. in Bezug auf die lokale Strom- und Wasserstoffproduktion ist im Regionalplan zu benennen und dadurch planerisch bereits auf eine verbindliche inhaltliche Ebene zu heben. Aufgrund der aktuellen, zum Teil sehr schnellen energiepolitischen Entwicklungen und der deswegen erforderlichen Neubewertung von Standortfaktoren auf lokaler und überregionaler Ebene wird es erforderlich, ein flexibleres Ansiedlungsmanagement zu betreiben, als es auf Grundlage der bisherigen Regionalplanung und des jetzigen Entwurfs möglich war und ist. Der Kreis Nordfriesland muss in der Lage sein, zum Teil kurzfristig auf Ansiedlungsbestrebungen zu reagieren und dies auch auf Flächen, die ggf. nicht im Regionalplan betrachtet und/oder benannt werden. Dafür müssen die notwendigen Grundvoraussetzungen durch definierte Rahmenbedingungen geschaffen werden. Es bedarf insofern übergeordneter Aussagen in der Regionalplanung unter Anderem auch dahingehend, wie Abstimmungs- und sich ggf. anschließende Raumordnungs- und Bauleitverfahren beschleunigt werden können. Ferner ist hinsichtlich des angestrebten Flächenverbrauchsziels von 1,3 ha/Tag nicht nur die Siedlungsentwicklung mit zu rechnen. Insbesondere die Flächeninanspruchnahme durch Freiflächensolaranlagen, vor allem durch Photovoltaikanlagen, ist in diese Rechnung mit einzubeziehen. Die entsprechende Nutzung entzieht dem Freiraum Fläche und hat in der Regel eine weitreichende Wirkung. Der Verweis auf einen neuen Regionalplan zum Sachthema Wind und PV wird	sind. Ebenso ist der Landschaftsrahmenplan eine wichtige fachliche Grundlage für die Regionalplanung. Es wird darauf hingewiesen, dass Schleswig-Holstein sich verpflichtet hat, sein Handeln an den globalen Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen-Resolution „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ auszurichten. Dieses ist in der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes entsprechend dokumentiert. Die Regionalpläne leisten hier einen wesentlichen Beitrag, indem sie durch verschiedene Instrumente (unter anderem Regionale Grünzüge, Grünzäsuren, Vorranggebiete für den Naturschutz, Grundwasserschutzbereiche und Hochwasser- und Küstenschutzbereiche) den Schutz von Freiräumen gewährleisten und in hochverdichteten und -belasteten Regionen die Siedlungsentwicklung steuern und begrenzen. Der Ausbau erneuerbarer Energien und eine Förderung umweltfreundlicher Mobilität liegen nicht im Kompetenzbereich dieser Regionalpläne, sondern sind Gegenstand eigenständiger Fachplanungen. Ersterem werden eigene Teilfortschreibungen der Landesentwicklungsplanung (hier ist eine Teilfortschreibung zum Thema Gewerbe und Energieversorgung geplant) sowie der Regionalpläne gewidmet, letzteres wird durch die Landesplanung indirekt gefördert und fachübergreifend miteingeplant. Die Flächen werden nachrichtlich übernommen und so für potentielle Energiewende- und Verkehrswendeinfrastruktur gesichert. Bezüglich der Zielsetzung zur Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme wird auf die geltenden Aussagen des LEP 2021 in den Kapiteln 3.9 (Städtebauliche Entwicklung) und 6.1 (Klimaschutz und Klimaanpassung) hingewiesen. In der Regionalplanung werden die Zielsetzungen nicht auf die jeweilige Gemeinde oder Nutzungsart

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	grundsätzlich als nicht ausreichend erachtet. Grundzüge der räumlichen Steuerung hätten bereits jetzt benannt werden können.	heruntergebrochen. Es ist Aufgabe der Kommunen, im Rahmen der Bauleitplanung die Grundsätze zur Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme zu berücksichtigen. Weitere Einschränkungen durch die Regionalplanung sind nicht Gegenstand des Plans. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
ID: 1099	HSG Planung: Aufgrund des Windenergieflächenbedarfsgesetzes ist absehbar, dass das Land in Kürze neue Vorranggebiete für die Windenergie per Verordnung festlegen wird. Es wird seitens des Kreises dabei gefordert, dass vorrangig bereits mit Windenergieanlagen „vorbelastete“ Gebiete erweitert werden, anstatt in unberührte Bereiche von Natur und Landschaft vorzudringen. Im Gebiet des Kreises Nordfriesland sind derzeit fünf Vorranggebiete für Repowering ausgewiesen: Galmsbüll (PR1_NFL_O39), Löwenstedt / Sollwitt (PR1_SLF_O7O), Högel (PR1_NFL_089) und Wittbek (PR1_NFL_118 und PR1_NFL_120). Durch die bisherige Zweckbindung an ein *Repowering* wird die Anzahl an Standorten für Windenergieanlagen perspektivisch abnehmen. Es ist daher zu überlegen, inwieweit diese bereits mit Windenergieanlagen bebauten Gebiete nicht auch zukünftig (uneingeschränkt) der Windkraft zur Verfügung stehen sollten. Ohne die neue Teilfortschreibung Wind vorwegzunehmen, könnte bereits im Zuge der Neuaufstellung des Regionalplans unter Beibehaltung des bisherigen Flächenzuschnitts (nur) die Zweckbindung an ein Repowering entfallen und die Flächen für den zu erreichenden Flächenwert damit voll „angerechnet“ werden.	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet.
ID: 1099	*Weiterführende Bestimmungen zu Freiflächensolarenergieanlagen* HSG Planung: Es wird grundsätzlich eine andere Umgehensweise mit der Kulturlandschaft als Allgemeingut eingefordert. Eine Energiewende braucht Platz, aber gerade deswegen auch eine das Allgemeinwohl und alle öffentliche Belangen umfassende räumliche Steuerung. Es ist beispielsweise ein großes Defizit, innerhalb des jetzigen Entwurfs nicht einmal die	Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	bestehenden bundespolitischen Anforderungen an Wind- und PV-Flächenbedarfen zu benennen, die bereits aus den jeweiligen Strategien des Bundes abgeleitet werden können. Der Entwurf des Regionalplans erhält keine zentralen Aussagen zum Umgang mit Freiflächensolaranlagen (Photovoltaik, Solarthermie), obwohl diese Anlagen in der Regel aufgrund ihrer Größe von > 4 ha als raumbedeutsam einzustufen sind. Der Kreis Nordfriesland hatte in der Vergangenheit, insbesondere während des Aufstellungsverfahrens zur Fortschreibung des LEP, auf ein Steuerungserfordernis seitens des Landes hingewiesen und dieses auch eingefordert. Zwar wurden im Rahmen des LEP einige wenige Ausschlussflächen allgemein als raumordnerisches Ziel festgelegt, eine gesamträumliche Steuerung erfolgte indes nicht. Im Zuge der aktuell stattfindenden Energiewende ist das Thema Freiflächensolarenergieanlagen ein omnipräsentes Thema im Planungsraum und darüber hinaus. Angesichts der Ziffer 4.5.2 Absatz 7 (G) des LEP, in der es heißt, dass eine Konkretisierung der Vorgaben zu Freiflächen-Photovoltaik- und Solarthermieanlagen in den Regionalplänen durch Festlegung von Grundsätzen und Zielen der Raumordnung erfolgen kann, ist es unverständlich, dass hierzu im aktuellen Entwurf keine diesbezüglichen Aussagen getroffen werden. Hier wäre als Minimalanforderung zumindest zu erwarten gewesen, dass der sogenannte PV-Freiflächenerlass (Gemeinsamer Beratungserlass des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung und des Ministeriums für Energie, Landwirtschaft, Umwelt, Natur und Digitalisierung vom 01. September 2021) sich mit seinen wesentlichen Inhalten im aktuellen Entwurf des Regionalplans wiederfindet, um die dortigen Regelungen von einem behördlichen Erlass auf eine verbindlichere Planungsebene zu heben. Daneben wäre zu erwarten gewesen, dass sich die Planverfasserin auf Regionalplanungsebene mit den spezifischen örtlichen Standortvoraussetzungen des Planungsraums auseinandergesetzt hätte, um hier weitere verbindliche Aussagen zu treffen, sei es als Ziel oder als Grundsatz der Raumordnung. Aus Sicht des Kreises wird zudem eine Neubewertung des Zusammenspiels zwischen Vorrangflächenflächen für die Windenergie und kommunalen Bauleitplanungen zur Errichtung von PV-Anlagen gefordert, um dem gesetzlichen Auftrag des Freiraumschutzes zu folgen. Die gleichzeitige Nutzung von Windkraft und Freiflächen-PV in den ohnehin durch Windenergieanlagen vorbelasteten Räumen ist sinnvoll, möglich und sollte zum Schutze des Freiraumes deswegen auch grundsätzlich regionalplanerisch verankert werden. Im Gebiet des Kreises Nordfriesland gibt es hierfür Beispiele für eine gelungene Umsetzung (z.B. in den Gemeinden Ellhöft und Bosbüll), allerdings haben sich die Planverfahren als äußerst mühsam dargestellt, da erst grundsätzliche Vorbehalte seitens	hinaus wird an dieser Stelle auch auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	des Landes überwunden werden mussten. Der dann doch gefundene bauleitplanerische Lösungsweg zeigt, dass eine gleichzeitige Nutzung unterschiedlicher Energieerzeugungsanlagentypen im selben Raum möglich ist, wenn bestimmte planerische und verfahrenstechnische Grundsätze eingehalten werden. Es wird daher angeregt, dass das erprobte und mit dem Planungsträger der Raumordnung abgestimmte Verfahren in den Regionalplan aufgenommen wird, um einerseits eine entsprechende und als notwendig erachtete Signalwirkung zu erzeugen und andererseits bürokratische Hemmnisse bei der Energiewende weiter abzubauen. Weitere grundsätzliche Inhalte werden im Zuge der bevorstehenden Regionalplanaufstellung zu den Sachthemen Wind und PV vorgetragen werden. Der derzeitige Bearbeitungsstand dieses Themas zum jetzigen Regionalplanentwurf ist äußerst misslich, eben weil eine räumliche Steuerung (für den Bereich PV schon seit einigen Jahren) unbedingt erforderlich wird.	
ID: 1099	Zusätzliche Hinweise und Anregungen Kritische Infrastrukturen HSG Planung: In Ziffer 5.7 Absatz 6 (G) des LEP heißt es: „*Bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen sollen die Belange Kritischer Infrastrukturen und ihr Schutzbedarf frühzeitig auf allen Ebenen der räumlichen Gesamtplanung sowie der raumbedeutsamen Fachplanungen berücksichtigt werden. In den Regionalplänen können Aussagen zur Kritischen Infrastruktur räumlich weiter konkretisiert werden.*“ In der Begründung hierzu heißt es weiter: „*Nahezu sämtliche Lebensbereiche sind in Schleswig-Holstein vom funktionieren Kritischer Infrastrukturen abhängig. Ohne technische Basisinfrastruktur für Stromversorgung, Kommunikationstechnik oder Transport können die meisten sozialen Infrastrukturen nicht betrieben werden. Aber auch umgekehrt sind technische Basisinfrastrukturen auf funktionsfähige soziale Infrastrukturen angewiesen, wie etwa ein wirksames Rechtssystem oder Rettungswesen. Aus Gründen des Bevölkerungsschutzes soll im Fall einer Krise, wie zum Beispiel extremer Naturereignisse, eines Störfalls oder eines Terroranschlags, die Funktionsfähigkeit der Einrichtungen, Organisationen und Anlagen der Kritischen Infrastruktur möglichst weitestgehend aufrechterhalten werden. Die Gewährleistung des Schutzes der Kritischen Infrastruktur ist daher eine Aufgabe kommunaler und staatlicher Gesamtplanungen, der Fachplanungen, aber auch der privaten Sicherheitsvorsorge.* ***Neben der kommunalen***	Bezüglich der Ausführungen zum Schutz kritischer Infrastrukturen wird zudem auf die bundesweite Gesetzeslage verwiesen, wonach das Bundesgesetz zum Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS-Dachgesetz) zur Umsetzung der EU-Richtlinie über die Resilienz kritischer Einrichtungen (Critical Entities Resilience-CER-Richtlinie, EU-Richtlinie 2022/2557) bisher nicht in Kraft ist; ein Referentenentwurf befindet sich derzeit in der Abstimmung. Mit in Krafttreten des KRITIS-Dachgesetz werden bundeseinheitliche und sektorübergreifende Mindeststandards für den physischen Schutz von KRITIS-Anlagen definiert, welche eine Grundlage für raumordnerische Steuerungsinstrumente bilden. Die Landesplanung nimmt die Anmerkung des Petenten dankend zur Kenntnis. Perspektivisch wird das KRITIS-Dachgesetz auch Maßstab für das Land Schleswig-Holstein. Daraufhin wird landesseitig zu prüfen sein, inwieweit die Länder bei der Umsetzung betroffen sein werden.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Bauleitplanung *und den unterschiedlichen spezialisierten Infrastrukturfachplanungen* ***soll auch die Regionalplanung einen Beitrag zum Schutz Kritischer Infrastrukturen leisten*** *(§2 Absatz 2 Nummer 3, Satz 4 des Raumordnungsgesetzes)*“ Die Möglichkeit *extremer Naturereignisse* ist im Planungsraum I mit seinen beiden durchgehenden Küstenabschnitten stets relevant. Durch den klimawechselbedingten Anstieg des Meeresspiegels wird diese Gefahr nicht gemildert, sondern im Gegenteil erhöht. Gemäß LEP sollen sowohl kommunale Bauleitplanungen als auch die Regionalplanung einen Beitrag zum Schutz kritischer Infrastrukturen leisten. Es wird daher seitens des Kreises angeregt, dass einerseits der Regionalplan seinem Auftrag entsprechend hierzu Aussagen auf seiner Planungsebene trifft, und andererseits Grundsätze für die kommunalen Bauleitplanungen aufgestellt werden, die von den nachgeordneten Planungsebenen zu berücksichtigen sind.	Dies soll im engen Austausch mit den zuständigen Landesbehörden erfolgen, woran sich die Landesplanung nach Möglichkeit unterstützend beteiligen wird. Es kann jedoch schon heute festgestellt werden, dass insbesondere aufgrund der Sensibilität die konkreten Daten zu Kritischen Infrastrukturen besonders schützenswert sind und entsprechend vertraulich behandelt werden müssen. Dieser Aspekt wird im weiteren Vorgehen zu beachten sein. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: [redacted] **ID: 1066**	**Stellungnahme zur abgelehnten Wind-Potenzialfläche PR1-SLF-095, Planungsraum 1** Als in Schleswig-Holstein verorteter Entwickler und Betreiber von Windparkprojekten und weiteren Projekten der erneuerbaren Energien begrüßt die [redacted] das Bestreben der Landesplanungsbehörde, weiterhin eine verlässliche Steuerung und Grundlage für die Nutzung der Windenergie in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Bekanntlich stellt Schleswig-Holstein die Schwerpunktregion unserer Aktivitäten dar und unser Unternehmen treibt im Rahmen der weitestgehend akzeptierten Gebietskulisse der Teilaufstellung der Regionalpläne (Sachthema Windenergie an Land) die Energiewende auf dem Weg zur Klimaneutralität in Schleswig-Holstein voran. Uns ist bewusst, dass diese Gebietskulisse sowie die nach dem Windenergie-an-Land-Gesetz erforderliche Fortschreibung zum Erreichen der Flächenbeitragswerte in Schleswig-Holstein kein direkter Gegenstand der Entwürfe der Neuaufstellung der Regionalpläne ist. Gleichwohl sehen wir in der Ausklammerung des Themas Windenergie ein Risiko, dass die neu aufgestellten Regionalpläne Restriktionen für die zukünftige Gebietskulisse nach sich ziehen. Das OVG Schleswig-Holstein hat bereits 2017 im Zusammenspiel verschiedener großräumiger Planungen festgehalten, dass eine entsprechende Abstimmung stattfinden muss und nicht durch vorlaufende Planungen die entsprechenden raumplanerischen Auswirkungen ausgeklammert werden dürfen (Rechtsgedanke aus Oberverwaltungsgericht für das Land Schleswig-Holstein, Beschluss vom 27. Oktober 2017 – 1 MR 4/17 –, Rn. 79 ff., juris). Insofern dienen unsere Hinweise im Zusammenhang mit der oben genannten Fläche dazu, die weitergehende	Das Thema Windenergie an Land ist Gegenstand einer eigenständigen Fortschreibung des Landesentwicklungsplans und gesonderter Teilaufstellungsverfahren der drei Regionalpläne. Planungsträgerin der vorgelegten Regionalplan-Entwürfe sowie der Teilaufstellungen der Regionalpläne zum Thema Windenergie an Land ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	raumordnungsrechtliche Planung der Windenergie bzw. der erneuerbaren Energien in Schleswig-Holstein durch Ausgliederung der Planung nicht zu beschränken. Die [redacted] verweist auf die Ortsmarkierung dieser Stellungnahme, die die Lage der Wind-Potenzialfläche PR1-SLF-095, Planungsraum 1, anzeigt und welche eine Überschneidung der Wind-Potenzialfläche mit folgenden Erfordernissen der Raumordnung verdeutlicht. Hierbei ist im Rahmen des Regionalplanes zu beachten:	
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND Landesverband Schleswig-Holstein e. V. **ID: 1072**	Auf die **Stellungnahme des BUND SH zum Scoping** vom 25.03.2022 wird hingewiesen. **Sie ist auch Bestandteil dieser Stellungnahme.** Wir weisen darauf hin, dass der BUND Schleswig-Holstein ein Mitgliederverband ist, der in der Hauptsache ehrenamtlich arbeitet und so nicht die Mittel hat, die umfangreichen Planentwürfe umfassend und detailliert in aller Tiefe fachlich zu bearbeiten. Insoweit werden besonders im dritten Kapitel zu einzelnen Aspekten vor Ort (ab S. 15) dem Planungsträger hier ggfs. Anmerkungen und Hinweise auch allgemein und nicht wissenschaftlich ausgearbeitet übergeben. Auch werden ggfs. Aspekte einzelner Fachplanungen und des LEP berührt. Der BUND Schleswig-Holstein erwartet, dass sämtliche dieser Hinweise und Anmerkungen im Rahmen der Erörterung der Stellungnahmen konkret bearbeitet werden und dass nötigenfalls Nachfragen gestellt werden, wenn dies zum besseren Verständnis seitens der Planungsträger nötig ist.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.
ID: 1072	Die Regionalpläne sollen grundsätzlich eine Funktion als steuerndes Element der Raumordnung einnehmen. **Der vorliegende Entwurf erfüllt diese Aufgabe nicht, da er** • **keine klaren Zielvorgaben liefert** und keinem Träger öffentlicher Belange eine hinreichend klare Entscheidungsgrundlage zur Feinsteuerung der Freiraumnutzung bietet. • bestenfalls ein **Dokument einer Bestandsaufnahme als ein Instrument der nachhaltigen Zukunftsplanung ist**. • insbesondere bei den **Umweltdaten auf z.T. sehr alten Datenbeständen** (z.B. Biotope, Biotopverbund u.a.) fußt, die ein partiell **falsches Bild der aktuellen Lage** aufbauen und die dringende Schutzbedürftigkeit von Flächen vor Fehlnutzung systematisch verkennen (Feuchtgrünland, Moor, Niederungsbereiche, auch kleinräumige Waldbereiche und Biotope). • **im Widerspruch zum im LEP formulierten Gedanken der Nachhaltigkeit und dem**	**Aufgaben des Regionalplans:** Der Landesentwicklungsplan ist der landesweite Raumordnungsplan für Schleswig-Holstein und enthält Festlegungen zur räumlichen Entwicklung. Er legt auch fest, welche Themen in den Regionalplänen zu konkretisieren sind. Die Regionalpläne enthalten verschiedene Festlegungen zur Steuerung der Raumnutzung. Sie geben damit auch die Rahmenbedingungen für die örtliche Ebene (insbesondere die Bauleitplanung) vor. Die Aussage der Stellungnahme hinsichtlich einer fehlenden

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Ziel der Flächeneinsparung steht. Weder die textlichen noch die kartografischen Planelemente machen Vorgaben oder geben schlüssige Hinweise, wie das Flächeneinsparungsziel von maximal 1,3 ha zu erreichen ist. Es fehlt ein **konkreter Parameter, der Außenbereichsentwicklung und Versiegelung grundsätzlich dann einschränkt, wenn die Möglichkeiten der nachhaltigen Innenbereichsentwicklung nicht genutzt worden sind**. **Auf die vom LEP geforderte Konkretisierung der Vorgaben in den Regionalplänen wird weitestgehend verzichtet.** • das beschriebene **Regelungsvakuum** eher zum **Gegenteil einer ordnenden Planung** führt. Insbesondere im Bereich der Metropolregion Hamburg forciert der Planentwurf **sogar teilweise die Ausweitung der Siedlungsachsen** und **die unkontrollierte Bevorratung von Flächen ohne präzise Vorgaben** des 1,3 ha-Limits in den Planungsräumen konkret zu setzen. Diese Verschärfung der Problematik schädigt die Ordnungsräume zusätzlich und widerspricht dem Wohl der Allgemeinheit. • **im Widerspruch zum Klimaschutzgesetz-SH steh**t, welches bis 2045 die Klimaneutralität anstrebt und u.a. nur mit der nachhaltigen Bewirtschaftung / dem Schutz von Böden und Flächen möglich ist, die für die Biodiversität, die Funktion als CO2-Senke und den biologischen Klimaschutz bedeutsam sind. • **keine konkreten Lösungsansätze enthält, um den bestehenden Nutzungsdruck auf den Raum** mit dem gesamtgesellschaftlichen Schutzinteresse der **Vielfalt biologischer Funktionen** im Planungsraum wirksam und verbindlich zu ordnen. U.a. sind erhebliche Flächen für Tourismus und Erholung dargestellt, in denen sich z.T. extreme Konflikte mit schutzbedürftigen Aspekten der Natur offenbaren. • **keine hinreichenden Aussagen zu den Bedarfen an Flächen zur Erzeugung, Speicherung und Leitung erneuerbarer Energien (insbes. Freiflächen-PV, Wasserstoff u.a.) sowie Stromtrassen (Planungsräume) bietet.** Dringende Fragen der Gemeinden bleiben offen und der Raum wird nach altem Muster weiter verbraucht und Konflikte werden verfestigt. • in seinem **Maßstab von 1:100.000 und einem (gerade im Planungsraum III) kaum im Zusammenhang zum betrachteten Gebiet die große Masse der extrem wichtigen kleinräumigen Vernetzungen ausklammert**. Insbesondere wichtigste Details des vernetzten naturschutzfachlichen Gesamtgefüges im beplanten Raum werden ausgeblendet und **auf eine niedrigere Planungsebene mit weiteren Abwägungsmechanismen und erheblichen Vollzugsdefiziten verschoben**. Der gewählte Maßstab ist für die Planungen der Freiraumstruktur gänzlich ungeeignet. Andere Bundesländer wie Baden-Württemberg verwenden für die Regionalplanung im Bereich der Freiraumstruktur schon lange **den wesentlich besser geeigneten Maßstab von**	Steuerung wird daher seitens der Landesplanung nicht geteilt. **Zur Aktualität der Umweltdaten:** Die Landesplanung kann nur auf vorhandene Datengrundlagen zugreifen. Wesentliche naturschutzfachliche Grundlage sind die Landschaftsrahmenpläne für die drei Planungsräume. **Zum Flächensparziel:** Die Zielsetzung zur Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme wird in der Regionalplanung nicht auf die jeweilige Gemeinde heruntergebrochen. Es ist Aufgabe der Kommunen, im Rahmen der Bauleitplanung die Grundsätze zur Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme zu berücksichtigen. Auf Ebene des Landesentwicklungsplanes wirken das zentralörtliche System und der wohnbauliche Entwicklungsrahmen sowie der Vorrang der Innenentwicklung gemäß Kapitel 3.9 LEP VO 2021 dem Flächenverbrauch entgegen. **Zum Thema Nutzungsdruck/ Ausbau erneuerbarer Energien:** Die Sicherung des Freiraums in den dicht besiedelten Ordnungsräumen und den unter hohem Nutzungsdruck stehenden Schwerpunkträumen für Tourismus und Erholung ist eine wichtige Aufgabe der Regionalplanung. Das Instrument der regionalen Grünzüge dient hierbei der Sicherung großräumig zusammenhängender Freiräume. Zudem ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	1:50.000. Dies ist fachlich angezeigt und raumordnungsrechtlich zulässig und wird vom BUND-SH auch für SH gefordert. Auf Ziff. 11 der Scoping-Stellungnahme des BUND-SH wird besonders hingewiesen. • die **kumulativen Auswirkungen einzelner Aspekte wie z.B. Naturschutz, Rohstoffabbau, Tourismus allein schon methodisch vollkommen unzureichend bearbeitet und nicht entzerrt, sondern verstärkt werden**. • **Wesentliche Schutzerfordernisse aus Strategien des Landes und des Bundes** (u.a. exemplarisch: Biodiversitätsstrategie mit 30% Flächenanteil in SH, Niederungsstrategie u.a.; siehe auch Stellungnahme des BUND-SH zum Scoping) **sind nicht erkennbar als Vorrang und Vorbehaltsflächen berücksichtigt**, die von anderen Nutzungen freizuhalten sind. • die **Kernaktionsräume der Biodiversitätsstrategie gänzlich ignoriert** (entgegen der Behauptung im Text D.-S.10). • die **Flächen des Biotopverbundes nicht im ausreichenden Umfang als Vorbehalts- und Vorrangflächen darstellt.** • die **im Umweltbericht nicht begründeten Bewertungen und Einstufungen nicht plausibel oder gar nicht herleitet**, sondern sich dabei lediglich auf ein zurückgehaltenes Gutachten bezieht. So wird dabei mehrfach auf ein Gutachten der [redacted] (2019, 2021) Bezug genommen, dessen Offenlegung bereits im Scoping-Verfahren verweigert wurde. **Dieses Gutachten ist integraler Planungsbestandteil und hätte im Beteiligungsverfahren zwingend zur Verfügung gestellt werden müssen. Dieser Rechtsmangel (u.a. lZG) ist nicht akzeptabel.** • die z.T. **schwerwiegenden Vorbelastungen und zunehmenden Gefährdungen der Räume** im Rahmen der Umweltprüfung nicht erkennbar betrachtet und bezüglich erhöhter Schutzbedürfnisse bewertet. Selbst vorhandenes Datenmaterial wurde nicht erkennbar in die Untersuchung einbezogen2 und die **schweren Vollzugsdefizite auf allen Ebenen der Naturschutzverwaltung** außer Acht gelassen. • bestehende hochwertige **landwirtschaftliche Flächen nicht in ihrer Nutzung sichert** und Vorrangfunktionen definiert. • die **neuen Festsetzungsmöglichkeiten der Vorranggebiete für Küstenschutz und Klimafolgenanpassung nicht in ausreichendem Maße zu nutzen weiß (Ansätze dazu gibt es bereits3)**. Die vergangenen Wochen haben gezeigt, dass hier in erheblichem Maße Regelungsbedarf besteht. Über den einfachen Hochwasserschutz hinaus hätte es hier z.B. die Möglichkeit gegeben, den Schutz vor Hitze in Siedlungsbereichen und regionaler Wasserknappheit vorrausschauend auf die Agenda zu setzen. • durch regelmäßige Querverweise u.a. zum LEP und Vorgutachten (s.o.), **für nicht**	Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. Planungsträgerin der oben genannten Teilfortschreibung ist in Schleswig-Holstein die Landesplanungsbehörde. Dadurch ist eine Abwägung der unterschiedlichen Belange gegeneinander und untereinander gewährleistet. **Zur Kartenkritik:** Der Maßstab 1 zu 100.000 hat sich in Schleswig-Holstein bewährt und wird beibehalten. Er gewährleistet eine gewisse Gebietsschärfe, ermöglicht gleichwohl Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen der weiter konkretisierenden kommunalen Bauleitplanung. **Zur Biodiversitätsstrategie und Darstellung der Flächen des Biotopverbundes:** Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitels 6.2.1 LEP 2021 sowie Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Die Biodiversitätsstrategie mit ihren Kernaktionsräumen gehört nicht zu den Kriterien des LEP 2021 beziehungsweise der oben genannten Fachplanung. Die in den Landschaftsrahmenplänen dargestellten Flächen für den Aufbau des Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems sind in die Regionalpläne als

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Fachkundige quasi unlesbar und unprüfbar ist. Dabei bleibt auch unklar, wie das Werk für kommunale und sonstige Entscheidungsträger*innen aufgrund des breiten Transparenzmangels eine verständliche Fachgrundlage und für die Bevölkerung eine Beurteilungsgrundlage für u.a. die umweltgerechte und nachhaltige Raumnutzung sein kann. **Aufgrund dieser grundsätzlichen Mängel,** auf die in einigen Einzelfällen im folgenden Text noch exemplarisch eingegangen wird, **ist die komplette Planung in Gänze ungeeignet und zurückzuweisen**. **Die vorliegenden Planentwürfe bieten sogar die erhebliche Gefahr, dass einseitige Nutzungsinteressen gegen den Allgemeinwohlanspruch auf Schutz und Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen weiter gefördert werden und extrem wichtig gewordene Ansprüche der Nachhaltigkeit, des Lebens- und Ressourcenschutzes und der Notwendigkeit zukunftsorientierten Klima- und Umweltschutzes in fachlicher und rechtlich nicht akzeptabler Form missachtet werden.** **Der BUND Schleswig-Holstein fordert daher dringend die komplette Überarbeitung der Entwürfe unter Beachtung der o.g. Hinweise und Mängelbeschreibungen sowie der nachfolgenden Anmerkungen.**	Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft übernommen worden. Den Anforderungen des LEP 2021 wird damit Rechnung getragen. **Zur Umweltprüfung:** Im veröffentlichten Anhang zu den Umweltberichten ist die verwendete Methodik ausreichend erläutert. Die Vorstudie ist nicht notwendig, um den Umweltbericht zu verstehen. **Zum Schutz landwirtschaftlicher Flächen:** Der LEP 2021 hat im Kapitel 4.8 Festlegungen zur Landwirtschaft getroffen. Er enthält an dieser Stelle keinen Auftrag an die Regionalplanung zur Konkretisierung der dort enthaltenen landesweit geltenden Regelungen. Darüber hinaus verzichten die Regionalpläne weitgehend auf Wiederholungen von Zielen und Grundsätzen des LEP 2021 (siehe dazu auch das Kapitel Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt der Regionalplan-Entwürfe). Vielmehr ergeben sich die raumordnerischen Rahmenbedingungen aus LEP 2021 und Regionalplänen gemeinsam. Insofern werden die landesweiten Festlegungen zur Landwirtschaft im Kapitel 4.8 des LEP 2021 als ausreichend angesehen. Es wird ergänzend darauf hingewiesen, dass verschiedene Regelungsinhalte der Regionalplan-Entwürfe auch der Sicherung landwirtschaftlich genutzter Flächen dienen (zum Beispiel regionale Grünzüge). **Zum Thema Küstenschutz und Klimafolgenanpassung:** Aus Sicht der Landesplanung sind die im Kapitel 2.5 im Regionalplan vorgesehenen Regelungen

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
		angemessen und bieten zudem Spielraum stets aktuelle Erkenntnisse zur Klimawandelanpassung umsetzen zu können. Es wird darüber hinaus auf die geltenden Aussagen des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2021 im Kapitel 6.1 (Klimaschutz und Klimaanpassung) hingewiesen. **Zum Thema Querweise und Transparenzmangel:** Die Querverweise auf den LEP 2021 und weitere gesetzliche Rahmenwerke beziehungsweise Fachplanungen werden für zumutbar gehalten, zudem entsprechen sie der üblichen Praxis, um das Planwerk nicht zu überfrachten. Der Aspekt des Transparenzmangels kann ohne konkrete Hinweise nicht nachvollzogen werden. **Zur Grundsatzkritik:** Die Grundsatzkritik an den Entwürfen zur Neuaufstellung der Regionalpläne wird zur Kenntnis genommen, gleichwohl vertritt die Landesplanung die Auffassung, Planentwürfe für eine ausgewogene räumliche Entwicklung gemäß den durch den LEP 2021 sowie den Anforderungen des Raumordnungsgesetzes festgelegten Rahmenbedingungen vorgelegt zu haben. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Kreises Schleswig-Flensburg, Fachdienst Umwelt ID: M1123	Der Kreis Schleswig-Flensburg hat bereits in den Beteiligungen zum Landesentwicklungsplan darauf hingewiesen, dass die kreisbezogenen Besonderheiten des Raums nicht genug gewürdigt sind und eine konkrete Auseinandersetzung mit den raumplanerischen Anforderungen des nördlichen Schleswig-Holsteins und insbesondere des Kreises gefordert. Als Ergebnis wurde auf den nun vorliegenden Regionalplan als	**Zu den Besonderheiten des Kreises Schleswig-Flensburg:** Die Grundsatzkritik wird zur Kenntnis genommen. Konkrete Änderungsvorschläge werden nicht benannt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	raumplanerisches Instrument für die regionalen Entwicklungsimpulse verwiesen. Der vorliegende Regionalplanentwurf zeigt jedoch, dass die Landesplanung es auch auf regionaler Ebene nicht schafft, die Stärken aber auch die Schwächen und Chancen des Kreises Schleswig-Flensburg in entsprechender Weise zu würdigen und nachhaltig zukunftsfähige Entwicklungsimpulse im Raum zu setzen. Angesichts der bereits bestehenden und zukünftigen Herausforderungen des gesellschaftlichen Wandels reicht es aus Sicht des Kreises nicht aus, in der derzeit gelebten Praxis eines zentralen Planungssystems über dem gesamten Flächenland Schleswig-Holstein eine Gleichheit zu mitteln, sondern es müssen die Stärken der Teilregionen gefördert, die Schwächen abgemildert und Chancen ergriffen werden, um suffiziente und somit zukunftsfähige Regionen planerisch zu fördern und herauszuarbeiten. Untersuchungen zu Regionen haben gezeigt, dass insbesondere eine Besinnung auf vorhandene Stärken und Ergreifung von regionalen Chancen langfristig zu einer widerstandsfähigen regionalen Entwicklung führen kann. Genau dies schafft die Landesplanung mit dem vorliegenden Entwurf nicht. Als Beispiel sei hier ein flächiges Instrument der regionalen Grünzüge angesprochen, das in dieser Form sicherlich ein adäquates Instrument für spezifische Fallkonstellation bietet, wie sie in Ziffer 6.3.1 B 1- 6 des Landesentwicklungsplans dargelegt werden, aber die kleinteilige Tourismusstruktur Angelns in keiner Weise widerspiegelt. Die Planung geht darüber hinaus an den Themen des gesellschaftlichen Wandels vorbei und ist vorwiegend als Dokument der „nachrichtlichen Übernahme“ zu sehen. Hierbei sei unteranderem daraufverwiesen, dass die aktuellen Themen wie die Energiewende gänzlich ausgespart werden, aber auch bereits bekannte Themen wie die Daseinsvorsorge nicht entsprechend gewürdigt werden. Der Regionalplan weist auf S. 19, Abs. 3, auf die besondere Bedeutung des Planungsraums I für die Energiewende im Land und folglich auch der gesamten Bunderepublik hin. Was dies nun für den Kreis Schleswig-Flensburg bedeutet, welche raumplanerische Steuerung sich daraus ergibt, ob diese günstige Voraussetzung für die regionale Entwicklung genutzt werden kann, ob der Planungsraum I dies weiter fördern soll oder der Raum eventuell seine Funktion diesbezüglich erfüllt hat, sind nur exemplarische Fragestellungen, die sich ergeben könnten. Gerne möchte der Kreis in diesem Zusammenhang auf das folgende Zitat des Ministerpräsidenten verweisen „*Diesen Weg werden wir entschlossen weitergehen, um Schleswig-Holstein bis 2040 zum ersten klimaneutralen Industrieland zu machen. Mit dem erfolgreichen Ausbau Erneuerbarer Energien haben wir Nordländer ein echtes Alleinstellungsmerkmal in Sachen Energiewende.* “	Der Regionalplan-Entwurf konkretisiert entsprechend der Maßstabsebene die textlichen und kartographischen Vorgaben des Landesentwicklungsplans. Darüber hinaus enthält der Regionalplan-Entwurf mit dem Kapitel 5 „Orientierungsrahmen für Städte und Gemeinden“ raumordnerische Entwicklungszielsetzungen für die Nahbereiche im Planungsraum. Aus Sicht der Landesplanung wird mit diesem Vorgehen zum einen den rechtlichen Anforderungen entsprochen und zum anderen auf geeignete Weise auf die regionalen Besonderheiten, auch des Kreises Schleswig-Flensburg eingegangen. **Zum Thema Energiewende und Gewerbeentwicklung:** Der Regionalplan-Entwurf enthält keine Regelungen zu Solar-Freiflächenanlagen. Diese sind Gegenstand des LEP 2021. Daran soll festgehalten werden. Es ist jedoch eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird an dieser Stelle auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. **Zum Thema interkommunale Vereinbarungen und besondere Wohnfunktion:** In der Stadt- und Umlandkooperation Schleswig wird beispielsweise derzeit eine neue interkommunale Vereinbarung für eine abgestimmte wohnbauliche und gewerbliche Entwicklung in der Region in enger Abstimmung mit der Landesplanung erarbeitet. Diese wird für die Gemeinden Schuby, Schaalby und Fahrdorf eine konzeptionelle Grundlage für eine

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Der Kreis Schleswig-Flensburg ist entschlossen, den Weg der Energiewende weiterzugehen und Schleswig-Holstein auf dem Weg zum klimaneutralen Industrieland zu unterstützen. Hierzu müssen aber zwangsläufig Fragen wie die vorgenannten beantwortet werden. Der Regionalplan findet hierauf jedoch keine Antworten. Exemplarisch für die Daseinsvorsorge wird hier auf die Wohnfunktionen im Stadt-Umland-Bereich Schleswig verwiesen. Wohnfunktionen bieten die Möglichkeit, gezielt Entwicklungsimpulse in den Gemeinden eines Stadt-Umland-Bereichs mit entsprechender Daseinsvorsorge zu setzen. Dieses Instrument mit einem Verweis auf eine nicht ausreichende Vereinbarung auszuschließen und damit jegliche raumplanerische Steuerung für die Wohnraumentwicklung in den Stadt-Umland-Bereichen aus der Hand zu geben, kann nicht nachvollzogen werden. Aus Sicht des Kreises Schleswig-Flensburg sollte es der Regionalplanung hier nicht primär um Vereinbarungen oder mögliche Kontingente gehen, sondern um eine nachhaltige Festlegung von Entwicklungsorten bzw. Entwicklungsimpulsen. Wenn diese Entwicklungsimpulse dann nur von jederzeit aufkündbaren Vereinbarungen abhängen, scheinen die raumplanerischen Instrumente nicht geeignet zu sein. Ähnliches gilt für die Gemeinde Husby in der Stadt-Umland- Kooperation Flensburg. Auch hier wäre eine raumplanerische Sicherung der zukunftsfähigen Entwicklung der Gemeinde als Entwicklungsimpuls notwendig. Dies wiederum von nicht definierten Kooperationen abhängig zu machen, ist kurzfristig auch kein Impuls für eine Region, sich zusammenzuschließen, sondern führt nur zur Verfolgung von Einzelinteressen über bilaterale Abstimmungen. Gleichzeitig führt aber auch eine Nutzung dieser immer wieder reflexartig geforderten interkommunalen Vereinbarung nicht dazu, dass raumplanerische Instrumente als Entwicklungsimpulse genutzt werden. Die Gemeinden des Kirchspiels Medelby haben sich über eine interkommunale Vereinbarung verständigt, dass die Gemeinde Medelby das Zentrum der zukünftigen Entwicklung darstellt. Angesichts der Untersuchungen des Kreises Schleswig-Flensburg über ein Modellvorhaben des Bundes „LaSiVerMob“ kann diese Entwicklung, ebenso wie Husby, hinsichtlich der Daseinsvorsorge und nachhaltigen Entwicklung des Raums nur begrüßt und unterstützt werden. Die Landesplanung entscheidet sich hier jedoch, keine besondere Funktion für Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung auszuweisen, obwohl die interkommunale Kooperation sowie Datengrundlage nach Kenntnisstand des Kreises diese zulassen würde. Der Landesentwicklungsplan wirbt mit dem Slogan „Zukunft Gemeinsam Nachhaltig Gestalten“. Diesem Ansatz kommt der vorliegende Regionalplan nicht ansatzweise nach.	stärkere wohnbauliche oder gewerbliche Entwicklung bilden. Zum Redaktionsschluss hatte die Vereinbarung jedoch noch keinen final abgestimmten Stand, so dass den Anregungen zur Ausweisung von besonderen Funktionen im Stadt- und Umlandbereich Schleswig derzeit noch nicht gefolgt werden kann. Die Formulierungen im Kapitel Raumstruktur sowie im Orientierungsrahmen wurden jedoch an angepasst. Gemäß Kapitel 3.2 Absatz 1 LEP 2021 können in den Stadt- und Umlandbereichen Gemeinden für eine stärkere wohnbauliche Entwicklung in den Regionalplänen festgelegt werden, Voraussetzung dafür ist unter anderem, dass diese Festlegungen wie von Ihnen bereits geschrieben durch interkommunale Vereinbarungen (vergleiche Kapitel 3.8 LEP 2021) gesichert werden. Diese Voraussetzung ist derzeit im Stadt- und Umlandbereich Flensburg unter anderem für die Gemeinde Husby weiterhin nicht erfüllt. Daher wird dieser Gemeinde weiterhin keine besondere Wohnfunktion zugewiesen. Zudem können im ländlichen Raum gemäß Absatz 2 Kapitel 3.2 LEP 2021 Gemeinden oder Ortsteile von Flächengemeinden, die in den ländlichen Räumen außerhalb der Stadt- und Umlandbereiche sowie außerhalb der Schwerpunkträume für Tourismus und Erholung liegen, eine ergänzende überörtliche Versorgungsfunktion zugewiesen bekommen. Sie sollten hierfür unter anderem ein nennenswertes Angebot von Versorgungseinrichtungen mit Gütern und Dienstleistungen des kurzfristigen, täglichen Bedarfs sowie Arbeitsplätze im Handwerk und im Dienstleistungsbereich bieten. Die Ausweisung einer ergänzenden, überörtlichen Versorgungsfunktion für Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung erfolgt daher anhand eines umfangreichen Kriterienkatalogs.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Für eine regional abgestimmte zukunfts- und widerstandsfähige Entwicklung der Region ist die Kommunalisierung der Regionalplanung nunmehr offenbar ratsam.	Wesentliche fachliche Grundlagen stellte die Landesweite Erfassung von öffentlichen und privaten Dienstleistungen und Versorgungseinrichtungen einzelner Gemeinden und Ortsteile (GGR, Aktualisierung 2020) dar. Anhand der in Summe erfolgten Bepunktung wurden schließlich in einer gesamträumlichen Betrachtung für einzelne Gemeinden eine überörtliche Versorgungsfunktion vergeben. Informationen zur vorhandenen Infrastruktur für die Gemeinde Medelby wurden erneut gründlich geprüft. Ein Vergleich mit den dem ersten Entwurf zu Grunde liegenden Daten zur Infrastruktur hat kleinteilige Abweichungen ergeben, die im Ergebnis zu einer etwas höheren Bewertung der Ausstattung der Gemeinde Medelby führen würden. Im Vergleich zu den anderen Orten mit ergänzender überörtlicher Versorgungsfunktion verfügt die Gemeinde Medelby jedoch weiterhin nur über eine Ausstattung auf niedrigem Niveau. Auch die Einwohnerzahl der Gemeinde liegt trotz Zuwachs in den letzten Jahren deutlich hinter den Funktionsgemeinden. Auch ist vor dem Hintergrund der geringen Nähe zum ländlichen Zentralort Schafflund sowie zur Gemeinde Ladelund nicht von einer Unterversorgung des Raumes auszugehen, die einer weiteren regionalplanerischen Funktionszuordnung bedarf. Dem Wunsch die Gemeinde als Gemeinde mit ergänzender überörtliche Versorgungsfunktion einzustufen, wird daher nicht entsprochen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
ID: M1123	Ziffer 4 - Generelle Anmerkungen Wie bereits dargelegt, findet im Regionalplan keine Auseinandersetzung mit den Fragen der Energiewende statt. Mit Blick auf die Ziele der Landesregierung wird diese Auseinandersetzung als zwingend erforderlich angesehen. Auch auf Bundesebene wird sich mit den Raumnutzungsansprüchen durch Erneuerbare Energien auseinandergesetzt. Hierbei sei exemplarisch auf das „Überblickspapier Solarpakt“ vom 16.08.2023 verwiesen. Hiernach solle die Flächeninanspruchnahme landwirtschaftlich genutzter Flächen angemessen beschränkt werden und gleichzeitig ein bestimmter Anteil der PV auf Dachflächen, an oder in Gebäuden bzw. Lärmschutzwällen errichtet werden. Sofern die Landesplanung eine Berücksichtigung dieses exemplarischen Aspektes sowie der absehbar weiter zunehmenden raumplanerischen Relevanz von erneuerbaren Energien in diesem Regionalplan als nicht erforderlich erachtet, wären diese Fragestellungen zwingend in einem anderen Dokument aufzugreifen. Eine ganzheitliche Teilfortschreibung „Energiewende“ des Regionalplans erscheint vor dem Hintergrund der Ziele der Landesregierung und der Potenziale Schleswig-Holsteins angebracht. In dieser könnten auch vor dem Hintergrund zugehöriger Infrastruktur weitere Ausführungen zu Aspekten wie Sektorenkopplung, Ansiedlung energieintensiver Betriebe oder Speichervorhaben sowie sich daraus ergebender Clusterbildungen erfolgen. So wurde beispielsweise durch den Kreis zusammen mit der [redacted] bereits in einem der Landesplanung vorliegendem Positions-Papier auf das Potenzial von Umspannwerken im Kontext von Ansiedlungsbestrebungen hingewiesen. Das Papier wird ergänzend zur Stellungnahme erneut angefügt. Abschließend möchte der Kreis Schleswig-Flensburg darauf hinweisen, dass nicht alle Intentionen der Landesregierung mit raumbedeutsamen Auswirkungen aufgegriffen werden. Hierbei sei exemplarisch auf die Beauftragung des Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (SHIBB) mit der Erarbeitung einer landesweiten Schulentwicklungsplanung für die Berufliche Bildung, insbesondere die duale Berufsausbildung, hingewiesen. Dazu heißt es im Koalitionsvertrag (22. Juni 2022): „*Zur Sicherung der unterschiedlichen Ausbildungsgänge an berufsbildenden Schulen, auch des Berufsschulunterrichts von Auszubildenden in den Zentren und insbesondere in der Fläche, erstellen wir einen landesweiten Schulentwicklungsplan (Masterplan) durch das SHIBB im Dialog mit allen Beteiligten*." Neben notwendigen Sicherungsbemühungen und damit u.Ust. einhergehenden Zentralisierungen in Oberzentren, sollte die Bedeutung beruflicher Schulen für die regionale Entwicklung herausgestellt werden. Die sich daraus ergebenden regionalplanerischen Fragestellungen sollten in Verbindung mit einer	**Zu Energiewende:** Die Frage der Ansiedlung und der Kriterien für energieintensive Gewerbe- und Industriebetriebe und deren Standorte in Verbindung mit Energieinfrastruktur ist nicht Gegenstand der Neuaufstellung des Regionalplans, entsprechende Kriterien sind aus dem LEP 2021 nicht abzuleiten. Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren werden raumordnerische Vorgaben zum Ausbau von Gewerbe entlang von Energieinfrastrukturen geprüft und gegebenenfalls festgelegt. **Zu Schulbildung:** Bezüglich des Masterplans für Schulbildung wird darauf verwiesen, dass das Thema Bildung abschließend in Kapitel 5.1 LEP VO 2021 geregelt ist und durch die Regionalpläne nicht weiter vertiefend aufgegriffen wird. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Übernahme der aktuellen Standorte im Regionalplan zumindest angesprochen werden. Da sich der Masterplan zur Schulentwicklungsplanung noch in Aufstellung befindet, können etwaige Aussagen des Regionalplans berücksichtigt werden.	
Institution: Bundesagentur für Arbeit , Regionaldirektion Nord **ID: M1083**	Die Bundesagentur für Arbeit erbringt originär Leistungen für den Arbeitsmarkt und ist u. a. tätig in Bezug auf Arbeitsvermittlung und Arbeitsförderung. Maßnahmen zur Förderung von Beschäftigung sowie berufliche Aus- und Weiterbildung sind Instrumente, um Arbeitskräfte optimal auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes und die Transformation der Arbeitswelt vorzubereiten. Dabei sind demographische Entwicklungen in den einzelnen Regionen, Fähigkeiten und Bedürfnisse von Arbeitnehmer*innen und Arbeitgeber*innen, Branchenstrukturen, Qualifikationsansprüche von Unternehmen, Vernetzung von Bildungsräumen zu berücksichtigen und auch einzubeziehen. Als Grundlage von und auch im Zusammenspiel mit unserer Arbeit, sehen wir durchaus Komponenten, die in der Regionalplanung unbedingt bzw. noch intensiver berücksichtigt werden sollten.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: [redacted] **ID: M1075**	**III. Weitere Anmerkungen** Die [redacted] begrüßt, dass bei der landespolitisch angestrebten Ausweitung der Flächen für Windenergie weiterhin vom Instrument der Landesplanung und der Ausweisung von Vorranggebieten Gebraucht gemacht werden soll. Aus Sicht des Netzbetreibers erlaubt diese Vorgehensweise eine vorausschauende und effiziente Netzentwicklung und ist gleichzeitig geeignet, die ambitionierten Ziele im Bereich der Windenergie zu erreichen. Vor diesem Hintergrund weist die [redacted] ausdrücklich darauf hin, dass der Zubau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen in Schleswig-Holstein mittlerweile Jahren in einer Größenordnung erfolgt, die aus netzplanerischer Sicht ebenfalls raumordnerische Steuerung erfordern würde. Die vorliegenden Instrumente (Beratungserlass zur Planung großflächiger Solar-Freiflächenanlagen, Erfassung im Flächenmanagementkataster) sind begrüßenswert, bieten aber keine vergleichbare Planungsgrundlage für den mittel- bis langfristigen Netzausbau. Aus dem raschen und weitgehend ungesteuerten Zubau von Freiflächen-Photovoltaikanlagen ergibt sich eine hohe Wahrscheinlichkeit für zukünftig wieder zunehmende Netzengpässe sowie damit verbundene Kosten durch Entschädigung- und Ausgleichszahlungen, die sich mittelbar auf die regionale Akzeptanz der Energiewende auswirken können.	Die Steuerung für Freiflächen-Photovoltaikanlagen ist nicht Regelungsinhalt der Regionalpläne in Schleswig-Holstein. Es ist jedoch eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird an dieser Stelle auch auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND), Kreisgruppe Nordfriesland **ID: M1096**	Vorbemerkung: Der Entwurf des Regionalplanes nimmt seine Aufgabe als steuerndes Instrument der Raumordnung nicht ausreichend war. Er ist eher ein Dokument der Bestandsaufnahme als ein Instrument der Feinsteuerung der Freiraumnutzung. Er steht in großen Bereichen im Widerspruch zu den im Landesentwicklungsplan (LEP 2021) formulierten Gedanken der Nachhaltigkeit und dem formulierten Ziel der Flächeneinsparung. Der Regionalplan enthält keine konkreten Lösungsansätze, um den bestehenden Nutzungsdruck durch Siedlungsentwicklung und den Bedarf an Flächen zur Erzeugung und Speicherung erneuerbarer Energien zu ordnen. In einem Regionalplan sind hierzu zumindest Grundzüge der räumlichen Steuerung zu benennen.	Der Landesentwicklungsplan ist der landesweite Raumordnungsplan für Schleswig-Holstein und enthält landesweite Festlegungen zur räumlichen Entwicklung. Er legt auch fest, welche Themen in den Regionalplänen zu konkretisieren sind. Das Thema Reduzierung der Flächenneuinanspruchnahme (Kapitel 3.9 Absatz 3 LEP 2021) sowie der Ausbau erneuerbarer Energien (Kapitel 4.5 LEP 2021) ist bereits abschließend im LEP geregelt und wird durch die Regionalpläne nicht weiter vertiefend aufgegriffen (siehe lediglich Ausführungen im Teil A des Regionalplanentwurfs). Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
ID: M1096	Weitere Anregungen zu Freiflächensolaranlagen Obwohl zurzeit ein massiver Ausbau der Freiflächensolaranlagen stattfindet und aufgrund der landes- und bundespolitischen Strategien noch kein Ende in Sicht ist, wird im Entwurf des Regionalplanes auf eine räumliche Steuerung verzichtet. Im LEP 2021 heißt es unter Kapitel 4.5.2 unter 7 G: „Eine Konkretisierung der Vorgaben zu Freiflächen-Photovoltaik- und Solarthermieanlagen kann in den Regionalplänen durch Festlegung von Grundsätzen und Zielen der Raumordnung erfolgen.“ Es ist nicht nachzuvollziehen, warum, um einer Überprägung der freien Landschaft durch eine Konzentration von Freiflächensolaranlagen vorzubeugen, auf eine Steuerung im Regionalplan verzichtet wird. Wie die Praxis zeigt, ist der gemeinsame PV-Beratungserlass vom 1. Sept. 2021 für eine Steuerung in der Fläche nicht geeignet. Um eine Überprägung der freien Landschaft und damit ein Flächenkonkurrenz zwischen Freiflächensolaranlagen und einer landwirtschaftlichen Nutzung kommt, sollte als Ziel formuliert werden, dass maximal 5 % der Fläche einer Kommune, bzw. 0,5 % der Fläche eines Amtes, als Fläche für Freiflächensolaranlagen ausgewiesen werden darf.	Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. Die Steuerung für Freiflächen-Photovoltaikanlagen ist nicht Regelungsinhalt der Regionalpläne in Schleswig-Holstein. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Öffentlichkeit: Privatperson **ID: 1052**	<u>Allgemein:</u>	Die Ausführung wird zur Kenntnis genommen. Zielabweichungsverfahren sind zudem in § 13 Absatz 1 Landesplanungsgesetz in Verbindung mit § 6 Absatz

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Die Regionalplanung soll möglichst eine Entwicklungsplanung und keine Verhinderungsplanung darstellen. Für kommunale Planungen sollen aufwendige Zielabweichungsverfahren grundsätzlich vermieden und nicht zur Regel werden.	2 Raumordnungsgesetz geregelt. Sie sind nicht Gegenstand der Regionalplan-Entwürfe.
Institution: Bauernverband Schleswig-Holstein e.V., Keine Abteilung **ID: 1031**	**I. Grundsätzliches:** Zwischen 66,1% (Planungsraum III) und 74,3% (Planungsraum I) der Fläche der Planungsräume werden landwirtschaftlich genutzt. Dennoch gibt es – anders als in anderen Bundesländern - keine Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebiete für die Landwirtschaft. Darüber hinaus findet sich in den gesamten Regionalplänen keine einzige substanzielle Festlegung zur Landwirtschaft. Im Landesentwicklungsplan sind noch einige überwiegend positiv Aussagen zur Landwirtschaft zu finden. Auf der konkreteren Ebene der Regionalpläne hingegen sind diese nicht mehr zu finden. Nach § 1 Raumordnungsgesetz ist es die Aufgabe der Raumordnung, den Gesamtraum der Bundesrepublik Deutschland und seiner Teilräume durch zusammenfassende, übergeordnete Raumordnungspläne und durch Abstimmung raumbedeutsamer Planungen und Maßnahmen zu entwickeln, zu ordnen und zu sichern. Die ursprünglich mehr technisch verstandene Funktion des Raumordnungsplans, eine Vorgabe für die Koordinierung und Steuerung von raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen auf allen Planungsebenen zu bilden, wird im vorliegenden Entwurf zum Regionalplan nur bedingt verfolgt. **Zur Sicherung der Agrarstruktur in Schleswig-Holstein bedarf es der Einführung von Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebieten für die Landwirtschaft.** Das im Landesentwicklungsplan verankerte Ziel, die Flächenneuinanspruchnahme im Land bis 2030 auf unter 1,3 Hektar pro Tag zu reduzieren, wird andernfalls nicht erreichbar sein. Die entsprechende Zielsetzung im Planentwurf • *"Die gesamte Siedlungsentwicklung im Planungsraum soll flächensparend erfolgen und sich am perspektivischen Ziel einer Flächenkreislaufwirtschaft ausrichten. Innenentwicklung, städtebauliche Verdichtung, Flächen- und Gebäudeumnutzung sowie Flächen sparende Siedlungs- und Erschließungsformen haben daher bei Wohnungsbau, Gewerbeentwicklung und Infrastruktur Vorrang vor der Neuinanspruchnahme von Freiflächen."* wird entsprechend ausdrücklich begrüßt.	**Zur Bitte nach einem eigenen Kapitel zur Landwirtschaft:** Der LEP 2021 hat im Kapitel 4.8 Festlegungen zur Landwirtschaft getroffen. Er enthält an dieser Stelle keinen Auftrag an die Regionalplanung zur Konkretisierung der dort enthaltenen landesweit geltenden Regelungen. Darüber hinaus verzichten die Regionalpläne weitgehend auf Wiederholungen von Zielen und Grundsätzen des LEP 2021 (siehe dazu auch das Kapitel Rechtliche Grundlagen, Aufbau und Inhalt der Regionalplan-Entwürfe). Fachliche Grundlagen zur Konkretisierung planungsraumspezifischer Aspekte der Landwirtschaft liegen darüber hinaus der Regionalplanung nicht vor. Es wird insofern auf die landesweiten Festlegungen zur Landwirtschaft im Kapitel 4.8 des LEP 2021 verwiesen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
ID: 1031	**II. Einzelne Grundsätze und Ziele der Raumordnung:** **1. Land- und Forstwirtschaft** In Ziffer 4.8. des Landesentwicklungsplans ist der Grundsatz festgeschrieben, dass die Landwirtschaft in allen Teilen des Landes als raumbedeutsamer und Kulturlandschaft prägender Wirtschaftszweig anerkannt wird und als solcher erhalten und nachhaltig weiterentwickelt werden soll. Als der maßgebliche Garant im Rahmen der Daseinsvorsorge durch die Produktion gesunder heimischer Lebensmittel bedarf es auch dieser Stärkung. Gleichzeitig sieht sich die Landwirtschaft durch die vielen weiteren Ansprüche an den Raum immer wieder in Bedrängnis. So heißt es entsprechend in § 2 Abs. 2 Nr. 4 Satz 6 ROG: *„Es sind die räumlichen Voraussetzungen für die Land- und Forstwirtschaft in ihrer Bedeutung für die Nahrungs- und Rohstoffproduktion zu erhalten oder zu schaffen.“* Besonders zu betonen ist dabei das letzte Wort. Es reicht nicht aus, die landwirtschaftlichen Strukturen in ihrer jetzigen Form zu konservieren. Die Landwirtschaft ist schon immer eine äußerst dynamische Branche gewesen, die sich den weiterhin ändernden Ansprüchen zum einen an ihre Produktion, zum anderen auch an die Produktionsbedingungen bzw. ihre Änderungen, z. B. durch den Klimawandel, anpassen muss. Die einzigartige Kulturlandschaft Schleswig-Holsteins wurde durch die hiesige Landwirtschaft geprägt und wird auch heute von ihr erhalten und gepflegt. Entsprechend wird richtigerweise im siebenten Grundsatz unter Ziffer 2.3 (Ländliche Räume) des Landesentwicklungsplans darauf hingewiesen, dass die Landwirtschaft ein prägender Wirtschaftsbereich der ländlichen Räume ist und die Voraussetzung für eine leistungsfähige, flächenbezogen nachhaltig wirtschaftende Landwirtschaft erhalten und weiter verbessert werden soll. Die Ausführungen im vierten Grundsatz *„Der Boden ist ein nicht vermehrbares Kulturgut. Seine Nutzung soll standortangepasst und umweltschonend erfolgen. Bewirtschaftungsformen, durch die die Landwirtschaft eine besondere Funktion für den Naturhaushalt, die Landschaftspflege, die Erholung sowie die Gestaltung und Erhaltung der ländlichen Räume hat, sollen gesichert und weiterentwickelt werden. Hieraus erwächst auch eine besondere Verantwortung zur Schonung*	Siehe obige Ausführungen.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	landwirtschaftlicher Flächen bei sonstiger Planung. Die Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen für außerlandwirtschaftliche Zwecke soll verringert werden.“ sprechen für sich, finden in den Regionalplänen aber keinen hinreichenden Niederschlag. Wichtig ist hier jedoch auch die getroffene Betonung, dass die Betriebe in den einzelnen Teilräumen unseres Landes unter sehr unterschiedlichen natürlichen und agrarstrukturellen Bedingungen wirtschaften. Den typischen landwirtschaftlichen Betrieb gibt es nicht in Schleswig-Holstein. Unter unseren Mitgliedern finden sich ganz überwiegend Familienbetriebe, jedoch auch zahlreiche Nebenerwerbsbetriebe und einige größer strukturierte Betriebe. Dabei sind in Schleswig-Holstein nahezu alle Produktionsrichtungen vertreten, z.B. Milchviehhaltung, Schweinehaltung, Ackerbau, der Anbau von Gemüse und Sonderkulturen wie Erdbeeren und Spargel sowie Schäfereien und Pferdezuchtbetriebe. Entsprechend der Nutzung der landwirtschaftlichen Fläche finden sich konventionelle und ökologisch wirtschaftende Betriebe darunter. Schleswig-Holstein hat insgesamt sehr fruchtbare Böden und ist aufgrund seiner klimatischen Lage zwischen Nord- und Ostsee ein Hochertragsstandort. Flächen, die für schleswig-holsteinische Verhältnisse vielleicht als solche mit einem geringeren Ertragspotential eingestuft werden, sind für andere Teile Deutschlands und der Welt noch immer gute Böden. Insbesondere auch unter Klimaschutzaspekten ist es daher nicht vertretbar, derartige Flächen aus der landwirtschaftlichen Nutzung zu nehmen und an anderen Standorten mit schlechteren Böden dann dieselben Produkte zu erzeugen. Dort würden mehr Flächen benötigt und mehr THG-Emissionen pro produzierter Einheit erzeugt. Diese wirkliche Bedeutung der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein wird durch die Planung nicht hinreichend erfasst. Sie besteht nicht allein darin, dass - wie der Entwurf erwähnt - die Land- und Forstwirtschaft mit einem Anteil von über 70% an der Gesamtfläche der größte Flächennutzer ist. Der Wirtschaftsbereich Landwirtschaft einschließlich Forstwirtschaft und Fischerei hat 2017 in Schleswig-Holstein in einem Maß zur Bruttowertschöpfung des Landes beigetragen, der um über 80 Prozent höher als im gesamten Bundesgebiet war. Das nach wie vor dichte Netz landwirtschaftlicher Betriebe ist Rückgrat und Struktur der Wirtschaft im ländlichen Raum. Jeder landwirtschaftliche Betrieb ist Auftraggeber und Kunde des vor- und nachgelagerten Bereichs und in erheblichem und zunehmendem Umfang Arbeitgeber auch für familienfremde Arbeitskräfte. Es wird davon ausgegangen,	

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	dass jeder landwirtschaftliche Betrieb im Durchschnitt acht Arbeitsplätze im vor- und nachgelagerten Bereich sichert. Als Folge des Strukturwandels entwickeln Landwirte ihre Betriebe weiter und investieren in die Erweiterung und Modernisierung. Auftragnehmer sind dabei Handwerks- und Gewerbebetriebe des ländlichen Raumes. Diese wichtige Schrittmacherfunktion der landwirtschaftlichen Betriebe für die gewerbliche Wirtschaft im ländlichen Raum ist anzuerkennen, in den Regionalplänen darzustellen und weiter zu fördern und zu stärken. Die Fläche der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe darf nicht als einfache Verfügungsmasse für alle anderen Belange wie der Infrastruktur (vor allen Dingen Straßenbau, Gewerbeansiedlung und Baugebiete) und für die Ziele des Naturschutzes angesehen werden. Schleswig-Holstein ist von seinen Standortbedingungen und seinen Betriebsstrukturen her ein Gunststandort für landwirtschaftliche Produktion insbesondere für den Ackerbau und die Milchviehhaltung. Im Getreidebau werden Spitzenerträge erzielt. Schleswig-Holstein kann deshalb innerhalb Deutschlands einen nicht unerheblichen Beitrag zur Ernährungssicherstellung leisten. Aufgrund der hohen Produktivität wird damit ein maßgeblicher Beitrag zur weltweiten Einsparung an THG-Emissionen geleistet. Daher muss die Agrarstruktur sichergestellt bleiben. **In den Regionalplänen sollte der beschriebenen Bedeutung der Landwirtschaft für Schleswig-Holstein Rechnung getragen werden und zur Sicherung der Agrarstruktur Vorrang- und/oder Vorbehaltsgebieten für die Landwirtschaft eingeführt werden.**	
ID: 1031	**III. Zu einzelnen Teilbereichen** **1. Einleitung** Im Planungsraum I (Nordfriesland, Schleswig-Flensburg, Flensburg) sind 74,3 Prozent der gesamten Fläche (3.127 Quadratkilometer) Landwirtschaftsflächen. In der Land- und Fortwirtschaft arbeiten mit vier Prozent aller Erwerbstätigen in Nordfriesland und 4,8 Prozent in Schleswig-Flensburg mehr Menschen als im Landesdurchschnitt (2,2 Prozent). Auf Seite 20 heißt es:	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Aus Sicht der Landesplanung werden die im Kapitel 2.5 im Regionalplan vorgesehenen Regelungen zum Umgang mit den zu erwartenden Folgen durch den Klimawandel im Hinblick auf den Küstenschutz als ausreichend angesehen. Die Vereinbarkeit von raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen mit den Belangen des Küstenschutzes wird auf der Genehmigungsebene letztendlich durch die zuständigen Fachbehörden festgestellt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	„Darüber hinaus gilt es, sich im Planungsraum durch kommunale und regionale Anpassungsstrategien und -maßnahmen auf die unvermeidbaren Folgen des Klimawandels einzustellen, den Hochwasser- und Küstenschutz zu verstärken, die Trinkwasserversorgung zu sichern und die Landwirtschaft neu auszurichten." Es bleibt vollkommen unklar, wohin diese „Neuausrichtung" gehen soll; zumal der Plan – wie oben beschrieben – keinerlei Festsetzungen oder Ziele für die Landwirtschaft enthält, sondern allenfalls gegen diese. Unter der Überschrift „Raumstruktur", Grundsatz 1, Begründung heißt es: *„Mittels Flächenkreislaufwirtschaft soll daher perspektivisch das Verhältnis von Siedlungs- und Verkehrsflächen im Bezug zu Freiflächen und land- und forstwirtschaftlich genutzten Flächen gleichbleiben. Dies bedeutet, dass perspektivisch keine Landwirtschafts- und Naturflächen neu für die Siedlungsentwicklung in Anspruch genommen werden sollen."* Dieses Ziel begrüßen wir ausdrücklich, vermögen dem Planentwurf jedoch kein Konzept dafür zu entnehmen.	Es wird darüber hinaus auf die geltenden Aussagen des Landesentwicklungsplans Schleswig-Holstein 2021 im Kapitel 6.1 (Klimaschutz und Klimaanpassung) hingewiesen. Schleswig-Holstein hat sich als Ziel gesetzt, die Flächenneuinanspruchnahme auf 1,3 Hektar pro Tag bis 2030 zu reduzieren (auf die Begründung zu Absatz 1 sowie auf Kapitel 3.9 Absatz 3 des LEP 2021 wird verwiesen). Langfristig soll eine Flächenkreislaufwirtschaft erreicht werden. Weitere (zeitliche) Konkretisierungen sind nicht Gegenstand der Regionalplanung. Es ist Aufgabe der Kommunen, im Rahmen der Bauleitplanung die Grundsätze des Regionalplans und des LEP 2021 zu berücksichtigen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
ID: 1031	**IV. Fazit** Der Planentwurf erkennt, dass prägende Nutzungsform in den ländlichen Räumen des Planungsraumes die Landwirtschaft ist. Zugleich muss die Raumordnung jedoch noch vordringlicher für die wirtschaftenden landwirtschaftlichen Betriebe einen Rahmen schaffen, der ihnen den Erhalt und den Ausbau der Betriebe ermöglicht. Wurde in den alten Regionalplänen die grundsätzlichen Bedürfnisse und Notwendigkeiten der Landwirtschaft noch (an-)erkannt, so finden sich nunmehr keine entsprechenden Aussagen mehr. Insbesondere die in den Vorgängerplänen zu findende Aussage, dass die Sicherung geeigneter Produktionsflächen erfolgen muss, wurde ersatzlos gestrichen. Der Flächenverbrauch durch andere Raumansprüche, wie Siedlung, Straßenbau und Naturschutz stellt eine entscheidende Bedrohung für die an sich gute Agrarstruktur des Planungsraums dar. Zur Sicherung bedarf es der Einführung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für die Landwirtschaft.	Siehe obige Ausführungen.
Institution: Gemeinde Handewitt **ID: M1036**	Die Gemeinde Handewitt hat bereits zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes umfangreiche Hinweise und Vorschläge im Beteiligungsverfahren gemacht, die von der Landesregierung in den Abwägungsvorgängen auf den nun erfolgten Prozess der Konkretisierung im Regionalentwicklungsplan verwiesen wurden. Leider müssen wir jetzt	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. **Zur Grundsatzkritik:**

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	feststellen, dass kein einziger unserer Hinweise im Entwurf des Regionalentwicklungsplans bewertet oder gar erwähnt wurde. Der Regionalplan für den Planungsraum I gibt als zentrales Planungsinstrument mit seinen Zielen und Grundsätzen der Raumordnung vor, wie sich Siedlungsstruktur, Freiräume und Infrastruktur - auch unter Berücksichtigung der regionalen Besonderheiten - entwickeln soll und wegen seiner bindenden Rechtswirkung für die Bauleitplanung auch nur kann. Im vorliegenden Entwurf der Landesregierung vermögen wir aber nur redaktionelle Anpassungen durch statischen Abgleich mit dem alten Planwerk zu erkennen. Den Hauptanspruch an eine strategische Regionalplanung, nämlich die aktuellen gesellschaftliche Herausforderungen aufzugreifen, einen lösungsorientierten, flexiblen und unterstützenden Handlungsrahmen für Kommunen aufzuzeigen und die künftige Raumstruktur aktiv und zukunftsfähig zu gestalten, erfüllt das Planwerk aus unserer Sicht nicht.	Die Grundsatzkritik an den Entwürfen zur Neuaufstellung der Regionalpläne wird zur Kenntnis genommen, gleichwohl vertritt die Landesplanung die Auffassung, Planentwürfe für eine ausgewogene räumliche Entwicklung gemäß den durch den LEP 2021 sowie den Anforderungen des Raumordnungsgesetzes festgelegten Rahmenbedingungen vorgelegt zu haben. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1029	im Folgenden schildere ich Ihnen unser individuelles Vorhaben im Außenbereich. Die Baubehörde hat sich endgültig positioniert und für ein legal errichtetes, intaktes Wohngebäude eine Beseitigungsanordnung zugestellt. Wir sind kein Einzelfall. **Ein Hoffnungsschimmer im Koalitionsvertrag 2022 - 2027** Denn im Koalitionsvertrag 2022 – 2027 auf Seite 90 (Landesplanung) ist unsere Problematik als Prüfauftrag an die Landesplanung niedergeschrieben: **Seite 90 - Landesplanung** **„Zudem werden wir prüfen, wie bestehende Gebäude im Außenbereich im Landesentwicklungsplan und in den Regionalplänen bei Nutzungsänderungen und nutzungsermöglichenden Erweiterungen privilegiert werden können. Wir wollen bestehende Strukturen nicht unnötig dem Abriss oder Verfall aussetzen.** **Stattdessen sollen sie in neue Nutzungen überführt werden können. Das schont Ressourcen, stärkt ländliche Strukturen und trägt zur Verringerung weiterer Flächenversiegelung bei.“** Unser Vorhaben im Außenbereich:	Die Zuständigkeit über die Erteilung von Baugenehmigungen liegt bei der Bauaufsicht der Kreise und nicht im Aufgabenbereich von Regional- und Landesplanung. Die Fachaufsicht über die unteren Bauaufsichtsbehörden liegt in der Abteilung 5 des Innenministeriums. Die Zulässigkeit von Vorhaben ist im Baugesetzbuch des Bundes (BauGB) geregelt. Landes- und Regionalpläne können hier keine entgegenstehenden Festlegungen treffen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Die Baubehörde hat sich endgültig positioniert und erklärt, die erteilte Baugenehmigung muss als erloschen angesehen werden (eine Ermessensentscheidung ohne belastbare Beweise). Meine Gedanken/Feststellungen dazu: Das BauGB ist ein Bundesgesetz. Die Baubehörde des Landes ist „nur ein Erfüllungsgehilfe“ für ein Bundesgesetz. Eine von der Baubehörde getroffene Ermessensentscheidung gegen den Erhalt eines legal errichteten Wohngebäudes im Außenbereich, obwohl die Gemeinde das Einvernehmen ausgesprochen hat, muss anscheinend hingenommen werden, da es sich um ein Bundesgesetz handelt. Der Bürgermeister der Gemeinde berichtet, dass die Gemeinde zwar das gemeindliche Einvernehmen aussprechen kann, aber nichts gegen die ablehnende Haltung der Kreisbehörde tun könne. Die Spannweite einer Ermessensentscheidung ist sehr groß, es können 99% der Argumente zugunsten des Eigentümers sprechen und nur 1% dagegen. Entscheidet sich die Baubehörde mit den 1% Argument dagegen handelt es sich um eine ***ermessensfehlerfreie*** Entscheidung. Somit ist fast jede Entscheidung eine *ermessensfehlerfreie* Entscheidung, das heißt die Behörde hat fast immer Recht. Anschließend trifft die Behörde Maßnahmen nach pflichtgemäßem Ermessen damit öffentlich-rechtliche Vorschriften eingehalten werden (Baustopp, Zwangsgeld, Bußgeld, Beseitigungsanordnung…). Und das alles, weil ein Bürger/Eigentümer **sein Wohngebäude im Außenbereich erhalten und nicht dem Verfall aussetzen will!** Der Bürgermeister hat uns volle Unterstützung, soweit es ihm möglich ist, zugesagt. Hört sich gut an, hat auf die wesentlichen Entscheidungen der Baubehörde keinen Einfluss. Im Gespräch mit Mitgliedern des Gemeinderates/Bauausschusses trifft die Entscheidung der Baubehörde das Wohngebäude mit allen Fundamenten und Leitungen (Glasfaser, Gas, Trinkwasser, Strom, Telefon, Ortsentwässerung Freigefällekanal mit Schacht) beseitigen zu lassen, auf völliges Unverständnis. **Die Mutter allen Übels ist der Entzug einer Baugenehmigung, die einer Enteignung gleichkommt, insbesondere im Außenbereich, da das Grundstück mit allen Konsequenzen auf Flächennutzungsplan-Niveau zurückfällt.** Dem Eigentümer wird damit die Rechtsgrundlage für Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen entzogen. Jede Bautätigkeit an dem Gebäude ist jetzt illegal. Für ein intaktes Wohngebäude im Außenbereich mit allen Anschlüssen kann mit Sicherheit auch eine ermessensfehlerfreie Entscheidung zugunsten des Eigentümers gefunden werden zumal die Gemeinde das Vorhaben uneingeschränkt unterstützt. Die Baubehörde hat uns gegenüber jedoch mitgeteilt, sich endgültig positioniert zu haben und lehnt jedes	

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Gesprächsangebot ab. Dieses Verhalten widerspricht eindeutig den heutigen politischen Zielen und Grundsätzen. **Fragen:** **Wie wird erreicht, dass der landespolitische Wille in den Ermessensentscheidungen der Baubehörde umgesetzt wird?** **Sind der Landesentwicklungsplan und die Regionalpläne geeignet landespolitische Ziele in Ermessensentscheidungen umzusetzen?** **Oder gibt es eine interne Anweisung jede Bebauung im Außenbereich entfernen zu lassen, wenn eine entsprechende Ermessensentscheidung gefunden werden kann, die dann zu Abriss und Verfall führen?** Ich habe den Entwurf des Regionalplanes für den Planungsraum 2 gelesen. Mein besonderes Interesse liegt darin Aussagen (Ziele und Grundsätze) zu finden, die Inhalte der Passage im Koalitionsvertrag 2022-2027 unserer Landesregierung (Seite 90 – Landesplanung) widerspiegeln. Ziele und Grundsätze für im Außenbereich bereits in Anspruch genommene Flächen mit dem Inhalt **„Wir wollen bestehende Strukturen nicht unnötig dem Abriss oder Verfall aussetzen."** habe ich nicht gefunden. Es liegt weiterhin im Ermessen der Baubehörde eine Baugenehmigung für ein bestehendes Gebäude als erloschen anzusehen, selbst wenn die Bausubstanz nachweislich intakt ist. Mit nahezu unheilbaren Folgen für den Eigentümer, denn es wird fast immer eine *ermessensfehlerfreie* Entscheidung beschieden (wie oben erläutert). Eine Beseitigungsanordnung sorgt für eine Räumung des voll erschlossenen Grundstücks. Die Baubehörde hat sich endgültig positioniert und wird vom Deckmantel der ermessensfehlerfreien Entscheidung geschützt. Mein gesunder Menschenverstand hat mir bei meinen Entscheidungen bisher fast immer recht gegeben. Die politischen Willensäußerungen bestehende Strukturen nicht unnötig dem Abriss oder Verfall aussetzen, die klimapolitischen Zwänge CO2-neutral zu werden, Ressourcenschonung, Mobilitätsreserve, etc. alles Tatsachen, die ich unterstütze und meinem Tun und Handeln nicht widersprechen.	

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Stichpunkte zu unserem Vorhaben im Außenbereich: Unsere Familie besitzt seit 2011 ein Wohngebäude im Außenbereich im Gebiet des Regionalplanes 2 Das intakte Gebäude ist legal, mit Baugenehmigung als Wohngebäude (Schlichtwohnungen mit Trockenabort) 1964/65 im Außenbereich errichtet worden. Unsere Bauvoranfrage von Oktober 2020 beinhaltet die **Instandsetzung und energetische Ertüchtigung sowie die Wiederaufnahme der Wohnnutzung.** Der Bau- und Planungsausschuss der Gemeinde Ascheberg hat beschlossen: Das gemeindliche Einvernehmen gem. § 36 Abs. 1 BauGB wird erteilt. Für diese Bauvoranfrage konnte kein positiver Bescheid vom Kreisbauamt in Aussicht gestellt werden. Das Kreisbauamt sieht die Baugenehmigung als erloschen an. Wir haben daraufhin die Bauvoranfrage im Februar 2021 zurückgezogen. Juli 2021 Beginn Dachinstandsetzung September 2021 Baustopp. Das Kreisbauamt sieht die Baugenehmigung als erloschen an. Deshalb Baustopp mit Androhung eines Zwangsgeldes. Es wurde sodann ein Witterungsschutz aus Folie und Plane aufgebracht. Der Witterungsschutz hielt dem Wetter nicht stand. September 2022 Die bauzeitliche Sicherungsmaßnahme wird durch standhaftere Blechplatten ersetzt. Dafür im Januar 2023**vomKreisbauamt: Zwangsgeldfestsetzung unter Androhung eines erneuten Zwangsgeldes in Höhe von 5000,00 Euro + 14,50 Euro Gebühr.** Juli 2023 Beseitigungsanordnung mit Zwangsgeldandrohung Juli 2023 Bußgeldverfahren: Anhörung-Ahndung von Ordnungswidrigkeiten Unsere Widersprüche werden von der gleichen Behörde bearbeitet, mit folgenden Aussagen: Eine Freigabe der Bauarbeiten wird ohne Baugenehmigung nicht erfolgen.	

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Unsere Ausführungen im Widerspruchsverfahren bringen keine Veränderung in deren Rechtsauffassung des Kreisbauamtes. Das Kreisbauamt will eine Beseitigungsanordnung zustellen. **Anmerkung:** Das Bauamt wird eine neue Baugenehmigung nach § 35 BauGB für dieses Grundstück im Außenbereich mit Sicherheit nie erteilen. Das BauGB hat feste Vorgaben, die für eine Bebauung im Außenbereich anzuwenden sind. Das Kreisbauamt würde dann im pflichtgemäßen Ermessen die Baugenehmigung verweigern. Diese Situation wäre gar nicht erst entstanden, wenn das Bauamt nicht die Leitlinie verfolgen würde jede Möglichkeit/Argumentation zu nutzen Bebauung im Außenbereich dem Abriss und Verfall auszusetzen und somit endgültig zu entfernen. Es liegt im Ermessen des Kreisbauamtes, dass die vorhandene Baugenehmigung von 1964 gültig bleibt und nicht entzogen wird. Die Inhalte der Passage auf Seite 90 im aktuellen Koalitionsvertrag trifft auch auf unseren Fall zu. **Die Rechtsauffassung des Kreisbauamtes von früher darf heute nicht mehr unverändert angewendet werden.** **Gründe:** • **Die Sieben-Jahres-Frist ist in Schleswig-Holstein unbefristet nicht anzuwenden (seit 1998)** • **Lt. Koalitionsvertrag 2022 – 2027 will die Landesregierung bestehende Strukturen nicht unnötig dem Abriss oder Verfall aussetzen, insbesondere auch im Außenbereich** • **Wärmewende „Abrisse wollen wir möglichst vermeiden und stattdessen Gebäude, wenn es wirtschaftlich sinnvoll ist, sanieren.“** • **Ressourcenschonung** • **CO2-Bilanz** • **Mobilitätsreserve** • **Wohnraumschutzgesetz** • **Leerstandabgabe**	

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	• **Etc.** **Wenn dieser Geist in der Rechtsauffassung des Kreisbauamtes Einzug nehmen würde, gäbe es keinen Baustopp, Zwangsgeld, Beseitigungsanordnung, Bußgeldverfahren, sondern eine positive Unterstützung unseres Vorhabens.** **Die Mutter allen Übels ist der Entzug einer Baugenehmigung, die einer Enteignung gleichkommt, insbesondere im Außenbereich, da das Grundstück mit allen Konsequenzen auf Flächennutzungsplan-Niveau zurückfällt!** Ich hoffe, dass die Darlegung unseres Vorhabens, zu einem besseren Verständnis des Kernproblems beiträgt. Es gibt viele weitere Bürger, die Ermessensentscheidungen hinnehmen müssen, obwohl so manche Lebensplanung oder sogar Existenz zerstört wird/wurde. Ich habe in meinem Arbeitsleben leidvoll erfahren, was eine ermessensfehlerfreie Entscheidung bedeutet. Der unnötige Entzug einer Baugenehmigung muss ein Ende haben.	
Öffentlichkeit: Privatperson **ID: 1027**	im Zusammenhang mit den derzeit in Erarbeitung befindlichen drei Regionalplänen, möchten wir Ihnen ein wichtiges Thema ans Herz legen und sie darum bitten, dies landesweit in den Planungsprozess zu integrieren. Hierbei handelt es sich um den Rotwildwegeplan (RWP), den wir im Jahr 2022 mit ExpertInnen aus dem ganzen Land zusammen erarbeitet haben. Ziel des Rotwildwegeplanes ist es, die wenigen noch gangbaren Wanderkorridore des Rotwildes zu schützen, die es derzeit noch in Schleswig-Holstein gibt, und Optionen aufzuzeigen, wo bereits verschlossene Korridore wieder geöffnet werden können. Das Rotwild wird seit 2001 auf der Vorwarnliste der Roten Liste „Die Säugetiere Schleswig-Holsteins, Rote Liste“ geführt, da es durch die Verinselung seiner Lebensräume an genetischer Verarmung und genetischer Drift leidet. Die Anzeichen für Inzuchtdepressionen zeigen sich mittlerweile im ganzen Land. Die Ursachen hierfür kennt man seit den 1990er Jahren und deshalb forderte man bereits in der Roten Liste aus dem Jahr 2001, dass „Eine weitere Verinselung (der Rotwildvorkommen in SH) durch Wildschutzzäune und neue Verkehrsprojekte unbedingt verhindert werden (muss).“ Seitdem hat sich die Situation kontinuierlich verschlechtert. Dies hat uns im Jahr 2022 dazu veranlasst, den RWP zu erarbeiten. Der RWP wurde bereits als Planungsbasis in der „Fachkonzeption zur Wiedervernetzung an Bundes- und Landesstraßen in SH“ berücksichtigt, es ist jedoch unerlässlich, dass er auch Eingang in alle weiteren Planungsvorhaben findet. Die Regionalpläne bieten hierfür genau die richtige Basis, von daher bitten wir sie inständig, den Rotwildwegeplan in alle drei Regionalpläne einfließen zu lassen.	Der Landesentwicklungsplan 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitels 6.2.1 LEP 2021 sowie Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Die Inhalte des Rotwildwegeplans gehören nicht zu den Kriterien des LEP 2021 beziehungsweise der oben genannten Fachplanung. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Der RWP ist in dem beigefügten Dokument „Rotwild in Schleswig-Holstein – Managementplan 2022-2025“ dokumentiert. Neben dem PDF fügen wir ihnen die kartierten Korridore auch als Shape Layer bei. Die kartierten Wanderkorridore können so problemlos in jedwede Kartensoftware geladen werden. Zum Download finden sie die Layer auch unter folgender URL https://ljv-sh.de/wp-content/uploads/RW_Wegeplan.zip	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1026	Zu Kapitel 4.2: Intro: Zugunsten der Regierungszielsetzung der schwarz-grünen Koalition von 20 % Anteil ÖPNV am Gesamtverkehrsaufkommen sind bislang keine konkreten Schritte erkennbar gewesen. Wahrgenommen wurde die Einführung des Deutschlandtickets, die jedoch kaum Wechsel in den ÖV erzeugte. Das wiederholt geäußerte Preisargument als Vorbehalt Einzelner ist damit grundätzlich entkräftet. Auch wenn damit eine massive Vereinfachung des Tarifgebildes entstand, darf nicht außer Acht gelassen werden, dass das Deutschlandticket eine erhebliche Subvention bestehender Verbundtarife ohne Nutzer-Mehrwert darstellt. Mehr Bedeutung sollte daher dem Ausbau der Infrastruktur in SH zukommen, da Reisezeit im Vergleich zum MIV offenbar und verkehrswissenschaftlich fundiert das wichtigste Umsteiger-Kriterium ist.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die Ausgestaltung des öffentlichen Personenverkehrs ist nicht Gegenstand der Regionalplanung, sondern jeweiliger Fachplanungen (RNVP, LNVP).
Institution: [redacted] **ID: M1024**	Nach Prüfung der Unterlagen teilen wir Ihnen mit, dass sich im Plangebiet derzeit keine von der [redacted] betriebenen Anlagen (z. B. Hochspannungsfreileitungen und -kabel, Umspannwerke, Nachrichtenverbindungen sowie Ver- und Entsorgungsleitungen) befinden oder in nächster Zeit geplant sind. Diese Stellungnahme gilt nur für den angefragten räumlichen Bereich und nur für die Anlagen der [redacted].	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1023	**Nr. 3 Siedlungsstruktur** Naturhaushaltspläne und Flächeneinsparkonzepte der Kommunen vorgeben. Landschaftsplankartei aufbauen, Anforderungen durch Aufnahme von bedeutsamen/gefährdeten Arten erhöhen.	Die Forderungen werden zur Kenntnis genommen. Konkrete Änderungsvorschläge können hiervon jedoch nicht abgeleitet werden.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
ID: 1023	**Nr. 4.7 Energie/Umweltbericht u.a. Nr. 2.7/2.8** Keine weiteren Windenergie- und Photovoltaikfreianlagen auf Eiderstedt. Es sollten Energiesparmaßnahmen vorgegeben werden.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die geforderten Inhalte sind nicht Gegenstand der Regionalplanung.
Institution: Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag **ID: M1021**	• Die Kommunen sind zur Übernahme von Verantwortung, zur Kooperation und zu kreativen Lösungen für alle Fragen der Infrastruktur bereit. Sie brauchen das Vertrauen der Landespolitik, Verlässlichkeit der rechtlichen und planerischen Rahmenbedingungen, finanzielle Handlungsfähigkeit und Entscheidungsfreiräume. • Vor allem die Gestaltung der Lebensqualität vor Ort, die Digitalisierung, die Anpassung von Infrastruktur an den demographischen Wandel, die Entwicklung der Bildungsinfrastruktur und die Sicherstellung der Mobilität können nur geleistet werden, wenn die Gemeinden hierfür über die notwendige finanzielle Leistungskraft verfügen. Dies ist aktuell für die deutliche Mehrheit der Gemeinden nicht gewährleistet, weshalb es dringend einer finanziellen Stärkung bedarf. • Gerade auch die ländlichen Räume müssen als Stärke des Landes betrachtet und als Standorte für Wohnen und Arbeiten entwickelt werden. Insbesondere durch den fortschreitenden Glasfaserausbau, als Basis der Ernährungswirtschaft und des Tourismus sowie als Standorte sehr hoher Lebensqualität tragen die ländlichen Räume mit ihren Gemeinden entscheidend zu den strategischen Handlungsfeldern auch des Landesentwicklungsplans und der Regionalpläne bei. • Wir erwarten eine Neuorientierung der Landesplanung und der Regionalpläne, um die Entwicklungspotentiale gerade der ländlichen Räume besser nutzen zu können. Unter dem Motto: „Das Richtige gestalten anstatt das Unvermeidbare behindern“ sollte die Landesplanung als „helfende Behörde“ ausgestaltet werden, bei der Vertrauen in die Klugheit kommunalpolitischer Entscheidungen zu einer maßgeblichen Arbeitsgrundlage wird. Der bürokratische Aufwand bei der Entwicklung von Wohnen und Gewerbe ist deutlich zu reduzieren. • Im Ergebnis bedeutet dies nach wie vor, dass die Vorgabe eines landesweit einheitlichen Siedlungsrahmens zu hinterfragen ist. Die Steuerung über langfristig festgelegte Wohnbaugrenzen hat sich als nicht bedarfsgerecht, extrem verwaltungsaufwendig und ineffizient erwiesen.	**Zum Themenbereich Neuorientierung der Landes- und Regionalplanung sowie Vorgabe eines landesweit einheitlichen Siedlungsrahmens:** Die Fragen von landesweiten Rahmenvorgaben sind in entsprechenden Verfahren zur Fortschreibung beziehungsweise Teilfortschreibung des LEPs zu behandeln und können nicht im Rahmen der Neuaufstellung der Regionalpläne bewertet werden. **Bewertungen zu den Entwürfen der Regionalpläne:** Die Regionalpläne für die drei Planungsräume in Schleswig-Holstein sind gemäß § 5 (1) Landesplanungsgesetz Raumordnungspläne. Die Raumordnungspläne legen die anzustrebende räumliche Entwicklung für einen Zeitraum von regelmäßig fünfzehn fest (Planungszeitraum). Die regionalplanerischen Rahmenvorgaben sind so ausgestaltet, dass sie eine gewisse Flexibilität und Ausgestaltung im Rahmen zum Beispiel der kommunalen Bauleitplanung ermöglichen. Die Kritik am Planungszeitraum und der mangelnden praktikablen Handhabung wird zur Kenntnis genommen, führt jedoch zu keiner Änderung von Text und/oder Karte. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	• Vor allem angesichts der aktuellen Wohnraumprognosen wird deutlich, dass der Bedarf an Schaffung zusätzlichen Wohnraums nur in den städtischen Zentren nicht zu bewerkstelligen ist. Es muss daher ermöglicht und gefördert werden, dass auch im ländlichen Raum Wohnraum für alleinstehende jüngere und ältere Menschen, für junge Familien und für Menschen mit geringem Einkommen entsteht. • Dafür müssen auch die Rahmenbedingungen verbessert werden. Daher muss im Ergebnis überprüft werden, ob die Instrumente der Wohnraumförderung erweitert und flexibilisiert werden müssen. Dies gilt insbesondere für die zentralen Orte im ländlichen Raum und die Stadtrandkerne. Förderinstrumente für den ländlichen Raum müssen flexibler, leistungsfähiger und langfristig gesichert werden. Das gilt aktuell in besonderer Weise für die durch Kürzungen von Bundesmitteln bedrohte Ortskernentwicklung. • Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich neben den zentralen Orten auch zahlreiche weitere Gemeinden zu „faktischen Zentralorten“ entwickelt haben, deren Entwicklungspotentiale nicht vernachlässigt werden dürfen. Daher bedarf es schon aus diesem Grunde einer grundlegenden Flexibilisierung landesplanerischer Instrumente. Bewertungen zu den Entwürfen der Regionalpläne Wesentliche Festlegungen der für 15 Jahre konzipierten Regionalpläne drohen angesichts der rasanten gesellschaftlichen und technologischen Entwicklungen in Kürze schon wieder überholt zu werden. Beispielhaft sei an dieser Stelle auf die geplante Ansiedlung von [redacted] in Heide verwiesen, die vor wenigen Jahren noch nicht absehbar war und die erhebliche Auswirkungen auf nahezu alle Bereiche der Region haben wird. Daher ist es von besonderer Bedeutung, dass sowohl für den LEP als auch für die Regionalpläne neue, innovative Ansätze geschaffen und genutzt werden, die eine schnellere und flexiblere Anpassung der Planungen an die Realitäten ermöglichen. Die für die Regionalplanung erarbeiteten Dokumente sind für eine praktikable Handhabung sowohl auf Seiten der Gemeinden als auch auf Seiten weiterer Akteure schlicht zu umfangreich. Dass derartig umfangreiche Dokumente benötigt werden, zeigt, dass die Prinzipien der Planung hinterfragt werden müssen.	
ID: M1021	C. Anpassungsbedarfe im LEP Wir möchten unsere Stellungnahme zu den Entwürfen der Regionalpläne auch zum Anlass nehmen, um zu Regelungen des Landesentwicklungsplans vorzutragen und auf aktuelle Anpassungsbedarfe hinzuweisen. Diese bitten wir, im Rahmen der anstehenden	**Zum Thema Anpassungsbedarfe:** Anpassungsbedarfe des LEP sind in entsprechenden Verfahren zur Fortschreibung beziehungsweise Teilfortschreibung des LEPs zu behandeln und können

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Teilfortschreibung des LEP zu berücksichtigen. Dies betrifft insbesondere eine weitere Öffnung des wohnbaulichen Entwicklungsrahmens und Planungserleichterungen für Anlagen des Brand- und Bevölkerungsschutzes außerhalb von Siedlungsbereichen nach dem Vorbild Nordrhein-Westfalens, die nach Auffassung des SHGT auf KRITIS-Anlagen erweitert werden sollten. 1. Weitere Öffnung des wohnbaulichen Entwicklungsrahmens Die im Zuge der LEP-Novelle 2021 geschaffene nur anteilige Anrechnung von Wohneinheiten im Rahmen des Geschosswohnungsbaus ist nach wie vor zu begrüßen und die damit verbundene Anreizwirkung weist in die richtige Richtung. Dies gilt sowohl für die Erreichung des Ziels einer flächensparenden Gemeindeentwicklung als auch mit Blick auf den vermehrten Bedarf von Wohnungen auch im ländlichen Raum. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir den Vorstoß der Landesregierung, die (Anrechnungs-)Quote weiter zu verringern und die Wohneinheiten nur noch zur Hälfte anzurechnen. Um die Anreiz- und Steuerungswirkung für besondere Bedarfe am Wohnungsmarkt noch stärker zu nutzen, regen wir an, Wohnungen, die im Rahmen der sozialen Wohnraumförderung errichtet werden, überhaupt nicht auf den Entwicklungsrahmen anzurechnen. Eine derartige Bereichsausnahme könnte geeignet sein, angesichts der bestehenden erheblichen Herausforderungen für den Wohnungsbau einen entscheidenden Impuls zu setzen. Aber auch abgesehen davon wird die nötige Schaffung von Wohnraum angesichts des eingebrochenen Neubaugeschehens und angesichts des zusätzlichen Bedarfs an Dauerwohnraum für die dauerhaft bei uns bleibenden Flüchtlinge mit dem auf 15 Jahre konzipierten Entwicklungsrahmen nicht zu schaffen sein. Daher wiederholen wir auch hier unsere Auffassung, dass dieses aus früheren Jahrzehnten stammende Instrument grundsätzlich nicht mehr mit der Entwicklungsdynamik, mit den Anforderungen an eine innovative Planungsmethodik und einem effizienten Einsatz der Personalressourcen der Landesplanung vereinbar ist.	nicht im Rahmen der Neuaufstellung der Regionalpläne bewertet werden. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
ID: M1021	2. Planungserleichterungen für Anlagen aus den Bereichen KRITIS, Brand- und Bevölkerungsschutz In einigen Gemeinden rückt die Option, Feuerwehrgerätehäuser aufgrund technischer oder lärmschutzrechtlicher Anforderungen sowie angesichts fehlender Flächen außerhalb von Siedlungsbereichen errichten zu können, verstärkt in den Fokus. Dies gilt insbesondere, aber nicht nur dann, wenn Feuerwehren und Gemeinden sich dazu entscheiden, Wehren/ Standorte zusammenzulegen und an einem Standort neu errichten zu wollen, der für alle Mitglieder der Feuerwehren die Einhaltung der Hilfsfristen ermöglicht. Die Errichtung neuer Gebäude ist in solchen Fällen alternativlos, oft jedoch mit einem unverhältnismäßigen Planungs- und	**Zum Themenkomplex Bevölkerungsschutz und Schutz Kritischer Infrastrukturen (KRITIS):** Der Bevölkerungsschutz und der Schutz Kritischer Infrastrukturen ist nicht Gegenstand des Verfahrens zur Neuaufstellung der Regionalpläne in Schleswig-Holstein.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Genehmigungsaufwand verbunden. Um den Feuerwehren, aber auch Einrichtungen des Bevölkerungsschutzes, die notwendigen Entwicklungen zu erleichtern, regen wir an zu prüfen, ob die Übernahme einer Ausnahmeregelung des LEP Nordrhein-Westfalens möglich ist. Ziel 2-3 des LEP NRW (Seite 23) sieht eine Reihe von Nutzungen vor, die ausnahmsweise außerhalb der regionalplanerisch festgesetzten Siedlungsbereiche zugelassen werden. Hierzu zählen u.a. „bauliche Anlagen des Bundes oder des Landes sowie der Kommunen bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Brand- und Katastrophenschutz“. Wir hielten es für angezeigt, eine solche Regelung auch im LEP SH zu schaffen und diese auch auf weitere Anlagen der Kritischen Infrastruktur zu beziehen.	**Zum Thema Feuerwehrgerätehäuser:** Ausnahmeregelungen für die Zulassung von Feuerwehrwehrgerätehäusern im Außenbereich gehören nicht in die Regelungszuständigkeit der Regionalplanung und widersprechen darüber hinaus den bauplanungsrechtlichen Vorschriften. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1017	ich erwarte einfach das jeglicher PV-Freiflächen-Ausbau veröffentlicht wird, damit sich jeder Bürger gut informieren kann.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Die Regionalplanung ist nicht zuständig für die Bekanntgabe von Planvorhaben, diesbezüglich wird unter anderem auf die gesetzlichen Vorgaben gemäß BauGB verwiesen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1014	Das Bauen auf der grünen Wiese sollte teurer sein, als die Entwicklung im Innenbereich. Beispielsweise über eine **Neuerschließungsgebühr**. Diese muss jedoch landesweit einheitlich eingeführt werden, damit keine Konkurrenz zwischen den Gemeinden entsteht. Ebenso kann eine **dichtere Bauweise** erzielt werden, wenn die Gebühr an der zu erschließenden Fläche festgelegt wird. Die **Sanierung und Ertüchtigung** des Bestandes sollte finanziell gefördert werden um auch für Projektentwickler / Investoren attraktiv zu werden.	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Ergänzend wird auf die Ausrichtung der Raumordnungspläne (LEP, Regionalpläne) hinsichtlich des Vorranges der Innenentwicklung vor der Außenentwicklung hingewiesen (vergleiche Kapitel 3.9 Absatz 4 und 5 LEP sowie Teil A Regionalplanentwurf). Gebührengestaltung und Fördermöglichkeiten sind zudem nicht Inhalt der Regionalplanung.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1011	Im Regionalplan sollte ein **Dichtekonzepte** integriert werden, wie beispielsweise in Stuttgart (Ziel 2.4.0.8) oder der Region Südhessen (Ziel Z3. 4.1-9). Diese sollten so ausgelegt sein, dass eine **wohnbauliche Entwicklung in ländlichen Gemeinden effizient(er)** gestaltet sind und einen zusätzlichen Rahmen zum Wohnbaulichen Entwicklungsrahmen bieten. Wir stehen vor dem Dilemma des Wohnungsdrucks und des Flächensparens. Regionale Dichtekonzepte auf Ebene des Regionalplan geben eine **Verbindlichkeit** um ein	Die Ziele und Grundsätze des Landesentwicklungsplans in den dortigen Kapiteln 3.6 und 3.9 zur wohnbaulichen und städtebaulichen Entwicklung werden als ausreichend für eine Steuerung seitens der Landes- und Regionalplanung erachtet. Entscheidend für eine flächensparende Wohnungsbauentwicklung sind die Festlegungen der Kommunen im Rahmen ihrer Bauleitplanung.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Paradigmenwechsel anstoßen - weg vom frei stehenden Einfamilienhaus / oder Instandsetzung des Bestands! Wichtig ist die Betrachtung und der gleichzeitige Ausbau des Umweltverbundes. Das Dichtekonzepte könnte auch hier im Bereich alternativer Mobilität für Restriktionen bzw. Anreize sorgen. Auch Ausnahmen des Dichtekonzeptes sollten **NICHT** (auch nicht ausnahmsweise) zugelassen werden.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1009	Die vorliegende Landesplanung erfüllt nicht die Mindestanforderungen an eine Bachelorarbeit oder probate Planung. Die Unterlagen der Landesplanung „erschlagen“ mit über 420 Seiten – „man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht“ – aber vielleicht ist dies ja Teil der Strategie, um Ziele und Methoden – oder dessen Fehlen bzw. deren Mängel – im „Wortnebel“ zu verbergen! Eine zusammenfassende Bewertung der Landesvorlage könnte daher lauten: Eine „schöne Fleißarbeit“, aber in der Substanz „unzureichend“ und teilweise „Thema verfehlt“ … erkennbar ist orchestriertes Verwaltungshandeln auf höchstem Niveau (als Selbstzweck?) – eine strategische, reflektierende und zukunftsfähige Planung im Sinne eines Projektmanagements ist NICHT erkennbar … die Vorlage geht daher an den Bedürfnissen einer probaten Planung für die Region und zukünftige Herausforderungen vorbei … „soll der Stillstand nur verwaltet werden?“ … die Wirkungen aus Missverständnissen und Fehlinterpretationen der sog. „Energiewende“ werden grob fahrlässig ignoriert bzw. weiter gepflegt … In Bezug auf Einzelanmerkung zur Landesplanung wird auf die Stellungnahme des Fachabteilung Regionalentwicklung und Energiewende des Kreises SL-FL und die „Initiative Freie Ostsee Schleswig-Holstein“ verwiesen. Die dortigen Empfehlungen und Anmerkungen sollten ernst genommen und systematisch reflektiert und berücksichtigt werden. Sonst bleibt es eine unambitionierte, nachrichtliche (Stillstands-)Verwaltungsvorlage OHNE planerische Aussagekraft, Zukunftsfähigkeit oder Nachhaltigkeit. [redacted]	Die Grundsatzkritik wird zur Kenntnis genommen. Konkrete Änderungsbedarfe können hiervon jedoch nicht abgeleitet werden. Bezüglich der Stellungnahme des Kreises Schleswig-Flensburg wird auf die Votierung der Stellungnahme ID: M1123 verwiesen.

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
Institution: Deutscher Wetterdienst, Verwaltungsbereich Hamburg Nord ID: 1008	der Deutsche Wetterdienst (DWD) bedankt sich als Träger öffentlicher Belange für die Beteiligung an o. a. Vorhaben. Der DWD hat keine Einwände gegen die von Ihnen vorgelegte Planung, da keine Standorte des DWD beeinträchtigt werden bzw. betroffen sind.	Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1001	ich hätte gerne gewusst, warum z.B. im Raum Großsoltholz nicht einfach zu aller erst die örtlichen Bürger gefragt werden, ob sie bspw. einen Windpark o.a. möchten oder nicht bzw. warum es hier keine Ausweisung von Flächen gibt?	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Bezüglich der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsverfahren wird zudem auf § 9 ROG sowie § 3 BauGB verwiesen.
Institution: [redacted] ID: M1121	Zu Kap. 4.6: Flächen des Sylter Flughafens / Wasserschutzgebiet sind im Sinne der Energiewende und der vom Gesetzgeber geforderten Transformationsvorgänge als privilegierte Flächen z. B. für PV-Freiflächenanlagen für die ortsnahe Energiegewinnung des örtlichen Versorgungsunternehmens auszuweisen. Darüber hinaus sind die vorhandenen Freiflächen auf den Kläranlagen und Wasserwerken auf der Insel im Sinne der Energiewende und der vom Gesetzgeber geforderten Transformationsvorgänge als privilegierte Flächen z. B. für PV- Freiflächenanlagen, Windenergieanlagen usw. zur regenerativen Eigenstromgewinnung und als Beitrag zur Klimaneutralität auszuweisen.	Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber hinaus wird an dieser Stelle auch auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V. LNV ID: M1143	Zahlreiche Inhalte des Landesentwicklungsplanes (LEP) werden in den Entwurf der Regionalpläne aufgenommen. Dies wird wie folgt erläutert (S. 24): „Der Landesentwicklungsplan und insbesondere die Neuaufstellung des Regionalplans für den Planungsraum III, der weitgehend dem schleswig-holsteinischen Teilraum der Metropolregion Hamburg entspricht, sollen eine Verbesserung der Flächenangebote für Wohnungsbau und gewerbliche Entwicklung im Wachstumsraum Hamburg-Umland ermöglichen und dabei gleichberechtigt die Belange der Rohstoffsicherung, des Schutzes natürlicher Ressourcen sowie der Freiraumentwicklung und Naherholung berücksichtigen und durch gerechte Abwägung einen Ausgleich zwischen allen Belangen herstellen„. Bei der Betrachtung der in die Regionalplanung übernommenen Inhalte entsteht zunehmend der Eindruck einer Ungleichbehandlung der Flächenangebote für Wohnungsbau, gewerbliche Entwicklung und Rohstoffsicherung gegenüber dem Schutz der natürlichen Ressourcen. Die zukünftigen Aufgaben und Herausforderungen hinsichtlich Artenschwund, Klimawandel, nachhaltige Landnutzung werden u. E. nicht angegangen.	Der Regionalplan-Entwurf sowie der Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein – Fortschreibung 2021 enthalten verschiedene Ziele und Grundsätze, die dem Schutz des Klimas und der natürlichen Ressourcen dienen. Dazu gehört, dass die gesamte Siedlungsentwicklung im Planungsraum flächensparend erfolgen und sich am perspektivischen Ziel einer Flächenkreislaufwirtschaft ausrichten soll. Innenentwicklung, städtebauliche Verdichtung, Flächen- und Gebäudeumnutzung sowie Flächen sparende Siedlungs- und Erschließungsformen haben außerdem bei Wohnungsbau, Gewerbeentwicklung und Infrastruktur Vorrang vor der

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Maßnahmen zur Senkung des Flächenverbrauches spiegeln sich in der Planung nicht wider. Dies wird ausdrücklich gerügt.	Neuinanspruchnahme von Freiflächen. Bei der Umsetzung können die Kommunen als Trägerinnen der Bauleitplanung das kostenfreie Flächenmanagement-Kataster nutzen. Darüber hinaus benennen LEP 2021 und Regionalplan-Entwurf konkret den Ausbau der Erneuerbaren Energien und des dafür notwenigen Leitungsnetzes, den Aufbau einer klimaneutralen Wärmeversorgung sowie den Umstieg auf eine klima- und umweltfreundliche Mobilität als Zielsetzungen. Der Landesplanungsbehörde ist bewusst, dass die im Teil A des Regionalplan-Entwurfs genannten Entwicklungstendenzen sowie die Ziele und Grundsätze der Raumordnung im Teil B Spannungsfelder und Nutzungskonflikte beinhalten, die durch den Regionalplan-Entwurf nicht in Gänze aufgelöst werden. Dies betrifft auch den landesweit geltenden Landesentwicklungsplan Schleswig-Holstein-Fortschreibung 2021. Aufgabe und Ziel des Landesentwicklungsplans und der Regionalplan-Entwürfe ist es jedoch, im Sinne einer nachhaltigen und zukunftsgerichteten Landes- und Regionalentwicklung die berechtigten ökologischen, ökonomischen und sozialen Aspekte der Landesentwicklung gleichwertig aufzugreifen und daraus entstehende räumliche Nutzungskonflikte zu minimieren. Dieser Grundansatz durchzieht sowohl den LEP 2021 als auch den Regionalplan-Entwurf. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Stadt Flensburg **ID: M1039**	Hinweis: Die rein nachrichtliche Übernahme zur Windenergie reicht aus Sicht der Stadt Flensburg nicht aus. Es müsste einen Punkt 4.7. Energieversorgung geben, der auch Teile der Energiewende wie PV-Anlagen in der Fläche sowie ggf. Energiespeicherung, alternative	Es ist eine Teilfortschreibung des LEP 2021 zu den Themen Gewerbe und Energieversorgung geplant. In diesem Verfahren wird auch das Kapitel 4.5.2 Solarenergie überprüft und insbesondere an neue bundesrechtliche Vorgaben angepasst. Darüber

Einreichendendaten	Datensatz zu Allgemeines	Votum
	Kraftstoffe, Wärmeversorgung etc. beinhaltet. Gerade das Thema PV in der Fläche bekommt zunehmend Relevanz.	hinaus wird an dieser Stelle auch auf den neuen Solar-Erlass 2024 hingewiesen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: Karte

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zur Karte	Votum
ID: M1128	In den Festlegungskarten der Regionalplanentwürfe wird in der Legende auf eine Kennzeichnung der Planele-mente als Ziel und Grundsatz der Raumordnung verzichtet. § 7 Abs. 1 und § 13 Abs. 4 ROG schreiben eine Kennzeichnung von Grundsätzen und Zielen der Raumordnung allerdings verbindlich vor. Diese Vorschriften gelten nicht nur für den Text des Regionalplans, sondern auch für die Festlegungskarte. Eine Kennzeichnungs-pflicht besteht, damit Leserinnen und Leser von Raumordnungsplänen einfach und übersichtlich die rechtliche Qualität von zeichnerischen und textlichen Festlegungen in Raumordnungsdokumenten entnehmen können. Während der Regionalplantext des Regionalplanentwurfs die Plansätze als Ziele oder Grundsätze der Raumord-nung kennzeichnet, unterbleibt dies für die verbindlichen Planelemente in der Karte. Eine ergänzende Kenn-zeichnung als Ziel oder Grundsatz in der Legende der Festlegungskarte wird im Rahmen der Erarbeitung der 2. Entwürfe empfohlen.	In der Legende der Hauptkarte wird auf das jeweilige Kapitel verwiesen. Ziele sind nach § 7 Absatz 1 ROG zwar als solche zu bezeichnen. Das gilt aber nur dann, wenn es sich bei der Darstellung in der Karte um ein Ziel handelt, das dort zeichnerisch festgelegt wird. Wenn sich die Zielfestlegung aber aus dem Plantext und nicht aus der Karte ergibt, dann muss es in der Karte nicht als Ziel bezeichnet sein. Die Zuordnung zu Zielen oder Grundsätzen der Raumordnung ergibt sich aus dem jeweiligen Kapitel. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Gemeinde Pellworm , über Bauverwaltung des Amtes Pellworm **ID: M1073**	Im Teil-C des Regionalplanes ist nur der Abschnitt des Landesschutzdeiches am Westerkoog als zu verstärkend dargestellt, nicht aber der Deichabschnitt Alter Koog. Allerdings sind im Generalplan für Küstenschutz 2022, Anlage 5, Seite 94 beide genannten Deichabschnitte auf Pellworm als zu verstärkend angegeben. Daher bittet die Gemeinde Pellworm um die richtige kartografische Darstellung beider Deichabschnitte. In den übrigen Teilen des Regionalplanentwurfs sind bereits beide Deichabschnitte richtig erfasst worden.	Die Darstellung der zu verstärkenden Bereiche der Landesschutzdeiche in der Regionalplankarte hält sich an den Generalplan für Küstenschutz 2022, Anlage 5, Seite 94. Die Überarbeitung ist erfolgt und die Änderungen wurden in die Regionalplankarte eingearbeitet. Der Stellungnahme wird gefolgt.
Institution: Stadt Flensburg **ID: M1039**	Das Klärwerk ist auf der Westseite der Stadt Flensburg (Ramsharde) dargestellt, es befindet sich jedoch an der Ostseite (Kielseng). Es fehlt die Sportboothafendarstellung des großen und touristisch wichtigen Flensburger Stadthafens / Hafen I.M. Jaich am Hafendamm/Kanalschuppen. Hinweis: Die Signatur „Vorranggebiet Küstenschutz …“ weist im Bereich des Flensburger Stadtgebiets Lücken auf, deren Grundlage nicht ersichtlich ist (insb. Hafenspitze Westseite). Die Gleise auf der Hafenwestseite müssen aus der Karte genommen werden, da sie bereits entwidmet sind. Die Elektrifizierung FL-Kiel fehlt. Die textlich beschriebenen Vorhaben zur Reaktivierung und Ausbau der Strecken sowie zusätzlicher Haltepunkte im Flensburger Stadtgebiet finden sich nicht in der Karte wieder. Die Schule f. Strat. Aufklärung der Bundeswehr ist als Sonderbaufläche Bund im FNP dargestellt. Die Einzeichnung in der Karte fehlt.	**Zu Darstellung Klärwerk und Sportboothafen Flensburg:** Die Kartendarstellung wird angepasst. Der Stellungnahme wird gefolgt. **Zur Signatur Vorranggebiet für den Küstenschutz und die Klimafolgenanpassung im Küstenbereich:** Im Maßstab 1:100.000 wirkt die kartographische Darstellung aufgrund der Punktsignatur lückenhaft. Die Punktverteilung im Bereich des Flensburger Stadtgebietes wurde geprüft. Auch Symbol-Markerpunkte, deren Mittelpunkte außerhalb der zu visualisierenden Fläche liegen, werden nun vollständig in der Symbolik abgebildet. Somit weist die Signatur in

Einreichendendaten	Datensatz zur Karte	Votum
		der Regionalplankarte keine Lücken mehr auf. Der Stellungnahme wird gefolgt. **Zum Thema Schienenverkehr:** Die Hinweise wurden geprüft. Die Kartendarstellung wird in folgendem Punkt angepasst: Entfernung der Hafengleise aus der Karte. Aus der hier vorliegenden Fachgrundlage ist keine Elektrifizierung der Strecke Flensburg-Kiel (über Eckernförde) ersichtlich. Längerfristig geplante Maßnahmen sind, der in der Begründung erläuterten Systematik folgend, nicht in der Hauptkarte dargestellt. Die Trassensicherung der Strecke Risum-Lindholm – Flensburg sowie weitere längerfristig geplante Haltepunkte im Flensburger Stadtgebiet sind in der Themenkarte visualisiert. Der Stellungnahme wird damit teilweise gefolgt. **Zu Sonderbaufläche Bund:** Die Schule für Strategische Aufklärung der Bundeswehr wird in der Regionalplankarte als Sondergebiet Bund nicht dargestellt, weil die Flächengröße zu klein für die kartographische Darstellung im Maßstab 1:100.000 ist. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Landesbetrieb für Küstenschutz, Nationalpark und Meeresschutz Schleswig-Holstein LKN **ID: M1129**	Karte Schwer zu prüfen, da nicht gleichzeitig der kartenausschnitt und die Legende eingesehen werden kann Vorschlag: Legende als separate Datei Es werden nur die zu verstärkenden LSD dargestellt. Es fehlt die Darstellung der bestehenden LSD/MD/RD Braune Linie ins Meer z.b. bei Simonsberg: Bedeutung?	Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen. Aus Gründen der Darstellbarkeit werden nur die zu verstärkenden Landesschutzdeiche dargestellt. Bei der genannten braunen Linie handelt es sich um die Darstellung von Nahbereichsgrenzen, wie auch aus der Legende zu entnehmen ist. Die Darstellung der zu verstärkenden Bereiche der Landesschutzdeiche in der Regionalplankarte hält sich an den Generalplan für Küstenschutz 2022, Anlage 5, Seite 94. Die Küstenkilometrierung wurde eingehalten.

Einreichendendaten	Datensatz zur Karte	Votum
	Die zu verstärkenden Bereiche sind falsch dargestellt. Diese Darstellung müsste sich streng an den GP 2022 halten!! Die Küstenkilometrierung gemäß GP ist einzuhalten: DV Simonsberger Koog fehlt, Norderheverkoog fehlt, Neuaugustenkoog ist im RP dargestellt aber gem. GP nicht geplant, Tümlauer koog fehlt im RP, Ording (Tümlau-Nackhörn) ist im RP dargestellt aber gar nicht im GP enthalten; Bereich Böhl bis Süderhöft falsch dargestellt:Unbedingt zu überarbeiten in Übereinstimmung mit GP 2022!!	Die Überarbeitung ist erfolgt und die Änderungen wurden in die Regionalplankarte eingearbeitet. Der Stellungnahme wird in diesem Punkt gefolgt.

Synopse

der Stellungnahmen zum Verfahren

Regionalplan für den Planungsraum I in Schleswig-Holstein – Neuaufstellung, Entwurf 2023

Auswertung

Schlagwort: Umweltbericht

Verfahrensträger: Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
Institution: Amt Nordsee-Treene, TOBL **ID: 1028**	Unter Punkt 2.7.2 Vorgeschlagene Landschaftsschutzgebiete, Tabelle 2-15, taucht unter Nr. 26 und 27 die Erweiterung LSG Geest- und Marschlandschaft der Arlau auf obwohl das LSG „Arlau“ in der Liste der bestehenden LSG nicht genannt ist. Nach der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes Schleswig vom 14.05.2020 das LSG Ostenfeld-Schwabstedt für unwirksam zu erklären, sieht der Kreis Nordfriesland Handlungsbedarf bei den noch verbliebenen Landschaftsschutzgebietverordnungen und strebt daher deren Aufhebung an. Der Kreis Nordfriesland hat in einem Schreiben vom 19.09.2023 zugesichert, das Aufhebungsverfahren für das Landschaftsschutzgebiet „Geest- und Marschlandschaft der Arlau“ zeitnah einzuleiten. Daher kann die Gemeinde sich nicht vorstellen, dass eine Erweiterung des LSG Geest und Marschlandschaft der Arlau vorgesehen ist und spricht sich für die Streichung der Nr. 26 und 27 in der Tabelle 2-15 aus.	Die Datenabfrage wurde bei den zuständigen Fachbehörden für den zweiten Entwurf der Regionalpläne wiederholt und die Tabelle 2-14: Landschaftsschutzgebiete und Tabelle 2-15: vorgeschlagene Landschaftsschutzgebiete aktualisiert. Durch die Aktualisierung ergaben sich folgende Änderungen: In Tabelle 2-14 wurde unter der Nummer 45 das Gebiet der Geest- und Marschlandschaft der Arlau ergänzt, in Tabelle 2-15 ist die Erweiterung Landschaftsschutzgebiet Geest- und Marschlandschaft der Arlau weiterhin unter der neuen Nummer 28 enthalten. Eine Aufhebung der Landschaftsschutzgebietsverordnungen wurde bei der Datenabfrage nicht übermittelt. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Öffentlichkeit: Privatperson **ID: 1048**	**Stellungnahme:** Es ist wichtig, das Gebiet Gotteskoogsee, Ruttebueller See, Huelltofttief, Aventofter See und Kahlebueller See mit den umliegenden Feuchtwiesen, der Schmale und der Brueckengrabenniederung mit Natura 2000 und FFH Gebieten im gesamten Bereich als Biotopverbund, wichtig fuer Biodiversitaet, Arten- insebesondere Vogelschutz zu sichern und vor gegenlaeufiger Nurzung zu bewahren. Im Sommer 2023 haben wir mehrmals Kraniche in den Feuchtwiesen der Schmale beobachtet. Der unzerschnittene, verkehrsarme Raum bietet zahlreichen Vogelarten Nahrung im beschriebenen Biotopverbund mit den genannten Wasserlaeufen. Zusaetzlich von Bedeutung ist hier die Sicherung und Entwicklung wertvoller Landschaftsbereiche als Gebiet mit besonderer Erholungseignung auch durch das [redacted] bei Seebüll als eine der bedeutendsten kulturellen Einrichtungen in SH. Der Wiedingharder Gotteskoog in den Bereichen des Biotopverbundes des Gotteskoogsees, Ruttebueller Sees, Huelttofttief und Schmale, Aventofter See, Brueckengrabenniederung und Kahlebueller See mit seinen Feuchtwiesen und unzerschnittenen verkehrsarmen Raeumen sollte in seiner Schutzwuerdigkeit erkannt und als Naturschutzgebiet erklaert warden, um einer Zerstoerung entgegenzuwirken. Die Randgebiete, in denen bereits Windenergienutzung stattfindet, wuerden ausgenommen, aber das noch unzerschnittene restliche Gebiet sollte unter staerkeren Schutz gerstellt werden, um seine Zerstoerung zu verhindern, und seiner Bedeutung fuer Biodiversitaet,	Die Gebiete Gotteskoogsee, Ruttebueller See, Huelltofttief, Aventofter See und Kahlebueller See mit den umliegenden Feuchtwiesen sowie die Brueckengrabenniederung sind im Regionalplanentwurf als Vorranggebiete für den Naturschutz ausgewiesen. Die Gebiete der Schmale und des Ostlochsees sind als Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft ausgewiesen. Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	Artenschutz, Urspruenglichkeit der Landschaft und Erholung und Toursimus Rechnung zu zollen. **Textstellen/Seiten, auf die sich meine Stellungnahme bezieht:** Regionalplan fuer den Planungsraum 1, Teil A Absatz 7, 8 S. 178, Fortsetg. S. 179, Absatz 2: Der landschaftlich wertvolle Nahbereich liegt im Landschaftsraum Nordfriesische Marsch zwischen dem Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer im Westen und dem Schleswig-Holsteinischen Geestrücken im Osten. Der Rickelsbüller Koog und der Gotteskoogsee sind Vorranggebiete für den Naturschutz. Wegen der Einzigartigkeit und der herausragenden Qualität der Landschaft im Nahbereich soll der großräumigen Freiraumsicherung weiterhin besondere Bedeutung zukommen. Der Nahbereich befindet sich in einem Entwicklungsgebiet für Tourismus und Erholung, in unmittelbarer Nähe zum Nationalpark Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer. Die landschaftlichen Voraussetzungen für natur- und landschaftsbezogene Erholung und Tourismus sollen erhalten und weiter herausgestellt werden. Über geeignete Wegestrukturen sollte insbesondere der Bereich des Gotteskooges aufgewertet werden. Das [redacted] bei Seebüll als eine der bedeutendsten kulturellen Einrichtungen im Lande soll in seiner Funktion gesichert und weiterentwickelt werden. Auf eine infrastrukturelle Einbindung in attraktive Rund(rad)wege sollte geachtet werden. Teil B Anlage 2: Übersichtstabellen Natur und Landschaft Kapitel 2.1 Tabelle 2: Natura 2000-Gebiete über 20 Hektar im Planungsraum I (Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein, 2019, eigene Bearbeitung), Seite 227 Ruttebüller See, EU Code 1118-301, Aventoft Gotteskoog-Gebiet, EU Code 1119-401 Aventoft, Emmelsbüll-Horsbüll, Holm, Humptrup, Neukirchen, Niebüll, Süderlügum, Uphusum	

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	Tabelle 3: Seite 239: Geplante Naturschutzgebiete über 20 Hektar im Planungsraum I (Landesamt für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume Schleswig-Holstein, 2022, Gotteskoogsee Emmelsbüll-Horsbüll, Holm, Neukirchen, Niebüll, Uphusum, VRG 466 UMWELTBERICHT Textstellen/ Seiten, auf die sich meine Stellungnahme bezieht: Abbildung 2-2: Gebiete mit besonderer Erholungseignung und Naturpark M03, Seite 20 2.3 Tiere, Pflanzen und die Biologische Vielfalt 2.3.1 Europäische Schutzgebiete (FF02 und FF03), Seite 21 Hervorzuheben sind ferner Bereiche mit Röhrichten (FF12), Weidengebüschen und anderen feuchten Biotoptypen in der Nordfriesischen Marsch. Hierzu gehören beispielsweise der Beltringharder Koog, das **Gotteskoogseegebiet** und der Schwabstedter Westerkoog, Seite 32 Gebiet mit besonderer Erholungseignung, Abb. 2.2, Seite 20 Tabelle 2-3: Liste der Vogelschutzgebiete, Seite 22: 2: 1119-401 **Gotteskoog-Gebiet** Tabelle 2-4: Liste der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie, 7 1118-301 **Ruttebüller See**, Seite 23 Abbildung 2-5: Biosphärenreservat und Biotopschutz – gesetzlich geschützte Biotope, S.33 In den Gebieten mit besonderer Eignung zum Aufbau eines Schutzgebiets- und Biotopverbundsystems ist bei der Abwägung mit anderen Nutzungsansprüchen dem Naturschutz ein besonderes Gewicht beizumessen. S. 40 Für die Biotoperhaltung sind demnach folgende Gebiete und Lebensräume von besonderer Bedeutung: küstentypische Lebensräume der Nordfriesischen Inseln und Festlandküste, die Naturschutzköge der Nordfriesischen Festlandküste (unter anderem **Gotteskoog**, Bredstedter Koog und Rickelsbüller Koog), S. 41	

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	Abbildung 2-8: Wichtige Verbundachsen und Schwerpunktbereiche des Biotopverbundsystems, S. 43 Feuchtgebietsraeume Abbildung 2-9: Länderübergreifende Achsen des Biotopverbunds, S. 44 Abbildung 2-10: Bedeutsame Lebensraumstrukturen für Vogelarten, S. 46 Bedeutsame Nahrungs- und Rastgebiete (FF17) - für Gänse und Schwäne (FF15 und FF16) außerhalb der EGV Der Küstenstreifen entlang der Westküste sowie der Bereich der Nordfriesischen Inseln, der Bereich **Gotteskoog** sowie am Bottschlotter See und Eiderstedt beziehungsweise entlang der Untereider sind weitere bedeutende Nahrungs- und Rastgebiet., S. 47 Tabelle 2-16: Unzerschnittene, verkehrsarme Räume, Gebietsnummer 1, Name des Gebietes **Wiedingharde**, S. 90	
Öffentlichkeit: Privatperson ID: 1023	**o.Nr. Gesundheit/Umweltbericht Nr. 2.2** Notfallversorgung auf Eiderstedt wiederherstellen. **o. Nr. Kultur- und Denkmalschutz/Umweltbericht Nr. 2.8** Sicherung der alten Deiche und deren Reste. **o.Nr. Allgemein/Umweltbericht Nr. 8** Zeithorizonte, nicht nur für Monitoring und Berichterstattung, angeben. Zusammenfassende Berichterstattung durch Nachhaltigkeitsbericht vorsehen. Für die Überprüfung von RP sieht das ROG 10 Jahre vor.	**Zu Nummer 2.2 und Nummer 2.8:** Die Anregungen werden zur Kenntnis genommen. **Zu Nummer 8:** Ein ergänzender Nachhaltigkeitsbericht über den Umweltbericht hinaus ist nicht vorgesehen. Der Stellungnahme wird nicht gefolgt.
Institution: Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, BUND Landesverband	**2. Einzelaspekte wesentlicher Mängel des Planentwurfes** Im Folgenden werden exemplarisch ausgewählte Einzelaspekte der oben dargelegten massiven Mängel angerissen.	Die Aktualität der Daten wurde überprüft und für den zweiten Entwurf eine erneute Datenabfrage bei den datenhaltenden Stellen durchgeführt. Es ist nicht

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
Schleswig-Holstein e. V. **ID: 1072**	**2.1 Umweltbericht Teil D** In Anbetracht der oft unvollständigen und veralteten Qualität der Daten, die u.a. vom MEKUN/LfU bezogen wurden, **bleibt es unverständlich, warum der Planungsträger auf die Erhebung aktueller, aussagekräftiger Daten verzichtet hat** (vgl. Teil D, Anhang B 1, S.2). Noch unverständlicher und fehlerhafter ist es, dass offenbar selbst aus jenen Daten, die aktuell eine dramatische Verschlechterung der biotischen Umweltfaktoren belegen (u.a. Biotopkartierung, dramatische Gefährdung von Lebensraumtypen, Gefährdung des FFH-Schutzes u.a.) nicht tiefgreifende Schlüsse gezogen werden, die zu einer Regeneration und zukünftigen Verhinderung der Umwelt- und Klimaschäden führen. Dies verlangt eine erhebliche Ausweitung von Vorrang und Vorbehaltsflächen für den Naturschutz. Soweit das zuständige Fachministerium diese fachlichen Pflichten nicht wahrgenommen haben sollte, **bleibt es die Aufgabe und Pflicht des Planungsträgers, diese dramatischen Mängel mit der Durchführung einer auf aussagefähigen und aktuellen Daten beruhenden qualifizierten Umweltprüfung auszuschließen bzw. bewertend darzustellen.** **Da es sich bei der Regionalplanung um eine auf die Zukunft gerichtete Planung handelt, sind die umweltfachlichen Probleme nachhaltig aufzuzeigen und zumindest im Rahmen von Flächenausweisungen zur nachhaltigen Nutzungsordnung belegbar zu begrenzen.** **Eine pauschale Übernahme von Umweltprüfungen aus dem LEP ist grundsätzlich dann abzulehnen, wenn sich seit deren Durchführung** (i.d.R. deutlich vor 2018 mit z.T. deutlich älteren Daten) **Änderungen im Umweltzustand und der Erkenntnis- und Planungslage ergeben haben.** Dies dürfte regelmäßig der Fall sein. Bei den alten Prüfungen fanden in aller Regel die Vorgaben der Biodiversitätsstrategie, aktuelle Erkenntnisse zum Moor- und Feuchtgrünlandschutz, zum Gewässerschutz, Wasserrückhaltung (auch Kleingewässer) sowie diversen anderen Aspekten des Klimaschutzes keine ausreichende Beachtung, die eine neue in die Zukunft gerichtete Regionalplanung zwingend berücksichtigen muss. Dies gilt gleichermaßen für die dringend erforderlichen Flächen zur Wasserrückhaltung sowohl im Binnenland wie in allen hochwassergefährdeten Räumen im Küsten- und Niederungsbereich.	Aufgabe der Landesplanung eigene Grundlagendaten zu erheben. Die dargestellten Landesentwicklungsachsen sind aus dem LEP 2021 nachrichtlich übernommen. Eine erneute Umweltprüfung ist rechtlich nicht erforderlich. Konkrete Vorhaben werden auf Ebene von Planfeststellungs- oder Genehmigungsverfahren oder auf Ebene der nachgelagerten Bauleitplanung geprüft. **Zu 2.1.1 Methodik:** Der generelle Hinweis zur Überarbeitung des Anhangs B 1 hinsichtlich einer verständlicheren und nachvollziehbareren Erläuterung der Methodik wird aufgenommen. Der Text wurde überarbeitet. Gleichwohl wird der Darstellung des Einwenders, die Umweltprüfung wolle durch eine Verschleierung der Methodik möglichst viele Flächen durch Fehlnutzung schädigen und gar das Allgemeinwohl gefährden, deutlich widersprochen. **Zur Beurteilung der Umweltauswirkungen auf dem Maßstab 1:100.000:** Die Umweltprüfung kann und muss nur in dem Konkretisierungsgrad erfolgen, welchen die Planfestlegungen zulassen. Soweit lediglich räumlich und sachlich unkonkrete Festlegungen getroffen werden, können auch die potenziellen Umweltauswirkungen nur in vergleichbar geringer Detailschärfe ermittelt werden. Dem kaskadenförmigen Planungssystem ist ein nach und nach zunehmender Konkretisierungsgrad immanent, sodass naturgemäß auch eine Abschichtung möglich und notwendig ist. Der Sinn und Zweck der Umweltprüfung besteht ferner nicht darin im Sinne einer Worst-Case-Annahme in derartigen Fällen immer von einer Unvermeidbarkeit von Eingriffen

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	Diese Prüfungen sind entsprechend zu aktualisieren und die erforderlichen Retentionsflächen als Vorranggebiete mit höchster Schutzbedürftigkeit in der Regionalplanung zu berücksichtigen. Eine **aktuelle SUP/Umweltprüfung der Landesentwicklungsachsen** ist offenbar unterblieben. Ob oder wann dies zuvor unter welchen Rahmenvoraussetzungen erfolgt ist, ist ebenfalls nicht erkennbar. Hinweise deuten auf eine nicht zugängliche (= erheblicher Planungsmangel) Bearbeitung in 2010 oder früher. Angesichts der deutlich veränderten Aufgabenstellung der Achsen und der wesentlich verschlechterten Situation der Lebensräume und Biotope sowie der allgemeinen Umweltsituation **ist die aktuelle Umweltprüfung der Achsen absolut unverzichtbar**, zumal die Achsen ein wesentliches Kernelement der Planung mit landesweitem Einfluss sind. Alte Bewertungen sind vollständig überholt und für den aktuellen Plan unbrauchbar. 2.1.1 Methodik (Teil D, Anhang 1B, 1.0) Als Basisgrundlage für die Prüfung werden in Tabelle 1-1 **Vorgaben für die Schutzwürdigkeit von Themenclustern aufgestellt, deren fachliche Herleitung, Verifizierung und Diskussion fehlen und unverständlich bleiben.** Im Folgenden einige Beispiele aus der Bewertungstabelle, die wir insbesondere aber nicht ausschließlich kritisieren: **<u>Tabelle 1-1:</u>** Die Gebiete FF05 und FF06 werden lediglich als „hoch“ schutzbedürftig eingeschätzt, obwohl sie die **Höchststufe der Schutzwürdigkeit aufweisen und aktuell einem besonders hohen und schädlichen Nutzungsdruck ausgesetzt sind**. Gleiches gilt für die **Gebiete FF08-10a.** Ein Blick in den für die Biotope verwendeten Datenbestand (opendata.schleswig-holstein.de/dataset/biotopkartierung) führt zutage, dass das **Datenmaterial inhomogen und z.T. deutlich veraltet** (offenbar z.T. älter als 2014 ausweislich der Datenbeschreibung im zitierten Bestand) ist. Wie die Landschaftsrahmenplanung und die Biotopkartierung dargestellt haben, **sind die Still- und Kleingewässer in Schleswig-Holstein in ihrer Einzigartigkeit und Vielzahl stark gefährdet.** Dabei haben Still-/Kleingewässer eine wichtige Funktion als Lebensraum für verschiedene Tierarten und Pflanzen, sie sind Wasserrückhalteraum und häufig sehr wichtiger Landschaftsbestandteil mit vielfältigen Funktionen. Nährstoffüberschuss führt zur Eutrophierung, der Klimawandel und der Grundwasserhaushalt bedrohen diese Gewässer	auszugehen, vielmehr sollen die voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen ermittelt werden, um sie frühzeitig in der Planung berücksichtigen zu können. Der Wortlaut "voraussichtlich" zielt dabei auf eine prognostische Einschätzung, die auch im Sinne eines Eintrittsrisikos gedeutet werden kann. Hierbei ist zwingend die räumliche und inhaltliche Konkretisierung der geprüften Festlegung zu beachten, da hieraus abgeleitet werden kann, in welcher Form die Festlegungen konkrete Eingriffsvorhaben vorbereitet. Nur diese Vorbereitung von möglichen Eingriffen ist auf ihre Umweltauswirkung hin zu überprüfen. Dabei ist bei Festlegungen zu Vorhabenstypen, die immer ein nachgeordnetes Planungsverfahren oder Genehmigungsverfahren erfordern zwingend die Wirkung dieser Verfahren zu berücksichtigen. So ermöglichen beispielsweise regionalplanerische, räumlich unkonkrete Festlegungen zur Siedlungsentwicklung lediglich den Einstieg in eine Planung hierzu, bewirken aber keineswegs Baurecht oder ähnliches. Im Rahmen der Bauleitplanung werden innerhalb der regionalplanerisch zulässigen Gebiete Vorhaben entwickelt und konkretisiert und einer eigenständigen, dann weiter konkretisierten Umweltprüfung unterzogen. Eine vorgreifende Worst-Case-Bewertung auf Ebene der Regionalplanung ist daher weder fachlich notwendig, noch sinnvoll. Sie würde vielmehr die Aufgabe der Umweltprüfung ad absurdum führen, weil diese Vorgehensweise Unterschiede zwischen Planungsalternativen nivellieren würde, da letztlich jegliche - und gerade die räumlich und sachlich wenig konkretisierten Festlegungen - zu schweren voraussichtlich erheblichen Umweltauswirkungen führen würden und Unterschiede zwischen Planungsalternativen, die aufgrund der unterschiedlichen

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	und damit einen einzigartigen Lebensraum in ihrer Existenz. Auch wenn manche Kleingewässer aufgrund ihrer Größe nicht immer erfasst sind, sollte **der Regionalplan im Umweltbericht und in den Textteilen vertieft auf die Bedeutung der Still- und Kleingewässer eingehen** und Maßnahmen für ihren Erhalt und für ihre Förderung darstellen. **Dabei sind auch die Vernetzungs- und die Trittsteinbedeutung dieser Biotope für Arten, die auf diese einzigartigen Biotope angewiesen sind, zu berücksichtigen.** **Die Einschätzung der Schutzbedürftigkeit von Wäldern <10ha (F10b) als „mittel" kann der BUND Schleswig-Holstein sich nicht anschließen.** In Schleswig-Holstein (durch Nutzungsdruck waldärmstes Flächenland in Deutschland) sind Wälder und deren Ökosysteme **in höchstem Maße schutzbedürftig**. Selbst im Fall devastierter, standortfremd bestockter Teilflächen ist ein höchster Grundschutz und nachhaltiger Bestandsumbau (statt der Öffnung für andere Flächennutzungen außerhalb des Naturschutzes) erforderlich. **Waldflächen sind in SH grundsätzlich äußerst selten und erfüllen im Biotopverbund eine außergewöhnlich wichtige Funktion als Vernetzungsstrukturen und bilden gemeinsam mit ihren Waldrandstrukturen wichtige Wander- und Ausbreitungskorridore für viele Arten. Mit allen Funktionen sind sie in aller Regel im höchsten Maße schutzbedürftig und sind auch bei kleinen Flächengrößen weitgehend als Vorrangflächen einzustufen.** Auf die Bedeutung der **Wanderkorridore** wird im Umweltbericht nicht ausreichend eingegangen. **Diese Korridore haben die gleiche Bedeutung wie die Siedlungsachsen und sind entsprechend zu bewerten und darzustellen**. Der BUND Landesverband Schleswig-Holstein legt zudem nahe, die regionalen Freiraumstrukturen um eine **Flächenkategorie für ein Waldverbundsystem** mit entsprechenden Flächenausweisungen zu ergänzen. So kann ein Beitrag zur Erhöhung des Waldanteils in Schleswig-Holstein und zur Vernetzung der teilweise isoliert liegenden Waldflächen erreicht werden. Die Flächen ergänzen die Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft und leisten so einen Beitrag zum Aufbau des Biotopverbundsystems. Flächen, für die andere entgegenstehende Ziele des Naturschutzes festgelegt sind, sind nicht als Flächen für den Waldverbund geeignet.	Vermeidungsmöglichkeiten oder der unterschiedlichen Flächenanteile, die innerhalb einer Festlegung hiervon möglicherweise betroffen werden könnten, vollständig verloren gehen würden. Eine entsprechende grundlegende Überarbeitung der Bewertungsansätze wird daher abgelehnt. Nachfolgend wird zu den angemerkten Kriterien eine Erwiderung gegeben. **Zu FF05**: Der Hinweis wird aufgenommen. Die Einstufung von Gebieten, die die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 23 Absatz 1 BNatSchG in Verbindung mit § 13 LNatSchG als Naturschutzgebiet erfüllen, in eine hohe Schutzwürdigkeitsklasse ist, insbesondere im Vergleich zu festgesetzten Naturschutzgebieten, dem noch unbeständigen rechtlichen Charakter der Gebiete verbunden. **Zu FF06**: Biosphärenreservate gehören zu den Großschutzgebieten und sind, anders als beispielsweise Naturschutzgebiete, nicht flächendeckend auf den vorrangigen Schutz der Natur ausgerichtet (Schutzzonen I und II), sondern sollen insbesondere in Schutzzone III auch eine nachhaltige Nutzung und Entwicklung der Landschaft ermöglichen. Nach § 25 Absatz 1 BNatSchG sind Biosphärenreservate großräumige charakteristische Landschaften, die in wesentlichen Teilen die Voraussetzungen eines Naturschutzgebiets erfüllen und im Übrigen überwiegend als Landschaftsschutzgebiet erfüllen. Ihr Hauptziel ist es, die durch traditionelle Nutzung geprägte Landschaft und daraus gewachsene Arten- und Biotopvielfalt zu erhalten, zu entwickeln oder wiederherzustellen und

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	Die Einstufung von **extensivem Feuchtgrünland FF 11a mit lediglich „hoch“ ist angesichts der ökologischen und klimafachlichen Bedeutung sowie der extremen Bedrohungslage** dieser Flächen **nicht nachvollziehbar.** Die Einschätzung des **Dichtezentrums Seeadlervorkommen (FF14) als „mittel“** bleibt fachlich ebenfalls fragwürdig. Die Einstufung der Schutzbedürftigkeit der **Deckschicht für das Grundwasser (W03) mit „mittel“** reiht sich hier nahtlos ein. Angesichts der besonderen Bedrohungslage der Bodenschichten mit Nährstoffen und sonstigen anthropogenen Reststoffen mit Schadwirkung, sind die angesprochenen Fehler nicht nur gefährlich, sondern geeignet, das Schadpotenzial für die Allgemeinheit weiter auszubauen. **Die Deckschichten für das Grundwasser haben ein sehr hohes Schutzbedürfnis und sind in wichtigen Bereichen als Vorranggebiete, ansonsten als Vorbehaltsgebiete vor Grundwasser gefährdenden Nutzungs- und Bewirtschaftungsmethoden zu bewahren.** **Die hier getroffene exemplarische Auflistung von nur einigen wenigen der erfolgten Fehleinstufungen eröffnet den Hinweis darauf, dass die nicht offengelegten Vorgabemethoden der Einstufung in Verbindung mit dem ungeeigneten Maßstab dazu dienen, möglichst viele Flächen durch Fehlnutzung zu schädigen und damit das Allgemeinwohl zusätzlich zu gefährden.** Tabelle 1-2: Bei der Beschreibung der potenziellen Auswirkungen einzelner Festlegungen wird z.B. der **Relevanz des Schutzgutes „FF“ nur eine untergeordnete Bedeutung zugemessen (Zerschneidung, hydrologische Wirkung, Emissionen)** wobei diesem Schutzgut dann bei der **Nutzungseinschränkung eine hohe Relevanz** zugeordnet wird. Es erscheint naheliegend, dass die **Betroffenheit des Schutzgutclusters „FF“ bei Zerschneidung, hydrologischer Einwirkung und Emission mit in der höchsten Stufe rangiert.** Dies bestätigt die im vorangegangenen Absatz ermittelte Feststellung deutlich. Der Hinweis auf ein nicht vorliegendes Gutachten ([redacted]) untermauert das Aufdecken dieses kontraproduktiven und taktischen Ansatzes, der dem Wohl der Allgemeinheit zuwiderläuft. **Die Ausführungen zu B1, 1.2 ff., S. 8ff. sind insgesamt unverständlich.**	gleichzeitig beispielhaft die Entwicklung und Erprobung von, naturverträgliche Wirtschaftsweisen zu ermöglichen. Die beiden vorkommenden Biosphärenreservate in Schleswig-Holstein sind in Teilen oder insgesamt mit zahlreichen weiteren Schutzgebietskategorien überlagert. Das Biosphärenreservat Schleswig-Holsteinisches Wattenmeer und Halligen ist gleichzeitig komplett als Nationalpark, Vogelschutzgebiet und FFH-Gebiet ausgewiesen und zu sehr großen Teilen als Naturschutzgebiet. Die Pflegezone des Biosphärenreservates Flusslandschaft Elbe (Teilgebiet Schleswig-Holstein) ist als Naturschutzgebiet ausgewiesen, das gesamte Gebiet auch als FFH-Gebiet. Es ist somit gewährleistet, dass die innerhalb eines Biosphärenreservats besonders schützenswerten Schutzzonen I und II mit einem sehr hohen Schutzstatus versehen sind und in der Umweltprüfung mit sehr hoher Schutzwürdigkeit bewertet werden. Die Einstufung der Biosphärenreservate insgesamt in eine hohe Schutzwürdigkeit ist aus gutachterlicher Sicht daher vertretbar und folgt den in der Methodik dargelegten Kriterien für die Schutzwürdigkeit (Teil-/Funktionen nur schwer kompensierbar, hohe rechtliche Restriktionen). **Zu FF08 und FF09 / FF10a**: Die Einrichtung eines Biotopverbunds ist rechtlich durch § 20 BNatSchG beziehungsweise § 12 LNatSchG SH verankert. Ein expliziter Schutzstatus erfolgt daraus jedoch nicht. Dieser ist den in §20 Absatz 2 benannten Gebieten vorbehalten. Die Einordnung der Kriterien in eine hohe Schutzwürdigkeit folgt daher der Methodik, da für Flächen des Biotopverbunds keine strengen rechtlichen Restriktionen per se oder eine Unersetzbarkeit vorliegen. Weiterhin ist, wie in §20

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	Wenn auf der weniger geeigneten Maßstabsebene von 1:100.000 Aussagen über feingliedrig vernetzte Naturräume und Biotopstrukturen der Freiräume getroffen werden sollen, ist zunächst davon auszugehen, dass diese Auswirkungen grundsätzlich sehr erheblich sind. Da der Plan eine ordnende Wirkung haben soll und eine Konkretisierungen beinhaltet, könnte **auch nur im speziell bekannten Einzelfall** davon ausgegangen werden, dass Konfliktpotentiale absehbar in einer nachfolgenden Planung (dies wäre ja die defizitäre Bauleitplanung) gelöst werden könnten (s.a. 1.4 S.10). Der Plan sieht offenbar das Gegenteil vor. Dies stellt keine angemessene Beurteilung der Umweltauswirkungen dar und leidet an systematischen Fehlern. Diese Bewertungsansätze sind grundsätzlich zu korrigieren. **Die Darstellungen und die Tabelle 1-3, S. 11-15 bleiben bezüglich der konkreten Auswirkungen nebulös und unverständlich. Um dazu bewertende Aussagen zu treffen, ist dieser Beitrag zunächst verständlich zu formulieren.** **Die Festlegungen der Tabelle 1-5 sowie des Textes S. 16-19 bleiben nebulös und rätselhaft und erschließend sich aus dem Text gar nicht. Auch eine fachliche Herleitung und Diskussion unterbleibt.** Hingewiesen wird im Text nur auf ein nicht vorliegendes Gutachten ([redacted]). In unverständlicher Komplexität soll offenbar der Eindruck gestärkt werden, dass konkrete Betroffenheiten von Biotopen, Vernetzungswirkungen, Böden, Hydrologie und Emissionen möglichst nicht geprüft werden müssten. **Diese Aussagen sind komplett dahingehend zu überarbeiten, dass verständliche und konkrete Aussagen getroffen werden, deren fachliche Herleitung überprüfbar und belegt ist.** **<u>B1, 4., S.33 Kumulative Auswirkungen</u>** Die Aussagen zu den kumulativen Auswirkungen werden den fachlichen Anforderungen nicht gerecht. **Sich überlagernde Festlegungen von Naturschutz, Tourismus oder Abbau von Bodenschätzen sind in der Praxis regelmäßig erheblich problembehaftet.** Der Plan wird seiner Konkretisierungsfunktion hier nicht gerecht, sondern **verstärkt im Überlagerungsbereich den Konflikt unzulässig.**	Absatz 3 BNatSchG vorgesehen, der Schutz des Biotopverbunds über die in §20 Absatz 2 benannten Gebiete möglich, welche größtenteils ebenfalls als Kriterien in der Umweltprüfung berücksichtigt wurden. Die Einstufung in eine hohe Schutzwürdigkeit ist aus gutachterlicher Sicht daher vertretbar und folgt den in der Methodik dargelegten Kriterien für die Schutzwürdigkeit. Gleiches gilt für das Kriterium FF10a Naturwald. **Zu FF10b**: Die grundsätzlichen ökologischen Funktionen von, auch kleineren, Waldflächen sind prinzipiell richtig, können jedoch nicht verallgemeinernd auf alle Waldflächen angewendet werden. Es ist aus gutachterlicher Sicht vertretbar, auf der übergeordneten Ebene der Regionalplanung eine Trennung zwischen kleineren und größeren Waldflächen vorzunehmen. Zwar können kleinere Waldflächen ebenfalls wichtige ökologische Funktionen, zum Beispiel als Trittsteinbiotop, übernehmen, eine pauschale Zuweisung dieser Funktionen auf alle Waldflächen ist jedoch vor dem Hintergrund einer integralen Planung nicht zielführend. Ein zu hoch angesetzter Schutzstatus von Flächen, beispielsweise den angesprochenen devastierten standortfremden Waldbeständen, kann den ganzheitlichen Planungsansatz der Regionalplanung behindern. Der generelle Walderhalt ist auf der nachgelagerten Planungsebene durch § 9 LWaldG sowie §§ 13 BNatSchG weiterhin gegeben. Zudem sind ökologisch besonders wertvolle Waldbiotope sowie für den Biotopverbund wichtige Waldflächen ebenfalls über die Kriterien FF07 (gesetzlich geschützte Biotope) und FF08 (Biotopverbundsystem) berücksichtigt.

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	Bei einer Überlagerung von unterschiedlichen Vorbehalts- und Vorranggebieten müssen die landschaftlichen und biotischen Einzelfunktionen entsprechend ihrer Empfindlichkeit gegenüber Beeinträchtigungen untereinander abgestimmt werden. **Dabei ist der jeweils empfindlicheren Funktion der Vorrang einzuräumen!** **Dies bedeutet z.B., dass bei allen Schutzgutclustern FF jeweils im Einzelfall und unter Vorrang der Abstimmung mit den naturschutzfachlichen Anforderungen ein nachhaltiges Naturerleben möglich sein kann, nicht aber eine Öffnung für allgemeine touristische Infrastrukturen etc. vorgesehen wird, die das Schutzgut beeinträchtigen kann.** **<u>B2 und B3</u>** Angesichts der vorangegangenen Darstellung der vielfältigen Mängel der Bewertungsmethodik erfolgt hier exemplarisch nur eine Würdigung der Aussagen zu den Prüfergebnissen. **Bei den Prüfergebnissen fällt auf, dass selbst bei einer erkannten hohen Betroffenheit regelmäßig die Bewertung in der Art erfolgt:** *“Erhebliche Beeinträchtigungen bei der Umsetzung können nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden. Es wird jedoch eingeschätzt, dass mit entsprechenden Vermeidungs- und Minderungsmaßnahmen eine Vereinbarkeit mit den Erhaltungszielen des Natura 2000-Gebietes möglich ist.”* Dies zeigt, dass der Plan bereits erkennbare Schädigungen mit sich bringt, dass aber durch „Maßnahmen“ eine Vereinbarkeit mit Erhaltungszielen möglich sei. Dass diese Annahme in der Praxis regelmäßig falsch ist, belegt der äußerst **schlechte Zustand der Natura 2000-Gebiete** und der mit ihnen vernetzten Biotope, die erkannte Gefährdung wichtiger Lebensraumtypen sowie die dramatische Abnahme von Biotopflächen in allen Plangebieten.	**FF11a**: Die Einstufung des Feuchtgrünlands in eine hohe Schutzwürdigkeit folgt den in der Methodik dargelegten Kriterien für die Schutzwürdigkeit (Teil-/Funktionen nur schwer kompensierbar, hohe rechtliche Restriktionen). Ein Großteil der als Feuchtgrünland kategorisierten Flächen des Kriteriums sind zudem auch über das Kriterium FF07 „gesetzlich geschützte Biotope“ abgedeckt, welches eine sehr hohe Schutzwürdigkeit besitzt beziehungsweise sind diese auch in der nachgelagerten Planungsebene als geschütztes Biotop rechtlich gesichert. **FF14:** Es handelt sich bei dem Dichtezentrum für Seeadlervorkommen um ein Konglomerat von Einzelhorsten und wurde als artenschutzrechtlicher Belang der Windregionalplanung zugrunde gelegt. Ob im geprüften Gebiet ein Einzelhorst vorhanden ist, kann daraus nicht abgeleitet werden. Große Teile des Kreises Plön gehören zum Dichtezentrum für Seeadlervorkommen. Es bietet in dieser großräumigen Abgrenzung daher keinen geeigneten Indikator für die Prüfung der Artenschutzbelange der aktuellen Regionalplanung. Die Zielrichtung des Dichtezentrums war eindeutig die Windregionalplanung (das geht so auch aus den Landschaftsrahmenplänen hervor). Für die Regionalpläne wurden die Dichtezentren für Seeadlervorkommen daher mit einem mittleren Konfliktpotenzial eingestuft. **Zu W03**: Das Kriterium W03 bildet die Empfindlichkeit des Grundwassers gegenüber Schadstoffeinträgen ab,

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
		welche aus einer ungünstigen Schutzwirkung der Deckschichten resultiert. Anders als die Stellungnahme suggeriert, werden nur solche Bereiche betrachtet, die eine ungünstige Schutzwirkung aufweisen, da in diesen ein Stoffeintrag in das Grundwasser vermehrt möglich ist. Eine lediglich mittlere Einstufung der Schutzwürdigkeit ergibt sich vor allem aus der Vermeidbarkeit des Konflikts auf der nachgelagerten Planungsebene. Schadstoffeinträge in das Grundwasser können in der Regel mit entsprechenden Vermeidungsmaßnahmen erfolgreich vermieden werden. Der generelle Schutz des Grundwassers ist zudem durch die Wasserrahmenrichtlinie (Artikel 4) sowie die §§47-48 WHG gewährleistet. **Zur Datengrundlage Biotopkartierung**: Das Zusammenführen von verschiedenen Datensätzen zu einem größeren, inhaltlich konsistenten, Datensatz ist gängige Praxis und insbesondere bei großen Untersuchungsräumen, wie auf Länder- oder Bundesebene, unabdingbar. Dies sagt jedoch nichts über die generelle Qualität der Daten aus. Einzelne Daten können, wie angemerkt, zum Teil älter als 2014 sein, der deutlich überwiegende Anteil der Daten (98,9 Prozent) ist jedoch jünger (mindestens 2014). Die verwendete Datengrundlage ist daher als geeignet einzustufen. **Zu Stillgewässer**: Stillgewässer mit einer Größe von größer als 1 Hektar sind im Schutzgut Wasser über die Kategorie W05 abgedeckt. Die Darstellung von kleineren Gewässern ist aufgrund des Maßstabs des Regionalplans weder praktikabel noch zielführend. Die Auswahl der Kriterien für die Umweltprüfung richtet sich nach den Zielen des Umweltschutzes (vergleiche Tabelle 1-3

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
		Umweltbericht). Hierbei besteht jedoch kein Anspruch auf eine vollständige Abdeckung der Schutzgüter, da nur solche Aspekte durch die Kriterien abgedeckt werden können, die sich im regionalen Maßstab durch landesweite digitale Datengrundlagen abbilden lassen. Vertiefende Betrachtungen sind dementsprechend auf nachgeordneten Planungsebenen zwingend erforderlich. Eine fachgerechte Betrachtung dieser Gewässer erfolgt entsprechend auf nachgelagerter Planungsebene. **Zur Relevanz in Tab. 1-2:** Der Hinweis wird aufgenommen. **Wanderkorridore**: Großräumige wertvolle Bereiche für wandernde Arten, hier vor allem Zugvögel, wurden über die Kriterien FF15-FF17 (Nahrungsgebiete für Rastvögel) sowie FF19 Wintermassenquartiere für Fledermäuse berücksichtigt. Zudem werden Wanderkorridore ebenfalls indirekt über die Kriterien zum Biotopverbund abgedeckt. Die Auswahl der Kriterien für die Umweltprüfung richtet sich nach den Zielen des Umweltschutzes (vergleiche Tabelle 1-3 Umweltbericht). Hierbei besteht jedoch kein Anspruch auf eine vollständige Abdeckung der Schutzgüter, da nur solche Aspekte durch die Kriterien abgedeckt werden können, die sich im regionalen Maßstab durch landesweite digitale Datengrundlagen abbilden lassen. Vertiefende Betrachtungen sind dementsprechend auf nachgeordneten Planungsebenen zwingend erforderlich. Eine fachgerechte Betrachtung von Wanderkorridoren erfolgt entsprechend auf nachgelagerter Planungsebene. **Zu B1, 4., Kumulative Auswirkungen**

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
		Das Kapitel 5 Gesamtplanbetrachtung mit der Darstellung von teilräumlichen kumulativen Auswirkungen von Umweltauswirkungen entspricht den gesetzlichen Anforderungen. Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Der Stellungnahme wird nur teilweise gefolgt.
Institution: NABU Schleswig-Holstein, Bereich Verbandsbeteiligung **ID: M1142**	3. Anmerkungen zum Umweltbericht (Teil D) 3.1 Allgemeines Obgleich der Umweltbericht in seinen meisten Teilen sehr allgemein gehalten ist, stärkt er doch den Stellenwert des Natur und Umweltschutzes in der Raumplanung. Wie sich nicht nur aus dem Umweltbericht, sondern auch aus der Regionalplanung insgesamt ergibt, bildet der Abbau oberflächennaher Rohstoffe, also i.d.R. Kies, dabei einen wesentlichen Konfliktfaktor. Der Text wirkt an mehreren Stellen sprachlich holprig. Beispiel: "Das Naturschutzgebiet Dosenmoor ... wird ebenfalls als ein Naturschutzgebiet gezählt." (S. 27) Daher sollte der Text nochmals redaktionell überarbeitet werden. **3.2 Biodiversitätsstrategie** Den Ausführungen auf S. 10 zufolge sind im Umweltbericht u.a. die Ziele und Grundsätze der Biodiversitätsstrategie des Landes mitsamt deren Kernaktionsräumen zu übernehmen und damit in die RP einzufügen. Diesbezüglich ist jedoch nichts weiter konkretisiert worden, auch nicht im Abschnitt 3.1.2 (Regionale Freiraumstruktur, hier Vorbehaltsgebiete für den Naturschutz, S. 102 f). Das sollte nachgeholt werden. Auch in den RP (Textteil, Karte) sind zu den Kernaktionsräumen keine entsprechenden Angaben zu finden (s.o.). **3.3 Gesetzlich geschützte Biotope** Es ist nicht verständlich, weshalb Strandseen, Röhrichte und Heiden (Abschnitt. 2.3.9, S. 36 ff) nicht in Abschnitt 2.3.6 (S. 30 ff) zusammen mit den anderen gesetzlich geschützten Biotopen behandelt werden. Auch ist nicht ersichtlich, ob sie.auf der Abb. 2-5 (S. 32) mit dargestellt worden sind. Nicht eindeutig ist, welcher Grünlandtyp in Abb. 2-6 dargestellt	**Zu 3.1:** Der Text wurde redaktionell überarbeitet. Dem Aspekt der Stellungnahme wird gefolgt. **Zu 3.2:** Der LEP 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz sowie Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (Kapitel 6.2.1 Absatz 1 sowie Kapitel 6.2.2 Absatz 2 des LEP 2021 sowie Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. Grundlage für die Ausweisung sind unter anderem gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in Verbindung mit § 21 Landesnaturschutzgesetz (LNatSchG) über 20 Hektar. Im Umweltbericht wird der Biodiversitätsstrategie durch die Auswahl der Kriterien zur Bewertung der Umweltauswirkungen angemessen Rechnung getragen. Vor allem mit Hilfe der Daten zu geschützten Bereichen (FF01-FF07) und besonderen Biotopstrukturen (FF10a-FF13) sowie insbesondere durch die Betrachtung der Kriterien zum

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	wird. Handelt es sich dabei um sogenanntes Wertgrünland oder um Dauergrünland im Allgemeinen? Sollte Letzteres der Fall sein, wären die Karten zu klein, um die Grünlandverbreitung mit einer einigermaßen befriedigenden geografischen Detailschärfe wiedergeben zu können. **3.4 Schutzgut Tiere, Pflanzen und die Biologische Vielfalt** In der zugehörigen Tab. 2-6 (S. 47 f) der Schutzinstrumente wäre die Biodiversitätsstrategie mit ihren Kernaktionsräumen (soweit bereits skizziert) mit aufzulisten und deren Schutzbedürftigkeit als "hoch" einzustufen. Im nachfolgenden Text sollte die Biodiversitätsstrategie kurz zusammenfassend erläutert werden **3.5 Kulturgüter und sonstige Sachgüter (zu Kap. 2.8)** In diesem Kapitel sollten historische Kulturlandschaften (KS 03, Tabelle 2-17, S. 98) in der Einstufung ihrer Schutzbedürftigkeit von "mittef' auf "hoch" angehoben werden. Begründung: Die beiden darunter in der Tabelle angeführten Kulturlandschaftstypen "Knicklandschaften, Beet- und Grüppengebiete" sind infolge landwirtschaftlicher Intensivierung sowie (Knicklandschaften betreffend) teilweise auch Überbauung und Rohstoffabbau selten geworden und weiterhin bedroht. **3.6 Allgemeine Umweltprüfung (zu Kap. 3.1)** **3.6.1 Pflicht zur Umweltprüfung** Die im Kap. 3.1 (S. 100 f) festgehaltenen Ausführungen zur bei der Aufstellung oder wesentlichen Änderung eines RP bestehenden Pflicht zur Durchführung einer Umweltprüfung sind nach Ansicht des NABU zwar grundsätzlich richtig, jedoch zu allgemein gehalten, um in besonderen Konfliktfällen, hier insbesondere beim Abbau oberflächennaher Rohstoffe wie Kies (Vorrang- und Vorbehaltsgebiete), faktisch belastbare Kriterien für einen Ausschluss der Vorhaben zu bieten, die unter den Gesichtspunkten des Natur- und Landschaftsschutzes als problematisch einzustufen sind. **3.6.2 Einstufung von Natura 2000-Gebieten** Entgegen den Ausführungen auf S. 102 müssen nach Auffassung des NABU sämtliche Natura 2000-Gebiete als Vorranggebiete - nicht nur als Vorbehaltsgebiete - für den	Biotopverbund (FF08 und FF09) werden die Auswirkungen des Regionalplans auf die Kernaktionsräume der Biodiversitätsstrategie mit betrachtet. **Zu 3.3:** Salzwiesen und Röhrichte / Strandseen sind als besonderer natürlicher und artenreicher Lebensraum separat als Umweltzustand beschrieben. Gleiches gilt für Trocken- und Heidevegetation. Als gesetzlich geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG in Verbindung mit § 21 LNatSchG sind sie auch in der Abbildung 2-5 dargestellt. Die Daten sind der landesweiten Biotopkartierung entnommen mit HauptBP2-Code „GF“ und „GN“ für Feuchtgrünländer und „GM“ für Mesophiles Grünland. Artenarmes Wirtschaftsgrünland ist mit dem Kriterium nicht bewertet. Karten werden nur aus inhaltlichen Gründen geändert, eine reine redaktionelle Änderung bei Aussage „ist zu klein“ oder ähnliches wird nicht vorgenommen. **Zu 3.4:** Siehe Ausführungen zu Beginn des Votums. **Zu 3.5: KS03:** Der Hinweis wird aufgenommen. Die Daten stammen aus dem Landesrahmenplan Hauptkarte II (2020). Dort sind die Historischen Kulturlandschaften aufgrund ihres Maßstabes in der Karte großräumig und offen schraffiert, so dass auch einzelne bebaute Ortslagen, Gewässer und Waldflächen, die kleiner als zehn Hektar sind, überlagert sein können. Diese Unschärfe begründet die mittlere Einstufung. Auf Anregung der Stellungnahme wurde eine Einstufung als „hoch“

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	Naturschutz eingeordnet werden. **3.6.3 Siedlungsentwicklung im ländlichen Bereich** Die im Kap.3.1.3 Regionale Siedlungsstruktur in der Tab. 3-14 ("Al/gemeine Umweltprüfung und Besondere Funktion von Gemeinden ohne zentralörtliche Einstufung") unter 2. angegebenen "Maßnahmen zur Verbindung, Verringerung und zum Ausgleich negativer Umweltauswirkungen" (S. 116 f) - frühzeitiges Anführen geeigneter Ausgleichsflächen, flächenschonende Bauweise, Vermeidung von Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes durch Zerschneidung usw. - werden begrüßt. Allerdings muss der NABU an dieser Stelle kritisch anmerken, dass diese Vorgaben bei der kommunalen Bauleitplanung gerade im ländlichen Raum kaum beachtet werden. **3.6.4 Vorranggebiete Küstenschutz ((UB S. 106 f)** Der "strukturelle Steiluferrückgang" betrifft alle Kliffs mit noch natürlicher Erosionsdynamik. Dieser natürliche Prozess sollte auch zukünftig ungehindert und damit ohne "Küstensicherungen" erfolgen dürfen. Nach dem Umweltbericht (S. 107) sollen jedoch "bautechnisch massive Küstensicherungen" durchgeführt werden können, wenn "Siedlungsstrukturen" gefährdet sind. Hier stellt sich die Frage, was unter "Siedlungsstrukturen" zu verstehen ist: Gelten bereits zwei unmittelbar am Steilufer stehende Ferienhäuser (wie z.B. in Lippe, Gemeinde Behrensdorf) als solche? Der Begriff sollte definiert werden. **3.6.5 Kiesabbaugebiete** (Vorgesehene) Kiesabbaugebiete beanspruchen einen durchaus erheblichen Flächenanteil und führen dort zu gravierenden Landschaftsveränderungen. Die raumplanerische Vorbereitung von Abbaugebieten für oberflächennahe Rohstoffe (i.d .R. Kies) ist deshalb zur Recht eines der wichtigsten Elemente dieser Regionalplanung und wird deswegen auch im Umweltbericht ausführlich behandelt. Hier bleibt der Umweltbericht nach Ansicht des NABU allerdings zu oberflächlich, was auch für die Ausführungen zur Allgemeinen Umweltprüfung gilt (u.a. Prüftabelle 3-18 zu den Vorbehaltsgebieten, S. 124 ff). Eine Darstellung stringenter Ausschlussfaktoren für den Kiesabbau	positiv geprüft. Die Einstufung für KS03 wird in „hoch“ geändert. **Zu 3.6.2**: Der Landesentwicklungsplan 2021 legt fest, dass in den Regionalplänen Vorranggebiete für den Naturschutz sowie Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft festzulegen sind und welche Gebiete dabei darzustellen sind (siehe Absatz 1 des Kapitel 6.2.1 LEP 2021, Absatz 2 des Kapitel 6.2.2 LEP 2021 als auch Kapitel 2.1 des Regionalplan-Entwurfs). Wesentliche fachliche Grundlage ist der Landschaftsrahmenplan 2020 für den Planungsraum, in dem die im LEP 2021 festgelegten Kriterien dargestellt sind. **Zu 3.6.3:** Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. **Zu 3.6.4:** Die Stellungnahme bezieht sich auf eine Aussage im Umweltbericht und in der Begründung und beschreibt weitere mögliche Küstenschutzmaßnahmen, die sich aus der Fachplanung ergeben. Aus den normativen Regelungen des Regionalplans lassen sich die "bautechnisch massiven Küstensicherungen“ nicht ableiten. Eine diesbezügliche Entscheidung, ob „Siedlungsstrukturen“ oder wie in der Begründung genannt „Siedlungen, wichtige Infrastrukturanlagen und hohe Sachwerte gefährdet sind“ entscheidet die zuständige Fachbehörde im Einzelfall. Ein weitergehender Erläuterungsbedarf wird nicht gesehen. Der Anregung wird nicht gefolgt. **Zu 4.1:**

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	fehlt. Das betrifft neben einer grundsätzlichen Bewertung des Eingriffs bzgl. Auswirkungen auf Biodiversität und Landschaft besonders die Frage nach der Eingriffsintensität in den Wasserhaushalt: Kiesabbau kann sich erheblich auf die Grundwasserleiter wie auch auf in der Nähe liegende Oberflächengewässer auswirken. Deshalb sollte an dieser Stelle eine zusammenfassende Darstellung zu den hydrogeologischen Auswirkungen des Nassabbaus im Verhältnis zum Trockenabbau erfolgen. Zu bedenken ist dabei auch, dass selbst Trockenabbau durch Bildung eines sogenannten Absenktrichters den Grundwasserspiegel in der Umgebung verringern kann. Außerdem sollten die Auswirkungen einer zunehmend häufiger vorgesehenen Verfüllung ausgebeuteter Abbaugruben mit meist bindigem Bodenmaterial auf den Wasserhaushalt vorgestellt werden. Darüber hinaus wäre die Bedeutung der Renaturierung der Abbaugebiete im Sinne der Biodiversitätsstrategie zu behandeln. 4. Anmerkungen zum Anhang des Umweltberichts **4.1 Schutzbedürftigkeit von Schutzgebieten und gesetzlich geschützten Biotopen** Der Katalog der Themen (Tab. 1-1 Datengrundlagen der Umweltprüfung, S. 2 f), die über die Strategische Umweltprüfung (SUP) als besonders schutzwürdig (mittlere, hohe bzw. sehr hohe Schutzwürdigkeit) eingestuft werden, sollte im Tabellenabschnitt "Tiere, Pflanzen und die biologische Vielfalt" (S. 3 ff) dergestalt überarbeitet werden, dass folgende Gebietskategorien hinsichtlich ihrer Schutzwürdigkeit anstelle von "hoch" als "sehr hoch" geführt werden: - Gebiete, die die Voraussetzung für eine Unterschutzstellung als NSG erfüllen (Code FF05). Begründung: Diese Gebiete haben logischerweise eine ähnliche ökologische Wertigkeit wie bestehende NSGe. - Naturwälder. Begründung: Naturwälder sind als Refugien für u.a. xylobionte Insekten, etliche Pilze sowie diverse Vogel- und Se ite 21/24 Fledermausarten i.d.R. Hotspots der Biodiversität unter den	**Zu FF05**: Der Hinweis wird aufgenommen. Die Einstufung von Gebieten, die die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 23 Absatz 1 BNatSchG in Verbindung mit § 13 LNatSchG als Naturschutzgebiet erfüllen, in eine hohe Schutzwürdigkeitsklasse ist, insbesondere im Vergleich zu festgesetzten Naturschutzgebieten, dem noch unbeständigen rechtlichen Charakter der Gebiete verbunden. **Zu FF10a**: Der Einwender unterliegt hier einem Missverständnis. Die Kategorie FF10a beinhaltet alle Naturwälder, auch solche kleiner 5 Hektar, sowie weitere Waldflächen größer als 5 Hektar. Kategorie FF10b beinhaltet hingegen nur weitere Waldflächen kleiner als 5 Hektar. Auf Anregung der Stellungnahme wird die Einteilung der Wald-Kategorien überarbeitet und neu in 10 a, b und c unterteilt. Die neue Kategorie FF10a Naturwald wird im zweiten Entwurf als sehr hoch eingestuft. **Zu FF07/11a/12/13**: Kriterium FF07 ist bereits als sehr hoch bewertet. Biotope der Kriterien FF11a/12/13 werden, sofern sie gesetzlich geschützt sind, ebenfalls über FF07 abgedeckt. Eine Einordnung der übrigen Kriterien in eine hohe Schutzwürdigkeit ist daher vor dem Hintergrund des integralen Planungsansatzes der Regionalplanung vertretbar. **Zu 4.3:** Nach dem LEP 2021 können in den Regionalplänen Kernbereiche für Tourismus und Erholung festgelegt werden. Auf der Basis von einheitlichen Kriterien wurden in den Planungsräumen die Bereiche

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	Waldökosystemen. Das gilt nicht nur für größere Naturwaldflächen(> 5 ha, FF10a), sondern auch für kleinere, meist aus Altholzinseln bestehende Naturwaldparzellen (FF 1 Ob). Naturwälder sind über das Landeswaldgesetz als nutzungsfrei festgesetzt und damit rechtlich ähnlich wie NSGe geschützt. Dass Naturwäldern von < 5 ha Größe sogar nur eine mittlere Schutzbedürftigkeit zugesprochen wird, ist vor diesem Hintergrund nicht nachvollziehbar. Richtig ist, die Schutzbedürftigkeit gesetzlich geschützter Biotope(§ 30 BNatSchG bzw. § 21 LNatSchG) generell als "sehr hoch" einzustufen (FF 07). Dass "Heide und Trockenrasen" (FF 13), "Salzwiesen und Röhrichte I Strandseen" (FF 12) davon . ausgenommen und nur unter "hoch" angeführt werden, obgleich es sich hierbei ebenfalls um gesetzlich geschützte Biotope handelt und z.B. Heiden extrem gefährdet sind, ist nicht nachvollziehbar und muss korrigiert werden. **4.2 Konfliktpotenzial bei Vorbehaltsgebieten und Vorranggebieten für Kiesabbau** Nach Auffassung des NABU wird dem Kiesabbau in der Abwägung mit anderen Belangen zu weitgehend Vorrang eingeräumt. Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe, bef denen das "Ergebnis der Prüfung gemäß Anhang B 1, Tab. 1-5" (S. 16) zu sehr hohem Konfliktpotenzial (roter Balken) in den Rubriken "Mensch/ menschliche Gesundheit", "Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt" und "Wasser" geführt hat, sollten als für den Kisabbau ungeeignet angegeben werden, d.h. der Kiesabbau sollte dort über den-RP unterbunden werden. Gleiches sollte für die Vorbehaltsgebiete gelten, bei denen das Konfliktpotenzial in vier oder mehr Rubriken als hoch (ockerfarben) bezeichnet wird. (Siehe auch Abschnitt 3.6.5 dieser Stellungnahme.) Im Hinblick auf das Schutzgut (Trink)Wasser ist das Konfliktpotenzial bei allen Abbaugebieten generell als "sehr hoch" einzustufen, wenn sie ein Vorbehaltsgebiet für den Grundwasserschutz berühren. Im Planungsraum I betrifft dies die Räume Husum (NF 9 Rantrum - Mildstedt, S. 79) und Wanderup (SL 03- TF 01 Wanderup - Haurup - Weding, S. 59, 65), im	identifiziert, in denen eine besonders hohe landschaftliche Qualität und eine gebündelte Erholungsinfrastruktur vorhanden ist. Um Konflikte mit den ökologischen Belangen zu vermeiden, wird in Kapitel 2.7 festgelegt, dass die Verbesserung und der Ausbau der Erholungsinfrastruktur unter Berücksichtigung der ökologischen Tragfähigkeit der Erholung erfolgen soll. Für die Kernbereiche, die sich in der Karte mit Vorranggebieten für den Naturschutz oder mit Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft überlagern, sollen Nutzungskonflikte durch Lenkung der Besucherinnen und Besucher vermieden werden und besondere Rücksicht auf die Qualitäten des Naturraums genommen werden (siehe ebenfalls Kapitel 2.7). Die Festlegung von konkreten Maßnahmen erfolgt jedoch nicht durch die Regionalplanung, sondern sie ist Gegenstand von örtlichen beziehungsweise fachrechtlichen Regelungen. **Zu 4.4.1:** Eine erhebliche Beeinträchtigung des FFH-Gebiets DE-1524-391 ist auch unter Berücksichtigung der Ausführungen des Einwenders nicht absehbar. Auf Ebene der Regionalplanung können in Unkenntnis der konkreten Vorhabensparameter keine abschließenden Aussagen über die FFH-Verträglichkeit getroffen werden. Es erfolgt lediglich eine ebenengerechte Prüfung, welche die bestehenden Vermeidungsmöglichkeiten durch technische Maßnahmen und eine verträgliche Vorhabensgestaltung (micrositing) berücksichtigt. Da vorliegend sowohl durch technische Maßnahmen zur Vermeidung von Schadstoffemissionen und micrositing wirksame Vermeidungsmöglichkeiten auf Genehmigungsebene bestehen, sind erhebliche Beeinträchtigungen durch die hier nur zu prüfende

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	Planungsraum III die Räume Heide (Hei 04 - TF 01 Schalkholz - Bergelieth, S. 130), Trappenkamp (SE 01 , TF 01 , S. 164 und TF 05, S. 173) und Itzstedt (SE 16 Seth - Gering - Borste!, S. 230). Dort ist das "Ergebnis Konfliktpotenzial Schutzgut Wasser" Seite 22/24 unverständlicherweise überwiegend nur als "mittel' wiedergegeben worden. **4.3 Konfliktpotenzial Tourismus und Erholung** liegen "Kernbereiche für Tourismus und Erholung" mit Campinghäusern und sonstigen Beherbergungsangeboten im Nahbereich zu Natura 2000-Gebieten, "(können) erhebliche Beeinträchtigungen der Schutz- und Erhaltungsziele des Natura 2000-Gebiets auf der Ebene der Regionalplanung nicht ausgeschlossen werden" (UB, Anhang B 3.2, S. 161). Diese für mehrere derartige Konfliktkonstellationen (z.B. FFH-Gebiet 'Seen des mittleren Schwentinesystems und Umgebung' - DE-1828-392) verwendete Standardformulierung ist hinsichtlich der für Natura 2000-Gebiete gebotenen Vermeidung erheblicher Beeinträchtigungen nicht hilfreich. Stattdessen sollte ein Ausschluss touristischer Einrichtungen mit hohem Konfliktpotenzial formuliert werden. Für noch problematischer hält der NABU Aussagen, wie sie für den touristischen Kernbereich Schwedeneck, hier auf das FFH-Gebiet 'Südküste der Eckernförder Bucht und vorgelagerte Flachgründe' (DE-1526-391) mit seinen verschiedenen Küstenlebensraumtypen bezogen, getroffen werden: "erhöhter Nutzungsdruck durch Erholungssuchende", "Aufwertung des Strandes" - Trotzdem ist "keine generelle Unverträglichkeit mit den Schutz- und Erhaltungszielen des Natura 2000-Gebiets erkennbar." (UB, Anhang B 3.2, S. 166) **4.4 Gebietssteckbriefe** 4.4.1 Gebietssteckbrief für Vorranggebiete (Rohstoffabbau) RD 01 -TF 02 Kosel - Gammelby - Karlshöhe (RP II, UB, Anhang, Kap. 8 3.2) Durch den Abbau weiterer Kiesvorkommen sowie die Umwidmung einer ausgebeuteten Kiesabbaugrube zu einer Bauschuttdeponie in o.g. Gebiet bzw. in dessen unmittelbarem	Planfestlegung nicht zu erwarten. Die Erarbeitung von Fachgutachten, beispielsweise im Hinblick auf hydrogeologische Fragestellungen, ist überdies ebenfalls Aufgabe des Vorhabenträgers im Genehmigungsverfahren. Sie sind sodann im Zuge der vorhabensbezogenen FFH-Verträglichkeitsprüfung im Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen und gegebenenfalls oben genannte oder ähnliche Schutzmaßnahmen im Genehmigungsbescheid festzulegen. **Zu 3.6.1, 3.6.5, 4.2 und 4.4.2, 4.4.3 und 4.4.4:** Bei einem Vorbehaltsgebiet handelt es sich um einen raumordnerischen Grundsatz (siehe § 3 Absatz 1 Nummer 3 ROG), der in der Abwägung bei gegebenenfalls konkurrierenden Vorhaben zu berücksichtigen ist. Es handelt sich bei diesen relativ konfliktarmen Räumen um eine Grobsortierung der Regionalplanung für die Rohstoffsicherung Das Vorbehaltsgebiet ermöglicht damit für sich genommen nicht bereits einen Rohstoffabbau innerhalb des jeweiligen Gebiets. Im Rahmen der Umweltprüfung sind ausschließlich die potentiellen Auswirkungen des Regionalplans zu prüfen. Da mit der Planfestlegung jedoch kein Rohstoffabbau genehmigt wird und ein möglicher Abbau immer noch einem nachgeordneten Genehmigungsverfahren unterliegt, führt der Regionalplan selbst hier nicht unmittelbar zu negativen Umweltauswirkungen. Es handelt sich lediglich um Konfliktpotenziale, die insbesondere durch die unvermeidbare Abgrabung von Böden entstehen. Auf dieses weißt der Umweltbericht in korrekter Weise hin. Da jedoch wie ausgeführt für jeglichen tatsächlichen Rohstoffabbau ein Genehmigungsverfahren durchzuführen ist, in dessen Rahmen alle relevanten

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	Umfeld geht nach Auffassung des NABU eine erhebliche Gefährdung des FFH-Gebiets DE-1524-391 (Großer Schnaaper See, Bültsee und anschließende Flächen) aus. Betroffen sein werden dort v.a. die nährstoffarmen Seen Bültsee (Stoffeinträge über'Stäube aus der Deponie) und Großer Schnaaper See (Beeinträchtigung des Quellwasserzustroms durch geplanten Kiesabbau). Das Konfliktpotenzial für das Schutzgut FF03 (FFHGebiete) sollte daher in der Kategorie FF nicht als "mittel', sondern als "sehr hoch" bezeichnet werden. Auch der unter B Seite 23/24 3.2 (S. 115) im Abschnitt "Analyse" erfolgten Aussage (keine erheblichen Beeinträchtigungen "beispielsweise durch Beeinflussung des Grundwasserspiegels" oder durch "betriebsbedingte Auswirkungen wie Stoffeinträge") muss deutlich widersprochen werden. Diese Behauptungen sind ohne zugrunde liegende fundierte gutachterliche Untersuchungen getätigt worden; die auf der nachgeordneten Planungs- und Genehmigungsebene erfolgte Verträglichkeitsprüfungen haben diese Aspekte nicht ausreichend substanziell verfolgt. Der NABU sieht - im Gegensatz zu den Aussagen auf S. 116 unten - durchaus eine Unvereinbarkeit mit den Schutz- und Erhaltungszielen des betroffenen Natura 2000-Gebiets. - Dementsprechend sollten auch die diesbezüglichen Eintragungen in der Tabelle des Anhangs B 2.2 (S. 71) geändert werden, d.h. das dortige Konfliktpotenzial für Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt ist nicht als" gering" (!), sondern als "sehr hoch" zu bezeichnen. 4.4.2 Gebietssteckbriefe zu Vorbehaltsgebieten (Rohstoffabbau) - hier: RP III 4.4.2.1 Vorbehaltsgebiet SE 13 Lentföhrden - Nützen (Kap. B 3.2) Im südöstlichen Bereich, westlich angrenzend an die A 7, befinden sich zu einem großen Teil klimasensitive Böden (Niedermoorflächen, darunter auch unter Biodiversitätsaspekten wertvolle Feuchtwiesen), zudem mehrere Ausgleichsflächen. östlich der Schiernau befindet sich im aktuell dargestellten Vorbehaltsgebiet ein weiteres Fließgewässer (M 12), ebenso	fachgesetzlichen Regelungen nachweislich einzuhalten sind (darunter Immissionsschutzrecht, Bergrecht, Wasserrecht, Naturschutzrecht) und nicht das komplette Vorbehaltsgebiet für einen tatsächlichen Abbau genutzt werden muss, ist eine vorgreifende Verkleinerung auf Ebene der Regionalplanung nicht erforderlich. Gleiches gilt für den Hinweis auf durchzuführende Untersuchungen, denn diese sind im Genehmigungsverfahren schon aufgrund des Fachrechts zwingend durchzuführen. Dem Umweltbericht kommt hier zudem keine Weisungskompetenz zu. Die Umweltprüfung des Regionalplans prüft indes ausschließlich die Steuerungswirkung und deren Umweltauswirkungen der Planfestlegungen und kann nur in der Tiefe und in der Genauigkeit erfolgen, wie es diese Planfestlegungen und die grobe Maßstabsebene der Regionalplanung zulassen. Sie berücksichtigt dabei die nachgeordneten Genehmigungsverfahren sowie darin zu ergreifende Vermeidungsmaßnahmen und schichtet bestimmte, nicht bereits hinreichend erkennbare Wirkungen und Fragestellungen auf diese Verfahren ab. Zum Schutzgut (Trink)Wasser: Wasserschutzgebiete umfassen das gesamte Einzugsgebiet einer Trinkwassergewinnungsanlage. Sie gliedern sich in unterschiedliche Zonen, wobei der Schutzbedarf von der Fassungsanlage aus nach außen hin immer niedriger wird. In der Zone I ist die Errichtung von Anlagen jeglicher Art verboten, die nicht der Wasserversorgung dienen. Die Zone I erstreckt sich regelmäßig nur über einen Radius von 10 Metern um jeden Förderbrunnen. In der Zone II ist es verboten, bauliche Anlagen zu errichten und mit Stoffen der Wassergefährdungsklassen 2 und 3 umzugehen. Auch die Zone II umfasst nur einen kleinen Teil des gesamten Wasserschutzgebiets. Die weitere Zone III

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	naturnah und wertvoll wie die Schiernau. In beiden Gewässern befinden sich Laichareale und Aufwuchsbereiche des Bachneunauges. Das bleibt in der Kurzcharakteristik (S. 320 f) unberücksichtigt und ist zu ergänzen. Das Gewässer M 12 läuft direkt durch das Vorbehaltsgebiet und bildet im südlichen Bereich und ab dem Zusammentreffen mit der Schiernau das Zentrum des Niederungsgebiets. Bei einem Kiesabbau in der Nähre des Gewässers ist von erheblichen Beeinträchtigungen auszugehen. Der NABU sieht hier ein hohes Konfliktpotenzial. Die Beeinträchtigungen können über eine weitere Planung weder wirksam vermieden, noch vermindert oder ausgeglichen werden. Vor dem Hintergrund des Klimaschutzes und Schutz der Fließgewässer mit ihrem seltenen und gefährdeten Arteninventar ist ein Kiesabbau in diesem Bereich nicht vertretbar und sollte nicht in Form eines Vorbehaltsgebiets in den RP III eingehen. Seite 24/24 4.4.2.2 Vorbehaltsgebiet SE 5 Harndorf - Negernbötel (Kap. B 3.2) Ein bis an die südliche Grenze des Kiebitzholmer Moores, Teil des FFH-Gebiets DE 1927-301 (Kiebitzholmer Moor und Trentmoor), reichender Kiesabbau würde zu einer gravierenden Schädigung des Moores durch Grundwasserabsenkung führen. Die im Gebietssteckbrief (S. 326 f) erfolgte Aussage; im Nahbereich zum FFH-Gebiet würde ohnehin kein Abbau stattfinden, sollte auch raumplanerisch konsequent untermauert werden, indem das dort eingetragene Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe zurückgesetzt wird. 4.4.2.3 Vorbehaltsgebiet OD 1 zwischen Henstedt-Rhen und Wilstedt (Kap. B 2.2) Das Vorbehaltsgebiet für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe befindet sich in unmittelbarer Nähe zu einem Feuchtgebiet bzw. als NSG ausgewiesenen Hochmoor. Der geringste Abstand beträgt 180 m. Das Moor ist bereits in Teilen wiedervernässt, eine weitere Vernässung ist in Planung. Ein Kiesabbau, der eine Beeinträchtigung des Grundwasserleiters zur Folge hätte, würde diesen Maßnahmen unvertretbar zuwiderlaufen. Nicht zuletzt deshalb sollte das Vorbehaltsgebiet zugunsten eines	umfasst das gesamte Einzugsgebiet einer Trinkwassergewinnung. Für die Zone III sind geringere Schutzanforderungen als bei den Zonen I und II zu verzeichnen. Aufgrund der regionalplanerischen Maßstabsebene wurde das Kriterium der Wasserschutzgebiete nicht in die unterschiedlichen Zonierungen aufgeteilt. Des Weiteren werden die Schutzbestimmungen in den Wasserschutzgebietsverordnungen auch durch die Überlagerung mit entgegenstehenden Planfestlegungen im Regionalplan nicht aufgehoben. Eine Anpassungsverpflichtung besteht nicht. Eine Nutzung, durch die gegebenenfalls die Trinkwassernutzung beeinträchtigt werden kann, ist damit nur im Rahmen von Ausnahmen/Befreiung zulässig. Die Einstufung der Trinkwasserschutzgebiete/Trinkwassergewinnungsgebiete insgesamt in eine hohe Schutzwürdigkeit ist aus gutachterlicher Sicht daher vertretbar Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	Schutzabstands zum NSG verkleinert werden. - Eine Forderung nach Untersuchungen der Auswirkungen des Kiesabbaus auf das NSG ist im Umweltbericht (Anhang, S. 215) nicht zu finden; sie ist zu ergänze	
Institution: Landesnaturschutzverband Schleswig-Holstein e.V. LNV ID: M1143	In Teil D - Umweltbericht - wird auf eine Vorstudie zur Erarbeitung eines Methodenvorschlags für die Strategische Umweltprüfung (SUP) verwiesen ([redacted]: Vorstudie für die Strategischen Umweltprüfungen für die Neuaufstellung der Regionalpläne in Schleswig-Holstein, Stralsund). Sie wurde durch das Ministerium für Inneres, Kommunales, Wohnen und Sport als Träger der Landes- und Regionalplanung in Schleswig-Holstein in Auftrag gegeben. Die im Folgenden dargestellten methodischen Bearbeitungsansätze orientieren sich im Wesentlichen an dem hierin entwickelten und beschriebenen Methodenvorschlag. Dieses Dokument wird nicht zur Verfügung gestellt. Dies wird ausdrücklich gerügt, da eine fachliche Beurteilung der Inhalte sowie eine daraus folgende Einschätzung bzw. Bewertung nicht möglich ist. Weiter heißt es: Aufbauend auf der Vorstudie wurde eine vorgezogene SUP für die Festlegungen für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe durchgeführt ([redacted]: Strategische Umweltprüfungen (SUP) für die Ausweisung von Vorrang- und Vorbehaltsgebieten für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe im Rahmen der Neuaufstellung der Regionalpläne in Schleswig-Holstein, Stralsund). Da die regionalplanerische Entwurfskulisse zum Thema „Rohstoffsicherung“ in Zusammenarbeit mit dem Geologischen Dienst in 2022 überarbeitet wurde, ist für die Neuaufstellung der Regionalpläne eine erneute Umweltprüfung für die Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für den Abbau oberflächennaher Rohstoffe notwendig. Dies erfolgt in Anhang D. In diesem Zusammenhang ist unklar, ob die hier vorgestellten Bewertungen generell bei der Aufstellung der Regionalpläne berücksichtigt wurden, oder ob diese nur bei der Bewertung der Rohstoffgebiete zur Anwendung kamen. In Anhang zum Umweltbericht (Tab. 1-1, S. 3 ff.) sind einige der dargestellten Bewertungen nicht nachvollziehbar. Beispielhaft möchten wir hier anführen: • Die Codes FF04 / FF05 werden unterschiedlich bewertet (ausgewiesene NSG als „sehr hoch“, fachlich geeignete Gebiete, die bislang noch zur Ausweisung anstehen, nur "hoch". Die Bewertung muss sich hier ausschließlich an der Qualität des Gebietes und nicht am rechtlichen Status orientieren. Dies ist zu korrigieren.	Im veröffentlichten Anhang zu den Umweltberichten ist die verwendete Methodik ausreichend erläutert. Die Vorstudie ist nicht notwendig, um den Umweltbericht zu verstehen. An einigen Stellen im Umweltbericht wird auf Anregung der Stellungnahme nachgebessert. **Zu FF05**: Der Hinweis wird aufgenommen. Die Einstufung von Gebieten, die die Voraussetzungen für eine Unterschutzstellung nach § 23 Absatz 1 BNatSchG in Verbindung mit § 13 LNatSchG als Naturschutzgebiet erfüllen, in eine hohe Schutzwürdigkeitsklasse ist, insbesondere im Vergleich zu festgesetzten Naturschutzgebieten, dem noch unbeständigen rechtlichen Charakter der Gebiete verbunden. **Zu FF07/11a/12/13**: Kriterium FF07 ist bereits als sehr hoch bewertet. Biotope der Kriterien FF11a/12/13 werden, sofern sie gesetzlich geschützt sind, ebenfalls über FF07 abgedeckt. Eine Einordnung der übrigen Kriterien in eine hohe Schutzwürdigkeit ist daher vor dem Hintergrund des integralen Planungsansatzes der Regionalplanung vertretbar. **Zu BF03**: Der Einwender geht hier fälschlicherweise von einer Verbindung zwischen den Festlegungen des Regionalplans und den Kriterien in der Umweltprüfung aus. Die Betrachtung der klimasensitiven Böden in der Umweltprüfung soll lediglich eventuelle negative

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	• Die Codes FF07 / FF11a / FF12 / FF13: Die hier aufgeführten Biotoptypen sollten eigentlich alle einem gesetzlichen Schutz unterliegen und wären daher unter FF07 mit sehr hoch zu bewerten. • Code BF03: die Aufnahme der klimasensitiven Böden in das Planwerk wird begrüßt, aber eine Übernahme bzw. Berücksichtigung im Regionalplan ist nicht erkennbar und daher erklärungsbedüftig. Die klimasensitiven Böden sind daher u. E. als Vorranggebiete Klimaschutz oder zumindest als Vorbehaltsgebiete Naturschutz auszuweisen. • Code BF06; analog zu den ertragreichen Böden mit hoher bzw. sehr hoher Boden- bzw. Grünlandgrundzahl sindn auch die Böden mit geringer bzw. sehr geringer Boden- und Grünlandgrundzahl auszuwerten. Es handelt sich hierbei entweder um magere sandige Böden oder organische Böden mit hohem naturschutzfachlichem Potenzial. Gleichzeitig sind organische Böden klimarelevant bzw. sehr sandige Böden bedeuten aufgrund geringer Pufferkapazitäten bei intensiver Nutzung ein hohes Risiko für das Grundwasser (z. B. „rote Gebiete“). Derartige Potenzialbereiche sind als Vorbehaltsgebiete Naturschutz zu kennzeichnen, damit hier gezielt extensive Arten der Landnutzung gefördert werden können. • Code W01 / W02: bei den Trinkwasserschutzgebieten wird, anders als bei Code FF04 / FF05 (NSG), nicht zwischen festgesetzten und geplanten Gebieten unterschieden. Das ist nachvollziehbar und sollte auch bei den NSG so erfolgen. Gleichzeitig ist nicht nachvollziehbar, warum Trinkwasserschutzgebiete keine "sehr hohe" Schutzwürdigkeit erhalten. Code W03: die Schutzwirkung der Deckschichten für das Grundwasser ist u. E. als "hoch" einzustufen. Bezüglich der Darstellung in Tabelle 1-2 (S. 8 f.) besteht ein Widerspruch zu den Aussagen im Anhang (S. 25). Hier wird als Potenzielle Wirkungen / Auswirkungen der Punkt „Störungen von Zielarten durch Schall, visuelle Wirkungen, Erschütterungen (Scheuchwirkung, Änderung des Raumnutzungsverhaltens)“ angegeben. Dies findet dagegen in der o. g. Tabelle keine Berücksichtigung hinsichtlich des Schutzgutes FF.	Auswirkungen auf diese durch die Festlegungen des Regionalplans prognostizieren. So wird auch § 13 Bundes-Klimaschutzgesetz Rechnung getragen. **Zu BF06**: Für den Klimaschutz relevante organische Böden sind über BF03 - Klimasensitive Böden - abgedeckt. Bereiche, in denen Stoffeinträge in das Grundwasser vermehrt möglich sind, sind über das Kriterium W03 Schutzwirkung der Deckschichten abgebildet. Das Thema Extremstandorte wird durch die Kriterien BF01 - Dünen, Binnendünen, Strandwälle, Nehrungen, Flugsandfelder sowie BF02 - Extremstandorte (sehr trocken, sehr feucht) – aufgegriffen. Diese Böden weisen nur eine bedingte Eignung für die landwirtschaftliche Nutzung auf aber ein besonderes Lebensraum- und Biotopentwicklungspotenzial. **Zu W01/02**: Wasserschutzgebiete umfassen das gesamte Einzugsgebiet einer Trinkwassergewinnungsanlage. Sie gliedern sich in unterschiedliche Zonen, wobei der Schutzbedarf von der Fassungsanlage aus nach außen hin immer niedriger wird. In der Zone I ist die Errichtung von Anlagen jeglicher Art verboten, die nicht der Wasserversorgung dienen. Die Zone I erstreckt sich regelmäßig nur über einen Radius von 10 Metern um jeden Förderbrunnen. In der Zone II ist es verboten, bauliche Anlagen zu errichten und mit Stoffen der Wassergefährdungsklassen 2 und 3 umzugehen. Auch die Zone II umfasst nur einen kleinen Teil des gesamten Wasserschutzgebiets. Die weitere Zone III umfasst das gesamte Einzugsgebiet einer Trinkwassergewinnung. Für die Zone III sind geringere Schutzanforderungen als bei den Zonen I und II zu verzeichnen.

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
		Aufgrund der regionalplanerischen Maßstabsebene wurde das Kriterium der Wasserschutzgebiete nicht in die unterschiedlichen Zonierungen aufgeteilt. Des Weiteren werden die Schutzbestimmungen in den Wasserschutzgebietsverordnungen auch durch die Überlagerung mit entgegenstehenden Planfestlegungen im Regionalplan nicht aufgehoben. Eine Anpassungsverpflichtung besteht nicht. Eine Nutzung, durch die gegebenenfalls die Trinkwassernutzung beeinträchtigt werden kann, ist damit nur im Rahmen von Ausnahmen/Befreiung zulässig. Die Einstufung der Trinkwasserschutzgebiete/Trinkwassergewinnungsgebiete insgesamt in eine hohe Schutzwürdigkeit ist aus gutachterlicher Sicht daher vertretbar **Zu W03**: Das Kriterium W03 bildet die Empfindlichkeit des Grundwassers gegenüber Schadstoffeinträgen ab, welche aus einer ungünstigen Schutzwirkung der Deckschichten resultiert. Eine lediglich mittlere Einstufung der Schutzwürdigkeit ergibt sich vor allem aus der Vermeidbarkeit des Konflikts auf der nachgelagerten Planungsebene. Schadstoffeinträge in das Grundwasser können in der Regel mit entsprechenden Vermeidungsmaßnahmen erfolgreich vermieden werden. Der generelle Schutz des Grundwassers ist zudem durch die Wasserrahmenrichtlinie (Artikel 4) sowie die §§47-48 WHG gewährleistet. Der Hinweis zu Tabelle 1-2 wird aufgenommen und ergänzt.
ID: M1143	Die Vorbehaltsgebiete für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe sind als Rohstoffreserve anzusehen. Dabei ist eine Überlagerung der angestrebten Rohstoffnutzung mit anderen Raumansprüchen nicht ausgeschlossen. In verschiedenen	Bei einem Vorbehaltsgebiet handelt es sich um einen raumordnerischen Grundsatz (siehe § 3 Absatz 1 Nummer 3 ROG), der in der Abwägung

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	Lagerstätten sind zum Beispiel ökologisch wertvolle Bereiche vorhanden. Eine Überlagerung von Vorbehaltsgebieten für die Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe mit Vorbehaltsgebieten für Natur und Landschaft kann dann erfolgen, wenn sich die Zielsetzungen nicht widersprechen oder ein Abbau oder eine anschließende Renaturierung zur Realisierung der ökologischen Zielsetzungen beiträgt. Die Regionalpläne sollen für die Vorbehaltsgebiete zum einen die besondere Wertigkeit der Rohstofflagerstätte darstellen und zum anderen Hinweise geben für eine ökologisch verträgliche Durchführbarkeit des Rohstoffabbaus (LEP; S 291). Dies ist in Anhang D Anhang zum Umweltbericht aus unserer Sicht nicht berücksichtigt worden. Hier sind Abbaugebiete in Nachbarschaft zu Schutzgebieten mit hohem ökologischen Konfliktpotenzial als weitgehend unkritisch eingestuft worden. Beispielhaft wird hier ein Vorhaben im Bereich der Arlauniederung angeführt (s. u.). Die Beeinträchtigungen von wirtschaftlichen Nutzungen (Rohstoffabbau) werden ohne fachlichen Hintergrund relativiert. Auch schwere Eingriffe in hochwertige Flächen sind ausgleichbar (s. Anhang – vertiefte Umweltprüfung, ab S. 35), naturschutzfachliche Notwendigkeiten werden lediglich allgemein „berücksichtigt“. Die Einstufung der FFH-Verträglichkeit einiger Abbaugebiete (auf Karte roter Bereich),, die z. B. direkt an die Arlauniederung (Bereich violett umrandet) bzw. das Ahrenviolfelder Westermoor grenzen können nicht nachvollzogen werden. "Der Wirkradius der Planfestlegung überlagert Flächen des LRT 3150, 6230, 6410, 7140. Diese sind besonders empfindlich gegenüber Veränderungen der hydrologischen Verhältnisse. Aufgrund der räumlichen Nähe können potenzielle Beeinträchtigungen für die LRTs 3150, 6230, 6410, 7140 infolge einer Grundwasserabsenkung durch den Rohstoffabbau nicht vollständig ausgeschlossen werden. Infolge dessen kann es auch zur erheblichen Beeinträchtigung der Zielart Moorfrosch kommen." Eine derartige Planung wird abgelehnt. Die Aussagen, dass bei den Lebensraumtypen (LRT) potenzielle Beeinträchtigungen nicht ausgeschlossen und beim Moorfrosch erhebliche Beeinträchtigungen zu erwarten sind, sind nicht nachvollziehbar. Auffällig ist zudem, dass hier nur mittlere Beeinträchtigungen zu erwarten sind (gemäß der Einstufung des Konfliktpotenzials, s. S. 91 f.). Ein derartiges Projekt ist aus naturschutzfachlichen Gründen komplett abzulehnen. Grundsätzlich können bei einer FFH-Vorprüfung nur die folgenden Ergebnisse möglich sein: Entweder „Auswirkungen auf die Schutzgüter können mit Sicherheit ausgeschlossen werden“ oder „Da Auswirkungen nicht mit Sicherheit ausgeschlossen werden können, ist eine FFH-Verträglichkeitsprüfung durchzuführen, deren Ergebnis nicht prognostiziert werden kann“ Zudem muss die Bewertung der Umweltverträglichkeit auf die Kategorie "C“ gesetzt werden (Hier heißt es: Auf regionaler Ebene sind Konflikte mit Erhaltungszielen des Natura 2000- Gebietes erkennbar, die zu	bei gegebenenfalls konkurrierenden Vorhaben zu berücksichtigen ist. Es handelt sich bei diesen relativ konfliktarmen Räumen um eine Grobsortierung der Regionalplanung für die Rohstoffsicherung Das Vorbehaltsgebiet ermöglicht damit für sich genommen nicht bereits einen Rohstoffabbau innerhalb des jeweiligen Gebiets. Von entsprechenden Regionalplanfestlegungen können daher keine erheblichen Beeinträchtigungen von Schutzgebieten ausgehen, da die Festlegungen lediglich bewirken, dass andere raumbedeutsame Vorhaben in diesem Bereich die Belange des Rohstoffabbaus berücksichtigen müssen. Ferner handelt es sich wie der Einwender selbst aus dem LEP zitiert um eine Rohstoffreserve, von der mittelfristig nicht absehbar ist ob und in welchem Umfang die Rohstoffe tatsächlich abgebaut werden. Dies ist gleichbedeutend damit, dass die abgegrenzten Vorbehaltsgebiete keineswegs vollständig für den Abbau genutzt werden müssen. Daher können mögliche Beeinträchtigungen bei genauerer Ausgestaltung tatsächlicher Vorhaben berücksichtigt werden und räumlich entsprechend verträgliche Abgrenzungen gewählt werden. Die Regionalplanung will diesen Entscheidungen nicht vorgreifen und die Anzahl räumlicher Alternativen nicht unnötig und vorschnell einschränken. Zu beachten ist ferner, dass die Festlegungen keine raumkonkreten Vorfestlegungen auf ein mögliches Abbaugebiet darstellen. Etwaige Auswirkungen durch einen tatsächlich durchgeführten Rohstoffabbau können und müssen erst in diesem Genehmigungsverfahren vertiefend in den Blick genommen und ausgeschlossen werden. Dies kann selbstverständlich dazu führen, dass ein Abbau nicht im gesamten Vorbehaltsgebiet tatsächlich erfolgen kann. Dass die Umsetzung eines Rohstoffabbaus in

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	erheblichen Beeinträchtigungen der Erhaltungsziele führen können. Bei der Umsetzung auf der nachgelagerten Planungsebene können hinsichtlich der FFH-Verträglichkeit Hindernisse auftreten, welche die Umsetzung unmöglich machen). Auch zeigen aktuelle Entwicklungen, dass der Naturschutz auch dann zurückstehen muss, wenn ein Abbau von Bodenschätzen unter der Maßgabe der anschließenden Bereitstellung der Abgrabungsflächen für den Naturschutz genehmigt wird. Am Beispiel der geplanten Bauschuttdeponie am Bültsee (Kreis Rendsburg-Eckernförde) zeigt sich, dass derartige Genehmigungen beliebig verworfen werden können. Die Auskiesungen bei Kosel wurden nur unter Maßgabe einer anschließenden Nutzung für den Naturschutz genehmigt. Die Flächen eignen sich auch hervorragend für die Arrondierung und den Schutz z. B. von Bültsee und kleinem Schnaper See. Dennoch schreitet die Planung für eine Bauschuttdeponie voran.	einem gesamten Vorbehaltsgebiet nicht möglich ist, kann angesichts der Prüfergebnisse im Zuge der Umweltprüfung sicher ausgeschlossen werden. Die Schutz- und Erhaltungsziele des Natura-2000-Gebietsschutzes stehen der Festlegung der Vorbehaltsgebiete im Regionalplan daher nicht entgegen. Die Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.
Institution: Landesamt für Denkmalpflege Schleswig-Holstein ID: M1095	durch die Neuaufstellung der Regionalpläne werden in allen drei Planungsräumen denkmal-pflegerische Belange berührt. Im Umweltbericht der jeweiligen Planungsräume findet dies durch die Betrachtung des Schutzgutes Kulturgüter und sonstige Sachgüter bereits grundsätzlich Berücksichtigung. Neben den dort benannten Kulturdenkmälern baulicher Art (KS02) gehören auch Denkmal-bereiche dazu. Diese sind genauso wie Welterbestätten und Grabungsschutzgebiete Schutzzonen gemäß § 2 Abs. 3 DSchG SH. Aufgrund dieser Zuordnung sollte auch für die Denkmalbereiche entsprechend ein eigener Unterpunkt im Umweltbericht eingefügt werden - vergleichbar mit den Grabungsschutzgebieten. Aufgrund ihrer flächenhaften Ausdehnung sind sie nicht zu den Kulturdenkmalen gemäß § 2 Abs. 2 DSchG SH zu zählen. Für den Planungsraum I schlagen wir daher folgende inhaltliche Ergänzung unter dem Punkt Denkmalbereiche vor: Denkmalbereiche dienen dem Schutz von historischen Kulturlandschaften, Mehrheiten von Sachen oder Kulturdenkmalen sowie insbesondere von Siedlungsstrukturen, Orts- und Stadtgrundrissen, -bildern und -silhouetten, Stadtteilen und -vierteln, Siedlungskernen oder Siedlungen. Im Planungsraum befinden sich die zwei Denkmalbereiche „Historischer Stadt-kern Friedrichstadt“ in der Stadt Friedrichstadt im Kreis Nordfriesland sowie „Fischersied-lung Holm“ in der Stadt Schleswig im Kreis Schleswig-Flensburg. In der Abbildung 2-24 sollten diese ergänzend kartografisch dargestellt werden.	Die 6 genannten Denkmalbereiche befinden sich im Datensatz zu den Baulichen Kulturdenkmalen. Der Bestandstext enthält folgende Erläuterung: „Der Planungsraum beherbergt eine Vielzahl an Kulturdenkmälern baulicher Art, beispielsweise Einzelhäuser, Park-/Außenanlagen, Bauernhöfe oder Warften sowie die Schutzzonen vom Typ Denkmalbereich.“ Die Denkmalbereiche sind in den Abbildungen im Umweltbericht als grüne Flächen mit dargestellt, allerdings (wie auch Gartendenkmale und die anderen Kategorien) kein einzelner Legendenpunkt. Da es sich bei den Denkmalbereichen um Schutzzonen zu den entsprechenden baulichen Einzeldenkmalen handelt, passen sie thematisch zusammen. Auf Anregung der Stellungnahme wurde die Benennung des Kriteriums überarbeitet.

Einreichendendaten	Datensatz zum Umweltbericht	Votum
	Hinweis: Die Denkmalliste ist nicht abschließend, sondern wird ständig überprüft, ergänzt und bereinigt. Sollten daher aktuelle Geodaten benötigt werden, stellen wir Ihnen diese gerne zur Verfügung.	Das Kriterium KS02 „Kulturdenkmäler baulicher Art“ wurde in „Kulturdenkmäler baulicher Art, Gartendenkmale, Denkmalbereiche etc.“ umbenannt. Der Denkmalbereich „Dorf Sieseby“ ist in Abbildung 2-24 und im Erläuterungstext enthalten. Der Stellungnahme wird teilweise gefolgt.